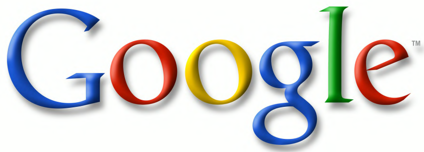
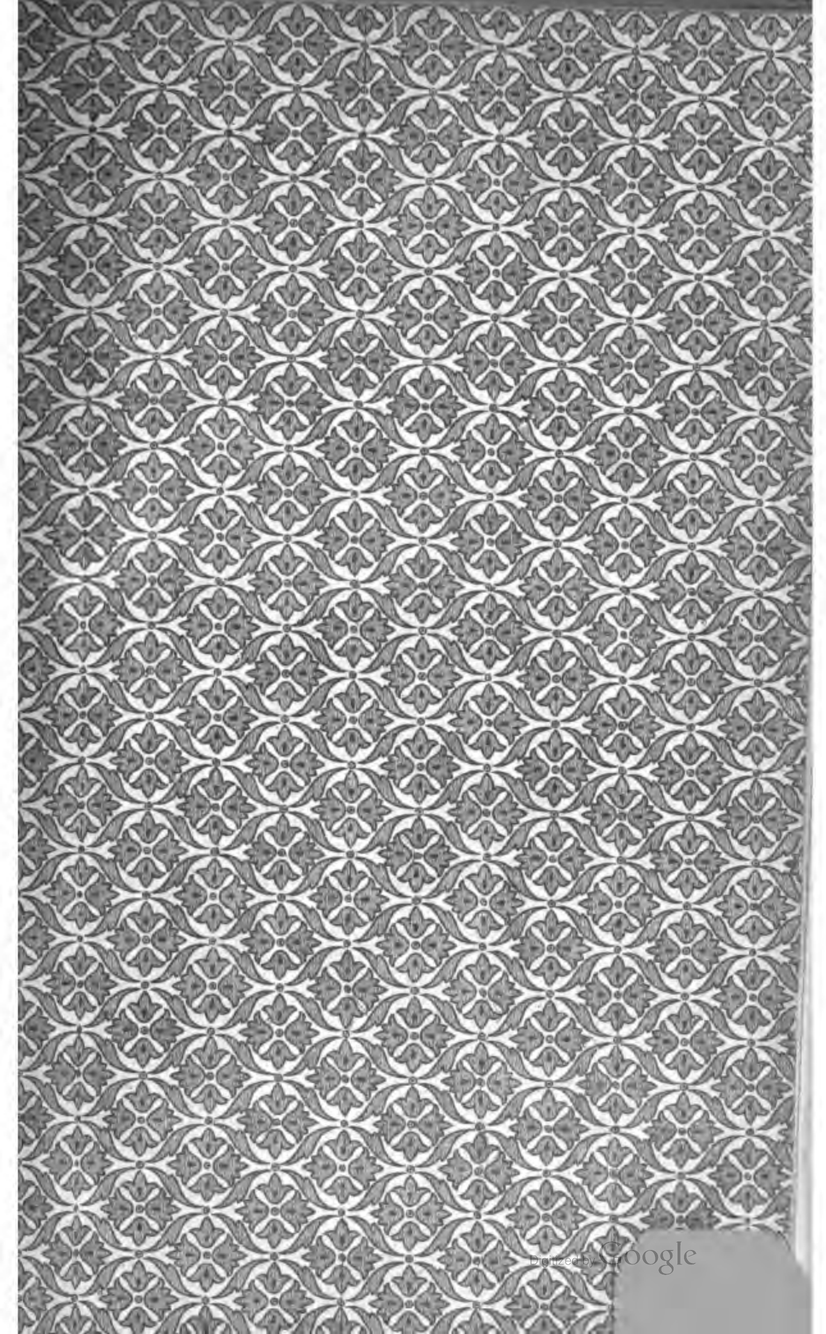


Volkswirtschaftslehre

Carl Jentsch



Grundbegriffe und Grundsätze der Volkswirtschaft



Grundbegriffe und Grundsätze der Volkswirtschaft

Eine populäre Volkswirtschaftslehre

von

Carl Jentsch

Edward Gottlieb



Leipzig

Fr. Wilh. Grunow

1895



Vorwort

Der wütende Streit der wirtschaftlichen Parteien beweist, welche Unklarheit in den Köpfen herrscht, obwohl die richtigen volkswirtschaftlichen Begriffe nach allem, was darüber schon gesagt und geschrieben worden ist, längst Gemeinplätze sein könnten. Sollte es nicht möglich sein, durch Verbreitung gesunder Anschauungen die Masse des Volkes aus der Herrschaft der Parteiführer zu befreien und zu ersprießlichem Wirken zu einigen? Zur Förderung dieses Zieles möchte das vorliegende Büchlein etwas beitragen.

An kleinen Handbüchern der Volkswirtschaftslehre ist kein Mangel. Allein die bessern, wie das einigermaßen veraltete von Karl Walcker und die auf der Höhe der Zeit stehenden von Julius Lehr und Eugen von Philippovich sind Kompendien für akademisch Gebildete und zunächst dazu bestimmt, die Studierenden in die Staatswissenschaften einzuführen; Lehr hat außer den „Grundbegriffen und Grundlagen der Volkswirtschaft“ noch eine „Politische Ökonomie in gedrängter Fassung“ herausgegeben, diese jedoch ausdrücklich nur als Leitfaden für seine Zuhörer. Die kleinen Abrisse aber, die volkswirtschaftlichen Katechismen fürs Volk und für die Schulen, die jetzt erscheinen, können schon ihres Umfangs wegen, da sie auf einigen Dutzend oder wenig über hundert Seiten die ganze Nationalökonomie

zusammendrängen, nur Worterklärungen geben, nicht aber den Lesern zum Verständnis der Gegenstände und der streitigen Fragen verhelfen. Noch dazu wird darin meistens die Aufgabe, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, in höchst ungeschickter Weise besorgt.

Davon abgesehen können diese Katechismen dadurch Unheil anrichten, daß sie die Lehrer dazu verleiten, den Kindern den Inhalt wörtlich einzutrichtern. An Überladung mit totem Wortwissen fehlt es ohnehin leider Gottes in unsern Schulen nicht, und etwas andres als ein totes Wortwissen würde doch durch das Auswendiglernen von Begriffserklärungen nicht erzeugt. Ist den Kindern in freier Unterhaltung ein einziger volkswirtschaftlicher Begriff, wie der der produktiven Arbeit oder der des Kredits, nach dem Maße ihrer Fassungskraft und innerhalb des kleinen Kreises ihrer Lebenserfahrung klar gemacht und dabei alles „auswendig" herplappern von Sätzen, die sie nicht inwendig verdaut haben, ausdrücklich verboten worden, so nehmen sie einen Gewinn fürs Leben mit, während ihnen das Auswendiglernen eines Katechismus gar nichts nützt. Dem Zweck, die Volksschüler in das Verständnis der volkswirtschaftlichen Dinge und Vorgänge einzuführen, dient das hübsche „Volkswirtschaftliche Lesebuch" vom Regierungsrat Maraun. Aber der Lehrer muß ein tieferes Verständnis und umfassendere Kenntnisse haben als seine Schüler, und ihm dieses zu vermitteln, genügt Marauns Büchlein nicht. Ist aber der Lehrer hinlänglich unterrichtet, dann kann er nicht bloß den volkswirtschaftlichen Katechismus, sondern auch das volkswirtschaftliche Lesebuch entbehren; die mündliche Unterhaltung mit den Kindern, die an Stücke des allgemeinen Lesebuchs anknüpfen kann, wird erreichen, was in der Volksschule überhaupt erreicht werden kann.

Nicht bloß der Volksschullehrer, und sonst jedermann aus dem Volke, wird das vorliegende Buch ge-

brauchen können, sondern auch noch für den Unterricht in den obern Klassen der höhern Schulen wird es sich hoffentlich als ein nützliches Hilfsmittel erweisen. Ja selbst den Studierenden der Staatswissenschaften könnte es nichts schaden, wenn sie sich eine Darstellung ansähen, die weder im Dienste einer Partei noch im Banne einer Schule steht. Zwar sind auch Roscher und Wagner durchaus unabhängig, aber die meisten Studenten brauchen doch wohl ein paar Jahre, sich durch die umfangreichen Werke der genannten Meister durchzuarbeiten, und wünschen eine vorläufige Übersicht über das ganze Gebiet nebst festen Anhaltungspunkten für die Beurteilung der brennenden wirtschaftlichen Fragen schon früher zu gewinnen.

Die Anordnung des Stoffs war für dies Buch dadurch erschwert, daß alle volkswirtschaftlichen Begriffe aufs engste mit einander verschlungen sind; von den Begriffen Vermögen, Einkommen, Geld, Kredit, Kapital kann man keinen ohne die andern verstehen. Da sie aber doch nicht alle zugleich behandelt werden können, so blieb nichts übrig, als sie in einer beliebigen Reihenfolge hinter einander zu stellen. Daß man die später folgenden schon in den vorhergehenden Abschnitten öfters nennen und vielfach gebrauchen muß, hat deswegen nichts Bedenkliches, weil sie ja im allgemeinen bekannt und jedermann geläufig sind, und die Behandlung in einem besondern Kapitel nicht erst den Begriff geben, sondern nur sein tieferes Verständnis vermitteln soll. Es ist eben in der Volkswirtschaftslehre, wie überhaupt in den Wissenschaften vom Menschen, nicht so wie in der Mathematik, wo der Schüler noch keine Ahnung davon hat, was ein Sinus ist, ehe das Wort erklärt wird, und wo die Erklärung gar nicht verstanden werden würde, wenn nicht eine Reihe andrer Erklärungen vorangegangen wäre. Einigermaßen habe ich mich mit der Einteilung an Adolf

Wagners Grundlegung der politischen Ökonomie angelehnt und ihr auch manches entnommen; stimme ich doch auch, ungeachtet vieler Meinungsverschiedenheiten im einzelnen, in der Auffassung des Wesens und der Aufgaben der Volkswirtschaft so ziemlich mit ihm überein. Wie es sich für ein populäres Buch von selbst versteht, führe ich Autoren nur dann an, wenn ich ihnen entweder Stellen wörtlich oder Thatsachenangaben entnehme, oder mehrere einander widersprechende Autoren gegenüberstelle, oder der Meinung eines einzigen vor der aller andern den Vorzug gebe, oder gegen einen polemisiere. Wo Stoffliches allgemein verbreiteten Handbüchern, wie dem von Roscher, entnommen wird, jedesmal die Quelle anzugeben, würde Pedanterie sein.

Neiße, im Oktober 1895

Der Verfasser



Erstes Kapitel

Wirtschaft, Volkswirtschaft, Weltwirtschaft

Unter Wirtschaft versteht man die planmäßig geordnete Thätigkeit des Menschen zur Befriedigung seiner Bedürfnisse.

Einzelwirtschaft im strengen Sinne des Wortes kommt selten vor, weil der Mensch außerhalb der menschlichen Gesellschaft gar nicht zum wirklichen Menschen werden, und nachdem er es geworden ist, vereinzelt nur mühsam ein elendes Dasein fristen kann. In den Anfängen der Gesellschaft lebt der Einzelne als Mitglied einer Horde oder eines Stammes und nimmt an deren Wirtschaft teil. Später sondern sich Familien ab, deren jede ihre eigne Wirtschaft führt, während gleichzeitig die durch Nachbarschaft und meistens auch durch gemeinsame Abstammung verbundnen Familien eine Gemeinde (eine Markgenossenschaft, einen Gauverband, ein Kirchspiel) bilden, der gewisse wirtschaftliche Funktionen, denen die Familie nicht gewachsen ist, übertragen werden; so sondern sich Familien- und Gemeindewirtschaft. Im höher entwickelten Staate bilden sich auch künstliche Familien, wie die Kranken- und Armenhäuser, die Schülerinternate und Kasernen, und auch die Wirtschaften von

Gemeinden, Körperschaften, Gesellschaften, Genossenschaften und Vereinen kann man insofern als Einzelwirtschaften bezeichnen, als sie von einem einzelnen Willen, dem des Vorstehers oder bestellten Verwalters, geleitet werden. Alle solche Wirtschaften von natürlichen und künstlichen Familien sowie von einheitlich geleiteten Gemeinschaften bezeichnet man daher als Einzelwirtschaften im Gegensatz zur Volkswirtschaft, die nicht von einem einheitlichen Willen geleitet wird.

Hat sich der mehrere Gemeinden umfassende Stamm zum Volke ausgewachsen, so führt auch dieses natürlich seine Wirtschaft, doch ist der Begriff der Volkswirtschaft streitig. Schmoller und Bücher wollen den Ausdruck nur für die Wirtschaft des modernen Staates gelten lassen und bezeichnen die Gemeinwirtschaften des Altertums und des Mittelalters mit dem Namen Stadtwirtschaft. Aber das Dasein der damaligen Stadtstaaten hob die Volkswirtschaft so wenig auf wie die Völker. So z. B. zogen im Mittelalter die italienischen Fabrikanten, Kaufleute, Wechsler samt der römischen Kurie viel mehr Geld aus den Ländern, mit denen sie verkehrten, als diese zurückerhielten, und die Bereicherung einzelner Klassen dürfte dem ganzen italienischen Volke zu gute gekommen sein; man kann also wohl — zwar nicht von einer gemeinsamen Wirtschaft — aber von einer Wirtschaftsgemeinschaft des in unverbundne und zum Teil feindliche Kleinstaaten gespaltnen Volkes reden. Mehr aber als eine solche Wirtschaftsgemeinschaft ist auch die moderne Volkswirtschaft nicht, denn auch bei uns wirtschaftet jeder Arbeiter, jeder Unternehmer, jede Stadtgemeinde, jede Körperschaft für sich, nach eignem Plan und für eigne Rechnung. Nur allerdings wird jeder einzelne immer enger an die Staatsgenossen gebunden auf zweierlei Weise: 1. indem das Zollsystem des Staates, Staats-

einrichtungen wie das Militär und die Zwangsversicherung und großartige Staatsbetriebe sein Einkommen bald vermehren bald schmälern, seine Thätigkeit in eine bestimmte Bahn drängen oder ihn aus seiner Bahn hinauswerfen, auf sein Schicksal auch dadurch einwirken, daß sie bald einen gewissen Erwerbszweig fördern und Massen von Menschen an ihn ziehen, bald einen andern vernichten und die in ihm Beschäftigten ums Brot bringen (was alles jedoch an sich noch keinen Grund gegen Verstaatlichungen und Zwangsveranstaltungen abgiebt, weil die technischen Umwälzungen auch ohne Eingreifen des Staates ganz ähnliche Wirkungen hervorbringen); 2. indem der Staat, d. h. in diesem Zusammenhange die Gesamtheit der Staatsbeamten, seine eigne Wirtschaft führt, deren Kosten der eine Teil des Volkes zu tragen hat, während ein andrer Teil in Staatsämtern und Staatswerkstätten sein Brot findet. Der wachsende Verstaatlichungsdrang strebt nun dem Sozialistenstaate zu, der alle kleinern Einzelwirtschaften aufheben und an ihre Stelle die Rieseneinzelwirtschaft des Großstaates setzen würde. Einzelwirtschaft wäre sie deswegen zu nennen, weil sie von einem einheitlichen Willen geleitet würde. Steht im Hintergrunde der Auffassung der oben genannten beiden Gelehrten der Gedanke, daß die Entwicklung diesem Ziele zustrebe, und daß das unabsichtliche Zusammenwirken der Einzelwirtschaften eines Volkes gar nicht als Volkswirtschaft zu rechnen sei, so muß man allerdings die Behauptung gelten lassen, daß die Volkswirtschaft erst mit dem modernen Großstaate beginne, wofern man nur hinzusetzt, daß sie auch jetzt noch erst im Entstehen begriffen sei und ihrer Vollendung im Sozialistenstaate entgegenreife.

Diese Entwicklung mag unvermeidlich sein, aber durchaus erfreulich kann man ihre Früchte vorläufig nicht nennen. Die „nationale Wirtschaftspolitik," wie

sich die bis jetzt erreichte Etappe auf dem Wege zum sozialistisch eingerichteten Staate zu nennen pflegt, reißt gar oft natürlich verbundnes aus einander und fragt nicht darnach, ob das Gebiet, das sie wirtschaftlich organisieren will, groß genug und mit genug mannigfachen Gaben ausgestattet sei, sich selbst zu genügen. Die Vereinigten Staaten könnten, abgesperrt von der übrigen Welt, für sich allein wirtschaften, wie es bis vor kurzem China gekonnt hat. Rußland könnte es auch, wenn sein Volk energischer und gebildeter wäre. England aber, das sich doch wenigstens unveränderlicher natürlicher Grenzen erfreut, genügt sich so wenig selbst, daß es auf die Herstellung eines eignen Wirtschaftsorganismus, der doch alle notwendigen Produktionszweige einschlösse, verzichtet und, sich als workshop of the world (Weltfabrik) auf gewisse Fabrikationszweige beschränkend, die halbe Welt als Abnehmer seiner Fabrikate und als Lebensmittellieferanten braucht, um leben zu können.

In Deutschland haben zu allen Zeiten die weit auseinanderliegenden Landschaften jede mit solchen Gegenden des Auslands, mit denen sie die bequemste Verbindung hatte, in engerm wirtschaftlichen Zusammenhange gestanden, als mit den entferntern Gegenden des eignen Vaterlands: der Niederrhein mit England, die Ostseeländer mit Schweden, Rußland und Polen, Bayern und die österreichischen Alpenländer mit Italien. Es ist ungerecht von Friedrich List, dem wissenschaftlichen Begründer der nationalen Wirtschaftspolitik, wenn er den Hansestädten einen Vorwurf daraus macht, daß sie jahrhundertelang gethan hätten, was die Theoretiker der heutigen Freihandelsschule grundsätzlich fordern, daß sie nämlich die Waren dort gekauft hätten, wo sie am wohlfeilsten waren; daß sie hierdurch den Ackerbau Polens, die Schafzucht Englands und die Weberei der Niederlande befördert

hätten, anstatt die heimische Landwirtschaft zu fördern und im Innern Deutschlands Industrien zu begründen. Sollten sie in einer Zeit, wo es kaum fahrbare Straßen, geschweige denn Eisenbahnen gab, Getreide aus Böhmen und Wolle aus Bayern holen? Und ist es etwa die Aufgabe des Kaufmanns, Werkstätten und Fabriken anzulegen? Der Kaufmann kann, mit oder ohne Theorie, schlechterdings nichts andres thun, als die Waren dort kaufen, wo er sie am billigsten bekommt. Die Engländer, schreibt List, hätten alle diese Fehler vermieden. Als ob das eine Kunst gewesen wäre! Die Hansestädte liegen in einer langen Linie, deren äußerste Punkte vom Innern und vom Süden Deutschlands durch eine Entfernung getrennt sind, die vor dem Eisenbahnzeitalter unüberwindbar war; London, Bristol, Liverpool, Hull liegen im Kreise um ihr eignes Land herum, von dessen innerstem Punkte sie noch nicht einmal so weit entfernt sind wie Lübeck von Berlin. Heute ist das anders! Heute haben wir die Büreaukratie als Knochengerüst, die Eisenbahnen als Adern, die Telegraphen als Nerven zur Verfügung, um nicht allein die alten Hansestädte von Köln bis Riga, sondern noch dazu eine entsprechende Reihe von Handelsstädten am Ägeischen und am Schwarzen Meere mit dem Innern Deutschlands in die lebhafteste Verbindung zu bringen und einen Reichskörper herzustellen, der, obwohl zehnmal so groß als England, sich doch in gleicher Weise für die gleichmäßige Entfaltung und innige Wechselwirkung aller Produktionszweige eignen und sich noch dazu des weitern Vorteils erfreuen würde, daß er vom Auslande unabhängig wäre, indem die südöstlichen Gegenden den ganzen Lebensmittelbedarf liefern und dafür alle Industrieerzeugnisse des Westens aufnehmen könnten. Indem das neue deutsche Reich versucht hat, durch seine Zoll- und Tarifpolitik die alten natürlichen Verbindungen seiner Glieder mit

dem Auslande zu lösen und sie unter einander in lebhaftern Verkehr zu setzen, ehe es eine Ausdehnung erreicht hatte, in der es sich selbst genügen könnte, hat es vor der Hand nichts als Störungen und Unbehagen erzeugt. Es wäre übertrieben, zu sagen, daß diese „nationale" Wirtschaftspolitik unsre wirtschaftlichen Leiden verursacht hätte, aber niemand wird zu behaupten wagen, daß diese dadurch geheilt worden seien. Solche Leiden und Mängel machen es offenbar, daß das Wort Volkswirtschaft eine Aufgabe enthält: jedem lebenskräftigen Volke ist die Aufgabe gestellt, sein Gebiet so weit auszudehnen, bis ihm dadurch der Betrieb einer vom Auslande unabhängigen Wirtschaft ermöglicht wird. Eine gewisse Größe des Gebiets ermöglicht diese Unabhängigkeit ohne Staatszwang, also ohne bewußte einheitliche Leitung und ohne die Gefahr, dem Sozialismus zu verfallen. Ein solches sich selbst genügendes Reich ist das von sozialistischen Tendenzen ganz freie Römerreich gewesen: Das größte Freihandelsgebiet, das die Welt bisher gesehen hat, mit völlig freiem Menschenverkehr und Güteraustausch vom Piktenwall bis zu den Nilkatarakten, und von der Westgrenze der Sahara bis zu den Euphratquellen.

Der Unterschied der modernen Volkswirtschaft von der antiken und mittelalterlichen besteht also darin, daß heute nicht mehr bloß die Regierungen von Kleinstaaten, sondern (wie in den orientalischen Despotien der vorklassischen Zeit) auch die von Großstaaten die wirtschaftliche Thätigkeit ihrer Unterthanen mit wechselndem Geschick und Glück zu lenken bemüht sind und in einer Richtung steuern, die dem Sozialismus zuführt. Mit Schmoller können wir die Volkswirtschaft auf dieser ihrer heutigen Entwicklungsstufe definieren als den einheitlichen Inbegriff der in einem Staate vorhandnen, teils neben, teils über

einander stehenden und auf einander angewiesenen Einzel- und Korporationswirtschaften, einschließlich der Finanzwirtschaft des Staates. Je mehr die Einzelwirtschaften in der oben beschriebnen Weise in Abhängigkeit vom Staate geraten, und je mehr daher aus dem anfänglich unbewußten Zusammenwirken der im Volke vorhandnen wirtschaftlichen Kräfte ein planmäßig geleitetes wird, desto größer wird eine Gefahr, die in den kleinen Staaten älterer Zeit niemals ausgeblieben ist: daß sich die der Zahl nach kleinsten, aber durch Reichtum mächtigsten Klassen der Vornehmen dieser Leitung bemächtigen und sie zu ihrem eignen Vorteil ausbeuten. Darum müssen sich auch die mittlern und untern Klassen bemühen, Einsicht in die Verkettung der wirtschaftlichen Kräfte und Vorgänge zu gewinnen, damit sie ebenfalls — durch die Volksvertretung — mit Bewußtsein in den Prozeß eingreifen können.

Möglichste Unabhängigkeit auch in wirtschaftlicher Beziehung soll jedes große Volk anstreben, aber nicht völlige Isolierung. Vom Verkehr mit andern abgesperrte Völker versinken immer in Barbarei. Wir schließen daraus, daß nicht Isolierung, sondern zunehmender Gedanken- und Güteraustausch im Plane der Vorsehung liegen müsse, so dunkel dieser uns auch sonst sein mag, und wir wundern uns nicht darüber, daß die moderne Entwicklung der Verkehrstechnik alle Völker, sie mögen wollen oder nicht, in den Verkehr hineinreißt. So weit ist der Weltverkehr gediehen, daß z. B. in Wien Tausende von Perlmutterarbeitern in Not geraten, wenn in den Vereinigten Staaten ein neuer Tarif gemacht wird. So greift jedes größere Volk in das innerste Wirtschaftsgetriebe andrer Völker ein und muß sich seinerseits die Eingriffe fremder gefallen lassen. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß man von einer alle Volkswirtschaften umfassenden

Weltwirtschaft zu sprechen berechtigt ist. Sozialistische Utopisten malen uns schon einen Zustand aus, wo es weder Völker noch Staaten mehr geben werde, sondern nur noch eine einzige, die ganze Menschheit umfassende, nach einem gemeinsamen Plane wirtschaftende Weltrepublik. Wir wissen nicht, ob die Vorsehung unsrer irdischen Entwicklung dieses Ziel gesteckt hat; uns erscheint das nicht sehr glaublich; jedenfalls aber sind wir noch außerordentlich weit davon entfernt und haben vor der Hand in unsrer Wirtschaftspolitik nicht die Interessen der Menschheit, sondern die unsers eignen Volkes wahrzunehmen, nur allerdings mit dem klaren Bewußtsein, daß dies nicht ohne Rücksicht auf andre Völker geschehen, daß unsre eigne Volkswirtschaft nur als Glied der Weltwirtschaft bestehen kann, und daß die aus dieser Abhängigkeit entspringenden Unbequemlichkeiten und Leiden in einer Zeit, wo die steinerne chinesische Mauer keinen Schutz mehr gewährt, unmöglich durch eine neue chinesische Mauer von Sperrzöllen von uns abgehalten werden können.

Das griechische Wort für Wirtschaft: Ökonomie, bezeichnet eigentlich Hausverwaltung, wie ja auch das deutsche Wort stets in Beziehung auf das Haus gedacht und gebraucht wird, da bei zivilisierten Menschen ein Haus den Mittelpunkt jeder wirtschaftlichen Thätigkeit zu bilden pflegt. Wirt nennen wir den Verwalter eines Wohnhauses wie den eines Gasthauses; wir sprechen von der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, der Bienenwirtschaft und denken dabei an das Haus, von dem aus das Gut, der Forst, die Bienenstöcke bewirtschaftet werden. Das Wort Ökonomie ist in Deutschland die gebräuchliche Bezeichnung für Landwirtschaft geworden; unter einem Ökonomen verstehen wir einen Landwirt, d. h. einen Mann, der die Landwirtschaft gelernt hat, auch wenn er sie nicht

betreibt und gar kein eignes Haus hat. In zusammengesetzten Ausdrücken dagegen hat das Wort eine weitere Bedeutung angenommen. Seitdem die Staatsmänner den wirtschaftlichen Vorgängen ihre Aufmerksamkeit zugewendet haben, ist es in Frankreich und England Sitte geworden, die Volkswirtschaft politische Ökonomie zu nennen, während man in Deutschland die Benennung Nationalökonomie vorzieht.



Zweites Kapitel

Volkswirtschaftslehre

Die Volkswirtschaftslehre, auch Nationalökonomik, Nationalökonomie, Politische Ökonomie und Sozialökonomie oder Sozialökonomik genannt, ist die Wissenschaft von der Volkswirtschaft.

Da Ökonomie so viel ist wie Wirtschaft, sollte man die Wissenschaft von der Wirtschaft nicht wieder Ökonomie, sondern nach den grammatischen Regeln der griechischen Sprache Ökonomik nennen. Indes der falsche Sprachgebrauch hat sich so eingebürgert, daß es Pedanterie wäre, auf der richtigen Bezeichnung bestehen zu wollen. In der Zeit vom sechzehnten bis siebzehnten Jahrhundert, wo die Beschäftigung der Staatsmänner mit den wirtschaftlichen Dingen immer lebhafter wurde, sind eine Menge Abhandlungen über Münzwesen, Besteuerung, Landwirtschaft und andre Zweige des wirtschaftlichen und Staatslebens geschrieben worden; jedoch erst von der Mitte des vorigen Jahrhunderts ab hat man versucht, das ganze Gebiet im Zusammenhange zu behandeln. Da hat sich denn je länger desto deutlicher gezeigt, wie schwierig es ist, die Nationalökonomie gegen die übrigen Wissenschaften abzugrenzen. Das Menschenleben bildet, wie der Mensch selbst, ein

unteilbares Ganzes, und seine wirtschaftliche Thätigkeit läßt sich noch schwerer als irgend eine andre von den übrigen Thätigkeiten ablösen, mit denen sie verflochten ist, ja aus denen sie besteht; ist doch die künstlerische Thätigkeit z. B. meistens zugleich auch wirtschaftlicher Natur, da sie dem Künstler den Lebensunterhalt verschafft. Soll die Wirtschaft eines Volkes dargestellt werden, so müssen zunächst alle seine Produktions- und Erwerbszweige durchgenommen werden: Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Gewerbe, Großindustrie, Handel. Und spielen die Millionen, die die heutigen französischen Maler durch den Verkauf ihrer Bilder nach Amerika lösen, nicht auch eine Rolle im französischen Wirtschaftsleben? Gehören also nicht auch die schönen Künste dazu? Und wie könnte man heute von den Gewerben und der Landwirtschaft handeln, ohne auf die Maschinentechnik und die Chemie einzugehen! So gerät man also in die Naturwissenschaften hinein. Der Staat aber wirkt, wie schon erwähnt wurde, immer kräftiger auf das Wirtschaftsleben ein, nicht allein im allgemeinen und mittelbar durch seine Eigentums-, Erbschafts- und Familienordnung, sondern auch unmittelbar durch Spezialgesetze für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft, Bergbau, Jagd und Fischerei, durch Regelung der Arbeiterverhältnisse, sowie des Münz-, Bank- und Börsenwesens. So sieht sich die Volkswirtschaftslehre gezwungen, die gesamten Staatswissenschaften samt der Rechtswissenschaft zu umspannen. Außerdem aber darf sie die Natur des Menschen nicht außer Acht lassen, von dessen Anlagen, Neigungen und Charakter doch zuletzt der Zustand seiner Wirtschaft abhängt, muß sich also mit Psychologie, Anthropologie und Ethnologie befassen. Zuletzt abhängt? Das war voreilig! Der gegenwärtige Charakter eines Volkes und seiner Angehörigen hängt seinerseits wiederum ab von den frühern Schicksalen des Volkes und von der

Beschaffenheit seines Landes, sodaß Geschichte und Geographie nicht zu umgehen sind. Kurzum: die Volkswirtschaftslehre schwillt zu einer Encyklopädie des menschlichen Wissens an. Es bleibt also, wenn sie als gesondertes Lehrfach fortbestehen soll, nichts übrig, als sie willkürlich abzugrenzen. Der Gebrauch hat allmählich zu folgender Abgrenzung geführt. Man erörtert die wichtigsten Vorgänge des Wirtschaftslebens sowie die sich daraus ergebenden Begriffe und Gesetze und nimmt von den hineinspielenden Wissenschaften nur so viel auf, als zum Verständnis des Gegenstandes unbedingt notwendig ist. Das nennt man die allgemeine oder theoretische Volkswirtschaftslehre. Dann läßt man, als dreigliedrigen praktischen Teil, eine Nationalökonomie der wichtigsten Produktionszweige: des Ackerbaues (oder der Urproduktion, wozu außer dem Ackerbau noch Jagd, Fischfang, Bergbau und Forstwirtschaft gehören), des Gewerbes und des Handels folgen. Eine Geschichte der Volkswirtschaft und Volkswirtschaftslehre macht den Beschluß. Die ersten vier Teile machen zusammen mit der Finanzwissenschaft und der Lehre von der Staatsverwaltung das aus, was früher, ehe der Name Nationalökonomie aufkam, Kameralwissenschaft genannt wurde. Heut pflegt man die den Staat betreffenden Wissenschaften mit Ausnahme der Jurisprudenz und Militärwissenschaft Staatswissenschaften zu nennen und die Nationalökonomie als ihren Kern zu betrachten. Kaum ist aber das mühsame Werk der reinlichen Scheidung gelungen, so bedroht uns die neue Wissenschaft der Soziologie oder Gesellschaftslehre, die die Nationalökonomie annektieren und sich als einen Teil eingliedern möchte, mit einer neuen Verwirrung. Manche Gelehrte allerdings wollen überhaupt nichts von Gesellschaft wissen; sie behaupten, der Staat sei eben die Gesellschaft, und eine Gesellschaft, die etwas von ihm verschiednes sei, gebe es

nicht. Das ist nun freilich nicht richtig. Gesellschaft ist die Gliederung der Völker nach natürlichen Verbänden (Familien, Stämmen, Landsmannschaften), nach Berufsständen und Interessengruppen. Wie stark auch Gesellschaft und Staat auf einander einwirken mögen, so bleiben sie dennoch deutlich geschieden von einander. Der Staat mag zertrümmert werden — die gesellschaftlichen Verbände: Familien, Stämme, Berufsstände, bleiben bestehen. An der gesellschaftlichen Gliederung des deutschen Volkes in Rittergutsbesitzer, Groß- und Kleinbauern, Handwerker, Kaufleute, Beamten, Lohnarbeiter und Dienstboten haben die gewaltigen politischen Umwälzungen des letzten Jahrhunderts rein gar nichts geändert. Daß wir vor hundert Jahren einige hundert Reichsstände, vor fünfzig Jahren 39 souveräne Staaten und heute nur noch 26 haben, daß dem alten Reich der Rheinbund neben zwei unverbundnen Großstaaten, dann der deutsche Bund, dann ein Norddeutscher Bund, zuletzt das von Österreich abgelöste Deutsche Reich gefolgt ist, hat die soziale Schichtung gar nicht berührt. Eine Veränderung hat diese allerdings seit fünfzig Jahren erlitten, indem das Handwerk von der aufblühenden Großindustrie zurückgedrängt worden und die Zahl der besitzlosen Arbeiter übermäßig angeschwollen ist, aber nicht irgend eine politische Umwälzung, sondern der Fortschritt der Technik hat in Wechselwirkung mit dem Volkswachstum diese Veränderung hervorgebracht. In England sehen wir den entgegengesetzten Verlauf. Der englische Staat ist, abgesehen von seinem Kolonialbesitz, heute derselbe wie vor dreihundert Jahren, aber seine Gesellschaft hat sich von Grund aus geändert, insbesondre ist sein Bauernstand gänzlich verschwunden. Die Gesellschaft greift über die Staatsgrenzen hinaus; nicht allein die Börse und das Proletariat sind international; auch die Dynastien und der Adel verschiedner Länder haben

sich zu Zeiten dem Bürgerstande ihrer Staaten gegenüber solidarisch gefühlt. Heute sehen wir die Agrarier aller Länder mit einander über die Währung verhandeln und einen internationalen Münzbund anstreben. Die Vertreter der Wissenschaft erkennen wenigstens theoretisch keine Staatsgrenzen an. Also daß die Gesellschaft im Staate aufginge, ist nicht richtig; aber die Zumutung, sich von der noch sehr unfertigen Gesellschaftswissenschaft verschlingen zu lassen, darf die Nationalökonomie vor der Hand zurückweisen.

Wie die Vertreter aller andern Wissenschaften, so pflegen auch die Nationalökonomen von der Methode Rechenschaft abzulegen, die sie beobachten, und ein Begriff davon, wie bei jeder Wissenschaft Methode notwendig sei, kann auch dem Laien nicht schaden. Unter Methode versteht man ein planvolles, zweckmäßiges Verfahren. Es handelt sich hier einmal um die Methode der Forschung und dann um die der Darstellung. Bei der Forschung kann man sich der Deduktion oder der Induktion bedienen, richtiger: muß man sich beider zugleich bedienen. Und zwar gilt das ganz allgemein, nicht bloß von der Nationalökonomie. Kein Mensch kann in der Wissenschaft oder im Leben etwas Tüchtiges leisten, ohne von den Gegenständen seiner Thätigkeit einen Begriff zu haben und aus diesem Begriff Folgerungen zu ziehen — und das ist Deduktion, und ohne zugleich die Erfahrung zu befragen und aus dieser Folgerungen für seine Thätigkeit abzuleiten — und das ist Induktion. Der gewissenhafte Gelehrte thut keinen Schritt, ohne die Deduktion und die Induktion gleichzeitig anzuwenden, und kontrolliert beständig die Ergebnisse der einen durch die der andern. So liegt ihm z. B. die Deduktion nahe, daß, da alle Menschen ohne Ausnahme nach Glück streben, dieses allgemeine Streben, wenn man es nur frei schalten läßt, auch zum allgemeinen Glück führen müsse. Aber

da die Erfahrung das Gegenteil zeigt, so unterläßt er diese Folgerung. Oder er sieht, daß die Bewohner eines Landes arm sind. Daraus könnte er folgern, daß sie faul seien, weil Faulheit gewöhnlich Armut zur Folge hat. Er wird aber diesen Schluß nicht voreilig ziehen, weil ihn die Erfahrung belehrt hat, daß Armut auch durch andre Umstände verursacht werden kann, z. B. durch Unterdrückungen, die ein Volk von einem Eroberer zu erleiden hat, und er wird daher nachforschen, ob nicht diese oder eine andre Ursache wirksam gewesen ist. Der gewöhnliche Gang der Untersuchung ist der, daß aus der Erfahrung ein Begriff oder ein allgemeiner Satz, eine Regel abgeleitet und diese dann auf die übrigen Erscheinungen angewendet wird. Auf jedem Wochenmarkte kann man beobachten, wie der Zufluß von Waren den Preis drückt, der Zufluß von Käufern ihn hebt, und so durch Induktion das Gesetz der Preisbildung durch Angebot und Nachfrage ableiten. Die Kunst der Deduktion besteht darin, daß man dieses so gefundne Gesetz auf die einzelnen Fälle richtig anwendet und mit den übrigen Ursachen der Preisbildung richtig verbindet. Zum richtigen Deduzieren gehört vor allem ein klarer, scharfsinniger Verstand, der vor Fehl- und Trugschlüssen bewahrt. Die wichtigsten Hilfsmittel der Induktion sind für die Volkswirtschaftslehre: Geschichte, Statistik und Enqueten. Aus der Geschichte richtige Folgerungen zu ziehen, ist sehr schwierig, weil wir trotz des von der modernen Forschung aufgehäuften gewaltigen Materials von den wirtschaftlichen Zuständen früherer Zeiten immer noch zu wenig genaues wissen, und weil die Darstellung in den Geschichtswerken vielfach parteiisch ist. Auch die richtige Handhabung der Statistik ist schon an sich schwierig genug und wird für solche, denen die Urzahlen nicht zugänglich sind, durch tendenziöse Zahlenzusammenstellungen noch mehr erschwert. Carey erzählt in dem

Buche The Harmony of Interests (S. 4 Anmerkung) folgende Anekdote. Ein amerikanischer Regierungsbeamter wurde beauftragt, gewisse statistische Tabellen anzufertigen. „Welcher Partei Behauptungen soll ich damit beweisen?“ fragte er. „Können Sie denn die Behauptungen beider Parteien beweisen?“ „Gewiß, beide gleich gut!“ war die Antwort. Bei Enqueten hängt der Wert des Ergebnisses davon ab, ob alle Beteiligten befragt worden sind, oder wo das wegen ihrer zu großen Menge nicht möglich ist, ob eine hinlänglich große Zahl von Stichproben genommen worden ist, und zwar, wo entgegengesetzte Interessen ins Spiel kommen, von beiden Parteien, und wo die eine Partei, z. B. als Lohnarbeiterschaft, von der andern abhängig ist, ob die Abhängigen in einer Weise befragt worden sind, daß ihnen aus einer wahrheitsgetreuen Antwort kein Schaden erwächst. Auch die gründlichste und gewissenhafteste methodische Forschung führt den Forscher irre, wenn er abgesperrt von der Welt in seinem Studierzimmer lebt. Nur wenn er die Menschen und Dinge mit eignen Augen sieht und den Lauf der Ereignisse offnen Blicks verfolgt, erschließen ihm die Nachrichten und Zahlen, die er sammelt, ihren eigentlichen Sinn.

Für die Methode der Darstellung ist bei der Volkswirtschaftslehre die Anordnung des Stoffes das wichtigste, und hier hilft sich nun jeder, wie er kann, d. h. also, es befolgt so ziemlich jeder Verfasser eines Handbuchs seine eigne Methode.





Drittes Kapitel

Der Mensch als Zweck und Träger der Volkswirtschaft

Daß der einzelne Mensch der Zweck der Volkswirtschaft sei, muß in unsrer Zeit ausdrücklich gesagt werden, weil weitverbreitete Gelehrtenschulen entweder Begriffe wie sittliche Weltordnung, Kulturfortschritt, Entwicklung oder eine Gemeinschaft wie den Staat als den Zweck aller und somit auch der wirtschaftlichen Thätigkeit des Menschen hinstellen. Es ist nur ein Wesen denkbar, für das und von dem sich der Mensch als Mittel behandeln lassen darf, nämlich Gott. Entweder man glaubt an Gott, dann ist der Mensch ein Mittel oder Werkzeug zur Erreichung göttlicher Zwecke; aber ihn in dieser Beziehung zu betrachten, ist die Aufgabe der Religionswissenschaft, nicht der Volkswirtschaftslehre: diese kann keinen höhern Zweck kennen als die Bedürfnisbefriedigung der einzelnen Menschen. Oder man glaubt nicht an Gott, dann giebt es überhaupt keinen höhern Zweck als das irdische Wohl der einzelnen menschlichen Persönlichkeit. Über die Thorheit, den lebendigen Menschen einem toten Begriffe opfern zu wollen, braucht man kein Wort zu verlieren. Was aber das Gemeinwohl anlangt, so hat dieses Wort nur dann einen Sinn, wenn man darunter das Wohl

aller einzelnen versteht, die einer bestimmten Gemeinschaft angehören. Natürlich kann das einem jeden erreichbare Maß von Wohlsein nur innerhalb einer Gemeinschaft und mit deren Hilfe verwirklicht werden, und da die Gemeinschaft für alle notwendig ist, so muß in den häufigen Fällen eines Konflikts zwischen Einzelwohl und Gemeinwohl jenes diesem weichen. Damit hört aber jenes nicht auf, das höhere, der Zweck für dieses zu sein, das nur eine uneigentliche Bezeichnung für eine gute Verfassung und angemeßene Machtentwicklung des Gemeinwesens ist. Denn wohl befinden kann sich nur der einzelne Mensch, nicht eine Gemeinschaft, die ja keine Empfindung hat. Unter Gemeinwohl versteht man einen Zustand, der das Gemeinwesen in den Stand setzt, das Wohl der Mehrzahl seiner Angehörigen zu befördern und zu sichern. Wenn also nicht selten das Wohl einzelner dem Gemeinwohl geopfert werden muß, so heißt das nichts andres, als daß das Wohl der Minderzahl dem der Mehrzahl geopfert werden müsse, und daß, wenn nicht einige (z. B. im Kriege) geopfert werden, niemandes Wohl mehr gesichert werden könne. Zuweilen liegt die Sache auch so, daß das Wohl der gegenwärtig lebenden dem Wohl der zukünftigen Geschlechter geopfert wird, und dieser Fall ist es besonders, der die Ansicht einigermaßen gerechtfertigt erscheinen läßt, daß das Gemeinwohl etwas vom Wohl aller einzelnen verschiednes sei und höher als dieses stehe. Bei näherm Zusehen jedoch verschwindet auch dieser Schein. Die Mehrzahl der Volksgenossen besteht ja doch nicht aus Hagestolzen und alten Mädchen, sondern aus Vätern und Müttern, und diesen liegt am Wohl ihrer Kinder und Enkel mehr als an ihrem eignen Wohle. Die Sorge der Vornehmen reicht noch über die Enkelzeit hinaus, weil der Stolz auf die Vergangenheit und die Zukunft ihres Geschlechts einen Teil ihres persönlichen Glücks

ausmacht. Und wenn wir, auch ohne Rücksicht auf eigne Kinder, unserm Volke eine glänzende Zukunft wünschen, so bedeutet doch dieser Wunsch nichts andres, als daß wir wünschen, unser Volk möge bis in die späteste Zukunft hinein aus starken, gesunden, geehrten und glücklichen Menschen bestehn. Wird das nicht von der Mehrzahl der Bürger fest im Auge behalten, so droht abwechselnd bald von der Rechten bald von der Linken Gefahr. Zur Linken hat man das „Wohl der Menschheit“ als den höchsten Zweck der Kulturentwicklung, demnach auch der politischen und wirtschaftlichen Thätigkeit aufgestellt. Menschheit ist aber ein toter Begriff. In Wirklichkeit giebt es nur Völker, deren Lebensbedingungen sehr verschieden sind, und deren Interessen einander nicht selten im Wege stehen, sodaß es oft unmöglich ist, dem einen zu nutzen, ohne dem andern zu schaden. Mögen wir zu Gott das Vertrauen hegen, daß er aus diesen Interessenkämpfen zu guter letzt das Heil aller werde hervorgehen lassen — menschlicher Verstand vermag hier vorläufig keine Harmonie herzustellen. Außerdem geht die Fürsorge für die ganze Menschheit über die Kräfte auch des größten Mannes hinaus. Menschenkraft ist sehr beschränkt: wir vermögen für eine Familie, für eine Gemeinde, für ein Lesepublikum, für eine Partei zu wirken, und höchstens für unser Volk, oder für den Staat, in dem es organisiert ist. Wer darüber hinaus will, der verliert sich mit seiner Thätigkeit ins blaue oder wird das unbewußte Werkzeug irgend einer selbstsüchtigen Macht, etwa Englands, das ein Jahrhundert lang den Heiden das Christentum und den Christen die Humanität und die Freiheit zu keinem andern Zwecke gepredigt hat, als um seinen Kattun loszuwerden und andre Völker an der Kattunweberei zu verhindern. Die eifrige Missionsthätigkeit der Engländer hat in ihrem tiefsten Grunde keinen andern

Zweck, als im Interesse Manchesters die schwarzen und braunen Menschen zum Hosen- und Hemdentragen zu bewegen, was natürlich nicht ausschließt, daß einzelne Missionare ihren Beruf ernst nehmen. Ist man dieser Schlinge entgangen, so verstrickt man sich leicht in die zur Rechten, wo die Aufopferung fürs Vaterland gepredigt, mit dem Vaterlande oder Staate aber weiter nichts als der Geldvorteil der herrschenden Stände gemeint wird, wie denn auch das „Reich Gottes," das „Wohl der Kirche" und das „Seelenheil" manchmal weiter nichts bedeuten als die Machtstellung und die Einkünfte des Klerus. So steht es also zwar für jeden Denkenden von vornherein fest, daß er, um das Wohl seiner Nebenmenschen fördern zu können, für die Gemeinschaft oder die Gemeinschaften arbeiten muß, durch die er mit jenen verbunden ist, aber in jedem Falle, wo seine Thätigkeit für das Gemeinwohl in Anspruch genommen wird, hat er zu untersuchen, ob dieses angebliche Gemeinwohl wirklich das Wohl aller oder wenigstens der Mehrzahl sei, oder ob sich nicht irgend ein Privat-, Klassen- oder Kliqueninteresse darunter verberge.

Weil die Begriffe von Glück sehr verschieden sind — hat es doch Menschen gegeben, die den Märtyrertod, andre, die die Bettelarmut für das größte Glück gehalten haben —, so gehen die Meinungen darüber, worin das Gemeinwohl bestehe, und ob das Wort überhaupt einen Sinn habe, sehr weit aus einander. Aber wer Volkswirtschaft treibt, der schließt die Vorstellungen der Schwärmer von vorn herein von seiner Betrachtung aus. Da die Volkswirtschaft die geregelte Thätigkeit eines Volkes für seine Bedürfnisbefriedigung ist, so ist damit der nächste Zweck der Volkswirtschaft klar gegeben: er besteht eben in der Bedürfnisbefriedigung, und diese ist das Gemeinwohl im volkswirtschaftlichen Sinne. Daß die Thätigkeit für die Be-

dürfnisbefriedigung selbst Not schaffen kann, und daß bei voller Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse die höhern Bedürfnisse, z. B. das Thätigkeitsbedürfnis, vieler einzelnen unbefriedigt bleiben können, daß daher auch eine zweckmäßige Organisation der Arbeit, die Versorgung eines jeden mit einem angemessenen Wirkungskreise, zu den Aufgaben der Volkswirtschaft gehört, kann erst später klar gemacht werden. Mag auch nicht bloß vorläufig, sondern überhaupt in positiver Beziehung noch vieles unbestimmt bleiben, da darüber gestritten werden kann, welche Bedürfnisse auf Befriedigung Anspruch haben und in welchem Maß, so ist dafür negativ der Zweck sehr genau begrenzt: wo viel tausend Menschen nicht satt zu essen und keine oder keine gesunde Wohnung haben, da ist der Zweck der Volkswirtschaft: die Befriedigung der Bedürfnisse aller einzelnen, noch nicht erfüllt, denn darüber herrscht kein Streit, daß ohne die Befriedigung dieser beiden Bedürfnisse der Mensch gar nicht Mensch sein, seine höhere Natur nicht entfalten kann. Und da sie bei uns thatsächlich noch lange nicht befriedigt sind, so genügt vorläufig diese Zweckbestimmung. Also: der nächste Zweck der Wirtschaft unsers Volkes ist, alle Volksgenossen mit ausreichender Nahrung und gesunder Wohnung zu versorgen. Die Kleidung, die gewöhnlich als drittes Hauptbedürfnis aufgeführt wird, kommt heute kaum mehr in Betracht, weil dieses Bedürfnis durch ungesunde Überproduktion mehr als gedeckt ist. Wir werden später sehen, daß die Versorgung aller mit den unentbehrlichsten Gütern keineswegs bloß von der Gütererzeugung, sondern auch von der Güterverteilung abhängt, daß also der angegebne Zweck die Forderung einer guten Organisation der Güterverteilung einschließt.

Auch daß der einzelne Mensch der eigentliche Träger (das Subjekt) der Volkswirtschaft sei und —

wenn man nicht den Kommunismus will — bleiben müsse, muß ausdrücklich hervorgehoben werden, weil heute die Neigung vorherrscht, die Sorge und die Verantwortung für die eigne Lage von sich abzuwälzen, und den Staat zum einzigen verantwortlichen Träger des wirtschaftlichen Getriebes zu machen, die einzelnen Persönlichkeiten aber zu Werkzeugen oder Maschinenteilen herabzusetzen. Und da doch ein unpersönliches Wesen nicht leiten kann, so würde, wenn sich die Völker diesem Zuge der Zeit widerstandslos überließen, zu guter letzt nichts übrig bleiben, als diese alles umfassende verantwortliche Leitungsthätigkeit einer einzelnen Person: der Person des Herrschers zu übertragen. Das heißt mit andern Worten: die moderne Zentralisation des Wirtschaftslebens im Staate läuft auf nichts andres hinaus, als auf die Erneuerung der altorientalischen Despotien; alle Menschen sollen ihrer Würde als Subjekte, als Persönlichkeiten entkleidet werden (während in den altklassischen Staaten nur etwa die Hälfte, die Sklavenschaft, von diesem Schicksal betroffen ward) und sich mit der Rolle von Werkzeugen oder Schutzbefohlnen des einen Subjekts, des Herrschers, begnügen. Hier haben wir noch eine andre Seite der im ersten Kapitel dargestellten Entwicklung vom unbewußten zum planvoll geleiteten Zusammenwirken der Einzelwirtschaften in der Volks- oder Staatswirtschaft: Kommunismus und Despotie laufen zuletzt auf dasselbe hinaus.





Viertes Kapitel

Naturgesetze der Volkswirtschaft

Induktion und Deduktion ergeben zusammen die Gesetze, nach denen sich die volkswirtschaftlichen Veränderungen vollziehen. Gesetz ist eine Regel des Geschehens. Von Menschen erlassene Gesetze bestimmen, was geschehen soll, aber häufig nicht geschieht, weil die Macht fehlt, die das Geschehen erzwingen könnte, oder weil der anfänglich vorhandne Wille zu zwingen nachläßt oder sich ändert. Naturgesetze sagen aus, was wirklich geschieht. Sagen aus, nicht etwa: bewirken. Das Gravitationsgesetz sagt aus, daß die Kraft, mit der die Körper einander anziehen, ihren Massen direkt und den Quadraten ihrer Entfernung umgekehrt proportional ist; wer oder was es bewirkt, daß sie einander anziehen, daß sie einander so und nicht anders anziehen, das wissen wir nicht. Giebt es einen Gott, so ist dieser es, der das Gesetz erlassen hat, und sein Wille ist es, der die Körper es zu befolgen zwingt. Die Naturgesetze sind in diesem Falle für das Weltall genau dasselbe, was die Staatsgesetze für einen Staat sind, mit dem einzigen Unterschiede, daß sie ausnahmslos befolgt werden, weil Gott die Macht hat, ihre Befolgung durchzusetzen, und weil sein Wille niemals weder schlaff wird noch sich ändert.

Je nachdem man nun die menschliche Willensfreiheit annimmt oder nicht, beantwortet sich die Frage, ob die menschlichen Handlungen, die wirtschaftlichen eingeschlossen, naturgesetzlich verlaufen. Nimmt man an, daß der Wille des Menschen eine geheimnisvolle Kraft sei, aus sich selber, unabhängig vom Willen Gottes und vom Laufe der Welt Entscheidungen zu treffen, die niemand voraussehen, niemand vorausberechnen kann, so verläuft das Menschenleben nicht nach Gesetzen und kann daher, als ein regelloser Schwarm unberechenbarer Einfälle, auch nicht Gegenstand irgend einer Wissenschaft sein. Wird dagegen jeder Entschluß des Menschen durch Beweggründe bestimmt, so verläuft auch das Menschenleben gesetzlich, und zwar darf man sagen: naturgesetzlich. Damit hat man nicht etwa dem Materialismus ein Zugeständnis gemacht. Die Wesensverschiedenheit von Leib und Seele kann festgehalten, oder bei Annahme der Wesensgleichheit kann der Geist als das Wesen und die Materie als bloße Erscheinung aufgefaßt werden, das ändert nichts an der Gesetzlichkeit des geistigen Geschehens. Naturgesetzlich nennen wir es deswegen, weil die Regeln, nach denen es verläuft, ebenso unverbrüchlich sind, wie die in der Körperwelt herrschenden Gesetze, nicht verletzbar wie die menschlichen. Als Schöpfung Gottes ist übrigens auch die Menschenseele Natur, nicht Menschenwerk.

Für die Volkswirtschaftslehre nun, als eine praktische Wissenschaft, kommt die theoretische Frage nach der Willensfreiheit gar nicht in Betracht. Daß die Menschen im allgemeinen nach Beweggründen handeln, daß man die Beweggründe, von denen sich jeder Mensch leiten läßt, leicht erraten kann, wenn man seinen Charakter, d. h. seine Natur kennt, das sind zwei allgemein anerkannte Wahrheiten, ohne die es praktische Wissenschaften überhaupt nicht geben könnte. Was hätten Strafandrohungen in der Kinderstube, in

der Schule, in der Kaserne und im Staate für einen Sinn, wenn man nicht wüßte, daß und in welcher Weise sie den Willen der Bedrohten bestimmen. Gewiß wird die Wirksamkeit der Strafandrohungen im allgemeinen sehr überschätzt, aber der Irrtum besteht in diesem Falle nicht darin, daß man den Willen der Untergebnen durch Beweggründe zu lenken gedenkt — denn das ist zweifellos möglich —, sondern daß man von einem der vielen anwendbaren Beweggründe mehr erwartet, als er zu leisten vermag. Mag es neben der Verkettung der Beweggründe, deren Wirkung berechenbar ist, noch eine Willensfreiheit geben, die Störungen in den voraus berechneten Verlauf der Ereignisse bringt — jedenfalls sind diese Störungen so unbedeutend, daß man sie außer Acht lassen darf. Also auch die theoretische Annahme einer Willensfreiheit ändert nichts daran, daß die menschlichen Dinge naturgesetzlich verlaufen. Wo man Ausnahmen wahrzunehmen glaubt, da läßt es sich meistens leicht nachweisen, daß die Ausnahme nur Schein ist. So z. B. haben die englischen Volkswirtschaftslehrer den Satz aufgestellt, daß die Selbstsucht die einzige Triebfeder der wirtschaftlichen Thätigkeit sei, und andre haben ihnen entgegnet, da die Südländer meistens faul seien und sich, wo sie nicht durch die äußerste Not gezwungen werden, die Gelegenheit selbst zum leichtesten Verdienst entgehen ließen, so sei entweder jenes von den Engländern gefundne Naturgesetz falsch, oder es gebe überhaupt keine wirtschaftlichen Naturgesetze. Abgesehen nun davon, daß die Behauptung, alle Südländer seien faul, gewisse Thatsachen mit einem sehr unzutreffenden Worte bezeichnet, verhält sich die Sache folgendermaßen. Der Nordländer wie der Südländer werden gleichermaßen von dem Triebe bewegt, der sie nach Glück zu streben zwingt, und den man Selbstsucht oder auch anders nennen kann. Aber die Lebens-

bedingungen beider sind so verschieden, daß jener nicht ohne den Besitz einer bedeutenden Geldsumme glücklich werden kann, dieser aber es sehr wohl kann, oder wenigstens in frühern Zeiten konnte. Daher hat der Durst nach Glück jenen arbeitsamer und habsüchtiger gemacht als diesen; beides auf ganz naturgesetzlichem Wege: mit der Natur des Landes ändert sich eben auch die geistige Natur des Menschen.

Daß die Volkswirtschaftslehre nicht, wie die Astronomie, die Mechanik, die Chemie eine exakte Wissenschaft werden kann, begründet keinen Einwand gegen die Naturgesetzlichkeit der volkswirtschaftlichen Geschehnisse. Exakt nennt man eine Wissenschaft, wenn sie uns in den Stand setzt, alle in ihr Gebiet fallenden zukünftigen Ereignisse genau vorauszuberechnen. Unberechenbarkeit kommt auch in der Natur vor, und zwar überall da, wo sehr viele Ursachen zusammenwirken, die wir nicht alle zu ermitteln, und deren Stärkegrade wir nicht abzuschätzen vermögen. Es ist ein Naturgesetz, daß Regen fallen muß, wenn bei einer bestimmten Temperatur die Luft in einem bestimmten Grade mit Wasser gesättigt ist, trotzdem aber sind die Meteorologen nicht imstande, für alle Tage des Jahres vorauszuberechnen, welche Punkte der Erdoberfläche Regenwetter haben werden, während der Astronom vorausberechnen kann, an welchem Punkte des Weltalls jeder Planet am 1. Januar 2000 stehen wird. Dieser Unterschied kommt daher, daß die Bewegungen der Planeten bloß durch zwei Ursachen bestimmt werden, deren Stärke und Wirkungsweise genau bekannt sind, während die Sättigung eines geographisch bestimmten Luftraums mit Wasser und seine Temperatur von schier unzähligen Ursachen abhängen. Zwar gehen alle diese Ursachen auf drei Grundursachen zurück: die Sonnenwärme und die doppelte Umdrehung der Erde. Aber die stete Änderung des

Winkels, unter dem die Sonnenstrahlen die Erde treffen, sowie der Länge des Tages, die verschiedne Verteilung von Land und Wasser auf der Erdoberfläche, deren verschiedne Erhebungen, die Verschiedenheit der Gesteine und Erdarten und der Pflanzendecke bringen eine solche Mannigfaltigkeit in die Wirkungsweisen jener drei in einander greifenden Grundursachen, daß die Zahl der sich ergebenden Kombinationen als schlechthin unendlich bezeichnet werden kann. Der Verlauf des Wirtschaftslebens der Menschen hängt sogar von einer noch größern Zahl von Ursachen ab; denn erstens gehören alle natürlichen Lebensbedingungen dazu, von denen das Wetter nur eine ist, und zweitens die unzähligen Menschenseelen, deren jede zeitlebens ein Geheimnis bleibt. Trotzdem lassen sich die volkswirtschaftlichen Vorgänge im allgemeinen leichter berechnen wie das Wetter, wenn auch niemals genau und mit Sicherheit und meistens nur für abgegrenzte Bezirke. So kann man in einem von Natur oder durch die Politik abgesperrten Lande mit Sicherheit voraussagen, daß das Getreide nach schlechten Ernten stets teurer sein wird als nach guten. Wirken dagegen die Ernteergebnisse aller Länder der Erde bei der Preisbildung zusammen, dann läßt sich nicht mit Sicherheit angeben, ob der Getreidepreis eines bestimmten Landes seiner Ernte entsprechen werde. Oder: wenn sich zu den Kohlengruben eines Landes soviel Arbeiter drängen, daß man, um alle beschäftigen zu können, die Arbeitszeit von acht auf vier Stunden herabsetzen müßte, so kann man mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß der Arbeitslohn fallen wird. Es kann aber auch anders kommen. Die Arbeiter können einen Gewerkverein haben, der das Unterbieten verhindert, und die Arbeitslosen mit Liebesgaben ausländischer Genossen durchschleppt. Auch der Fall ist denkbar, daß sämtliche Grubenbesitzer edle Menschen

wären, die von der sich ihnen aufdrängenden Gelegenheit, am Arbeitslohne zu sparen, keinen Gebrauch machten. Das wäre weder etwas unnatürliches noch etwas übernatürliches; denn es giebt von Natur edle Menschen, die sich grundsätzlich nicht auf Kosten andrer bereichern. Daß zufällig einmal sämtliche Besitzer von Kohlengruben eines Landes solche edle Menschen wären, und daß ihnen die Geschäftslage gestattete, ihren Edelsinn in der angegebnen Weise zu bekunden, ist freilich noch nicht vorgekommen und wird wohl auch in Zukunft nicht vorkommen; aber sollte es sich einmal ereignen, so würde damit kein Naturgesetz durchbrochen sein. Daß die unübersehbare Vielheit der einwirkenden Ursachen die Berechenbarkeit der volkswirtschaftlichen Vorgänge nicht gänzlich hindert, kommt von der großen Gleichartigkeit der Ursachen, insbesondre der Menschenseelen. Bei jedem einzelnen Menschen muß man auf Überraschungen gefaßt sein; man kann erleben, daß er einmal anders handelt, als sein Charakter und die Umstände erwarten ließen, und das ist es eben, worauf sich die Theorie der Willensfreiheit stützt. Aber in zehntausend Fällen kommt das kaum einmal vor, und im Wirtschaftsleben verhalten sich die Menschen noch weit gleichartiger, als z. B. in der Politik oder in der Liebe. Daß einer eine Ware bei A teurer kaufte, die er bei B in gleicher Güte und gleich bequem billiger haben könnte, gerade *weil* sie dort teurer ist, kommt wohl niemals vor.

Obgleich also die volkswirtschaftlichen Ereignisse nur unvollkommen berechenbar sind, ist die Ermittlung der volkswirtschaftlichen Naturgesetze so wenig überflüssig wie die der meteorologischen. Kann der Meteorologe nicht das Wetter aller Punkte der Erdoberfläche auf ein ganzes Jahr vorausberechnen, so kann er doch den Hamburger Schiffern sagen, ob sie bei der Ausfahrt in die Nordsee morgen Sturm haben werden.

Die Volkswirtschaft aber ist nicht bloß an sich weniger unberechenbar als die Meteorologie, sie kann auch bis zu einem gewissen Grade vom menschlichen Willen geleitet werden, der seinerseits durch die Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Gesetze mitbestimmt wird. Hat z. B. die Mehrheit eines Volkes erkannt, daß falsche Verteilung des Grundbesitzes eine Quelle großer Übel geworden ist, so kann sie durch Gesetze eine andre Verteilung herbeiführen.



Fünftes Kapitel

Die wirtschaftliche Natur des Menschen

Da die wirtschaftliche Thätigkeit aus der Natur des Menschen hervorgeht, so kann man die dem Wirtschaftsleben zugekehrte Seite der Menschennatur als die wirtschaftliche bezeichnen. Sie besteht in folgendem. Der Mensch ist, wie der Augenschein lehrt, dazu bestimmt (und für diese Bestimmung ausgerüstet), sich über die ganze Erde auszubreiten, daher auch solche Gegenden zu bewohnen, wo ihm die Natur nicht ohne weiteres die Befriedigung seiner Bedürfnisse gewährt, sondern er ihr mit Hilfe künstlicher Veranstaltungen ihre Gaben abringen und sich Güter schaffen muß, für die sie nur den Rohstoff liefert. In dieser Thätigkeit aber, zu der ihn die geographische Beschaffenheit seiner Wohnplätze zwingt, erfüllt er seine weitere höhere Bestimmung: seine geistigen und körperlichen Anlagen zu entfalten, seine Kräfte zu üben, die mannigfachsten Verbindungen zwischen sich und seinen Brüdern zu stiften. Aus jener Entfaltung und diesen Beziehungen erwachsen ihm fortwährend neue Bedürfnisse, die neue Veranstaltungen erheischen. Die Gesamtheit dieser Bedürfnisse zweiter und dritter Ordnung und der zu ihrer Befriedigung geschaffnen Veranstaltungen samt der schaffenden Thätigkeit selbst heißt Kultur. Die

wirtschaftliche Thätigkeit bildet demnach einen wesentlichen Bestandteil der Kultur, die außer ihr noch Kunst und Wissenschaft, Religion und Sittlichkeit und die Politik umfaßt, so jedoch, daß auch diese Bestandteile nicht von der Wirtschaft getrennt gedacht werden können.

Die Blattlaus ist nur ein lebendig gewordnes Blattteilchen; das Blatt bildet ihre Nahrungsquelle, ihre Wohnung, ihre Welt; sie übt keine andre Thätigkeit aus als Nahrung zu sich nehmen und sich vermehren. Höhere Insekten, Fische, Vögel, Vierfüßler sind nicht an eine einzelne Nahrungsquelle gebunden; ihnen liegt vielmehr schon die Sorge um die Nahrung ob und die Mühe, sich solche zu suchen; sogar Anfänge eigentlich wirtschaftlicher Thätigkeit treten bei solchen hervor, die längere Zeit hindurch für ihre Jungen zu sorgen oder Wintervorräte zu sammeln haben: der Nestbau der Vögel, die Anlage und Füllung von Vorratskammern beim Hamster. Der Bienenstaat baut nicht allein künstliche Wohnungen, sondern schafft auch — freilich nicht in bewußter Thätigkeit, sondern durch einen physiologischen Prozeß — ein Nahrungsmittel, das, allerdings ohne seinen Willen, ähnlich wie die Milch der Kühe und das Ei des Huhns, andern, namentlich uns Menschen zu gute kommt, außerdem noch einen Leuchtstoff. Der Mensch hat nur als nackter Naturmensch von Früchten leben können, die ihm das ganze Jahr über in den Mund wuchsen; durch Bevölkerungszunahme aus seinen ersten, paradiesischen Wohnsitzen vertrieben, mußte er bald seine Verstandeskräfte, die Geschicklichkeit seiner Hände und die Stärke seiner Arme dazu verwenden, sich Kleider anzufertigen, Hütten zu bauen, eßbare Tiere zuerst zu jagen, dann zu zähmen, Vorräte für den Winter aufzuspeichern, Werkzeuge und Waffen zu erfinden und herzustellen, gesellschaftliche Ordnungen zu gemeinsamer Produktion,

politische Ordnungen zum Schutze seiner Thätigkeit und seines Eigentums zu schaffen. In dieser mannigfaltigen Thätigkeit ergaben sich Gegenstände wie stützende Säulen und andre architektonische Glieder, Verhältnisse wie Kameradschaft und Tauschgesellschaft, Einrichtungen wie Familie, Genossenschaft, Bündnis, Gemeinde zuerst als Nebenprodukte, die bald selbst Mittelpunkte besondrer Thätigkeiten und Triebkräfte neuer Kulturarten und Wirtschaftszweige wurden. Auf dem Wege zur Befriedigung alter Bedürfnisse lernte man neue Genüsse kennen, und jeder neue Genuß wurde Bedürfnis und Triebkraft zur Erzeugung neuer Befriedigungsmittel.

Der Trieb ist die Kraft, die den Menschen schon vor aller Überlegung treibt, das zu thun, was zur Befriedigung seiner Bedürfnisse, zunächst zur Erhaltung seiner Person und der Gattung nötig ist. Ins Bewußtsein aufgenommen wird der Trieb Beweggrund (Motiv). Das Kind legt den Mund an die Mutterbrust und saugt. Für den Erwachsenen wird der Nahrungstrieb Beweggrund: zuerst Fruchtbäume zu pflanzen, dann Tiere zu jagen oder Kühe zu melken, später eine ganze Bauernwirtschaft einzurichten, endlich sich in alle jene verwickelten Unternehmungen zu stürzen, die auf höhern Kulturstufen nötig sind, sich den Lebensunterhalt zu verschaffen. Der Gattungstrieb bringt Mann und Weib ohne Überlegung zusammen. Auf höhern Kulturstufen, wo der Mann weiß, daß er nur dann ein Weib dauernd besitzen kann, wenn er ihr und ihren zukünftigen Kindern ein gesichertes Dasein, unter Umständen eine gewisse Stellung in der Gesellschaft bieten kann, bildet er einen den ersten verstärkenden Beweggrund zur Erlernung eines Berufs, zum Streben nach einer Stellung, zu schwierigen und mitunter lebensgefährlichen Unternehmungen. Je weiter die Kulturentwicklung fortschreitet, desto mehr neue Motive ge-

sellen sich diesen beiden natürlichen Haupttriebfedern zu; einzelne davon, wie der Trieb zu wissenschaftlicher Forschung, gehören einer höhern Ordnung an, andre, wie die Eitelkeit, dem Bereiche der gemeinen Selbstsucht.

Diese giebt den gewöhnlichen Einteilungsgrund ab, indem man unter den Motiven im allgemeinen, so auch unter denen, die zu wirtschaftlicher Thätigkeit treiben, selbstsüchtige und uneigennützige, oder wie ein moderner Ausdruck lautet: egoistische und altruistische (Altruismus: das Leben im andern und für den andern) unterscheidet; die uneigennützigen läßt man wohl auch mit den sittlichen oder mit den sozialen zusammenfallen, was nicht ganz richtig ist. Man kann die Einteilung gelten lassen, wofern man sie nur gegen das Mißverständnis verwahrt, als ob sie streng logisch wäre. Sie ist höchst ungenau und dient höchstens dazu, ein klein wenig Ordnung in dem Gewirr der Motive herzustellen.

Alle Motive ohne Ausnahme sind ins Bewußtsein aufgenommne Triebe, und andre Triebe als solche, die die Selbsterhaltung des getriebnen Wesens zum Zwecke hätten, giebt es nicht. Indem ein jedes Wesen sich selbst erhält, erhält es zugleich die Gattung und trägt es, sofern es ein Mensch ist, zur Erzeugung der Kultur und zur Stiftung der gesellschaftlichen Ordnung bei, wirkt es also sittlich und sozial. Indem die höhern Zwecke — bis zu einer gewissen Grenze — mit den kleinen Zwecken des Einzelnen zusammenfallen, „gewinnen die Natur, der Staat und der Einzelne [?] Macht über den Egoismus. Darauf beruht das Wunder der menschlichen Welt, daß eine Kraft, die das Kleinste will, das Größte schafft. Sie will bloß sich selber: ihr armseliges, vergängliches Ich mit seinen dürftigen Interessen, und sie ruft Werke und Bildungen hervor, denen gegenüber dies Ich sich ausnimmt wie ein Sand-

korn im Vergleich zu den Alpen. Die Natur hat es an einem Seitenstück nicht fehlen lassen, es sind die Kreidefelsen der Infusorien — ein Tier, dem bloßen Auge nicht wahrnehmbar, schafft ein ganzes Gebirge. Das Infusorium ist der Egoismus — er kennt und will bloß sich selber und baut die Welt.“ (Ihering: Der Zweck im Recht I, 46.) Zu dem Wort: der Einzelne, haben wir ein Fragezeichen gemacht. Es geschieht ja eben durch den Egoismus, daß Staat und Gesellschaft und Kirche Macht über den Einzelnen gewinnen, wie kann man sagen, daß der Einzelne durch ihn über ihn Macht gewinne? Auch wenn der Mensch ungezwungen und mit Bewußtsein höhern Zwecken dient, dient er nur sich selbst. Ihering bestreitet das: er behauptet, die Selbstaufopferung sei nicht ein Ausfluß des Egoismus, sondern stehe im geraden Gegensatz zu ihm. Er hebt aber später (S. 60) diese Behauptung wieder auf, indem er die Gesinnung des sich Aufopfernden ethische Selbstbehauptung nennt.

Das Ich ist eben sehr verschiedner Art und auf höhern Kulturstufen ein sehr zusammengesetztes und verwickeltes Wesen. Der unkultivierte Mensch stürzt sich, wenn er hungrig ist, mit hündischer Gier auf den Fraß, der gebildete Mensch, der die Gewohnheit der Selbstbeherrschung angenommen hat und das Bedürfnis, die Achtung seiner Mitmenschen zu genießen, deren Bewilligung an die Beobachtung gewisser Regeln gebunden ist, der nimmt seine Nahrung in gesitteter Weise zu sich und dankt manchmal für angebotene Speise, während er vor Hunger schwach wird. Für den rohen Menschen versteht es sich von selbst, daß er das Nahrungsbedürfnis zu allererst und am allerausgiebigsten befriedigt, der Gebildete stillt seinen Hunger zuweilen unvollständig oder mit billigen, seiner Gesundheit nicht zuträglichen Speisen, um den größten Teil seines Einkommens auf Wohnung, auf anständige Kleidung seiner

Familie und auf die Erziehung seiner Kinder zu verwenden. Zuweilen entbehrt er aus reiner Eitelkeit die notwendige Nahrung, um mit schönen Kleidern, mit Schmucksachen, mit Festen, die er giebt, zu prahlen oder um gewisse an sich unnötige Anstandsausgaben machen zu können. Mag es nun dieser oder ein edlerer Beweggrund sein, der ihn zur Enthaltsamkeit zwingt, in jedem Falle ist es ein Ausfluß des allgemeinen Triebes der Selbsterhaltung, und er würde sein Ich zerstören, wenn er dem Triebe nicht folgen wollte. Die höheren, namentlich die sittlichen Triebe entspringen der sozialen Seite der Menschennatur, d. h. der Einrichtung, daß der Mensch ohne den Verkehr mit andern Menschen gar nicht Mensch werden kann, sondern Tier bleibt. Bei einer gewissen Stärke dieser Triebe ist es dem Menschen unmöglich, sich wohl zu fühlen, wenn er andre leiden sieht, oder wenn er sieht, daß die Gerechtigkeit verletzt wird, oder wenn er nicht etwas für andre thun, ihnen nützen kann. Erreicht der Trieb, für andre zu wirken oder zu leiden, einen sehr hohen Grad, so führt er zur Selbstaufopferung, die man so nennt, obwohl der Opfernde gerade dadurch sich selbst, sein höheres Ich, erhält, das er vernichten würde, wenn er seinen Leib am Leben erhalten wollte. (Wer seine Seele zu erhalten trachtet, der verliert sie, und wer sie um meinetwillen verliert, der erhält sie am Leben, sagt Christus Markus 8, 35, Lukas 9, 24 und 17, 33.) Aber man findet solche Selbstaufopferung keineswegs bloß auf der geistigen Höhe der Menschheit und mit erhabner Gesinnung verbunden, sondern auch bei rohen Naturkindern: auch die Negermutter verteidigt ihr Kind mit eigner Lebensgefahr, geradeso wie die Henne ihr Küchlein, und nicht selten ziehen sehr jugendliche und ganz ungebildete Liebesleute den Tod einem Leben ohne den andern Teil vor. Aber auch die schlechtesten Leidenschaften geraten mit einander in

Streit, sodaß ein Mensch, der zugleich wollüstig und geizig, oder genußsüchtig und ehrgeizig ist, sich beständig in der schmerzlichen Notwendigkeit befindet, das eine niedre Ich dem andern opfern zu müssen. Je weniger bei einem Opfer die Sinnlichkeit, der Eigenwille und die Eitelkeit oder ein bloßer animalischer Trieb Befriedigung finden, je mehr es dem Wohle andrer gilt, desto mehr trägt es einen sittlichen Charakter; und je unlöslicher das Ich eines Menschen mit dem Gedanken an das Wohl der andern verschmolzen ist, desto edler ist dieses Ich. Man kann also sagen, daß der Mensch zwar in allem, was er thut und leidet, nur sich selbst zu erhalten strebt, und daß bei jeder Selbstaufopferung nicht das eigentliche Ich, sondern ein untergeordnetes Ich dem eigentlichen, dem herrschenden Ich geopfert wird, aber daß es edle und unedle Persönlichkeiten giebt, und daß man gut daran thut, die Handlungsweise beider sprachlich zu unterscheiden: den Selbsterhaltungstrieb der unedeln Egoismus, den der edeln mit einem andern Ausdruck zu bezeichnen, etwa vernünftige Selbstliebe, oder Folgerichtigkeit des Charakters, oder mit Ihering ethische Selbsterhaltung. Nur, wie gesagt, soll man sich nicht einbilden, damit eine reinliche Scheidung vorgenommen zu haben; die aufopfernde Mutterliebe der Negerin und der Selbstmord aus unglücklicher Liebe sind weder in der einen noch in der andern Klasse unterzubringen, und nicht selten werden aus Liebe zu den Kindern, um diese gut zu versorgen, Verbrechen verübt.

So ergiebt sich denn auch für das Wirtschaftsleben eine Fülle verschiedner und vom höchsten bis zum niedrigsten abgestufter Motive, die ein jedes auf seinen sittlichen Gehalt untersuchen oder durchaus in der einen der beiden Klassen unterbringen zu wollen zwecklose Pedanterie uud noch dazu unausführbar wäre. Zu den Urtrieben kommen zunächst Kinderliebe, Em-

pfindung für die Familien- und Standesehre, Sorge fürs Alter, dann angenommne Gewohnheiten wie Ordnungsliebe und Sparsamkeit, Thätigkeitsdrang, Gemeinsinn, Vaterlandsliebe, Lokalpatriotismus, allerlei Leidenschaften wie die Genußsucht (wer genießen will, muß Geld verdienen, wer Geld verdienen will, muß arbeiten), wissenschaftliche und ästhetische Interessen, politische Ansichten, religiöse Überzeugungen in bunter unentwirrbarer Mischung. Für den Verkehr, eines der wichtigsten Gebiete des wirtschaftlichen Lebens, hat Ihering die Behauptung aufgestellt, daß er ausschließlich von den Trieben der niedern Gattung beherrscht werde und beherrscht werden müsse, wenn er seinen Zweck erfüllen solle „Auf welche Quelle auch der Gedanke der Ausgleichung (der Gedanke, daß jede Leistung durch eine gleichwertige Gegenleistung aufgewogen werden müsse) zurückgeführt werden möge, darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Verwirklichung desselben im Verkehr lediglich den Egoismus zum Motiv hat. Der Verkehr ist das vollendete System des Egoismus, weiter nichts.“ (A. a. O. S. 117.) Und später weist er nach, daß ein Beamter die Idee seines Berufes verletze, wenn er Geld spare, der Kaufmann aber, wenn er nicht reicher werde; der Geschäftsmann, der seinen Vorteil nicht verstehe und nicht darauf bedacht sei, erfülle seinen gesellschaftlichen Beruf nicht. Diese Auffassung ist im ganzen richtig, aber sie zeigt zugleich, wie gefährlich die Tendenz unsrer heutigen Gesellschaft ist (eine Tendenz, der die oben beschriebne kommunistisch-despotische, an sich nicht minder gefährliche entgegenwirkt), sich ganz und gar in eine Tauschgesellschaft zu verwandeln, wo jeder mit seinem ganzen Dasein vom Verkehr abhängt, wo also jeder gezwungen ist, egoistisch zu handeln, und zwar nicht nur in einzelnen Fällen, sondern in seiner ganzen Berufsthätigkeit. Erst hier stehen wir an dem Punkte, wo der

Egoismus nicht mehr bloß das niedere ist, der Unterbau des höhern Seelenlebens, sondern zu diesem, zur Sittlichkeit in feindlichen Gegensatz tritt. Daß ein Mensch seinen Lebensunterhalt suche, ist eine Forderung seines niedern Ichs, aber nichts böses, ja sogar, weil ja ohne den Leib auch der Geist nicht leben kann, eine Pflicht. Aber der Tauschverkehr nötigt ihn, seinen Lebensunterhalt zu suchen ohne Rücksicht darauf, ob er andern den Zugang zum Unterhalt versperrt, und von da bis zur bewußten Schädigung des Nächsten ist nur ein Schritt. Iherings Idee nach (die im Grunde genommen die heut so verschrieene von Adam Smith begründete freihändlerische ist) halten alle diese egoistischen Bestrebungen einander das Gleichgewicht, sodaß das Streben eines jeden, sich auf Kosten des andern zu bereichern, durch dessen Gegenstreben aufgehoben, und die allgemeine gesellschaftliche Gerechtigkeit hergestellt wird, wonach thatsächlich ein jeder das Äquivalent, die gleichartige Vergeltung für jede seiner Leistungen empfängt. Das wäre aber nur dann möglich, wenn alle im Verkehr mit einander feilschenden und in dem durch ihn erzeugten Konkurenzkampfe ringenden gleich stark, gleich klug und in gleich günstiger Lage wären. Da keines von diesen dreien der Fall ist, so kann es nicht fehlen, daß der Egoismus der Stärkern, Klügern und Glücklichern Berge von Ungerechtigkeiten aufhäuft, daß die Schwächern, soweit sie sich nicht durch heimliche Verbrechen schadlos halten, mit giftigem Neid und Haß gegen die Glücklichern angefüllt werden, und daß die alles überwuchernde wilde Selbstsucht mehr und mehr die höhern Motive erstickt. Um diesen ihre Geltung zu erhalten, muß demnach die Gesellschaft darauf bedacht sein, wenigstens einem großen Teile ihrer Glieder die Unabhängigkeit vom Konkurrenzkampfe und den Bedingungen und Wechselfällen des Verkehrs zu sichern. Es geschieht dies da-

durch, daß sie eine Anzahl als Beamten mit fester Besoldung anstellt, und daß sie den kleinen ländlichen Grundbesitz schützt. (Siehe S. 256.) Denn der Ackerbau ist, wie ihn die Alten nannten, ein neidloses Gewerbe; der Bauer bedarf zu seiner Erhaltung nicht der Schädigung seiner Mitbauern. Es schadet ihm nichts, daß sein Nachbar eine reichlichere Ernte hat, und daß sein Vieh gedeiht; nicht von dem lebt er, was er andern entreißt, sondern von dem, was er selber auf seinem eignen Acker erzeugt. Freilich trifft das nur bei vorherrschender Naturalwirtschaft zu; heute, wo auch der Bauer gezwungen wird, kapitalistisch zu wirtschaften (siehe S. 114, 160 u. 337) neidet er, wenn nicht seinen Nachbarn, so doch den Bauern andrer Länder gute Ernten, und sucht er mitunter die Abnehmer seiner Produkte zu schädigen. Aus alledem geht übrigens hervor, daß ein gewisser Gegensatz zwischen den Erfordernissen des Wirtschaftslebens und dem, was man gewöhnlich ideale Gesinnung nennt, unvermeidlich ist. Näher kann hier auf diesen Gegenstand nicht eingegangen werden; nur andeutungsweise mag auf die verschiednen Volks- und Völkertypen hingewiesen werden. Es giebt faule und genußsüchtige Völker, die lasterhaft und unwirtschaftlich zugleich sind, wie manche Naturvölker; es giebt andre, die energisch und umsichtig sind und daher trotz aller Laster reich werden, wie die alten Römer und die Engländer. Sparsamkeit, Mäßigkeit, Züchtigkeit, Arbeitsamkeit, die vorzugsweise wirtschaftliche Tugenden genannt werden, begründen gewöhnlich ein gesichertes anständiges Dasein, machen aber für sich allein noch nicht reich. Erhabne christliche Gesinnung, die sich entweder in aufopfernder Nächstenliebe oder in gänzlichem Verzicht auf Sinnengenuß oder in beidem äußert, ist eher geeignet, arm als reich zu machen.

Mit der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Motive

hängt die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Naturen zusammen, die bewirkt, daß der eine für diese, der andre für eine andre Art wirtschaftlicher Thätigkeit geeigneter ist. Der eine ist ein tüchtiger Arbeiter für seine Person, aber unfähig, die Arbeit andrer zu organisieren, oder auch nur zu leiten und zu beaufsichtigen, der andre ist ein geschickter Organisator oder schneidiger Aufseher, würde aber nicht aushalten, wenn er selbst Steine klopfen, Kies schachten, graben oder spinnen sollte. Der eine ist ein geborner Künstler, würde aber wegen beständiger Unaufmerksamkeit fortgeschickt werden, wenn er in einer Spinn- oder Zuckerfabrik eine Maschine bedienen sollte, der andre hat keine Spur künstlerischer Anlage, ist aber eben deswegen für ganz mechanische, einförmige, geisttötende Verrichtungen gut zu gebrauchen. Der eine versteht Reichtümer aufzuhäufen, aber nicht, sie weise zu verwenden, der andre vermag sein und der seinigen Leben mit einem bescheidnen Einkommen befriedigend zu gestalten. Der eine fördert die Produktion durch Erfindungen, die er selbst nicht anwendet, der andre ist Meister in der Geschicklichkeit, die Erfindungen andrer anzuwenden; anzuwenden, sagen wir, nicht auszunutzen, denn das ausnutzen oder ausbeuten ist keine wirtschaftliche Thätigkeit im höhern Sinne des Wortes. Der eine versteht das erraffen besser als das zusammenhalten und das festhalten, der andre das festhalten besser als das erwerben. Das erste, meint man gewöhnlich, entspreche der wirtschaftlichen Natur des Mannes, das zweite der des Weibes. Indes scheint dieser Unterschied mehr aus der verschiednen sozialen Lage als aus einer verschiednen ursprünglichen Anlage zu entspringen. Ist doch die Zahl der Erwerbstalente und der Verschwenderinnen bei den Frauen nicht gering, während es auch unter den Männern sehr gute Wirte und sogar nicht wenig Geizhälse giebt.

Aber natürlicherweise muß sich beim Manne, dem für gewöhnlich der Broterwerb obliegt, das Erwerbstalent häufiger entwickeln, und da er, viel außer dem Hause lebend, vielen Versuchungen zu unnötigen Geldausgaben ausgesetzt ist, so unterliegt er ihnen eben manchmal; beim Weibe dagegen erzeugt die Nötigung, mit wenigem haushalten zu müssen, auch das Geschick dazu. Endlich sind die Menschen für die mancherlei Arten produktiver Thätigkeit verschieden befähigt; der eine taugt besser zum Landwirt, der andre zum Handwerker, der dritte zum Kaufmann, dieser mehr in die Werkstatt, jener mehr in die Rechen- und Schreibstube. Das „spekulative" Talent steht auf der Grenze zwischen der produktiven und der unproduktiven Anlage. Wer keinerlei Anlage zu irgend einer nützlichen Thätigkeit hat, die unmittelbar oder mittelbar der Wirtschaft dient, ist ein der Gesellschaft unnützer und meistens schädlicher Schmarotzer.



Sechstes Kapitel

Von den Gütern

Die zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse geeigneten oder bestimmten Gegenstände, Rechte, Rechtsverhältnisse und Einrichtungen werden Güter genannt. Dieses ist die Erklärung von Gut im wirtschaftlichen Sinne. An und für sich hat das Wort einen weitern Begriff. Es bedeutet außerdem: das höchste Gut, d. i. die Glückseligkeit des Menschen oder das Besitztum, das den Menschen selig macht, nach dem christlichen Glauben Gott. Dann die idealen Güter, die in so naher Beziehung zum höchsten Gute stehen, daß man wohl auch unter diesem ihre Gesamtheit versteht: Tugend, Zufriedenheit, ein gutes Gewissen, Kunst und Wissenschaft. Dann die Eigenschaften, Kräfte und Vorzüge, die den vollkommnen Menschen oder die Menschennatur ausmachen: Erkenntnis- und Willenskraft, die verschiednen Gefühle, einen gesunden Leib, kräftige Glieder, scharfe Sinne. Zu den wirtschaftlichen kann man diese Güter nicht rechnen, aber als Bedingungen menschlicher Glückseligkeit stehen sie in engster Beziehung zur Wirtschaft, die ja selbst eine Veranstaltung zur Begründung und Förderung menschlicher Glückseligkeit ist. So z. B. wird die Wirtschaft verständiger, unter-

richteter und kräftiger Menschen anders aussehen als die unwissender, einfältiger und körperlich schwacher, und je nach dem Vorherrschen gewisser Tugenden oder Laster wird sich die Wirtschaft eines Volkes anders gestalten. (Siehe im vorigen Kapitel S. 39.)

Ob man Rechte wie das Eigentumsrecht, Rechtsverhältnisse wie vorteilhafte Verträge, gesellschaftliche Verhältnisse wie eine Kundschaft, Einrichtungen wie den Staat mit zu den wirtschaftlichen Gütern zählen solle, darüber wird gestritten. Einige wie Roscher thun es, andre wie Knies erklären es für unzulässig und wollen die Bezeichnung nur für die durch Arbeit geschaffnen Gegenstände gelten lassen. Auf jeden Fall müssen jene Dinge in die Betrachtung mit einbezogen werden, da ja der Gegenstand in den meisten Fällen erst durch das Recht, ihn zu gebrauchen, nutzbar wird, die Gestaltung dieses Rechts aber von der Staatsordnung abhängt. Und was das andre Merkmal des Begriffs anlangt, daß nur die durch Arbeit geschaffnen oder wenigstens, wie ein eingehegtes Grundstück, in die wirtschaftliche Thätigkeit einbezognen Güter wirtschaftliche Güter genannt werden sollen, so ist doch zu beachten, daß geographische Verhältnisse, wie eine vor feindlichen Angriffen geschützte Lage, oder die Lage an einer mit guten natürlichen Häfen ausgestatteten Meeresküste kaum absichtlich ins Wirtschaftsleben einbezogen zu werden brauchen, um sich als wirtschaftliche Güter zu bewähren.

Zweifellos begründet ist es, daß man die wirtschaftlichen Güter im engern Sinne von den freien unterscheidet. Freie Güter werden solche genannt, die noch nicht in den Besitz einer Person oder Gemeinschaft übergegangen sind, und deren Benutzung daher jedermann frei steht. Wenn man diese aber weiter einteilt in allgemeine Güter, d. h. solche, deren ausschließliche Aneignung unmöglich sei, wie die Luft,

das Sonnenlicht, das Wasser, das Weltmeer, und in appropriierbare oder freie Besitzgüter, d. h. solche, die angeeignet werden können, wenn sie es bis jetzt auch noch nicht sind, wie bisher noch nicht okkupierte Gefilde, Wälder, Flußstrecken, so ist dem nur mit Vorbehalt beizustimmen. Es giebt kein irdisches Gut, das nicht wenigstens bis zu einem gewissen Grade Privateigentum oder Eigentum einer Gemeinschaft werden könnte. Die fortschreitende Beschlagnahme der Erde durch die immer dichter werdende Bevölkerung und die Selbstsucht der Besitzenden wirken zusammen, das Gebiet der freien Güter immer mehr einzuschränken. Bis zu ihrer Niederlage im Jahre 1525 haben die deutschen Bauern freie Jagd und freien Fischfang als etwas selbstverständliches gefordert, und bis auf den heutigen Tag kann sich der Rechtssinn des gemeinen Mannes nicht darein finden, daß Tiere und Pflanzen, die ihr Dasein nicht menschlicher Pflege verdanken, dem einen mehr gehören sollten als dem andern. Dennoch hat die freie Jagd und der freie Fischfang überall aufgehört und aufhören müssen: denn soll bei einem gewissen Grade der Volksdichtigkeit das Wild und das Wassergetier nicht ausgerottet werden, sondern der Gesamtheit erhalten bleiben, so ist die Beschränkung der Jagd und des Fischfangs auf eine kleine Anzahl Berechtigter unumgänglich notwendig. Aber man ist weiter gegangen und hat in manchen Staaten und Gegenden nicht allein das Pflücken wildwachsender Beeren und Pilze, sondern schon das Betreten des Waldes von der Erlaubnis des Besitzers abhängig gemacht. Darin liegt schon eine Aneignung der Luft: Waldluft zu genießen ist nicht jedem gestattet. Eine ähnliche Wirkung hat die in manchen Städten übliche Polizeipraxis, schlecht gekleidete Personen auf den Hauptstraßen und in den öffentlichen Anlagen nicht zu dulden; sie sind also von der guten Luft

ausgeschlossen und in die schlechte Luft der Proletarierviertel verbannt. Und da sonnige Wohnungen in Großstädten für Unbemittelte meistens zu teuer sind, gerade die Unbemittelten aber zum spazierengehen am wenigsten Zeit haben, so kann man sagen, daß auch das Sonnenlicht in einem gewissen Grade appropriiert sei. Wasser ist dort, wo es durch künstliche Vorrichtungen, durch Wasserleitungen und kostspielige Pumpwerke beschafft werden muß, überhaupt kein freies Gut, aber auch die Benutzung der Flußläufe und Wasserfälle zum Treiben von Mühlen und Fabriken ist selbst dort, wo die Kraftwirkung nicht durch Wehre und Schleusen verstärkt oder künstlich geleitet wird, schon durch das Eigentumsrecht geregelt, und die Frage, ob die Benutzung der natürlichen Wasserkräfte für Elektrizitätswerke in das Eigentum weniger Kapitalisten übergehen oder der großen Masse der Menschen zu gute kommen wird, beschäftigt zur Zeit die Gemüter vieler sehr lebhaft. Auch das Weltmeer kann einigermaßen angeeignet werden, indem zwei oder mehrere Staaten das Gebiet, innerhalb dessen einem jeden von ihnen die Hochseefischerei und der Robbenschlag zustehn soll, durch Vertrag abgrenzen und dritte Staaten ganz davon ausschließen.

Wenn demnach diese allgemeinen Güter auch nicht vollständig angeeignet werden können, so kann doch der Ausschluß der großen Masse von ihrem Genuß soweit gehen, daß entweder die Volksgesundheit darunter leidet oder der Unwille darüber revolutionäre Bewegungen erzeugt. Es wird daher einer besondern Organisation bedürfen, um solchen Übelständen vorzubeugen. Der Staat Newyork hat angesichts der drohenden Okkupation aller noch freien Gebiete ein mehrere Quadratmeilen großes landschaftlich schönes Gebiet im Adirondackgebirge zum Nationalpark erklärt und seine Benutzung für irgend einen andern Zweck

verboten; doch würde die Verallgemeinerung dieser Maßregel den hervorgehobnen Übeln kaum abhelfen; gerade die Leute, die die gute Luft am nötigsten brauchen, haben am wenigsten Zeit und Geld zu meilenweiten Ausflügen.

Ad. Wagner macht (Grundlegung der politischen Ökonomie 1. Band S. 292) die richtige Bemerkung, daß auch der umgekehrte Prozeß vorkommt, daß wirtschaftliche Güter durch gesellschaftliche und Staatseinrichtungen zu freien gemacht werden, allerdings bisher vorzugsweise für einzelne Klassen. So hat es im Altertume die Sklavenarbeit und die Ausbeutung der Provinzen der römischen Regierung möglich gemacht, den Bürgern Roms Parks, Bäder, Theater und sogar das tägliche Brot kostenfrei zur Verfügung zu stellen; so werden auch heut öffentliche Anlagen, Museen, Bibliotheken, Erziehungsanstalten auf Kosten der Steuerzahler gegründet und unterhalten, die nicht durchweg allen Bevölkerungsklassen gleichmäßig zu gute kommen: Theater, Museen und höhere Schulen, zum Teil auch die öffentlichen Anlagen mehr den Wohlhabenden, die Volksschulen mehr den Armen, alles zusammen mehr den Städtern als den Landleuten. Den Reichen wird ihr Luxus zum Teil durch schlechte Bezahlung der Arbeiter, also durch unvollständig vergoltene Arbeit ermöglicht und insofern als halbfreies Gut gewährt.

Der erste Schritt zur Verwandlung der freien Güter in wirtschaftliche ist die Okkupation, die fast immer schon gleich anfangs mit Arbeit verbunden ist, indem z. B. ein freier Platz eingezäunt oder wenigstens mit Grenzsteinen umsteckt wird. Durch Bestellung des Ackers und Beforstung des Waldes, durch Ufer- und Brückenbauten wird das Eigentum an Feld, Wald und Fluß über jeden Zweifel erhoben und das betreffende Gut in eine Einzel- oder Gemeinwirtschaft sichtbar einbezogen. Alle Erzeugnisse des Gewerbfleißes sind von

Haus aus wirtschaftliche Güter. Demnach erwirbt der Mensch Güter durch Okkupation und durch Arbeit. Die Okkupation hat fast immer nur die Bedeutung einer Vorbedingung der Arbeit: sie sichert dem einzelnen Menschen, der Horde, dem Stamm ein Arbeitsgebiet und die ersten Arbeitsmittel. Nur in ganz vereinzelten Fällen wird Land, z. B. ein Jagdgebiet, nicht erworben, um es zur Arbeit zu benutzen, sondern um sich ein ungestörtes Vergnügen zu sichern. Das eigentliche und allgemeine, ja das allein natürliche Mittel des Gütererwerbs ist also die Arbeit, von der rohesten: Abschlagen von Baumfrüchten oder Erlegen von Jagdtieren angefangen bis zur feinsten, verwickeltsten und höchsten Arbeit des Gelehrten, des Künstlers, des Staatsmanns. Zwar *erwerben* kann man Güter auch, ohne durch Arbeit zu ihrer Erzeugung beizutragen, aber in diesem Falle wird eben die Gütermasse nicht vermehrt, sondern nur ihre Verteilung geändert. Im *Tauschverkehr* erwirbt man Güter, die man nicht selbst erzeugt hat. Personen, die noch nicht oder nicht mehr Güter schaffen können: Kinder, Greise, Kranke, erhalten solche von ihren Eltern, Vormündern, Obrigkeiten zugeteilt. Auch den Beamten werden zwar nicht die Güter selbst, aber die Äquivalente der ihnen zustehenden Gütermengen in Geldform von der Obrigkeit zugeteilt. Dafür leisten sie Dienste, die entweder die Gütererzeugung fördern oder beschützen oder, wie bei Post und Eisenbahn, den Güterumlauf besorgen. Wo Sklaverei herrscht, wird auch den Sklaven ihr Anteil an den von ihnen selbst geschaffnen Gütern zugeteilt, weil sie nicht als Personen gelten und sich ihren Anteil nicht im Wege des freien Verkehrs erwerben dürfen. Endlich eignen sich viele Personen die von andern geschaffnen Güter auf unrechtmäßige Weise an durch Diebstahl, Betrug, Wucher, Schwindel oder durch ein Schmarotzerleben. Erobernde

Staaten haben diese Art unrechtmäßiger Aneignung gewöhnlich im großen geübt und dem Raub, mit dem sich ihre Beamten und Unterthanen auf Kosten der Unterworfnen bereicherten, den Mantel der Gesetzlichkeit umgehängt.

Wie bereits bemerkt wurde, können nicht bloß Gegenstände oder Sachen, sondern auch Rechte (Nutzungsrechte, Monopole, Privilegien, die die nicht Privilegierten von Nutzungsrechten und Erwerbsarten ausschließen), Beziehungen zu andern Menschen (Kundschaften, Firmen) und Dienste von Personen (Dienstleistungen und Arbeiten von Lohnarbeitern oder Robotpflichtigen) zu den wirtschaftlichen Gütern gerechnet werden. Wo Sklaverei herrscht, wird der gekaufte oder gezüchtete Sklave nicht als Person, sondern als ein wirtschaftliches Gut behandelt.

Verkehrs- oder Tauschgüter werden die wirtschaftlichen Güter genannt, weil und soweit sie in den Verkehr kommen: gegen andre eingetauscht, gekauft oder verkauft werden. Selbstverständlich eignen sich dazu Sachen besser als Rechte oder Dienste, aber einerseits sind nicht alle Sachen dazu geeignet, z. B. Meeresteile; Flüsse und Wasserfälle nur unter Umständen; andrerseits können auch Dienste und Rechte (die Arbeit eines Robotpflichtigen, ein Apothekenprivileg) verkauft werden. Demnach hängt es weniger von der Beschaffenheit des Guts an sich, als von der Wirtschaftsverfassung und vom Recht ab, ob es Verkehrsgut wird oder nicht.



Siebentes Kapitel

Vom Werte

Güter haben, eben weil sie Güter sind, Wert für uns. Der Wert eines Gutes ist nichts andres, als der Grad seiner Wertschätzung. Da ein und dasselbe Gut von verschiednen Menschen sehr verschieden geschätzt werden kann, müßte man ihm eigentlich verschiedne, ja unzählige Werte beilegen, gewöhnlich aber versteht man darunter den allgemein anerkannten Wert. Ein solcher bildet sich leicht, weil die vielen Menschen, die sich in annähernd gleicher Lage und annähernd gleicher Gemütsverfassung befinden, ein und dasselbe Gut annähernd gleich zu schätzen pflegen. Meistens schätzen wir die Güter nach dem Nutzen, den sie für uns haben, oder unsrer Ansicht nach haben könnten, also nach ihrem Gebrauchswert, zuweilen aber auch nach Eitelkeit, Phantasie und Laune. Mit der Seltenheit eines Gutes wächst seine Wertschätzung. Verkauft jemand ein Gut, das weder Produkt seines Gewerbes noch Handelsware für ihn ist, z. B. ein Haus, ein Landgut, sein Reitpferd, einen geerbten Schmuck, so schätzt er es teils nach seinem Nutzen, teils nach seiner Anhänglichkeit daran: er legt ihm einen Affektionswert bei. Marktwaren dagegen, die man zum Zweck des Verkaufs angefertigt oder gekauft

hat, werden vom Verkäufer nach den Herstellungskosten oder dem Einkaufspreise geschätzt. Ob er diese ersetzt und einen Gewinn oder Lohn dazu erhält, das hängt von der Zahl der Käufer und ihrer Kaufbegier ab, die sich wieder nach ihrer Wertschätzung und ihrem Bedürfnis richtet. Angebot und Nachfrage bestimmen also den Tauschwert oder Preis der Ware, in dem die verschiednen und zuweilen entgegengesetzten Schätzungen von Käufer und Verkäufer ausgeglichen erscheinen. Der Preis ist nichts andres als der verwirklichte Tauschwert des Gutes: „die Menge andrer Güter, für die es wirklich vertauscht wird" (Wagner).

Die Werttheorien der Gelehrten haben dieses einfache Verhältnis vielfach mehr verdunkelt als die Verwicklungen des Lebens, die es zu verdecken pflegen, aufgeklärt. Für gewöhnlich versteht man unter Wert den Preis, also den in Geld ausgedrückten Tauschwert der Waren. Die Preise sind nun nach Orten, Umständen und Zeiten sehr verschieden und wechseln bald rascher bald langsamer. Zuweilen sind sie längere Zeit hindurch im steigen, zuweilen ebenso stetig im fallen begriffen. Da aber jedermann als Käufer oder Verkäufer von Waren ein lebhaftes Interesse am Warenpreise und an der Preisbewegung hat, so möchte man gern ganz genau wissen, wie in jedem einzelnen Falle der Preis entsteht, teils um die zukünftige Preisbewegung vorausberechnen, teils um bestimmend auf sie einwirken zu können. Das ist jedoch ungemein schwierig, weil bei der Preisbildung sehr viele, zum Teil schwer erkennbare Ursachen zusammenwirken. Anstatt nun die Schwierigkeit einfach einzugestehen und sie auf ihre offenkundige Ursache, die große Zahl der preisbildenden Einflüsse, zurückzuführen, hebt man nicht selten willkürlich einen von ihnen heraus und sucht aus diesem alles zu erklären, weil die Ableitung

aller einzelnen Erscheinungen aus einem einzigen „Prinzip“ wissenschaftlicher aussieht. „Es giebt nur einen Wert,“ sagt Rodbertus (wie Wagner S. 329 anführt), „und das ist der Gebrauchswert.“ Es ist nun aber Thatsache, daß sehr viele Gegenstände, wie Kunstwerke, Erbstücke, Andenken, fabelhaft teuer verkauft werden oder ganz unverkäuflich sind, obwohl sie oft gar keinen Gebrauchswert haben. Die weitere Bemerkung, daß man einen individuellen und gesellschaftlichen Gebrauchswert zu unterscheiden habe, ist richtig; es giebt Güter, die wie ein dem Krüppel angepaßter künstlicher Fuß für den einzelnen Besitzer einen sehr hohen, für die Gesellschaft gar keinen Gebrauchswert haben, und andre, die, wie die Gefängnisse, der Gesellschaft nützlich sind, während die Personen, für die sie bestimmt sind, lieber keinen Gebrauch davon machen. Wenn Carey den Wert als die Schätzung des Widerstandes bestimmt, der zu überwinden sei, ehe wir in den Besitz eines Gegenstandes gelangen, so paßt das nicht entfernt auf alle Fälle; der Erbe eines Landgutes schätzt dieses darum nicht gering, weil er bei seiner Erlangung gar keinen Widerstand zu überwinden hatte. Die Grenznutzentheorie müssen wir erwähnen, weil sie von einer ganzen Schule vertreten wird; von ihren deutschen Häuptern ist Böhm-Bawerk der bekannteste. Er sagt ungefähr: Wenn ich bloß soviel Getreide habe, daß ich zur Not meinen Hunger damit stillen kann, so ist mir die Metze davon sehr viel wert, und ich würde sie um keinen Preis oder doch nur sehr teuer verkaufen. Habe ich soviel, daß ich mich auf lange Zeit nicht bloß vollständig sättigen, sondern auch mein Gelüst nach feiner Backware befriedigen kann, so ist es mir weniger wert. Habe ich soviel übrig, daß ich Nutzvieh damit füttern kann, noch weniger, und reicht es sogar für Perlhühner und Pfauen, noch weniger. Der Wert eines

Gutes richtet sich also nach der Größe des Grenznutzens, d. h. nach der Wichtigkeit des Bedürfnisses, das unter den durch den betreffenden Gütervorrat gedeckten Bedürfnissen das unwichtigste ist. Dem Knaben, der im Bache watet, ist ein Liter Wasser gar nichts wert; der Wandrer in der Wüste, dessen Leben daran hängt, wird ihn nicht um eine Million hingeben und ihn mit Lebensgefahr verteidigen. Diese angeblich neue Grenznutzentheorie ist doch aber offenbar weiter nichts als ein neuer Name für die alte selbstverständliche Wahrheit, daß wir ein Gut desto höher schätzen, je notwendiger wir es brauchen, je weniger wir davon haben, und je schwerer es zu erreichen ist, oder was dasselbe ist, daß sich der Preis einer allgemein brauchbaren, noch mehr der einer allgemein notwendigen Ware vorzugsweise nach dem Angebot richtet, oder noch anders: daß sich der Preis einer Ware bei gleichbleibender Nachfrage allein nach dem Angebot oder, vorausgesetzt, daß der ganze Vorrat auf dem Markte erscheint, nach dem Vorrat richtet. Giebt es in einem Lande soviel Butter, daß man sie nicht aufessen kann und den Rest zum Schuh- und Wagenräderschmieren verwendet, so hat sie natürlich nur den Preis von Wagenschmiere. Giebt es dagegen so wenig, daß sie nur für den zehnten Teil der Bewohner zum Bestreichen des Brotes und zum Anmachen der Speisen reicht, dann steigert das reichste Zehntel sein Angebot so lange, bis niemand mehr mitbieten kann, und ihm alle Butter im Lande allein bleibt; dieses Nahrungsmittel wird dann als Delikatesse bezahlt. Die vielen andern Ursachen, die außerdem auf den Preis einwirken können, kommen in dieser Theorie nicht zur Geltung.

Ebenfalls einseitig, aber weit wichtiger ist die Arbeitswerttheorie. Nachdem schon Smith und Ricardo die Ansicht aufgestellt hatten, daß es die

Arbeit allein sei, was den Wert der Waren ausmache, hat Karl Marx diesen Satz zu einem der Grundpfeiler seiner Lehre gemacht und seinen vollständigen Sinn und Inhalt entwickelt. Unzweifelhaft Recht hatte Smith mit der Behauptung, daß ursprünglich als jeder alles, was er brauchte, selbst anfertigen mußte, die auf die Hervorbringung eines Gutes verwendete Arbeit der Preis gewesen sei, den jeder dafür gegeben habe; so viel einem eine Jagdbeute, ein Kleidungsstück, eine Waffe wert war, so viel Arbeit, so viel Zeit und Mühe verwendete er darauf. Und so wurden die Güter zweifellos auch noch allgemein geschätzt, als man anfing, sie auszutauschen. Wenn der Mann, der sich mit Bogenschnitzen beschäftigte, einen Bogen gegen Wild hingab, so berechnete er sich, wie viel Wild er mit der Zeit und Mühe, die er auf die Anfertigung der Waffe verwendet hatte, selbst hätte erlegen können; der Käufer des Bogens aber schätzte ab, wie viel Wild er hätte fahren lassen müssen, wenn er, anstatt zu jagen, den Bogen selbst gemacht hätte. Im durchgeführten Warentauschverkehr scheint diese ursprüngliche Schätzung zu verschwinden, aber wenn in Zeiten durchgeführter Geldwirtschaft unbewohnte Gegenden kolonisiert werden, so tritt bei den Hilfeleistungen, die benachbarte Kolonisten einander erweisen, der Arbeitswert wieder klar hervor. Zunächst dieses, daß das, was keine Arbeit oder nur die Arbeit der Okkupation kostet, überhaupt keinen Tauschwert hat: für das Wild, das der Ansiedler erlegt, für die Bäume, die er für seinen Bedarf fällt, für die wild wachsenden Früchte, die er sammelt, für das Gras, das seine Heerden fressen, zahlt er nichts. Aber wenn er einmal nicht Zeit hat, im Walde Baumstämme zu fällen, die er braucht, und bittet einen Nachbar, ihm das zu besorgen, so wird er, wenn dieser mit drei Söhnen oder Knechten vier Tagewerke darauf ver-

wendet hat, zwölf landesübliche Tagelöhne dafür zahlen, in Geld, Naturalien oder Gegendiensten; so viel kosten dann diese Stämme.

Da nun aber im heutigen Tauschverkehr die Preise von der Smithschen Regel, daß beim Warentausch gleiche Mengen Arbeit vertauscht würden, augenscheinlich sehr oft abweichen, so untersuchte David Ricardo die Sache weiter und fand, daß nicht jede, sondern nur die gesellschaftlich notwendige Arbeit bezahlt werde. Nachdem die Spinnmaschine erfunden worden ist, wird der Spinnerin, die noch mit dem Rade spinnt, ihre Arbeit nicht mehr bezahlt, weil die Gesellschaft ihrer nicht mehr bedarf. Außerdem hob er den Umstand hervor, daß eine Ware durch ihre Seltenheit und durch den zu ihrer Herstellung nötigen Kapitalaufwand verteuert werden könne. Marx endlich drückt das genauer in dem Satze aus, den Maßstab des Wertes (er spricht stets schlechtweg vom Wert, wenn er den Tauschwert meint) bilde „die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die bei den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit zur Herstellung eines Guts (eines Gebrauchswerts) erforderlich ist." Die Arbeit ist hier also auf Arbeitszeit zurückgeführt. Damit wird aber nicht etwa behauptet, daß der Faule oder Ungeschickte oder Schwache, der zur Herstellung einer Ware längere Zeit braucht, mehr dafür bekomme als der flinke Arbeiter. Im Gegenteil! Wenn in einem Lande die Geschicklichkeit und die Gewohnheit raschen, intensiven Arbeitens, d. h. Arbeitens mit angespannter Muskelkraft und Aufmerksamkeit, so weit gediehen ist, daß ein Hemd in einem halben Tage fertig wird, so bekommt die Nähterin für jedes Hemd nur einen halben Tagelohn, auch wenn sie so langsam arbeitet, daß sie zwei Tage dazu braucht. Und wenn

sie zu einer Zeit, wo die Nähmaschine allgemein eingeführt ist, eigensinnig dabei bleibt, nur mit der Nähnadel arbeiten zu wollen, so bekommt sie die Überzeit, die ihr das kostet, nicht vergütigt.

Die Einseitigkeit Marxens besteht darin, daß er die übrigen Ursachen, die auf die Preisbildung einwirken, vernachlässigt, und daß er alle Qualitäten der Arbeit in Quantitäten auflöst, d. h. also z. B. die Leistung eines Kunstmalers auf Anstreicharbeit: eine Arbeitsstunde des gelernten Malers soll etwa gleich zwei oder vier Arbeitsstunden eines gewöhnlichen Tünchers oder Anstreichers, die eines genialen Künstlers gleich dreißig oder vierzig gerechnet werden. Das ist Unsinn. Diese beiden Größen: ein Porträt von Lenbach und die von einem Anstreicher getünchten Wände haben keinen gemeinsamen Wertmaßstab. Mag man eine Arbeitsstunde Lenbachs gleich vierzig oder gleich vierhundert Arbeitsstunden des Stubenmalers rechnen, es bleibt der gleiche Unsinn. Denn mag ein Anstreicher vierhundert Stunden oder mögen vierhundert Anstreicher eine Stunde arbeiten, sie bringen das Auge, oder den Mund, oder die Hand, oder was sonst Lenbach in der einen Stunde gemalt hat, nicht fertig. Für mittelmäßige Maler, die ihre Kunst handwerksmäßig erlernt haben, behält die Arbeitszeittheorie ihre Geltung; denn der Preis gewöhnlicher Ölgemälde hängt namentlich nach Erfindung des Ölfarbendruckes und der Photographie vom Angebot ab, und dieses ist so stark, daß die Bezahlung den Charakter eines Tagelohnes angenommen hat. Bei Werken großer Meister dagegen spielt die Herstellungszeit gar keine Rolle. Ihr Tauschwert ist Liebhaber- oder Affektionswert, und wie große Summen dafür gezahlt werden, das hängt von dem vorhandnen Reichtum sowie von dem Geschmack, zum Teil auch von dem Ehrgeiz, der Eitelkeit und der Prahlsucht der reichen Leute ab.

Dagegen ist der Einwurf gegen die Marxische Theorie, daß es den Käufern nicht möglich sei, die in den Waren steckende Arbeit abzuschätzen, völlig unbegründet. Eine solche Abschätzung ist gar nicht nötig. Der Preis ergiebt sich aus dem Spiel von Nachfrage und Angebot. Vermindert sich die zur Herstellung einer Ware, z. B. des Tuches, erforderliche Arbeitszeit durch den technischen Fortschritt auf die Hälfte, so wird in derselben Zeit doppelt so viel Tuch fertig wie früher; es erscheint demnach doppelt so viel auf dem Markte, und durch dieses Überangebot sinkt der Preis auf die Hälfte. Die Käufer kennen die letzte Ursache des Preisfalls gar nicht und kümmern sich nicht darum. Ebenso unbegründet ist der andre Einwurf, der Preis werde mehr durch das in der Produktion steckende Kapital als durch die Arbeitszeit bestimmt. Das Kapital: die Gesamtheit der Gebäude, Maschinen, Werkzeuge, Bodenverbesserungen, Verkehrsanlagen, ist selber nichts andres als Arbeitsprodukt, dessen Herstellung eine gewisse Zeit gekostet hat. Diese vorgethane Arbeit wird, nach Zeit berechnet, natürlich ebenfalls im Waarenpreise mit bezahlt. Im Tuchpreise wird nicht allein die Arbeit der in der Tuchfabrik beschäftigten Arbeiter, Aufseher und Komptoristen, sondern auch die der Bauhandwerker, die das Fabrikgebäude hergestellt, die der Maschinenbauer, die die Maschinerie geliefert, die der Kohlengräber, der Grubenarbeiter in den Eisenerzgruben, der Wollspinner und der bei der Errichtung der Spinnfabrik thätigen Arbeiter, der australischen Schafhüter und Schafscherer, der Kaufleute, Reeder und Matrosen, die die Wolle aus Australien nach Deutschland geschafft haben, bezahlt. Das weiß Marx sehr gut und stellt es auch ausführlich dar.

Einen Streitpunkt zwischen ihm und den Sozialisten Proudhonischer Richtung bildet die Frage, ob der Kaufmannsprofit ein Zuschlag zum ursprünglichen

oder natürlichen, durch die Arbeit erzeugten Warenpreise sei oder schon darin stecke. Proudhon hat das erstere behauptet und geglaubt, durch Beseitigung des Kaufmannsprofits die Waren soweit verbilligen zu können, daß der Arbeiter mit seinem Lohne eine Gütermenge kaufen könnte, die eine gleichwertige Entschädigung für seine Arbeit wäre; außerdem glaubte er auch noch den Kapitalzins beseitigen zu können. Marx erklärt diese Ansicht für falsch. Er lehrt: Smith hat Recht, wenn er Arbeitslohn, Unternehmergewinn, Kapitalzins und Grundrente als die Hauptformen bezeichnet, in denen den Mitgliedern der heutigen Tauschgesellschaft ihr Einkommen zufließt, und wenn er sagt, daß alles dieses aus dem Warenpreise bestritten werden müsse. Aber das ist nicht so zu verstehen, als ob es einen sogenannten natürlichen Warenpreis gebe, der auf die oben beschriebene Weise durch die Arbeit oder die Arbeitszeit gebildet werde, dann aber der Fabrikant, der Kaufmann, der Geldverleiher und der Grundrentner kämen, ein jeder ihren Zuschlag auf den natürlichen Preis legten und so, die Waren verteuernd, erst den Marktpreis bildeten. Vielmehr entsteht der Marktpreis ganz unabhängig von dem Belieben der Beteiligten. Er wird nicht aus Arbeitslohn, Fabrikanten- und Kaufmannsgewinn, Kapitalzins und Grundrente nach und nach zusammengesetzt, sondern er ist zuerst da, und die Beteiligten haben aus ihm ihre Ansprüche zu befriedigen. In einem sehr verwickelten Liquidationsprozesse erfolgt die Entschädigung von hinten: sodaß die zuletzt Thätigen ihre Sache zuerst bekommen, und die, die den Arbeitsprozeß begonnen haben, zuletzt. Denken wir uns, alle Männer kauften ihre Kleider im Laden. Seinen Erlös hat der Kleiderhändler in mehrere Teile zu teilen; ein Teil bildet den Arbeitslohn für ihn und seine Leute, ein Teil seinen Unternehmergewinn, ein Teil geht auf Ladenmiete und

dergleichen drauf, den größten Teil aber bekommt der Berliner Konfektionär. Aus dem, was die Kleiderhändler abliefern, entschädigt der Konfektionär wieder sich und seine Leute, mit einem andern Teile aber bezahlt er den Tuchkaufmann (wofern er nicht etwa das Tuch unmittelbar aus der Fabrik bezieht). Dieser bezahlt den Tuchfabrikanten, dieser den Wollhändler, dieser den Wolltransport und den Besitzer der Schafherde, der von seinem Anteile seine Leute zu bezahlen und andre Kosten zu bestreiten hat und noch etwas als Grundrente übrig behalten will. Jeder Unternehmer in dieser ganzen Reihe arbeitet zum Teil mit fremdem Gelde, hat also Kapitalzinsen zu zahlen. Daß dank dem Kreditsystem, das im 15. Kapitel dargestellt werden wird, die Inhaber der ältesten Ansprüche nicht wirklich bis zuletzt zu warten brauchen, sondern schon früher Geld bekommen, ändert nichts an der Thatsache, daß der Marktpreis nicht nach und nach aus seinen Teilen *zusammengesetzt* wird, sondern zuerst entsteht und dann in sie *zerlegt* wird.

Wer von beiden hat nun Recht? Proudhon für einzelne Fälle, Marx im großen und ganzen. Zwar daß innerhalb unsrer Geldwirtschaft der Kapitalzins beseitigt werden könne, ist, wie wir später sehen werden, ein Irrtum, und ob die von Proudhon geplanten Tauschbanken den Güterumlauf auf die Dauer billiger besorgen würden, als es die Kaufmannschaft thut, ist die Frage, eine Frage, die, wie es scheint, nächstens durch die Erfahrung entschieden werden wird. Denn Proudhons Gedanke ist von dem Haupte der deutschen Bodenreformer, Flürscheim, aufgegriffen worden, und von ihm angeregt, hat man im Januar 1895 in Harxheim in der Pfalz eine „Warenbank, eingetragne Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht" gegründet, die freilich mit einer Modifikation des proudhonischen Gedankens nicht sowohl die Ausschal-

tung des Kaufmannsgewinns anstrebt, als den Ersatz der Goldwährung, von der unklare Schwärmer alle Übel ableiten, durch die „Warenwährung." (Siehe darüber das 14. Kap. S. 186 ff.) Also ob eine anderweitige Organisation des Warentausches den Warenpreis ermäßigen würde, kann nur die Erfahrung lehren; jedenfalls läßt sich denken, daß eine Organisation, die die Kosten der Reklame und der Handlungsreisenden sparte, billiger sein würde als die heutige. Aber daß Kaufleute und andre Personen in vielen einzelnen Fällen einen Aufschlag auf den natürlichen Warenpreis legen, läßt sich nicht bestreiten. Nicht möglich, oder nur durch Monopole möglich, ist der Aufschlag bei Waren, deren Preis sich auf offnem Markte bildet, namentlich bei Getreide, Leinwand, Tuch, Kattun und Schuhwaren. Dagegen ist er möglich und meist auch wirklich bei Waren, von denen jedes Stück individuell geschätzt wird. Für Damenhüte, von denen jedes Stück anders geformt und ausgeschmückt ist, für feine Möbel, deren Wert von der saubern Arbeit, der geschmackvollen Form und der nicht deutlich zu Tage tretenden Güte des Materials abhängt, kann sich nicht wohl ein Marktpreis bilden, denn es erscheinen nicht tausend völlig gleiche, von verschiednen Händlern angebotene Stück auf dem Markte, wie Tausende von Stücken ganz gleich gearbeiteten Gewebes und Millionen Zentner gleichartigen Getreides erscheinen. Hier hat es also der Verkäufer in der Hand, dem einzelnen Kunden einen höhern Preis abzulocken, als er auf offnem Markte entstehen würde, und es fällt ihm um so leichter, je weniger Konkurrenten er hat, d. h. für gewöhnlich, je kleiner und von großen Verkehrsmittelpunkten entfernter der Ort ist, an dem er sein Geschäft betreibt. Starke Konkurrenz stellt auch für solche Waren einigermaßen einen Marktpreis her, indem sie die Konkurrenten zwingt, nach und nach bis auf den

Arbeitswert zurückzugehen; darunter kann die Ware nicht dauernd sinken, weil sie ja nicht mehr angefertigt werden könnte, wenn die an der Produktion beteiligten dabei nicht mehr ihren Unterhalt fänden.

Ist demnach der Ansicht Proudhons ein Wahrheitskern nicht abzusprechen, so behält dagegen die Marxische Theorie in einem doppelten Sinne recht. Erstens werden ganz ohne allen Zweifel alle Industrieerzeugnisse durch den Fortschritt der Technik stetig verbilligt oder — wenn man unter Wert den Tauschwert versteht — entwertet, indem sie mit einem immer geringern Aufwande von menschlicher Arbeit, daher auch von Arbeitszeit, hergestellt werden. Für die erste Axt, die verkauft worden ist, hat der Künstler, der sie angefertigt hatte, vielleicht mehr als einen Ochsen bekommen, heute bekommt man für einen Ochsen mehr als hundert Äxte. Wie spottbillig heutzutage die Kleiderstoffe und die ganzen Kleider, die Geschirre und Gefäße, Schmuck- und Spielsachen, Papierwaren, sogenannten Galanteriewaren, Streichhölzer sind, weiß ja jedermann. Beim kleinstädtischen Kaufmann, also aus dritter Hand, bekommt man um 80 Pfennige ein Dutzend Reisesocken, deren Fabrikpreis also unmöglich höher als 60 Pfennige sein kann, sodaß jede einzelne Socke auf noch nicht 3 Pfennige zu stehen konmt. Den landwirtschaftlichen Erzeugnissen gegenüber hat die Technik nicht im selben Maße verbilligende Kraft, weil der Boden, der sie erzeugt, nicht beliebig vermehrt werden kann, und weil dieser Boden selbst einen Teil der Arbeit besorgt, die menschliche Arbeit nicht, wie in der Industrie, alles allein thut. Aber doch wirkt die Technik auch hier ein. Bessere Ackerbau- und Viehzuchtmethoden, die den Ertrag vermehren, ohne mehr Arbeit zu fordern, verbilligen die Produkte. Dasselbe bewirkt die Urbarmachung jungfräulicher Gefilde, wo mit weniger Arbeit (oberflächlichem Pflügen und ohne Düngung) derselbe

Ertrag erzielt wird wie auf altem Kulturlande, namentlich in einer Zeit, wo höchst vollkommne Transportmittel bewirken, daß z. B. die Erzeugung amerikanischen Weizens und sein Transport nach Berlin zusammengenommen weniger Arbeit erfordern als die Erzeugung schlesischen Weizens und dessen Überführung nach der Reichshauptstadt.

Sodann gilt die Marxische Theorie, wie wir oben schon sahen, für alle Gegenstände des Massenverbrauchs, die auf offnem Markte verkauft werden, und zwar desto unbedingter, je größer der Verbrauch, je gleichartiger die Ware und je offner der Markt ist. Den Mittelpunkt des Verkehrs dieser Güter bildet die Börse, und an dieser kommt ihr Preis zustande. Waren, die einen Börsenpreis haben, sind Getreide, Spiritus, Zucker, Kaffee, Petroleum, Baumwolle, Kohlen, Metalle. Gewebe gehören zwar nicht dazu, doch gilt auch für sie, wie schon bemerkt wurde, das Marxische Gesetz. Daß die Börsen den Preis willkürlich machten, ist ein unbegründetes Vorurteil. Namentlich für das Getreide haben die letzten Jahre sonnenklar bewiesen, daß der gute oder böse Wille der Händler, den Preis willkürlich zu machen, an der Masse des Produkts und der Größe des Produktions- und Konsumtionsgebiets scheitern. Haben mehrere Exportländer schlechte Ernten gehabt, dann steht der Weltmarktpreis hoch, wie das 1891—92 der Fall war, und weder vermag ein Machtgebot den Preis allgemein zu erniedrigen, noch vermögen einem einzelnen Händler oder einer Händlergruppe Schliche und Börsenkünste zu einem billigen Einkauf zu verhelfen. Ist dagegen der Weltmarkt reichlich versehen, so bleiben die Preise niedrig, wie wir dies vom Herbste 1892 bis Frühjahr 1895 gesehen haben, und keine Schlauheit hat es den Börsenhändlern möglich gemacht, durch eine plötzliche Preiserhöhung einen großen Schnitt

zu machen. In dem Maße, als die Vorräte im Frühjahr 1895 abnahmen, stieg ganz langsam und gleichmäßig der Preis; als es sich dann zeigte, daß die Befürchtungen wegen teilweise schlechter Ernte übertrieben seien, fiel er in der Erntezeit wieder. (Siehe das sechzehnte Kapitel gegen Ende.)

Was den Marktpreis börsengängiger Waren künstlich steigern kann, das ist nicht der börsenmäßige Verkehr, sondern ein Monopol, das diesen aufhebt. Solche Monopole entstehen dadurch, daß große Kapitalisten oder Kapitalistengruppen alle Waren einer Gattung, womöglich die Erzeugungsstätten dieser Waren aufkaufen; dann können sie natürlich einen willkürlich hohen Preis dafür fordern. So hat es vor einigen Jahren der Kupferring gemacht, so macht es gegenwärtig der amerikanische Petroleumring. Für Kohlen und Eisen haben sich Kartelle gebildet, die nur einzelne Länder oder auch nur einzelne Industriegebiete umfassen; die Mitglieder müssen sich verpflichten, nicht mehr zu produzieren, als ihnen der Verband gestattet, und nicht unter dem vereinbarten Preise zu verkaufen. Beim Getreide ist das auch schon versucht worden, aber bei der ungeheuern Masse dieser Ware und der großen und allgemeinen Verbreitung ihrer Erzeugungsstätten bisher nicht gelungen. Solche Ringbildungen sind nur möglich bei Produkten, deren Erzeugungsstätten auf kleine Gebiete beschränkt sind, wie das beim Petroleum der Fall ist, sodaß die Produktion überwacht und von einem Mittelpunkt aus geleitet werden kann, und das Vermögen einer Anzahl von Millionären ausreicht, eine ganze Jahresausbeute oder ein Jahresprodukt aufzukaufen.

Werfen wir nun noch einen Blick auf die zahlreichen Umstände, die auf das Arbeitswertgesetz störend einwirken und es stellenweise ganz aufheben. Da ist zunächst das Monopol, von dem wir eben sprachen.

Auch sehr hohe Schutzzölle, Exportprämien, Handelsverträge, Differentialtarife der Eisenbahnen können den Zutritt gewisser Waren zu gewissen Gegenden so erschweren oder so vollständig davon aussperren, daß die dortigen Produzenten ein Monopol haben. Dazu kommt eine Unzahl von Privatmonopolen, teils natürliche, wie der Besitz eines Weinberges, auf dem ein besonders feiner Wein wächst, teils vom Staate verliehene, wie die Patente, die die Ausnutzung einer neuen Erfindung dem Inhaber auf eine Reihe von Jahren ausschließlich sichern, teils aus den Verhältnissen entspringende, wie wenn ein Bäcker, Fleischer, Krämer oder Schneider der einzige am Orte ist.

Je kleiner und entlegner ein Markt ist, desto weniger wird er von den ausgleichenden Kräften ergriffen, und eine desto größere Rolle spielen Zufälle. Auf dem Wochenmarkte einer kleinen Stadt ereignet es sich manchmal, daß in der Zeit der Aussaat und der Ernte sehr wenig Bäuerinnen und Bauern mit Gemüse, Obst, Butter, Eiern und Geflügel hereinkommen; an solchen Tagen müssen die Hausfrauen die Lebensmittel sehr teuer bezahlen; ist dagegen der Markt mit Waren überfüllt, und bleiben die Verkäufer trotzdem hartnäckig, so wartet die kluge Hausfrau bis zum Marktschluß; ehe die Bauersfrau die volle Radwer wieder heim schleppt, läßt sie ihre Butter oder ihre Hühnchen billig. Kauft ein Händler die Waren vor den Thoren auf, was die Polizei zu verhindern pflegt, wenn es ein paar mal geschehen ist, so kann er dann Monopolpreise machen.

Während sich also bei Gegenständen des allgemeinen Bedarfs das Wertgesetz trotz mannigfacher Abweichungen im allgemeinen durchsetzt, wird es bei Modeartikeln und Kunstwerken nicht bloß durchbrochen, sondern zuweilen ganz aufgehoben. Von Gemälden sprachen wir schon. Am höchsten pflegen die Werke

toter Meister im Preise zu stehen; es sind das Güter, die nur einmal vorhanden sind und weder vermehrt noch, wenn sie zu Grunde gehen, ersetzt werden können. Ähnlich verhält es sich mit Kunstleistungen, die auf dem natürlichen Monopol einer künstlerischen Anlage, angeborner körperlicher und geistiger Eigenschaften beruhen. Bekannt ist die Antwort, die eine große Sängerin der Kaiserin Katharina von Rußland gab, als diese zu der hohen Gageforderung bemerkte, so viel zahle sie nicht einmal ihren Generälen: dann lassen Euer Majestät Ihre Generäle singen!

Fordert die Mode Reifröcke, so werden die Stahlschienen oder wird das Fischbein teuer, fordert sie Straußenfedern, so steigen diese im Preise, kehrt sie von den Federn zu den künstlichen Blumen zurück, so werden die Federn wieder billig. Eine bigott katholische Bevölkerung giebt viel Geld auf Rosenkränze, Kruzifixe und Heiligenbilder aus, in protestantischen Ländern sind diese Dinge wertlos. Bei Wohnungen, in deren Preisen übrigens, wenn es großstädtische sind, der Gewinn des Bodenmonopols steckt, überwiegt oft die subjektive Schätzung. Der eine will eine stille, der andre eine für seine Kundschaft bequem gelegne, der dritte eine sonnige Wohnung. Der höhere Beamte braucht eine standesgemäße Wohnung, wozu u. a. gehört, daß sie nicht in einem proletarischen Stadtviertel liegt, und daß im Hausflur kein Kram und keine Spur eines schmutzigen Gewerbebetriebes sein darf, und es kann kommen, daß er sie an sich viel zu teuer findet, daß sie ihm aber mit Rücksicht auf seine Stellung dennoch den geforderten Preis gerade wert ist. Was die Produktionsmittel anlangt, so können sie durch einen plötzlichen Umschwung der Technik oder des Verkehrs plötzlich ihren ganzen Wert verlieren. Alte Maschinen werden wertlos durch neu erfundne bessre, Fabriken, wenn der Fabrikationszweig, dem sie ge-

widmet sind, eingeht, z. B. eine Rapsölfabrik, wenn das Rapsöl vom Petroleum verdrängt wird. Ähnlich ergeht es Miethäusern in einer Stadtgegend, wenn sich der Verkehr nach einer andern Gegend zieht, Gasthäusern in der Nähe eines Bahnhofes, wenn dieser verlegt wird. Sogar auf den Wert der gewöhnlichsten Nahrungsmittel übt der wirtschaftliche Umschwung, abgesehen von der Verbilligung der Produktion, seinen Einfluß. Durch die Einführung der Kartoffel, des Reises, des Kaffees, der Schokolade, des Thees (ehedem war Mehlsuppe die allgemeine Frühstückskost) würde der Wert von Weizen, Roggen und Gerste sehr vermindert worden sein, wenn nicht gleichzeitig Erbsen, Hirse, Bohnen und Linsen ein wenig aus der Mode gekommen wären, und der Biergenuß sehr überhand genommen hätte.

Je nachdem die Güter dazu bestimmt sind, durch Verzehr wie die Nahrungsmittel, oder durch Abnutzuug wie die Kleider, oder durch Benutzung wie Wohnungen, Gärten, Bibliotheken zur Befriedigung eines Bedürfnisses, oder wie Werkzeuge, Maschinen, Fruchtäcker und Zugvieh zur **Erzeugung** solcher Befriedigungsmittel gebraucht zu werden, unterscheidet man den **Gebrauchs-** oder **Genußwert** und den **Produktionswert**. Bei manchen Güterarten kommen alle drei Arten von Wert verbunden vor. Der Käufer eines Landguts schätzt einmal dessen Produktionswert, der meistens zugleich Ertragswert ist und den Wert der Erzeugnisse, z. B. der Nahrungsmittel einschließt, die er selbst verbraucht, und dann die Bedürfnisbefriedigung, die Annehmlichkeiten und Bequemlichkeiten, die ihm das Wohnhaus, der Garten, die Jagd gewähren.

Endlich ist noch vom **individuellen** Wert, von dem wir bisher ausschließlich gesprochen haben, der

Gattungswert zu unterscheiden, wie es Wagner mit einem nicht ganz glücklich gewählten Worte nennt; sagen wir statt dessen: Wert fürs Volk. Getreide, so billig es sein mag, so gering also auch sein Tauschwert ist, behält doch als das notwendigste Nahrungsmittel den höchsten Wert fürs Volk. Edelsteine, die einen sehr hohen Tauschwert haben, sind fürs Volk im ganzen beinahe wertlos; Schnaps und Tabak, die, im Übermaß genossen, die Gesundheit zerstören, sind unter Umständen nicht als Werte, sondern als lebenzerstörende Schädlinge anzusehen. Die allernotwendigsten Güter: Luft und Licht, haben gar keinen Tauschwert oder erhalten ihn nur unter sehr unnatürlichen Verhältnissen. Daraus folgt für die Theorie, daß der Gattungswert, der nichts andres ist als der allgemeine Gebrauchswert, gewöhnlich im umgekehrten Verhältnis zum Preise steht; für die Praxis, daß einer von dieser natürlichen Regel abweichenden Preisbewegung entgegenzuarbeiten ist. Man kann es nicht als einen gesunden Zustand bezeichnen, wenn unnütze Spielereien wie mit Bildern geschmückte Streichholzschachteln spottbillig, Brot und Fleisch teuer, gesunde Wohnungen unerschwinglich teuer sind. Bei den Lebensmitteln war ehedem nach jeder Mißernte die dem Gebrauchswerte parallele Bewegung des Tauschwerts das gewöhnliche: die Brot- und Fleischpreise stiegen zu desto unerschwinglicherer Höhe, je notwendiger Brot und Fleisch gebraucht wurden, und alle Regierungen hielten es für ihre Pflicht, solchen Notständen möglichst vorzubeugen. Heut sorgt die Verkehrstechnik von selbst dafür, daß keine übermäßige Verteuerung mehr eintritt, und die Regierungen lassen sich zuweilen von den Landwirten dazu verleiten, auf Verteuerung der Bodenprodukte hin zu arbeiten. Es folgt daraus weiter für die Leitung der Volkswirtschaft die praktische Regel, daß sich ein Volk nicht früher auf die Produktion von unnützen Luxusgegen-

ständen und weniger nützlichen Gütern verlegen soll, als bis das Bedürfnis an den nötigen gedeckt ist. Als Exportgüter jedoch können Güter, die an sich einen geringen Gattungswert haben, einen höhern erhalten (indem mit dem Erlös die Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse bestritten wird), und können Güter, die bei hohem Gattungswert im Überfluß vorhanden sind, im Preise steigen.

Die Bedeutung der Worte: teuer und wohlfeil kann erst nach der Erklärung der Natur des Geldes vollkommen klar gemacht werden. (Siehe im 14. Kapitel S. 204.)





Achtes Kapitel

Vermögen

Vermögen ist der Inbegriff dessen, was einer vermag, im abgeleiteten Sinne der Inbegriff der äußern Mittel zur Bethätigung seines innern Vermögens, also die Gesamtheit der wirtschaftlichen Güter, die er besitzt. Wird der Gütervorrat eines Volkes oder der Menschheit nur ökonomisch betrachtet, ohne Rücksicht auf das Rechtsverhältnis einzelner Besitzer zu ihm, dann kann man auch von Volks- und Weltvermögen sprechen. Gewöhnlich versteht man aber das Wort juristisch und meint damit den Vermögensbesitz einer Person (Privatbesitz), einer Körperschaft (Genossenschaftsbesitz), einer Gemeinde oder des Staates (Gemeinde- oder Staatsbesitz). Das Vermögen ist teils Gebrauchs- und Genußvermögen (dazu gehören die Wohnhäuser, Landgüter, Gärten, die Hauseinrichtungen, Fuhrwerke, Kleider, Lebensmittelvorräte), teils Produktivvermögen oder Kapital. Die Summe der Güter, die alljährlich für den Verbrauch und die Produktion zur Verfügung steht, heißt Einkommen. Das Einkommen ist der Zweck, zu dem Vermögen gesammelt wird; alles Vermögen hat keinen andern Zweck, als Einkommen abzuwerfen. Vom Kapital und vom Einkommen wird in besondern Abschnitten gehandelt; hier mag einstweilen nur angemerkt werden, daß sowohl zwischen Genußvermögen und Kapital

wie zwischen Vermögen und Einkommen die Grenzeu fließend sind.

Zum Volksvermögen, bei dem wie gesagt die juristische Seite des Begriffs unbeachtet bleibt, müssen auch die freien Güter gerechnet werden: Naturschätze, die noch nicht in den Privatbesitz übergegangen sind oder gar nicht übergehen können, die aber dennoch der Gesamtheit der Bürger oder wenigstens ihrer Mehrzahl zu gute kommen, indem sie entweder den Lebensgenuß erhöhen, oder die Produktion fördern, oder das Einkommen vermehren. Ströme, die im Oberlauf ein starkes Gefälle haben und im Unterlaufe schiffbar sind, erleichtern durch das Treiben von Mühlen und Maschinen die Produktion und als natürliche Wasserstraßen den Güterumlauf und verleihen dem Volke, in dessen Gebiete sie fließen, ein wirtschaftliches Übergewicht über andre Völker, die sich dieser Naturgabe nicht erfreuen. Eine schöne Gebirgslandschaft mag dem Boden nach unter Privatbesitzer verteilt sein, aber die landschaftlichen Reize und die gesunde Luft werden nicht mit verteilt, sondern bleiben ein Genußgut auch der vermögenslosen Volksgenossen, die dort wohnen, und der im Flachlande Wohnenden, die zum Vergnügen hinreisen. Die Schweizer Alpen, um derenwillen alljährlich viel tausend Fremde ihr Geld dort lassen, bilden für das ganze Schweizer Volk eine Einkommenquelle, einen immerwährenden Rentenfonds. Ähnlich verhält es sich mit Heilquellen und für Badende bequeme Strecken des Meeresstrandes, die zwar zunächst nur den dort Wohnenden Einkommen abwerfen, das aber doch das Volkseinkommen im ganzen erhöht. Nicht bloß Naturschätze, sondern auch Kunstschätze, Bauten, Ruinen, historische Erinnerungen können eine Rentenquelle für ein ganzes Volk werden; die größte derartige Rentenquelle befindet sich im Besitze der Italiener.

In den Privatbesitz gehen die einzelnen Vermögensstücke über teils durch Okkupation, teils durch Arbeit, teils auf dem Wege des Verkehrs. Okkupation und Arbeit sind die ursprünglichen Formen des Vermögenserwerbs, später treten die abgeleiteten, die Verkehrsformen, stärker hervor, bei denen der Staat und das Recht als Eigentum verleihende, schaffende, übertragende, schützende Mächte in Wirksamkeit treten. Indem der Staat den Verträgen und den Abhängigkeitsverhältnissen Giltigkeit und Rechtskraft verleiht, wird der Staatsbürger in den Stand gesetzt, Vermögen zu erwerben und das erworbne zu vergrößern durch Erbschaft, durch vorteilhafte Tausch-, Kauf- und Mietsverträge, durch die Ausnützung von Sklaven oder durch den Vertrag mit Lohnarbeitern. Von der Staatsordnung hängt es ab, ob und in welchem Grade auch Menschen zu den Vermögensobjekten gehören können. Durch das Koalitionsverbot wird der nach dem Gesetze freie Arbeiter wieder in den Sklavenstand zurückversetzt, indem er die Bedingungen des Arbeistvertrags mit dem Herrn nicht frei vereinbaren, sondern sich die von diesem aufgelegten gefallen lassen muß. Ein solcher Vertrag ist nur ein Scheinvertrag; die Arbeitskraft des Arbeiters gehört dem Brotherrn so, daß jener sich aus diesem Verhältnis nicht mehr loslösen kann, und da die Arbeitskraft eines Menschen von seiner Person nicht zu trennen ist, so kann man sagen, daß die Person des Arbeiters dem Brotherrn gehöre; der Geist des Arbeiters oder in der Fabrik angestellten Ingenieurs wird dem Herrn ausdrücklch zu eigen gegeben, wenn das Gesetz bestimmt, daß die von dem Arbeiter gemachten Erfindungen dem Herrn gehören sollen, indem sie nur in dessen Dienste verwandt werden dürfen, und der Erfinder keinen Anspruch auf Entschädigung dafür hat. Auch abgesehen von solchen Fällen wohnt dem modernen Arbeitsvertrage eine vermögenbildende

Kraft zu Gunsten des Brotherrn inne. Dieser kann seine Waren dort verkaufen, wo er sie am besten bezahlt bekommt, und meistens gelingt es ihm, so viel über die Herstellungskosten zu erzielen, daß er Vermögen zu ersparen vermag. Der Lohnarbeiter kann das meistens nicht; er muß seine einzige Ware, seine Arbeitskraft, dort verkaufen, wo er sich gerade befindet, und bekommt meistens nur die Herstellungskosten bezahlt, d. h. sein Lohn reicht gerade hin, ihn am Leben und bei Kräften zu erhalten.

Als Stücke des Privatvermögens können nur solche Dinge angesehen werden, die in Geld abgeschätzt werden; eben deshalb aber muß man auch Rechtsansprüche wie Schuldforderungen und Privilegien wie Patente dazu rechnen, weil sie sich ja in Geld umsetzen lassen oder einen Ertrag abwerfen. Die Schuldforderungen haben zum Teil — als Wertpapiere — die Form von Geld angenommen. (Siehe das 15. Kapitel.) Bei den Schulden zeigt es sich, daß sich die Begriffe Vermögen und Eigentum nicht decken. Wer tausend Mark geliehen hat, dem gehören diese tausend Mark als Eigentum; er kann damit schalten und walten nach Belieben. Aber zu seinem Vermögen gehören sie nicht, vielmehr müssen sie bei dessen Berechnung als passivum von der Summe der Vermögensstücke, den activis, abgerechnet werden. Dagegen gehören sie mit zum Vermögen des Gläubigers, obgleich sie nicht mehr dessen Eigentum sind und nicht in seiner Gewalt stehen. Das Staatsvermögen läßt sich so genau abschätzen, wie jedes Privatvermögen abgeschätzt werden könnte, wenn die Besitzer von solchem es aufrichtig angeben wollten. Nicht so das Volksvermögen, dessen Ermittlung große Schwierigkeiten verursacht. Auch wenn man von jenen in Geld gar nicht zu schätzenden Gütern, wie die Wasserkräfte, Häfen, ungehobnen Mineralschätze und Naturschönheiten sind, völlig absieht und

sich auf die Güter beschränkt, die einen Tauschwert haben, müßte man doch zunächst alle Privat-, Genossenschafts-, Gemeindevermögen und das Staatsvermögen summieren. Nun sind aber die größern Privatvermögen nur dort annähernd genau zu ermitteln, wo der Deklarationszwang zum Zweck der Steuereinschätzung besteht. Insbesondre ist es für den Staat schwierig, genau zu erfahren, wie viel ausländische Schuldverschreibungen sich im Besitz seiner Bürger, und wie viele von seinen eignen Aktien und Schuldtiteln sich im Besitz von Ausländern befinden, ferner wie viel ausländische Grundstücke, Minen, Fabriken, Handelsniederlagen seinen Bürgern, wie viel im Inlande befindliche solche Vermögensstücke Ausländern gehören. Sodann können sehr viele Besitzstücke leicht doppelt gezählt werden. Wird z. B. der Wert eines Bergwerks mit in Rechnung gestellt, und werden dann die Aktien dieses Bergwerks noch einmal gezählt als Bestandteile des Vermögens der Aktionäre, so hat man einen und denselben Wert doppelt gerechnet. Dasselbe würde geschehen, wenn man den Grundstückwert eines Landes voll anrechnen wollte, ohne die Hypotheken abzuziehen. Bei vielen Vermögensstücken ist der Wert sehr unsicher: ein hoch geschätztes Bergwerk kann der Erschöpfung nahe, eine Fabrik, die heute noch viel wert ist, morgen entwertet sein. Daher sind alle Schätzungen des Vermögens der Nationen unsicher und ungenau, und die Zahlenangaben mit Vorsicht aufzunehmen.*)

Außerdem ist darauf zu achten, daß die Be-

*) Das deutsche Volksvermögen wurde 1886 auf 175 Milliarden Mark, das private Kapitalvermögen Preußens 1892 vom Finanzminister auf 74 Milliarden geschätzt, wovon beinahe 30 Milliarden die Form des Leihkapitals angenommen hatten, nämlich 6681 Millionen preußische und Reichsanleihen, 1200 Millionen Komunalanleihen, 1500 Millionen ausländische Wertpapiere, 3350 Millionen Aktien preußischer Gesellschaften, 17000 Millionen Hypotheken und Pfandbriefe! (Julius Wolf, Börsenreform in der Schweiz, S. 39.)

ziehungen zwischen Privatvermögen und Volksvermögen richtig verstanden werden. Nicht immer wird das Volk dadurch reicher oder ärmer, daß einer seiner Bürger reicher oder ärmer wird. Hat ein Mann das große Los gewonnen, so ist dadurch das Volk nicht um einen Pfennig reicher geworden; es sind nur ein paar hunderttausend Mark aus den Taschen der Losinhaber in die Tasche des Gewinners gewandert. Dasselbe gilt von allen Spekulationsgewinnen. Wachsender Reichtum der Fabrikanten eines Landes bedeutet nur dann Zunahme des Nationalvermögens, wenn gleichzeitig auch die Arbeiter wohlhabender werden. Bereichern sich dagegen die Fabrikanten auf Kosten der Arbeiter, wie das bei den Berliner Konfektionären der Fall zu sein scheint,*) wird also ein Teil des Volkes dadurch reicher, daß ein größerer Teil ärmer wird, so liegt darin selbst dann eine Schädigung des Volkswohlstandes, wenn das Volksvermögen durch die Ausfuhr der so erzeugten Fabrikate eine nominelle Steigerung erfahren hätte. Sehr bedenklich ist es, wenn Großgrundbesitzer aus den Überschüssen ihrer Gutserträge Bauergüter und kleinere Rittergüter aufkaufen. Für den Augenblick wird das als eine Vermehrung des Volksvermögens erscheinen: der Käufer ist offenbar reicher geworden (genauer gesagt, der Vermögens-

*) Die Bereicherung kommt auch den Hausbesitzern der Gegend um den Hausvogteiplatz, wo diese „blühendste Industrie Berlins" ihren Sitz hat, zu gute. Wie der „Konfektionär" rühmt (Sozialpolitisches Zentralblatt, Jahrg. 1894, Nr. 9) sind Häuser, die vor fünfundzwanzig Jahren fünfzigtausend bis sechzigtausend Thaler kosteten, den Besitzern heut kaum um eine Million (Mark?) feil. Auch diese Wertsteigerung bedeutet nicht eine Vermehrung, sondern eine Verminderung des Nationalvermögens. Denn was bedeutet sie? Daß die große Mehrzahl der Berliner mehr Miete zahlen, daher entweder beim alten Mietpreise schlechter wohnen, oder zur Bestreitung der höhern Miete an der Nahrung und andern notwendigen Gütern oder Genußmitteln sparen muß, während einer kleinen Zahl von Personen die Mittel zum Verbrauch von Luxusgütern zufließen.

zuwachs, dessen er sich erfreut, kommt durch die Erweiterung seines Grundbesitzes zum Vorschein), und die Verkäufer, die ja das Kaufgeld in der Hand haben, verlieren nichts. Aber das Geld verliert mit der Zeit an Wert und zerrinnt meistens, sodaß die in Rentner verwandelten Bauern und ihre Nachkommenschaft allmählich verarmen; zudem erzeugt das Großgut meistens weniger Produkte als die gleiche Fläche, wenn sie einer Anzahl von kleinen Wirten gehört; am allerschlimmsten aber ist es, wenn der Großgrundbesitzer einen bedeutenden Teil der Fläche bloß zur Jagd benutzt, wie das vielfach in England, Schottland und in den österreichischen Alpen geschieht, oder wenn er durch ein unvernünftiges Pachtsystem die Verwahrlosung des Ackers verschuldet, wie es in Irland und auf Sizilien, auch in einigen Landschaften des italienischen Festlandes der Fall ist.

Nur dann wächst das Volksvermögen durch den Vermögenszuwachs, dessen sich ein einzelner Bürger erfreut, wenn der Zuwachs in einer Neuschöpfung besteht: einem neuen Hause, einer Fabrik, einem Bergwerk, einer Ödlandskultur, einer Melioration schon urbar gemachten Ackers, oder im Erwerb eines Vermögensanspruchs ans Ausland, wie er oft durch Handelsgewinne erworben wird.

Endlich ist zu beachten, daß der Wertmaßstab selbst, der allein uns für die Vermögensmessung zur Verfügung steht, unsicher ist. Wird das Getreide billig, so klagen die Landwirte, daß sich ihr Einkommen verringere, und die Gelehrten unter ihnen behaupten, das Volksvermögen oder wenigstens das Volkseinkommen werde dadurch geschädigt. Gerade umgekehrt ist das Volkseinkommen desto größer, je billiger das Getreide ist. Denn das Volkseinkommen besteht, wie wir im 14. Kapitel ausführlich darlegen werden, nicht in Geldsummen, sondern in Gebrauchsgütern: ein Volk ist

reich oder arm, sagt Adam Smith, je nachdem es viel oder wenig Güter zu verbrauchen und zu genießen hat. Und da Brotgetreide eines der allerwichtigsten Güter ist, so ist ein Volk ohne Frage reicher, wenn es viel, als wenn es wenig davon hat. Nur in dem einen Falle, der in entlegnen Gegenden manchmal eintritt, daß die Landwirte ihr überschüssiges Getreide auf den Düngerhaufen werfen oder verbrennen müssen, während sie an andern Gütern Mangel leiden, bildet der Überschuß keinen Zuwachs zum Volkseinkommen oder Volksvermögen mehr und kann eine Last werden. In dichtbevölkerten Gegenden mit gut entwickelten Verkehrsanstalten kann aber dieser Fall gar nicht eintreten. Wenn auch dort die Landwirte manchmal sagen, ihr Getreide sei unverkäuflich, so meinen sie damit, es könne nicht zu dem Preise verkauft werden, den sie fordern müssen, um ihre Produktionskosten herauszuschlagen; die Erörterung dieses Mißverhältnisses, das mit der hier zu beantwortenden Frage nichts zu thun hat, gehört an einen andern Ort (siehe das 17. u. 18. Kap.). Bei uns also, in Europa, wo es noch Millionen giebt, die nicht satt zu essen haben, bildet jeder Zuwachs zum Getreidevorrat eine Vermehrung des Volksvermögens. Diese kommt u. a. in der Wirkung zur Erscheinung, daß jedesmal bei einem bedeutenden Fall der Getreidepreise die Zahl der Diebstähle abnimmt, weil dann die unterste Bevölkerungsschicht ihr Nahrungsbedürfnis ohne Diebstahl befriedigen kann, während die mittlern Schichten, die einen geringern Teil ihres Einkommens als sonst auf Nahrungsmittel auszugeben haben, mehr Geld für die Befriedigung andrer Bedürfnisse übrig behalten und so die Produktion dieser Güter fördern, sodaß also die Vermehrung der einen Güterart, der Erzeugnisse des Ackerbaus, zugleich die einer andern, der Industrieerzeugnisse, zur Folge hat. Nun klagen zwar die Landwirte (keineswegs alle, und keineswegs

immer aus freien Stücken; wir haben fünfzehn Jahre lang zu beobachten Gelegenheit gehabt, wie die Bauern von den Rittergutsbesitzern bearbeitet werden mußten, ehe ein Teil von ihnen in deren Klagen einstimmte), also die Landwirte oder gewisse Gruppen von Landwirten pflegen zu klagen, daß sich durch niedrige Getreidepreise ihr Geldeinkommen verringre, und sie weisen mit dem Sprüchlein: Hat der Bauer Geld, so hats die ganze Welt, auf den Schaden hin, der durch ihre verringerte Kaufkraft der Industrie zugefügt werde. Das kann unter Umständen zutreffen; ob es aber der Fall ist, läßt sich sehr schwer ermitteln, und man darf den Organen der klagenden Landwirte ihre Behauptungen nicht ohne weiteres glauben; die Aussagen des einzelnen schlichten Bauern lauten oft ganz anders als die Ausführungen der Agitatoren. Zuweilen, und gar nicht selten, nimmt der Landwirt bei niedrigen Preisen mehr ein als bei hohen, weil er da viel zu verkaufen hat, während er bei hohen, die ja eben nach schlechten Ernten eintreten, wenig oder nichts zu verkaufen hat, wohl gar noch zukaufen muß. Zuweilen, wo der Preis so niedrig ist, daß er kaum die Produktionskosten deckt, benutzt er den Getreideüberschuß zum Viehmästen und erzielt seine Durchschnittseinnahme durch den Verkauf von Mastvieh. Dazu kommt, daß es überhaupt nur eine Minderheit der ländlichen Grundbesitzer ist, deren Geldeinkommen vorzugsweise aus dem Verkauf von Körnerfrüchten fließt; die größere Hälfte wird gebildet durch die Kleinbauern, die nur für eignen Bedarf Getreide bauen (verkaufen sie es, so müssen sie dafür Brot kaufen), und dazu kommen aus der Klasse der Großbauern noch die Viehzüchter. Hätte allerdings andauernde Billigkeit des Getreides in einem Lande, wo die Produktionskosten hoch sind, die Wirkung, daß sich die Getreideproduktion verminderte und zuletzt aufhörte, wie es in

England kommen zu wollen scheint, so wäre das ein bedeutender volkswirtschaftlicher Nachteil. Nicht wegen etwaiger Verminderung des Volkseinkommens — dieses steigt in England beständig —, sondern weil durch den Übergang der ländlichen Bevölkerung in die Industrie und den Handel die gesündeste Beschäftigung und die für das Menschenglück zuträglichste und zugleich sicherste Daseinsform schwindet.

Das Vermögen der herrschenden Kulturvölker wird leicht zu hoch angeschlagen, weil man die an der Börse umlaufenden und sonst vorhandnen Wertpapiere zu ihrem vollen Nennwerte ansetzt. Diese Papiere sind selbstverständlich nicht selbst Güter, sondern nur Urkunden über Ansprüche auf Güter; und zwar gilt das nur von den Hypotheken und Rentenbriefen, den Eisenbahn- und Industrieaktien. Es fragt sich, ob die Güter, auf die sie einen Anspruch verleihen, auch wirklich vorhanden sind. Sind die Landgüter überschuldet, sodaß bei ihrer Subhastation die letzten Hypothekengläubiger leer ausgehen, sind ferner die verpfändeten Häuser baufällig oder liegen sie in Gegenden, aus denen sich der Verkehr wegzieht, sodaß die Mieter fehlen, so ist ein Teil der Hypotheken wertlos. Den Eisenbahnaktien bleibt ihr Wert ziemlich gesichert; dagegen werden die Fabriken durch jeden Umschwung der Industrie, die Bergwerke außerdem noch durch Erschöpfung und die mit fortschreitender Ausbeutung steigenden Produktionskosten mit Entwertung bedroht. Die vielen Milliarden Staats- und Gemeindeschulden aber sind überhaupt kein Bestandteil des Volksvermögens, sondern eine das Volk drückende Last. Die einzelnen Schuldscheine sind allerdings Vermögensstücke der Privatbesitzer; aber ihnen entspricht kein realer Wert. Ihr Wert für den Besitzer besteht darin, daß dieser dadurch das Recht erhält, von der Steuerleistung des verschuldeten Volkes jährlich so viel zu fordern, als der Kupon besagt. Wird

demnach eine neue Anleihe aufgenommen, sagen wir von einer Milliarde Mark, so werden damit nicht etwa für eine Milliarde neue Werte geschaffen. Nicht ein Pfennig neuen Wertes wächst dem Volksvermögen zu, sondern es wird dadurch nur den Käufern dieser Papiere das Recht verliehen, bei vierprozentiger Verzinsung von der Steuerleistung des Volkes jährlich vierzig Millionen Mark einzustecken, oder was dasselbe ist, sich von den Verbrauchsgütern, die das Volk erzeugt, jährlich eine vierzig Millionen werte Menge anzueignen.

Durch die Ausgabe von Wertpapieren wird also nicht die Gütermasse, demnach auch nicht das Volksvermögen vermehrt, sondern werden bloß Ansprüche auf Güter geschaffen. Bei jeder großen Vermehrung dieser Ansprüche, sei es durch industrielle Gründungen, Eisenbahnen- oder Häuserbauten, sei es durch die Kontrahierung von Staatsanleihen, ist die Grundfrage die, ob es Menschen genug giebt, die imstande und willens sind, alljährlich jene Einkommengüter, auf die der Zinskupon anweist, zu schaffen und zu liefern. Zeigt es sich plötzlich, daß das nicht in dem Grade der Fall ist, wie man erwartet hat, so tritt ein Krach ein: den mit Steuern überbürdeten Völkern ist die Mehrleistung nicht auszupressen, die zur Verzinsung der neuen Anleihe erforderlich sein würde, die neu angelegten Fabriken finden für ihre Waren keine Abnehmer, oder sie finden keine Arbeiter, die so billig arbeiten mögen, daß sich das Unternehmen rentiert; zuweilen fehlen auch die Naturbedingungen, auf die man gerechnet hatte: man hat z. B. Goldaktien ausgegeben, und die verpfändeten Goldfelder erweisen sich als unergiebig. In allen diesen Fällen sinkt entweder der Kurswert der betreffenden Papiere, oder sie büßen ihren Wert vollständig ein. Das Volksvermögen wird durch einen solchen Krach nur in dem Falle geschädigt, wenn die Schuldner, deren Zahlungsunfähigkeit heraus-

kommt, ausländische Staaten oder ausländische Aktiengesellschaften sind; die ausländischen Schuldner und deren Unterthanen oder Arbeiter sind dann der Verpflichtung ledig, einen Teil ihres Einkommens oder Arbeitsertrages an das Gläubigervolk abzutreten, und dieses hat sein bares Geld, also einen wirklichen Teil seines Vermögens, verloren, wie dies bei der großen argentinischen Anleihe geschehen ist, wo die europäischen, vornehmlich die englischen Kapitalisten ein paar Milliarden verloren haben.*) Das Weltvermögen ist dadurch nicht vermindert worden; Güter wurden dabei nicht vernichtet, und der nach Südamerika geschaffte Bargeldschatz hat sich dort zerteilt und zirkuliert in unbekannten Händen. Befinden sich Gläubiger und Schuldner in einem und demselben Staate, so ändert sich auch dessen Vermögenslage durch den Krach nicht im mindesten; nicht Werte werden vernichtet, sondern nur eine Seifenblase platzt: eine Anzahl Personen, die Werte zu besitzen glaubten, haben statt deren einige wertlose Papierfetzen in der Hand. Infolge dessen vollzieht sich eine Einkommenverschiebung: lauteten die Jahreskupons der entwerteten Papiere auf vierzig Millionen Mark, so können die Inhaber jener Papiere fortan nicht mehr um vierzig Millionen Mark Güter kaufen, und diese Gütermasse bleibt für die übrigen Bewohner des Landes verfügbar. Diesen fließt sie gewöhnlich in der Weise zu, daß der Krach einen Preissturz zur Folge hat, und daß die Masse des Volkes von den billiger gewordnen Waren mehr kaufen kann. Freilich kommt es auch vor, und das war namentlich

*) Die Bankrotte von Argentinien, Portugal und Griechenland haben Veranlassung gegeben zu erwägen, ob nicht zahlungsunfähige Kleinstaaten unter die Vormundschaft der Großmächte zu stellen seien; diese hätten die Finanzverwaltung ihrer Mündel in die Hand zu nehmen und dem haftbaren Volke Zinsen und Kapital allmählich auszupressen. Mit Ägypten hat es England bereits seit fünfzehn Jahren so gehalten.

im Krach von 1873 der Fall, daß mit den verarmten Kapitalisten zugleich auch Hunderttausende von Arbeitern der Möglichkeit, Güter zu kaufen, gänzlich beraubt werden. Dieser Krach hatte, im deutschen Reiche wenigstens, eine wirkliche Reichtumsvermehrung zur Ursache. Ein Teil des französischen Volksvermögens wurde auf Deutschland übertragen. Von den Milliarden floß ein Teil Privatbesitzern zu in Gestalt von Bezahlung der Militärlieferanten und Waffenfabriken, von Gehaltserhöhung und Pensionen, von Börsen- und Bankgewinnen u. s. w. Die reichgewordnen Leute verwandten viel Geld auf Luxus. Das rief neue Unternehmungen hervor. Teils weil man es sehr eilig hatte mit der Herstellung der neuen schönen Häuser, teils weil der Milliardensegen übermütig und verschwenderisch machte, bezahlte man die Arbeiter hoch, und deren guter Verdienst ermutigte die Produzenten gewöhnlicher Waren zur Ausdehnung ihrer Betriebe. Bis dahin wäre alles gut und in Ordnung gewesen. Aber der Reichtumszuwachs ward überschätzt. Jedermann glaubte, jedes beliebige Unternehmen, ohne die hinreichenden Mittel begründet, müsse rentieren, die Gründungen überstürzten sich, die Waren wurden ins maßlose vermehrt, in dem allgemeinen Rummel wurde es Schwindlern leicht, Scheingründungen zu wagen (Aktien auszugeben und das Geld dafür einzuziehen, ohne daß die vorgeschützte Fabrik oder Brauerei gebaut wurde). So kam zum übertriebnen Schein des wirklichen Reichtums ein Scheinreichtum an wertlosen Papieren. Durch die Aufdeckung der Nichtigkeit dieses vermeintlichen Reichtums geriet nun plötzlich die übertriebne Produktion ins Stocken, und während die Inhaber der wertlosen Aktien verarmten, wurden einige hunderttausend Arbeiter brotlos. (Vgl. S. 185 und S. 244.)

Demnach können die im Lande vorhandnen Wert-

papiere nicht ohne weiteres als Bestandteile des Volksvermögens gerechnet werden, sondern sie gewähren nur Anhaltspunkte für eine ungefähre Schätzung. Nehmen wir an, es befänden sich in einem Staate sechs Milliarden von einheimischen und vier Milliarden von ausländischen Wertpapieren, so gehören zunächst diese vier Milliarden zum Volksvermögen, vorausgesetzt, daß sie sicher sind; sie bilden gewissermaßen eine Hypothek auf den verschuldeten Staat und machen dessen Bevölkerung dem Gläubigerstaate tributpflichtig, gleichviel, ob die Zinsen, die an diesen alljährlich abgeführt werden müssen, aus den Steuern oder aus dem Ertrage von Eisenbahnen, Fabriken und Bergwerken fließen. Nehmen wir ferner an, die sechs Milliarden zerfielen in zwei Milliarden Aktien, zwei Milliarden Pfandbriefe und zwei Milliarden Staatsschuldscheine, so stellen die Aktien wirklich ein Vermögen von zwei Milliarden dar, wenn die Eisenbahnen, Bergwerke, Fabriken, Brauereien, auf die sie lauten, wirklich so viel wert sind. Die zwei Milliarden Hypotheken berechtigen zu dem Schlusse, daß die ländlichen Grundstücke des Staates ungefähr vier Milliarden wert sein werden, da der ländliche Grundbesitz bei normalem Gesundheitszustande bis zur Hälfte seines Wertes verschuldet zu sein pflegt. Bei den Staatsschuldscheinen ist zu fragen, ob die Staatsschuld auf Eisenbahnen und Domänen oder bloß auf die Steuerleistung der Unterthanen fundiert ist. Im ersten Falle stellt sie einen Teil des Staatsvermögens dar, dessen ganzer Wert jedoch daraus nicht erschlossen werden kann; im zweiten Falle ist sie überhaupt kein Vermögen, sondern eben eine Schuld; sie bedeutet dann bloß, daß von der alljährlich hergestellten Gütermasse ein achtzig Millionen werter Teil den im Lande wohnenden Staatsgläubigern vorbehalten bleibt.



Neuntes Kapitel

Der Wirtschaftsprozeß. Produktion und Produktionsfaktoren. Die Natur

Der Wirtschaftsprozeß vollzieht sich in dem ununterbrochnen Kreislaufe von Produktion oder Gütererzeugung, Güterumlauf und Verbrauch. Der Verbrauch setzt die Verteilung voraus. Dem Begriff nach folgen diese drei oder vier Vorgänge in der angegebnen Reihenfolge auf einander; in Wirklichkeit ereignen sie sich gleichzeitig, und im einzelnen geht zuweilen der Umlauf, zuweilen die Verteilung der Produktion voraus: so muß erst Baumwolle in den Handel kommen, ehe Kattun gewebt werden kann, und muß der Handwerker erst ein kleines Vermögen erspart oder durch Erbschaft erhalten, muß der Landwirt erst ein Landgut erworben haben, müssen beide also erst ihren Anteil an der Gesamtgütermasse empfangen haben, ehe sie produzieren können.

Wird das Wort Produktion in seinem strengen Sinne verstanden, so produziert der Mensch eigentlich nichts, sondern die Natur ist, wie die Physiokraten und Carey gelehrt haben, die einzige Produzentin; die Thätigkeit des Menschen beschränkt sich darauf, daß er einerseits die Produktionsthätigkeit der Natur

leitet, andrerseits Naturprodukte umwandelt. Da aber jene Leitung die Natur zu Leistungen veranlaßt, die sie für sich allein niemals vollbringen würde — wie könnte es dem Wasserdampfe einfallen, durch seine Spannung einen Eisenhammer in Bewegung zu setzen oder Personen zu befördern, wie dem wilden Birnbaum, sich mit einem Edelreise auszurüsten, um wohlschmeckendere Früchte erzeugen zu können! — und da die Umwandlung oder Gruppierung des Stoffes in vielen Fällen die Bedeutung einer ganzen, in andern die einer halben Neuschöpfung hat (beim Gemälde ist der Stoff nichts, die Form, eine Schöpfung des Menschengeistes, alles; beim Tuch verteilt sich der Wert auf die vom Menschen geschaffne Form und auf die Wolle, die übrigens, wenn sie von einem veredelten Schafe kommt, auch schon nicht mehr bloßes Naturprodukt ist), so haben die sogenannten klassischen Ökonomen mit Recht der Natur die Menschenarbeit als zweiten Produktionsfaktor beigesellt; und als dritten haben sie dann noch das Kapital hinzugefügt. Denn, sagen sie, wenn der reiche Mann seinen Grund und Boden als Hirschpark benutzt, so wird kein Getreide und kein Nutzvieh produziert, und wenn er mit seinem Einkommen eine Schar von Dienern besoldet, anstatt Fabrikarbeiter zu lohnen, so werden keine Industriewaren geschaffen. Es hängt also von seinem freien Entschlusse ab, ob er einen Teil seines Bodens als Ackerland benutzen, einen Teil seines Einkommens auf industrielle Unternehmungen verwenden will, und so ist denn sein Kapital eine unerläßliche Vorbedingung oder ein Faktor der Produktion. Die Sozialisten hingegen erklären die Arbeit für den einzigen Produktionsfaktor. Denn, sagen sie, die Natur ist freilich die unentbehrliche Grundlage aller Produktionsthätigkeit, ja sie ist mehr als dieses, ist das allumfassende Sein und Leben; ist doch der arbeitende Mensch selbst nur

ein Stück Natur, sind doch seine Muskelkraft und die Denkarbeit seines Gehirns nichts als Naturkräfte. Aber eben darum, weil die Natur die Allschöpferin ist, ihre Thätigkeit sich überall von selbst versteht und überall vorausgesetzt wird, jedermann umsonst zur Verfügung steht, kann sie nicht in Rechnung gestellt werden, wo es sich um menschliche Einrichtungen handelt und um Leistungen des Menschen, die ihm allein eigen sind, und die von keinem andern Stück Natur geleistet werden. Das Kapital aber ist selbst schon ein Produkt menschlicher Arbeit und kann daher nicht als Produktionsfaktor der Arbeit beigeordnet, sondern muß ihr als bloßes Hilfsmittel untergeordnet werden.

In Beziehung auf das Kapital kann man den Sozialisten beipflichten, nicht aber in Beziehung auf die Natur. Denn alle menschliche Thätigkeit ist auf das Zusammenwirken mit der Natur angewiesen, und zwar mit einem bestimmten Stück Natur, und von der Beschaffenheit dieses Stückes hängt es ab, sowohl was der Mensch produzieren kann und soll, wie auch mit welchem Erfolge es geschieht. Im nördlichen Europa kann man keinen Kaffee und zwischen den Wendekreisen keinen Thran produzieren. Die Weinproduktion ist an einen schmalen Erdgürtel und gerade dort, wo die edelsten Sorten gedeihen, am Rhein, an einen ganz winzigen Strich gebunden, in dem mit dem Klima eine eigentümliche Bodengestalt und die Gesteinsart zusammentreffen, die die berühmte „Blume" schaffen. Bei solcher Gebundenheit der Arbeit an Zonen und Bodenarten darf man nicht bloß, sondern muß man Natur und Arbeit oder Arbeit und Boden als zusammenwirkende Faktoren bezeichnen. Bei einem gewissen Grade der Volksdichtigkeit beginnt der Boden zu fehlen, und der Mensch sieht sich in die Unmöglichkeit versetzt, zu arbeiten, wie in der Zeit der brennenden Arbeitslosenfrage jedermann wissen könnte;

durch das Fehlen des Naturfaktors wird der menschliche Faktor lahm gelegt.

Wenn in unsrer hochentwickelten europäischen Kultur die Arbeit in einem hohen Grade von der Natur unabhängig geworden zu sein scheint, so ist das eben nur Schein: der Mensch beherrscht die Natur nur, indem er sich ihr anschmiegt und ihren Gesetzen fügt, die auf das genaueste erforscht zu haben eben die Hauptleistung der modernen Naturwissenschaft ist. Der Unterschied zwischen niedern und höhern Kulturstufen besteht hauptsächlich darin, daß sich der Mensch auf jenen mit dem begnügt, was die Natur freiwillig gewährt und leistet, während auf diesen der Mensch nicht allein selbst sehr viel leistet, sondern auch die Natur zu Leistungen veranlaßt, die sie von selber nicht vollbringt. Wo die Natur allzu freigebig ist und den Menschen aller Mühe überhebt, bleibt dieser leicht auf einer niedern Kulturstufe stehen. Auf den Südseeinseln, in manchen Gegenden Indiens, Afrikas und des tropischen Amerikas nährt die Natur den Menschen beinahe ohne Arbeit; macht also die Arbeit überflüssig, erschwert sie aber zugleich auch durch übergroße Hitze. Die Banane, „vielleicht das erste Geschenk der Natur an den erwachenden Menschen und somit der Gegenstand der alleräl testen Kultur" (Humboldt), erfordert so wenig und so leichte Arbeit, daß es kaum Arbeit genannt zu werden verdient, und ihr Ertrag verhält sich, nach Humboldts Berechnung, zu dem des Weizens der Quantität nach wie 400 : 3. Weizen, der in Deutschland das sieben- bis achtfache der Aussaat ergiebt (mittler Ertrag auf mittelgutem Boden), liefert in Chile das zwölffache, im nördlichen Mexiko das siebzehnfache, in Peru das achtzehn- bis zwanzigfache, im südlichen Mexiko das fünfundzwanzig- bis fünfunddreißigfache. Es ist klar, daß der Mensch nur in einer fruchtbaren Gegend und in einem milden Klima —

fehlt ihm doch jeder natürliche Schutz vor der Kälte — entstanden sein kann; zugleich aber, daß sich seine Natur nicht voll hätte entfalten können, wenn er immer in seiner Urheimat geblieben wäre. Das konnte nur geschehen in gemäßigten Zonen, die zu vielseitiger Thätigkeit nötigen, aber auch anhaltende und große Kraftanstrengung gestatten. In der armen und harten Natur des kalten und unwirtlichen Nordens verkümmert der Mensch; nur bei vorübergehendem Aufenthalt wird dort die Energie kühner Forschungsreisenden und Walfischfahrer durch die Gefahren und den Widerstand gegen das leidenschaffende Klima aufs höchste gesteigert.

Was wir als Produktionsfaktor unter dem Namen Natur zusammenfassen, besteht in folgendem: a) Grund und Boden, insbesondre die pflanzentragende Humusschicht, die bei Kulturvölkern ihre Zusammensetzung zum Teil menschlicher Arbeit verdankt, indem zu ihren Grundbestandteilen (verwittertem Gestein, Lehm oder Sand) die an Ort und Stelle verwitterten Reste darauf angebauter Pflanzen und der Dünger kommen, die häufige Lockerung aber die Bodenbeschaffenheit durch Mischung und Zutritt der Luft für das Gedeihen der Pflanzen immer zuträglicher macht; b) die Bodengestalt: Flachland, das entweder sandig (Wüste) oder salzhaltig (Steppe) oder morastig oder fett oder häufigen Überflutungen ausgesetzt ist; Hügelland, Gebirge, Hochgebirge; wobei die wirtschaftliche Bedeutung dieser Gestalt wieder von der geographischen Breite abhängt, indem unter den Tropen das Flachland mitunter unbewohnbar, eine Erhebung von fünftausend bis sechstausend Fuß für die wirtschaftliche Thätigkeit des Menschen sehr geeignet und eine zehntausend Fuß hohe Ebene noch anbaufähig ist, während in der gemäßigten Zone der Anbau schon bei fünftausend Fuß aufhört; c) natürliche Bewässe-

rung mit ihrer mannigfaltigen Bedeutung für den Pflanzenwuchs, für die Schiffahrt, als Triebkraft für die Industrie, als Bestandteil landschaftlicher Schönheit; d) natürlicher nutzbarer Pflanzenwuchs: Waldbäume, Fruchtbäume, Gras, Beeren, Pilze; e) Jagdtiere, zähmbare Herdentiere und Wassergetier: eßbare Fische, Amphibien und Muscheln; f) Naturkräfte. Vor allem die Wärme und Licht verbreitenden Sonnenstrahlen, die Allbewegerinnen und Erzeugerinnen alles organischen Lebens. Mit der Erdbewegung und der Schwerkraft zusammen erzeugt die Sonnenwärme zwei weitere Bewegungskräfte: den Wind und den Kreislauf des Wassers. Ferner entbindet sie die Spannkraft der Gase und Dämpfe und die chemischen Kräfte. Dazu treten dann noch Elektrizität und Magnetismus; g) Naturschätze: ablösbare Naturprodukte, die angeeignet und von ihrem Entstehungsorte dahin gebracht werden können, wo man sie braucht. Außer den schon erwähnten Pflanzen und Tieren gehören dahin die nutzbaren Mineralien, vor allem Eisen und Kohle. Von geringerer Wichtigkeit sind die Edelmetalle, Kupfer, Blei, Zinn und Zink; von noch geringerer Edelsteine und die halb organischen Produkte Perlen, Korallen und Schwämme.





Zehntes Kapitel

Die Arbeit

Unter Arbeit wird nicht jede Thätigkeit verstanden, sondern nur eine solche, die einen wirtschaftlichen Zweck hat. Als zweites Merkmal der Arbeitsthätigkeit zum Unterschiede von der Vergnügungsthätigkeit pflegt man die Mühe zu nennen, die auch schon im Begriff der Worte: *πόνος*, labor, Arbeit, Robota (slawisch) liegt. Nur darf man das nicht so verstehen, als ob die Arbeitsthätigkeit ihrer Natur nach größere Anstrengung erforderte als die Vergnügungsthätigkeit. Der gute Schachspieler wendet unendlich mehr geistige, der leidenschaftliche Jäger oder Sportsmann unendlich mehr körperliche Anstrengung an, als ein durchschnittlicher Aktenschreiber oder Ackerknecht. Es giebt höhere Beamte, deren Berufsarbeit darin besteht, täglich zwei bis drei Stunden lang etliche Eingänge zu prüfen, etliche Randverfügungen zu schreiben und ein paar Dutzend Unterschriften zu leisten. Die Berufsarbeit mancher Handwerksmeister beschränkt sich darauf, daß sie täglich ein paar Kunden abfertigen, einige Rechnungen ausschreiben, ihren Gesellen und Lehrlingen die Arbeit anweisen, sie ein wenig beaufsichtigen und ihnen die fertigen Stücke abnehmen. Wenn trotzdem auch solche Arbeit noch im Unterschiede vom Spiel als

lästig empfunden wird, so rührt das daher, daß der Arbeitende eine bestimmte Zeit an jedem Tage daran gebunden ist, während das Spiel nach Belieben abgebrochen werden kann. Auch die Länge der Arbeitszeit macht an sich noch nicht das Lästige aus — mancher Skatspieler sitzt Tag und Nacht bei den Karten und richtet seine Gesundheit dadurch zu Grunde —, sondern eben der Zwang, eine bestimmte Zeit dabei auszuhalten, und zwar täglich von einer bestimmten Stunde an, also mit einem Worte die Freiheitsbeschränkung. Spiel ist Beschäftigung nach freier Wahl, während die Arbeit durch Notwendigkeit, oder Pflicht, oder den Willen eines andern auferlegt wird. Das Spiel bricht man ab, sobald man es satt hat, während man bei der Arbeit aushalten muß, mag sie auch noch so einförmig sein und sich täglich ohne Abwechslung wiederholen. Deshalb liegt der Unterschied auch gar nicht in der Thätigkeit, sondern bloß in dem Zweck, den man verfolgt, und in den Umständen, unter denen sie verrichtet wird. Jede Arbeit kann als Spiel zum Vergnügen oder als freiwillige Leibesübung betrieben werden; der Rentner hackt Holz, um sein Fett los zu werden, der Gelehrte oder Beamte gärtnert zur Erholung; dagegen sind alle die Arten der künstlerischen Thätigkeit, die ursprünglich Spiel waren und es in einzelnen Fällen heute noch sind: malen, schnitzen, meißeln, Verse machen, deklamieren, singen, musizieren, turnen — Mittel für den Broterwerb und dadurch Arbeit geworden; der „Artist" nennt mit Selbstgefühl seine Luftsprünge, Turnübungen, Körperverrenkungen oder Clownspäße — Arbeit.

Die Alten hatten daher vollkommen Recht, wenn sie das Wesen der Freiheit darin fanden, daß der Freie nicht genötigt sei zu arbeiten, daß, wenn er arbeiten wolle, er sich die Art der Arbeit wählen könne, und daß er sich selbstverständlich eine zugleich

angenehme und würdige Art der Arbeit wähle. Die roheren Völker, wie die Germanen, wählten sich Jagd und Krieg, die gebildeteren, wie die Griechen, die „freien“ Künste (denen dieser Name geblieben ist) die Wissenschaften und die Politik. Auch die Landwirtschaft galt bei den Griechen und Römern als eine des freien Mannes würdige Beschäftigung, und Cicero fügte noch den Großhandel hinzu. Das Christentum hat die Arbeit für eine allgemeine Pflicht erklärt und dadurch, indem Pflichterfüllung den Menschen ehrt, den schimpflichen Charakter getilgt, der der Handarbeit infolge ihrer unlöslichen Verbindung mit der Sklaverei anhaftete, wie es ja auch den Sklaven an sich schon innerlich erhob, indem es ihn vor Gott dem Freien gleichstellte. Aber genau betrachtet ist der der niedrigen Arbeit anhaftende Makel doch nur in der Theorie aufgehoben. Wenn ein verarmtes Mitglied der herrschenden Klassen gezwungen ist, sich seinen Lebensunterhalt als Krämer oder Handwerker zu verdienen, so gilt das nicht allein für ein Unglück, sondern auch für einen Schimpf, während es den verarmten Mann „von Stande“ nicht im mindesten verunehrt, wenn ihn eine reiche Heirat der Notwendigkeit, zu arbeiten, auf zeitlebens überhebt. Auf der Straße nie anders als im feinen Anzuge, die Hände mit Handschuhen bedeckt, erscheinen und dadurch wenigstens den Schein erwecken, als hätte man nichts zu thun, ist wesentliches Erfordernis für jeden, der „zur Gesellschaft“ gehören will, während der Arbeitskittel, so sehr er auch in Erzählungen für die Jugend und in Vorträgen zur Belehrung des Volkes herausgestrichen werden mag, den, der ihn öffentlich trägt, in der Gesellschaft unmöglich macht. Ein kleiner Fortschritt zur Verwirklichung der christlichen Theorie ist in neuerer Zeit von zwei Seiten her gemacht worden. Der Umstand, daß die moderne Chemie, Maschinentechnik und Elektrotechnik eine gewaltige Rolle im

öffentlichen Leben spielen, ja gewissermaßen den Staat und die Gesellschaft beherrschen, versetzt die Regierenden in die Notwendigkeit, sich um diese Dinge sehr genau zu kümmern und sich nicht auf oberflächliche Blicke in die Werkstätten zu beschränken; und da zugleich ein paar Fälle bekannt geworden sind, wo sich gewöhnliche Handwerker zu Großindustriellen emporgeschwungen und in die höchste und „beste" Gesellschaft Aufnahme gefunden haben, so hat man nichts dagegen, daß ein junger Mann ein paar Jahre lang in einer Maschinenfabrik oder in einem Laboratorium arbeitet, wobei jedoch vorausgesetzt wird, daß er nicht gewöhnlicher Arbeiter bleibt, sondern zur Leitung der Arbeit übergeht; der Titel volontaire soll dem Verdachte vorbeugen, als ob er zur Verrichtung solcher Arbeiten gezwungen sei. Nur Arbeiten in den genannten Fächern schänden den jungen Mann von Stande nicht. Anders steht es um gewöhnliche Tagelöhnerarbeit, z. B. Straßen kehren, pflastern, Erde schachten. Arme russische Studenten verdienen sich manchmal mit solchen ihren Lebensunterhalt auf der Universität; ein preußischer Student, der das thun wollte, würde sich dadurch die Laufbahn im Staatsdienste versperren. Andrerseits haben das Beispiel Friedrichs des Großen und die Kant-Fichtische Philosophie in Deutschland dem Grundsatze zur amtlichen Anerkennung verholfen, daß das Bibelwort: wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen, für jedermann, auch für den Vornehmen und Reichen gelte, die, wenn sie nicht nötig haben, für ihren eignen Lebensunterhalt zu arbeiten, sich einen sittlichen Anspruch auf ihr Einkommen durch gemeinnützige Thätigkeit zu erwerben hätten. Und den Sozialisten gegenüber, die den Grundsatz aufstellen, daß der Anteil eines jeden am Volkseinkommen nach seinen Leistungen fürs Gemeinwohl zu bemessen sei, kam der Umstand, daß

man jenen Grundsatz angenommen hatte, sehr gelegen; nur wurde dadurch an der Thatsache nichts geändert, daß man doch nach wie vor Leistungen des Handwerkers (Banausen), Krämers und Tagelöhners als des freien Mannes unwürdig ansah und diesem keine andern Leistungen zumutete, als die ihm die Alten zugewiesen hatten, nämlich die Pflege der Wissenschaften, die Staatsverwaltung und die Beaufsichtigung der Banausenarbeit. Lästiger sind diese Leistungen allerdings zum Teil geworden, indem sie meistens nicht mehr freiwillig übernommen und in zwangloser Thätigkeit vollbracht, sondern von Beamten besorgt werden, deren Thätigkeit durch Gesetz und Verordnungen streng geregelt wird, und denen die verwickelten Verhältnisse des modernen Staates und die gewaltigen Anforderungen, die an ihn gestellt werden, nicht selten eine große Arbeitslast auflegen. Mag es nun mit der christlichen Schätzung der Arbeit stehn, wie es will, an der Thatsache wird dadurch nichts geändert, daß die Nötigung zur Arbeit den Menschen unfrei macht; desto unfreier, je lästiger und einförmiger sie ist, je mehr Tage im Jahre und je mehr Stunden am Tage sie den Arbeitenden fesselt. Zugleich wird die Unfreiheit in dem Grade drückender, als der Zwang zur Arbeit von außen auferlegt wird. Zuchthausarbeit ist wirkliche Sklavenarbeit. (Das tritt besonders deutlich da hervor, wo die Gefängnisverwaltung die Züchtlinge an Unternehmer vermietet.) Wer aus Pflichtgefühl oder aus Liebe zu den Seinen arbeitet, fühlt sich auch bei äußerer Unfreiheit innerlich frei; am freisten dann, wenn die Art der Beschäftigung seiner Natur und Neigung zusagt. Einen großen Unterschied macht es auch, ob der Lohn der Anstrengung entspricht. Dauernd erfolglose Arbeit, die weder Ehre und Anerkennung noch einen über die Befriedigung der dringendsten Notdurft hinaus reichenden Geldlohn gewährt, wird stets

mit Unlust verrichtet, während der Erfolg auch eine anfänglich erzwungne Arbeit mit der Zeit in freiwillige verwandelt. Einer anerkannten allgemeinen Notwendigkeit fügt man sich leichter und lieber als dem persönlichen Willen und Befehl eines einzelnen Herrn; daher fühlt sich der Beamte, dem sein Tagewerk vom Staate, also von einem unpersönlichen, aus einer allgemeinen Notwendigkeit hervorgegangnen Organismus auferlegt wird, freier als der Fabrikarbeiter oder Tagelöhner, dem sein Brotherr oder dessen Stellvertreter die Arbeit zuteilt, der höhere Beamte aber, der keine unmittelbare Aufsicht zu spüren bekommt (oder doch bloß hie und da einmal bei Revisionen und dann in einer ihn nicht verletzenden Form) fühlt sich wieder freier als der Unterbeamte, der beständig beaufsichtigt und zuweilen angeschnauzt wird, der auch die vorgeschriebnen Arbeitsstunden pünktlich innehalten muß, während sich viele höhere Beamten ihre Tagesordnung selbst machen dürfen.

Der sittliche Wert der Arbeit, den man kurz dahin bestimmen kann, daß sich die edlere Natur des Menschen nur in nützlicher Thätigkeit entfalten, erhalten und bewähren kann, wird wohl heutzutage so allgemein anerkannt, daß eine nähere Darlegung nicht nötig ist. Die kirchliche Auffassung, wonach die Arbeit die Strafe für die Ursünde sein soll, kann unter Umständen eine sowohl für die unter schwerem Druck arbeitenden Armen wie für das Gemeinwesen nützliche geduldige Resignation erzeugen. Im allgemeinen aber ist sie gefährlich, weil sie die herrschenden Klassen zu der Einbildung verleitet, sie thäten etwas Gott wohlgefälliges, wenn sie die Arbeiter plagen, und in diesen das Streben nach Besserung ihrer Lage, die mächtigste Triebfeder des Kulturfortschritts, lähmen. Bei der Erziehung hat man den Weg einzuschlagen, den die Natur selber weist, indem sie dem gesunden Kinde Lust

zu Anstrengungen aller Art einflößt und es zu allen Leistungen, die seine Kraft nicht übersteigen, aufgelegt macht. Die Jugend soll demnach in der Überzeugung aufwachsen, daß Arbeit auch dann, wenn sie die Freiheit einigermaßen beschränkt oder sonst lästig wird, schon ganz abgesehen von höhern religiösen und moralischen Erwägungen in doppeltem Sinne ein Glück ist, indem der Mensch das beglückende Gefühl seiner eignen Kraft auf keine andre Weise hervorrufen kann, als indem er diese übt, und indem er sich durch Kraftäußerung in nützlicher Arbeit die Natur dienstbar macht, Güter schafft, sich und andern Genüsse bereitet, reicher wird. Demnach ist auch eine Organisation der Arbeit anzustreben, worin möglichst jeder diese Glückempfindung hat und das drückende des namentlich bei den niedrigen und unangenehmen Verrichtungen unvermeidlichen Zwanges auf das mindeste Maß beschränkt wird. Die höchsten Leistungen, deren ein Volk fähig ist, kann es nur vollbringen, wenn es mit Lust und von Hoffnung beschwingt arbeitet. Die herrschenden Klassen mögen fleißig an das Wort John Stuart Mills denken, der von den Irländern sagt, sie seien von den Engländern in eine solche Lage versetzt worden, daß es für sie schlechthin keinen vernünftigen Beweggrund gab, der sie hätte veranlassen können, mehr zu arbeiten, als zur kümmerlichen Erhaltung ihres leiblichen Lebens notwendig war, weil den Ertrag jeder Mehrarbeit der Landlord wegnahm. (Seit dem Erlaß der Landgesetze, um die sich Gladstone das größte Verdienst erworben hat, ist die Lage dieser Leute besser geworden.) Viele heutige Arbeiten, z. B. die in den Kohlengruben, in den Zuckerfabriken, in den Glashütten, in manchen Textilfabriken, in den Anilinfarbenfabriken, auf großen Landgütern (die fröhliche Arbeit des Bauern alten Schlags und seiner Knechte, die es sich bequem machen, ist von der auf

den ostelbischen Rittergütern, wo Beamte mit der Peitsche die Aufsicht führen, himmelweit verschieden) sind so widerwärtig und qualvoll, daß nur Zwangsmittel die Arbeiter dabei auszuhalten vermögen können.

Die Kultur hat eine ungeheure Menge von Arbeitsarten erzeugt (und erzeugt noch immerfort täglich neue), die sich nach sehr verschiednen Gesichtspunkten einteilen lassen.

Man unterscheidet die Thätigkeiten der *Aneignung* (Früchte pflücken, jagen, fischen, ein okkupiertes Stück Land umzäunen und mit den Waffen verteidigen, Mineralien graben u. a. dgl.), der *Leitung von Naturprozessen* (Ackerbau, Viehzucht, Obst-, Wein- und Gemüsebau, Forstkultur, Anlage von Laichplätzen für Fische, Ansetzen von Austernbänken; die Brauerei, Brennerei, Weinbereitung und andre mit Hilfe der chemischen Kräfte betriebne Produktionszweige bilden den Übergang zur folgenden Klasse), der *Umgestaltung des Stoffs* (Handwerk, Industrie und Kunst), des *Transports*, der *Gedankenproduktion* und *Arbeitsleitung*. Damit fällt größtenteils zusammen die Einteilung in Arbeiten der Urproduktion, der Fabrikation, des Handels und Transports, der Güterverteilung und Eigentumsbeschützung durch Behörden.

Ferner sind die *Leitungs-* von den *Ausführungsarbeiten* zu unterscheiden. Die erstern werden von den Unternehmern und deren Beamten sowie von den Chefs der Behörden, die letztern von den heut gewöhnlich sogenannten Arbeitern und den Unterbeamten geübt.

Daß mit diesem Unterschiede der von *geistiger* und *körperlicher* Arbeit zusammenfalle, ist eine sehr verbreitete aber unberechtigte Meinung. Zunächst giebt es bekanntlich so wenig eine rein körperliche, wie eine rein geistige Thätigkeit, indem zur körperlichen aller-

mindestens Aufmerksamkeit, zur geistigen allermindestens Gehirnanstrengung gehört. Sodann aber erfordern sowohl die Leitungs- wie die Ausführungsarbeiten sehr verschiedenartige Mischungen leiblicher und geistiger Thätigkeit, wobei das Übergewicht des geistigen Anteils keineswegs durchweg auf die vornehmere Arbeitsart fällt. Die Aufmerksamkeit, die der Fabrikarbeiter bei der Bedienung einer Maschine und der Offizier bei einer Parade aufwenden muß, sind völlig gleichwertige Thätigkeiten, obgleich jener Ausführungs-, dieser Leitungsarbeit verrichtet. Der Handwerker, gleichviel ob er als Meister oder als Geselle arbeitet, wendet beständig Geistes und Leibeskraft gleichmäßig an; beim Kunsthandwerker überwiegt sogar das Geistige, beim Künstler noch mehr, obgleich vom Bildhauer ehemals auch ein bedeutender Aufwand von Körperkraft erfordert wurde (heute nicht mehr, da er bloß noch das Thonmodell eigenhändig anfertigt, dessen Ausführung in Marmor aber sich durch einen Mechanismus erleichtert oder von andern besorgen läßt). Einem Schriftsteller, der keinen Sekretär hat, kann seine geistige Arbeit durch gebückt sitzen, Augenanstrengung und Schreibkrampf körperlich sehr lästig werden. Um das Verhältnis beider Einteilungen zu einander richtig aufzufassen, muß man noch eine dritte heranziehen: die in mechanische und schöpferische Thätigkeit. Viele Arbeiten der Leitung, z. B. Rechnungsabschlüsse, Unterschriften leisten, die täglich sich in derselben Weise wiederholende Verteilung der Arbeit an die einzelnen Mitglieder einer Behörde sind mechanische Leistungen, Arbeiten nach der Schablone. Dagegen muß mancher ausführende Arbeiter beim Maschinenbau, bei der Ackerbestellung, beim Lenken von Pferden, bei der Gärtnerei, auf dem Schiff fortwährend denken und sein Handeln den wechselnden Umständen anpassen. Ein Hochschullehrer, der unablässig forscht und alljährlich neu ge-

fundnen Stoff neu gestaltet, leistet allerdings schöpferische Arbeit, geistige Arbeit im höhern Sinne des Worts. Dagegen ein Professor, der Jahr um Jahr immer dasselbe Heft herunterliest, arbeitet nur mechanisch. Fast alle die mechanische Arbeit in der Industrie erleichternden Kunstgriffe sind Erfindungen von gewöhnlichen Arbeitern. Eine der wichtigsten und großartigsten Erfindungen ist von einem armen Knaben gemacht worden, der an einer Newcomenschen Dampfmaschine das Öffnen und Schließen der beiden Hähne, die abwechselnd den Dampf und das Kondensationswasser einzulassen hatten, mit der Hand besorgen mußte. Er beobachtete, daß die Hahnbewegungen gleichzeitig mit dem Auf- und Abschwingen des Balanciers stattfanden, knüpfte die Hähne mit Schnüren an diesen, und siehe da — der Balancier besorgte das Öffnen und Schließen der Hähne auf das vollkommenste! Von da an, sagt Schellen in seiner Schule der Elementar-Mechanik (II, 486), war der Gang der Maschine der Einwirkung der menschlichen Hand vollständig entzogen. Natürlich wurden sehr bald (seit 1718) statt der Schnüre Stangen und Hebel angewendet.

Technische und ökonomische Arbeit. Im Kleinbetrieb wird beides meistens von ein und demselben Manne geleistet. Wenn der Bauer pflügt, leistet er technische, wenn er den Knechten die Arbeit zuteilt oder bestimmt, ob ein Kalb „angebunden" oder dem Fleischer verkauft werden soll, wenn er Einnahmen und Ausgaben einträgt, so ist das ökonomische Arbeit. Ist sein Gut groß genug, so kann er sich auf die ökonomische Arbeit, die in diesem Falle die Leitungsarbeit einschließt, beschränken und alles technische den Knechten überlassen. Mit dem vorhergehenden Gegensatze fällt dieser nicht ganz zusammen, wie man bei einem Blick auf ein großes Landgut sieht; denn hier führen Unterbeamte die Aufsicht über die technischen Arbeiten, während das eigent-

lich ökonomische: die Anordnung aller Arbeiten nach einem bestimmten Plane und die für die Verwertung der Produkte erforderlichen Berechnungen und kaufmännischen Geschäfte, von einem Oberbeamten oder vom Herrn besorgt wird. Ist das Gut hierfür groß genug, so wird für den kaufmännischen Zweig der ökonomischen Arbeit eine besondre Rendantur eingerichtet.





Elftes Kapitel

Die Produktivität der Arbeit. Produktivität und Rentabilität

Die ökonomische Arbeit bildet den Übergang zur unproduktiven Erwerbsthätigkeit. Wenn der kaufmännische Leiter einer Brennerei die Konjunkturen des Spiritusmarktes so zu benutzen, vielleicht als Mitglied eines Ringes zu beeinflussen versteht, daß er beim Absatz seines Vorrats hundert Prozent Gewinn erzielt, so hat er die Menschheit um kein größeres Quantum des zweifelhaften Gutes: Alkohol bereichert, als wenn er ohne allen Gewinn verkauft hätte, nur sich selbst hat er bereichert. Seine Thätigkeit ist dem Erwerb in höherm Grade zu gute gekommen als der Produktion. Denselben Gewinn kann aber ein Spekulant „in Spiritus" machen, der gar keine Brennerei hat. Und solcher Erwerbsarten, die nicht zugleich produktiv sind, giebt es viele. Der Kaufmann, der Kaffee aus Java oder Ceylon nach Deutschland schafft, ist produktiv thätig, und zwar in einem doppelten Sinne, indem ohne seine Thätigkeit (und die der Reeder) der in den Tropen wachsende Kaffee für uns Deutsche so gut wie nicht vorhanden wäre, und indem Kaffee, für den es kein Absatzgebiet gäbe, gar nicht gebaut werden würde; er vermehrt also die Gütermenge. Der schon erwähnte Geflügelhändler

dagegen, der vor dem Stadtthor die Hühner und Gänse aufkauft, die der Bauer zu Markte bringt, um dafür einen Monopolpreis machen zu können, übt bloß Erwerbsthätigkeit; er füllt seinen Beutel mit einer den Konsumenten auferlegten Steuer, vermehrt aber weder die Zahl der Hühner, noch macht er sie den Hausfrauen zugänglicher, als sie auch ohne ihn gewesen sein würden. Bei sehr vielen Thätigkeiten läßt es sich schwer bestimmen, wo der produktive Charakter aufhört und der rein erwerbliche anfängt. Selbstverständlich sind alle Produktionsarbeiten zugleich Erwerbsarbeiten, denn in unsrer Gesellschaftsordnung kann sich ja der Produzent auf gar keine andre Weise seinen Lebensunterhalt verschaffen, als daß er seine Produkte mit Vorteil, mit einem Überschuß über die Produktionskosten verkauft. Erzielt er keinen solchen, „rentiert“ sein Gewerbe nicht mehr, so muß er seine Thätigkeit einstellen. Also in unsrer Gesellschaftsordnung muß jede produktive Thätigkeit, um ausgeübt werden zu können, zugleich rentabel sein, aber nicht jede rentable Thätigkeit braucht produktiv zu sein, und es kommt vor, daß sehr rentable Thätigkeiten nicht allein unproduktiv sind, sondern sogar die Produktion hemmen oder mit der Zerstörung von Produkten verbunden sind. Die mitunter sehr mühsame Arbeit des ländlichen Wucherers bringt den Bauer und damit seine Wirtschaft herunter; der gewissenlose Reeder, der baufällige Schiffe samt Bemannung und Ladung dem Untergange preisgiebt, um die Versicherung einzustreichen, der holländische Pflanzer von ehedem, der alljährlich einen Teil der Gewürzernte verbrannte, um die Preise seiner Waren enorm hoch zu halten, sie vernichten Güter.

Eine gewinnbringende oder rentable Thätigkeit, die nicht zugleich produktiv ist, beruht auf der produktiven Arbeit andrer und wäre ohne sie nicht möglich.



Sie hat zum Zweck, nicht die Gütermasse zu vermehren oder bei deren Verteilung zu helfen und den Arbeitenden mit einem angemessenen Teile dieser Masse zu entschädigen, sondern sich einen Teil der Gütermasse anzueignen ohne Nutzen für das Volk, das sie geschaffen; sie ist also verdeckter Betrug oder Schmarotzerthätigkeit (Parasitismus). Demnach kann sie für gewöhnlich nur von einzelnen, nicht vom ganzen Volke ausgeübt werden (innerhalb einer sehr unorganisierten Gesellschaft kann es wohl vorkommen, daß ein ganzes Volk als Räuberbande lebt, bloß von dem, was seine Nachbarn erzeugen); die große Masse des Volkes muß stets produktiv thätig sein, und das ganze Volk wird dadurch nicht reicher, daß der produktive Teil von den Parasiten ausgeplündert wird, im Gegenteil! Indem sehr viele, die produzieren könnten, parasitisch leben und womöglich die Produktion der Übrigen noch erschweren, wird im Lande weniger erzeugt, als erzeugt werden könnte, wächst also die Gütermasse langsamer, als sie wachsen sollte, und überschreitet das Parasitentum eine gewisse Grenze, so wird das Volk sogar ärmer.

Kann demnach ein von andern abgeschlossenes Volk für sich allein niemals aus lauter Parasiten bestehen, so kann doch ein Volk als Parasit vom andern leben. Etwas dergleichen ist gewöhnlich bei Eroberungen vorgekommen. Ja in alten Zeiten sind die Eroberungskriege meistens zu gar keinem andern Zweck unternommen worden, als um die Besiegten auszuplündern. War der Sieger höher kultiviert als die Besiegten, so hat er dann gewöhnlich durch Mitteilung seiner höhern Kultur Ersatz geleistet. So haben die Römer anfänglich die eroberten Provinzen in roher Weise ausgeplündert, dann aber den unzivilisierten und halbbarbarischen Völkern der westlichen Hälfte ihre höhere Kultur eingepflanzt, dem hellenischen Osten

aber, der sie schon hatte, eine bessere Verwaltung und einen jahrhundertelangen Frieden verschafft. Eine sehr gewöhnliche Art des Eroberungsparasitismus bestand früher, z. B. bei den Germanen, darin, daß die Unterworfnen den ihnen genommnen Acker für die Eroberer weiter bestellen mußten als deren Hörige oder Dienstleute. Der Reichtum der Engländer entstammt teilweise einer parasitischen Thätigkeit, die sie in ihren Kolonien, namentlich in Indien, an den durch ihren Handel ausgebeuteten Ländern, z. B. an Portugal, und in ihrem engern Herrschaftsgebiet namentlich an den Irländern geübt haben. Die Juden hat man von jeher samt und sonders für Parasiten gehalten. Wie weit sie das sind, hängt meistens von der Klugheit, Energie und dem Kulturzustande der Völker ab, unter denen sie leben. Indem im Mittelalter das Zinsnehmen verboten und dennoch beständig Geld gegen Zins gesucht wurde, am allermeisten von denselben Obrigkeiten, die die Zinsverbote erlassen hatten, wurden die Juden, denen man den „Wucher“ ausdrücklich gestattete und jede andre Thätigkeit unmöglich machte, zu Virtuosen der Finanzkunst, für die sie von Haus aus Talent hatten, förmlich erzogen. So hat eine unkluge und verkehrte Politik die gesamte Judenschaft in eine ganz einseitige Thätigkeit hineingedrängt, die zwar an sich volkswirtschaftlich notwendig, aber der Gefahr, in Parasitismus auszuarten, mehr als jede andre ausgesetzt ist. In welchem Grade nun heutzutage die Juden in der ihnen aufgezwungnen Richtung verharren oder sich andern Thätigkeiten zuwenden, das hängt, wie gesagt, von der Beschaffenheit des Volkes ab, unter dem sie leben. In den Teilen des ehemaligen Polens z. B., wo es keinen Bürgerstand, keinen tüchtigen christlichen Handelsstand giebt und die Bauern sehr arm und so unwissend sind, daß sie ohne jüdische Vermittlung kein Geschäft abschließen können, fällt dem

Juden der Beruf des Händlers, Geschäftsvermittlers und Geldverleihers von selbst zu, und alle diese Erwerbszweige müssen sofort in Parasitismus ausarten, weil das Risiko der Geschäfte mit solchen Leuten die Erstrebung eines wucherisch hohen Zinssatzes oder Geschäftsgewinnes notwendig und deren Dummheit und Unbeholfenheit die Übervorteilung leicht macht. Dagegen spielen die Juden unter so geschäftskundigen und tüchtigen Leuten, wie die Engländer und Nordamerikaner sind, eine sehr bescheidne oder gar keine Rolle. Den Farbigen gegenüber haben sich bis jetzt alle Europäer ohne Ausnahme als Schmarotzer benommen. Hier liegt nun die Sache so, daß durch die Schmarotzerthätigkeit der Europäer in den Kolonien der Wohlstand der europäischen Völker vermehrt wird, daß sie also volkswirtschaftlich gerechtfertigt ist. Sittlich gerechtfertigt würde sie dann sein, wenn durch den Zwang zur Arbeit, der auf die Eingebornen ausgeübt wird, durch ihre Anleitung zur Arbeit und die bessere Kultur ihres Landes ihre Lage gegen früher verbessert oder wenigstens nicht verschlimmert würde. In welchem Grade und Umfange das bis jetzt in Afrika, Indien, Polynesien der Fall gewesen sei, läßt sich schwer ermitteln.

Sind parasitische Erwerbsarten — von den eben beleuchteten kolonialen abgesehen — an sich weder nützlich noch notwendig, so giebt es außerdem sehr viele Berufsarbeiten, die nützlich und notwendig sind, ohne unmittelbar produktiv zu sein. Ihr Nutzen oder ihre Notwendigkeit besteht darin, daß sie die Produktion fördern oder schützen; man kann sie also mittelbar produktiv nennen. Es ist zweifelhaft, ob man noch eine Klasse von Thätigkeiten ausscheiden soll, die der höhern Bestimmung des Menschen dienen und darum als nützlich und notwendig bezeichnet werden müssen, die aber mit der Volkswirtschaft in gar keiner

Verbindung stehen. Als solche könnten doch höchstens die Thätigkeiten des Theologen und des Philosophen bezeichnet werden. Aber Religion und Philosophie können ebenfalls günstig auf die Produktion einwirken; solchen religiösen und philosophischen Richtungen freilich, die entweder ganz außerhalb des Kulturlebens stehen oder ihm geradezu feindlich gesinnt sind, darf man wohl die Nützlichkeit und Notwendigkeit unbedingt absprechen.

Die Urproduktion (Ackerbau, Viehzucht, Obst- und Weinbau, Jagd, Fischerei, Försterei, Bergbau), das Handwerk, die Großindustrie und die Kunst sind unmittelbar produktiv. Auch der Handel, soweit er notwendig ist, und die ihm dienenden Verkehrsanstalten müssen nach dem oben ausgeführten unmittelbar produktiv genannt werden. Fassen wir, um uns davon zu überzeugen, noch Folgendes ins Auge. Nach Thünen (Der isolierte Staat, 2. Aufl. 1. Bd. S. 8) kann Roggen für den Verkauf auf einem fünfzig Meilen weit entfernten Markte nicht mehr gebaut werden, wenn er zu Wagen hingeschafft werden soll, könnte selbst dann nicht gebaut werden, wenn seine Produktion gar nichts kostete, weil der Transport den ganzen Verkaufspreis verschlingen würde. (Und zwar gilt das für alle Fälle, mag der Roggen hoch oder niedrig im Preise stehen, weil ja mit dem Roggenpreise auch der Preis des Pferdefutters, der Lohn der Fuhrleute steigt, und alles übrige, was zum Transport gehört, teurer wird.) Setzt dagegen die Anlage einer Bahn die Transportkosten auf ein Viertel, vielleicht auf ein Zehntel herab, dann wird der Anbau und die Versorgung einer nicht am Meere liegenden Großstadt mit Getreide aus der Ferne möglich. Die Verkehrsanstalten und Händler wirken also mindestens in demselben Grade auf die Getreideerzeugung ein wie der Gutsbesitzer, der die Bestellung eines Ackers anordnet, ohne selbst den Pflug zu führen. Dasselbe gilt von

den Detaillisten, wie im sechzehnten Kapitel gezeigt werden wird. Auch die meisten Bauten könnten innerhalb unsrer Gesellschaftsordnung nicht aufgeführt werden ohne den Transport von Materialien und den Handel mit solchen; Bücher könnten nicht geschrieben und gedruckt werden ohne den Buchhändler, der sie verlegt, den Sortimenter, der sie verkauft, und den Kommissionär, der zwischen beiden vermittelt.

Die Künste sind im strengen Sinne des Wortes in höherm Grade produktiv als irgend ein andrer Beruf. Ein Gedicht, ein Tonsatz, ein gesungnes Lied ist in vollerem Sinne eine Schöpfung des Künstlers, als der Tisch eine Schöpfung des Tischlers ist, und der Tisch ist wiederum mehr ein Geschöpf des Tischlers, als das Kalb ein Geschöpf des Bauers ist. Im volkswirtschaftlichen Sinne aber ist die Landwirtschaft am produktivsten (wenn auch die Physiokraten, die sie allein produktiv nannten, übertrieben haben), indem sie die Stoffe liefert, ohne die überhaupt keine andre Thätigkeit möglich wäre. Hinter ihr kommen Handwerk, Großindustrie, Handel und Transport (diese Reihenfolge bedeutet weder die Rangordnung noch die historische Aufeinanderfolge, indem schon Völker, die noch gar keinen Handwerkerstand haben, des Getreidehandels bedürfen), und zuletzt erst die Künste, deren Erzeugnisse nicht der Notdurft, sondern zum Schmucke des Lebens dienen. Und zwar können nur die bildenden Künste unbedingt zu den unmittelbar produktiven gerechnet werden, denn nur diese schaffen materielle Güter. Die tönenden, redenden und darstellenden wirken nur mittelbar produktiv, indem sie zur Erholung dienen und den ermatteten Arbeiter wieder produktionsfähig machen. Von diesem Standpunkte aus darf man sogar die Späße eines Clown als mittelbar produktive Arbeit bezeichnen. Freilich wirkt der Kunstgenuß teils durch Übermaß, teils durch den Inhalt der Dar-

stellungen oft auch erschlaffend oder verdirbt durch übermäßige Reizung der Sinnlichkeit für die Arbeit. Andrerseits kann er auch mehr leisten, als bloß Erholung gewähren, kann durch Weckung edler Empfindungen und durch einen der Seele mitgeteilten Schwung zu großen und nützlichen Anstrengungen anregen.

Unter den Wissenschaften giebt es keine, die nicht schon in irgend einer Weise die Produktion gefördert hätte. Die Naturwissenschaften aber stehen in einer so innigen Beziehung zu ihr, daß man die Erfinder, Forscher und Lehrer auf dem Gebiete der Physik und Chemie zu den unmittelbar produktiven Arbeitern rechnen kann. Die Thätigkeit der Staats- und Kirchenbeamten und des Militärs ist mittelbar produktiv, soweit sie notwendig ist. Wird über dieses Notwendige hinaus gepredigt und geschulmeistert, verwaltet, gerichtet und Aufsicht geübt und das Soldatenspiel betrieben, so wirkt der Überschuß nicht allein nicht mehr produktiv, sondern schmälert und bedrückt die Produktion; das erste, indem ihr produktive Kräfte entzogen werden, das andre, indem die Produzenten durch den Zwang, unproduktiven Personen einen unverhältnismäßig großen Teil der erzeugten Güter abzutreten, entmutigt werden. Soweit Verwaltungs-, Aufsichts- und Rechtsgeschäfte von den Gliedern des Verwaltungs- oder Gerichtsbezirks selbst ordentlich besorgt werden *können*, *sollen* sie es auch; also *nicht* von besoldeten Beamten und vom „grünen Tische“ der entfernten Hauptstadt aus.

Ein und derselben Art produktiver Arbeit sowie der Gesamtarbeit eines ganzen Volkes kann die Eigenschaft der Produktivität in höherm oder geringerm Maße zukommen. Der *Grad der Produktivität* hängt ab von Naturbedingungen (Lage, Klima, Bodenbeschaffenheit), von der körperlichen, geistigen und sittlichen Beschaffenheit der Arbeiter, von der Organi-

sation der Arbeit, von der Kulturstufe. Die Landwirtschaft ist selbstverständlich auf fruchtbarem Boden ergiebiger als auf unfruchtbarem; das Gewerbe wird durch reichlich vorhandne Wasserkräfte, der Handel durch die Lage der Wohnsitze an schiffbaren Strömen und hafenreichen Küsten gefördert. Die Unterschiede der körperlichen, geistigen und sittlichen Tüchtigkeit bewirken z. B., daß ein englischer Landarbeiter in zehn Stunden soviel fertig bringt wie zwei russische in siebzehn. Die stärkere Arbeitsleistung setzt große körperliche und geistige Energie, diese aber kräftige Nahrung und Unterbrechung der Arbeit durch angemessene Ruhepausen voraus, daher hohen Lohn und Regelung der Arbeitszeit. Der heutige englische Arbeiter, der doppelt soviel wie der deutsche und viermal soviel wie der russische leistet, lebt auch doppelt so gut wie der deutsche und mehr als viermal so gut wie der russische. Der englische Eisenbahnbauunternehmer Brassey hat gefunden, „daß der Bau eines Kilometers Bahnlinie in allen Ländern der Erde etwa gleichviel kostet, gleichgiltig, ob man den von einer Handvoll Reis lebenden Hindu oder Chinesen, den mittlere Bezahlung empfangenden Franzosen, Italiener oder Deutschen, oder den höchstbezahlten englischen, amerikanischen oder australischen Arbeiter beschäftigt. Sehr häufig sogar war die Arbeit mit dem höher bezahlten Arbeiter als billiger bevorzugt worden, obgleich Brassey natürlich nirgends nationale oder philanthropische Rücksichten walten ließ, sondern lediglich jenen Scharfsinn eines weitsehenden Unternehmers anwandte, dem er seine seltnen Erfolge verdankte." (Schulze-Gävernitz, Zum sozialen Frieden II, 261.) Übrigens darf man die Leistungsfähigkeit nicht bloß nach der Quantität einer bestimmten Art von Leistungen, z. B. der Masse geschachteten Kieses oder der Zahl beaufsichtigter Spindeln, bemessen. Der Engländer ist tüchtiger als

alle übrigen Nationen nur dort, wo es sich um Anwendung von Muskelkraft oder um Ausdauer bei gespannter Aufmerksamkeit handelt, also beim Mähen, Holzfällen, Kohlengraben, in der Spinnfabrik. Es sind das nicht eben die höchsten Arten von Thätigkeit, aber allerdings die, die das meiste Geld bringen oder wenigstens den Engländern hundert Jahre lang gebracht haben. Wo es sich, wie beim Maschinenbau, um das Zusammenwirken von Intelligenz und Muskelkraft oder, wie beim Optikus, vorzugsweise um Intelligenz oder Geschicklichkeit in feinern Arbeiten handelt, ist der Deutsche dem Engländer nicht allein gleichwertig, sondern durchschnittlich überlegen. Noch mehr übertrifft er ihn im Kunstgeschmack, und hierin steht wieder der Franzose über dem Deutschen, und der Italiener über beiden. Dieser ist außerdem am anstelligsten, begreift am rascheften und findet sich am leichtesten in jede Art von Arbeit, dagegen wird es ihm schwer, bei einer einförmigen, rein mechanischen Thätigkeit lange auszuhalten. Gemeinsam ist dem Italiener und dem Engländer, daß sich beide nicht gern zur Arbeit in geschlossenen Räumen verstehen; soweit der Zwang der Not das Widerstreben der erwachsenen englischen Arbeiter nicht überwand, war man anfangs genötigt, für die Arbeiten in überheizten und schlecht gelüfteten Werkstätten und Fabriken Irländer zu nehmen; noch weniger als die Engländer können die Italiener die freie Luft entbehren. Die Bedeutung der sittlichen Eigenschaften besteht darin, daß Energie, Selbstbeherrschung, Ordnungsliebe, Gewissenhaftigkeit in der Ausführung das Produkt nach Menge und Güte vermehren. Für jede gemeinsame Thätigkeit, namentlich aber für den Großbetrieb ist die Fähigkeit, sich unter- und einzuordnen (Disziplin), notwendig. Von welchen Bedingungen die sehr wesentliche Arbeitslust abhängt, ist S. 94 dargelegt worden.

Organisiert wird die Arbeit durch Teilung und Verbindung. Schon in den Anfängen der Kultur tritt insofern Arbeitsteilung ein, als der Mann die Hütte baut und die Nahrung herbeischafft, das Weib die Speisen bereitet (doch besorgen in der Odyssee die Männer das Braten des Fleisches), die Kleider anfertigt und die Hütte in Ordnung hält. In kinderreichen Familien mag man früh auf weitere Arbeitsteilung verfallen sein. Man muß bald bemerkt haben, daß ein Holzarbeiter, ein Erz- oder Eisenschmied, der seine Beschäftigung anhaltend übt, in derselben Zeit weit mehr fertig bringt als einer, der nur gelegentlich einmal darin pfuscht. Die Söhne also, die sich diesen Künsten widmeten, wird man dabei gelassen haben, und sie werden den andern, auf dem Felde arbeitenden, die Geräte und Werkzeuge geliefert und ausgebessert haben, anstatt daß alle gepflügt und, so oft am Pfluge etwas zerbrach, ihre Arbeit zur Reparatur des Schadens unterbrochen hätten. Nach und nach sonderten sich die Handwerke und Künste von der Urproduktion gänzlich ab. In unsrer Zeit vollendeter Arbeitsteilung verzweigt sich jedes Hauptgewerbe, z. B. die Metallverarbeitung, in eine Unzahl Einzelgewerbe. Sogar schon vor mehr als hundert Jahren hatte sich in England das Nagelschmiedegewerbe von der Hufschmiedekunst gesondert, und Adam Smith fand, daß ein Nagelschmied täglich 2300 Stück Nägel fertig brachte, ein Schmied, der nur bisweilen Nägel macht, 800 bis 1000, und einer, der noch niemals Nägel gemacht hat, 200 bis 300.

Die Arbeitsteilung bewirkt die Arbeitsvereinigung, mit der sie in steter Wechselwirkung bleibt, und zwar in einem dreifachen Sinne. Erstens kann der Mensch von der Zeit ab, wo er sich auf die Anfertigung eines einzelnen Produktes verlegt, schlechterdings nicht mehr für sich allein existieren. Denn er

macht davon mehr, als er für sich braucht, und versäumt darüber, die andern Güter zu erzeugen, die er braucht, und die er gegen den Überschuß seines eignen Produkts einzutauschen gedenkt. Demnach entsteht durch die Arbeitsteilung eine Tauschgesellschaft, die zur Herstellung der für ihren Bestand nötigen Gütermasse zusammenwirkt. Dann arbeiten die Produzenten einander in die Hände; nicht allein pflügt der Bauer mit dem Pfluge, den der Schmied gebaut hat, sondern dieser läßt die Holzteile des Pfluges vom Stellmacher anfertigen und bedient sich einer Anzahl von Werkzeugen, die er nicht selbst gemacht hat. Bei weiterer Arbeitsteilung durchläuft das Rohmaterial auf seinem Wege der Verwandlung in ein Fabrikat meistens eine längere Reihe von Produktionsstufen, die räumlich oft weit von einander entfernt sind: Baumwolle, die in Nordamerika gewachsen ist, wird in England gesponnen, im Elsaß gewebt und bedruckt, in Rußland verkauft. Endlich vereinigt ein und dieselbe Werkstatt oder Fabrik oder Kolonie von Hausindustriellen eine größere Anzahl von Menschen, von denen jeder oder jede Abteilung entweder einen einzelnen Teil des Produkts herstellt (z. B. Uhrfedern), oder nur eine einzelne Verrichtung davon, z. B. das Glätten von Metallplatten.

Das arbeitsteilige Gewerbe hat eine Reihe von Entwicklungsstufen durchgemacht, deren Bezeichnungen wir der von Bücher in der Abhandlung „Gewerbe" des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften festgestellten Terminologie entnehmen. Die erste Stufe ist die des Hausfleißes. Sie hat zwei Unterstufen, indem sich die engere Familie bei den Alten zur Sklavenfamilie, in der Karolingerzeit zum Frohnhofe erweiterte, was schon den Betrieb einer großen Anzahl von Gewerben ermöchlichte. Dann folgt das Lohnwerk in zwei Formen. Entweder der Arbeiter tritt zeitweilig gegen Lohn in die Wirtschaft des

Kunden ein. Im Altertume wurde damit in der Weise der Anfang gemacht, daß Herren, die für einige ihrer Sklaven selbst keine Verwendung hatten, sie an andre, namentlich an Fabrikanten vermieteten. In Deutschland, wo es sich um freie Arbeiter handelte, nannte man das: auf der Stör arbeiten. Stör ist nichts andres als Arbeit; später, nach Ausbildung des zünftigen Handwerks, wurden die „Störer" als Pfuscher verfolgt, und man leitete nun das Wort mißverständlich von „stören" ab. Oder der Kunde giebt dem Arbeiter das zu verarbeitende Material ins Haus; diese zweite Form nennt man Heimwerk. Daraus entwickelte sich beim städtischen Zusammenwohnen die allgemein bekannte Form des Handwerks, das man auch Preiswerk nennen kann, weil der Kunde nicht mehr Arbeitslohn, sondern den Preis der Ware zahlt. Einzelne Gewerbe sind bis in die neuere Zeit Lohnwerk geblieben; es ist noch nicht lange her, daß der Schneider angefangen hat, den Stoff zum Rocke zu liefern; auf abgelegnen Dörfern wird die Schneiderei sogar noch auf der Stör betrieben. Mit fortschreitender Kultur spalten und verzweigen sich die Handwerke immer mehr durch Berufsteilung. Produktion im Großen und Arbeitsteilung im Innern des Gewerbes bilden das Charakteristische des modernen Großbetriebs. Beschäftigt der Unternehmer eine Anzahl Meister, die in ihren Häusern arbeiten, wie das lange Zeit hindurch in der Weberei geschah, in der Uhrmacherei immer geschehen ist, und in der Konfektion seit einigen Jahrzehnten geschieht, so nennt man das Verlagsgeschäft oder Hausindustrie. Vereinigt der Unternehmer die Arbeiter in einem Gebäude, so entsteht die Fabrik. Anfänglich wurden die Großbetriebe Manufakturen genannt, welches Wort aus der Mode gekommen ist; nach Bücher bezeichnet es nichts

andres als das Wort Fabrik. Die Dampfmaschine hat die Fabrik vollendet, aber nicht geschaffen. Nebenher sind zu allen Zeiten manche Gewerbe, wie das Kesselflicken, als Wandergewerbe betrieben worden. Bäuerlicher Hausfleiß als Nebengewerbe spielt heute noch in vielen Gegenden eine wichtige Rolle, wie im Schwarzwald die Wanduhren-, in Thüringen die Spielwarenfabrikation, im Orient Kunstweberei, Teppichwirkerei und Stickerei.

Die Vorteile der Arbeitsteilung sind allgemein bekannt und anerkannt. Ihr Hauptnachteil besteht darin, daß sie den Menschen einseitig macht und mitunter verkümmern läßt. Bei Bedienung einer Maschine immer denselben Handgriff verrichten — z. B. Rübenschnitzel aufschütten — und so selbst zum Maschinenteile herabsinken, ist eigentlich des Menschen unwürdig. Ein Mensch, der vielerlei kann, ist ein völligerer Mensch als einer, der nur auf einen oder wenige Handgriffe dressiert ist. Daher steht der Bauer, dessen Gewerbe die strenge Arbeitsteilung nicht zuläßt, schon abgesehen von seiner ökonomischen und Leitungsarbeit und den Fortschritten, die er in der Technik machen kann, höher als die Arbeiter in einer Spinnfabrik oder Papiermühle. Doch braucht arbeitsteilige Berufsarbeit, wenn sie auch eine einseitige Geschicklichkeit ausbildet, nicht notwendig den ganzen Menschen einseitig zu machen. Der Aktenschreiber kann in seinen Mußestunden Musik und Gymnastik treiben, der Schalterbeamte gärtnern, der Fabrikarbeiter lesen und studieren. Muße gehört also dazu, wenn der Arbeiter ein Mensch bleiben soll, wofern nicht der Beruf selbst einen Wechsel verschiedenartiger körperlicher und geistlicher Thätigkeiten mit sich bringt. Über der ungeheuern Steigerung der Produktivität durch die Arbeitsteilung wird nur allzu oft vergessen, daß die Güterfülle, mit der uns die verbesserte Arbeit überschüttet, noch keineswegs der höchste

und letzte Zweck der Volkswirtschaft ist. Dieser bleibt der Mensch, und geht der bei der Produktion zu Grunde oder verkümmert er, so erfüllt die Produktion ihren eigentlichen Zweck nicht, würde ihn selbst dann nicht erfüllen, wenn die Personen, die darüber zu Grunde gehn, auch wirklich von jener Güterfülle ihren gebührenden Anteil bekämen, was bekanntlich nicht der Fall ist. Es handelt sich nicht bloß darum, daß der Mensch mit Gütern versorgt werde, sondern auch darum, daß er bei der Gütererzeugung gedeihe, und in einer Zeit, wo die leichte Versorgung aller mit Gütern so leicht geworden ist, hauptsächlich darum.

Andrerseits wäre ein Zustand, wo sich jeder einzelne mit allem nötigen durch eigne Arbeit versorgte, wenn er möglich wäre, keineswegs wünschenswert, weil der in Vereinzelung ganz auf sich selber gestellte Mensch, möchte er an Körper- und Geisteskraft und an vielseitigem Können ein Muster seiner Gattung sein, seelisch unvollständig bliebe. Denn die Gemütseigenschaften des Menschen können sich nur in vielfachen Beziehungen zu den Mitmenschen, im Güter-, Gedanken- und Gefühlsaustausch, im kameradschaftlichen Zusammenwirken, im wechselseitigen Geben und Nehmen, in opferwilliger Hilfeleistung und dankbarer Annahme von Wohlthaten entwickeln. Arbeitsteilung und Arbeitsgemeinschaft sind daher nicht bloß zur Gütervermehrung notwendig, sondern auch als Stifterinnen der menschlichen Gesellschaft, in der der einzelne erst ein voller Mensch wird.

Die Kultur der Gesellschaft, und mit ihr die Produktivität der Arbeit, hat mehrere Entwicklungsstufen durchgemacht, die sich als ebenso viele Produktionsformen bezeichnen lassen. Und zwar hat die Entwicklung innerhalb unsers Kulturgebiets dreimal von vorn angefangen: im Orient, in der griechisch-römischen Welt und in der modernen, romanisch-ger-

manischen Welt. Im Orient ist sie auf der zweiten Stufe versumpft, im römischen Reiche auf derselben Stufe gewaltsam abgebrochen worden, bei uns hat sie die dritte erklommen und scheint einer vierten zuzustreben. Auf der ersten Stufe, für die das Hordenleben der Fischer, Jäger und nomadisierenden Hirten eine Vorstufe bildet, vollzieht sich die Arbeitsteilung entweder auf einem großen Landgute, wo der Herr seinen verschiednen Sklaven die verschiednen Verrichtungen zuteilt, oder in einer kommunistischen Dorfgemeinde, wie sich solche in Indien bis in den Anfang unsers Jahrhunderts erhalten haben. In einer solchen Gemeinde gab es außer den Bauern alle unentbehrlichen Handwerker, einen Arzt, einen Lehrer, einen Kultusbeamten, einen Kalendermacher, ein Tanzmädchen, mitunter sogar einen Sänger. Die Obrigkeit sorgte dafür, daß die Leistungen dieser Leute allen Gemeindegenossen zu gute kamen, und daß die Nichtproduktiven mit den Erzeugnissen der Produktiven, namentlich mit Nahrungsmitteln aus dem Ernteertrage der Bauern, gebührend entschädigt wurden. (Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren, S. 9.) Auf der zweiten Stufe haben sich die Gewerbe in Städten zusammengezogen und findet zwischen Stadt und Land ein freier Güteraustausch statt; zwischen den Städten und auf weitere Entfernungen hin, auch zwischen Stadt und Land vermitteln Kaufleute den Austausch. Doch lebt der größte Teil des Volkes noch auf eignem Grund und Boden und zum Teil wenigstens von seinen eignen Produkten. Auf der dritten Stufe sind die auf eignem Grund und Boden lebenden zur Minderheit geworden. Die Handwerker haben keinen eignen Acker mehr, noch weniger die Lohnarbeiter der Großindustrie, die neben dem Handwerk heran- und zum Teil, es verschlingend, aus ihm herauswächst. Handwerker und Großindustrielle arbeiten ausschließlich, die Landwirte wenigstens bis zu einem bedeuten-

den Teile für den Markt, und zwar die großen Landgüter am meisten und mitunter so ausschließlich, daß der Gutsherr nicht einmal seine Arbeiter, die unmittelbaren Produzenten, mit den auf seinem Acker gewachsenen Früchten speist, sondern sie in Geld lohnt. Die Abhängigkeit aller Produzenten vom Markte hat Übelstände zur Folge, die den Wunsch und das Ringen nach einer neuen Organisation der Arbeit erzeugen.



Zwölftes Kapitel

Das Eigentum

Den beiden kurz dargestellten Entwicklungen: der Arbeitsteilung und dem Fortschritt von der Naturalwirtschaft zur Geld- und Kreditwirtschaft*) geht, vielfach in sie eingreifend, eine andre parallel: die der Staatseinrichtungen und namentlich der Eigentumsordnung; von kommunistischen Zuständen ausgehend, erzeugt sie mannigfache Formen des Privat- und Gemeindebesitzes und scheint neuerdings wieder dem Kommunismus zuneigen zu wollen.

Horden von Jägern und Fischern kennen noch kein Grundeigentum, sondern nur einen ärmlichen Besitz an beweglicher Habe, der auf der Stufe des nomadisierenden Hirtenlebens reichlicher wird. Das Jagd-, Fischerei- und Weidegebiet wird bloß insofern von der Horde okkupatorisch besessen, als sie Nachbarstämme von dessen Benutzung ausschließt und ihr Eindringen mit den Waffen verhindert; von fester Umgrenzung des Gebiets ist keine Rede. Der Besitz an Hütten oder Zelten, Kleidern, Waffen, Geräten und Schmucksachen beruht ausschließlich auf eigner

*) Die vorläufige kurze Darstellung findet ihre Ergänzung im 14., 15. und 20. Kapitel.

Arbeit, indem der Besitzer diese Dinge entweder mit seinen eignen Händen angefertigt oder gegen selbstgefertigte eingetauscht hat. Ebenso ist die Jagdbeute und der Ertrag der Viehherden eignes Arbeitsprodukt. Über die Büffeljagd der nordamerikanischen Indianer berichtet Kautsky a. a. O. S. 8 nach Dodge: „Als noch Bogen und Pfeile allein gebraucht wurden, kannte jeder Krieger seine Pfeile und hatte keine Schwierigkeit, die von ihm getöteten Büffel positiv zu erkennen. Diese waren ganz sein individuelles Eigentum, ausgenommen, daß er um einen gewissen Teil desselben besteuert wurde zum Besten der Witwen oder der Familien, die keine Krieger als Versorger hatten. Fanden sich Pfeile von verschiednen Männern in demselben toten Büffel, so wurden die Eigentumsansprüche je nach deren Lage entschieden. Wenn jeder Pfeil eine tötliche Wunde verursachte, so wurde der Büffel geteilt oder einer Witwe zugesprochen. Der oberste Jäger entschied alle derartigen Fragen, allein gegen seine Entscheidung konnte noch eine Berufung an das allgemeine Urteil der Hundesoldaten [d. i. der Jäger des Stammes] eingelegt werden. Seit aber der allgemeine Gebrauch der Feuerwaffen die Identifizierung der toten Büffel unmöglich gemacht hat, sind die Indianer in ihren Ansichten kommunistischer geworden, und die gesamte Masse von Fleisch und Häuten" wird nach den von ihnen vereinbarten Grundsätzen an die einzelnen verteilt. Demnach besteht bei solchen Horden ein Gemisch von Privateigentnm und kommunistischen Einrichtungen. Hat sich ein Stamm dem Ackerbau zugewandt und erobert er ein Gebiet in der Absicht, sich fest niederzulassen, so okkupiert er ein umgrenztes Gebiet und trifft Einrichtungen, in denen sich ebenfalls Privateigentum und Kommunismus gemischt finden. Eine Art dieser Mischung haben wir in den indischen Dorfgemeinden

kennen gelernt; hier beschränkt sich das Privateigentum auf die Genußgüter, die jedem einzelnen von den Vorstehern zugeteilt worden sind. Eine zweite Art besteht im russischen „Mir“: der Dorfgemeinde, die nur den Acker gemeinsam hat (jeder Familie wird alljährlich ihr Anteil daran nach der Kopfzahl zugemessen), während es dem einzelnen überlassen bleibt, andre Güter durch Kauf zu erwerben. In den meisten Fällen wird nur Wald und Weide als Gemeineigentum behandelt — teils zu gemeinsamem Gebrauch, teils als Reserve für eine wachsende Nachkommenschaft —, das zunächst urbar zu machende aber in Hufen an die einzelnen Gemeinde- oder Markgenossen verteilt. So hielten es die Germanen, nachdem sie bei den Römern eine bessere Art des Ackerbaus als ihre ursprüngliche von Tacitus beschriebne kennen gelernt hatten. (Vor des Tacitus Zeit hatte das germanische Eigentumsrecht schon mehrere Entwicklungsstufen durchgemacht. Anfänglich bestand Eigentum nur an Fahrhabe. Dann erhielten die Hundertschaften Land zu gemeinsamer Nutzung und wechselten es alljährlich. Die ganze Hundertschaft bestellte den Acker gemeinsam und verteilte die Ernte an die einzelnen Haushaltungen. Zu des Tacitus Zeit saßen die Hundertschaften bereits fest und wechselten nicht mehr. Wagner II, 413.) Was die Gemeinschaft dem einzelnen einräumt, ist immer nur die Privatnutzung, das Eigentumsrecht behält sie sich vor; allmählich aber befestigt sich der Nutzungsbesitz zum Eigentumsbesitz. Wagner unterscheidet drei Hauptstufen: 1. Gemeingut, Gemeinnutzung und Gemeingenuß, 2. Gemeingut, Privatnutzung und Privatgenuß, 3. Privatgut, Privatnutzung und Privatgenuß.

Übrigens darf man sich nicht vorstellen, daß die Entwicklung überall in der Stufenfolge: Jäger-,

Hirtenleben, Ackerbau vor sich gegangen wäre. Knies hat List gegenüber, der dieser Ansicht war, hervorgehoben, daß echte Jäger, wie die nordamerikanischen Indianer, Jäger bleiben, daß es im Orient Stämme giebt, die von Uranfang an Hirten gewesen zu sein scheinen und es heute noch sind, und daß noch andre Völker nie anders als seßhaft gelebt zu haben scheinen. Seßhaft von Uranfang an sind wahrscheinlich die Völker in den Tropen, denen Baumfrüchte den Lebensunterhalt spenden. Die Bäume werden sogleich als Eigentum, sei es als Privat- oder Gemeindeeigentum behandelt worden sein, und Bäume binden weit fester an den Boden als ein oberflächlicher Getreidebau, der auch von Nomaden manchmal nebenbei betrieben wird. In nördliche Gegenden verschlagne Stämme, die auf die Jagd angewiesen waren, sind im Laufe der Jahrhunderte so verwildert, daß sie für eine seßhafte Lebensweise unfähig wurden. Völker endlich wie die Griechen und die Italiker, die sehr anbaufähige Wohnsitze fanden, ehe sie die Erinnerung an die Kultur ihrer Urheimat verloren, haben sich nach einigem Umherschweifen dem Ackerbau, der Kultur des Weines und der Obstbäume gewidmet. Die weiter nördlich verschlagnen Germanen mußten länger umherschweifen, wurden jedoch durch die Nachbarschaft kultivierter Länder immer wieder aufs neue mit Sehnsucht nach einem zivilisierten Leben erfüllt und betrieben den Ackerbau neben Jagd und Viehzucht wenigstens nebenbei, bald hier bald dort ein Stück Weide umpflügend, bis sie mit der Zeit zu festen Ansiedlungen gelangten und endlich mit den Fruchtbäumen, die sie pflanzen lernten, in der mit den Waffen erkämpften neuen Heimat Wurzeln schlugen.

Ist der Privatgrundbesitz erst einmal eingeführt, dann beginnt auch sofort die Vermögensungleichheit in-

folge ungleicher Strebsamkeit und Tüchtigkeit, ungleicher Kinderzahl und andrer Glücks- und Unglücksfälle; namentlich Kriege und Fehden schaffen stets eine Menge Ungleichheiten. Da ein freier Bauer nicht daran denkt, für einen andern zu arbeiten — beständig zu arbeiten, hie und da einmal aus Gefälligkeit für einen Nachbar, das kommt schon vor —, so müssen sich die größern Grundbesitzer, deren Acker mehr Arbeiter erfordert, als die Familie des Besitzers stellen kann, Sklaven verschaffen. Diese werden gewöhnlich im Kriege gewonnen. Während Jägervölkern nichts übrig bleibt, als Kriegsgefangne zu töten — denn sie laufen lassen wäre gefährlich, und sie an einen Baum anbinden und füttern, hätte keinen Sinn —, kann sie schon der Nomade, noch mehr aber der Großbauer sehr gut als Sklaven brauchen. Je nach Umständen sichert er sich ihren Besitz durch Einsperrung oder Fesselung oder gute Behandlung. Da das erste beim Ackerbau nicht möglich ist, das zweite die Arbeit erschwert, wählt er gewöhnlich das dritte: die Sklaven werden als Familienglieder behandelt und durch die Dankbarkeit dafür, daß sie vom Tode zur Dienstbarkeit begnadigt wurden, gefesselt. Die in der Sklaverei gebornen wachsen, gleich Hunden, im Gefühl und in der Gewohnheit der Anhänglichkeit an die Herren auf. Bei weiterer Entwicklung der Sklaverei kommt es vor, daß auch Volksgenossen entweder, wie z. B. die Messenier, in Bürgerkriegen, oder durch Privatvertrag, z. B. als Schuldner, zu Sklaven gemacht werden.

Mit der Sklaverei tritt jenes Verhältnis ein, das als zu sozialen Veränderungen treibende Kraft bis auf unsre Tage fortwirkt und wahrscheinlich noch lange, vielleicht bis ans Ende der Zeiten fortwirken wird. Während sich der Bauer der Urzeit im Besitz seiner Arbeitsmittel befand, sodaß er Kapitalist

und Arbeiter in einer Person war, wie noch heute der Kleinbauer und der kleine Handwerker, standen nun dem Herrn, der die Arbeitsmittel besaß und — wenn es ein größerer Herr war — selbst nicht arbeitete, die Sklaven gegenüber, die arbeiteten, ohne Produktionsmittel zu besitzen, ja die selbst mit Leib und Seele Eigentum des Herrn waren und als Produktionswerkzeuge behandelt wurden. Verwandelt sich dann später der Sklave (gewöhnlich durch das Stadium der Hörigkeit hindurch) in einen persönlich freien Lohnarbeiter, so hört er zwar auf, selbst Eigentum des Herrn zu sein, aber seine Trennung von den Produktionsmitteln wird dadurch nur um so vollständiger. Der Sklave hat keinen Wert, wenn er nicht zur Arbeit benutzt wird; es werden ihm daher, wenn er nicht bloß dem Luxus dient, stets Arbeitsmittel und eine Arbeitsstelle zugewiesen, und selbstverständlich auch Kleidung, Obdach und an Nahrung mindestens soviel, als nötig ist, ihn am Leben und bei Kräften zu erhalten. Der freie Arbeiter aber muß sich einen Kapitalisten suchen, der ihn beschäftigt, und findet er keinen, so ist er zunächst auf Bettel oder Raub und Diebstahl angewiesen, dann aber, wenn diese parasitischen Erwerbsarten so erschwert sind wie in den meisten modernen Staaten, rettungslos dem Untergange verfallen.

Ist die Sklaverei ursprünglich, als Rettung vom Tode, für den Sklaven eine Wohlthat gewesen, so war sie wahrscheinlich auch für die Menschheit im ganzen eine solche, weil ohne sie die Produktion kaum hätte Fortschritte machen können. In einem Volke von lauter kleinen Bauern würde kaum einer auf den Gedanken geraten sein, sich über das Notwendige hinaus anzustrengen, um durch Erfindungen die Produktion zu vervollkommnen. Auch hätte niemand feinere Genüsse kennen gelernt und sich neue Bedürf-

nisse angewöhnt, die zur Entwicklung neuer Produktionszweige hätten treiben können. Die Arbeitsteilung würde auf der ersten Stufe — der Verteilung der Feld- und Hausarbeit unter die männlichen und weiblichen Familienglieder — stehen geblieben sein oder sich höchstens auf die zweite: Absonderung der notwendigsten Handwerke von der Landwirtschaft, erhoben haben. Kleinbauern haben weder die Zeit noch die Mittel, sich Luxusbedürfnisse anzugewöhnen und sie zu befriedigen, noch weniger haben sie ausreichend Muße, die Wissenschaften zu pflegen, ja bei ihrer Lebensweise kann gar nicht einmal das Bedürfnis der Wissenschaft und der Gedanke daran entstehen — eher wäre das bei dem viel Muße gewährenden Hirtenleben denkbar. Durch die Sklaverei wurde ein Teil der Menschen gezwungen, über den eignen, auf die Befriedigung der rohesten Bedürfnisse beschränkten Bedarf hinaus zu arbeiten und dadurch den Herren einerseits Muße zum nachdenken, forschen, experimentieren, andrerseits die Mittel zum Luxus zu verschaffen; aus jenem sind die Wissenschaften, aus diesem die Künste hervorgegangen; diese beiden zusammen machen die höhere Kultur aus und erhöhen im Verlauf ihres Fortschritts die Produktivität der Arbeit in dem Grade, daß bei zweckmäßiger Organisation der Arbeit heute schon die Hälfte der Arbeitszeit, die der freie Bauer der Urzeit zur Befriedigung seiner dringendsten Bedürfnisse brauchte, hinreichen würde, die ganze Gesellschaft einschließlich der Lohnarbeiter mit allem nötigen und vielem angenehmen reichlich zu versorgen.

Die Stufe der Sklavenarbeit bildet keine weltgeschichtlich abgegrenzte Periode. Die griechisch-römische Welt schritt in der Kaiserzeit zur Umwandlung der landwirtschaftlichen Sklaven in Kolonen, d. i. Pächter fort. Daneben begann die germanische

Welt wieder mit Sklavenarbeit. In ihr wird die Sklaverei unter dem Einflusse des Christentums zur Hörigkeit gemildert. Zuerst wurde verboten, die Menschen wie Vieh auf dem Markte zu verkaufen; dann, beim Verkauf die Familie zu zerreißen; endlich, die Familie abgesondert vom Grundstück zu verkaufen. Menschen wurden von da ab nicht mehr in Person, sondern nur noch als Anhängsel des Bodens, des eigentlichen Vertragsobjekts, verkauft oder vertauscht oder verpfändet oder verschenkt. Sie wurden dadurch glebae adscripti, an die Scholle gebunden; aber diese räumliche Bindung bedeutete einen Fortschritt zur persönlichen Freiheit, Sicherung und Unabhängigkeit. Daß gleichzeitig viele Freie in den Stand der Hörigkeit hinabsanken oder ihn freiwillig wählten, um die Last des Kriegsdienstes loszuwerden, verminderte die auf dem Hörigen lastende Verachtung, hob diesen also. Die Hörigen stiegen, namentlich in England und Deutschland, nach und nach noch weiter empor und wurden Erbpächter und freie Besitzer (soweit Erbunterthänigkeit bestehen blieb, hatte sie nicht mehr einen privatrechtlichen, sondern einen staatsrechtlichen Charakter: der „gnädige Herr" war nicht mehr Herr über Knechte, sondern Obrigkeit über Unterthanen), während freilich ein Teil von ihnen: jüngere Söhne, durch Unglück oder Liederlichkeit verarmte, den Zusammenhang mit dem Boden verlor und einen neuen Stand besitzloser Tagelöhner bildete. Im fünfzehnten und sechszehnten Jahrhundert wurde die Einführung des römischen Rechts von den größeren Gutsbesitzern dazu benutzt, die erbunterthänigen und Pachtbauern wieder zu knechten, indem man jede Leistung an den Gutshof, zu der der Bauer verpflichtet war, als einen Beweis persönlicher Unfreiheit deutete. Diese Unterdrückungsversuche reizten die Bauern zu Empörungen, und ihre große Niederlage im Jahre 1525 lieferte

sie der Willkür der Herren aus. Im Nordosten Deutschlands wurde diesen das Unterjochungswerk durch die Fügsamkeit der größtenteils slawischen Bevölkerung erleichtert, und die deutschen Kolonisten, die stets vollfrei und nur erbunterthänig gewesen waren, wurden in die allgemeine Knechtschaft mit hineingezogen. In Neuvorpommern und in den baltischen Provinzen wurde sogar auf Landtagen ausdrücklich erklärt, daß die Bauern Sklaven nach römischem Recht seien. Die französische Revolution machte diesem Rechtszustande in Frankreich und Deutschland ein Ende; in Preußen war die Bauernbefreiung, zunächst auf den Domänen, schon von den Königen Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. vorbereitet worden und wurde vom Jahre 1807 ab im großen Stile durchgeführt nach den Entwürfen des Freiherrn von Stein, aber nicht ganz in seinem Sinne, indem die Bauernbefreiung die Einziehung eines Teils des Bauernlandes durch die Rittergutsbesitzer zur Folge hatte, was Stein hatte verhüten wollen. Die letzten Reste der Hörigkeit sind in Deutschland erst nach 1848 verschwunden, gleichzeitig aber und zum Teil infolge der Ablösung der ländlichen Dienstbarkeit ist die Zahl der besitzlosen Lohnarbeiter zu Millionen angeschwollen und hat die soziale Frage im engern Sinne erzeugt.

Im Orient besteht die Sklaverei, namentlich bei den Mohammedanern, heute noch fort, ebenso noch bei den heidnischen Negern, und innerhalb der christlichen Kulturwelt ist sie noch mehrmals wieder aufgelebt. Im achten und neunten Jahrhundert betrieben die Venetianer und die Juden einen einträglichen Sklavenhandel mit Christenkindern nach den mohammedanischen Ländern. Sklavenraub an den europäischen Küsten blieb ein Haupterwerbszweig der nordafrikanischen Barbareskenstaaten bis ins sechzehnte Jahrhun-

dert hinein, und die Türken schleppten auf ihren Kriegen gegen Ungarn und Deutschland auch zu Lande viele Gefangne fort. Einige Wiedervergeltung übten die italienischen Handelsrepubliken, namentlich Venedig und Florenz, indem sie Sarazenensklaven, doch nicht in sehr großer Zahl, für das Luxusbedürfnis ihrer eignen Bürger einführten. Dann aber stellte die Entdeckung Amerikas die Sklaverei innerhalb der christlichen Welt in großem Umfange wieder her. Die Entstehungsart der Negersklaverei ist bekannt. Die Engländer verschafften sich im Frieden von Utrecht 1713 durch den Assientovertrag das Monopol des Handels mit Negern, das ihnen ungeheure Reichtümer brachte. Im Sezessionskriege 1861—65 wurde die Negersklaverei für die Vereinigten Staaten durch Lincolns Proklamation vom 1. Januar 1863 und durch das Gesetz vom 31. Januar 1864 aufgehoben; in Brasilien bestand sie noch bis 1889 fort.

Die Sklavenarbeit ist durchschnittlich schlechter als die Arbeit von Freien, weil ihr die Antriebe des eignen Interesses und sittlicher Erwägungen fehlen. Wenn jedoch Hume sagt: Furcht vor Mißhandlungen wird vom Sklaven niemals soviel Arbeit erpressen, wie die Furcht, außer Dienst zu kommen und keinen andern wiederzufinden, vom freien Manne, so ist darin der eigentümliche Vorzug der freien Arbeit keineswegs ausgedrückt, vielmehr nur gesagt, daß bei der Armut des englischen Lohnarbeiters und der Härte der englischen Vagabunden- und Armengesetze die Freiheit des englischen Lohnarbeiters zu Humes Zeit (und später noch bis zur Organisierung der Gewerkvereine) nur eine Scheinfreiheit, und die Lage des beschäftigungslosen Arbeiters durchschnittlich schlimmer als die eines gemißhandelten Sklaven war. Der einzige Vorteil der Freiheit besteht bei einem solchen Zustande in der gesetzlich gewährleisteten

Möglichkeit, durch Anstrengung, Klugheit oder einen Glücksfall zu wirklicher Freiheit zu gelangen; ein Vorteil, der noch dazu im Grunde genommen keinen Vorzug der „Freiheit“ vor der Sklaverei begründet, weil sowohl bei der griechisch-römischen wie bei der mohammedanischen Sklaverei diese Möglichkeit ebenfalls bestand und besteht und gar nicht selten Wirklichkeit wurde, da ja Freilassungen bei den Römern häufig waren, und im Orient ein Sklave nicht selten Großvezier wird. Dagegen drückt ein andrer Engländer das Wesen der wirklich freien Arbeit gut aus, wenn er sagt, daß eigner Besitz Sandboden in Gold verwandle. Unter welchen Bedingungen die aus Interesse und Sittlichkeit entspringenden Antriebe bei der freien Arbeit am stärksten wirken, ist S. 92—94 dargelegt worden. Insofern es nicht durchweg die edelsten Beweggründe sind, die den Freien zur Arbeit treiben, und insofern Eitelkeit, die sich oft unter dem Vorwande der Standespflichten verbirgt, Habgier, der Wunsch, die Mittel zur Befriedigung von Leidenschaften zu erwerben, zu den unerhörtesten Anstrengungen zwingen, hat Steuart Recht, wenn er sagt, die Freien seien Sklaven ihrer eignen Bedürfnisse (slaves of their own wants).

Die Behandlung der Sklaven ist verschieden nach der Vermögenslage, der größern oder geringern Habsucht der Herren, der grausamern oder humanen Gemütsart des Volkes und des einzelnen Herrn, den wirtschaftlichen Zuständen des Landes und dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Sind Sklaven selten, daher teuer, und dabei sehr notwendig, so muß man sie schonen; sind sie im Überfluß vorhanden und billig, so kann man aus Luxus, Übermut und Gewinnsucht mit Sklavenleben wüsten. Bei steigender Kultur wird die Lage der Sklaven oft härter; während sie bei einem schlichten Bauernvolke zur

Familie gerechnet werden, und wo Herr und Knecht Schulter an Schulter arbeiten, der Standesunterschied durch die beständige Gemeinschaft in Lust und Leid beinahe verwischt wird, fühlen sich vornehme Herren von ihren Sklavenscharen durch eine unüberbrückbare Kluft geschieden; zugleich werden sie leicht von unersättlicher Habsucht getrieben (die Habsucht wächst stets mit dem Besitz) und sind zugleich auch infolge ihrer höhern Bildung geschickter in der Erfindung raffinierter Mittel, ihren Sklaven mehr Arbeit und Gewinn auszupressen. Allerdings gestaltet sich in der Wirtschaft eines großen Herrn die Lage der Sklaven nach der Arbeitsteilung sehr verschieden. Die in der unmittelbaren Nähe des Herrn haben es am besten, weil es diesem natürlich angenehmer ist, schöne, gesunde und kräftige Menschen und fröhliche Gesichter um sich zu sehen als verkümmerte, verkrüppelte, traurige oder verbitterte Menschen; schon seine persönliche Sicherheit macht es dem Herrn rätlich, seine Leibdienerschaft nicht durch Mißhandlungen aufzubringen. Außerdem haben die Haus- und Leibdiener teils wenig und leichte Arbeit, teils dienen sie bloß zum Staate und haben so gut wie gar nichts zu thun. Die Ackerbausklaven haben es schlimmer, weil der Herr mit ihnen wenig in Berührung kommt, ihm daher ihr Aussehen gleichgiltig ist. Am schlimmsten haben es Plantagen-, Fabrik- und Bergbausklaven, weil mit denen der Herr in gar keine Berührung kommt. (Das ist, nebenbei bemerkt, bei den freien Arbeitern gerade so; die Lakaien vornehmer Herren sind selbst vornehme Herrn, Müßiggänger und Schwelger, die ländlichen Arbeiter auf großen Gütern führen, wie bereits hervorgehoben wurde, oft heute noch ein Sklavenleben, und wenn es die Fabrik- und Grubenarbeiter vielfach — keineswegs überall — besser haben, so verdanken sie das nicht unmittelbar

der Gesetzgebung, die sie für frei erklärt hat, sondern der Energie, mit der sie die gesetzliche Freiheit zu organisiertem Widerstande gegen übermäßige Belastung und karge Löhnung benutzt haben.) In den meisten griechischen Staaten, namentlich in Athen, war die Lage der Sklaven erträglich; im bäuerlichen Rom der alten Zeit ebenfalls, und soweit das Leben in der Provinz bäuerlich blieb, auch später noch. Gegen Ende der Republik und unter den ersten Kaisern haben in Rom und auf den großen Gütern der Übermut, die Wollust und die Habsucht vornehmer Herrn und Frauen, besonders der protzenhaften Emporkömmlinge, viel grausamen Unfug mit Sklavenleben getrieben und Aufstände verursacht, die jahrelang wüteten und nur mit Mühe in Strömen von Blut erstickt werden konnten. Auf Sizilien brachen zwei Aufstände von Ackerbausklaven aus, zu deren Niederwerfung die Römer drei und fünf Jahre brauchten (134—132 und 104—100 v. Chr.), dann in Unteritalien 73—71 der von Gladiatoren organisierte Fechter- und Sklavenkrieg. Mommsen bemerkt bei Erzählung des ersten sizilischen Sklavenkrieges (Römische Geschichte II, 79), daß das Schlimme der Proletarierunruhen nicht in ihrer politischen Gefährlichkeit liege. „Es stände wohl um die Staaten, wenn die besitzlosen Massen ihnen keine andre Gefahr bereiteten, als wie sie auch droht von Bären und Wölfen; nur der Ängsterling und wer mit der albernen Angst der Menge Geschäfte macht, prophezeit den Untergang der bürgerlichen Ordnung in Sklavenaufständen oder Proletarierinsurrektionen." Gleichzeitig und noch mehr unter den Kaisern gestaltet sich die Lage der Sklaven in vornehmen Häusern immer günstiger. Das Recht der Sklaven, ein peculium (unter der Vormundschaft des Herrn stehendes Vermögen) zu erwerben, wozu wohlwollende Herren wohl selbst

die ersten Mittel hergaben, die Gewohnheit, den Sklaven Kapitalien anzuvertrauen und den von diesen erzielten Gewinn mit ihnen zu teilen, eröffnete ihnen viele Aussichten, und die Sklaven des Kaiserhauses nahmen mehr und mehr den Charakter von Hofbeamten an, über deren Übermut die freien Bürger Beschwerde führten. Die Freilassungen waren schon unter Augustus so häufig, daß dieser sich veranlaßt sah, die Zahl der Sklaven, die testamentarisch frei gegeben werden durften, auf höchstens hundert in jedem Falle festzusetzen. So wurde die Lage der Haussklaven mit der Zeit durchschnittlich besser als die der armen Bürger, während sich die Ackerbausklaven und Hirten, wie schon bemerkt wurde, in Kolonen verwandelten; vor Grausamkeit schützten kaiserliche Gesetze. Den Mohammedanern schreibt ihr Koran milde Behandlung der Sklaven vor, und nicht vergebens; denn, wie Lothar Bucher einmal bemerkt, der Hauptunterschied zwischen dem mohammedanischen und dem christlichen Gesetze besteht darin, daß bei jenem die Beobachtung, bei diesem die Nichtbeobachtung selbstverständlich ist. Greuelvoll sind nur die Sklavenjagden in Innerafrika und die Sklaventransporte von da auf die mohammedanischen Märkte. Die Negersklaven wurden in Nordamerika härter behandelt als in Südamerika, weil die energischen und habgierigen Engländer mehr darauf bedacht waren, hohen Gewinn herauszuschlagen, als die indolenten Spanier und Portugiesen, und weil der englische Hochmut die Anerkennung der Menschenwürde der Schwarzen erschwerte, während diese in Brasilien ohne Anstand als Familienglieder behandelt wurden.

Bei der Milderung und Aufhebung der Sklaverei haben Erwägungen der Humanität und Religion immer nur im einzelnen mitgewirkt; den Ausschlag dafür im großen und ganzen haben immer die wirt-

schaftlichen Zustände gegeben: wo die Sklaverei unmöglich oder unprofitabel oder überflüssig wird, da hört sie von selbst auf. Als unmöglich erwies sie sich nach den ersten Versuchen in den nördlichen Neuenglandstaaten, weil die Neger das Klima nicht aushielten und für die Gewerbe und Fabriken, die man mit ihnen zu betreiben gedachte, nichts taugten. (Aus dem Buche: Die Arbeitsverfassung der englischen Kolonien in Nordamerika von Sartorius von Waltershausen sieht man ganz deutlich, daß in jedem der Neuenglandstaaten die Sklaverei genau in dem Umfange und Grade herrschte, als sie rentabel war. Die schließliche Aufhebung würden weder die Philanthropen noch die christlichen Geistlichen durchgesetzt haben, wenn sie nicht der ökonomische und politische Vorteil der Nordstaaten gefordert hätte.) Unprofitabel wurde die Bewirtschaftung der großen Güter Italiens in der römischen Kaiserzeit, weil die hohen Steuern den Ertrag verschlangen; man parzellierte sie daher und verpachtete sie an freigelassene Sklaven. Überflüssig ist sie heut in allen Kulturstaaten, weil es Narrheit wäre, Sklaven zu kaufen, wo sich selbst für die widerwärtigsten, schwersten und gefahrvollsten Arbeiten Menschen im Überfluß „freiwillig" anbieten und nach jedem Hungerleiderämtchen hundert Hände bittend ausstrecken; eher könnten die Arbeiter auf den Gedanken verfallen, um Wiedereinführung der Sklaverei zu bitten, um dadurch Existenzsicherheit zu erlangen. Daß das Christentum sowohl auf die Behandlung der Sklaven im einzelnen wie auf die Gesetzgebung zu Gunsten der Sklaven im Sinne einer allmählichen Befreiung Einfluß geübt hat, kann nicht bestritten werden; aber von den Apologeten des Christentums wird dieser Einfluß sehr überschätzt. Auch der positiv gläubige Ad. Wagner weist (Grundlagen II, S. 74) auf die zahlreichen Sklaven der

mittelalterlichen Kirchengüter hin und deutet an, daß das Christentum die Sklaverei nirgends überwunden haben würde, wenn ihm nicht ökonomische Veränderungen zu Hilfe gekommen wären, die, muß man hinzufügen, auch ohne das Christentum die Sklaverei beseitigt haben würden.

Zum Glück — und darin hat bis jetzt der eigentliche und Hauptvorteil der rechtlich anerkannten persönlichen Freiheit bestanden — bilden die Besitzenden und die Nichtbesitzenden wenigstens vorläufig noch nicht zwei von einander hermetisch abgesperrte Kasten, sondern von den Besitzenden sinken beständig einzelne in die Klasse der Besitzlosen hinab, und von diesen steigen einzelne in die obere Schicht hinauf. Allerdings wird das Aufsteigen täglich schwieriger, sodaß die kastenmäßige Absperrung in nicht sehr ferner Zukunft droht. In einzelnen Ländern, namentlich in Deutschland und vorzugsweise in Preußen, sucht der Staat das Hinabsinken aus der bevorzugtesten Klasse, aus der der adlichen Großgrundbesitzer, durch allerlei Einrichtungen und Maßregeln (Fideikommisse, Versorgung der nachgebornen Söhne im Offizierstand und in höhern Staatsämtern, Veranstaltungen zur Schuldentilgung u. s. w.) zu verhüten, das Aufsteigen aus der Tiefe aber wird einmal durch die Menge der Strebenden, dann aber auch noch durch Staatseinrichtungen, z. B. durch die Versperrung des Zugangs zu den höhern Ämtern, erschwert. Andrerseits freilich auch wieder durch die Einrichtung der Sparkassen ein wenig erleichtert. Die kluge Benutzung eines kleinen Sparkassenkapitals kann dem Talentvollen und Energischen als erste Stufe zur Erklimmung einer höhern Sprosse der gesellschaftlichen Leiter dienen. Der Zahl nach aber sind diese schönen Möglichkeiten so beschränkt, daß es sich damit nicht viel anders verhält als mit dem

Marschallstabe, den jeder Gemeine in seinem Tornister trägt.

Auch bei noch so vollständiger Durchführung des Privateigentums verschwindet das Gemeinschaftseigentum niemals vollständig, und im Laufe der Zeit bilden sich immer neue Formen davon. Während im Mittelalter die gemeine Mark der Bauergemeinde immer mehr verschwand (teils infolge von Neuansiedlungen auf der Mark, die das Wachstum der Bevölkerung notwendig machte, teils durch den Raub daran, den die großen Grundherrn begingen), wuchs das Eigentum der Kirche, der Stadtgemeinden und der städtischen Korporationen. Der Produktion war Gemeinde- und Körperschaftsbesitz bald förderlich bald hinderlich. Insofern Gemeinbesitz den kleinen Bauern zur Behauptung ihrer Existenz nötig war, wirkte er produktiver, als wenn er in den Besitz eines Grundherrn überging, der die eines Teils ihrer notwendigen Nahrung beraubten Bauernfamilien verdrängte und das Ackerland in Schafweide oder Park verwandelte, wie das in großem Umfang im britischen Reiche geschehen ist. Wo dagegen das Gemeindeland an neue Ansiedler verteilt wurde und demnach dieselbe Fläche eine dichtere Bevölkerung ernährte, wurde die Produktion durch die Verteilung erhöht. Der kirchliche Besitz wirkte in der ersten Hälfte des Mittelalters — in den Slawenländern östlich von der Elbe bis in die zweite hinein — förderlich, indem die Ordensleute anfangs selbst Kolonisten, später wenigstens Pioniere der Kolonisation, ihre Klöster Pflanzstätten jeder Art von Kultur waren; in der zweiten Hälfte mitunter hinderlich, indem sie dem intensiven Anbau und der durch die wachsende Bevölkerung geforderten weitern Bodenteilung im Wege standen. Die Forderung einer teilweisen Säkularisation war daher begründet, aber deren Durchführung in den

protestantischen Ländern entbehrte einer weisen und patriotischen Leitung und hat weniger dem Volkswohl als dem Interesse der Fürsten und des Adels gedient. In den katholischen Ländern wurde der Kirchenbesitz immer unverträglicher mit den Fortschritten der Volkswirtschaft und verlor immer mehr seine innere Berechtigung, weil seiner ungeheuern Ausdehnung (in Frankreich umfaßte er ein Drittel des Bodens) die Leistungen der Priester, Mönche und Nonnen nicht mehr im mindesten entsprachen. Ursprünglich, wo die Geistlichen die alleinigen Vertreter der Künste und Wissenschaften und sogar der rationellen Landwirtschaft waren uud den größten Teil der Funktionen ausübten, die jetzt von weltlichen Lehrern und besoldeten Beamten geübt werden, war ihr Grundbesitz, dessen Ertrag sie noch dazu teilweise mit ihrer eignen Hände Arbeit gewannen, eine gerechte Entschädigung ihrer Leistungen. Im vorigen Jahrhundert, wo ihre Ländereien von hartbedrückten Pächtern, Frohnbauern und Tagelöhnern bebaut wurden, waren die meisten jener Verrichtungen längst an weltliche Lehrer und Beamte übergegangen, und was ihnen noch oblag, besorgten sie oft schlecht genug.

Seit der Säkularisation haben sich neue Arten von Gemeinbesitz gebildet. Neben den Resten des aus alter Zeit stammenden Stadt- und Dorfgemeindebesitzes haben wir Staatsdomänen, die aus dem Grundbesitz der regierenden fürstlichen Häuser entstanden sind, und zu den Ackerbaudomänen kommt ein stetig wachsender Besitz an Bergwerken, Staats- und Reichsgebäuden, Exerzierplätzen, Eisenbahnen, Eisenbahn- und Militärwerkstätten hinzu. Dazu verfügt der Staat im Ertrage der Steuern und Zölle jederzeit über ein gewaltiges Geldkapital, und beschäftigt in seinen Werkstätten und bei der Ver-

waltung seiner Besitzungen und Einkünfte ein Heer von Beamten und Arbeitern. Außerdem breiten sich einerseits die Aktiengesellschaften aus, andrerseits die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften: Spar- und Vorschußvereine, Darlehnskassenvereine, Konsumvereine, Produktivgenossenschaften, namentlich ländliche, wie Molkerei-, Brennerei-, Stierhaltungsgenossenschaften (Wassergenossenschaften, Stromregulierungsgenossenschaften sind nicht ganz freiwillig, sondern werden vom Staate organisiert) und die Zwangsversicherungsanstalten, von denen namentlich die Alters- und Invalidenversicherung ein großes Vermögen ansammelt.

Dem Staate verleiht sein großer Besitz die Macht, regelnd in die Privateigentumsverhältnisse einzugreifen, wo dies angezeigt erscheint. So kann er durch Parzellierung von Domänen den bäuerlichen Besitz vermehren, wenn sich dieser in bedenklichem Grade vermindert. Er kann seine Geldkapitalien zur Förderung gemeinnütziger Zwecke, z. B. zur Unterstützung von Baugenossenschaften verwenden, er kann seine Werkstätten zu Musterwerkstätten machen, dadurch das Los der besitzlosen Arbeiter verbessern und den talentvollen und strebsamen unter ihnen die Möglichkeit der Erwerbung von Besitz eröffnen. Die Säkularisation des Kirchenguts ist ein Eingriff, der, auf großen Privatbesitz angewandt, allgemein für revolutionär und kommunistisch erklärt werden würde, doch nimmt wenigstens jeder Staat das Recht in Anspruch, privates Grundeigentum zu expropriieren, d. h. den Eigentümer zur Abtretung gegen einen von der Obrigkeit festgesetzten Kaufpreis zu zwingen, wenn das allgemeine Beste den Übergang des Grundstücks in öffentlichen Besitz (z. B. eines Bahnbaus wegen) fordert, der Eigentümer aber zum freiwilligen Verkauf nicht zu bewegen ist. Jhering findet, daß ohne dieses

Expropriationsrecht des Staates das Privateigentumsrecht für die Gesamtheit unerträglich werden würde.*)

---

*) Weiteres über das Eigentum findet man im 18. Kapitel: Einkommenverteilung.



Dreizehntes Kapitel

Das Kapital

Die Arbeitswerkzeuge fördern die Produktion so wesentlich, bilden also eine so wichtige Bedingung der Produktivität, daß man sie unter dem Namen „Kapital" als dritten Produktionsfaktor der Natur und der Arbeit beigeordnet hat. Unter Kapital, schreibt Thünen (Der isolierte Staat Teil II, Abs. II, S. 16), „verstehe ich das unter Mitwirkung der Naturkräfte durch menschliche Arbeit hervorgebrachte Erzeugnis, das zur Erhöhung der Wirksamkeit menschlicher Arbeit dienlich ist und angewandt wird, vom Grund und Boden aber — wenn auch wie bei Bäumen und Gebäuden mit Verletzung der Form — trennbar ist." Jedermann weiß, daß dank der bessern Behandlung mit neuen Werkzeugen und nach neuen Methoden der deutsche Acker heute doppelt und dreimal soviel Früchte trägt als vor achtzig Jahren, und mindestens zehnmal soviel, als er zur Zeit des Tacitus getragen haben mag, daß die Produktivität der Industrie durch die Maschinen in noch höherm Grade gesteigert worden ist, und daß uns diese in den Stand setzen, Gegenstände wie Panzerplatten und riesige Kanonenrohre anzufertigen, die ohne sie gar nicht hergestellt werden könnten. Jedes spätere

Geschlecht eines Kulturvolkes übernimmt von seinen Vätern einen Schatz von Arbeitswerkzeugen, Vorrichtungen, Fertigkeiten und Kenntnissen, die ihm die Arbeit erleichtern, also einen Schatz von Hilfsmitteln, die nichts andres sind als vorgethane Arbeit, sodaß also in dieser Hinsicht der sogenannte dritte Produktionsfaktor mit dem zweiten, als ein Teil von diesem, zusammenfällt: jeder spätere Arbeiter benutzt die Arbeit seiner Vorfahren. Die Bestandteile dieser vorgethanen oder „geronnenen" Arbeit zerfallen ihrer Wichtigkeit nach in drei Klassen. Am höchsten steht das geistige Erbe der Kenntnisse, Fertigkeiten und Lebensgewohnheiten, samt den Werkzeugen ihrer Erhaltung und Fortpflanzung: den Familientraditionen, Schulen und Bibliotheken. Mag einem mit diesem geistigen Besitztum ausgerüsteten Volke auch durch einen verheerenden Krieg oder durch Erdbeben, Wasserfluten und Feuersbrünste alles übrige geraubt, mögen alle seine Häuser, Werkzeuge und Maschinen zerstört sein, mit seinen Kenntnissen, seiner Arbeitskraft und Arbeitsgewohnheit vermag es binnen zwanzig Jahren alles Zerstörte wiederherzustellen. Käme dagegen ein untüchtiges und unwissendes Volk in den Besitz unsrer wohlangebauten Fluren, unsrer schönen Städte, unsrer Fabriken, so würde das alles nach zwanzig Jahren verwahrlost und verfallen sein. Dieser unser geistiger Besitz geht nicht allein auf unsre unmittelbaren Vorfahren, nicht allein auf die Griechen und Römer, sondern auf die alten Ägypter, Babylonier und Indier, ja auf die Urmenschen der vorgeschichtlichen Zeit zurück, die die Sprache, das erste und wichtigste aller unsrer Werkzeuge, geschaffen und ausgebildet haben. Thünen hat daher wohl Recht, wenn er a. a. O. S. 145 die immateriellen Güter zum Kapital rechnet; es geht aber zu weit, wenn er auch den Menschen selbst, oder wenn Roscher

den Staat dazu zählt. Die zweitwichtigste Art von Kapitalgütern besteht in der dem Boden zugewandten Arbeit: Trockenlegung der Sümpfe, Urbarmachung der Wälder, Aufforstung an Stellen, wo Wälder fehlen, Verstärkung oder Verbesserung einer zu dünnen oder zu magern Ackerkrume, Eindämmung oder zweckmäßige Leitung der Wasserläufe, Akklimatisierung der Körnerfrüchte und Gemüsearten sowie des Weinstocks und Veredlung des Obstes, woran sich dann die Zähmung, Züchtung und Veredlung der Haustiere schließt. Diese Leistungen gehen im östlichen Deutschland auf die deutschen Ansiedler des zwölften und dreizehnten Jahrhunderts, im westlichen bis auf die Karolinger und die Römer zurück. Erst an dritter Stelle kommen die Werkzeuge der Industrie und die Anlagen für den Verkehr, an die man bei dem Worte Kapital zunächst zu denken pflegt. Und unter diesen stehen an Wichtigkeit, Dauerhaftigkeit und Alter wiederum die voran, die am engsten mit der Erde verbunden sind. Zuerst die Erz- und Kohlenbergwerke, von denen die ältesten freilich erschöpft und verfallen sind. Dann die Hafenanlagen, Schiffahrtskanäle, Wehre, Schleusen, Brücken, von denen manche schon mehrere hundert Jahre alt sind. Dann die Wasserleitungen, Kunststraßen, Eisenbahnen, Bahnhöfe, Post-, Telegraphen-, Telephonanlagen und Elektrizitätswerke, die sämtlich neuern Ursprungs sind, aber, wenn einmal vorhanden, jahrzehntelang halten und hoffentlich Jahrhunderte überdauern werden. Auch Gebäude, die im idealen Sinne produktiven Zwecken dienen, indem sie entweder durch ihre architektonische Schönheit und ihren künstlerischen Schmuck die Phantasie befruchten oder Schulen, Sammlungen, Bibliotheken beherbergen, können diesem dauerhaftern Zweige des Kapitals beigezählt werden. Dagegen werden die Maschinen und Werkzeuge im

engern Sinne abgenutzt, dauern durchschnittlich nur wenige Jahre und müssen im Laufe eines Menschenalters mehr als einmal durch neue ersetzt werden, sodaß ein großer, in unsrer Zeit stetig wachsender Teil der produktiven Arbeit auf die stete Ergänzung dieser Produktionsmittel verwendet wird. So ist also das Kapital zwar selbst Arbeitsprodukt, verdient jedoch als dritter Produktionsfaktor besonders angeführt und hochgeschätzt zu werden; jede vorgethane Arbeit fördert an sich und im allgemeinen schon die nachfolgende, indem sie die Übung und Erfahrung vermehrt; auf besondre Weise aber noch dann, wenn sie entweder einen Vorrat von Nahrungsmitteln und Mitteln zur Befriedigung andrer Bedürfnisse während der bevorstehenden Produktionsperiode, oder Rohstoffe und Hilfsstoffe, oder Werkzeuge für die Produktion selbst liefert.

Aber diese Leistungen meinen die gewöhnlich nicht, die mit übertriebnen Lobpreisungen das Kapital der Arbeit gleich oder wohl gar darüber stellen; diese pflegen mehr an die ursprüngliche und auch heute noch populäre Bedeutung des Wortes, an das Geldkapital zu denken. Mit dem Worte Caput, Haupt, wurde von den Römern — nicht in der juristischen, sondern nur in der Volkssprache — zuweilen eine Hauptsache bezeichnet, der eine andre Sache als abgeleitete oder Folge oder Frucht gegenüberstand, daher auch eine geliehene Geldsumme, sofern sie Zinsen abwarf. Im Mittelalter wurde dieser Sprachgebrauch herrschend, nur daß sich die Form Capitale (capitalis pars debiti, der Hauptteil der Schuld, die Stammschuld) einbürgerte. Im vorigen Jahrhundert fing man nun an, die volkswirtschaftliche Bedeutung des Geldes zu untersuchen. Nachdem dieses eine Zeit lang von den Merkantilisten überschätzt worden war, lehrten die Physiokraten,

daß der Boden im Grunde genommen das einzige sei, was wirklichen Reichtum, Güter hervorbringe, und einer von ihnen, Ludwigs XVI. Finanzminister Turgot, erklärte, man könne jede Art von Gütern Kapital nennen, weil gegen Geld jede Art von Gütern eingetauscht, jede Güterart aber auch wieder in Geld zurückverwandelt werden könne. Noch weiter ging dann Adam Smith. Er erkannte die Bedeutung des Geldes als eines bloßen Werkzeuges für den Güterumsatz und konnte nun eine Geldsumme in keinem Sinne mehr für die „Hauptsache“ ansehen. Er erkannte ferner den Unterschied zwischen Produktion und Erwerb, zwischen Produktivität und Rentabilität, d. h. der Eigenschaft eines Dinges, Gewinn abzuwerfen. Er erkannte, daß zwar der einzelne Einkommen beziehen könne, ohne neue Güter zu schaffen, indem er sich z. B. von den Bewohnern seines Hauses Miete oder für ein weggeliehenes Geldkapital Zins zahlen läßt, daß aber ein ganzes Volk notwendigerweise Güter schaffen müsse, um Einkommen zu haben, um leben zu können. Demnach erschienen ihm die Mittel der Gütererzeugung als die Hauptsache, und diese nannte er Kapital. Er unterschied nun unter den Arbeitsprodukten, über die der einzelne oder eine Gemeinschaft verfügt: den zum Verbrauch oder zur Abnutzung im Genuß bestimmten Vorrat (Lebensmittel, Heiz- und Beleuchtungsstoffe, Kleider, Geräte, Wohnhäuser, Gärten) und die Gesamtheit der Produktionsmittel oder das Kapital. Indem er, wie auch wir in den einleitenden Bemerkungen gethan haben, auch die erworbnen nützlichen Fähigkeiten, die Kenntnisse und Fertigkeiten des Menschen mit zum Kapital rechnete, hat er die Erweiterung des Kapitalbegriffs ins Maßlose veranlaßt. Andre nach ihm haben den Menschen selbst als das eigentliche und Hauptkapital bezeichnet,

noch andre den Staat dazu gerechnet, einer sogar die Tugend. Und geleugnet kann ja nicht werden, daß alles das zu den teils unentbehrlichen teils fördernden Bedingungen der Produktion gehört. Dieselbe Gedankenverbindung würde dann bei einem Blick auf die materielle Welt dazu führen, nicht bloß den Grund und Boden, sondern unsern ganzen Planeten und die Sonne zum Kapital zu rechnen, schließlich aber unsern Herrgott als den Weltschöpfer als das alles umfassende Kapital zu bezeichnen. Damit würde nun aber weder der Finanzminister etwas anfangen können, wenn er eine Kapitalrentensteuer einführen wollte, noch der Volkswirt, wenn er entscheiden soll, ob das Kapital notwendig oder nicht notwendig sei, und es bleibt daher nichts übrig, als den Kapitalbegriff, nach dem Rate von Knies, auf gewisse Klassen volkswirtschaftlicher, materieller Güter zu beschränken, immaterielle Güter aber wie die Kenntnisse und Rechtsinstitutionen wie den Staat, so unentbehrlich sie auf gewissen Kulturstufen für die Produktion sein mögen, davon auszuschließen.

Weil nun aber der Sprachgebrauch, sowohl der gewöhnliche wie der juristische, die von den Nationalökonomen vereinbarte Bedeutung des Wortes Kapital unbeachtet läßt und fortfährt, Geldsummen, Miethäuser und andre Rentenquellen Kapital zu nennen, dieser doppete Gebrauch des Wortes jedoch die größte Verwirrung anrichtet, so haben neuere Nationalökonomen, namentlich Rodbertus und Wagner, gelehrt, man müsse einerseits Produktivkapital und Erwerbskapital, andrerseits die naturalen Kapitalgüter und den Kapitalbesitz unterscheiden. Produktivkapital im strengsten Sinne des Worts fällt mit den naturalen Kapitalgütern, den für die Produktion erforderlichen Gebäuden, Werkzeugen, Maschinen und Rohstoffen zusammen und ist nur

darum in unsrer heutigen auf Tauschverkehr und Geldwirtschaft beruhenden Gesellschaftsordnung davon zu unterscheiden, weil man da diese Güter nicht von Anfang an in natura zu besitzen braucht, um produzieren zu können, weil man sie jederzeit haben kann, wenn man nur das zu ihrer Anschaffung erforderliche Geld besitzt. Das Erwerbskapital umfaßt einerseits das Produktivkapital als einen besondern Zweig, andrerseits tritt es, als ein juristischer Begriff, ihm gegenüber. Einkommen erwerben kann man sowohl durch Produktion oder durch Anlage seines Geldes in einem produktiven Gewerbe, wie durch Vermieten von Wohnungen und durch Geschäfte, in denen nichts produziert wird, z. B. durch Bücherverleihen, durch Bankgeschäfte, durch Verleihen von Geld für unproduktiven Gebrauch. Aber eines ist nötig, wenn ein Kapital dem, der es verwendet, arbeitsloses Einkommen, eine Rente abwerfen soll: es muß sich in seinem Besitz befinden. Und in diesem Sinne, als ein juristischer Begriff, tritt das Erwerbskapital dem Produktivkapital, den körperlichen Kapitalgütern gegenüber, die dem, der sie zur Produktion anwendet, kein arbeitsloses Einkommen abwerfen, wenn sie ihm nicht gehören. Endlich kann jedes Stück produktiven oder Erwerbskapitals sowohl in Geld abgeschätzt wie in Geldform dargestellt, in Geld verwandelt werden, und versteht man daher, dem ursprünglichen Begriffe des Wortes treu bleibend, unter Kapital ganz allgemein auch eine Geldsumme.

Aus der Vermischung dieser fünf sich kreuzenden Begriffe entspringen nun endlose Wirrnisse, die insbesondre die Entscheidung der Frage, ob das Kapital zur Produktion notwendig sei, erschweren. Schon die gewöhnliche Fragestellung ist falsch; man muß fragen: welche Art von Kapital ist notwendig, und wenn

sie alle notwendig sein sollten, in welchem Grade und in welchem Sinne ist jede notwendig. Versteht man unter Kapital die Produktionsmittel, so ist die Antwort einfach: ohne Produktionsmittel kann nicht produziert werden. Meint man das Erwerbskapital, soweit es nicht Produktivkapital ist, so könnte das offenbar sehr gut entbehrt werden. Weder für den Bestand der Gesellschaft noch für die Produktion ist es nötig, daß es Rentner giebt, die Miethäuser oder verpachtete Landgüter oder Leihkapitalien besitzen. Die Menschen haben gelebt und produziert, als jeder noch sein eignes Haus oder Häuschen besaß, die Äcker werden nicht schlechter, sondern besser bestellt, wenn das Gut dem Bauern gehört, der es bestellt, und wer wird behaupten wollen, daß irgend ein Gewerbe darum schlechter betrieben würde, weil der Besitzer niemandem verschuldet ist und keine Zinsen zu zahlen hat? Mittelbar allerdings kann die Produktion dadurch gefördert werden, daß es Rentenquellen, Quellen, die arbeitsloses Einkommen abwerfen, giebt. Reiche Leute können, ohne ein Amt zu bekleiden und Besoldung zu heischen, eine gemeinnützige Thätigkeit entfalten, ihre geistigen Kräfte in den Dienst der Gemeinde, der Provinz, des Staates stellen und so auch einen wohlthätigen Einfluß auf die Produktion üben. In vielen Fällen jedoch werden Erwerbskapitalien nicht zur Förderung, sondern zur Hemmung und Störung der Produktion verwendet, so von Wucherern, Börsenspekulanten, Grundstück- und Häuserspekulanten. (Vergleiche S. 100 u. 357.)

Schwieriger wird die Sache schon beim Kapitalbesitz, oder sagen wir lieber beim Kapitaleigentum, dem Hauptstreitobjekt zwischen den Sozialisten und den Freunden des Kapitalismus. Eine Zeitlang haben diese jenen vorgeworfen, sie wollten das Kapital in dem Sinne von Produktionsmitteln ver-

nichten; das dürfte wohl heute nicht mehr vorkommen; man weiß heute allgemein, daß die Sozialisten die Produktionsmittel nicht vernichten, sondern zum Gemeineigentum machen wollen. Es kann also nur darum gestritten werden, ob und in welchem Grade es notwendig sei, daß die Produktionsmittel Privateigentum sind, und zwar, wie das heute der Fall ist, Privateigentum einer Minderheit. Ohne Zweifel hat das Kapitaleigentum, d. h. das durch Gesetze geregelte Recht des einzelnen, über gewisse Kapitalstücke ausschließlich zu verfügen, die Produktion außerordentlich gefördert. In einer gesetzlosen Gesellschaft, wo es kein Eigentum gäbe, wo jeder mit jedem Erdenfleck, mit jedem ihm in die Hände fallenden Gegenstande nach Belieben schalten könnte, würde niemand Lust haben, zu produzieren, weil niemand wüßte, ob er die Frucht seiner Arbeit werde genießen können. Umherschweifende Stämme, die kein Grundeigentum kennen, bleiben auf der Stufe einer beinahe tierischen Bedürfnisbefriedigung zurück, und kommunistisch eingerichtete Gemeinden, wie sie bei manchen Naturvölkern, in Indien und in Rußland vorkommen, wo zwar jedem sein Anteil am Gesamtprodukt gesichert ist, keiner aber durch größere Anstrengung oder größeres Talent es weiter bringen kann als der andre, pflegen auf der einmal erreichten Kulturstufe stehen zu bleiben. Man wird also das Privateigentum an den Produktionsmitteln zwar nicht für notwendig an sich, aber für notwendig zur Erreichung einer höhern Kulturstufe erklären müssen, weil ohne es der Sporn zum Fortschritt in der Produktion fehlt.

Eine andre Frage ist es jedoch, ob es nötig sei, daß sich große Massen von Produktionsmitteln im Eigentum einer Minderheit anhäufen, und daß die Mehrheit des Volkes aus besitzlosen Lohnarbeitern

bestehe. Dieses ist die eigentlich brennende Frage. Karl Marx versteht unter dem Worte Kapital bloß diese Form des Kapitals: das Verhältnis, daß sich die Arbeitsmittel im Besitz einer Minderheit befinden, die Mehrheit des Volkes demnach gezwungen ist, bei jenen um Lohn zu arbeiten und sich die Arbeitsbedingungen von ihnen vorschreiben zu lassen, weil sie ohne deren Erlaubnis überhaupt nicht arbeiten, sich also ihren Lebensunterhalt nicht erwerben können. Zunächst ist hier noch eine Unterscheidung zu machen, die zwischen Kapitalanhäufung oder Konzentration, und die zwischen dem Eigentumsrecht auf dieses angehäufte Kapital. Die Kapitalanhäufung ist in einigen, namentlich in einigen neuern Produktionszweigen notwendig, in andern nicht. Ein Schneider brauchte bis vor kurzem zum Anfertigen von Röcken nichts weiter als Nähnadeln, eine Schere, ein Bügelbrett, ein Bügeleisen, ein Maß, einen Tisch und einen Stuhl, Dinge, die zusammen keine hundert Mark kosten. Allenfalls brauchte er noch etwas Geld, um zu den ersten Röcken, die er nach seiner Niederlassung anzufertigen hat, Futterstoff, Nähseide und Knöpfe zu kaufen. Seit einiger Zeit freilich muß er auch den Stoff liefern, aber notwendig war diese Änderung nicht zu besserer Bekleidung der Menschheit. Und wenn vollends heute mit großem Kapital geschneidert wird, wenn der Marchand tailleur oder Konfektionär die Stoffe für tausend Röcke oder Mäntel auf einmal einkauft und ein paar Dutzend oder hundert Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, so geschieht das nicht, um das Volk mit den notwendigen Kleidern zu versorgen, sondern um aus der Schneiderei einen hohen Gewinn für einzelne Unternehmer herauszuschlagen. Zu einer Brauerei gehört mehr Kapital als zum Schneidern, aber noch kein großes. Wenn trotzdem Riesenbrauereien ent-

stehen und die kleinen Brauereien verschlingen, so geschieht auch dieses nicht, um das Volk mit dem nötigen Biere zu versorgen — denn das ist schon vor tausend Jahren geschehen, als noch jede Hausfrau ihren Braukessel beim Herd stehen hatte —, sondern um Kapitalisten großen Gewinn zu verschaffen. Allerdings würden kleinere Brauereien nicht solche Massen für den Export brauen können, allein der ist doch nur eine vorübergehende Erscheinung, da sich die Länder, die bisher Bier aus Deutschland bezogen haben, mehr und mehr selbst aufs Brauen verlegen, und das „bayrische" Bier in Berlin, Dresden und Breslau gerade so gut gebraut wird wie in München. Eine Maschinenbauanstalt dagegen kann nicht ganz klein sein, sie erfordert also ein bedeutendes, eine Lokomotivbauanstalt ein sehr großes, eine moderne Schiffsbauanstalt ein Riesenkapital, und zwar in doppeltem Sinne, daß erstens dazu große Räume, große Einrichtungen und Gebäude, viele und große Maschinen, also große Mengen vorgethaner Arbeit gehören, und daß zweitens große Geldsummen erforderlich sind, um alles das entweder anzukaufen oder herzustellen.

Also es giebt Produktionszweige, die ohne bedeutende Kapitalanhäufung gar nicht denkbar sind. Aber eine andre Frage ist, ob sich die für einen Großbetrieb angehäuften Kapitalien notwendigerweise in der Hand eines einzelnen Besitzers befinden müssen. Der Augenschein lehrt, daß das nicht notwendig ist. Gerade die allergrößten Betriebe: Eisenbahnen, Dampferlinien, Schiffsbauanstalten sind von Anfang an im Besitz von Aktiengesellschaften gewesen. Andre Betriebe, die ursprünglich einem einzelnen Unternehmer gehörten, namentlich Bergwerke, Lokomotivbauanstalten und Brauereien, sind später in Aktiengesellschaften verwandelt worden. Die Eisenbahnen

werden mehr und mehr Staatseigentum, also Gemeinbesitz. Alle diese Betriebe gehören also großen Mengen mittlerer und kleiner Kapitalisten, die die Aktien erworben haben, und es ist keine innerliche Notwendigkeit vorhanden, die hindern könnte, daß dieser Prozeß der Verwandlung von Einzelbesitz in Gesellschaftsbesitz noch viel weiter fortschritte.

Ist also zwar bei vielen wichtigen Produktionszweigen die Konzentration von Kapitalien in einem Unternehmen, nicht aber die Konzentration in der Hand eines Besitzers an sich notwendig, so wird man doch dieser zweiten Art von Konzentration eine historische Notwendigkeit zugestehen müssen. Sehr wichtige neue Industriezweige sind in der Weise entstanden, daß geniale Unternehmer ihren anfänglich kleinen Betrieb allmählich vergrößerten, darin neue Methoden anwandten und zur Produktion von andern neuen Erzeugnissen übergingen. Das war sehr riskant und daher nur möglich, wenn sie völlig freie Verfügung über ihre Betriebsmittel hatten. Aktiengesellschaften und Genossenschaften, die zu jeder Neuerung der Einwilligung zahlreicher Teilnehmer bedürfen, sehen sich gewöhnlich darauf angewiesen, im hergebrachten Geleise fortzuarbeiten, können daher nur selten epochemachende Erfindungen machen und den Fortschritt der Technik wesentlich fördern. Auch eignen sich Industrieaktien der Unsicherheit und Ungleichheit der Verzinsung wegen nicht als Kapitalanlage für ganz kleine Sparer und Rentner; sie setzen daher einen Stamm reicher Leute voraus, die etwas riskieren und auch einen mehrjährigen Zinsenausfall überstehen können, also bedeutende Vermögensunterschiede. Ein Volk von mäßig bemittelten, im Vermögen ziemlich gleichen Bauern und Handwerkern würde die großartigen Schöpfungen der modernen Technik nicht haben hervorbringen können.

Die **Geldform** des **Kapitals** endlich oder das **Geldkapital** ist ebenfalls an sich nicht notwendig für die Produktion, wohl aber in einer Tauschgesellschaft, wie die unsre ist. In der autarkischen (sich selbst genügenden) Großwirtschaft alter Zeit, wie sie wohl hie und da im Orient noch vorkommen mag, und in kommunistischen Gemeinwesen konnte ohne Geld produziert werden. Wollte der Großgrundbesitzer z. B. ein Schiff bauen, so ließ er von Sklaven in seinem Walde Holz hauen, andre Sklaven brachten die Stämme an die Küste, wieder andre bearbeiteten sie und fügten sie zu einem Schiffe zusammen, noch andre versahen dieses mit Segeln und Geräten, noch andre bauten den Acker und besorgten die Herden, lieferten also die Lebensmittel für die beim Schiffbau Beschäftigten. Der Wille des Herrn war es, der Werkzeuge und Materialien, die Arbeiter und die Lebensmittel für diese in Bewegnng setzte, an einen Ort zusammenbrachte und für den bestimmten Zweck zusammenwirken ließ; in kommunistischen Gemeinwesen vertritt der Gemeindebeschluß den Willen des Herrn. In unsrer Tauschgesellschaft genügt für gewöhnlich der Wille des Unternehmers nicht. Er bedarf des Geldes; die Werkzeuge und Materialien, die er braucht, befinden sich im Besitz zahlreicher verschiedner Eigentümer, und die Arbeiter sind persönlich frei; die ersten muß er kaufen, die zweiten dingen. Hat er Geld in hinreichender Menge, dann vermag er alle Besitzer jener Sachen und soviel Arbeiter, als er braucht, herbeizulocken. Es ist daher heutzutage auch notwendig, daß sich große Geldkapitalien aufgehäuft finden, mögen diese nun einer verhältnismäßig kleinen Zahl großer Eigentümer oder in winzigen Anteilen, als Sparpfennige, vielen kleinen Rentnern gehören. In einzelnen Fällen jedoch kommt die ursprüngliche Produktionsweise, bei der es keines

Geldkapitals bedarf, auch heute noch vor. Auch heute noch lassen Großgrundbesitzer und Gemeinden kleinere Bauten mit eignen Materialien von ihren eignen Arbeitern oder Mitgliedern aufführen, auch heute noch läßt der Staat z. B. in seinen Festungsglacis, namentlich aber im Kriege von seinen Soldaten Arbeiten ausführen, zu denen er kein Unternehmerkapital braucht, und wenn es auch nicht wahrscheinlich ist, daß diese Art der Produktion wieder zur Alleinherrschaft gelangen werde, so steht doch auch kein innerer Grund im Wege, warum das nicht geschehen sollte. Wegebauten sind noch bis in die neuere Zeit durch persönliche Leistungen der verpflichteten Gemeinden: Steinlieferungen, Fuhren und Frohnarbeiten, ausgeführt worden.

Einen fernern Dienst leistet der Besitzer von Geldkapital der Produktion dadurch, daß er als Unternehmer den besitzlosen Arbeitern über die Zeit vom Anfange der Produktion bis zum Eingange des Erlöses dafür weghilft. Man drückt das gewöhnlich so aus, daß man sagt: der Unternehmer schießt den Arbeitslohn vor, was jedoch nicht richtig ist. Der Unternehmer schießt den Arbeitern gar nichts vor. Im Gegenteil schießen sie ihm, wo Wochenlohn üblich ist, sechs Tage lang Arbeit vor, die sie erst am Ende der Woche bezahlt bekommen. Daß er selbst das Produkt der gemeinsamen Arbeit erst weit später, vielleicht erst nach einem Jahre bezahlt erhält, ändert an dieser Thatsache gar nichts; übrigens läßt er sich selbst gewöhnlich die später eingehenden Gelder durch den Bankier von andern vorschießen. Handelt es sich um die Produktion von Gegenständen, die nicht zum Verkauf, sondern für den Gebrauch des Besitzers bestimmt sind, so braucht nicht einmal der Schein eines Vorschusses einzutreten. Der Häuserbau wurde früher allgemein nur von solchen Leuten unternommen, die

die Häuser selbst zu bewohnen beabsichtigten. Wenn ein solcher Mann allwöchentlich den Maurern und Zimmerleuten ihren Lohn auszahlte, so schoß er gar nichts vor, sondern er bezahlte das Stück Haus, das ihm diese Leute im Laufe der Woche fertig gemacht hatten. Es ist kein Grund vorhanden, warum es nicht wieder so werden sollte, warum sich die heutige großstädtische Bauart allgemein durchsetzen sollte, bei der ein Bauunternehmer zehn bis zwanzig Mietkasernen auf Spekulation baut. Handelt es sich um die Produktion von Waren für den Markt, so ist es ebenfalls nicht notwendig, daß es ein einzelner kapitalbesitzender Unternehmer sein müsse, der den Arbeitern über die erste Produktionsperiode bis zum Eingange des ersten Erlöses hinweghilft: die Arbeiter können das auf genossenschaftlichem Wege selbst besorgen; anstatt daß jeder ein paar hundert Mark in die Sparkasse legt, können sie ihre Ersparnisse zusammenschießen und damit die Fabriken, in denen sie arbeiten wollen, selbst gründen. Bekanntlich ist das von den Produktivgenossenschaften schon versucht worden. Wenn diese Versuche bisher größtenteils mißlungen und — mit einer gleich zu nennenden Ausnahme — nirgends in einem großen Umfange unternommen worden sind, so liegt das nicht an der vermeintlichen Notwendigkeit des in der Hand eines Besitzers konzentrierten Großkapitals, sondern an zwei andern Hindernissen. Erstens läßt das geringe Einkommen und die unsichere Lage der Lohnarbeiter selten die Bedingungen eines solchen Versuchs zusammentreffen: einen Stamm am Orte festgewurzelter Arbeiter, deren jeder ein paar hundert Mark erspart hätte; und wo sie sich finden, z. B. in den großen Werken eines Krupp oder Stumm, da stehen sie einer Kapitalmacht gegenüber, mit der zu konkurrieren sie sich nicht einfallen lassen können. Beides aber: die schlechte

Lage der meisten Arbeiter und die Übermacht einzelner Großkapitalisten, sind keineswegs Idealzustände. Zweitens fehlt es bei Genossenschaftsunternehmen oft an der guten Leitung. In dem kapitalbesitzenden Unternehmer sind die zwei Personen, die sich in ihm vereinigen, der Kapitalbesitzer und der Unternehmer, wohl zu unterscheiden; der Kapitalbesitzer spielt, wie wir gesehen haben, bloß eine Vermittlerrolle, und in dieser ist er ersetzbar, z. B. durch eine Genossenschaftsbank. Als Organisator und Leiter dagegen ist er unersetzbar. Nur muß der Organisator und Leiter nicht notwendig Kapitalist sein. Die Direktoren der Aktiengesellschaften sind es von Haus aus nicht, obwohl sie es bei glänzendem Gehalt und hoher Tantieme gewöhnlich werden. Die Kapitalisten, die als Aktionäre eine Fabrik, ein Bergwerk, eine Brauerei besitzen, verstehen meistens vom Betrieb ihres Besitztums rein gar nichts, weit weniger als die darin beschäftigten Arbeiter. Das technische Verständnis vermögen diese sich leicht zu erwerben, was aber das kaufmännische anlangt, so mag dies bei großen Exportgeschäften in einem sehr hohen, an Genie grenzenden Grade nötig sein, dagegen scheint ein mäßiger Grad zu genügen, wenn das Unternehmen dazu bestimmt ist, die Bedürfnisse der unternehmenden Genossen zu befriedigen. Bei den englischen Konsumgenossenschaften, die eigne Bäckereien, Schuhwarenfabriken u. s. w. haben, ist das thatsächlich der Fall. Frau Beatrice Sidney Webb, die Tochter des Eisenbahngroßunternehmers Potter, schreibt in ihrem Buche: „Die britische Genossenschaftsbewegung“ S. 78: „Um ein Geschäft, wie die englische Großhandelsgenossenschaft mit einem Jahresumsatz von 8000000 Pfund Sterling (160 Millionen Mark), mit einem Jahr für Jahr rapid nicht bloß an Ausdehnung, sondern auch an Kompliziertheit und Mannig-

faltigkeit zunehmenden Betriebe ins Leben zu rufen, zu leiten und zu verwalten, bedarf es der gewöhnlichen Ansicht nach eines einzelnen Mannes von kaufmännischer Erfahrung und nicht geringen Fähigkeiten. Und doch ist es mir nicht gelungen, in der Geschichte des Genossenschaftswesen irgend einen Mann oder eine Gruppe von Männern zu entdecken, die in hervorragender Weise zu dem beispiellosen kaufmännischen Erfolge dieser demokratischen Genossenschaften beigetragen hätten. Die erfolgreiche Einrichtung einzelner Konsumvereine mit Jahresumsätzen von zwei bis zehn Millionen Mark, die Gründung und der Ausbau der beiden Großhandelsgenossenschaften [der englischen und der schottischen], die Konzentration des politischen und sozialen Einflusses von nahezu einer Million Genossenschaftern in einem einzigen Verband ist das Werk, buchstäblich genommen, der Genossenschaft, ist das vereinte Werk von tausenden von ehrlichen, fähigen und aufopfernden Bürgern," deren keiner jedoch über das Mittelmaß hinausreicht. Bei ganz außerordentlichen Erfolgen, die nebenbei bemerkt mehr in der Aufhäufung von Reichtümern für die Unternehmer als in einer dem Gemeinwohl förderlichen Produktion bestehen, spielt das Unternehmergenie eine weit geringere Rolle als die rücksichtslose Ausnutzung der Kapitalmacht. Wenn es den Rockefeller und Konsorten gelingt, das Petroleum der ganzen Welt zu monopolisieren und dem deutschen Volke allein einen Tribut von dreihundert Millionen Mark im Jahre 1895*) aufzulegen, so hat dazu nicht Genie gehört, sondern bloß Geld, freche Gewissenlosigkeit und ein „gesetzlicher" Zustand, der dem Kapitalisten alles erlaubt, wozu er das Geld hat.

*) So wurde in konservativen Blättern behauptet; es mag wohl arge Übertreibung sein.

Der Privatbesitz an Kapitalien leistet also der Gesellschaft bei der Produktion manchmal gute, manchmal auch schlechte Dienste. Er mag unter gewissen Umständen notwendig und daher geschichtlich gerechtfertigt sein, aber an sich notwendig ist er nicht. Rodbertus, der zwar von seinen Gegnern zu den Sozialisten gerechnet wird, der aber doch ein pommerscher Rittergutsbesitzer und sogar einmal preußischer Minister gewesen ist, hat eine sehr schlechte Meinung vom Grund- und Kapitaleigentum. Er meint, es sei, volkswirtschaftlich betrachtet, das fünfte Rad am Wagen, ein Konstruktionsfehler in unsrer heutigen Produktions- und Verteilungsmaschine (Kreditnot des Grundbesitzes, 2. Auflage S. 247).

Die viel umstrittne Frage, ob das Kapital durch Sparen entstehe, beantwort der eben genannte Nationalökonom mit einem entschiednen: nein! Wir unterscheiden: Versteht man unter Kapital die Gesamtheit der Arbeitswerkzeuge, so können die natürlicherweise niemals durch Sparen entstehen, sondern immer nur durch Arbeit. Alles Sparen bringt doch keinen Pflug zustande: gemacht muß er werden. Aber bildet nicht vielleicht das Sparen eine Vorbedingung für das Machen? Mit Sparen ist doch wohl gemeint: sich des Genusses enthalten. Diese Enthaltung kann im Anfange der Produktion, in der vorhistorischen Zeit, eine gewisse Rolle gespielt haben; wenn alle Urmenschen so gefräßig gewesen wären wie manche Indianerstämme, die jede zum Geschenk erhaltne Milchkuh sofort schlachten und auffressen, würden sie es niemals zu einer Viehherde gebracht haben. Es mag wohl früher auch manchmal vorgekommen sein, daß sich Bauern nach einer schlechten Ernte nicht satt essen konnten, wenn sie das Saatgetreide übrig behalten wollen. Heute, wo alle Landwirte der Welt darüber klagen, daß sie ihren Weizen und Roggen

nicht los werden, kann von dieser Art Sparen keine Rede mehr sein. Freilich, zur Anschaffung eines Pfluges, einer Maschine, eines teuern Zuchttieres muß der Bauer, der nicht reich ist, sparen; wenn er das zur Bezahlung dieser Produktionsmittel erforderliche Geld vertrinkt, kann er sie nicht bezahlen. Aber nicht zur Hervorbringung dieser Dinge muß er sparen — sie werden ohne sein Zuthun hervorgebracht und sind schon vorhanden —, sondern nur zu ihrer Überführung in seine Wirtschaft. Ein ganzes Volk von Säufern und Spielern würde allerdings kein Kapital erwerben können, aber nicht deswegen, weil solche Leute nicht sparen, sondern nur deswegen, weil sie nicht arbeiten. Smith, der die Ansicht, daß das Kapital durch Sparen entstehe, zuerst ausgesprochen hat, meinte das doch anders, als es heute gewöhnlich verstanden wird. Im 3. Kapitel des 2. Buches seines Wealth of Nations schreibt er: „Was jährlich gespart wird, das wird ebenso verzehrt, wie das, was man ausgiebt, und zwar fast zur selben Zeit, aber es wird von einer andern Menschenklasse verzehrt. Der Teil seines Einkommens, den ein reicher Mann ausgiebt, wird meistens von Bedienten und müßigen Gästen verzehrt, die keinen Ersatz für das Verzehrte zurücklassen. Der gesparte Teil wird zwar fast in derselben Zeit und ganz in derselben Weise verzehrt, nämlich mit Essen, Trinken, Kleider anschaffen u. s. w., aber von Arbeitern," die das Verzehrte nicht allein durch ihr Produkt ersetzen, sondern noch einen Überschuß erzeugen, der sowohl das Nationalkapital wie das Kapital des Unternehmers vermehrt. Mit dem zur Kapitalbildung erforderlichen Sparen meint also Smith keineswegs, daß sich der Reiche nicht satt essen oder auf persönliche Genüsse verzichten soll, sondern nur, daß er mit dem, was er nicht für seine

Person braucht, statt müßigen Volkes Arbeiter bezahlen soll. Und das ist richtig. Eine aristokratische Gesellschaft, die viele tausend müßige Leute füttert, um mit ihnen Staat zu machen, trägt zur Kapitalbildung nichts bei, ja sie hindert das Wachstum des Nationalvermögens, aber nicht dadurch, daß die Güter verbraucht, nicht gespart werden — Nahrungs- und Genußmittel haben ja gar keine andre Bestimmung als verbraucht zu werden —, sondern dadurch, daß die Verbrauchenden nicht produktiv arbeiten. Also mit Sparen in Smiths Sinne ist weiter nichts gemeint, als seine Leute arbeiten lassen.

Versteht man dagegen unter Kapital den Kapitalbesitz, so entsteht dieser allerdings mitunter durch Sparen. Insbesondre sind alle kleinen Kapitalisten Sparer. Das Kapital schaffen sie dadurch nicht, sondern sie bringen bloß einen Teil davon in ihre Gewalt, sie bewirken eine Besitzverschiebung. Wer ein Wertpapier von tausend Mark kauft, der erwirbt dadurch den Anspruch auf Güter im Betrage von tausend Mark. Er schafft kein einziges davon, sondern er setzt sich nur in den Stand, eine gewisse Gütermasse, wenn es ihm beliebt, zu kaufen, die dann natürlich kein andrer bekommen kann. Für die Bildung der Großkapitalien dagegen kommt das Sparen gar nicht in Betracht, wenn man nicht schon den Verzicht auf unsinnige Verschwendung sparen nennen will. Bei der ungeheuern Größe der Summen, die unsre heutigen Großkapitalisten alljährlich gewinnbringend umsetzen, ist es ziemlich gleichgiltig, ob einer zehntausend Mark mehr oder weniger auf seinen Haushalt und sein Vergnügen ausgiebt. Der Stamm dieser Großkapitalien ist zum Teil, namentlich in England, durch Raub (Landraub, an einheimischen Bauern verübt, Plünderung unterjochter Kolonialbevölkerungen, Sklavenausbeutung, grausame

Ausbeutung hilfloser „freier“ Arbeiter u. s. w.) zusammengebracht worden und wird weit mehr durch Spekulationen, die oft wahre Plünderungszüge sind, als durch Sparen vergrößert.

Erst in neuerer Zeit sind die Geldkapitalien in erheblicher Weise durch die Ersparnisse kleiner Leute vermehrt worden. Dieses Sparen eines kleinen Kapitals ist nun zwar unter den heutigen Umständen für den einzelnen Unbemittelten eine Notwendigkeit und besonders dann, wenn er Familie hat, eine Pflicht, sofern er es kann, volkswirtschaftlich aber und im großen und ganzen ist dieses Sparen der kleinen Leute ein Unglück. Denn es vergrößert die Geldkapitalien, die so schon viel zu groß sind, um noch nutzbringend angelegt werden zu können. Geldkapital ist Anspruch auf Güter, und wenn es nicht verbraucht, also seiner Eigenschaft als Kapital entkleidet werden soll, so muß es auf Produktion verwendet werden. Das wird aber von Jahr zu Jahr immer schwieriger, weil schon die mit den vorher angelegten Kapitalien erzeugten Güter nicht verbraucht werden, eben darum nicht verbraucht werden, weil zu viel gespart wird. Sparen ist zunächst Aufschieben des Genusses, den man sich mit seinem Einkommen verschaffen könnte; schieben alle ihren Genuß auf, so können die in der Gegenwart vorhandnen Güter nicht verbraucht, und die Produktion muß eingeschränkt werden. Beabsichtigen daher die Sparer, nicht den aufgeschobnen Genuß später nachzuholen, sondern ganz darauf zu verzichten und ihr Geld der Produktion zuzuführen, so vergrößern sie nur die Verlegenheit, worin die Produzenten ohnehin schon durch das allgemeine Sparen versetzt werden. So werden denn die Milliarden, die in der inländischen Produktion keine Unterkunft mehr finden, ins Ausland geschickt, wo häufig Kapital und Zins

verloren gehen. Sparten die Unternehmer weniger — an ihren Arbeitern, zahlten sie ihnen höhere Löhne, und gäben diese dann mehr aus auf allerlei Waren, so würde die Mehrausgabe der Unternehmer auf Lohn durch besseren Absatz ihrer Waren aufgewogen, und sie blieben von den Verlusten verschont, die sie beim Spekulieren in unsichern ausländischen Papieren erleiden. Rodbertus sagt daher a. a. O. S. 241 geradezu: Arbeiter und Beamte sollten gar nicht sparen. Denn wenn diese Klassen, die die Masse des Volkes bilden, ihr Einkommen nicht verbrauchten, so bedeute das nichts andres, als daß das Volk im großen und ganzen auf das Einkommen verzichtet, das es haben könnte. Weil es die Güter, die es haben könnte, nicht mag, so können diese auch in Zukunft nicht mehr produziert werden, und die Produktion steht still. Da so der heimische Absatz durch die gezwungne oder freiwillige Sparsamkeit der Arbeiter eingeschränkt wird, sehen sich die Unternehmer mehr und mehr auf den Export angewiesen. Und so kommt es denn, daß die Unternehmer jedes Landes, um der Notwendigkeit höherer Lohnzahlung zu entgehen, den eignen Arbeitern Sparsamkeit predigen, dabei aber wünschen, die Arbeiter aller andern Länder möchten Verschwender sein. Aber weil eben diese Praxis in allen Ländern geübt wird, darum ist sie in keinem einzigen durchführbar. Vernünftige Sparsamkeit ist eine Privattugend, ihre allgemeine Übung aber verträgt sich nicht mit der heutigen Produktionsweise, die ungeheure Kapitalien verzinsen soll, was nur durch den steten Absatz ungeheurer Produktenmassen möglich ist.

Je nach der Anlageart unterscheidet man im Grundbesitz angelegte Kapitalien, gewerbliche Produktionskapitalien, Kaufmannskapital, das dem Warenumsatz dient, Leihkapital und das

Geldhandlungskapital der Bankiers und Finanzmänner, von dem noch die Rede sein wird. Das Produktionskapital wiederum teilt man in fixes und umlaufendes ein. Was zu dem einen und zu dem andern zu rechnen sei, ist streitig. Zweifellos sind Fabriken und Maschinen fixes, Rohstoffe oder das in ihnen angelegte Geld umlaufendes Kapital. Die Fabrik mit ihrer Maschinerie bleibt stehen, das in Baumwolle angelegte Geld geht in Form von Garn oder Kattun fort, kommt als Geld wieder, verkleidet sich wieder in Baumwolle und tritt den Kreislauf aufs neue an. Aber ob die Arbeitslöhne als Bestandteile des umlaufenden Kapitals des Unternehmers oder als Einkommen des Arbeiters bezeichnet werden sollen, oder ob sie beides zugleich sind, ob man das Zugvieh des Landwirts als stehendes, sein Zucht- und Mastvieh aber als umlaufendes Kapital betrachten soll, ob seine Pferde, mit denen er auch zuweilen spazieren fährt, einerseits fixes Kapital, andrerseits Nutzvermögen sind, ob überhaupt das Wort Kapital auf den Grundbesitz angewendet werden darf, über all das und viel andres wird gestritten. John Stuart Mill und andre gehen jedoch zu weit, wenn sie meinen, ob etwas Kapital sei, das hänge überhaupt nicht von der Natur und Beschaffenheit des Gegenstandes, sondern vom Willen des Besitzers ab, verbrauche er die Güter, so seien sie nicht Kapital, verwende er sie zum Produzieren, so seien sie Kapital. Bei einem Kalbe kann der Bauer wohl überlegen, ob er es verspeisen oder zur Nutzkuh aufziehen will, aber die Heugabel kann er bloß im Produktionsprozesse verwenden; sie ist also unabhängig vom Willen des Besitzer ein Stück Kapital. Rodbertus will von der Anwendung des Kapitalbegriffs auf den Grundbesitz nichts wissen. Andre meinen: der Boden an sich sei nicht Kapital,

wohl aber der urbar gemachte und meliorierte, in dem ja Geld und Arbeit stecke. Noch andre: Wenn man unter Kapital die Arbeitswerkzeuge versteht, so gehört der Boden, der ja nicht ein bloßes Werkzeug, sondern die allgemeine Grundlage und Urbedingung alles menschlichen Lebens und Arbeitens ist, freilich nicht dazu. Meint man dagegen das Erwerbskapital, einen Ertrag abwerfenden Besitz, so ist der Boden als Privateigentum Kapital.

Wie das Wort Kapital, so ist auch der Ausdruck kapitalistische Produktionsweise vieldeutig. Böhm-Bawerk versteht darunter die Produktion auf Umwegen, daß sich z. B. der Mensch nicht mehr damit begnügt, dem Schafe das Fell abzuziehen, um sich darein zu kleiden, sondern daß das Schaf mit Scheren, deren Anfertigung einen besondern Fabrikationszweig bildet, geschoren, die Wolle auf Wagen oder Schiffen in die Ferne geschickt, dort mit Maschinen, die wieder in einem andern Fabrikationszweige hergestellt werden, versponnen, dann anderswo gewebt wird u. s. w. In diesem Sinne kapitalistisch muß die Produktion natürlich fortan bleiben, nachdem sie es einmal geworden ist, doch ist diese Art Kapitalismus keine Eigentümlichkeit unsrer Zeit, sondern sofort eingetreten, sobald sich die Arbeitsteilung eingefunden und die Technik über die untersten Stufen erhoben hatte. Karl Marx dagegen versteht unter kapitalistischer Produktionsweise den Zustand, wo sich die Arbeitsmittel im Besitz von Unternehmern befinden, die besitzlose Lohnarbeiter beschäftigen, sodaß also der Arbeiter von den Arbeitsmitteln getrennt und genötigt ist, seine Arbeitskraft einem Unternehmer zu verkaufen, wenn er arbeiten will. Diesem Zustand entgegengesetzt ist einerseits der vorherrschende Kleinbetrieb der Bauern und Handwerker, die selbst Arbeiter sind und sich zugleich im Besitz ihrer Produktionsmittel

befinden, andrerseits der Kommunismus, wo die Produktionsmittel nicht einem oder vielen einzelnen, sondern der Gesellschaft gehören. Marx will auch das Wort Kapital auf die Produktionsmittel des Kleinbauern und des Handwerkers nicht anwenden, sondern nennt, wie bereits bemerkt wurde, Kapital nur die Produktionsmittel des Großunternehmers, die von ihm dazu benutzt werden, „um aus Arbeitern Mehrwert herauszuschlagen." Oft versteht man unter kapitalistisch weiter nichts als geldwirtschaftlich.

Unter **Kapitalismus** endlich versteht man gewöhnlich das Vorherrschen des großen Geldkapitals. Das ist allerdings in unsrer Zeit bedenklich und gefährlich geworden. Doch ist wohl zu erwägen, daß keineswegs die „Börsenjuden" die einzigen Vertreter und Inhaber dieser Art von Kapital sind, sondern daß auch die Großgrundbesitzer, die übrigens zugleich Industrielle sind, und die Großindustriellen, die übrigens fast sämtlich auch ländlichen Grundbesitz haben, große Mengen von Wertpapieren besitzen, an der Börse spekulieren, die Kursbewegung beeinflussen und so die kleinen Vermögen aufsaugen.

Aus der Unbestimmtheit und Vieldeutigkeit des Kapitalbegriffs folgt, daß jedesmal, wenn über das „Kapital" verhandelt werden soll, erst festgestellt werden muß, was die Verhandelnden damit meinen. In Büchern, Zeitschriften und Reden hat man aus dem Zusammenhange zu entnehmen, welcher Sinn gemeint ist. Wird das Kapital für notwendig zur Produktion erklärt, so ist die Gesamtheit der Produktionsmittel gemeint. Ist vom Kapitalertrag die Rede, so meint man das Erwerbskapital. In der Redensart: Kampf der Arbeit gegen das Kapital, meint man die Gesamtheit der reichen Unternehmer. Mit der Herrschaft des Kapitals meint man gewöhnlich die des internationalen Leih- und Spekulations-

kapitals, und soll das Kapital versteuert werden, so gebraucht man das Wort gleichbedeutend mit beweglichem (mobilem) Vermögen, das ist dem Teile des Vermögens, der nicht in Grundstücken oder im Gewerbe, sondern in Wertpapieren oder Hypotheken angelegt ist.



Vierzehntes Kapitel

Geld und Währung

An Geld denkt der gemeine Mann zunächst, wenn von Vermögen oder Kapital die Rede ist. Geld und Gold sind von jeher von den einen verwünscht, von den andern angebetet worden, und werden oft genug von einem und demselben abwechselnd verwünscht und angebetet. Nützlicher als verwünschen und anbeten ist verstehen. Zwar ist das in diesem Falle nicht eben leicht; schreibt doch eine der größten Autoritäten in Sachen des Geldwesens, der Wiener Nationalökonom Karl Menger: „Die rätselhafte Erscheinung des Geldes ist auch heute noch nicht in befriedigender Weise erklärt, über die fundamentalsten Fragen seiner Natur und seiner Funktionen keine Einigung erzielt." Aber versuchen wirs trotzdem, uns das rätselhafte Wesen einigermaßen klar zu machen.

In der sich selbst genügenden großen Gutswirtschaft des Altertums und des frühern Mittelalters, sowie bei kommunistischer Gemeindeverfassung kommt der Güteraustausch zwischen verschiednen Wirtschaften nur ausnahmsweise vor; sobald aber eine Gesellschaft in der Weise arbeitsteilig gegliedert ist, daß die verschiednen Gewerbe von unabhängigen kleinen Grund-

besitzern und Handwerkern betrieben werden, produziert nur noch der Bauer den größten und wichtigsten Teil seiner Bedürfnisse selbst; die Mitglieder aller übrigen Stände decken nur einen winzigen Teil ihrer Bedürfnisse mit eignen Erzeugnissen, alles übrige erlangen sie durch Tausch, und auf höhern Kulturstufen bedarf auch der Bauer einer großen Anzahl von Handwerkern und Kaufleuten, außerdem des Arztes und des Geistlichen, des Lehrers und des Schriftstellers, des Künstlers und eines Rechtsbeistandes.

Vor der Erfindung des Geldes nun war der Güteraustausch ein sehr mühsames Geschäft. Man stelle sich die Verlegenheit eines heutigen Tischlers vor, der, nachdem das Geld durch einen Zauber plötzlich verschwunden wäre, mit seinen Waren einkaufen gehen müßte. Wie lange würde er einen Rollwagen voll Möbel herumschleppen müssen, ehe er einen Bäcker fände, der ihm Brote für einen Tisch, oder eine Gemüsehändlerin, die ihm Gurken für einen Stuhl lassen möchte, und wie schwer würden sich die Parteien über die Zahl der zu liefernden Brote und Gurken einigen! Diese Schwierigkeit hat überall und schon in unvordenklichen Zeiten zur Vereinbarung eines Tauschmittels geführt. Es giebt Gegenstände, die nur hie und da einmal begehrt werden; mancher kauft in zehn Jahren nicht ein einziges Stück Möbel; und es giebt Gegenstände, die allgemein und täglich begehrt werden, z. B. Salz, von dem man sich nicht einen auf Jahre reichenden Vorrat anschafft. Wer mit einem Tische auf dem Markte erscheint, der ist nicht sicher, ob er einen Käufer finden wird; und weil sich die Verkäufer unter solchen Umständen fürchten, Tische auf den Markt zu bringen, so findet man dort keinen, wenn man gerade einmal einen braucht; wer dagegen in einer Zeit, wo es noch keine Kramladen

giebt, mit Salz erscheint, der findet sicher einige Abnehmer. Was ist natürlicher, als daß jeder, der kaufen will, denkt: du wirst dir einen Vorrat von Salz anschaffen; das nimmt jeder: braucht er es diese Woche nicht, so braucht er es die nächste; dafür wirst du also jederzeit Kleider, Geräte, Werkzeuge, Nahrungsmittel bekommen. Und so ist unserm Tischler geholfen: irgend jemand braucht im Laufe der Woche einen Tisch; dieser wird ihm mit Salz bezahlt, und mit diesem Salze kauft er dann sieben Tage lang Brote und wessen er sonst bedarf. Aber Salz ist keineswegs ein vollkommnes Tauschmittel. Ein solches muß offenbar folgende Eigenschaften haben. Es muß eine Ware sein, die jedermann immer und unter allen Umständen gern nimmt. Sie muß kostbar sein, damit man nicht zu große Mengen davon herumzuschleppen braucht. Sie muß sich einer allgemein anerkannten und wenig schwankenden Schätzung erfreuen, damit sie als Wertmesser dienen könne; sie muß endlich aus einem leicht und beliebig teilbaren Stoffe bestehen. Anfänglich ist man auf allerlei wenig praktische Tauschmittel verfallen, von denen manche, wie eben das Salz, dann Häute, Theeziegel, Muscheln bei barbarischen und halbzivilisierten Völkern heute noch im Brauch sind. Steinsalzblöcke, deren sich die Abessinier bedienen, sind schon ihrer Schwere wegen unbequem. Die Schale der Kaurischnecke kann in Indien und Südafrika deswegen den Dienst eines Tauschmittels notdürftig verrichten, weil sie dort als Schmuck einen Wert hat, während sie bei uns wertlos ist und so wenig wie Kieselsteine als Geld dienen könnte. In alten Zeiten hat Vieh als Tauschmittel gedient, wie schon die lateinische Bezeichnung für Geld: pecunia, von pecus (Vieh) beweist. Vieh ist nun allerdings eine Ware, die allgemein und immer gebraucht wird, und die vordem, wo niemand im fünften

Stock eines Stadthauses wohnte und jedermann Ställe, Gehege und Weiden hatte, ein jeder auch unterbringen konnte. Aber heute würde die Schneiderin in der Dachstube sehr in Verlegenheit kommen, wenn ihr zur Bezahlung für gelieferte Ausstattungswäsche ein Schwein oder ein junger Ochs gebracht würde. Außerdem ist jedes Stück Vieh unteilbar, kann also nicht durch Stückelung für den Eintausch beliebig kleiner Waren und Warenmengen eingerichtet werden. Ihrer Teilbarkeit und allgemeinen Verwendbarkeit wegen haben sich die Metalle als Tauschmittel empfohlen, sobald die Kunst ihrer Gewinnung und Bearbeitung gefunden war. Nur stört bei den in großer Masse vorhandnen und darum billigen ihr großes Gewicht. Bekanntlich hat Lykurg eisernes Geld eingeführt, um den Spartanern jeden Handelsverkehr mit dem Auslande unmöglich zu machen. Kupfer hat keinen so allgemeinen Gebrauchswert wie das ganz unentbehrliche Eisen, steht aber trotzdem höher im Preise, weil es seltner vorkommt und schöner ist. Es eignet sich daher schon besser zum Tauschmittel und wird sogar heute noch in den meisten Kulturstaaten dazu verwendet. Aber doch nur für kleinere Einkäufe; für große ist es zu billig, und wo es alleiniges Tauschmittel ist, da macht es den Verkehr sehr unbequem. Als der Engländer Pratt seine Reise durch den nördlichen Teil des chinesischen Reiches nach Tibet antrat, mußte er fünfzehn Kulis mitnehmen, die ihm Säcke voll Kupfermünzen nachzuschleppen hatten.

So sind denn schließlich alle Kulturvölker dahin gelangt, sich der Edelmetalle Gold und Silber zu bedienen, die alle oben angegebnen Erfordernisse im höchsten Grade in sich vereinigen. Ihr Wert ist keineswegs, gleich dem der Perlen und Edelsteine, ein Willkürerzeugnis der Phantasie oder Modelaune, sondern ihre Schätzung beruht auf ihren natürlichen

Eigenschaften. Diese sind: Schönheit, Biegsamkeit, Dehnbarkeit, Schmelzbarkeit, Widerstand gegen die Oxydation und eine Dauerhaftigkeit, die an Unzerstörbarkeit grenzt. Ihrer Schönheit wegen sind sie überall in der Welt, sobald sie bekannt wurden, zu Schmuck verwendet worden, und da der Schmuck ein ganz allgemeines Bedürfnis ist, so können sie ihren aus dieser Verwendungsart entspringenden Wert niemals verlieren. Das gleiche gilt von Prunkgefäßen und Prunkgeräten, und hier kommt ihnen noch ganz besonders ihre der Verarbeitung so günstige Struktur zu statten. Ein Gefäß aus Jaspis, Marmor oder Alabaster ist ja ebenfalls schön; aber seine Wände so dünn herzustellen, daß es handlich und nicht zu schwer für den Gebrauch wird, würde eine Arbeit fordern, die es teurer machen müßte als ein goldnes; und dabei wäre es zerbrechlich und, wenn zerbrochen, nicht wieder ganz zu machen, während ein zerbrochnes oder sonst beschädigtes Metallgefäß mit löten, hämmern und polieren leicht wieder in Ordnung gebracht wird. In dieser letzten Beziehung können es auch Glas und Porzellan mit dem Edelmetall nicht aufnehmen, die ihm in Hinsicht auf Handlichkeit bei mäßiger Schwere gleichkommen. Was die Schönheit anlangt, so ist diese bei jedem der drei Materialien so eigentümlich, daß von einer Konkurrenz unter ihnen keine Rede sein kann. Wer das Vermögen dazu hat, mag weder Gold und Silber noch Porzellan und feines Glas auf seinem Schenktisch und seinem Eßtisch missen. Der Widerstand gegen die Oxydation endlich zeichnet die Edelmetalle vor den übrigen Metallen aus und stellt sie in Beziehung auf Reinlichkeit, Appetitlichkeit und Ungefährlichkeit jenen andern beiden für Eßgeschirr verwendbaren Stoffen gleich. Da die übrigen Stoffe, die sich durch Schönheit, Sauberkeit, Struktur oder leichtes Ge-

wicht allenfalls noch für die genannten Zwecke eignen würden, wie Elfenbein, Schildpatt, Perlmutter und Bernstein, in zu geringen Mengen vorhanden sind, als daß sie für solchen Gebrauch in Betracht kämen, so bleibt ihre derartige Verwendung auf Liebhaberstücke und Spielereien beschränkt. Das allgemeine Bedürfnis aber bleibt auf jene drei Stoffe angewiesen, und unter ihnen nehmen wiederum die Edelmetalle unbedingt die erste Stelle ein, weil sie mit den Vorzügen von Glas und Porzellan zugleich die allen Metallen eignen Vorzüge im höchsten Grade vereinigen. Wird Porzellan und Glas so dünn verarbeitet, wie ein bequem zu handhabender Suppen- oder Kaffeelöffel sein muß, dann ist er seiner Zerbrechlichkeit wegen nicht mehr zu gebrauchen. Ihrer absoluten Reinlichkeit wegen können die Edelmetalle auch für manche technische und chirurgische Zwecke gar nicht entbehrt werden. Dieselbe Eigenschaft war für die katholische Kirche der Grund, für den Gebrauch bei Messe und Abendmahl goldne oder wenigstens vergoldete Gefäße vorzuschreiben; und da sich hierzu noch die fromme Meinung gesellte, daß sich überhaupt für den Dienst Gottes nur die kostbarsten Stoffe geziemten, so ist die Kirche eine sehr starke Konsumentin von Edelmetall geworden.

Nach alledem ist der Bedarf an Gold und Silber im Verhältnis zur vorhandnen Menge beider Metalle (von denen das schönere wieder das seltnere ist) so stark, daß ihr Preis immer hoch bleiben muß. Demnach eignen sie sich vorzüglich zum Tauschmittel. Den Kaufpreis eines Ochsen, eines Morgen Landes, eines Eisenbahnwagens voll Kartoffeln kann ein Mann, der Gold hat, in der Westentasche tragen. Und Gold und Silber nimmt jeder gern, weil man weiß, daß jederzeit Abnehmer dafür zu finden sind, daß man sie aber auch ruhig liegen lassen kann, ohne Entwertung

befürchten zu müssen (was allerdings jetzt nur noch vom Golde gilt). Freilich ist diese allgemeine Bereitwilligkeit, Gold und Silber anzunehmen, erst seit der Zeit ausnahmslos geworden, da diese Metalle als Tauschmittel allgemein anerkannt wurden. Durch diese Verwendung aber hat ihr Wert und ihre Wertbeständigkeit noch eine Steigerung erfahren; und eine weitere Wertsteigerung wird dem Edelmetalle, in neuerer Zeit dem Golde, zu teil, das von den reichsten Staaten als Währungsmetall, d. h. als gesetzliches Zahlungsmittel, anerkannt wird. (Durch Mehrproduktion kann die Wertsteigerung ausgeglichen werden, wie es jetzt wahrscheinlich beim Golde der Fall ist.)

Die gesetzliche Regelung des Geldwesens tritt erst ein, wenn es schon vorhanden ist. Der Gebrauch des Geldes, schreibt Knies, „ist nicht das Ergebnis einer förmlichen Übereinkunft der Menschen und nicht Folge einer gesetzlichen Vorschrift des Staates. Es erwächst vielmehr überall als eine natürliche Frucht des Tauschverkehrs“ auf die von uns beschriebne Weise. Nachdem es sich eingebürgert hat, steht nun die Sache so, daß jedermann jederzeit bereit ist, für seine verkäuflichen Waren oder Leistungen Gold oder Silber zu nehmen, während er kaum in einem von hundert Fällen Lust hat, sein Gold oder Silber für eine feilgebotene Ware hinzugeben; oder mit andern Worten: für eine gewisse Ware, z. B. Leinwand oder Tuch oder Schuhe, kann man nicht jederzeit jede beliebige andre Ware, jede Dienstleistung und jeden Genuß bekommen, für Edelmetallgeld dagegen ist jederzeit alles zu haben, was nur immer das Herz begehrt. Diese leichte, jederzeitige und praktisch unbeschränkte Verwendbarkeit und Kaufkraft des Geldes und besonders des Goldes ist es, was als dämonische Macht einen Zauber ausübt, sodaß die Menschen veranlaßt werden, es abwechselnd anzubeten und zu

verwünschen. In des Euripides Phönizierinnen spricht Polynikes:

Nichts hat für Menschen höhern Wert als Goldes Glanz;
Der übt vor allem Menschending die höchste Macht.

„Gold," schrieb Kolumbus im Jahre 1503 aus der von ihm entdeckten neuen Welt nach Hause, „Gold ist ein wunderbares Ding; wer es besitzt, ist Herr von allem, was er wünscht. Mit Hilfe von Gold kann man sogar den Seelen das Paradies erschließen.". So sehr wird es daher begehrt, daß unzählige für Gold sich selbst: ihren Leib und ihre Ehre oder ihr Gewissen und ihre Überzeugung verkaufen. Seit Jahrtausenden werden täglich Mordthaten und Betrügereien verübt, entzweien sich die besten Freunde, werden aus Brüdern Todfeinde, nur weil jeder in den Besitz dieses Schlüssels zum irdischen Paradiese gelangen will. Quid non mortalia pectora cogis, auri sacra fames! zu welcher Schandthat, verfluchter Goldhunger, treibst du nicht die Sterblichen, klagt schon Virgil. Der edle Humanist Thomas Morus, des blutdürstigen Heinrich VIII. von England Kanzler und Opfer, läßt in seiner Utopia die Ketten der Verbrecher aus Gold schmieden, um dieses unheimliche Metall in Verachtung zu bringen, wie denn auch unsre Sozialisten in ihrem Zukunftsstaate das Geld abzuschaffen gedenken, Halbsozialisten aber, wie die Bodenbesitzreformer, den Gebrauch des Edelmetallgeldes durch Scheine ersetzen wollen, deren Wert durch die in Tauschbanken hinterlegten Waren gesichert werden soll. Diese Abneigung einerseits uninteressierter edler Gemüter, andrerseits der untern Klassen und des heut schwer bedrängten Mittelstandes gegen die Geldwirtschaft entspringt nicht bloß dem Anreiz zu Unthaten, der im Gelde liegt, sondern

mehr noch folgendem Umstande. Arbeit schafft alle Güter, aber Geld ist für den Reichen, den Habgierigen, den Listigen das Werkzeug, die von andern geschaffnen Güter in seinen Besitz zu bringen. Ein Mann, der mit seiner Hände Arbeit jährlich nicht mehr als 800 Mark verdient, wird schwerlich jemals in den Besitz eines auch nur bescheidnen Vermögens gelangen. Wer dagegen mit ererbten 8000 Mark spekuliert, der kann, wenn er klug und vorsichtig ist und das Glück ihn begünstigt, Millionär werden; fängt einer mit 80000 Mark an, so ist der Erfolg noch weit sichrer, und je größer die für Unternehmungen oder Spekulation verwendbare Summe ist, desto rascher wächst das Vermögen. In vielen Fällen braucht der Besitzer nur „das Geld arbeiten zu lassen," wie die Redensart heißt, deren eigentlicher Sinn bereits S. 142—143 aufgedeckt worden ist.

Erst durch die Geldform wird das Vermögen aktuell, frei und im höchsten Grade wirksam, für jeden beliebigen Zweck augenblicklich verwendbar, während es in seiner ursprünglichen Naturalform, als Acker, Wald, Haus und Viehstand gebunden und gewissermaßen latent bleibt; seine Bestandteile sind so körperlich wie das Geld und weit offenbarer als dieses, aber als Vermögen, als ein Mittel, das Macht verleiht, zu erwerben und zu genießen, erscheint es nur in geringem Grade geeignet. Einem Grafen früherer Zeiten, der zehn Quadratmeilen des fruchtbarsten Landes besaß, fehlten nicht selten die Mittel, seiner Frau einen Schmuck zu kaufen oder eine Reise nach Italien zu machen. In unsrer Zeit ausgebildeter Geldwirtschaft kann das jeder, der den tausendsten Teil einer Quadratmeile als Pfandobjekt darzubieten vermag, abgesehen von denen, die kein Pfandobjekt und überhaupt kein Vermögen haben und nur von dem überall flüssigen Gelde eine Summe widerrecht-

lich in die Hand zu bekommen wissen. Den Reichen setzt dieser flüssige Geldstrom in den Stand, jede seiner Launen augenblicklich zu befriedigen, sein ganzes Vermögen auf eine Karte zu setzen, es zu verspielen oder zu verzehnfachen; sich im Zeitraum einer Stunde zu ruinieren oder noch reicher zu werden.*) Natürlich aber kommt diese Flüssigkeit des Vermögens nicht bloß der Laune und Leidenschaft, sondern auch der Produktion zu gute: mittelst des Geldes kann jedermann jederzeit sein Vermögen in die Form verwandeln, in der es am produktivsten zu sein verspricht, aus landwirtschaftlichen Grundstücken in Fabriken, Bergwerke, Eisenbahnen oder Elektrizitätswerke oder umgekehrt, und die Vermögen oder Vermögensteile vieler können rasch zu einem beliebigen Produktivunternehmen zusammenfließen (worüber mehr im nächsten Abschnitt). Dieser Vorteil erzeugt dann aber wieder den Nachteil, daß, wo die Geldform des Vermögens die Oberhand gewinnt, alle Verhältnisse unsicher werden und alle Existenzen ins Schwanken geraten. Bei solcher Macht bildet bares Geld denn natürlich auch die zwar oft trügende, aber stets sicher wirkende Legitimation. Ein reicher Mann, der an einem fremden Orte sein Bargeld verloren hat, wird leicht als Schwindler be-

*) Ihering singt (Zweck im Recht 1, S. 120 und 228) dem Gelde als großem Befreier und Apostel der Gleichheit einen Hymnus. Gewiß macht es den frei, ders hat, macht aber dafür den, ders nicht hat, zum Sklaven derer, die es haben. Wer es in bescheidnem Maße besitzt, genießt allerdings schon die Wohlthat der Befreiung einigermaßen, indem es ihm jede Bedürfnisbefriedigung und Ortsveränderungen leichter macht, als sie in den Zeiten der schwerfälligen Naturalwirtschaft waren. Ihering hebt es insbesondre als einen gewaltigen Vorteil hervor, daß die Geldwirtschaft den Grundsatz der Entgeltlichkeit durchgesetzt habe: niemand braucht mehr andrer Leute Gefälligkeit oder Wohlwollen in Anspruch zu nehmen; was ich vergelten, bezahlen kann, das bekomme ich jederzeit, z. B. Nachtquartier im Gasthause. Gewiß! Aber daß alles käuflich ist, und daß der, der kein Geld hat, schlechthin nichts mehr bekommt, will auch erwogen werden.

handelt; dem vermögenslosen Schwindler, der mit Gold um sich wirft, liegen nicht allein alle Kellner, Lohndiener und Kutscher, sondern oft noch ganz andre Leute zu Füßen.

Alle die tausenderlei Schlechtigkeiten und Thorheiten jedoch, zu denen das Geld privatim gemißbraucht wird, wirken zusammengenommen nicht so verhängnisvoll wie eine falsche Auffassung seines Wesens vonseiten der Staatslenker. Eine Zeit lang beherrschte die Meinung, Gold und Silber bildeten den Hauptbestandteil des Reichtums der Völker, die europäische Politik. Daher unter dem Merkantilsystem, wie man die Politik des französischen Finanzministers Colbert (geb. 1619, † 1683) genannt hat, das Bestreben, durch Ausfuhr von Waren möglichst viel Geld ins Land zu ziehen und den Geldabfluß möglichst zu verhindern. Das nötigte zu Schutzzöllen und Einfuhrerschwerungen, die ja stellen- und zeitweise Nutzen gestiftet haben, die aber auf die Dauer Unheil anrichten, wenn sie nach dieser falschen Ansicht, anstatt nach den im sechzehnten Kapitel zu entwickelnden richtigen Grundsätzen gehandhabt werden. Adam Smith hat die Frage, inwiefern Bargeld Vermögen sei, folgendermaßen beantwortet. Da Gold und Silber wertvolle Dinge sind, so bilden die Bargeldvorräte eines Landes natürlicherweise einen Bestandteil des Nationalvermögens. Nur ist dieser Bestandteil nicht sehr bedeutend. An Umfang ist er seit Smiths Zeiten durch Erschließung neuer Gold- und Silberlager gewachsen, aber nicht an Wert (da ja jede Vermehrung der Edelmetallmasse ihren Preis drückt) und nicht im Verhältnis zum Umfange der übrigen Gütermasse, die noch weit stärker gewachsen ist. Soetbeer hat 1886 den Bargeldschatz der Kulturvölker auf 21 Milliarden Mark berechnet. Da das Einkommen dieser Völker auf 100 Milliarden geschätzt

wird, was ein Vermögen von 2000 Milliarden anzunehmen gestattet, so beträgt jener Bargeldschatz ein Fünftel ihres Einkommens und ein Hundertstel ihres Vermögens. Einen noch kleinern Teil seines Vermögens als das Volk pflegt der Privatmann an Bargeld liegen zu haben; wer nicht als Geschäftsmann täglich viel Geld umsetzt, läßt selten mehr als 1000 Mark in Schubfach und Portemonnaie bei sich daheim liegen, wenn sich auch sein Vermögen auf 300000 Mark beläuft.

Ist demnach Hartgeld ohne Zweifel ein Vermögensbestandteil, so kann es doch niemals, lehrt Adam Smith, auch nur den kleinsten Teil des Einkommens eines Menschen bilden. Wenn ein Mann jährlich 1000 Mark einnimmt, so setzt er diese Geldsumme in Wohnung, Kleidung, Heizung, Beleuchtung, Nahrungs- und Genußmittel und, bleibt ihm noch etwas übrig, in Erholungen und Vergnügungen für sich und seine Familie um. Sein Einkommen besteht doch nun gewiß nicht in 1000 Mark und Wohnung, Kleidung u. s. w., sondern nur in einem von beiden, und zwar im zweiten, in den Gütern, mit denen er seine Bedürfnisse befriedigt. Jene 1000 Mark sind einerseits das Maß der Gütermasse, die er verbraucht und genießt — auch einen Kleinbauer, der nur 400 Mark in Geld einnimmt, aber 600 Mark Werts an Wohnung und selbst erzeugten Nahrungsmitteln verbraucht, schätzt man auf 1000 Mark —, und andrerseits sind jene 1000 Mark Geld das Mittel, ihm jene Güter zu verschaffen. Denn das Geld hat keinen andern Zweck, als uns Gebrauchs- und Genußgüter zur Befriedigung unsrer Bedürfnisse, Gelüste und Launen zu verschaffen. Wie aber, wenn jemand 3000 Mark jährlich einnimmt und davon ein Drittel spart? Muß man da nicht sagen, daß sein Einkommen aus einer 2000 Mark werten Gütermasse und 1000 Mark Geld bestehe? Auch das ist nur Schein. Das Zu-

rücklegen der 1000 Mark bedeutet nur einen Aufschub der Umwandlung des Geldes in Güter. Wenn nicht der Sparer selbst oder einer seiner Erben das ersparte Geld in Gebrauchs- und Genußgüter verwandelte, so hätte das Sparen keinen Sinn, und das Geld wäre so gut wie ins Wasser geworfen. Wird aber die Ersparnis auf Produktion verwendet, was heutzutage das Gewöhnliche ist (indem dafür z. B. eine Bergwerksaktie gekauft wird), so ändert auch das nichts an der Sache. Denn alle Produktion hat keinen andern Zweck, als dem Konsum zu dienen, und zwar in dem doppelten Sinne, daß ihre Erzeugnisse von den Kunden verbraucht, ihre Erträgnisse aber vom Unternehmer und seinen Arbeitern in die Erzeugnisse andrer Produktionszweige umgesetzt werden.

Demnach, sagt Smith, ist das Geld nichts andres, als das große Rad des Güterumlaufs, das Rad, das die Gütermasse unaufhörlich umtreibt und einem jeden davon soviel zuführt, als er beanspruchen kann; und dieses Rad, das einem jeden sein Einkommen zuführt, kann niemals selbst das Einkommen oder auch nur ein Teil des Einkommens sein. Das wird noch deutlicher durch den Umstand, daß ein und dasselbe Markstück oder Zwanzigmarkstück im Laufe des Jahres bei fünfzig, hundert und mehr Personen den Dienst verrichtet, ihnen Brot, Fleisch, Wein, Cigarren oder was sie sonst kaufen mögen, zuzuführen, ja daß ein und dasselbe Geldstück vielleicht ein dutzendmal zu derselben Person zurückkehrt, sodaß, wenn die Geldstücke, die einem das Jahr über mehreremal durch die Hände gegangen sind, nur einmal gezählt würden, man vielleicht statt 3000 Mark nur 500 eingenommen hätte. So machen also die Geldstücke jemandes Einkommen nicht aus, sondern vermitteln es nur. Ähnlich verhält es sich mit den großen Geldzahlungen der Staaten. Im Jahre 1871

sind die sechs Milliarden nicht in Gestalt von 300 Millionen verschiednen Zwanzigfrankenstücken aus Paris nach Berlin übertragen worden — so viel Hartgeld besaß Frankreich nicht, obwohl es das geldreichste Land damals war und noch heute ist; besaß doch die ganze lateinische Münzkonvention (Frankreich, Belgien, die Schweiz, Italien und Griechenland) damals nur wenig über acht Milliarden Hartgeld. (Seitdem sind die Hartgeldbestände bedeutend gestiegen, sodaß Frankreich allein jetzt über sechs Milliarden Hartgeld besitzt.) Sondern die erste Goldsendung wanderte wieder nach Paris zurück, indem dafür dortige Wechsel und Wertpapiere gekauft wurden, und das wiederholte sich mehreremal. Das Endergebnis dieser schwierigen und verwickelten Operation war, daß allerdings den Reichsdeutschen Gold genug in den Händen blieb, ihre Goldwährung bequem durchzuführen, der französische Staat aber für den größern Teil der Summe verschiednen Gläubigern verschuldet war.

Ohne die klare Einsicht in diesen richtigen Begriff des Geldes ist eine gesunde Volkswirtschaft so wenig möglich wie eine verständige Privatwirtschaft. Leider aber ist die richtige Lehre des großen Schotten vorerst nur ein Anlaß zu neuen Irrtümern geworden. Smith hatte aus seiner Lehre die richtige Folgerung gezogen, und Finanzgelehrte unsrer Zeit wie Lorenz von Stein haben sie wiederholt, daß, da das Geld nicht selbst Einkommen, sondern nur die das Einkommen vermittelnde Maschine sei, diese Maschine, wie jede andre Maschine, so billig wie möglich hergestellt werden müsse; thue es das billige Papier, warum solle man da zu dem teuern Golde greifen? Müsse dieses ja doch mit der sauern Arbeit des Volkes gekauft und zu diesem Zweck ein Teil der Früchte der Volksarbeit dem Genuß entzogen werden.

Die Engländer haben diesen Grundsatz vernünftig und richtig angewendet: sie sparen so viel wie möglich am Golde und verwenden es nur in sehr beschränktem Maße im Verkehr. Größere Einkäufe werden teils mit Banknoten, teils mit Checks, d. h. mit Anweisungen auf den Bankier des Käufers bezahlt, Kaufleute begleichen ihre Forderungen durch Wechsel, die Forderungen und Gegenforderungen seiner Kunden gleicht jeder Bankier durch Zu- und Abschreibungen aus, dasselbe thun die Bankiers unter einander, und die Schlußausgleichung geht in den Clearing-Houses vor sich, deren größtes, das Londoner Clearing-House, im Jahre 1888 die ungeheure Summe von 6916,1 Millionen Pfund umgesetzt hat, während der ganze Hartgeldvorrat der Vereinigten Königreiche wenig über 130 Millionen Pfund beträgt, von welcher Goldmasse nur ein kleiner Teil im Clearing-House gebraucht wird, nämlich für die verhältnismäßig seltnen Fälle, wo sich ein Kaufmann sein bei der Abrechnung verbleibendes Guthaben herauszahlen läßt, anstatt es sich gutschreiben zu lassen. Die Engländer brauchen also für ihren ungeheuern Umsatz nur einen verhältnismäßig kleinen Barschatz und behelfen sich in den meisten Fällen mit Papier. Trotz seiner Kleinheit aber bildet jener Barschatz die Grundlage, auf der sich jener ungeheure Umsatz vollzieht, und schwände eines Tags die Golddeckung, so würden alle Geschäfte schwindelhaft unsicher. In der Nichterkenntnis dieses Umstandes besteht der Irrtum, zu dem sich viele verleiten lassen; sie meinen, man könne nicht bloß am Golde sparen, sondern es ganz entbehren und aus Papier so viel Geld „machen," als beliebt oder gebraucht wird.*)

*) Es sind die Praktiker, von denen sich die Theoretiker zu solchen Irrtümern haben verführen lassen. Vor einer Parlamentskommission sagte ein Mr. Brown aus Liverpool, was den Nutzen der Goldreserve

Gold ist, wie wir gesehen haben, deswegen das geeignetste Tauschmittel, weil es in einem zivilisierten und wohlhabenden Staate jedermann gern nimmt, und jedermann nimmt es gern wegen seines Wertes, der auf seinen natürlichen Eigenschaften beruht. Nicht etwa deswegen nimmt es jeder Verkäufer und Gläubiger, weil er es selbst technisch zu verwenden gedächte, im Gegenteil: wer Goldstücke als Geld nimmt, verzichtet auf den Gebrauch dieses Metalls für andre Zwecke; sondern deswegen, weil sich jederzeit irgend welche Menschen finden, die Gold als Schmuck und zu ähnlichen Zwecken zu verwenden bereit sind, und weil demnach Gold stets seinen hohen Tauschwert behält. Also weil Gold überall genommen wird und jederzeit in beliebige andre Güter umgesetzt werden kann, ist es das beste Tauschmittel: eine Anweisung auf Gebrauchsgüter, die von jedermann respektiert wird. Das würde es auch im ungemünzten Zustande sein, als formloser Klumpen, und nur deswegen würde ein solcher nicht so gern genommen werden wie ein Geldstück, weil dieses erstens durch sein Gepräge die Echtheit seines Goldgehalts garantiert, und weil es zweitens durch die genaue Angabe seines Wertes die Wägungen und umständlichen Berechnungen erspart, die beim formlosen Goldklumpen nötig wären. Ein bedruckter Papierstreifen aber ist an sich selbst ein ganz wertloses Ding und nichts weniger als eine Anweisung auf Güter. Zu einer Anweisung auf Geld kann er durch die Autorität eines Staates, einer Körperschaft, einer Aktiengesellschaft gestempelt

anlange, so hätte man diesen Schatz ruhig ins Wasser werfen können, und der Direktor einer schottischen Bank erklärte, sie brauchten gar kein Gold; das Publikum möge keins, und die 900000 Pfund Sterling Gold, die die schottischen Banken halten müßten, seien seiner Ansicht nach schädlich, indem sie einen Teil des schottischen Kapitals unrentabel festlegten. Marx, Das Kapital, 3. Bd., 2. Teil, S. 101–102.

werden, und geschieht das, dann giebt der Verkäufer um so viel Geld Waren dafür, als der Zettel dem verspricht, der ihn bei einer gewissen Bank präsentiert. Notabene: er giebt um so viel Geld Waren dafür, wenn er das Vertrauen hegt, daß ihm die betreffende Bank oder Staatskasse den Zettel gegen bar ohne Abzug einlösen werde. Fehlt dieses Vertrauen, so überlegt er sichs: er giebt weniger Waren oder weist den Zettel zurück. Wer also solche Zettel ausstellt, der muß bar Geld in der Kasse haben, um jederzeit so viele von den umlaufenden Zetteln einlösen zu können, als präsentiert werden. Sie brauchen nicht vollständig durch Bargeld gedeckt zu sein, weil ja, ausgenommen in einer Krisis, der Fall niemals eintritt, daß alle Inhaber von Banknoten oder Kassenanweisungen an einem Tage kommen (geschieht es in einer Krise, so nennt das der Engländer a run), und man nimmt an, daß die Deckung eines Drittels genügt; für die andern zwei Drittel müssen dann aber Wechsel, Hypotheken und sonstige Wertpapiere Bürgschaft leisten. Die deutsche Reichsbank z. B. ist verpflichtet, „für den Betrag ihrer im Umlauf befindlichen Banknoten jederzeit mindestens ein Dritteil in kursfähigem deutschen Gelde, Reichskassenscheinen oder in Gold in baren oder ausländischen Münzen, das Pfund fein zu 1392 Mk. gerechnet, und den Rest in diskontierten Wechseln, die eine Verfallzeit von höchstens drei Monaten haben, . . . in ihren Kassen als Deckung bereit zu halten.“

Wechsel, Checks, Pfandbriefkupons und ähnliche Dokumente sind kein Geld, sondern nur Anweisungen auf Geld, Urkunden über Forderungen; Geldkreditpapiere nennt sie Knies. Die Banknoten bezeichnet er als Zwitterwesen, indem sie nicht allein Anweisungen auf Geld der Bank sind, sondern auch ganz wie Geld als Tauschmittel gebraucht

werden. **Papiergeld** wird ganz allgemein geradezu für Geld gehalten. Von Papiergeld spricht man dann, wenn ein Staat Scheine ausgiebt und durch ein Gesetz verfügt, daß sie überall an Zahlungsstatt angenommen werden müssen, selbstverstündlich zu ihrem Nennwert. Thut das der Staat nur, um ein bequemes Umlaufsmittel zu schaffen, und verpflichtet er seine Kassen, für diese Scheine auf Verlangen Währungsgeld zu zahlen, so hat die Maßregel nichts bedenkliches. Solche Papiere sind unsre Reichskassenscheine. Ein besondrer Fonds für ihre Einlösung ist nicht vorhanden aber auch nicht notwendig, weil das Reich stets zahlungsfähig ist. Man sagt von solchem Papiergelde, sein Wert beruhe auf der Steuerfundation. Außer den öffentlichen Kassen ist auch die Reichsbank verpflichtet, fürs Reich bis zum Betrag des Reichsguthabens Zahlung zu leisten. Giebt dagegen ein Staat Papiergeld aus, um damit Verbindlichkeiten zu lösen, für die er kein Bargeld hat, so beruht die Annahme seines Papiers zum Nennwert nicht auf dem Vertrauen zu seiner Zahlkraft, sondern auf Zwang; man sagt dann, daß solche Papiere Zwangskurs haben. Nicht ein bequemes Tauschmittel will der Staat, der so handelt, schaffen, sondern nur seine eignen Zahlungen in Papier leisten, was aber voraussetzt, daß auch die Empfänger dieser Scheine damit Zahlung leisten dürfen; und da die bei weitem meisten Zahlungen im Kaufverkehr geleistet werden, so wird eben aus diesem Zahlungsmittel des Staates ein allgemeines Tauschmittel, und nachdem es eingeführt ist, sehr bald das einzige. Denn dieses Papiergeld kann den Paristand nicht lange behaupten. Sein Wert besteht darin, daß man das Vertrauen zum Staate hat, er werde aus Steuern, Domänen und sonstigem ertragreichem Eigentum binnen wenigen Jahren genug herauswirtschaften,

um Gold und Silber kaufen und zur Barzahlung zurückkehren zu können. Möchten nun auch die eignen Unterthanen dieses Vertrauen hegen, die Ausländer denken nicht daran: sie nehmen das Papiergeld entweder gar nicht oder mit Disagio,*) z. B. den Papiergulden mit 1 Mark 60 Pfennigen, während der Silbergulden 2 Mark wert ist. Dadurch wird das Papierwährungsland dem Auslande in noch höherm Grade tributpflichtig, als es dies ohnehin schon durch seine Schulden ist (nur verschuldete Staaten führen Papiergeld mit Zwangskurs ein). Das Bargeld, soweit solches noch vorhanden ist, geht zur Bezahlung der Zinsen der Staatsschuld aus dem Lande. Sollte auch eine aktive Handelsbilanz, d. h. ein Überschuß des Geldwertes der ausgeführten Waren über den der eingeführten, Metallgeld hereinbringen, so fließt dies teils auf dem bezeichneten Wege wieder ab, teils im Privatverkehr, da jede Zahlung an Ausländer in bar gemacht und zu diesem Zweck im Notfall Gold oder Silber gekauft werden muß, während die Ausländer ihre Zahlungen ans Inland mit dem billig gekauften entwerteten Papiergelde machen können. Wenn z. B. in der Zeit, da der österreichische Papiergulden im Kurse stark gesunken war, ein Österreicher nach Preußen reisen wollte, so mußte er, weil in

*) Agio, Aufgeld, nennt man die Summe, um die eine Münze infolge des Marktpreises ihres Metallgehalts mehr wert ist, als ihr Nennwert besagt. Ein alter Friedrichsdor z. B. sollte fünf Thaler wert sein; nun nahm man bei der Ausmünzung an, daß ein Pfund Gold fünfzehneinhalb mal so viel wert sei als ein Pfund Silber. Auf dem Markte aber galt Gold gewöhnlich etwas mehr; daher bekam man für einen Friedrichsdor nicht 5 Thaler, sondern 5 Thaler 20 Silbergroschen. Diese 20 Silbergroschen heißen das Agio. Wäre das Gold im Preise gefallen, und man hätte für einen Friedrichsdor nur 4 Thaler 10 Silbergroschen bekommen, so würde der Abzug von 20 Silbergroschen, den sich der Besitzer des Goldstücks gefallen lassen müßte, Disagio geheißen haben.

Preußen niemand Guldenscheine nahm, Silber kaufen und für 100 Silbergulden 130 bis 140 Guldenscheine geben. Der Preuße dagegen, der nach Österreich reiste, kaufte beim Bankier Guldenscheine und konnte, wenn der Papiergulden 15 Silbergroschen kostete, mit 15 Silbergroschen in Österreich Güter kaufen, die 20 Silbergroschen wert waren. Dieser Nachteil dauerte allerdings nur einige Zeit. Der Inlandswert des Guldens paßte sich seinem Auslandswerte an; er verlor an Kaufkraft und war auch in Österreich nur etwa 16 Silbergroschen wert oder soviel, wie ehedem 80 Kreuzer wert gewesen waren.*) Hat das Papierwährungsland eine passive Handelsbilanz, d. h. übersteigt der Geldwert seiner Einfuhr den der Ausfuhr, so muß es den Rest, den es dem Auslande schuldig bleibt, mit Waren bezahlen und deren Absatz durch Herabsetzung des Preises zu erzwingen suchen. Da die kaufmännischen Verbindlichkeiten gewöhnlich nicht mit Geld sondern mit Wechseln gelöst werden, so drückt sich der jeweilige Wert des anerkannten oder Währungsgeldes jedes Landes, seiner Valuta, im Wechselkurs aus. Gilt der Papiergulden in Berlin 1 Mark 60 Pfennige, ein Wechsel über 100 Gulden also 160 Mark, so steht in Berlin der Kurs der Wechsel auf österreichische Häuser 160. (Die Umstände, die außerdem den Wechselkurs beeinflussen, z. B. daß länger laufende Wechsel niedriger stehen als kurzfristige, weil ja bei ihnen ein größerer

*) Aus diesem Grunde ist die Ansicht der Bimetallisten hinfällig, die unterwertige Valuta wirke als Ausfuhrprämie, indem sie den Einkauf in dem Lande mit schlechtem Gelde für die Ausländer vorteilhaft mache, und auf diese Weise würden die Getreideproduzenten des deutschen Reiches von ihren russischen und österreichischen Konkurrenten geschädigt. Dieses Vorteils erfreut sich das Papierwährungsland nur so lange, bis sich seine Inlandspreise dem Auslandskurse seines Geldes angepaßt haben.

Zinsverlust oder Diskont abzuziehen ist, kommen hier nicht in Betracht.)

Der Barverlust des Papierwährungslandes durch seine unterwertige Valuta ist also nur vorübergehend und dauert nur so lange, bis sich der Inlandswert seines Papiergeldes dem Auslandswert angepaßt hat. Die dauernden Verluste, die es erleidet, rühren nicht aus seiner Währung, sondern aus seiner Verschuldung her, die es den Gläubigerländern tributpflichtig macht, ihm das Bargeld entzieht und so zur Einführung der Papierwährung nötigt. Aber ein dauernder Übelstand der unterwertigen Papierwährung besteht darin, daß ihr Kurs beständig schwankt. Dadurch werden alle Käufe und Verkäufe, alle Verträge über Geld und Geldeswert unsicher und wird ihnen der Spielcharakter aufgeprägt. Wer heute um 1600 Mark Waren kauft und glaubt, daß er sie mit 1000 Gulden werde bezahlen können, weiß nicht, ob er nicht infolge des weitern Sinkens des Guldenkurses 1100 Gulden wird geben müssen. Dieser Spielcharakter macht den Verkehr unsolide, reizt zur Spekulation, begünstigt die Spekulanten und führt in deren Taschen einen großen Teil des Einkommens der produktiven Stände über, namentlich der kleinern Gewerbetreibenden, die den Stand des Geldmarktes gar nicht übersehen können.

So ist es denn ein Unglück für den Staat, zunächst für seine Unterthanen, wenn er sich genötigt sieht, Papiergeld mit Zwangskurs auszugeben. In früherer Zeit, ehe Erfahrung das Wesen des Geldes klar gemacht hatte, konnte man sich vorübergehend der Täuschung hingeben, als habe man mit der Ausgabe von Papierzetteln Geld „gemacht," geschaffen. Wer kennte nicht den Schotten Law, der am Hofe Ludwigs XV. mit seinen Mississippi-Aktien halb Frankreich toll machte? Goethe hat solchen Schwindel,

wo die Inhaber von Aktien oder Staatsschuldscheinen auf nicht vorhandne oder nicht flüssig zu machende Vermögensstücke angewiesen werden, im zweiten Teile des Faust sehr ergötzlich geschildert. Der von großer Geldnot bedrängte Kaiser läßt sich im Rausche eines Maskenfestes von Mephistopheles verleiten, auf einem durch Druck zu vervielfältigenden Scheine folgende Aufschrift zu beglaubigen:

Zu wissen sei es jedem, ders begehrt:
Der Zettel hier ist tausend Kronen wert.
Ihm liegt gesichert, als gewisses Pfand,
Unzahl vergrabnen Guts im Kaiserland,
Nun ist gesorgt, damit der reiche Schatz,
Sogleich gehoben, diene zum Ersatz.

Wenn aber der Ersatz ausbleibt, dann ist der Schwindel offenbar, und der Wert des Papierfetzens dahin. Eine Regierung kann ihren Unterthanen die Köpfe abschlagen, aber den Glauben erzwingen, daß ein ungedeckter Wisch tausend Kronen oder auch nur einen Rubel oder Gulden wert sei, das kann sie nicht. Die Schreckensmänner in Frankreich wollten es mit ihren Assignaten (Anweisungen auf die konfiszierten, aber nicht augenblicklich verwertbaren Kirchen- und Emigrantengüter) erzwingen, aber mit all ihren drakonischen Strafen konnten sie nicht hindern, daß man zuletzt hundert Franken brauchte, um ein Paar ordinäre Hemdenknöpfchen zu kaufen. Je angesehener, je reicher, je geordneter ein Staat ist, desto eher darf er erwarten, daß seine Kassenscheine überall in der Welt für voll angenommen werden. Bei Silberwährung sind Papiersurrogate unentbehrlich, weil man tausend und mehr Mark, wie man sie zu größern Zahlungen und auf Reisen braucht, unmöglich in Silber herumschleppen kann.

Eine höchst merkwürdige Erscheinung ist das

österreichische Papiergeld. Nach dem Gesagten ruht der Wert jedes Papiergeldes auf Metall, mag die Einlösung in solchem auch erst in ferner Zukunft erwartet und ein ganzes Menschenalter hindurch gar nicht gefordert werden. Bei den österreichischen Guldenscheinen aber bewirkte der Fall des Silberpreises seit 1873, daß umgekehrt der Wert des Silberguldens auf dem des Papierguldens ruhte. Im Jahre 1892 stand der Papiergulden 170; das würde beim frühern Silberpreise ein Silberagio von 30 Pfennigen auf 1 Mark 70 Pfennige Papier bedeutet haben. Das Silber eines Guldens war aber jetzt nur noch 130 Pfennige wert; um des Papierguldens willen jedoch, als dessen Stellvertreter er angesehen wurde, ward auch der Silbergulden zu 170 Pfennigen genommen. Ähnlich verhält es sich mit dem russischen Rubel, der jedoch wegen des geringern Kredits Rußlands keinen so hohen Stand zu behaupten vermag, wie der österreichische Gulden dank der günstigen finanziellen Lage der Monarchie in den letzten Jahren behauptet hat. Diese Erscheinung bestätigt die Ansicht Schäffles, daß in einem vom Verkehr mit dem Auslande völlig abgesperrten Staate das Metallgeld entbehrt und das „Rad" aus bloßem Papier angefertigt werden könnte. Die Österreicher haben sich also bei ihrer sozusagen in der Luft schwebenden Währung leidlich wohl befunden — ihre Finanzbarone allerdings am allerwohlsten —, aber der Staat hat die so geschaffne finanzielle Lage doch nicht für sicher genug angesehen, wie sein Übergang zur Goldwährung beweist.

Mit dem Vorstehenden ist der Papierschwindel und zugleich auch schon der Irrweg der Inflationisten gekennzeichnet. Inflationisten nennt man in Nordamerika die Politiker, die durch Vermehrung der Tauschmittel über das Bedürfnis hinaus die Waren-

preise und Arbeitslöhne steigern wollen, wovon ja, wenn es gelingt, die Interessenten im ersten Augenblicke allerdings Vorteil haben; nur endet eine solche „Belebung des Unternehmungsgeistes," ein solches „Öl auf die Lampe gießen" gewöhnlich mit einem Krach (weil, wie S. 243 gezeigt werden wird, für die mehr erzeugten Waren keine oder keine zahlungsfähigen Kunden vorhanden sind); dieses selbst dann, wenn die wertvollen Umlaufsmittel über Bedarf vermehrt werden und dadurch der Schein vermehrten Reichtums erzeugt wird. (Wie auch wirkliche Reichtumsvermehrung, wenn sie in der Form von Geld erfolgt, zum Krach führen kann, siehe S. 80.) Die Anhänger der Silberwährung, die von deren Einführung eine Besserung der Geschäftslage erwarten, vermischen zweierlei: die Warenverteuerung infolge des Sinkens des Edelmetallpreises, die allerdings, wie auf S. 205 gezeigt wird, bei gesteigerter Produktion des Währungsmetalls mit der Zeit eintreten muß, und eine Verteuerung durch Vermehrung der Zahlungsmittel bei gleichbleibendem Edelmetallpreise. Die zweite Art der Verteuerung tritt nicht allgemein ein, sondern nur bei solchen Waren, die von den Personen, denen die Vermehrung des Geldes Vorteil bringt, stärker begehrt werden. Solche Personen sind zunächst die Inhaber von Banken, deren Betriebsmittel durch die Geldvermehrung zunehmen, und im fraglichen Falle außerdem noch die Silberminenbesitzer; diese beiden Klassen würden vielleicht durch vermehrte Nachfrage nach schönen Wohnungen und Luxusartikeln deren Preis steigern; aber auch dieses nur in dem Falle, daß die vermehrte Nachfrage beim bisherigen Preise nicht befriedigt werden könnte. (Otto Heyn, Die Erfolglosigkeit einer Hebung des Silberpreises S. 221.) In einem durch lebhaften Verkehr mit dem Auslande verbundnen Staate, in dem der Weltmarkt

die Preisbildung beherrscht, bewirkt übermäßige Vermehrung der Umlaufsmittel meistens nicht einmal eine vorübergehende Preiserhöhung, sondern das überflüssige Geld strömt in die Banken zurück und bleibt dort ungebraucht liegen. Vermehrung des Papiergeldes über den Bedarf in einem kreditlosen Staate beschleunigt die Entwertung. So geschah es den Assignaten. Sie wurden binnen drei Jahren auf 45 Milliarden Nominalwert vermehrt, während der Verkehr keine vier Milliarden Umlaufsmittel erfordert hätte; wie jede Ware, die über den Bedarf angeboten wird, mußten diese Papierzettel im Preise sinken. Von sicherer Fundierung konnte nicht die Rede sein, denn so viel waren die verpfändeten Landgüter in ihrem damaligen Zustande bei weitem nicht wert. Dazu kam die noch frische Erinnerung an Laws Schwindel und die Unsicherheit aller Verhältnisse unter der Schreckensherrschaft. In Kriegen und Revolutionen verschwindet das Bargeld und wird Papiergeld zurückgewiesen, wenn das Volk zu der Regierung, die es ausgiebt, nicht ein felsenfestes Vertrauen hat; denn jeder Besitzende macht sich zur Flucht ins Ausland bereit, wo das Papiergeld des zerrütteten Landes nichts gilt, strebt also, einen Barschatz zu sammeln. Die im Jahre 1870 ausgegebnen Darlehnskassenscheine des Norddeutschen Bundes wurden überall im Lande bereitwillig für voll genommen. Man weiß nicht, wie es gekommen wäre, wenn die ersten Schlachten unglücklich ausgefallen wären; doch hat der französische Staat in seinem Kriegsunglück keinen Augenblick seinen Kredit eingebüßt.

Ein andrer Irrweg ist der der Sozialisten. Statt des Metallgeldes und eines auf Metall anweisenden Papiergeldes wollen sie „Arbeitsgeld“ einführen, d. h. Bescheinigungen über so und so viel geleistete Arbeitsstunden. Sollten aber diese „Arbeits-

zertifikate" brauchbar sein, so müßte doch eine Taxe entworfen werden, die bestimmte, wieviel Brot, Butter, Hemden, Hosen, Kilometer Fahrt auf der Eisenbahn, wieviel ärztliche Behandlung in Krankheit, Wohnraum und was sonst noch man für zehn oder hundert Arbeitsstunden zu fordern hätte. Damit würde den Behörden die unlösbare Aufgabe gestellt, auf dem Wege unzähliger Einzelschätzungen die Preise für Waren und Leistungen zu ermitteln, die sich beim Geldverkehr aus dem Spiel von Angebot und Nachfrage von selbst ergeben. Außerdem stehen folgende beiden Schwierigkeiten im Wege. Erstens: Beim heutigen Zustande kann jemand jahrelang sein Geschäft betreiben und seine Bedürfnisse befriedigen, ohne Hartgeld in die Hand zu bekommen, immer nur mit Hilfe von papiernen Anweisungen und Umschreibungen in Büchern. Aber vorausgesetzt wird dabei, daß, wenn einmal er oder sein Geschäftsfreund in den Fall kommt, Hartgeld zu brauchen, auch welches zu erlangen sei. Dieser Fall kann bei einer Reise ins Ausland oder bei Verschuldung an einen ausländischen Gläubiger eintreten. Auch in diesen beiden Fällen dienen freilich oft noch Papiere: bei Reisen Kreditbriefe, beim Handelsverkehr Wechsel; aber Voraussetzung dieses Papierverkehrs bleibt, daß, wenn der Jahresabschluß ein Guthaben der Bankiers des einen Landes an die des andern ergiebt, diese die schuldige Summe in Metall, und zwar, wenn das Gläubigerland Goldwährung hat, in Goldmünzen oder Goldbarren übersenden können. Daher schwimmen fortwährend Gold- und Silbersendungen zwischen Amerika, England, Deutschland, Rußland, Ostasien, Indien auf dem Weltmeere hin und her. Und aus diesem Grunde meint auch der Halbsozialist Schäffle, der, wie schon bemerkt wurde, das Hartgeld im Inlandsverkehr für entbehrlich erklärt, im Weltverkehr

könne es nicht entbehrt werden.*) Die Ausgleichung in Edelmetall bildet den Schlußstein des Verkehrs; wird er herausgenommen, so bricht das ganze künstliche Gefüge zusammen; Sicherheit und Vertrauen schwinden; wilde Spekulation und Schwindel der einen, ängstliche Zurückhaltung der andern bringen den Güterumlauf in Unordnung und zum Stocken.

Zweitens: Gold und Silber fungieren nicht bloß als Tauschmittel, sondern auch als Wertmesser. Sie können dazu dienen, weil sie selber Wert haben; wie Längen nur mit Längen, Flächen nur mit Flächen, Räume nur mit Räumen, Gewichte nur mit Gewichten gemessen werden können, so auch Werte nur mit Werten. Und zwar haben die Edelmetalle einen Marktwert, der ebenso, wie der Marktpreis jeder andern Ware, durch Angebot und Nachfrage erzeugt wird, ohne daß die Käufer und Verkäufer Berechnungen anzustellen brauchten. Nur weil die Edelmetalle diese Eigenschaften haben und die Papierscheine auf ein bestimmtes Vielfaches der allgemein bekannten Werteinheit von Gold oder Silber (Mark, Frank, Gulden) lauten, können Papierscheine als Geld dienen, niemals aber Geld sein, in dem Sinne, daß sie fortführen, den Gelddienst zu verrichten, auch wenn das Hartgeld verschwunden und sein Marktwert vergessen wäre. Wollte man etwa auf einen Zettel schreiben: „gilt einen Ochsen," so würde doch jedermann fragen: welchen Ochsen? Der eine ist

*) Es muß jedoch bemerkt werden, daß Otto Heyn die allgemeine Ansicht, die internationalen Guthaben — Saldi nennt sie der Kaufmann — würden mit Metallgeld beglichen, für unrichtig erklärt; das Gold und Silber werde als Ware, nicht als Zahlmittel exportiert. (a. a. O. S. 173 Anm.). Die gewöhnliche Art der Ausgleichung ist die durch Wechsel; Metall wählt man statt der Wechsel dann, wenn dessen Transport billiger zu stehen kommt, als beim dermaligen Wechselkurse der Ankauf der auf dem Zahlungsplatze gangbaren Wechsel zu stehen kommen würde.

100, der andre 1000 Mark, oder, daß wir das Metallgeld nicht wieder hineinbringen, der eine ist zehnmal so viel wert wie der andre. Oder wollte man drauf schreiben: „gilt ein Fünfpfundbrot," so würde man zwar ein solches Brot dafür bekommen, aber wie soll ausgerechnet werden, wieviel solche Zettel zur Bezahlung von ein Paar Schuhen nötig sind? Alle jene Verlegenheiten des uranfänglichen Tauschverkehrs, die durch Einführung des Geldes beseitigt worden sind, würden aufs neue eintreten. Oder will man etwa, meint Knies, irgend einen beliebigen Unsinn darauf schreiben, z. B. zehn Hoho oder fünf Sasa? Kein Mensch würde auch nur einen Apfel dafür geben. Zehn Arbeitsstunden aber würden kein besserer Maßstab sein als zehn Hoho oder fünf Sasa, weil es eben rein unmöglich ist, auszurechnen, wieviel Brot, Fleisch, Hüte, Lampen, Exemplare Bücher einer bestimmten Art, Rennpferde, Papageien, Stühle, Nippfiguren, Massage, Kahnfahrt, Konzerte zehn, hundert oder tausend Arbeitsstunden wert sind. Wird im Kommunistenstaate das Geld abgeschafft, so bleibt nichts übrig, als auf Tauschmittel und Wertmaßstäbe ganz zu verzichten, zur Produktions- und Güterverteilungsweise des mit Sklaven bewirtschafteten sich selbst genügenden Großgutes zurückzukehren und durch obrigkeitliche Anordnung festzusetzen, wieviel Stunden und was ein jeder täglich zu arbeiten und was er an Gütern dafür zu bekommen hat. Man wird ihm also zwar Zettel einhändigen, aber darauf wird nicht stehen: zehn oder hundert Arbeitsstunden, sondern: Genosse Müller darf im Laufe des Jahres 3000 aus dem Warenhause nach und nach beziehen: einen Zentner Rindfleisch, zwei Paar Schuhe, einen Hut, 52 Einlaßkarten zu Gartenkonzerten u. s. w.

Die Sozialisten von Proudhons Richtung wollen den Geldverkehr durch Tauschbanken über-

flüssig machen. Jeder liefert seine Produkte oder Besitzurkunden über Immobilien, die er los werden will, einer Warenbank ab, und dort melden sich zugleich alle Kauflustigen; so braucht der Tischler nicht zu warten, bis ihm jemand seine Möbel abnimmt, sondern er erhält sofort für die an die Bank abgelieferten Brot, Fleisch, einen Rock, oder was er sonst braucht, und andre holen sich für ihre Erzeugnisse seine Möbel. Eine dieser Banken, die Bonnard 1849 zu Marseille gründete und 1853 nach Paris verlegte, hat sich zehn Jahre gehalten; aber, wie Knies zeigt, nur darum konnte sie sich so lange halten, weil überall sonst der Geldverkehr fortdauerte. Daß die Waren nicht mehr in Geld abgeschätzt würden, war reine Einbildung. „Die Bankagenten mochten immerhin den Wert etwa von hundert Hüten in Quantitäten von Brot, Stiefeln u. s. w. abschätzen — da außerhalb der Anstalt überall Marktpreise in Geld für Hüte wie für Brot und Stiefeln feststanden, so war nichts als eine Umrechnung nötig, die gar keine Schwierigkeit machte“ (Das Geld S. 145—146). Daß neuerdings Flürscheim den Plan, den Geldverkehr durch Warenbanken zu verdrängen, wieder aufgenommen hat, wurde schon S. 58 erwähnt. Andre wollen statt des Metallgeldes und durch Metall gedeckten Papiergeldes Scheine einführen, die auf Quantitäten Getreide lauten. Das ist ein weniger unausführbares Projekt, aber solches Getreidegeld würde wegen der oft und schnell wechselnden Getreidepreise sehr stark im Kurse schwanken. Die Edelmetalle eignen sich eben deswegen besser als Getreide zum Wertmesser, weil sie geringern Schwankungen unterworfen sind. Absolut wertbeständig sind sie freilich auch nicht, das Silber ist sogar seit zwanzig Jahren rapid im Preise gesunken, weshalb vor der Hand das Gold als einziger sichrer Wertmesser übrig

bleibt. Um den Ausdruck: Geldpreis oder Geldwert zu verstehen, muß man überlegen, daß Gold und Silber Waren wie andre Waren sind, und daß an und für sich jede beliebige Ware als Wertmaßstab aller übrigen gebraucht werden kann. Man kann daher nicht allein den Leinwandwert mit Gold oder Silber, sondern auch den Gold- oder Silberwert mit Leinwand messen. Wenn vor achtzig Jahren hundert Ellen Leinwand hundert Mark gegolten haben und heute nur noch fünfzig gelten, so kann ich entweder sagen, der Leinwandpreis sei auf die Hälfte gefallen, oder der Goldpreis sei auf das doppelte gestiegen; im ersten Falle gebrauche ich Gold, im zweiten Leinwand als Maßstab. Aber dieser zweite Ausdruck wäre nur dann richtig, wenn Leinwand ganz allgemein als Maßstab für die Werte aller Waren, nicht bloß des Goldes gebraucht würde. Weil zur Zeit Gold der Wertmesser für alle übrigen Waren ist, so kann sein eigner Wert nicht an einer einzelnen Ware gemessen werden, sondern nur an der Gesamtheit aller übrigen Waren. Da deren Zahl aber ungeheuer groß ist, und da jede einzelne ihre eignen Wertschwankungen erleidet, so ist es ungemein schwierig, zu ermitteln, ob und um wie viel der Durchschnittswert der Waren im Verhältnis zum Werte des Goldes gefallen oder gestiegen sei. Ein sichres Urteil gewinnt man erst nach Ablauf langer Zeiträume: wenn es feststeht, daß sich eine Arbeiterfamilie vor hundert Jahren mit dreihundert Mark nähren und kleiden konnte, daß sie aber jetzt zur Beschaffung derselben Menge von Nahrungsmitteln und Kleidern mindestens sechshundert Mark braucht, so ist damit erwiesen, daß der Goldpreis seitdem auf die Hälfte gesunken ist. Adam Smith hat die richtige Thatsache hervorgehoben, daß, während Gold und Silber ihren Wert nur langsam in langen Zeiträumen ändern,

das Getreide zwar des wechselnden Ernteausfalls wegen von Jahr zu Jahr heftig im Preise schwankt,*) aber nicht dauernd steigt oder fällt, sondern um einen Mittelpreis schwankt, der durch die Jahrtausende derselbe bleibt. Denn da Brotkorn in allen Kulturländern das Hauptnahrungsmittel bildet, da die Masse des Volkes immer einen großen Teil ihres Einkommens darauf verwendet, da demnach der Tagelohn des Arbeiters niemals unter den Preis dessen sinken kann, was eine Familie an Brotkorn braucht, aus andern Gründen aber auch nicht viel höher als auf das doppelte davon steigt,**) so behält

*) Der Getreidepreis wird durch den jährlichen Ernteausfall bestimmt, weil von frühern Ernten nur verhältnismäßig wenig übrigbleibt, der Ernteertrag jedes Jahres demnach einen sehr bedeutenden Teil, meistens die größere Hälfte des jeweilen vorhandnen Getreidevorrats ausmacht. Dagegen macht die jährliche Ausbeute an Edelmetall nur einen kleinen Teil, auch in unsrer Zeit sehr ergiebiger Ausbeutung nur etwa ein Vierzigstel des Gesamtvorrats aus, weil ja die Edelmetalle fast unzerstörbar sind, sich sehr langsam abnutzen, der jeweilige Vorrat also aus den Ausbeuten von Jahrhunderten besteht. Daraus allein schon erklärt es sich, daß ihr Wert im Laufe der Zeit — wenn auch langsam — sinken muß; reichlicherer Verbrauch auf Schmuck, Geräte u. s. w. hält das Sinken auf; Erschließung neuer Lager, wie derer der Neuen Welt im sechzehnten und der neuentdeckten Gold- und Silberlager in unserm Jahrhundert, wozu noch die Erleichterung der Silbergewinnung durch Vervollkommnung der Technik kommt, beschleunigt den Gang der Entwertung.

**) Insbesondre deswegen, weil Erhöhung des Arbeitslohns die Kinderzeugung befördert und dadurch die Konkurrenz vermehrt, die die Arbeiter einander machen. Malthus, Ricardo und Lassalle haben das sogenannte eherne Lohngesetz verkündigt, wonach sich das Einkommen des Lohnarbeiters niemals dauernd über den notdürftigsten Lebensunterhalt erheben könne. Das ist zwar in der Theorie und in vielen einzelnen Fällen falsch, in der Praxis aber hat es sich bis heute im allgemeinen behauptet. Die Arbeiterfamilie verbraucht durchschnittlich die reichliche Hälfte ihres Einkommens auf Nahrungsmittel; wenn davon ein Teil besserer Art und teurer ist als Brot, so wird das dadurch aufgewogen, daß ein andrer Teil aus Kartoffeln besteht, die billiger sind.

der Preis des Brotkorns immer ungefähr dasselbe Verhältnis zum Tagelohn des Arbeiters, einer der häufigsten Einkommenformen, behält also ungefähr denselben Wert. Beträgt demnach der Durchschnittspreis des Getreides heut das zehnfache von dem Preise vor tausend Jahren, so werden wir nicht annehmen dürfen, daß der Getreidepreis auf das zehnfache gestiegen sei, sondern ersehen daraus, daß der Edelmetallpreis sehr bedeutend gefallen ist.*) Daher muß man sich, um die Getreidepreise benachbarter Jahre zu vergleichen, des Geldes bedienen, die Veränderungen des Geldpreises im Laufe der Jahrhunderte aber ersieht man einigermaßen an den Durchschnitts-Getreidepreisen. Wegen seiner heftigen Schwankungen von Jahr zu Jahr also würde sich das Getreide sehr schlecht zum Wertmesser und zur Grundlage der Währung eignen. Gelänge es freilich, was die Freunde der Getreidewährung erstreben, diese Schwankungen durch sozialistische Einrichtungen zu beseitigen, so fiele dieser Grund dagegen hinweg.

Wenn von einem Wertmesser die Rede ist, so ist das nicht so zu verstehen, als ob jeder Ware von Natur ein gewisser Wert innewohnte, dem Golde ebenfalls, sodaß der Warenwert am Goldwerte gemessen würde, wie das spezifische Gewicht aller andern Stoffe an dem des Wassers. Sondern der Warenwert ist weiter nichts als die im Marktpreis sich aussprechende Schätzung, die als das Ergebnis von Angebot und

*) Wenn auch nicht gerade genau auf ein Zehntel des damaligen Preises. Denn für sich allein kann Getreide freilich nicht als Wertmaß der Edelmetalle gebraucht werden; dieses Wertmaß ist die gesamte Gütermasse (siehe S. 191), und von dieser macht mit ihrer fortschreitenden Vermehrung Getreide einen immer geringern Teil aus. Immerhin aber bleibt es auch heute noch der wichtigste Bestandteil der Gütermasse, und hat man es daher, wenn die Schwankungen des Geldwertes ermittelt werden sollen, zunächst ins Auge zu fassen.

Nachfrage entsteht, sich fortwährend ändert, und in der reinen Naturalwirtschaft des großen Landgutes gar nicht vorhanden ist.

Zu den beiden Funktionen des Geldes, die wir ausführlich betrachtet haben, der als Tauschmittel und der als Wertmaß, kommen noch mehrere andre, deren Verständnis keine Schwierigkeit bereitet. Das Geld ist allgemeines Zahlmittel. Zahlen kommt nämlich nicht bloß beim Kaufgeschäft vor; es sind auch Steuern zu zahlen, ebenso Strafgelder, Tribute, Ablösungen von Dienstleistungen, Erbteile, Pachtzinsen, Interessen u. s. w. Ferner ist das Geld Wertträger. Als solcher dient es einmal zur Schatzbildung (Thesaurierung), man kann es aufheben und so ein Vermögen ansammeln, das man später vielleicht in eine andre Form zu verwandeln gedenkt; andrerseits dient es zum Werttransport. Der deutsche Bauer kann seine Grundstücke in Geld verwandeln, damit nach Amerika übersetzen und dortige Grundstücke dafür kaufen. Eine solche Wanderung der Vermögen wäre ohne allgemein durchgeführten Geldverkehr nicht möglich. Endlich kann das Geld als Darlehn zur Erzielung eines Zinses verwendet werden.

Ihre volle Wirkung als Tausch- und Zahlungsmittel haben die Edelmetalle erst erreicht, seitdem sie nicht mehr, wie ursprünglich beim Kaufgeschäft, in formlosen Stücken abgewogen, sondern zu Münzen ausgeprägt werden, deren Geltung in neuerer Zeit nur noch der Staat beglaubigen darf. Das Münzwesen erzeugt keine streitigen volkswirtschaftlichen Fragen; über das Historische und Thatsächliche gewährt jedes Konversatioslexikon Aufschluß. Dagegen ist über die Währung einiges zu sagen. Unter Währung (valuta, étalon, standard, legal tender) versteht man die gesetzliche Anordnung eines bestimmten Zahlungsmittels, die zweierlei umfaßt: die Bestim-

mung, welches der beiden Edelmetalle, oder ob beide als Wertmaßstab dienen sollen, und daß jeder genötigt wird, durch die empfangne Zahlung in Währungsmünze den Schuldner für gelöst von seiner Verpflichtung zu erklären, keiner aber gezwungen ist, Zahlungen über eine bestimmte Summe hinaus in anderm Gelde anzunehmen. Werden beide Edelmetalle für Währungsmetalle erklärt, so kann das Währungsgesetz noch bestimmen, in welchem Wertverhältnis sie zu einander stehen sollen. Demnach giebt es Gold-, Silber-, Doppel- und Papierwährung. Die Papierwährung ist, wie schon bewiesen wurde, darum nicht Währung im vollen Sinne des Worts, weil Papiergeld für sich selbst zwar ein Zahlungsmittel aber keinen Wertmaßstab bilden kann. Wertmaß wird das Papiergeld nur durch die Beziehung auf Metallgeld, setzt also voraus, daß in andern Ländern, mit denen das Papierwährungsland verkehrt, Metallgeld umläuft, nach dem sich der Wert der Papierscheine richtet, oder daß dieses Land früher Metallgeld gehabt hat, wonach die Papierscheine benannt worden sind. So war der österreichische Papiergulden der Stellvertreter eines zweidrittel Thaler werten Silberguldens.

Eine streng durchgeführte Doppelwährung haben eigentlich nur die Vereinigten Staaten bis zum Jahre 1873 gehabt. Durch ein Gesetz von 1792 ist nämlich bestimmt worden: „1. daß der verhältnismäßige Wert von Gold und Silber in allen Münzen, die nach dem Gesetze in den Vereinigten Staaten umlaufen, wie 15 zu 1 sein soll, d. h. daß jede 15 Pfund fein Silber in allen Zahlungen von gleichem Wert sein sollen mit einem Pfunde feinem Golde; 2. daß die in der Münzanstalt geprägten Gold- und Silbermünzen gesetzliches Zahlungsmittel bei jeder Art von Zahlung sein sollen, 3. daß jeder-

mann berechtigt sein soll, sowohl Gold als Silber in beliebiger Menge in die Münzanstalt zu bringen, und daß dieses in möglichst kurzer Zeit unentgeltlich für den Einbringer geprägt werden soll." Da sich das Silbergeld über Bedarf vermehrte, so nahm man 1873 einen Anlauf, durch Aufhebung der freien Silberprägung zur Goldwährung zu gelangen. Die mächtigen Silberminenbesitzer jedoch setzten 1878 die Blandbill durch, wonach monatlich mindestens zwei und höchstens vier Millionen Silberdollars geprägt werden mußten, und 1890 die Shermanbill, wonach monatlich viereinhalb Millionen Unzen Silber angekauft und eine dem Kaufpreis entsprechende Anzahl von Silberzertifikaten (also eine Art Papiergeld) ausgegeben werden mußte. Wird zwar beiden Metallen amtliche Zahlkraft zugesprochen, die freie Prägung aber nur einem von beiden zugestanden, so nennt man das hinkende Währung. Man kann also sagen, daß die Vereinigten Staaten seit 1873 eine hinkende Währung haben, die aber der Doppelwährung zustrebt, indem die Aufhebung der freien Silberprägung durch Silberankäufe von Staats wegen ausgeglichen wird. Die Wirkungen dieser Währungspolitik sind, daß der Staat einen Teil seiner Einnahmen auf die Anhäufung eines toten, gänzlich unverwertbaren Silberschatzes verwendet, der mehr und mehr eine Last wird, indem man ihn doch unterbringen und behüten muß, und daß dieser Staat bei der glänzendsten Finanzlage Goldanleihen aufnehmen muß, um seinen Zahlungsverbindlichkeiten genügen zu können, weil das Gold durch die Silberzertifikate der Staatsbank entzogen und aus dem Lande getrieben wird. Es ist nämlich ein wirtschaftliches Naturgesetz, auf das schon bei der Papierwährung hingewiesen wurde, daß das schlechtere Geld das bessere aus dem Lande treibt. Weil im vorliegenden Falle dem Silber und seinen

Stellvertretern, den Zertifikaten, von Amts wegen ein Wert beigelegt wird, den es nicht hat, oder was dasselbe ist, das Gold im Verhältnis zum Silber zu niedrig bewertet wird, verkaufen die Leute, die gemünztes oder Barrengold haben, dieses ans Ausland zu seinem wirklichen Werte, anstatt es zu Zahlungen im Inlande zu verwenden. Schlechteres Geld in diesem Sinne kann auch das Gold sein, wenn es amtlich über seinen Marktpreis bewertet wird. Das ist z. B. in England während des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts der Fall gewesen, wo alle Bemühungen der Regierung, das von ihr zu niedrig bewertete Silber im Lande zu behalten, scheiterten, sodaß man sich genötigt sah, zur Goldwährung überzugehen, die thatsächlich schon lange vorhanden war, ehe sie gesetzlich eingeführt wurde. (Englands Übergang zur Goldwährung von Philipp Kalkmann. Straßburg, J. Trübner, 1895.) Sobald ein solcher Zustand eintritt, d. h. sobald eine Regierung versucht, den Preis des einen Metalls künstlich über dem Marktpreise zu halten und dadurch die volle Verwertung des andern im eignen Lande unmöglich macht, wird das Aufkaufen des zu gering geschätzten Metalls und seine Versendung außer Landes ein lohnender Erwerbszweig für die Spekulanten. In den Vereinigten Staaten erzeugte der Goldabfluß zusammen mit der Inflation im Jahre 1893 eine furchtbare Geschäftsstockung; 585 Banken und Aktiengesellschaften fallierten mit einer Passivmasse von 722 Millionen Mark, 5000 kleinere Unternehmer gingen zu Grunde, und über eine Million Arbeiter wurden brotlos (Heyn a. a. O. S. 35). Der verständigere Teil der Politiker setzte daher im genannten Jahre die Aufhebung der Shermanbill durch, und fast gleichzeitig wurde in Indien die freie Silberprägung eingestellt. Diese beiden Maßregeln zusammen be-

wirkten einen letzten Sturz des Silberpreises; während Anfang 1873 das Kilo Silber 180 Mark gekostet hatte, galt es Ende 1893 nur noch 80 Mark.

Frankreich hatte seit 1803 gesetzliche Silberwährung, die aber durch Zulassung des Goldes als Zahlungsmittel und durch Festsetzung des Wertverhältnisses von $15^1/_2 : 1$ thatsächlich Doppelwährung wurde. Es hat dann mit Italien, der Schweiz, Belgien und Griechenland zusammen den lateinischen Münzbund geschlossen, und dieser hat infolge der Silberentwertung die freie Silberprägung eingestellt, hat also jetzt ebenfalls die hinkende Goldwährung. England hatte die Goldwährung schon 1816 eingeführt und rein durchgeführt. Das deutsche Reich ging 1873 zur Goldwährung über; nach dem Währungsgesetz ist niemand verpflichtet, mehr als zwanzig Mark in silberner Scheidemünze in Zahlung zu nehmen. Dagegen ist den Thalerstücken, die man nach und nach zu verkaufen gedachte, ihre gesetzliche Zahlungskraft zum vollen Nennwerte von drei Mark belassen worden; und da nun die Silberverkäufe eingestellt worden und noch über 400 Millionen Thaler als gesetzliche Zahlmittel im Lande geblieben sind, so ist auch unsre Goldwährung als hinkende zu bezeichnen. Der Unterschied von Thalern und Scheidemünzen ist also der, daß man z. B. mehr als zehn Zweimarkstücke nicht in Zahlung zu nehmen braucht, wenn man nicht will, Thalerstücke dagegen in unbeschränkter Zahl nehmen muß. Scheidemünze ist Kreditgeld, d. h. sein wirklicher Wert braucht seinem Nennwert nicht zu entsprechen, es kann weit weniger als für eine Mark Silber in einer Silbermark sein, weil sie ebenso wie ein Papierschein bloß eine Anweisung auf Gold, auf das Währungsgeld, und die Reichsbank verpflichtet ist, für je zwanzig Markstücke ein Zwanzigmarkstück oder zwei Zehnmarkstücke zu geben; darauf

beruht der Wert der Scheidemünzen, nicht auf ihrem Metallgehalt, nur daß sie immerhin einen sicherern Besitz bilden als Papiergeld, indem sie Feuer z. B. nicht verzehrt, sondern bloß schmilzt, sodaß dem Besitzer wenigstens ein Teil des Wertes in den Händen bleibt. Durch die Silberentwertung haben sich mittlerweile auch die ehemals vollwertigen Thalerstücke in Kreditgeld verwandelt, indem ihr Silbergehalt kaum noch die Hälfte von drei Mark wert ist. Da jetzt auch Österreich zur Goldwährung übergegangen ist, so hat die ganze europäische Kulturwelt mit Einschluß der Vereinigten Staaten teils die reine, teils eine hinkende Goldwährung. Ihr stehen die asiatische Welt (Indien, China, Japan) und einige wirtschaftlich wenig entwickelte amerikanische Staaten, unter denen Mexiko der wichtigste ist, als Silberwährungsgebiet gegenüber.*) Rußland hat Papierwährung; doch hat der Staat, weil er selbst Goldbergwerke besitzt, einen Goldschatz anzusammeln vermocht.

Die Doppelwährung kann juristisch, aber auf die Dauer nicht volkswirtschaftlich durchgeführt werden, d. h. der Staat kann es durchsetzen, daß sich jeder seiner Angehörigen mit der empfangnen Zahlung, wenn sie nur in Währungsmünzen geleistet worden ist, unter allen Umständen für befriedigt erklären muß, aber er kann es nicht hindern, daß das eine der beiden Metalle im Preise sinkt, daß das wert-

*) Indien gehört seit Aufhebung der freien Silberprägung eigentlich nicht mehr dazu, sondern ist jetzt ein Land mit unterwertiger Valuta. Dasselbe gilt nach Heyn, a. a. O. S. 105, von den südamerikanischen Staaten, die Silber produzieren und daher ihr Geld aus Silber herstellen. Heyn rechnet daher nur China, Japan und Mexiko als Silberwährungsländer; alle übrigen, die nicht Goldwährung haben, haben eine unterwertige Valuta, mit dem Unterschiede, daß sie bei den einen aus Silber, bei den andern aus Papier angefertigt wird.

vollere auf dem eben beschriebnen Wege abfließt und das schlechtere als alleiniges Tausch- und Zahlungsmittel übrig bleibt. Bevor dieses Endergebnis eingetreten ist, können kluge Spekulanten sehr einträgliche Geschäfte machen. Bekämen wir z. B. jetzt Doppelwährung, so könnte ein Schuldner, der hunderttausend Mark zu zahlen hätte, das dafür nötige Silber schon mit 2500 Zwanzigmarkstücken kaufen, statt mit 5000, also einen Gewinn von 50000 Mark einstecken, doch würde das nicht lange dauern, da sich alle Gläubiger beeilen würden, die Pflicht der Rückzahlung in Gold kontraktlich zu erzwingen, in Zukunft aber die Darlehn nicht in Gold, sondern in Silber gewährt werden würden. Auch würde durch die vermehrte Nachfrage nach Silber dessen Preis bedeutend steigen.

So lange sich die Schwankungen des Preises der beiden Edelmetalle in mäßigen Grenzen hielten, brachte die Doppelwährung keine fühlbaren Übelstände hervor. Die in Nordamerika und in Frankreich gesetzlich bestimmten Verhältnisse von 15:1 und von $15^1/_2$:1 entsprachen ungefähr dem thatsächlichen Verhältnis, und darin haben die Anhänger der Doppelwährung wahrscheinlich Recht, daß gerade sie es war, die bei beginnender Entwertung des einen der beiden Metalle das alte Verhältnis immer wieder herstellte. Namentlich das geldreiche Frankreich ließ seine Doppelwährung als „Kompensationspendel“ auf dem Geldmarkte spielen. Wurde das Silber billiger, so war es vorteilhaft, in Silber zu zahlen; die französischen Bankiers kauften daher große Mengen Silber im Auslande, hoben aber eben durch diese starke Nachfrage wieder den Silberpreis. Das nämliche geschah beim Sinken des Goldpreises. So war Frankreich eine Zeit lang die Wechselstube der Welt. (Mark, Rubel und Rupie von Wilh. Launhardt, Geh. Regierungs-

rat. Berlin, Ernst und Sohn, 1894, S. 18.) Aber die Erwartung, daß dieser Zustand auch jetzt wiederum herbeigeführt werden könne, wenn sich nur ganz Europa zur Doppelwährung bequemen wollte, würde sicherlich getäuscht werden. Sie beruht auf der Ansicht, daß nur der Übergang Deutschlands zur Goldwährung und die Einstellung der Silberprägung in Frankreich an dem Fallen des Silberpreises seit 1873 schuld sei. Diese Ansicht ist aber offenbar falsch; die Entdeckung neuer sehr reicher Silberadern und die Verbilligung der Silbergewinnung durch eine sehr verbesserte Technik mußten notwendigerweise den Silberpreis drücken. Noch dazu wurde der Minderverbrauch von Silber zu Münzzwecken in den genannten Staaten durch die starken Silberankäufe in Nordamerika reichlich aufgewogen, und es ist (nach Lexis) in der Zeit von 1873—1893 weit mehr Silbergeld geprägt worden als je zuvor, doppelt so viel als in den zwanzig Jahren 1850—1870, sodaß man von einer „Demonetisierung" des Silbers eigentlich erst seit 1893 (Aufhebung der Shermanbill und Einstellung der freien Silberprägung in Indien) zu sprechen berechtigt ist; die Entwertung ist also der Demonetisierung vorhergegangen und kann nicht ihre Wirkung sein; allerdings hat diese dem Silber den letzten Stoß gegeben. Wollte man die Doppelwährung einführen, so entstünde auch noch die schwierige Frage, welches Wertverhältnis angenommen werden solle. Das alte von $15^1/_2 : 1$ künstlich erzwingen zu wollen, wäre ein wahnsinniges Unterfangen, das scheitern müßte, wie bisher alle Versuche, für irgend eine Ware einen höhern Preis, als ihn der Markt bildet, durchs Gesetz erzwingen zu wollen, gescheitert sind. Wollte man aber das jetzige thatsächliche Verhältnis, das augenblicklich 30,7 : 1 ist, wählen, so wäre damit den Leuten, die an hohen Silberpreisen

interessiert sind, z. B. den Silberminenbesitzern — und diese sind die Urheber der bimetallistischen Bewegung — nichts gelegen. Außerdem würde, da die Schwankungen des Silberpreises noch nicht zur Ruhe gelangt sind, der Verkehr großer Unsicherheit ausgesetzt und die obenbeschriebne Art von Spekulationsgeschäften unmäßig begünstigt. Es wird ja mit der Zeit wieder ein Gleichgewichtszustand eintreten und ein neues, geringen Schwankungen ausgesetztes Verhältnis zwischen den Werten der beiden Metalle sich bilden, mit dem man auf eine Reihe von Jahren hinaus rechnen kann; dann könnte man den Übergang zur Doppelwährung, wenn diese sich durch irgend welche Vorzüge empfehlen sollte, in Erwägung ziehen. Was das für Vorzüge sein sollten, ist allerdings schwer einzusehen. Auch bei geringen Abweichungen des gesetzlichen Wertverhältnisses von dem thatsächlichen blüht schon die oben beschriebne Spekulation, die viel Geld aus den Taschen der produktiven Arbeiter in die der Spekulanten überführt, während wir Deutschen heute auf diese Weise niemals auch nur einen Pfennig verlieren.

Geringer ist die Gefahr von Verlusten durch Betrug, Spekulation und Unkenntnis der Marktverhältnisse bei Parallelwährung, wo zwar beide Metalle als gesetzliche Zahlmittel gelten, ein Wertverhältnis zwischen beiden aber nicht vorgeschrieben ist. Bei dieser Art Währung pflegt in Kontrakten ausdrücklich angegeben zu werden, in welchem Metall die Zahlung geleistet werden soll, wie das in Preußen vor Einführung der Reichswährung der Fall war. Verpflichtete sich jemand zur Zahlung von 100 Thalern in Gold, leistete aber dann die Zahlung in Silber, so hatte er je nach dem Kurs 110 oder 112 Thaler oder eine ähnliche Summe zu zahlen. Denn Silber bildete den Wertmaßstab; nicht ihm, sondern dem

Golde schrieb man daher die Preisschwankungen zu. Gold stand aber gewöhnlich höher im Preise, als die Doppelwährungsländer bei Festsetzung des Wertverhältnisses angenommen hatten, hatte daher ein Agio. Im Mittelalter und dann noch bis ins achtzehnte Jahrhundert hinein, wo sich das Münzwesen in heilloser Verwirrung befand, eine Unzahl verschiedner und zum Teil minderwertiger Münzen umliefen, wurde bei Verträgen nicht bloß das Metall vereinbart, sondern auch die Münzsorte, in der die Zahlung geleistet werden sollte, z. B. in ungarischen Goldgulden.

Es liegt in der Natur der Sache, daß streng genommen nur eines der beiden Metalle Wertmaß sein kann. Das andre mag immerhin als Zahlungs- und Tauschmittel gebraucht werden, aber jede Veränderung des Wertverhältnisses wird immer ihm, nicht dem eigentlichen Wertmesser zugeschrieben werden. Ein sich veränderndes Maß ist gar kein Maß; eine Elle zu gebrauchen, die in der Hand des Messenden bald länger bald kürzer würde, könnten höchstens Betrüger vorschlagen. Und wenn sich der Wert des einen durch gesteigerte Produktion in ganz auffälliger Weise vermindert, wie jetzt der des Silbers, so wird man nicht dieses, sondern das andre, das wertbeständigere, wählen. Unsre festen Währungsverhältnisse sind eine große Wohlthat: jeder weiß genau, was er an seinem Gelde hat; es begegnet dem Arbeiter niemals, daß ihm von seiner sauer verdienten Mark beim Wechseln zwanzig Pfennige abgezogen würden, wie dies in Ländern mit schlechten Finanzen und schlechter Währung vorkommt (unsre Silbermark ist zwar an sich nur noch wenig über fünfzig Pfennige wert, gilt aber eine volle Mark, weil sie eine Anweisung auf Gold ist. Die Goldmark, die ja nicht ausgeprägt wird, weil sie zu klein ausfallen würde,

ist der 1395ste Teil von einem halben Kilo Gold). Der Deutsche kann die ganze Welt durchreisen, überall wird sein Gold für voll angenommen, und ebenso sein Reichspapiergeld, weil es Anweisung auf das Gold des damit wohl versehenen Reiches ist. (Anfang 1895 hatte das Reich in der Reichsbank 800, in den Landesbanken 80, im Juliusturm 120, im Umlauf 1500 Millionen Mark in Gold. Nach Lexis hatte Deutschland beim Beginn seiner Münzreform 1700 Millionen Mark an Edelmetallgeld, gegenwärtig aber an Goldmünzen, Bankbarren und mit dem Golde den Paristand behauptenden Kreditsilbermünzen 3380 Millionen Mark, während die Bevölkerung nur von 40 auf 50 Millionen gestiegen ist.) Die Nordamerikaner, die eine schwankende Währung, und die Indier, die Silberwährung haben, befinden sich allerdings in großer Verlegenheit, aber wir doch nicht, und es ist schlechterdings nicht einzusehen, warum wir uns denen zu Gefallen in gefährliche Abenteuer stürzen sollten, von denen noch dazu gar nicht vorauszusehen ist, ob sie nicht, anstatt die Schmerzen der Silber- und Doppelwährungsländer zu heilen, die ganze Welt in Verwirrung stürzen würden.

Die angeblich durch die Goldwährung verursachten Übel sind reine Einbildung. Es ist nicht wahr, daß die Goldwährung den Goldpreis gesteigert und dadurch alle Waren billig gemacht habe. Hätte sie es aber gethan, so wäre das gar kein Unglück.

Die Wörter teuer und wohlfeil bezeichnen das Verhältnis des Edelmetallpreises zum Preise der übrigen Waren.*) Wenn man im Jahre 1200 für

*) Dieses Verhältnis zu ermitteln, ist, wie schon Seite 191 bemerkt wurde, ungeheuer schwierig, weil erstens die Warenpreise niemals gleichmäßig steigen und fallen, sondern die einen steigen, wäh-

ein Pfund Gold oder Silber zehnmal so viel Güter bekam wie heute, so waren damals die Waren zehnmal so wohlfeil, oder, was dasselbe ist, die Edelmetalle zehnmal so teuer wie heute. Eben deswegen, weil damals die Edelmetalle zehnmal so selten und daher zehnmal so teuer waren, hatten sie zehnmal stärkere Kaufkraft, waren also die Waren zehnmal so billig. Der gewaltige Unterschied zwischen dem mittelalterlichen und dem modernen Warenpreise beruht der Hauptsache nach auf der Zunahme des Edelmetallvorrats seit jener Zeit und auf der entsprechend gesunknen Kaufkraft des Goldes und Silbers.

Es ist nun klar, daß zwar der Übergang von dem einen zum andern Preisstande desto größere Nöte erzeugen muß, je plötzlicher er eintritt, daß aber nach erfolgter Ausgleichung der eine Zustand ganz so gut ist wie der andre. Sinkt der Edelmetallwert durch die Zunahme des Vorrats plötzlich, wird heuer vielleicht doppelt so viel Gold oder Silber erfordert, die zum Lebensunterhalt nötigen Güter zu kaufen, als vorm Jahre, so geraten dadurch alle Personen, deren Ein-

rend die andern fallen, und jede in einem andern Grade und Tempo als die andern; weil zweitens die Zusammensetzung der Gütermasse beständig wechselt; heute giebt es mindestens zehnmal, vielleicht aber sogar hundertmal soviel verschiedne Güterarten wie vor tausend Jahren; Getreide, das Smith als Wertmaß für die Edelmetalle vorschlägt, bildet also heute einen weit kleinern Teil der dem Metallgeld gegenüberzustellenden Gütermasse als damals; weil endlich drittens der Wert der Güter fürs Volk, ihre Wichtigkeit sehr verschieden ist. Wenn man daher hundert verschiedne Güter zusammenstellte, die billiger geworden wären, die meisten von ihnen aber wären Gegenstände von so geringer Wichtigkeit, wie etwa Ingwer, Glaceehandschuhe und Nippsachen, und es fehlten die allerwichtigsten, wie Wohnung, Fleisch, Milch, Brot, Leder, Holz, so wäre der Schluß, daß die Gesamtgütermasse billiger, das Geld also teurer geworden wäre, übereilt und wahrscheinlich falsch. Über die Methoden solcher Untersuchungen siehe: Zur Geschichte der Preisrevolution des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts von Dr. Georg Wiebe. Leipzig, Duncker und Humblot, 1895.

kommen das nach dem vorjährigen Maßstabe zum standesgemäßen Leben erforderliche nicht wesentlich übersteigt, in die entsetzlichste Not. Es sind dies die Lohnarbeiter, die mittlern und kleinen Beamten, die kleinen Rentner. Landwirte dagegen, Handwerker, Kaufleute und Fabrikanten passen sich der veränderten Lage am schnellsten an, oder vielmehr sie sind es eben, die durch Preisaufschläge die Lage verändern. Mit der Zeit steigen die Einkommen der übrigen Stände entsprechend, und wenn die Ausgleichung vollendet ist, ist alles wieder so wie vorher. Es ist vollkommen gleichgiltig, ob der Sack Roggen einen Thaler oder zehn Thaler kostet, vorausgesetzt, daß im zweiten Falle die Besoldungen und Arbeitslöhne zehnmal so hoch sind wie im ersten. Die Einführung der Goldwährung könnte demnach, als Beschränkung der Zahlungsmittel des Weltmarktes, recht wohl das Geld teurer und die Güter billiger gemacht haben, und das würde ein Vorteil für einige Klassen von Konsumenten, ein Nachteil für manche Produzenten gewesen sein; allein mit der Zeit würden die Besoldungen, die Grundstückpreise, die Leihkapitalien entsprechend sinken, und nach Herstellung des Gleichgewichts würde alles wieder so sein wie zuvor.

Diese Art von Teuerung und Billigkeit, die auf der vorhandnen Menge von Edelmetall beruht, ist demnach für das Volkseinkommen und das Volkswohl gleichgiltig. Nur von den Übergängen von einem Preisstande zum andern wird das Volkswohl berührt, und von den Verschiebungen der Warenpreise und der Einkommen bei unverändertem Stande des Edelmetallpreises. Wird bei gleichbleibendem Edelmetallvorrat die Produktionsweise in einzelnen Zweigen der Landwirtschaft oder Industrie derart verbessert, daß die Produktenmenge stärker wächst als die Bevölkerung, so werden diese Produkte billiger,

ohne daß sich die Edelmetallmenge verringerte, und diese Art von Verbilligung bedeutet eine Erhöhung aller Einkommen, indem sich jeder mit derselben Geldsumme eine größere Menge jener Produkte verschaffen kann. Ob aber diese Einkommenerhöhung die Lage des Volks verbessert, und in welchem Grade, das hängt davon ab, welcher Art die Güter sind, deren Menge vermehrt wird. Je wertvoller für den Gebrauch und je allgemeiner nötig sie sind, desto mehr bedeutet ihre Vermehrung, die den Preis ermäßigt, eine Erhöhung des Volkseinkommens und eine Vermehrung des Volkswohls. Deshalb steigen das Volkseinkommen und das Volkswohl in dem Maße, als gute Wohnung, Nahrung und Kleidung billiger werden; denn auf diese drei Arten von Gütern beschränkt sich das Einkommen von neun Zehnteln des Volks; billig, meinen wir also, nicht durch Verteuerung der Edelmetalle, sondern bei gleichbleibendem Edelmetallpreise billig im Vergleich zu den Luxuswaren, zu den Arbeitslöhnen, zu den kleinen Besoldungen und Renten. Für die Grundbesitzer bedeutet die Verbilligung der Wohnungen und Lebensmittel einen Verlust, aber nur in dem Maße, als ihr Besitz groß und ihr Einkommen nicht Arbeitslohn, sondern Rente ist. Der Kleinbürger, der sein Häuschen selbst bewohnt, der mit Naturalien abgelohnte ländliche Arbeiter, der Kleinbauer, der seinen Roggen selbst aufißt, diesen allen sind die Grundstückpreise und die Kornpreise gleichgiltig. Was aber die Grundrentner anlangt, so wird von dem Nachteil nicht ihr Stand überhaupt betroffen — denn die Grundstückpreise folgen den Preisen der Produkte, und bleibt der Roggen billig, so wird mit der Zeit auch das Bauerngut billig —, sondern nur die darunter, die ihren Grundbesitz in der teuern Zeit gekauft haben. Wenn aber keinem das Recht bestritten wird, auf billig gekauftem

Lande bei steigender Grundrente und steigendem Grundstückpreise reich zu werden, so hat auch keiner das Recht, den Staat und die Gesetze anzuklagen, wenn er bei umgekehrter Preisbewegung arm wird. Wer die Unglücksfälle gesetzlich ausschließen will, der muß auch die Glücksfälle ausschließen, auf das Reichwerden verzichten und den Kommunistenstaat fordern. Das Volkswohl wird durch solches Glück und Unglück einzelner Grundbesitzer nicht berührt.

Sind nun die hauptsächlichsten Einkommengüter seit 1873 im Preise derart gefallen, daß man von einem allgemeinen Sinken der Warenpreise sprechen könnte? Den Behauptungen der Bimetallisten widersprechen zunächst die Klagen aller Beamtenklassen, die unter Berufung auf eine angebliche Verteuerung des Lebensunterhalts allesamt Aufbesserung verlangen, und es würde kaum die Mühe lohnen, jene Behauptungen ernstlich zu prüfen, wenn nicht in den letzten Jahren auch sehr angesehene Organe der öffentlichen Meinung dem Bedenken Raum gegeben hätten, ob nicht infolge der durch die neue Währung verschuldeten Geldknappheit ein allgemeiner Preisfall eingetreten sei.

Verschiedne Statistiker haben den Preisfall nachzuweisen gesucht. An einigen hundert Warensorten ist die Preisbewegung verfolgt worden. Aber wenn auch einige tausend Warensorten billiger geworden wären, so lange Wohnung, Kleidung, Nahrung und Heizung nicht billiger geworden sind, kann man von einem allgemeinen Preisrückgange nicht sprechen; diese Güter allein wiegen viele tausend für das Volkswohl gleichgiltige Handelsartikel auf.

Man beruft sich z. B. auf Giffen, der den Preisfall seit 1873, für England wenigstens, an Eisen, Kupfer, Kohlen, Weizen, Baumwolle, Wolle und Zucker nachweist, und führt auch die steigende Verlegenheit

der englischen Baumwollenindustrie auf die Goldwährung zurück. Es ist doch aber klar, daß das Schicksal der Textilindustrie aller Länder bei jeder Art von Währung unabwendbar ist. Die Maschinenspinnerei und -weberei, die noch immerfort vervollkommnet wird, und die sich mehr und mehr über alle Kulturstaaten verbreitet, hat die Produktion dermaßen erleichtert, daß es kein noch so toller Modewechsel dem Weltmarkte möglich machen kann, die ungeheuern Gewebemassen, die alljährlich erzeugt werden, zu verdauen, und keine Macht der Erde und keine Währungspolitik vermöchte unter diesen Umständen den Geweben auf die Dauer lohnende Preise zu sichern. Der Zuckerkrach sodann ist bekanntlich durch die Exportprämien verschuldet worden; und trotz allem Jammer über die schlechten Zuckerpreise steigt die deutsche Produktion immer noch: von 12700000 Doppelzentnern im Jahre 1894 auf 16899000 im Jahre 1895 (der innere Verbrauch ist von 2850000 Doppelzentnern im Jahre 1880 auf 6000000 Doppelzentner gestiegen). Das Eisen kämpft nicht erst seit 1873. Der Aufschwung der Maschinentechnik, die Eisenbahnbauten, die Eisenarchitektur, die großen Kriege und der bewaffnete Friede haben die Eisenindustrie groß gemacht. Allein der Eisenbahnbau kann, nachdem die wichtigsten Netze ausgebaut sind, nicht in demselben Tempo fortschreiten, auch für den Bedarf der Industrie und der Landwirtschaft an Maschinen giebt es einen Sättigungsgrad, und dem guten Willen der Regierungen und Parlamente, den Eisenindustriellen mit neuen Gewehren, Kanonen und Panzerschiffen zu Hilfe zu kommen, zieht die erschöpfte Steuerkraft der Völker alljährlich immer engere Grenzen. Auf diesen sehr natürlichen Gründen beruht der Fall des Eisenpreises. Lexis schreibt in seinem Aufsatze über die Verhandlungen der deutschen

Silberkommission (Preußische Jahrbücher 1895, Märzheft): „Während in den Jahren 1871 bis 1873 in Deutschland durchschnittlich nur 799000 Tonnen Roheisen dargestellt wurden, stieg das durchschnittliche Jahreserzeugnis in der Periode 1871 bis 1875 auf 1946000 Tonnen, und am Ende der achtziger Jahre überschritt die Produktion schon 4500000 Tonnen. Das einzige Mittel, den Absatz diesem enorm steigenden Angebot entsprechend zu erweitern, war die Herabsetzung des Preises, die durch Verminderung der Selbstkosten mittels technischer Verbesserungen ermöglicht wurde. Wie weit dies gelungen ist, beweist der Umstand, daß z. B. im Jahre 1887 4024000 Tonnen Roheisen mit einer nur wenig größern Arbeiterzahl (21432 Mann) dargestellt wurden, als in den Jahren 1861 bis 1865 für die Durchschnittsproduktion von 799000 Tonnen (20963 Mann) erforderlich waren. Auch haben viele Eisenwerke trotz des gesunknen Preises seit 1879 wieder sehr befriedigende Dividenden gebracht." Von der Eiseninduſtrie hängen die Kohlenpreise ab, von deren Sinken übrigens, wie vielfach behauptet wird, der gemeine Mann beim Einkauf seines Feuerungsmaterials nicht viel spürt, da die Großhändler durch Ringbildung den Gewinn in ihre Taschen zu leiten verstehen. Außerdem hat die fortschreitende Maschinentechnik auch die Kohlengewinnung erleichtert und gefördert. Wenn aber der Getreidepreis gegen früher gefallen oder wenigstens nicht gestiegen ist, so haben wir das nicht der Goldwährung, sondern bekanntlich dem nordamerikanischen Weizenbau zu verdanken, der erst seit 1870 einen so gewaltigen Umfang angenommen hat. Dazu kommen seit einigen Jahren noch Indien und Argentinien als Weizenlieferanten.

Fragen wir nun, wie es sich mit den Preisen jener hauptsächlichsten Güter verhält, die den größten

Teil des Volkseinkommens ausmachen, so sind allerdings die meisten Kleiderstoffe aus dem angeführten Grunde billiger geworden; die meisten, sagen wir, nicht alle, weil Tuch seinen Preis so ziemlich behauptet. Stiefel und Schuhe werden sogar teurer; neuerdings ist der Lederpreis enorm gestiegen. Die Wohnung wird stetig teurer. Bei den Nahrungsmitteln ist zwischen den animalischen und den vegetabilischen zu unterscheiden. Die erstern behaupten nicht allein ihren Preis, sondern werden eher teurer als billiger. Im Handwörterbuch für Staatswissenschaften, Band 3, Seite 566 ff. finden wir folgende Angaben. Der Preis des Rindfleisches und Schweinefleisches, in Pfennigen für 1 Kilogramm ausgedrückt, ist in der Zeit von 1811 bis 1890 gestiegen in Berlin von 89 und 90 auf 126 und 144, in Halle von 77 und 96 auf 126 und 135 Pfennige. In den Jahren 1861 bis 1890 ist der Preis beider Fleischsorten gestiegen: in 165 Städten Preußens von 88 und 105 auf 117 und 128, in Baden von 121 und 125 auf 136 und 141, in Wien von 103 und 125 auf 136 und 141, in Frankreich (wo der Nachweis bloß bis 1887 reicht) der des Rindfleisches von 111 auf 149 Pfennige, während Schweinefleisch, wie am Anfang der Periode, auf 122 steht.

Sauerbeck und Soetbeer haben die Preise untersucht — der eine von 45 Artikeln für London, der andre von 114 für Hamburg; Sauerbeck setzt die Durchschnittspreise der Periode 1867—1877, Soetbeer die von 1847 bis 1850 = 100, und beide berechnen darnach die Verhältniszahlen der Fleischpreise wie der Durchschnittspreise jener 45 und 114 Artikel für die Jahre vor und nach jener Periode. Sauerbeck findet für London einen mäßigen Preisrückgang der animalischen Nahrungsmittel von 90 in den Jahren 1818 bis 1827 auf 82 im Jahre 1890 (höchster Preis

104 im Jahre 1884, also nach 1873) und für die Gesamtheit der in Betracht kommenden Waren von 111 (das zugleich der höchste Preis ist) auf 73. Nach Soetbeer ist der Durchschnittspreis aller Produkte der Viehzucht und Fischerei von 100 im Jahre 1847 auf 130 im Jahre 1888 und für die sämtlichen 114 Artikel von 100 auf 102 gestiegen. Für Ochsenfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch und Schweinefleisch besonders lauten die Zahlen des Jahres 1890: 158, 186, 147, 148.

Was das Getreide anlangt, so ist der Preis für 1000 Kilogramm Roggen in Preußen von 151 Mark 80 Pfennigen im Jahre 1816 auf 167 Mark im Jahre 1890 gestiegen; den höchsten Durchschnittspreis von 170 Mark 80 Pfennigen ergeben die Jahre 1871 bis 1875. Von einem stetigen Fallen nach 1873 ist keine Rede; der Preis steigt und fällt nach wie vor 1873 und wie zu allen Zeiten nach dem wechselnden Ernteausfall. In England allerdings ist der Weizenpreis, obwohl unter großen Schwankungen, seit 1816 stetig und bedeutend gefallen, nämlich von 364 auf 147 Mark 80 Pfennige. Man muß aber auch bedenken, erstens, daß in England wegen des enormen Reichtums der reichen Leute, worin es bis um die Mitte des Jahrhunderts eine Ausnahmestellung in der Welt einnahm, der Geldwert geringer war als in allen übrigen Ländern, und daß sich dieser Unterschied seitdem ausgeglichen hat; zweitens, daß dort die durch Schutzzölle künstlich gesteigerten Getreidepreise im Anfange des Jahrhunderts für die ärmern Klassen unerschwinglich waren, und daß unter diesen bis in die dreißiger Jahre wirkliche Hungersnot herrschte.

Wenn in Deutschland die Nahrungsmittel heute durchschnittlich nicht höher stehen als 1816, so bedeutet das allerdings schon eine Verbilligung, weil ja seit der Erschließung der kalifornischen Lager der Preis der Edelmetalle stetig gesunken ist. Dieser Vor-

teil für die untern Klassen wird aber einerseits durch Verteuerung der Wohnung aufgehoben, andrerseits durch die Ausgaben, zu denen die von den höhern Klassen ausgehende stetige Erhöhung der Lebensführung, die Polizei, die Schule, der Staat nötigen.

Das Ergebnis unsrer Untersuchung lautet: 1. Ein allgemeines Sinken der Warenpreise seit 1873 ist nicht nachzuweisen. 2. Im Gegenteil, die stetige Zunahme der Edelmetallmenge seit der Mitte unsers Jahrhunderts würde sehr empfindliche Preissteigerungen zur Folge haben, wenn nicht bei den Industrieerzeugnissen die verbesserte Technik, bei den Nahrungsmitteln der erleichterte Handelsverkehr entgegenwirkte. Sollte die Einführung der Goldwährung 1873 in demselben Sinne gewirkt und die Preissteigerung gehemmt haben,*) so würden wir darin nicht ein Übel, sondern eine Wohlthat sehen. 3. Sollte irgend einmal irgendwelche Währungspolitik — was aber sehr unwahrscheinlich ist — dauernde allgemeine Billigkeit oder dauernde allgemeine Teuerung in dem zuerst erklärten Sinne erzeugen können, so wäre das ganz gleichgiltig für das Volkswohl. Dieses wird, abgesehen von den allerdings meist schmerzlichen Übergängen, nur durch allgemeine Preisänderungen der an zweiter Stelle erklärten Art berührt, d. h. durch solche, die nicht von der Vermehrung oder Verminderung des Geldvorrats, sondern von der Verminderung oder Vermehrung der Gütermenge im Verhältnis zur Volkszahl verursacht werden, und zwar bedeutet dann die Wohlfeilheit ein Glück, weil sie die Wirkung einer vermehrten Gütermenge, also einer Erhöhung des Volkseinkommens ist.

---

*) Woran aber gar nicht zu denken ist, weil sich die Kulturwelt niemals eines solchen Überflusses an gemünzten Metallen erfreut hat wie heute. Über den Geldstand des deutschen Reiches siehe S. 204.

Die Bimetallisten und Silberfreunde klagen ferner, daß die Scheidung der Welt in ein Gold- und in ein Silberwährungsgebiet die Goldländer im Handel benachteilige, die Einfuhr von Waren aus den Silberländern zu uns begünstige und unsre Ausfuhr dahin hemme; insbesondre verweist man auf die Einfuhr russischen Roggens und indischen Weizens. Darauf ist zu erwidern, daß der Vorteil für Rußland, soweit er vorhanden sein mag, nicht aus der Silberwährung entspringt, die es nicht hat, sondern aus seiner unterwertigen Papierwährung, d. h. aus seinem schlechten Kredit, und daß daran gar nichts geändert würde, wenn wir Silber- oder Doppelwährung hätten: so lange es um Rußlands Finanzen schlecht bestellt ist, wird sein Papierrubel stets unter Pari stehen. Daß man durch zahlen mit schlechtem Gelde unter Umständen — d. h. so lange die Unterwertigkeit dieses Geldes nicht anerkannt wird — einen Vorteil erzielen könne, haben die Falschmünzer von jeher gewußt; daraus folgt aber doch nicht, daß das deutsche Reich unter die Falschmünzer gehen müsse, was zudem gar nicht möglich wäre: in frühern Zeiten, z. B. zur Zeit der Kipper und Wipper, ist allerdings die Falschmünzerei mitunter im großen, von Staaten und Fürsten, betrieben worden. Sobald die Unterwertigkeit eines Geldes allgemein anerkannt ist, hört der Vorteil für seine Exporteure auf, indem sich die Inlandspreise den Auslandspreisen anpassen, wie schon auf S. 181 bemerkt worden ist. In Ländern von europäischer Kultur und mit lebhaftem Verkehr erfolgt der Ausgleich rasch, wie man das bei Österreich erlebt hat. Im Orient, wo der Reiche sein Gold und Silber im Kasten verwahrt, der gemeine Mann bei seiner Bedürfnislosigkeit und noch teilweise herrschender Naturalwirtschaft sehr wenig Edelmetall braucht und in die Hand bekommt (im indischen

Volke kursieren fast nur Kupfermünzen), das Geld also nicht die Rolle spielt wie bei uns, geht der Ausgleich sehr langsam vor sich; deshalb läßt sich vermuten, daß die Silberentwertung die Einfuhr des indischen Weizens, der jedoch nur einen unbedeutenden Teil unsrer Gesamteinfuhr ausmacht, thatsächlich begünstigt habe.

Übrigens erfolgt der Ausgleich auch noch auf einem andern Wege, der von der Anpassung des Geldwertes des Landes mit unterwertiger Valuta an den Auslandskurs unabhängig und um so wichtiger ist, da ja doch im internationalen Verkehr die Waren zu guter letzt nicht mit Geld, sondern immer mit Waren bezahlt werden. Es sei, schreibt Launhardt a. a. O. S. 28, „in Rußland der Preis für eine Tonne Roggen 50 Rubel und für eine Tonne Stahl 90 Rubel, dagegen koste in Deutschland eine Tonne Roggen 120 Mark und eine Tonne Stahl 198 Mark. Roggen und Stahl sollen dabei alle von Rußland ausgeführten oder dahin eingeführten Waren darstellen. Nach den angegebnen Preisen schätzt man in Rußland eine Tonne Stahl so hoch wie 1,8 Tonnen Roggen, in Deutschland dagegen nur wie 1,65 Tonnen Roggen. Durch diesen Unterschied im Preisverhältnis ist die Grundlage für eine gewinnbringende Ausfuhr von Roggen aus Rußland nach Deutschland gegen Austausch von Stahl gegeben. Kauft jemand in Deutschland eine Tonne Stahl für 198 Mark, liefert sie nach Rußland, erhält dafür einen Wechsel von 90 Rubel, bezahlt damit 1,8 Tonnen von Rußland bezogenen Roggen, die er in Deutschland für $1{,}8 \times 120 = 216$ Mark verkauft, so hat er 18 Mark gewonnen. Der Gewinn erklärt sich dadurch,*) daß man mit 198 Mark gegen 90 Rubel, also zu einem

*) Soll vielmehr heißen: Die Entstehung des Gewinns läßt sich auch so darstellen, daß u. s. w.; denn eine Erklärung ist ja gar nicht nötig.

Rubelkurse von 2 Mark 20 Pfennigen, Stahl nach Rußland verkaufte, dagegen mit 90 Rubel gegen 216 Mark, also zu einem Rubelkurse von 2 Mark 40 Pfennigen, Roggen von Rußland bezog; es wurden an jedem Rubel 20 Pfennige Kursgewinn, also an den umgesetzten 90 Rubeln die bereits berechneten 18 Mark verdient. Dieses gewinnbringende Geschäft läßt sich aber nicht bis ins Unbegrenzte wiederholen, sondern es kommt der Rubelkurs zwischen den beiden Grenzen von 2 Mark 20 Pfennigen und 2 Mark 40 Pfennigen bald zu einer mittlern Gleichgewichtslage. Durch die Ausfuhr des Stahls wird auf dem deutschen Markte der Preis des Stahls etwas höher, wogegen in Rußland durch das vermehrte Angebot der Preis für Stahl niedriger wird, dadurch steigt der Rubelkurs für die Einfuhr nach Rußland etwas über 2 Mark 20 Pfennige; in ähnlicher Weise wird in Rußland durch die vermehrte Nachfrage der Preis des Roggens steigen, in Deutschland durch die Zufuhr aus Rußland sinken, sodaß für die Ausfuhr der Rubelkurs etwas unter 2 Mark 40 Pfennige herabsinkt. Das Gleichgewicht ist erreicht, wenn für Ein- und Ausfuhr der Rubelkurs der gleiche ist, wobei denn auch das Verhältnis der Wertschätzung von Stahl und Roggen in beiden Ländern das gleiche geworden ist." Auf diese Weise werden überhaupt alle Ungleichheiten der Geld- und Wechselkurse mit der Zeit ausgeglichen; das Wort Adam Smiths: nicht läuft die Ware dem Gelde, sondern das Geld läuft der Ware nach, läßt sich dahin erweitern, daß die Geldverhältnisse die Produktion und den Handel nicht bestimmen, sondern umgekehrt von ihnen bestimmt werden, wenngleich eine unverständige Münz- und Währungspolitik wie die der Vereinigten Staaten vorübergehende unangenehme Störungen in Produktion und Handel hervorbringen kann.

Wenn man ferner behauptet, daß wegen der abnehmenden Goldproduktion „die Golddecke bald zu kurz werden werde,“ so steht diese in Bimetallistenkreisen beliebte Redensart mit den offenkundigsten Thatsachen im Widerspruch. Wie reichlich das deutsche Reich mit Gold versehen ist, wurde auf S. 204 dargelegt, und in allerjüngster Zeit, im Jahre 1895, ist die Goldproduktion in Afrika und Australien dermaßen gestiegen, daß weit eher Verlegenheiten wegen Überfüllung des Goldmarkts zu befürchten sind als das Gegenteil. Gegenwärtig also droht kein Goldmangel. Nichts aber wäre thörichter, als um der möglichen Verlegenheiten einer fernen Zukunft willen jetzt schon unsre bewährte Währung preisgeben zu wollen. Der Geologe Süß nämlich, auf den sich die Bimetallisten stützen, behauptet, daß zwar vorläufig die Goldproduktion noch zunehmen, nach hundert Jahren aber stetig abzunehmen anfangen werde, bis man bei der Erschöpfung der Goldlager anlange. Verglichen mit der Erschöpfung der Kohlenlager, die uns nach den Berechnungen der Geologen in etwa fünfhundert Jahren bevorsteht, ist die Gefahr der Erschöpfung der Goldlager eine unbedeutende Kleinigkeit, zumal da die alljährlich gewonnene Kohle im selben Jahre verbraucht wird, während das Gold bleibt. Wenn man nun wegen der Gefahr des zukünftigen Kohlenmangels jetzt noch keine Änderungen der Gesetzgebung für nötig hält, so wäre es geradezu lächerlich, Gesetzvorschläge mit dem möglichen zukünftigen Goldmangel begründen zu wollen. Unter allen grundlosen Einbildungen, die jemals die Phantasie der Menschen beherrscht haben, ist wegen ihrer absoluten Grundlosigkeit keine wunderbarer als die von der angeblichen Goldknappheit. Seit Jahren klagen alle Banken über Geldüberfluß. Freilich rührt dieser zum Teil vom Kapitalüberfluß

her (siehe S. 228), aber jedenfalls ist doch Überfluß keine Knappheit. Wenn es aber dem einzelnen Manne an Geld gebricht, so ist nicht der Mangel an geprägten Metallscheiben daran schuld — von denen kann jedermann jederzeit so viele haben, als er will, wenn er Vermögen genug hat, sie zu kaufen —, sondern der Umstand, daß er dieses Vermögen oder dieses Einkommen eben nicht hat. Mangel an Umlaufsmitteln ist dann vorhanden, wenn z. B. der Unternehmer am Sonnabend seine Arbeiter nicht zu bezahlen vermag, nicht, weil es ihm an Vermögen oder Kredit fehlte, sondern weil ihm seine guten Wechsel, seine begründeten Ansprüche keine Bank mit Bargeld einlösen kann. Dieser Zustand tritt manchmal ein, entweder weil der Staat verschuldet, sein Metallgeld ans Ausland abgeflossen ist, und sein entwertetes Papiergeld für den Bedarf nicht hinreicht (das ereignet sich im Königreich Italien von Zeit zu Zeit), oder weil eine ungeschickte Finanzverwaltung es versäumt hat, rechtzeitig die nötige Anzahl von Münzen zu prägen. Niemals sind wir in Deutschland von dieser Verlegenheit weiter entfernt gewesen als heute; von unsern 450 Millionen Mark in Thalerstücken vermag der Verkehr nur etwa die Hälfte aufzunehmen, für 200—230 Mill. Mark ruhen stets unverwendbar in den Gewölben der Bank. Ein überflüssig großer Geldschatz ist ein toter und darum kostspieliger Schatz; Launhardt berechnet den Zinsverlust, den Frankreich durch seinen Reichtum an Metallgeld erleidet, auf jährlich 140 Millionen Franks (a. a. O. S. 14); England behilft sich deswegen, wie schon bemerkt wurde, lieber mit einem kleinern Metallschatze. (Der Teil des Bankschatzes, der zur Deckung der umlaufenden Noten dient, liegt nicht müßig.)

Daß die Entwertung des Silbers einen kleinen Verlust am Nationalvermögen bedeutet, ist

richtig. Es kommt dabei erstens unser Thalersilber in Betracht. So weit das der Staat in Zukunft noch verkaufen will, erleidet die Staatskasse einen Verlust, der aber nur dann ein Verlust am Nationalvermögen ist, wenn die Thaler ans Ausland verkauft werden; hätten wir nicht einen Teil unsrer Thalerstücke noch beizeiten verkauft, so würde eben der Verlust noch größer sein. Außer den Silberthalern kommt die Ausbeute der deutschen Silberproduktion in Betracht, aber nur der Teil davon, der ins Ausland geht, und der betrug im Jahre 1892, dem Jahre der bisher stärksten Ausbeute, 11381 Kilogramm; den Mindererlös gegen früher so hoch wie möglich, auf hundert Mark fürs Kilogramm gerechnet, würde er etwas über eine Million Mark betragen, was zwar für die Grubenbesitzer empfindlich sein mag, fürs ganze Volk aber gar nichts bedeutet. Die Verbilligung des im Lande bleibenden Silbers ist nach dem auf S. 207 gesagten als ein volkswirtschaftlicher Vorteil, als Vermögenszuwachs oder Bereicherung anzusehen. Die Entwertung des Silbers in den im Umlauf befindlichen Thalern und Scheidemünzen wird gar nicht empfunden. Im Kriege könnte sie sich möglicherweise bemerklich machen; aber abgesehen davon, daß ein Krieg noch ganz andre, weit schwerere Sorgen mit sich bringen würde, ist es auch gar nicht wahrscheinlich: unsre Silberscheidemünzen sind gleich dem Papiergelde Kreditgeld, „eine Forderung an das deutsche Reich aber bildet die erste Sicherheit der Welt; das deutsche Reich und die hinter ihm stehenden Einzelstaaten haben bei einer Gesamtschuldenlast von acht Milliarden Mark in ihren Staatseisenbahnen, Domänen, Forsten, Bergwerken, Staatsgebäuden u. s. w. ein Aktivvermögen vom mindestens anderthalbfachen, wenn nicht gar zweifachen Betrage" (Launhardt a. a. O. S. 35).

noch wenig hervortraten, diese sehr hoch. „Was in der Naturalwirtschaft durch äußerliche, sinnliche Bande an einander gefesselt, von der Geldwirtschaft aber von einander gelöst wird, das verbindet die Kreditwirtschaft wieder durch geistige und sittliche Bande. Sie verleiht der persönlichen Tüchtigkeit und dem moralischen Wert des Menschen dieselben Eigenschaften, die in der Geldwirtschaft das Kapital besitzt. In ihr kann der redliche und befähigte Arbeiter nicht nur den Gewinn seiner Arbeit zum Teil vorwegnehmen und gleichmäßig auf gute und schlechte Zeiten verteilen, sondern ist auch imstande, ebenso wie der Kapitalbesitzer, große Unternehmungen zu machen. In ihr wird die größte Beweglichkeit mit innerer Festigkeit vereinigt und eine neue ökonomische Lebensordnung hervorgerufen, die die Vorteile der beiden frühern wirtschaftlichen Entwicklungsperioden miteinander verbindet.“ (Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft, S. 279.)

Credere heißt glauben, vertrauen. Eine res credita, z. B. ein geliehenes Pferd, ist eine anvertraute Sache; der Eigentümer hat das Vertrauen, daß er sie unbeschädigt zurückerhalten wird. Bei einem Gelddarlehn hat der Darleiher das Vertrauen, daß er — zwar nicht dieselben Geldstücke zurückerhalten werde, was mit diesen geschieht, ist ihm gleichgiltig — aber dieselbe Geldsumme, und in den bei weitem meisten Fällen auch noch einen Zins dazu. Zu den Fällen, wo Eigentum verschenkt, vertauscht oder verkauft wird, kommt also im Kredit eine weitere Art der Eigentumsentäußerung, für die es mehrere Formen giebt. Die Hauptformen sind folgende: 1. Man giebt einem andern, etwa einem Bankier, gewisse Stücke, z. B. Wertpapiere oder Kleinodien, in Verwahrung. Hier ist es der Eigentümer, der einen Dienst beansprucht, und er bleibt Eigentümer der

Sache; dieser Fall gehört nicht unter die Kreditgeschäfte; der übergebne Gegenstand ist nicht ein Darlehn sondern ein Depositum. 2. Man übergiebt einem andern einen Gegenstand: z. B. ein Haus, einen Acker, eine Kuh, eine Axt, eine Dreschmaschine zur Benutzung. In den allermeisten Fällen fordert der Eigentümer, indem er Eigentümer des Gegenstandes bleibt, eine Entschädigung, ein Leihgeld. Bei Häusern, landwirtschaftlichen Grundstücken und Wohnungen wird diese Entschädigung Pacht- oder Mietzins, die Übertragung auf Zeit selbst aber Pacht oder Miete genannt. Wird ein bewegliches Gut zur Benutzung überlassen, so nennt man das Sachleihe oder Gebrauchsleihe. Unter Nachbarn und Freunden kommt die gegenseitige Aushilfe mit Geräten, Geschirr, Werkzeugen, auch wohl Kleidungsstücken vor, ohne daß Entschädigung gefordert würde. Bei großen Klassen von Gegenständen aber hat sich die Gebrauchsleihe gegen Geldentschädigung zum Geschäft ausgebildet: wir haben Leihbibliotheken, Musikalienleihanstalten, Klavierleihanstalten; auch die Benutzung von Maschinen, wie Wäscherollen, Dreschmaschinen gegen eine Gebühr ist vielfach im Brauch. (Die Viehleihe ist, wo sie vorkommt, ein Unglück für den Bauer.) Knies rechnet derartige Geschäfte zu den Kreditgeschäften, andre, wie Lexis, wollen den Begriff auf die folgenden zwei Fälle beschränkt wissen. 3. Man übergiebt einen verbrauchlichen und vertretbaren Gegenstand, eine res consumtibilis et fungibilis, z. B. Saatkorn oder Geld dem darum Bittenden zur Benutzung. In diesem Falle wird auch das Eigentum übertragen; denn die Übertragung hat nur dann einen Sinn, wenn der Borger die geliehene Sache verbrauchen kann. Diese verschwindet. Nicht denselben Gegenstand, sondern die gleiche Menge von Getreide gleicher Güte oder dieselbe Geldsumme

erwartet der Darleiher zurück, meistens mit Zins: der Anspruch darauf, die Forderung, ist es, was er anstatt seines Eigentums in den Händen behält. 4. Man verkauft eine Ware oder eine Liegenschaft und stundet den ganzen Kaufpreis oder einen Teil davon. Die Stundung des ganzen Kaufpreises ist bei Waren, die eines Teils bei Liegenschaften die Regel. Hier ist das Kreditgeschäft ein Anhängsel des Kaufgeschäfts. Wer kaufen will, braucht Geld; hat er keins, so muß er sichs borgen. Anstatt von einem dritten, kann er auch gleich vom Verkäufer borgen. Dieser thut also zweierlei: er verkauft, und gleichzeitig leiht er das Kaufgeld. Häufig genug kommt auch der Fall vor, daß der Verkäufer das Kaufgeld empfängt, ehe er die Ware liefert, daß z. B. der Gutsbesitzer den Roggen auf dem Halme verkauft. Hier ist es nicht der Käufer, sondern der Verkäufer, der ein Darlehn empfängt; der Zins dafür wird ihm gleich beim Empfang der Geldsumme abgezogen.

Während im ersten Falle, beim Depositum, der Deponent es ist, der vom Depositar einen Dienst verlangt, erscheint in den übrigen Fällen, namentlich im dritten und vierten, der Empfänger als der um eine Gefälligkeit oder um Hilfe bittende. Doch liegt darin nicht etwa das Charakteristische des Kreditgeschäfts. Wo der Borger als ein Hilfsbedürftiger erscheint, da ist das Kreditwesen noch nicht vollkommen entwickelt. Wie der Bankier seine Kunden, die bei ihm Depositen niederlegen, mindestens ebenso nötig braucht, wie diese ihn brauchen, so hängt der Hausbesitzer von seinen Mietern, der Besitzer eines Geldkapitals von denen ab, die sich bereit finden, es zu verzinsen. Beide Teile erweisen sich also gegenseitig einen Dienst; alle diese Geschäfte sind Formen des auf Entgeltlichkeit gegründeten Verkehrs, bei dem keiner dem andern Dank schuldet, weil jede

Leistung in der völlig gleichwertigen (äquivalenten) Gegenleistung ihre Bezahlung findet. Auch das Vertrauen, das dieser Art von Geschäften den Namen gegeben hat, tritt mit der Entwicklung des Kredits immer mehr zurück, indem sich die Darleiher immer besser durch Unterpfänder und gesetzliche Formen sichern, und die Fälle immer seltner werden, wo wirklich bloß im Vertrauen auf die Rechtschaffenheit und Zahlungsfähigkeit des Schuldners geliehen würde. Was die Kreditgeschäfte von den Tausch- und Kaufgeschäften unterscheidet, das ist der Umstand, daß Leistung und Gegenleistung nicht Zug um Zug erfolgen, sondern daß die gegenwärtige Leistung des einen die Forderung auf die zukünftige Leistung eines andern begründet. Und eben in diesem Umstande liegt es, daß wir im Kreditwesen die Vollendung des wirtschaftlichen Tauschverkehrs zu sehen haben. Die Einbeziehung der Zukunft in die Gegenwart ist es vorzugsweise, was das Wirtschaftsleben des Menschen von der rein tierischen Bedürfnisbefriedigung unterscheidet; wie aber der Mensch durch Vorrataufhäufung und durch Veranstaltungen, die seine Arbeit produktiver machen, für die Zukunft sorgt, so hat er auch das Recht, den sichern zukünftigen Ertrag seiner Arbeit teilweise schon in der Gegenwart nutzbar zu machen, zu „eskomptieren" oder zu „diskontieren." Man wird also mit Knies definieren dürfen: „ein Kreditgeschäft ist eine entgeltliche Güterübertragung, wobei die Leistung des einen (des Kreditors) in die Gegenwart, die Gegenleistung des andern (des Debitors) in die Zukunft fällt." Zu beachten ist noch, daß das Wort Kredit in dreifachem Sinne gebraucht wird. Einmal in dem Sinne von Kreditwürdigkeit, zur Bezeichnung des Vertrauens in Geldsachen, das jemand genießt. Je vollständiger

die Kreditwirtschaft ausgebildet wird, desto mehr hört der Charakter der vertragschließenden Personen auf, Grundlage des Vertrauens zu sein, und tritt die sachliche Grundlage, das Vermögen, an die Stelle. Ein kreditwürdiger Mann oder ein Mann, der Kredit hat, bedeutet daher meistens so viel wie einen vermögenden Mann: sein Charakter mag sein, wie er will, durch das Wechsel- und Hypothekenrecht sind seine Gläubiger sichergestellt. Zweitens meint man mit Kredit manchmal ein einzelnes Darlehn oder ein dauerndes Verhältnis zweier Geschäftsleute (jemandem Kredit gewähren, jemandem Kredit eröffnen), und drittens bezeichnet man damit auch die ganze Einrichtung oder das Kreditwesen.

Unentgeltliche Darlehn aus Nächstenliebe fallen nicht unter den Begriff des Kredits; die Entgeltlichkeit gehört zu seinem Wesen, und der Zins ist deshalb seine Seele. Über dessen Berechtigung ist ein paar tausend Jahre lang gestritten worden. Schon im klassischen Altertum war der Zinsnehmer als Wucherer verhaßt. Harte Schuldgesetze erzeugten in Athen wie in Rom bürgerliche Unruhen, die man bald, wie dort, durch umfassende Nachlässe, bald, wie hier, durch Regelung des Zinsfußes und Zinsverbote zu beschwichtigen suchte. Das Gesetz der zwölf Tafeln gestattete noch 10 Prozent, bald darauf wurde der Zinsfuß auf 5 Prozent herabgesetzt, und 332 v. Chr. das Zinsnehmen von römischen Bürgern verboten, wie ja auch den Juden nur von Fremden, nicht von den Volksgenossen Zins zu nehmen erlaubt war (2. Mose 22, 25, 3. Mose 25, 36, 5. Mose 15, 6). Weil das Gesetz dadurch umgangen wurde, daß Bundesgenossen als Strohmänner eingeschoben wurden, so verbot man im Jahre 192 auch das Zinsnehmen von Bundesgenossen, hundert Jahre später sogar das von Provinzialen. Es braucht kaum be-

merkt zu werden, daß alle diese Gesetze bloß auf dem Papiere standen.

Dasselbe wiederholte sich dann in der christlichen Welt. Die neutestamentliche Stelle (Lukas 6, 32 bis 34), auf die sich das kanonische Zinsverbot stützt, ist mißverstanden worden. Christus lehrt hier nur, man solle wohlthun und Liebe erweisen, ohne auf Wiedervergeltung zu rechnen. Vom Geschäft ist da gar keine Rede. Alle Zinsverbote und Zinsbeschränkungen haben keinen andern Erfolg gehabt, als daß sie den Zinsfuß erhöhten. Wird das Zinsnehmen mit Strafe bedroht, so tritt zu dem Risiko, das der Darleiher namentlich in halbbarbarischen Gesellschaftszuständen ohnehin läuft, noch die Gefahr der Bestrafung, und nur ein sehr hoher Gewinn kann ihn verlocken, sich in ein so gefährliches Geschäft einzulassen. Wer aber unbedingt Geld haben muß, der steigert sein Zinsangebot so lange, bis der in Aussicht stehende Gewinn hoch genug ist, die Furcht des Geldbesitzers zu überwinden. Vom zwölften bis vierzehnten Jahrhundert galten in ganz West- und Mitteleuropa 20 Prozent als normaler Zins, der den Juden ausdrücklich erlaubt war und von christlichen Bankiers („Lombarden“ und „Kawerzen“) ohne kirchliche Erlaubnis genommen wurde. Bei großer Geldknappheit aber ging man weit höher; in Österreich wurden einmal, im Jahre 1244, den Juden nicht weniger als 174 Prozent erlaubt. Als sich vom sechzehnten Jahrhundert ab der Geldreichtum mehrte und die Wuchergesetze allmählich einschliefen, sank der Zinsfuß von selbst. In Frankreich stand er 1500 auf 10, im Jahre 1665 auf 5 Prozent. Am tiefsten sank er in Holland, dem damals geldreichsten Lande der Welt. Seit 1700 warf dort kein Geschäftszweig mehr als 2 bis 3 Prozent ab, sodaß nur noch sehr reiche Leute vom Gelde leben konnten, alle andern bis an ihr Lebens-

ende gewerbthätig bleiben mußten. Später ist es in England so gekommen, wo der Staat heute nur noch $2\frac{1}{2}$ Prozent bezahlt. Gegenwärtig sind in allen Staaten mit wohlgeordneten Finanzen die Konversionen, d. h. die Umwandlungen der ausgegebnen Staatsschuldscheine in solche zu einem niedrigern Zinsfuße, an der Tagesordnung. Bei Kapitalfülle machen die Kapitalisten einander Konkurrenz, bieten überall ihr Geld an und drücken dadurch den Zinsfuß hinunter, sodaß jeder kreditwürdige Mann, der Geld sucht, solches überall billig bekommt. Ist aber Geldkapital nur kärglich vorhanden, so muß natürlich jeder, der welches borgen will, wie für jede andre seltne Ware einen hohen Preis bezahlen; daran kann der Staat nichts ändern. Greift er gewaltthätig ein, so stört er nur den natürlichen Prozeß, der von selbst zur Erniedrigung des Zinsfußes führt. Wird in einem Lande, wo der Geldmarkt den Preis auf 6 Prozent regelt, von der Obrigkeit ein solcher von 5 Prozent vorgeschrieben, wie 1785 unter Katharina II. in Livland, so ist sehr bald auch zu 7 Prozent kein Geld mehr zu haben. Zu 5 Prozent können es die Kapitalisten nicht geben, zu 6 und 7 Prozent fürchten sie sich, es zu thun, und nur ein noch höheres Angebot vermag ihre Furcht zu überwinden.

Um die Berechtigung der Zinsforderung zu begründen, haben die Gelehrten eine Menge zum Teil recht künstlicher Theorien erdacht, deren jede nur eine Seite der Sache beleuchtet. Die einen erklären das Kapital für produktiv und meinen, daß das Geld Früchte trage, wie der Birnbaum Birnen trägt. An sich ist das freilich falsch, wenn man unter Kapital eine Geldsumme versteht. Es steckt aber ein wahrer Gedanke drin, nämlich daß mit dem geliehenen Gelde ein fruchtbarer Gegenstand, wie ein Garten voll Obstbäume, gekauft werden kann. Damit ist diese Theorie

auf die Nutzwerttheorie zurückgeführt. Wenn Peter dem Paul eine Kuh leiht, so hat er sicherlich einen Teil der Milch zu fordern, die diese Kuh giebt. Zieht er es aber vor, dem Paul soviel Geld vorzustrecken, daß sich dieser eine Kuh kaufen kann, so hat er offenbar seinen Milchanteil in Gelde zu fordern. Andre betrachten den Kapitalisten als einen Beamten der Gesellschaft, der die notwendige Funktion versieht, Gelder zu größern Summen anzusammeln und sie dann auf die verschiednen Produktionszweige, die ihrer bedürfen, zu verteilen; für diese Funktion habe der Kapitalist eine Besoldung zu empfangen, die eben im Zins bestehe. Noch andre betrachten die Ausübung dieser Funktion als Arbeit und den Zins als Arbeitslohn. Der englische Nationalökonom Senior bezeichnete vor fünfzig Jahren den Zins als den gerechten Lohn für die Entbehrungen, die sich der Kapitalist auflege, um sein Kapital zusammenzusparen. Nun entbehren freilich viele kleinere Gewerbtreibende, Beamte und Arbeiter, um ein Kapitälchen zusammenzubringen; aber den englischen Arbeitern zuzumuten, daß sie den Zins der englischen Großkapitalisten als Entsagungslohn auffassen sollten, war ein starkes Stück, da jene sehr gut wußten, daß sie selbst es waren, die entbehren mußten, um den Zins für die nichts weniger als asketisch lebenden Kapitalisten aufzubringen. Die Anhänger der Grenzwerttheorie endlich erklären den Zins daraus, daß die gegenwärtige Geldsumme, die man sofort verwenden kann, mehr wert sei als die zukünftige, erst zu erwartende, daß daher diese um den Zins erhöht werden müsse, wenn sie eine vollwertige Entschädigung für das Darlehn sein solle.

Alle diese Theorien sind nützlich, die Natur des Zinses zu beleuchten, aber nicht nötig, ihn zu erklären. Der Zins ist eine unvermeidliche Wirkung des

Eigentums. Zum Wesen des Eigentums gehört es, daß ohne Erlaubnis des Eigentümers kein andrer davon Gebrauch machen darf. Dürfte jedermann nach Belieben in mein Portemonnaie greifen oder auf meinem Acker pflügen, so wäre das Geld und der Acker nicht mehr mein Eigentum. Und müßte die Erlaubnis des Eigentümers in allen Fällen, wo andre sein Eigentum zu benutzen wünschen, erteilt werden, so wäre die Bitte um Erlaubnis eine leere Form, und es bliebe dabei, daß es gar kein Privateigentum gäbe, sondern der Kommunismus herrschte. Ist nun die Überlassung eines Besitzstücks an einen andern, der es braucht oder wünscht, eine Gefälligkeit oder ein Dienst, den der Eigentümer dem Bittenden erweist, so versteht es sich von selbst, daß der Überlassende für gewöhnlich eine Gegenleistung fordern muß, denn geschähe das nicht, so wäre eben alles allen preisgegeben, und die Eigentumsordnung aufgehoben. In der Naturalwirtschaft kann nun die Gegenleistung z. B. für einen Scheffel Saatgetreide darin bestehen, daß der Borger 1¼ Scheffel wiedergiebt, oder daß er mit seinem Gespann ein paar Tage den Acker des Darleihers pflügt, bei durchgeführter Geldwirtschaft hingegen ist der Geldzins die einfachste, natürlichste und bequemste Form der Gegenleistung, die sich überall als selbstverständlich mit Notwendigkeit durchsetzt. Die sittliche und die volkswirtschaftliche Berechtigung des Zinses kommen dabei an sich gar nicht in Betracht. Gerecht oder ungerecht, sittlich erlaubt oder nicht, christlich oder unchristlich — genug: wer Geld haben will, das des andern Eigentum ist, der hat sich die Bedingungen gefallen zu lassen, die dieser stellt; wird dem Eigentümer verwehrt, die Bedingungen zu stellen, so ist damit sein Eigentumsrecht aufgehoben. Entspricht der Zins dem Nutzen, den sich der Borger damit schafft, so ist er sittlich, und wird dadurch eine Produktion in Gang gesetzt,

die sonst unterblieben wäre, so ist er auch volkswirtschaftlich gerechtfertigt; aber um ihn an sich zu rechtfertigen, sind diese beiden Rechtfertigungsgründe nicht erforderlich; an sich geht er aus dem Eigentumsrecht mit Notwendigkeit hervor.

Die Abneigung des Altertums und der mittelalterlichen Kirche gegen den Zins erklärt sich aus dem Umstande, daß der Kredit jener frühern Zeiten meistens Notkredit, nicht Geschäftskredit war. Bauern, denen die Ernte mißraten war, oder die durch den Kriegsdienst an der Bestellung ihrer Äcker gehindert worden waren, liehen Geld, um ihr Leben fristen zu können, und gerieten so in Schuldknechtschaft. Das war die Art der Verschuldung, über die im alten Rom geklagt wurde, und ähnlich standen die Dinge im Mittelalter. Es handelte sich also um die gehässigsten und verderblichsten Formen des Kredits, sodaß sein Begriff mit dem des Wuchers zusammenfloß. Je mehr sich im spätern Mittelalter der Handel entwickelte, und bei Abnahme des Landüberflusses Erbteilungen häufig wurden, sahen sich die Kanonisten genötigt, Zugeständnisse zu machen. Sie gestatteten die Verpfändung von Grundstücken in der Form des Rentenkaufs (der Darleiher kaufte sich mit dem Kapital, das er hingab, eine jährliche Rente; vom Hypothekenkredit unterschied sich diese Form des Darlehns dadurch, daß der Gläubiger sein Kapital nicht zurückfordern durfte, während der Schuldner die Rente durch Rückzahlung des Kapitals ablösen konnte), und im kaufmännischen Verkehr wurde der Zins gestattet unter dem Namen einer Entschädigung für lucrum cessans und damnum emergens, ausfallenden Gewinn und erwachsenden Schaden. Zins sollte diese Entschädigung nicht genannt werden, in Wirklichkeit aber war sie Zins. Lucrum cessans ist eben der Nutzwert, den der Geldbesitzer, anstatt ihn selbst zu ziehen, einem andern überläßt, aber natürlich

nicht ohne Entschädigung, während die Entschädigung für damnum emergens mehr den Charakter der Risikoprämie trägt. Luther, der, aus dem Bauernstande hervorgegangen, allem kaufmännischen Wesen mit Abneigung gegenüberstand und nur die Schattenseiten des Kreditverkehrs sah, die ja damals auch wirklich noch überwogen, ließ die Zugeständnisse der Kanonisten nicht gelten. Er blieb dabei, daß der Thaler keine Junge hecken könne, und nannte es eitel Betrug, daß jedermann, der Geld wegleihe, einen ausfallenden Nutzen oder entstehenden Schaden vorschütze, obwohl ihm in Wirklichkeit weder ein Nutzen entgangen noch ein Schaden erwachsen sei. „Nachdem sie gehöret, daß Hans mit seinen verliehnen hundert Gülden hat Schaden gelitten und billige Erstattung seines Schadens fordert, fahren sie plumps einher, und schlahen auf ein jeglich hundert Gülden jene zween Schadewacht, nämlich, des Bezalens Unkost, und des versäumeten Gartens Kauf, gerade als wären den hundert Gülden natürlich solche zween Schadewacht angewachsen." In einer Gesellschaft, wo jede hundert Thaler nutzbringend angelegt werden können, sind ihnen wirklich die zween Schadewacht angewachsen und berechtigen zur Zinsforderung. Calvin, der als Sohn vornehmer Bürgersleute und bei seiner Wirksamkeit in Genf Einsicht in den Zusammenhang der Geschäfte gewann, verwarf das kanonische Zinsverbot.

Daß es unsittlich und unchristlich ist und als Wucher gebrandmarkt zu werden verdient, wenn jemand sein Eigentumsrecht dazu mißbraucht, dem Notleidenden hohe Zinsen auszupressen, kann niemand leugnen. Nur ist es verfehlt, diesem Übel durch Zinsverbote oder Zinsbeschränkungen steuern zu wollen. Wir haben gesehen, daß und warum solche das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung hervorbringen müssen. Bei völliger Freiheit des Verkehrs bekommen sichere Geldsuchende

stets zu dem Zinsfuße Kredit, den der Geldmarkt gestattet. Wer für Unternehmungen außerordentlicher Art Geld sucht, der kann sich nicht beklagen und beklagt sich auch wirklich meistens nicht, wenn er ungewöhnlich hohe Zinsen zahlen muß. Wirft ein Handel hundert Prozent Gewinn ab, was ehedem häufig war, heute wohl kaum mehr vorkommt, so kann der Geldverleiher mit gutem Gewissen fünfzig Prozent fordern. Ebenso braucht sich der Kapitalist keine Vorschrift darüber machen zu lassen, wie viel er fordern will, wenn das Unternehmen, in das er sein Geld steckt, sehr riskant ist; bei Bodmereiverträgen, d. h. bei Darlehen auf Schiffe und Schiffsladungen, stand der Zins sehr hoch, bis fünfzig Prozent, so lange es keine Versicherung gegen Seeunfälle gab. Unsichern Kunden ohne entsprechend hohe Risikoprämie Kredit zu gewähren, kann kein Mensch gezwungen werden, wenn das Eigentumsrecht bestehen bleiben soll. Das gilt selbstverständlich auch für die Fälle, wo nicht auf ein gefährliches Unternehmen, sondern aus Not ein Darlehn erbeten wird. Der Christ mag sich verpflichtet fühlen, dem Mitbruder zuliebe sein Geld aufs Spiel zu setzen, aber Wohlthaten können nicht durchs Gesetz erzwungen werden. Sind also Wuchergesetze wirksam, dann besteht die Wirkung darin, daß der unsichere Kunde überhaupt kein Geld bekommt. Ist dieser ein leichtsinniger junger Mensch, so wird man die Wirkung des Gesetzes heilsam nennen dürfen; handelt es sich um einen in Bedrängnis geratnen ordentlichen Mann, so kann es ja auch gut für ihn sein, wenn er zwangsweise abgehalten wird, noch tiefer hinein zu geraten, er selbst aber wird das für keine Wohlthat halten, sondern sich lieber eine Galgenfrist erkaufen wollen, während deren es ihm doch vielleicht noch gelingt, sich herauszuarbeiten. Jedenfalls ist ihm damit, daß es keine Wucherer giebt, nicht geholfen. Mag man also

immerhin, soweit es ohne Störung des gesunden Kreditverkehrs möglich ist, die Wucherer strafen, um Abscheu vor ihrem Treiben zu erregen und dem Gerechtigkeitsgefühl des Volkes einigermaßen Genüge zu thun —. Notstände werden dadurch nicht beseitigt. Wo es keine Notstände, daher auch keine zahlungsunfähige Borger giebt, für das Kreditbedürfnis der zahlungsfähigen Geldbedürftigen aber durch eine gute Kreditorganisation gesorgt ist, da verschwindet der Wucher von selbst, wie eine Schmarotzerpflanze, der der Nährboden entzogen ist.

Übrigens umfaßt der Wucherbegriff außer der Forderung ungebührlich hoher Zinsen noch unzählige andre Geschäfte. Wucher ist ja die Ausbeutung der Notlage[1]) des Nebenmenschen, und die kommt in allen möglichen Verhältnissen unter tausenderlei Formen vor. Bis in die Mitte unsers Jahrhunderts hinein war der Kornwucher, der im Alten Testament verflucht wird (Sprüche Salomons 11, 26), ganz besonders verhaßt. Den hat nun, nicht eben zur Erbauung aller Landwirte, der Weltverkehr ein für allemal unmöglich gemacht, ist doch sogar jüngst die im Munde von Leuten, die sich ihres Christentums rühmen, doppelt lächerliche Forderung erhoben werden, die „Juden" zu bestrafen, die durch „Einschleppung" von Getreide dieses billig machen. Bei Kaufgeschäften kann sowohl der Käufer wie der Verkäufer vom andern Teile bewuchert werden. Ersteres geschieht im größern Maßstabe durch das Trucksystem und in zurückgebliebnen Gegenden durch die Schankwirte. Truck nennt man es, wenn der Brotherr die

1) Es entspricht nicht dem ursprünglichen Begriff, daß die modernen Wuchergesetze auch noch die Ausbeutung des Leichtsinns und der Unerfahrenheit hineinbringen; aus der Unerfahrenheit des Nächsten Vorteil ziehen, heißt betrügen, und sich den Leichtsinn andrer zu nutze machen, ist zwar sündhaft, kann aber durch Gesetze nicht verhindert werden.

Arbeiter zwingt, ihre Waren in einem von ihm eingerichteten Laden zu kaufen, und wenn er daraus einen ungebührlichen Gewinn zieht, vielleicht sogar statt des Lohnes nur Waren giebt. Dies ist ein Unfug, dem sich durch gesetzliches Verbot abhelfen läßt, und dem auch, im deutschen Reiche wenigstens, wohl allgemein abgeholfen worden ist. In Gegenden, wo ein ordentlicher Bürgerstand fehlt, wie im slawischen Osten, pflegt der meistens jüdische Schankwirt zugleich Krämer und Makler zu sein und durch das Lockmittel des Schnapses die Bauern in Schuldknechtschaft zu bringen. Hier sind Strafen freilich auch nicht zu umgehen, aber helfen könnte nur die Begründung eines ordentlichen Gewerbe- und Kaufmannsstandes. Eine weitere häufige Form der Bewucherung ist die durch Abzahlungsgeschäfte, die an sich nicht zu entbehren sind, wo aber der Mißbrauch der Gewalt, die der Verkäufer über seine mittellosen Kunden in die Hand bekommt, sehr nahe liegt. Bei der Beratung der letzten Wuchergesetznovelle im deutschen Reichstage erklärten die Sozialdemokraten die Ausbeutung der Arbeiter durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit, ihre Gegner den Streik und Boykott für Wucher. Beides läßt sich rechtfertigen. Wie man sieht, ist der Wucherbegriff ein uferloses Meer. Wenn Wuchergesetze gefordert werden, so wird auf den Einwand, daß sie nichts oder nicht viel nützten, gewöhnlich geantwortet: Diebstähle und Mordthaten kämen ja auch immer wieder vor, und dennoch fordre niemand die Abschaffung der sie verbietenden Strafgesetze. Dabei wird doch die Hauptsache übersehen: welche Handlungen als Diebstahl oder Mord zu bezeichnen seien, darüber besteht kein Zweifel. Dagegen was Wucher sei, bleibt ewig strittig, und ob in einem bestimmten Falle Wucher vorliege, darüber vermögen sich die Streitenden fast niemals zu einigen. Handlungen, die nicht genau bestimmt werden können, sind nicht unter das Strafgesetz

zu bringen. Dagegen soll sich auch die Staatsgewalt nicht dazu hergeben, einem Manne, der auf Grund eines unsittlichen oder wenigstens anrüchigen Geschäfts Geldansprüche erhebt, zu seinem angeblichen Recht zu verhelfen. Deshalb sollen Darlehen an Unmündige, Trink- und Spielschulden nicht klagbar sein, wie das hie und da schon von den Gesetzgebern bestimmt worden ist. Auch könnten die Schulden, die von Frauen bei Juwelieren und in Modewarengeschäften gemacht werden, und die so viel Unheil anrichten, mit eingeschlossen werden: wer Luxus treiben will, muß ihn bezahlen können. Die beliebte Ausrede: ich habe gerade nicht so viel Geld bei mir, muß durch Einführung des Checkverkehrs unmöglich gemacht werden; wer kein Geld hat, weder im Portemonnaie noch beim Bankier, darf weder einen Schmuck noch einen neuen Hut oder Handschuhe kaufen können.

So ist also der Zins, abgesehen von seinen Auswüchsen, als ein notwendiges Erzeugnis der bestehenden, auf Privateigentum und Tausch gegründeten Rechts- und Gesellschaftsordnung gerechtfertigt, und damit der Kredit. Wenden wir uns nun zu den verschiednen Arten der Kredits! Man unterscheidet zunächst Konsumtiv- und Produktivkredit; beim erstern wird das geliehene Geld zur Bedürfnisbefriedigung, beim zweiten auf produktive Unternehmungen verwendet. Wegen der bekannten verderblichen Wirkungen, die der erstere, der Verbrauchskredit hat, möchten ihn manche Nationalökonomen, wie Adolf Wagner, für unzulässig erklären und als eine Schmarotzerpflanze aus dem Wirtschaftsleben austilgen. Das geht nun wohl zu weit. Einem talentvollen aber armen jungen Manne wird man es nicht verargen können, wenn er es wagt, zu studieren, und sich das nötige Geld durch Anleihen zu verschaffen, und dem Darleiher wird man es nicht verargen können, wenn er sich für das lange Warten

auf Rückzahlung und für das Risiko — denn stirbt oder verdirbt der junge Mann vor Erreichung des Zieles, so ist das Geld verloren — einen Zins ausbedingt. Aber auf der andern Seite geht doch auch Knies viel zu weit, wenn er den Konsumtivkredit dem Produktivkredit beinahe gleich stellt. Es heißt die Ursache der Abneigung gegen den erstern verkennen, wenn er meint, diese gehe aus der falschen Anschauung hervor, daß die Güterproduktion den eigentlichen Lebenszweck, alles Genossene und Verbrauchte aber verloren sei, während doch umgekehrt die Produktion bloß Mittel und der Verbrauch Zweck sei. Nicht diese falsche Anschauung, die gerade wir sehr entschieden verwerfen, sondern die offenkundige verheerende Wirkung, die der Konsumtivkredit meistens hat, begründet und rechtfertigt die Abneigung gegen ihn. Und die Thatsachen heißt es verkennen, wenn Knies mit folgendem Beispiel beweisen will, daß auch der Konsumtivkredit eigentlich Produktivkredit sei. Wenn, sagt er (II, 151), ein Unternehmer Geld borgt, um seinen Arbeitern den Lohn zu zahlen, womit sie ihre Lebensmittel bar kaufen können, so nennt man das Produktivkredit; warum soll es auf einmal etwas andres sein, wenn die Arbeiter selbst Lebensmittel auf Kredit kaufen? Der dreifache Unterschied liegt doch auf der Hand! 1. Der Fabrikant borgt nicht Geld, um für sich Lebensmittel zu kaufen, um sein eignes Leben zu erhalten, sondern um seine Fabrik im Gange zu erhalten, und es ist dabei ganz gleichgiltig, ob er mit dem geliehenen Gelde Arbeitslöhne auszahlt, oder Baumwolle oder Kohlen oder eine Maschine kauft. Der Arbeiter aber borgt nicht, um die Fabrikation im Gange, sondern um sein eignes Leben zu erhalten; von seinem Leben hängt die Fabrikation nicht ab; stirbt er, so thut ein andrer die Arbeit. 2. Die Schuld des Fabrikanten ist durch Materialien und halb oder

ganz fertige Fabrikate gedeckt, die Brotschuld des Arbeiters bleibt ungedeckt. 3. Der Fabrikant bekommt seinen reellen kaufmännischen Kredit, dessen Verzinsung in die Produktionskosten schon eingerechnet ist, sodaß er keinen Nachteil davon hat; der Arbeiter hingegen gerät durch Borgen in Schuldknechtschaft, muß mit schlechter Ware vorlieb nehmen, in der Geringwertigkeit der Ware hohe Zinsen zahlen, und wird dadurch, daß er den empfangnen Lohn immer zum Gläubiger tragen muß, also niemals bar Geld in der Hand hat, in die Unmöglichkeit versetzt, zur rechten Zeit und am rechten Orte zu kaufen und vorteilhafte Gelegenheitskäufe zu machen. Stichhaltiger ist ein andres Beispiel: Der Holzschuhmacher, der Geschicklichkeit aber kein Geld hat, kann nur dann produzieren, wenn ihm jemand Geld auf Holz und Lebensmittel leiht, also ist der Kredit, den er nimmt, Produktivkredit. Ganz dasselbe ist der Fall beim mittellosen Arzt im Beginn seiner Praxis, beim Beamten, der seine Besoldung erst am Schluß des Vierteljahres empfängt. Ganz recht! In diesem Falle ist der Konsumtivkredit produktiv zu nennen. Aber wenn er nicht bloß für den Anfang, sondern auch im weitern Fortgange, nach Jahren noch, notwendig bleibt, dann ist er nichtsdestoweniger ungesund, und der davon gefesselte kann niemals auf einen grünen Zweig kommen. Übrigens giebt es genug Beamte, die ihren Gehalt pränumerando bekommen, trotzdem aber ihre Bäcker-, Fleischer- und Krämerrechnung immer erst vom Gehalt fürs nächste Vierteljahr bezahlen und noch dazu einen stets wachsenden Rest lassen. Was aber die kleinen Handwerker anlangt, so ist die oft an sie gerichtete Ermahnung, ihr Geschäft „kaufmännisch" zu betreiben, auf nur allzu fruchtbaren Boden gefallen. Viele verstehen darunter weiter nichts, als Geld beim Vorschußverein aufnehmen, und weder halten sie dabei den Konsumtiv- und Pro-

duktivkredit gebührend aus einander, noch wissen sie den letztern in den angemessenen Grenzen zu halten und zweckmäßig zu verwenden. Für den kleinen Gewerbetreibenden gilt die Regel, daß bar Geld besser ist als aller Kredit. Sich nicht selbständig machen, ehe man das zum Anfange nötige Geld hat, darauf halten, daß man stets bares Geld in der Hand habe, und nur in außerordentlichen Notfällen und mit äußerster Vorsicht Kredit nehmen, das ist die Praxis, bei der allein der kleine Gewerbtreibende Aussicht hat, sich seine Existenz zu sichern.

Der Konsumtivkredit ist also zwar nicht unbedingt und in allen Fällen zu verwerfen, als Regel aber muß für den Verbrauch die Barzahlung festgehalten werden. Bei Tagelöhnern, Fabrikarbeitern und solchen Handwerkern und Kleinbauern, deren Betrieb das zum Leben nötige nicht abwirft, von Kredit zu sprechen, hat eigentlich gar keinen Sinn. Wenn 600 Mark Jahreseinnahme im laufenden Jahre zum Leben nicht hinreichen, wie sollen sie da im nächsten Jahre außerdem noch zum Schuldenbezahlen hinreichen? Hier liegt Not vor, und da kann nicht von Geschäft oder Kredit die Rede sein, sondern nur von Wucher oder Wohlthat. Wer dem Notleidenden als Zins für ein Darlehn sein letztes Gerät pfändet, der ist ein Wucherer, mag das „Geschäft," das er dabei macht, auch noch so elend sein; ist aber der Mann, an den sich der Arme in seiner Not wendet, ein Christ, so wird dieser ihm, wenn ers hat, die paar Thaler, die jener braucht, entweder schenken oder gegen einen im Himmel zu saldierenden Wechsel leihen.

Ferner teilt man den Kredit in Personal- und Realkredit ein. Diese Einteilung kreuzt sich mit der vorigen, da der Konsumtivkredit zwar meistens Personalkredit, oft aber auch Realkredit ist, z. B. der Pfandleihanstalt und dem Hauswirt gegenüber, der durch das Pfa-

recht an die fahrende Habe des Mieters gesichert wird. Hingegen trägt der dem Produktivkredit dienende Wechsel der Kaufleute und Fabrikanten den Charakter des Personalkredits. Freilich eigentlich nur der Form nach, da die Banken für gewöhnlich nur die Wechsel sichrer Kunden diskontieren, d. h. solcher, von denen sie wissen, daß ihr Vermögen die Wechselschulden deckt. Je ausgebreiteter und sichrer der Geschäftsverkehr wird, desto mehr schrumpft der Bereich des Personalkredits im strengen Sinne des Wortes zusammen, eines Kredits, der ganz ohne Sicherheit, bloß auf das ehrliche Gesicht oder die erprobte Rechtschaffenheit des Schuldners gewährt wird. Der Unterschied zwischen Wechselkredit und Realkredit besteht bloß darin, daß bei jenem das ganze Vermögen haftet, bei diesem aber ein bestimmtes Pfand, das sich entweder in der Gewalt des Gläubigers befindet oder in der Schuldurkunde ausdrücklich genannt wird. Jenes ist der Fall bei der gewöhnlichen Pfandleihe und beim Lombardkredit (Verpfändung von Wertpapieren bei einer Bank oder von Getreide, Spiritus, Zucker und ähnlichen Waren in Lagerhäusern), dieses bei der Hypothek. Der Unterschied dieser beiden Arten von Kredit ist damit gegeben, daß dort die Pfänder beweglich, hier unbeweglich sind, weshalb man auch jenen Mobiliar-, diesen Immobiliarkredit nennt.

Ferner unterscheidet man Anlagekredit und Umlaufskredit, je nachdem Geld auf lange Zeit des ruhigen und dauernden Zinsengenusses wegen ausgeliehen wird, wie bei der Hypothek und beim Ankauf von Staatsschuldscheinen, Rentenbriefen oder Aktien, oder nur auf kurze Zeit zur Befriedigung von augenblicklichen Bedürfnissen des Schuldners. Zu letzterm gehört der Konsumtivkredit, den die Ladeninhaber und Handwerker ihren Kunden gewähren, sowie der bei weitem wichtigere und berechtigtere, den sich die Kauf-

leute, Fabrikanten, Rohproduzenten und die zwischen ihnen vermittelnden Banken unter einander gewähren. Dieser höchst vollkommen entwickelte Bank- und Handelskredit bildet zusammen mit dem Staats- und Genossenschaftskredit eine der wichtigsten Eigentümlichkeiten der heutigen Volkswirtschaft, die sie von der aller frühern Zeiten unterscheidet. Dank ihrer bildet jeder Produktionszweig, mögen auch die in ihm beschäftigten Arbeiter und Unternehmer über mehrere Erdteile verstreut sein, einen wohlgefügten Organismus, der glatt, rasch und sicher arbeitet. Veranschaulichen wir uns das an einem einzelnen Falle. Der eigentliche Konsument der Baumwolle ist der Käufer oder die Käuferin von Kattun. Sollte der indische oder amerikanische Baumwollenpflanzer auf die Bezahlung warten, bis die schwedischen oder russischen Frauen ihre Kattunkleider bezahlt haben, so würde ihn vielleicht in der Zwischenzeit der Geldmangel bankrott machen; jedenfalls befände er sich fortwährend in drückender Verlegenheit, er müßte denn von Haus aus so reich sein, daß er eigentlich den Baumwollenbau gar nicht nötig hätte. Denn die Zeit zwischen der Lieferung der Baumwolle und dem Zurückströmen des Geldes würde sehr lang ausfallen. Die Baumwolle muß nach England oder Deutschland verschickt, in englischen, sächsischen oder elsässischen Fabriken versponnen, in andern Fabriken gewebt und bedruckt, dann an schwedische oder russische Großkaufleute, von diesen an die Schnittwarenhändler verkauft werden, wo sie mitunter ein halbes Jahr liegt, ehe sie an den Mann oder vielmehr an die Frau gebracht wird. Abgesehen nun von dem nicht seltnen Falle, daß sogar auch der Schnittwarenhändler noch auf Bezahlung warten muß, hätte jetzt das Geld denselben Weg rückwärts zu durchlaufen: vom Schnittwarenhändler zum Großhändler u. s. w. So könnte reichlich ein Jahr,

könnten vielleicht zwei Jahre vergehen, ehe der Baumwollenpflanzer zu seinem Gelde käme, selbst heute, wo wir Dampfschiff und Eisenbahn haben, geschweige denn vor sechzig Jahren, wo der Transport durchschnittlich vier mal so langsam von statten ging wie heute. Dieses Warten ist nun glücklicherweise nicht nötig. Der Pflanzer wird vom Spinner oder von dessen Makler sofort mit Wechseln bezahlt, dieser macht sich auf gleiche Weise bezahlt, wenn er das Garn dem Kattunweber liefert und so fort, und jeder kann seine Wechsel zu jeder Zeit, wo er Geld braucht, bei einer Bank diskontieren, d. h. gegen Geld verkaufen, wobei ihm natürlich die Zinsen abgezogen werden, die die ausgezahlte Summe bis zur Verfallzeit des Wechsels bringen würde, wenn sie zum landesüblichen Zinsfuß ausgeliehen würde. Oder er kann auch, anstatt sich bares Geld geben zu lassen, bei der Bank eine Schuldforderung abschreiben lassen, oder er kann mit dem Wechsel direkt, ohne Vermittlung der Bank, einen seiner Gläubiger bezahlen. (Es ist hier überall nur von kaufmännischen Wechseln im strengen Sinne des Wortes die Rede. Diese sind befristete Bezahlungen einer empfangnen Ware. Gefälligkeitswechsel, d. i. solche, wo der Kreditnehmer zur größern Sicherheit des Kreditgebers, des den Wechsel erwerbenden Dritten, sich noch eine wechselmäßige Unterschrift darauf geben läßt, und Reitwechsel, d. i. gegenseitige Gefälligkeitswechsel, fallen an sich noch nicht aus dem Rahmen des soliden kaufmännischen Verkehrs heraus, bilden aber leicht die Brücke zu Wechseln, die bloß noch nach Wechselrecht einzuklagende Schuldscheine sind. Kellerwechsel nennt man Wechsel mit ganz wertlosen oder erdichteten Unterschriften.)

Bei allseitiger Solidität der beteiligten Geschäftswelt und bei Zahlungsfähigkeit der eigentlichen Konsumenten, im oben dargestellten Falle der Kleider

kaufenden Frauen, sind die sämtlichen schwebenden Handelsschulden jederzeit nicht bloß gedeckt, sondern mehr als gedeckt, indem bei der Schlußabrechnung für jeden noch sein Arbeitslohn und Unternehmergewinn herauskommt. Der ungeheure Vorteil des ganzen Organismus besteht darin, daß keiner auf seinen Hintermann zu warten braucht, daß jeder jederzeit bar Geld hat oder Ersatzmittel für bares Geld, daß demnach die Produktion ihren ungestörten Fortgang nehmen kann, ohne daß z. B. der Spinner darnach zu fragen braucht, ob, wo und wann der Kattun verkauft, ob und wie er bezahlt wird. Für gewöhnlich kommt es daher auch zu gar keiner Schlußabrechnung, sondern die Produktion geht in einem fort; ehe der Kattun, der aus der vorjährigen Baumwolle hergestellt worden ist, verkauft wird, kommen schon wieder neue Baumwollenballen auf den Markt, und ein jeder der bei der Produktion Beteiligten realisiert seine Forderungen und zieht sein Geld ein, wenn es ihm gerade paßt; manchmal früher, manchmal später als sein Vorder- oder Hintermann. Aber zuweilen kommt es doch zu einer Schlußabrechnung, und dann zeigt es sich gewöhnlich, daß sie nicht stimmt. Jeder der Beteiligten läßt die Wechsel seines Hintermannes diskontieren, und irgendwo stockt der Prozeß: es kommt heraus, daß irgend ein Hintermann oder eine Gruppe von Hintermännern das auf seinen oder ihren Wechseln versprochne Geld nicht hat. Oder alle Welt will von der Bank bares Geld, und diese kann nicht alle Ansprüche befriedigen. Die Ursache einer solchen Handelskrise, die mit einem Krach, d. h. mit dem Bankrott vieler Firmen und mit der Aufdeckung der Wertlosigkeit vieler umlaufenden Wertpapiere enden kann, ist entweder Überproduktion oder Überspekulation. Erstere, wenn sich die Fabrikanten über die Lage des Marktes getäuscht und mehr Waren angefertigt haben,

als in der laufenden Umschlagsperiode abgesetzt*) werden können (hier schlägt also der Vorteil der Kreditorganisation, daß sich der Spinner für gewöhnlich um den Kattunabsatz nicht zu kümmern braucht, in einen Nachteil um); letztere, wenn die Spekulanten, sei es aus Unkenntnis der Marktverhältnisse, sei es aus blinder Spielwut, sei es, um durch bewußte Täuschung des Publikums hohe Gewinne zu erzielen, den Kurswert von Aktien oder andern Wertpapieren weit über deren innern Wert hinaufgetrieben haben; kommt dieser innere Wert oder die Wertlosigkeit heraus, so läßt sich der künstliche Wert nicht mehr halten, und die Besitzer der Schwindelpapiere verlieren einen entsprechenden Teil ihres Vermögens. (Vergl. S. 80 und 185.) Nicht selten sind Krisen durch falsche Theorien erzeugt oder wenigstens befördert worden, so durch die Lawsche von der Fähigkeit des Staates, nach Belieben Geld „machen" zu können, die scheiterte, als es sich zeigte, daß der Bodenwert von Louisiana, der seinen Aktien zur Grundlage dienen sollte, nicht realisiert werden konnte, so die von Macleod, die ihr Urheber mit Gefängnis gebüßt hat. Die Beschleunigung und Erleichterung der Produktion, daher auch der Kapitalbildung durch den Kredit verleitete diesen Geldmann zu der Ansicht, daß der Kredit Kapital schaffe, daß das Kreditpapier nicht bloß eine Anweisung auf Geld oder naturale Kapitalgüter, sondern selbst ein neues Kapital sei. Gerade so, meint Knies, wie wenn einer, der ein Pferd auf Kredit verkauft hat, mit dem Schuldscheine ein zweites Pferd gemacht zu haben sich

*) Die Wirkung ist dieselbe, wenn die Waren zwar abgesetzt werden, aber an faule Kunden, an Kunden, die aus Armut nicht bezahlen können, oder aus Leichtsinn und Gewissenlosigkeit nicht bezahlen. Diese Gefahr bedroht die produktiven Stände stets, wo statt der Barzahlung im Kleinhandel unsolide Pumpwirtschaft, unberechtigter Konsumtivkredit die Regel ist.

einbildete. Es existiert nach wie vor nur ein Pferd; was vorgegangen ist, das ist ein Besitzwechsel; das Pferd hat einen andern Eigentümer, und der vorige Eigentümer hat statt des Pferdes ein Forderungsrecht. So ist es gerade mit allen Wechseln und Wertpapieren; sie sind nicht selbst Kapital, sondern nur Anweisungen auf Kapital oder auf Zinsgenuß, Forderungen, wofür naturale Kapitalgüter haften. Kommt es eines Tags heraus, daß die Kapitalgüter, auf die sie ein Anrecht begründen, gar nicht oder nicht in genügender Menge vorhanden sind oder keinen Ertrag abwerfen, so bricht eben ein Krach aus. Die von Macleod nach seiner Theorie geleitete Bank fallierte 1858.

Soll der Kreditverkehr gesund bleiben, so muß er nach Lexis erstens ausschließlich Bankkredit sein. Es muß namentlich aller Winkelkredit, aller heimliche Kredit, alles Geldleihen bei „guten Freunden" (die wirklichen guten Freunde gewähren nicht Kredit, sondern unentgeltliche Unterstützung) oder „Wohlthätern" und „Menschenfreunden" aufhören. Wer kreditwürdig ist, der bekommt ganz sicher Bankkredit, wer es nicht ist, der soll überhaupt keinen Kredit bekommen. Zweitens muß jeder Unternehmer ein der Größe seines Betriebs entsprechendes Kapital haben, sodaß er die erste Geschäftsperiode ohne Kredit durchmachen kann, womit über den Holzschuhmacher, den Knies einführt, das Urteil gesprochen ist. Und drittens müssen die Endabnehmer zahlungsfähig sein; fügen wir hinzu: es müssen überhaupt solche vorhanden sein. Zwar daß eine Schiffsladung Schlittschuhe nach Brasilien geschickt würde, wie 1825 einmal geschehen ist, dürfte heute nicht mehr vorkommen, aber daß mehr Spiritus und Zucker fabriziert wird, als abgesetzt werden kann, kommt doch auch heute noch vor.

Endlich sind Privat-, Genossenschafts-, Gesellschafts-, Körperschafts- und Staatskredit

zu unterscheiden. Das Wesen der Kreditgenossenschaft, wenn sie diesen Namen verdienen und nicht eine Aktiengesellschaft sein soll, besteht darin, daß ihre Kasse ein Becken bildet, in dem sich die Wirtschaftsüberschüsse der Genossenschafter ansammeln, um in Zeiten des Geldbedarfs wieder abgehoben zu werden. Es ist klar, daß der Genossenschafter für die Zeit, wo sein Geld in der Genossenschaftsbank liegt, den landesüblichen Zins, aber nur den niedrigsten, den eine Privatbank für jederzeit kündbares Geld gewährt, zu fordern hat, während solche Genossenschafter, die ihr Geld entnehmen, und zwar nicht von ihrem Guthaben, sondern auf Kredit, einen etwas höhern Zins bezahlen müssen; von der Differenz sind die Verwaltungskosten zu bestreiten. Ist der Genossenschafter, der Geld borgt, unsicher oder von unbekannter Sicherheit, so muß freilich eine Risikoprämie gezahlt und außerdem vielleicht noch Bürgschaft gestellt werden, wie dies bei den Vorschußvereinen geschieht; indes entspricht es der Idee der Genossenschaft weder, daß unsichere Genossen aufgenommen, noch daß an Nichtgenossen Geld verliehen wird; die Genossenschaften nach dem System Raiffeisen, die beides vermeiden, kommen daher dem Ideal der Genossenschaft näher als die Vorschußvereine.

Franz Hermann Schulze, geboren zu Delitzsch am 29. August 1808, begründete den ersten auf Solidarhaft beruhenden Vorschußverein in seiner Vaterstadt 1850, den Verband deutscher Genossenschaften, dessen Anwalt er wurde, 1861 und starb zu Potsdam am 29. April 1883. Friedrich Wilhelm Raiffeisen, geboren am 30. März 1818 zu Hamm an der Sieg, gestorben am 11. Februar 1888, wirkte als Bürgermeister kleiner Gemeinden und widmete sich nach Niederlegung seines Amtes ausschließlich seinen Genossenschaftsgründungen von Neuwied aus. Die Hauptunterschiede der beiden Systeme sind folgende. Die

Schulzeschen Vorschußvereine sind reine Geldinstitute. Nach der Absicht des Gründers sollten sie allerdings ausschließlich den Zweck verfolgen, durch eine solide Kreditorganisation den Mittelstand vom Wucher zu befreien und ihn zu heben. Sehr bald aber legten sie das Hauptgewicht auf die Verzinsung der Geschäftsanteile und strebten darnach, den Mitgliedern hohe Zinsen zu gewähren. Um dies zu können, mußten sie von den Geldsuchenden hohe Zinsen (bis 8 Prozent) fordern. So kam es oft, daß der Geldsuchende durch die hohen Zinsen erdrückt wurde, und daß die Bürgen bluten mußten. Im großen und ganzen war daher das Gesamtergebnis, daß die ärmern und schwächern Kunden noch tiefer hineingerieten, während die nicht ganz unbemittelten, besonders wenn sie energisch, klug und tüchtig in ihrem Geschäft waren, durch die Vereine sehr gefördert wurden. Diese trugen so dazu bei, eine Elite von Handwerkern und Detailkaufleuten zn begründen, die sich in den Vorschußvereinskassen einer bankmäßigen Kreditorganisation erfreut und aus ihren Kreisen den gemeinen Wucher ausgetilgt hat. Daß die Vorschußvereine mehr und mehr reine Geldinstitute, Banken wie andre Banken geworden sind, zeigte sich deutlich, als durch das Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 den Genossenschaften verboten wurde, Geld an Nichtmitglieder auszuleihen. Um nicht auf diesen gewinnbringenden Vorteil verzichten zu müssen, haben sich seitdem viele Vorschußvereine in Aktiengesellschaften verwandelt.

Raiffeisens Darlehnskassen dagegen haben bis heute die ihnen vom Stifter gestellte Aufgabe festgehalten: „Die Verhältnisse ihrer Mitglieder in sittlicher und materieller Beziehung zu verbessern." Während die Vorschußvereine Mitglieder aus allen Ständen und in unbeschränkter oder nur durch das Maß ihrer Expansionskraft beschränkter Zahl aufnehmen, diese sich

nicht auf ihren Charakter, sondern nur auf ihre Zahlungsfähigkeit ansehen, sodaß die Person hinter dem eingezahlten Mitgliederanteile und der Sparanlage zurücktritt, und jedem Geld leihen, der Bürgen stellt, beschränken sich die Raiffeisengenossenschaften auf die bäuerliche Bevölkerung, und zwar auf je eine Gemeinde oder eine Gruppe von benachbarten Gemeinden, sodaß jedes Mitglied die andern Mitglieder kennt. Die Genossenschaft gewährt Darlehn nur solchen Bewerbern, deren Charakter die richtige Verwendung verbürgt, und überwacht diese. Liederlicher Lebenswandel, Verkehr mit Wucherern und notorische Zahlungsunfähigkeit haben den Ausschluß aus dem Verein zur Folge. Der Verein gewährt den Kredit billig, und kann es thun, da die Geschäftsanteile und Spareinlagen der Mitglieder nur zum zeitgemäßen Zinsfuße verzinst werden, und die Verwaltungskosten bei der Kleinheit und Übersichtlichkeit der Vereine unbedeutend sind; während die Schulzeschen Vereine eine Anzahl gut besoldeter Vorstandsmitglieder und Beamten brauchen, besorgen die Vorsteher der Darlehnskassenvereine ihre Geschäfte unentgeltlich, und wird nur ein besoldeter Beamter, der Rechner, angestellt, der nicht Vorstandsmitglied sein darf. Weil in der bäuerlichen Wirtschaft der Geldumsatz langsamer von statten geht als im Handel und Gewerbe, so gewähren die Darlehnskassen auf ein bis zwei Jahre Kredit, die Vorschußvereine nur auf drei Monate. Endlich befördert die Darlehnsgenossenschaft die Gründung von Untergenossenschaften (Produktivgenossenschaften, wie Molkereigenossenschaften, Konsumvereine, wie solche zur Anschaffung von Maschinen und Düngmitteln, Verkaufsgenossenschaften).

Begründet ist der von den Vorschußvereinen gegen die Darlehnskassen erhobne Einwand, daß kleine bäuerliche Genossenschaften, die von nirgend anders woher Geld bekommen, für sich allein schwer bestehen können,

weil es leicht vorkommen kann, daß alle Mitglieder zu gleicher Zeit Geld brauchen und die Kasse sprengen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, haben sich die Darlehnsvereine gruppenweise zu Verbänden vereinigt; es giebt in Baden, Hessen, Bayern, Westfalen, Schlesien Landesverbände, und außerdem eine Zentraldarlehnskasse zu Neuwied. Ferner sind einzelne Verbände mit Banken in feste kaufmännische Verbindung getreten, und endlich ist neuerdings für ganz Preußen vom Staate eine Zentralgenossenschaftskasse gegründet und mit fünf Millionen Mark dotiert worden. Bei Aktiengesellschaften kann man, nach Knies, von den ursprünglichen Aktionären, die das Stammkapital zusammenschießen, nicht sagen, daß sie Kredit gäben oder nähmen, sie sind eben Teilunternehmer. Körperschaften nehmen gewöhnlich in der Weise Kredit, daß sie Obligationen ausgeben. Im Gegensatz zur Aktie, die auf einen schwankenden Gewinnanteil (die Dividende) anweist, trägt die Obligation feste Zinsen, die in halb- oder vierteljährigen Raten auf dem Kupon verschrieben werden. Der Käufer einer solchen Obligation wird Gläubiger der Körperschaft und erhebt die Zinsen in der Art, daß er die Kupons zur Einlösung an der Zahlstelle einreicht oder bei einen Bankier wechselt; wo man sie kennt, nimmt sie jedermann in Zahlung. So machen es Stadtgemeinden, so auch die Verbände von ländlichen Grundbesitzern, die man in Preußen Landschaften nennt. Ihre Obligationen werden Pfandbriefe genannt. Rentenbriefe werden von Rentenbanken ausgegeben. Sie stellen eine durch die Bank vermittelte Anleihe dar, die das Publikum Bauern gewährt, entweder zur Ablösung von Lasten, die auf den alten Bauergütern ruhten, oder zum Ankauf neu begründeter Güter. Der Staat endlich haftet mit den Steuern seiner Unterthanen und mit dem gesamten Staatseigentum: Eisenbahnen, Domänen, Forsten,

Bergwerken, Schiffen u. s. w. für Kapital und Zins seiner Anleihen. Die Kreditanstalten, die man Banken nennt, und die Staatsbanken, städtische Banken, Genossenschafts- und Privatbanken sein können, wirken teils als Girobanken, indem sie den Kunden, die ein Guthaben bei ihnen anlegen, durch umschreiben sowie durch Einlösung von Checks die Baarzahlung und den verwickelten und umständlichen Verkehr jedes einzelnen mit vielen andern ersparen. Teils gewähren sie Darlehn durch Diskontierung von Wechseln oder auf Pfänder; teils nehmen sie selbst Darlehen auf, was bei den Noten- oder Zettelbanken durch die Ausgabe von Banknoten geschieht, die nichts andres sind als Anweisungen auf die Kasse der Bank. Neben der Reichsbank, deren Filialen über das ganze Land zerstreut sind und die als Zentralbank fungiert, bestehen zur Zeit nur noch acht Zettelbanken. Ferner besorgen sie für ihre Kunden den Ankauf von Wertpapieren, die Einlösung der Kupons und was sonst damit zusammenhängt. Außerdem nehmen sie Wertpapiere ihrer Kunden in Verwahrung. Das Wort Depositum hat im Bankgeschäft einen dreifachen Sinn. Erstens versteht man darunter die Kassenbestände, die der Kaufmann seiner Bank anvertraut, damit sie statt seiner seine Zahlungen besorge, also für den Giroverkehr; diese Depositen werden natürlich nicht verzinst. Zweitens giebt es verzinsliche Depositen, das sind Geschäftsüberschüsse, für die der Einzahlende vor der Hand keine angemessene Anlage findet, oder die er aus irgend einem Grunde nicht festlegen will. Sie werden der Bank auf kurzfristige Kündigung übergeben und zu einem niedrigern als dem landesüblichen Zinsfuß verzinst. Drittens versteht man darunter die in Verwahrung gegebnen Effekten. Der Bankier hat dafür, daß er sie verwahrt, die Kupons einlöst, die Kündigungslisten nachsieht u. s. w., eine Entschädigung zu fordern, macht sich aber strafbar,

wenn er solche Papiere für eigne Spekulationszwecke verwendet. Endlich beteiligen sich die großen Banken an der Ausgabe (Emission) neuer Wertpapiere (Aktien oder Staatsschuldscheine) und sorgen für deren Unterbringung. Eine besondre Art sind noch die Hypothekenbanken: Aktiengesellschaften, die auf Landgüter und städtische Grundstücke Hypotheken ausleihen und gleich den Landschaften in Höhe der erworbnen Hypotheken Pfandbriefe ausgeben. Man scheidet die Bankgeschäfte in Passiv- und Aktivgeschäfte; die Aufnahme von Giroguthaben und verzinslichen Depositen sowie die Ausgabe von Banknoten werden Passivgeschäfte genannt, weil dabei die Bank eine Schuld kontrahiert, das Diskontieren von Wechseln, das Lombardieren von Pfändern, die Gewährung von Darlehen an ihre Kunden (die Erlaubnis, die sie ihnen erteilt, ihr Guthaben zu überschreiten) sind Aktivgeschäfte, weil sie dabei Geld kreditiert.

Die oben beschriebne Erleichterung des Produktionsprozesses ist nicht das einzige, wodurch der Kredit die Produktion — mit Ihering zu reden — beflügelt. Er führt auch den Unternehmungen Geld zu; aus der ganzen Welt fegt er alles verfügbare Geld zusammen, aus allen Winkeln lockt er es hervor. Nicht mehr verwahrt der Bauer seine Thaler im Strumpfe oder im Bettstroh; noch weniger hängt er, wie heute noch manche Orientalen, sein Geld in Gestalt von Geschmeide an den Leib seiner Frau; sondern er trägt sein erspartes Geld in die Sparkasse, die es zinstragend anlegt, oder wird Mitglied eines Vorschußvereins, der von den Geldgeschäften, die er treibt, Dividenden zahlt, oder er kauft Wertpapiere. Mit der größten Leichtigkeit leiht jeder jedem Unbekannten in weite Fernen, übers Meer hin, und bekommt jeder Geld von jedem: der Mexikaner, der Argentinier, der Chinese leihen beim Engländer, beim Franzosen, beim Deutschen, und

während es ehedem als selbstverständlich galt, daß nur der Arme in die Lage komme, Schulden machen zu müssen, und zwar beim Reichen, ist heute das Gegenteil beinahe ebenso häufig: ganz allgemein leihen die Armen den Reichen. Die Unternehmer, die Eisenbahnen in Sibirien bauen und in Südamerika Bergwerke anlegen, leihen das Geld dazu bei französischen, englischen, deutschen Handwerkern, Bauern, kleinen Beamten, die ein paar Thaler zusammengespart haben. Wer möchte es nicht als einen Vorteil preisen, daß solchergestalt für jedes beliebige, Nutzen versprechende Unternehmen mit leichter Mühe Geld zusammengebracht wird, und daß der kleine Sparer jeden ersparten Groschen zinstragend anlegen kann?

Aber freilich: nicht ungestraft wird man ein Flügelwesen! Wie oft verfliegt und überfliegt sich die Produktion! Weil es so leicht ist, Geld zu bekommen, läßt man sich in die unsichersten Unternehmungen ein! Der altmodische Mensch mag mit fremdem Gelde weit vorsichtiger und ängstlicher umgehen als mit eignem, der moderne Spekulant ist desto waghalsiger, je weniger eignes Geld bei dem ist, das er aufs Spiel setzt. Und wie oft — man denke an die Gründerzeit und an Panama! — ist er geradezu ein Betrüger!

Außerdem erleichtert, beschleunigt und steigert die Kreditwirtschaft die Differenzierung der Vermögen. Verleiht schon bares Geld Macht über den, der keins hat, so steigert der Kredit diese Macht noch. Der Arme hat eben nicht nur kein Geld, sondern auch keinen Kredit. Nicht allein fährt er schlecht bei jedem Kauf, nicht allein kann er nie einen vorteilhaften Gelegenheitskauf machen, nie, als Handwerker z. B., eine günstige Konjunktur ausnützen (z. B. einen großen Auftrag übernehmen, der reichlichen Gewinn abwirft), er wird auch noch durch jeden Kredit, den er nimmt, und der stets den Charakter eines teuer zu bezahlenden Notkredits trägt,

tiefer ins Elend gestoßen. Der Reiche hingegen hat stets Kredit und kann über das Geld seiner Nebenmenschen verfügen, so oft es ihm paßt. Steht der Ruf seines Reichtums in der Geschäftswelt fest, so ist sein Kredit praktisch unbegrenzt. Er kann deshalb jedes vorteilhafte Geschäft unternehmen, das sich ihm darbietet. Er kann Millionen umsetzen, wenn sich seine eignen verfügbaren Mittel auch nicht einmal auf 100000 Mark belaufen. Glücken seine Spekulationen, so wird er ein Geldfürst, mißglücken sie, so — sind die kleinen Leute ruiniert, die ihm ihr Geld anvertraut haben; das für den Bedarf seiner eignen werten Person nötige versteht er gewöhnlich, wenn auch nicht immer, in Sicherheit zu bringen. So trägt also die Kreditwirtschaft nicht wenig dazu bei, die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer zu machen.

Und endlich liegt eine große Gefahr darin, daß die Kreditwirtschaft in noch weit höherm Grade als die bloße Geldwirtschaft die Grundlagen des wirtschaftlichen Daseins verdeckt. Selbst gelehrte Leute lassen sich dazu verleiten, Papierschnitzel für Geld, Geldforderungen für Kapital und Schulden für Vermögen zu halten. Zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern, den eigentlichen Produzenten, wird der Zusammenhang vollständig zerrissen. Der Handwerker, der mit seinen Gesellen oder Lehrlingen arbeitet, mag gegen diese auch manchmal nicht sehr liebenswürdig sein, aber wenigstens kennt er ihre Lage, und wenn er kein Unmensch ist, so empfindet er Teilnahme für sie. Der Besitzer einer Aktie hingegen hat keinen Begriff davon, wie es in der Fabrik oder dem Bergwerke aussieht, worauf die Aktie lautet; die Menschen, die darin arbeiten, sind ihm so gleichgiltig wie die Marsbewohner, wenn es solche giebt; zwischen ihm und ihnen besteht kein soziales Band mehr, weder ein sittliches, noch ein gemütliches, noch ein rechtliches,

noch eine Interessengemeinschaft. Ja er weiß oft nicht einmal, ob es wirklich Arbeiter giebt, die er als seine Arbeiter bezeichnen könnte, ob die Fabrik, das Bergwerk wirklich vorhanden ist, ob, wenn es vorhanden ist, nicht schon längst der Betrieb hat eingestellt werden müssen, ob er nicht mit seiner Aktie genarrt ist. Viele denken wohl überhaupt nicht daran, wie eigentlich der Zins entsteht, den sie bekommen; sie wissen weiter nichts, als daß eine Aktie, ein Staatsschuldschein Geld kostet, ein Kupon Geld wert ist, und halten das für eine Einrichtung der Natur. Zeigt es sich dann plötzlich einmal, daß die Geldlieferungsmaschine versagt, so sind sie sehr überrascht. Noch einmal kehrt hier die Grundbedeutung des Wortes Kredit in einem höhern Sinne wieder: der ruhige Fortgang unsrer auf der Kreditwirtschaft ruhenden Produktion hängt von dem Vertrauen ab, das die Geschäftswelt in ihre eigne Solidität und in die Beständigkeit der Verhältnisse setzt, von dem Vertrauen, daß die schwebende Schuld der Kaufleute und Fabrikanten durch teils schon verkaufte teils leicht verkäufliche Waren, sowie durch Halbfabrikate und Materialien gedeckt ist, und daß die Handarbeiter aller Länder imstande und gewillt sind, die Zinsen der Aktien, Renten- und Pfandbriefe und Staatsanleihen aufzubringen, die das Einkommen der Rentner ausmachen. So oft dieses Vertrauen wankend wird oder sich als teilweise unbegründet erweist, tritt eine Krisis ein, und die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß, was in Argentinien, Griechenland und Portugal geschehen ist, daß nämlich dem Volke die Zinsen der Staatsschuld nicht abgepreßt werden können, über kurz oder lang auch in Rußland und Italien eintritt, welche beide Staaten immer neue Anleihen aufnehmen müssen, um die jährlichen Zinsen bezahlen zu können, ja daß die Zahlungsunfähigkeit noch darüber hinausgreift, und gleichzeitig kann damit

eine allgemeine Entwertung der Industriepapiere eintreten; die in diesem Falle unvermeidliche Schlußabrechnung würde furchtbar ausfallen.

So bewährt sich denn auch hier das Gesetz, dem alle menschlichen Dinge unterworfen sind, daß jeder Vorteil mit entsprechenden Nachteilen erkauft werden muß. Selbstverständlich ist es Pflicht, die Nachteile der Kreditwirtschaft zu bekämpfen und den Gefahren, die sie birgt, vorzubeugen. Was nun vom Wucher gesagt wurde, daß er nicht durch Strafgesetze, sondern nur durch Heilung der wirtschaftlichen und sozialen Übelstände und durch zweckmäßige Kreditorganisation überwunden werden könne, das gilt von den schlimmen Wirkungen der Kreditwirtschaft überhaupt. Von größter Wichtigkeit sind in dieser Beziehung die sittlichen Eigenschaften des Volkes, mit deren Pflege die herrschenden Stände voranzugehen haben: je wirtschaftlicher, je freier von Leichtsinn und Genußsucht ein Volk ist, und je allgemeiner andrerseits hilfbereite Nächstenliebe herrschen, desto weniger wird gemeiner Wucher vorkommen. Sodann ist allgemeine Einsicht in den wirtschaftlichen Zusammenhang notwendig. Wer es einmal klar erkannt hat, daß kein sichrer Schuldner mehr als den zeitgemäßen und landesüblichen Zins zu zahlen braucht, daß also jeder, der höhere Zinsen anbietet, ein unsichrer Kunde ist, und ihm ein Darlehn gewähren so viel wie spielen heißt, der wird niemals sein ganzes Vermögen oder einen großen Teil davon in hochverzinslichen Papieren anlegen. Wer mehr Einkommen hat, als er braucht, der mag, wenn ihn nicht sittliche Bedenken davon abhalten, einen Teil davon aufs Spiel setzen, aber wer das Kapital, von dessen Zinsen er lebt, verspielt, der ist dumm. Industriepapiere können sicher sein und trotzdem einen hohen (hier Dividende genannten) Zins abwerfen, der aber nur dem ursprünglichen Inhaber, nicht dem

spätern Käufer zu gute kommt. Denn steigt die Dividende auf 12 vom Hundert, so steigt der Kurs des Papiers von 100 auf 300, d. h. der Käufer muß für eine auf 100 Mark lautende Aktie 300 Mark bezahlen, erhält also nicht mehr als 4 Prozent. (Allerdings gilt das nicht ausnahmslos. Bei gefahrvollen Betrieben, wie bei Bergwerken und Schiffahrtsunternehmungen, muß die Dividende noch eine Risikoprämie enthalten. Außerdem wirken die Fundierung und die Stetigkeit der Betriebsergebnisse auf den Kurs ein. So haben deutsche Gasglühlichtaktien schon zweimal 130 Prozent Dividende gezahlt, stehen aber nur 865; die Dividende zu 4 Prozent kapitalisiert würden sie über 3000 stehen.) In noch höherm Grade gilt das von denen, die an der Börse spielen, weil da das draußen stehende uneingeweihte Publikum, das sich beteiligt, immer der Betrogne ist. Wie sich der Kaufmann und der Fabrikant zu wahren haben, ist schon gesagt worden: sie dürfen ihr Geschäft nicht weiter ausdehnen, als es ihr Betriebskapital gestattet, und dürfen nichts unternehmen ohne die genaueste Kenntnis des Marktes. Der Zustand Englands, wo die Existenz des größten Teils der Nation auf einen schwankenden und unübersehbaren Auslandsmarkt gegründet ist, bleibt, so glänzend er augenblicklich noch sein mag, höchst gefährlich; es ist deshalb ein Zustand anzustreben, wo der Kern des Volkes teils als Bauern von den Erzeugnissen der eignen Wirtschaft, teils als Handwerker und Krämer von nahe wohnenden und bekannten Kunden leben, sodaß nur ein kleiner Teil des Volkes mit seinem ganzen Dasein von einer fernen unbekannten Kundschaft und dadurch von der internationalen Kreditwirtschaft abhängig ist. (Siehe S. 38.)

Beim Immobiliarkredit ist zwischen städtischem und ländlichem zu unterscheiden. Beim städtischen ist weniger die Belastung der Häuser mit Hypo-

theken als die Art des heutigen Häuserbaues zu beklagen, wie sie namentlich in Berlin zur Herrschaft gelangt ist. Der Bauspekulant oder das Konsortium von Bauspekulanten, das einen Baugrund erworben hat, schiebt einen Strohmann als Bauherrn vor. Dieser bezahlt den Baugrund mit Hypotheken und nimmt dann in dem Maße, als der Bau fortschreitet, weitere Hypotheken auf, die er aber nur zum Teil zur Bezahlung der Bauhandwerker verwendet, zum Teil für sich beiseite schafft. Das fertige Haus verkauft er dann, und die unbezahlten Bauhandwerker haben das Nachsehen. Er für seine Person leistet, wenn er verklagt wird, den Manifestationseid. Der Käufer ist häufig ein Mann ohne Vermögen, dem kein Ziegel des Hauses wirklich gehört, der sich aber dadurch ein Einkommen verschafft, daß er aus seinem Hause oder aus seinen Häusern mehr Mietzins herausschlägt, als er an Hypothekeninteressen, Steuern und Reparaturen zu zahlen hat. Er ist also nur nominell und de jure Eigentümer, in Wirklichkeit nur Hausverwalter für die eigentlichen Eigentümer, die Hypothekengläubiger. Es ist also in diesem Falle falsch, von übermäßiger Belastung oder Verschuldung des städtischen Grundbesitzes zu sprechen. Es hat sich eine ganz neue Form des städtischen Grundeigentums gebildet. Gesund ist die allerdings nicht, aber das Verwerfliche an ihr besteht nicht in einer angeblichen Belastung des Besitzes, sondern in der Förderung des Spekulantentums, in der Schädigung der Bauhandwerker, in der unmäßigen Steigerung der Bodenpreise und daher auch der Mietpreise, und in der Verhinderung einer den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechenden Wohnungsanlage, da dieses System bei der Anlage von kolossalen Mietkasernen am besten gedeiht.

Beim ländlichen Grundbesitz dagegen kann stellenweise von Überschuldung gesprochen werden. Will

man dieser abhelfen, so muß man sich zunächst klar machen, daß in gewissen Fällen die Überschuldung unvermeidlich eintritt, nämlich dort, wo sie die Wirkung einer starken Nachkommenschaft ist. Werden, wie das in West- und Mitteldeutschland häufig der Fall ist, die Güter in natura geteilt, so entstehen unlebensfähige Zwergwirtschaften, deren Besitzer, wenn sie nicht in der Hausindustrie oder als Tagelöhner oder Fabrikarbeiter einen Nebenerwerb haben, ihr Dasein nur durch Schuldenmachen fristen können. Eine solche „Kreditwirtschaft“ kann auf keine Weise vernünftig eingerichtet werden; hier ist nur durch Auswanderung eines Teils der Bevölkerung zu helfen, wodurch es den Zurückbleibenden möglich wird, ihre Güter zu vergrößern. Bleiben die Güter, wie das im Osten unsers Vaterlandes üblich ist, ungeteilt, und werden sie zur Abfindung der Erben mit Hypotheken belastet, so muß die Hypothekenlast den Besitzer zuletzt herunter treiben. Hier wäre nur durch Einführung des sächsischen Erbrechts zu helfen, bei dem die Geschwister des Anerben leer oder beinahe leer ausgehen. Wo aber dieses Erbrecht nicht von Alters her besteht, kann es unter den heutigen Umständen nicht eingeführt werden. Bei seiner Einführung lag darin keine übermäßige Unbilligkeit gegen die Enterbten, weil für diese daheim oder in Kolonien Rodeland vorhanden, auch die Möglichkeit vorhanden war, es in den erst spärlich vorhandnen und kleinen Städten zu etwas zu bringen. Heut würden die Enterbten nicht allein dem Elend preisgegeben, sondern durch sie auch das ohnehin gefährlich zahlreiche Proletariat vermehrt. Mit der Ausführung des jüngst gemachten Vorschlags, der Anerbe solle die Geschwister nicht mit Kapital, sondern mit Rententeilen abfinden, wäre jener nicht gebessert und diesen wenig geholfen. Waltet der Übelstand der Übervölkerung nicht ob, so kann die Überschuldung, wo sie

trotzdem vorkommt, entweder aus schlechter Wirtschaft oder aus dem Mangel einer zweckmäßigen Kreditorganisation oder aus Überzahlung entsprungen sein. Das Sinken des Reinertrags infolge sinkender Getreide- oder Viehpreise gehört mit unter den letzten Fall, weil bei der Berechnung des Kaufpreises die Möglichkeit des Sinkens des Reinertrags mit angeschlagen werden muß. Unterbleibt das, wie es denn bei den hohen Getreidepreisen der fünfziger und sechziger Jahre ganz allgemein unterblieben ist, so wird das Gut zu teuer bezahlt. Schlechte Wirte haben keinen Anspruch auf Hilfe; je eher sie herunter müssen, desto besser ist es für das Gut und für die Volkswirtschaft. Eine gute Kreditorganisation sodann kann auch dem Übel der Überzahlungen vorbeugen. Wird der Not- und Betriebskredit überall durch Kassen nach dem System Raiffeisens befriedigt, so kommt Auswucherung nicht mehr vor und wird auch schlechter Wirtschaft vorgebeugt, denn die Vereine überwachen ihre Mitglieder in Beziehung auf die Verwendung des gewährten Kredits. Der Ankaufskredit aber sollte durchweg in der Form befriedigt werden, die in den preußischen Landschaften geschaffen worden ist. Schäffle wenigstens schlägt vor, die Privathypotheken ganz zu beseitigen und auch die Bauern in Körperschaften nach dem Muster der sogenannten ritterlichen Landschaften (deren Kredit übrigens jetzt schon stellenweise den Bauern zugänglich ist) zu organisieren. Die Kapitalisten und Rentner würden dadurch nicht um die Gelegenheit gebracht, ihr Geld in Grundstücken anzulegen; statt Hypotheken zu erwerben, würden sie Pfandbriefe kaufen, was ja zudem bequemer ist. Die durchgängige Gestaltung des ländlichen Hypothekenwesens nach diesem Muster würde folgende wohlthätige Wirkungen haben. Erstens würde kein Gut über die von der Landschaft, oder wie die Körperschaft sonst heißen würde, als an-

gemessen erkannte Grenze hinaus mit Schulden belastet werden können. Zweitens würde niemand ein für seine Mittel zu großes Gut kaufen können; jetzt ist das möglich, weil sich stets Leute finden, die zum Ankauf über die angemessene Grenze hinaus Geld leihen. Drittens würde die Körperschaft durch eine vorsichtige, auch die in Zukunft zu erwartenden Preisschwankungen der ländlichen Produkte berücksichtigende Taxe Überzahlung verhüten. Viertens endlich würden die Hypotheken allmählich getilgt werden, indem die zu zahlenden Zinsen einen Amortisationsbetrag einschlössen. Schäffle schlägt außerdem noch folgendes vor. Persönliche Schulden, selbst Wechselschulden, begründen nicht den Antrag auf Subhastation eines ländlichen Grundstücks. Muß ein solches subhastiert werden, weil der Besitzer die Hypothekenzinsen nicht bezahlen kann, so übernimmt es die Körperschaft und verpachtet es so lange, bis sich ein Bauer als Käufer findet; an Großgrundbesitzer und städtische Kapitalisten darf nicht verkauft werden.





Sechzehntes Kapitel

Güterumlauf, Handel, Handelsbilanz, Freihandel und Schutzzoll, Börse

Die Gesellschaft, die Volkswirtschaft, die Kultur setzen alle drei den Güterumlauf voraus, denn wo ein jeder seine Bedürfnisse durch die eigne Produktion befriedigt, da treten die Wechselwirkungen nicht ein, aus denen jene drei Erscheinungen des Menschenlebens hervorgehen. Wie die Kultur und die Volkswirtschaft einerseits mit dem Jäger-, Fischer- und Hirtenleben, andrerseits mit der Oikenwirtschaft oder der kommunistischen Gemeindewirtschaft beginnen und durch die Naturaltauschwirtschaft zur Geldwirtschaft fortschreiten, ist bereits dargestellt worden. Je mehr die Arbeitsteilung Spezialitäten ausbildet (z. B. die Damenmäntelkonfektion, die Uhrmacherei, die an wenigen Orten konzentriert sind), und je leichter eine hochentwickelte Verkehrstechnik die Entfernungen überwindet, desto weiter treten Produktion und Konsum auseinander, desto zahlreicher und verwickelter werden die sich kreuzenden Bahnen des Güterumlaufs, desto mehr schwellen die Menschenklassen an, die als Händler, Kaufleute, Makler, Agenten und Spekulanten, als Beamte und Arbeiter der Verkehrs- und Transportanstalten dem Güterumlauf dienen. Dieser

letztern Wirkungsweise und Stellung in der Volkswirtschaft sind so klar, daß sie zu schwer zu beantwortenden Fragen keinen Anlaß geben; es genügt daher die Erinnerung daran, daß die Verkehrsmittel bis in die neuere Zeit, bis zur Erfindung des Kompasses und zur allgemeinen Verbreitung des Chausseebaues höchst unvollkommen, Verkehrsanstalten aber vor unserm Jahrhundert so gut wie gar nicht vorhanden waren. Heute, nach Einrichtung dieser Anstalten, der Post, der Eisenbahn, der Dampfschiffahrt, des Telegraphen, können alle technischen Hemmnisse des raschen und allseitigen Güterumlaufs als überwunden angesehen werden.

Beim Handel unterscheidet man erstens Groß- und Klein-(Detail-)handel. Der Kleinhandel, meint Cicero, sei ein schmutziges Geschäft; der Großhandel, der bedeutende Gütermassen herbeischaffe und ohne täuschende Künste unter viele verteile, sei ein dem vornehmen Manne nicht gerade zur Unehre gereichender Erwerb; aber Kleinhändler könnten es kaum zu etwas bringen ohne viel Lüge und Täuschung. Dieses Urteil ist bis heute unerschüttert geblieben und im ganzen nicht unberechtigt. Erstens liegt beim Großhandel seine Unentbehrlichkeit für das Gemeinwesen klar am Tage, beim Kleinhandel nicht immer. Dann ist es richtig, daß der Großhändler unehrlicher Mittel nicht bedarf und solche, auch wenn er wollte, nicht anzuwenden vermöchte: er hat einen festen Kundenkreis, und seine Kunden sind Kenner. Ohne einen hohen Grad von Vertrauen zu genießen, der doch die Zuverlässigkeit seines Charakters voraussetzt, kann niemand Großhandelsbeziehungen anknüpfen. Die Großhändler haben daher stets eine Aristokratie gebildet und sich auch dem Namen nach als eigentliche Kaufleute (merchants) von den Krämern (shopkeepers) unterschieden. Doch

ist auch der Kleinhandel bis jetzt nicht zu entbehren gewesen, weil es doch eben unmöglich ist, daß alle Kunden unmittelbar beim Großhändler kaufen. In unsrer Zeit wird das ja von den Versandgeschäften angestrebt und ist auch dank unsrer vortrefflichen Posteinrichtungen bis zu einem gewissen Grade möglich, ob aber diese Verteilungsart den Kleinhandel vollständig wird ersetzen können, muß die Erfahrung lehren. Könnte sie es, so wäre es noch sehr fraglich, ob das Publikum mit der Änderung, die übrigens ohne seine Mitwirkung nicht vor sich gehen kann, zufrieden sein würde. Es ist heute eine große Bequemlichkeit für jeden, namentlich für die Hausfrauen, wenige Schritte von der Wohnung eine Anzahl von Läden zu haben, in denen alle Bedürfnisse befriedigt werden können. Sich von allen möglichen Waren einen Vorrat anzulegen, der wochen- oder monatelang reicht, dazu hat der kleine Mann meistens weder die Mittel noch den geeigneten Raum, und abgesehen von der Gefahr des Verderbens vieler Waren wäre es gar nicht möglich, sich so zu versorgen, wie heute durch die Kramläden ein jeder versorgt ist. Waren, wie Schokolade, Thee, Rosinen, Heringe, braucht mancher nur alle Monate oder alle Vierteljahre einmal; das Verschwinden der Kramläden würde ihn vor die unangenehme Wahl stellen, entweder ganz darauf zu verzichten, oder sich an den regelmäßigen Gebrauch zu gewöhnen. Bequemer, weil dem gegenwärtig herrschenden Zustande ähnlich, wäre die allgemeine Versorgung durch Konsumvereinsläden, und ohne Frage wirken die Konsumvereine sehr heilsam, namentlich dadurch, daß sie an Barzahlung gewöhnen. Man muß aber auch erwägen, daß der Krämer die Waren ebenso billig liefern könnte wie der Konsumverein, wenn er von allen seinen Kunden bar bezahlt und nicht von vielen

betrogen würde. Übrigens würden mit der Durchführung des Konsumvereinswesens oder kommunistischer Warenhäuser die schönen Schaufenster mit ihren Auslagen verschwinden, mit denen die konkurrierenden Krämer einander die Kunden abspenstig zu machen suchen. Das würde ja nun von den Puritanern als ein großer Vorteil für die Sittlichkeit gepriesen werden, weil diese Schaustellungen die eitle Schaulust und die Sinnlichkeit reizen und zu unnützen Ausgaben verlocken, gleichzeitig aber würden dadurch unzählige ein harmloses Vergnügen einbüßen, denn unter zehn Männern — von den Frauen gar nicht zu reden — giebt es kaum einen, dem Schaufenster nicht Vergnügen bereiteten. Schließlich ist es noch die Frage, ob nicht die neue Einrichtung, wenn sie die Krämerei vollständig verdrängt hätte, in eine Monopolwirtschaft ausarten und die Kunden schlechter und teurer bedienen würde als der Kleinhändler, ja es ist sogar die Frage, ob nicht auch ohne monopolistische Mißbräuche die unvermeidlichen Geschäftskosten ebenso groß sein würden wie bei der Krämerei, wenn dem Publikum dieselben Annehmlichkeiten und Bequemlichkeiten geboten werden sollten. Der Verständige wird die drei Formen sich neben einander entwickeln, einander ergänzen und durch die Konkurrenz zu Verbesserungen antreiben lassen, ohne sich für oder gegen eine von ihnen zu ereifern.

Der heutigen Agitation gegen den Zwischenhandel ist zunächst entgegenzuhalten, daß sie vom Gegenstand ihres Unwillens eine sehr unklare Vorstellung hat. Zwischenhandel ist jeder Handel, denn der Händler hat eben die Aufgabe, zwischen dem Produzenten und dem Konsumenten zu vermitteln, in der Wissenschaft aber versteht man unter dem zum terminus technicus gestempelten Ausdruck etwas andres, als was die Agitatoren meinen. (Siehe weiter

unten.) Sie meinen, daß sich zwischen den Produzenten und den Konsumenten überflüssige Vermittler einschieben. Der Großhändler ist nun bestimmt kein überflüssiger Vermittler, denn, wie schon im elften Kapitel ausgeführt wurde, die sächsische Kleinbäuerin kann sich ihr Pfund Kaffee nicht in Brasilien holen; sie kann es auch nicht in Hamburg, sie kann es nicht einmal in Leipzig holen, also hat sie nicht allein den Großhändler nötig, sondern auch ihren Dorfkrämer, und wenn dessen Kram so klein ist, daß sich das große Hamburger Haus nicht mit ihm einlassen mag, auch noch einen Vermittler in Leipzig oder einer andern dem Dorfe benachbarten Stadt. Ein überflüssiger und schädlicher Vermittler ist zwar der mehrerwähnte Geflügelhändler, der den Bäuerinnen vor dem Stadtthor die Hühner abkauft, die sie zum Wochenmarkt bringen, aber nicht der Kolonialwaren-, der Schnittwaren-, der Glas- und Porzellanwarenhändler. Werden diese Leute beseitigt, so muß ihr Dienst entweder durch Beamte von Konsumvereinen und Warenhäusern oder durch die Angestellten des Versandgeschäfts und der Post versehen werden, und ob diese bei völliger Durchführung des neuen Systems billiger und besser arbeiten würden, das, haben wir schon gesagt, sei eben die Frage. Die Frage, ob Händler überflüssig oder nötig seien, läßt sich immer nur nach Prüfung jedes einzelnen Falles entscheiden. Modenarrheiten, Eitelkeit und Standesdünkel erzwingen eine Menge wirklich überflüssiger Zwischenhändler. Bräute von einem gewissen Range würden es für eine Schande halten, wenn sie ihre Ausstattung nicht in renommierten großstädtischen Geschäften kauften. Da kommt es denn vor, daß die Möbel, die sie dort auswählen, in dem Städtchen angefertigt sind, wo sie wohnen. Der geschickte kleinstädtische Tischler muß sie ins großstädtische Magazin

verkaufen, weil die vornehmen Leute teils grundsätzlich nicht beim kleinen Handwerken kaufen, teils, wenn sie es einmal thun, ihn nicht bezahlen, und er von der Luft nicht leben kann. Wenn man heute noch vielfach mit Cicero den Kleinkaufmann für einen Lügner und Betrüger hält, so dürfte man sich täuschen; in größern und mittlern Städten wenigstens erzieht die Konkurrenz die Kundschaft zu solcher Warenkenntnis, daß Täuschung sehr schwierig sein dürfte. Was heute einem feinen und vornehmen Gemüte den Kleinhandel unangenehm macht, das ist nicht mehr der Zwang zum betrügen, sondern der Zwang zur übertriebnen Höflichkeit gegen das Publikum und zu den Künsten, die bestimmt sind, die Konkurrenten auszustechen. Der Ansicht, daß eine zu große Menge von Kleinhändlern die Waren verteure, hat bereits Adam Smith die richtigere entgegengestellt, daß sie durch übermäßige Vermehrung immer nur einander gegenseitig, niemals die Kundschaft schädigen können. Diese übermäßige Vermehrung hat dieselbe Ursache wie die Überfüllung aller andern Stände: Übervölkerung; jede zwangsweise Schließung eines Standes durch die Bestimmung, daß er nur eine vorgeschriebne Zahl von Mitgliedern haben dürfe, würde nur die Not der übrigen vermehren. In neuester Zeit wird von einigen Volkswirten folgende Ansicht verbreitet. Durch eine andre und bessere Organisation des Handels würden die Waren beinahe um die Hälfte verbilligt werden. Dadurch würde die Kaufkraft des Geldes beinahe verdoppelt: der Arbeiter erhielte für seine 600 Mark Jahreseinkommen so viel Güter, wie man jetzt für 1000 Mark bekommt. Demnach würden, um die gesteigerte Nachfrage zu befriedigen, beinahe doppelt so viel Waren produziert werden müssen. Die Reform des Handels würde also zur Folge haben, daß nicht allein die dadurch

übrig gewordnen unnützen Zwischenhändler, Kommis, Geschäftsreisenden u. s. w., sondern auch alle unbeschäftigten Menschen in den produktiven Gewerben reichlich Beschäftigung finden würden. Ob die erste gute Wirkung, die Verbilligung der Waren, in Beziehung auf Kolonial-, Schnitt- und ähnliche Waren zutreffen würde, ist, wie bereits bemerkt wurde, fraglich; mit Beziehung auf die wichtigsten Waren könnte sie sich schlechterdings nicht erfüllen. Denn mit zunehmender Bevölkerung müssen notwendig immer teurer werden: Wohnung, Fleisch, Milch, Butter, Leder, Holz, und daran kann weder der reformierte noch der unreformierte Handel etwas ändern. Das für die Volksmasse wichtigste volkswirtschaftliche Produkt aber, das Brotgetreide, das bei fortschreitender Bevölkerung in einem abgesperrten Lande ebenfalls stetig teurer wird, ist durch den Handel — zum großen Zorn der Agrarier — schon so billig gemacht worden, als es gemacht werden kann. Diese Güter aber nehmen vom Arbeitereinkommen mindestens neun Zehntel hinweg, sodaß ein Einkommen von 600 Mark durch jene Reform im günstigsten Falle auf 660 Mark erhöht werden könnte. Was aber die Güter anlangt, deren Produktion allenfalls durch diese unbedeutende Erhöhung der Kaufkraft der Massen vermehrt werden könnten: Kolonialwaren, Gewebe, Galanteriewaren, so sind sie bereits in solcher Fülle vorhanden und werden in solchem Übermaß verbraucht, daß ein Mehrverbrauch teils unmöglich, teils nicht erwünscht erscheint; welcher verständige Mensch würde wünschen, daß noch mehr Cigarren geraucht oder Süßigkeiten genascht oder Frauenkleider verbraucht würden! Die Reform des Handels würde also, wenn sie gelänge, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit nichts beitragen, sondern diese vermehren. Es ist bezeichnend für die Gedankenlosigkeit und Blindheit der heutigen wirtschaft-

lichen Parteien, daß die Leute, die über die Verteuerung aller Waren durch den Handel klagen, die Leute, die gegen die Goldwährung kämpfen, weil sie angeblich alle Waren verbillige, und die Agrarier, die die Verbilligung des Getreides der Börse zum Verbrechen anrechnen, sich in ein und derselben Partei zusammenfinden.

Ferner unterscheidet man Auslands- und Binnenhandel. Der erste ist der ältere; er ist älter als der regelmäßige Nahverkehr, denn schon die Oikenwirtschaft der griechischen Heldenzeit wird von Phöniziern, die in Beziehung auf Bedürfnisbefriedigung sich selbst genügende germanische Bauerngemeinde von römischen, später von jüdischen und venetianischen Händlern mit ausländischen Waren versorgt, die nicht dem Bedürfnis, sondern dem Luxus dienen. Der Handel ist also ursprünglich eigentlich Hausierhandel gewesen. Je mehr heut überall Läden verbreitet sind, desto unnötiger wird der Hausierhandel, der aber aus demselben Grunde fortdauert, aus dem die Zahl der Kleinhändler übermäßig anschwillt, weil die Übervölkerung auch zu ganz unzweckmäßigen Erwerbsarten zwingt. Gegen ihn zu eifern haben die Kaufleute am wenigsten Ursache, die mittels ihrer Handelsreisenden, Stadtreisenden, Reklamen u. s. w. selbst hausieren gehen und beständig in den Kundenkreis ihrer Konkurrenten einbrechen. Daß der alte Großhausierhandel stets mit Seeraub verbunden war, ist bekannt. Händler, die andre Länder aufsuchen, treiben Aktivhandel, Händler, die daheimbleiben und sich von fremden Ankömmlingen versorgen lassen, Passivhandel. Verschleißen die Aktivhändler nicht Produkte ihres eignen Landes, sondern führen sie Produkte des einen Landes in ein zweites Land, so nennt Smith das round about trade (Rundumhandel), Roscher nach Büsch Zwischenhandel; wir ziehen den Ausdruck Frachthandel vor. Er hängt auf das innigste mit der Reederei

zusammen. Der Reeder kann selbst Kaufmann sein und seine Waren auf seinen eignen Schiffen verfrachten, oder, ohne selbst Handel zu treiben, seine Schiffe an Kaufleute vermieten. Der Frachthandel ist der wichtigste Erwerbszweig der Handelsstaaten. Phönizien war Handels- und zugleich Industriestaat, indem es neben fremden Waren, die es aus einem Lande ins andre brachte, auch eigne Fabrikate ausführte. Venedig und Genua sind reine Handelsstaaten gewesen, wurden aus ihrer Stellung eine Zeit lang von Portugal und Spanien, dann samt diesen beiden definitiv von Holland verdrängt, das ein paar Jahrzehnte hindurch der große Weltfrachter war, bis Cromwell seinem Handel 1651 durch die Navigationsakte den Lebensnerv durchschnitt. (Sie bestimmte bekanntlich, daß Fremde in die britischen Häfen nur eigne Produkte einführen durften.) Solche mittelalterliche Städte wie Florenz, Brügge, Augsburg, Nürnberg waren kleine Industrie- und Handelsstaaten. Beides ist dann, alle Konkurrenten vernichtend, England im größten Stile geworden. Heute wetteifern alle Kulturstaaten, beides zu werden, und verwickeln sich dadurch in einen „Wettbewerb," der zwar in allen amtlichen Kundgebungen als friedlich und segensreich gepriesen wird, aber nichts weniger als dieses ist und voraussichtlich zu blutigen Kämpfen ums Dasein führen wird. Man hat den Auslandshandel stets als den stärksten Beschützer des Friedens gepriesen, und das ist er auch insofern, als ein Kaufmannsvolk nicht gern selbst Krieg führt, aber es zettelt nicht selten Kriege an, teils um unbequeme Konkurrenten zu beseitigen oder zu schwächen, teils, wenn es zugleich Industrievolk ist, um sich Armeelieferungen zu verschaffen, und bisweilen führt es auch selbst Krieg, um seinen Waren den Absatz in einem Lande zu erzwingen, das sich ihm verschloß: so hat sich England die Opiumeinfuhr in China durch einen Krieg erzwungen.

Es ist müßig, zu untersuchen, welche Art von Handel vorteilhafter für ein Volk sei; unentbehrlich sind alle die genannten Arten, und vom freien Entschluß eines Volkes hängt es nicht ab, ob es die eine oder die andre Art bevorzugen, oder wann es zu einer bisher nicht betriebnen Art übergehen will, denn in solchen Dingen folgt ein jedes dem Zwange der Umstände. Beachtung verdient jedoch der merkwürdige Umstand, daß Adam Smith, der Vater der Freihandelsschule und Bürger des ersten Handelsstaats der Welt, den Binnenhandel für den ertragreichsten und wohlthätigsten, den Frachthandel für den unwichtigsten und unvorteilhaftesten erklärt und China und das alte Ägypten glücklich gepriesen hat, weil sie sich selbst genügt und auf den Verkehr mit dem Auslande verzichtet hätten. Roscher meint (System der Volkswirtschaft III, 100) die volkswirtschaftliche Produktivität des Handels sei „nicht darnach zu messen, ob seine Operationen die Landesgrenze schneiden oder nicht; sondern darnach, wie sehr die zum Volke gehörigen Personen, denen der kaufmännische Dienst geleistet wird, die für ihr Produkt empfangnen Gegenwerte zu neuer Produktion anwenden.“ So giebt ein Umsatz von preußischem Korn gegen rheinische Ackerwerkzeuge zwei deutschen Produktionsgeschäften neue Kraft, fortzufahren; ein Umsatz von Korn gegen rheinischen Schaumwein nur einem. Dagegen erhalten durch den Umsatz von sächsischen Strümpfen gegen amerikanische Rohbaumwolle nicht bloß die Strumpfwirker, sondern auch die Baumwollenspinner in Deutschland die Mittel, ihre Produktion fortzusetzen.

Es ist richtig, daß die Staatsgrenze, die ja sehr veränderlich ist, für die Frage des Nutzens der einen oder der andern Art des Handels nicht so viel zu bedeuten hat. Das Entscheidende dürfte sein, daß der Fernhandel — gleichviel ob zwischen verschiednen Land-

schaften desselben Staates oder zwischen verschiednen Staaten — in dem Maße berechtigt ist, als er nötig ist, nötig ist er aber für Waren, die in dem importierenden Lande nicht erzeugt werden können. Bei uns wachsen weder Kolonialwaren noch Baumwolle, also müssen wir beides einführen. Ein Agrarstaat hat keine oder wenig Industrie, also muß er Gewebe, Geräte und Maschinen einführen. Und das ist nun eben das Bedenkliche unsrer heutigen Entwicklung, daß jeder Kulturstaat jede Art Waren ausführen und den übrigen Staaten aufdrängen will, daß die Berliner Konfektionäre massenhaft Mäntel nach Nordamerika schicken, wo es doch wahrhaftig an Schneidern nicht fehlt, und daß vielleicht nach einigen Jahren die Nordamerikaner eine gleiche Anzahl von Mänteln zu uns herüberschicken werden. Dafür kann nun eigentlich der Handel nicht. Die Schuld liegt am Bodenmangel, der nicht gestattet, die Mehrzahl des Volkes in der Urproduktion unterzubringen. So werden die Massen in die Industrie und den Handel hineingedrängt, wird die vielbeklagte Überproduktion an Industriewaren erzeugt, und werden die Waren, deren Absatz man um jeden Preis erzwingen will und muß, unnützerweise herüber- und hinübergeschoben.

Mit diesem Übelstande hängt ein andrer zusammen. Sobald die Güter nicht mehr für den eignen Bedarf, sondern für den Markt produziert werden, nehmen sie die Gestalt der Ware an. Anfangs, wo der Handwerksmeister für Kunden arbeitet, die ihm das Material zu dem bestellten Gegenstande liefern — man nennt diese Art Betrieb Lohnwerk im Gegensatz zum eigentlichen Handwerk —, noch nicht ganz deutlich, später aber, wo der Konsument weder mit dem Bauer noch mit dem Handwerker mehr verkehrt, und alle Güter durch den Händler bezogen werden, in einem solchen Grade, daß häufig der eigentliche Zweck der Produktion

aus dem Auge verloren wird, und für den Markt Massen von Gütern erzeugt werden, die keine Abnehmer finden. Es entstehen jene bereits in den vorigen beiden Kapiteln erwähnten Absatzstockungen, die man Handelskrisen nennt, indem sich viele Produzenten über den Bedarf des Marktes täuschen. Das kommt desto leichter vor, je größer und unübersichtlicher der Markt ist, und Irrtümer sind um so schwieriger zu vermeiden, je weiter die Zeit der Produktion von der des Konsums entfernt ist. Der Konfektionär z. B. kann zwar im Laufe des Sommers erfahren, wie die Sommerkleider gehn, die er verschickt hat, aber im Sommer muß er schon die Winterkleider anfertigen lassen, und wie die gehen werden, kann er unmöglich vorher wissen. Nun bestellen zwar die amerikanischen Händler beim Berliner Konfektionär schon im Sommer, aber diese selbst können sich täuschen, und dann setzt der Konfektionär zwar das in der laufenden Kampagne Bestellte ab, erfährt aber den Rückschlag in der nächsten Kampagne und setzt da weniger ab, als wofür er Vorbereitungen getroffen hatte. Die Minderbestellung kann verschiedne Ursachen haben: die Einkünfte vieler Kunden können sich vermindert, der Geschmack kann sich geändert haben, in Amerika selbst können neue Konkurrenten aufgetaucht sein. Letzteres ist besonders dann der Fall, wenn plötzlich hohe Einfuhrzölle, wie die der Mac Kinleybill, die Einfuhr erschweren, also die inländische Fabrikation vorteilhafter machen. Nicht selten ist es die unberechtigte Hoffnung der Produzenten, was die Täuschung erzeugt. Man sieht es, daß der Markt überfüllt ist, aber man fährt trotzdem fort, zu produzieren, weil die Kapitalien einmal in den Fabriken und Gruben festgelegt sind, und diese nicht ohne empfindlichen Verlust für die Besitzer ruhen können. Man hofft also: die Verhältnisse werden sich schon ändern, schafft weiter und verschlimmert so das Übel. Oder es warten

viele Geldkapitale auf Anlage. Der Wunsch, diese oder jene Anlage möchte rentieren, erzeugt die Hoffnung auf Rentabilität und treibt die Kurse in die Höhe. Das ermutigt zum Ankauf von Aktien und zur Erweiterung der Betriebe. Wie bedeutende Vermehrung der Bargeldbestände in derselben Richtung wirken, wurde bereits gezeigt. In frühern Zeiten waren die Krisen heftiger und kamen stoßweise, weil bei der schlechten Kommunikation großartige Täuschungen leichter waren. Als der Warenverkehr zwischen England und Indien noch durch Segelschiffe bewerkstelligt wurde, die ums Kap der Guten Hoffnung schwammen und bis zu sechs Monaten brauchten, es auch noch keinen Telegraphen gab, war man beiderseits über die Lage im andern Lande sehr schlecht unterrichtet, und englische Fabrikanten, die sich in bedrängter Lage befanden, produzierten wohl drauf los für Indien, nur um Wechsel auf den indischen Geschäftsfreund ziehen und sich durch deren Diskontierung Geld verschaffen zu können. Eine heftige, sich in vielen Bankerotten äußernde Krisis machte dann von Zeit zu Zeit solchem Treiben ein Ende. Heute, wo Dampfschiffe, die durch den Suezkanal gehen, den Verkehr vermitteln, und der Telegraph über den Stand des Handels in allen Ländern täglich Auskunft giebt, sind dergleichen Selbsttäuschungen und Spekulationen nicht mehr möglich. (Marx, Das Kapital, 3. Buch, 1. Teil, S. 395.) In unserm Jahrhundert ist es eben nur noch die periodische Überproduktion, was von Zeit zu Zeit Krisen erzeugt. Anfänglich wurde England fast allein oder doch hauptsächlich davon betroffen. Die erste erlitt es 1815, als es nach Aufhebung der Kontinentalsperre auf eine Vermehrung seines Warenabsatzes gerechnet hatte, die zwar später, aber nicht sofort eintrat. Es folgten die Krisen von 1825, 1836/39, 1847, 1857. Die von 1873, die in Deutschland mit dem „Milliardensegen"

zusammenhing, verbreitete sich über die ganze Kulturwelt. Übrigens waren damals die ärgsten Gründerorgien nicht in Berlin, sondern in Wien gefeiert worden, wo auch der Krach ausbrach. Seitdem ist ein Aufschwung, der allgemein befriedigt hätte, nicht mehr eingetreten, und tritt mehr und mehr an die Stelle der periodischen akuten Krisen die schleichende Krisis: ein dauernder Druck, eine dauernde Depression, infolge beständiger Überproduktion und Unterkonsumtion, auf deren eigentliche und Grundursache wir im folgenden Kapitel näher eingehen; hier mag nur noch einiges über den Bedarf angemerkt werden, von dem doch der Absatz abhängig ist.

Über die eigentliche Notdurft des Lebens hinaus hängt der Bedarf von sehr viel verschiednen Umständen ab, namentlich vom Grade des Wohlstandes der verschiednen Bevölkerungsklassen (steht einer reichen und üppigen Aristokratie eine bettelarme Bevölkerung gegenüber, so gestaltet sich der Bedarf ganz anders, als wenn das ganze Volk in behaglichem Wohlstande lebt, übermäßiger Reichthum aber fehlt), vom Grade der Bildung des Volkes (ob Nachfrage nach Befriedigungsmitteln höherer Kulturbedürfnisse, nach Kunstwerken, Büchern, physikalischen, optischen, chirurgischen Instrumenten u. s. w. vorhanden ist oder nicht), von der Mode, und selbst von geistigen Richtungen, die auf den ersten Blick mit der Volkswirtschaft nichts zu thun zu haben scheinen, wie vom Kirchenglauben. Im Mittelalter war der Wachsverbrauch enorm; in der Wittenberger Hauptkirche brauchte man kurz vor der Reformation jährlich über 35000 Pfund. Dazu kam allerdings der rein volkswirtschaftliche Umstand, daß damals der Honig den Zucker vertrat, um der Bienenzucht eine Bedeutung zu verleihen, die sie heute nicht mehr hat. Aber eins half dem andern. (Ob nicht am Ende der Volksinstinkt dem Kerzenverbrauch beim

Gottesdienste zu einer solchen Ausdehnung verholfen hat, um einen dem Honigbedarf entsprechenden Wachsbedarf zu schaffen?) In bigotten Gegenden finden Devotionalien reichlichen Absatz, wogegen in Berlin mit Kruzifixen und Rosenkränzen nicht viel zu verdienen sein mag. Die Predigt des Paulus schädigte in Ephesus das Gewerbe der Silberarbeiter, und die Reformation bedeutete eine Umwälzung für die bildenden Künste.

Indem der Nachahmungstrieb jedes neu erfundne oder neu eingeführte, anfangs nur wenigen zugängliche Gut zu verbreiten strebt, und Gewohnheit es bald unentbehrlich macht, wird auf höhern Kulturstufen vieles Bedürfnis, was auf niedern als Luxus erschien. Vor hundertfünfzig Jahren waren Kaffee und Thee noch Luxusartikel, heut ist in England der Thee, bei uns der Kaffee allgemeines Bedürfnis. Im fünfzehnten Jahrhundert fürchteten fromme Venetianer einmal Gottes Strafgericht über ihre Stadt, weil die Dogaressa so hochmütig war, sich einer — allerdings goldnen — Gabel zu bedienen, heut wird sogar schon des Kleinbürgers Kind gescholten, wenn es die Fleischstückchen mit den Fingern anstatt mit der Gabel zum Munde führt. Zeitungen, die man vor dreihundert Jahren noch nicht kannte, sind heut jedermann Bedürfnis. Die Photographie ist in den letzten dreißig Jahren beinah ein allgemeines Bedürfnis geworden. Indem so die Zahl der Bedürfnisse beständig steigt, gleichzeitig aber die Transportmittel sich vervollkommnen, wird der Weltverkehr, der Handel jedes Landes mit jedem, immer unvermeidlicher. In alten Zeiten waren die Hemmnisse des Verkehrs meist physischer Art: große Entfernung oder natürliche Schranken, die eine unvollkommne Verkehrstechnik nicht zu überwinden vermochte, während sich allerdings einzelne Staaten, wie Ägypten und Sparta, aus politischen Gründen

absperrten. Innerhalb des römischen Reiches fielen nicht allein alle politischen Schranken, sondern auch die natürlichen Hindernisse wurden durch Straßen- und Brückenbauten soweit überwunden, als es die damals erreichte Stufe der Technik möglich machte: die das Mittelmeer umgebenden Kulturvölker bildeten damals, wie schon Seite 6 erwähnt worden ist, ein einziges großes Freihandelsgebiet, worin der Verkehr von jeder Art von Belästigungen befreit war. Die Völkerwanderung machte diesem friedlichen Verkehr ein Ende; die Straßen verfielen, der Verkehr zur See wurde durch Piraten gehemmt, und gleichzeitig mit der Kultur sank die Produktion der feinern Güter wie das Bedürfnis nach ihnen. Die aufblühenden Städte brachten allmählich die alten Verhältnisse zurück, doch hinderten die Privilegien der Korporationen und die unzähligen Wegzölle der vielen kleinen Herren den Verkehr. Dann wurde im absoluten Staate eine planmäßige Handelspolitik erdacht, die den Verkehr bald den Finanzen dienstbar zu machen strebte, bald mit Rücksicht auf das Staatswohl, wie man es verstand, die Gewerbe im allgemeinen oder wenigstens gewisse Gewerbe durch Schutzzölle, Ein- und Ausfuhrverbote zu fördern suchte. Die merkantilistische Strömung (siehe S. 172) war vorherrschend. Nachdem diese dann durch die alle Schranken niederreißende moderne Technik überwunden worden war und der Weltverkehr sich schon Bahn gebrochen hatte, versucht die Politik jetzt wieder, diesen durch Schutzzölle und Einfuhrverbote zu hemmen.

Der Merkantilismus, meint Roscher System III Seite 175, beruhe auf einer fünffachen Überschätzung: der Volksdichtigkeit (die nur bis zu einem gewissen Grade wohlthätig wirkt), der Geldmenge, des auswärtigen Handels, der Verarbeitungsgewerbe und der Staatsbevormundung über die Privatindustrie. Doch liege jeder dieser fünf Übertreibungen eine Wahrheit

zu Grunde, weshalb die gemäßigten Merkantilisten den gemäßigten Vertretern der Gegenpartei näher stünden, als beide Teile gewöhnlich dächten. Insbesondre sei Gold und Silber doch kein so ganz unwichtiger Teil des Nationalvermögens, wie sich im Kriege zeige, wo jedermann mit Recht den allerhöchsten Wert darauf lege. Auch sei das Wort Friedrichs des Großen nicht ganz zu verachten, daß ein Beutel, aus dem immer herausgenommen und in den nichts hineingelegt werde, doch zu guterletzt leer werden müsse. Die Merkantilisten haben nämlich eine günstige Handelsbilanz, die Geld ins Land bringe, als das von der Handelspolitik zu erreichende Ziel hingestellt, Smith hat diese Ansicht verspottet, seine Schule hat dann später gelehrt, nicht die aktive, sondern die passive Handelsbilanz mache ein Volk reich, und gegen diese Ansicht richtet sich das Bedenken des großen Königs. Wie steht es nun mit der Handelsbilanz?

Man versteht unter Handelsbilanz bekanntlich die Differenz zwischen den Geldwerten der Ein- und Ausfuhr eines Landes; übersteigt der Wert der Ausfuhr den der Einfuhr, so nennt man sie aktiv, im entgegengesetzten Falle passiv. Die Merkantilisten müssen bei ihrer Wertschätzung des Geldes die aktive Bilanz für die günstige erklären. Adam Smith lehrt, daß es sinnlos sei, von einer günstigen oder ungünstigen Bilanz zu sprechen; bei jedem ehrlichen Tausch- oder Kaufgeschäft gewönnen beide Teile, indem beide einen Gegenstand, den sie nicht oder nicht notwendig brauchten, für einen andern hingäben, den sie unbedingt brauchten oder wünschten, und das gelte für die Völker wie für die einzelnen. Das ist zwar richtig, aber nur soweit es ehrlich zugeht beim Handel, und auch zwischen Völkern geht es nicht immer ehrlich zu; wenn z. B. unwissenden Naturvölkern ihr Gold und ihr Elfenbein gegen Glasperlen und schlechten Kattun abgenommen

wird, so werden sie dadurch entschieden ärmer. Und so kommt es wohl auch zwischen zivilisierten Völkern vor, daß das eine durch den steten Abfluß seines Goldes ärmer wird, indem es, wie wir gesehen haben, gezwungen ist, alljährlich einen Teil seines Arbeitsertrages auf den Ankauf von Gold zu verwenden, um die Zinsen seiner Schulden bezahlen zu können. Aber wir haben zugleich auch schon gesehen, daß dieser Zustand weniger aus dem Handel entspringt, als aus andern Umständen, in den meisten verschuldeten Staaten daraus, daß der Staat Ausgaben macht (auf Kriege, auf Rüstungen, auf die Bereicherung von Schmarotzern der Regierung u. s. w.), die mit dem Steuerertrage nicht gedeckt werden können, in den Vereinigten Staaten aus einer thörichten Münzpolitik, die jedoch auf einen Grund der ersten Klasse zurückgeführt werden kann, indem sie den Zweck hat, einer Gruppe von Schmarotzern: den Silbergrubenbesitzern, Gewinn zu verschaffen. Die Lösung des Widerspruchs zwischen den beiden Parteien liegt also darin, daß von beiden die Handelsbilanz mit der Zahlungsbilanz verwechselt wird. Wenig kommt darauf an, ob die Handelsbilanz (die genau zu ermitteln übrigens außerordentlich schwierig ist) aktiv oder passiv ist, wenn nur die Zahlungsbilanz aktiv ist. Dieses ist dann der Fall, wenn die Gesamteinnahmen der Nation (nicht etwa des Staates) aus dem Auslande ihre Gesamtzahlungen dahin übersteigen. Es ist richtig, was die Anhänger der Theorie von der günstigen Bilanz hervorheben, daß gerade die reichsten Völker, vor allem die Engländer, eine passive Bilanz haben. Die Engländer ziehen nämlich ungeheure Summen aus dem Auslande (wozu in diesem Falle auch ihre Kolonien gerechnet werden müssen) in Gestalt von Besoldungen und Pensionen ihrer Kolonialbeamten, von Zinsen der ihnen verschuldeten Regierungen, von Erträgen ausländischer

Grundstücke, Gruben und industriellen Unternehmungen, die englische Privatleute entweder unmittelbar und ausschließlich oder als Inhaber von Aktien mittelbar und teilweise besitzen: haben doch englische Gesellschaften in vielen deutschen Großstädten Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke angelegt und bis auf den heutigen Tag betrieben. Deswegen kann sich England eine passive Handelsbilanz erlauben, das heißt mehr Güter, darunter den größern Teil der Volksnahrungsmittel, aus dem Auslande beziehen, als es troß seiner gewaltigen Industrie dahin verkauft, und es kommt niemals in den Fall, Gold für Münzzwecke im Auslande kaufen zu müssen, sondern dieses fließt ihm von selber zu. Also nicht durch seine passive Handelsbilanz wird es reich, sondern weil es reich ist, kann es eine passive Handelsbilanz aushalten.

Das Ergebnis ist also: ein Zustand, wo das Edelmetall beständig abfließt und zur Befriedigung der Staatsgläubiger immer wieder zurückgekauft werden muß mit den Steuern der Unterthanen, führt nicht bloß zur Verarmung, sondern ist ein Zeichen der bereits eingetretenen Verarmung. Aber diese ungünstige Zahlungsbilanz rührt keineswegs gewöhnlich von einer ungünstigen Handelsbilanz her und kann daher auch nicht durch Versuche der Regierung, diese zu verbessern, geheilt werden. Solche Versuche sind gefährlich und stiften im günstigsten Falle nur einen vorübergehenden Nutzen.

Daß sie unnütz sind, hat Smith sehr schön im ersten Kapitel des vierten Buches seines Wealth of Nations dargelegt; seine klassischen Ausführungen haben bleibenden Wert; wir teilen daraus ein paar Sätze — nicht in wörtlicher Übertragung — mit.

Unter allen unnötigen Sorgen, die sich die Regierungen machen, ist keine unnützer, als die für einen gehörigen Gold- und Silbervorrat. Selbstverständlich

muß ein Land, das keine Gold- und Silberminen hat, sein Münzmetall aus dem Auslande beziehen, gerade so, wie es seinen Wein von da beziehen muß, wenn es keine Reben hat. Aber die Regierung braucht sich um den einen Bedarfsgegenstand so wenig zu kümmern wie um den andern. Hat ein Land nur Güter, mit denen es Wein bezahlen kann, so wird es so viel Wein haben, als es will, und besitzt es nur Güter zur Bezahlung von Edelmetall, so wird es ihm auch an diesem niemals fehlen. Gold und Silber sind gleich allen andern Waren für einen bestimmten Preis zu haben, und wie sie den Kaufpreis aller Waren bilden, so bilden alle andern Waren den Kaufpreis für sie. Wie wir zuversichtlich erwarten, daß uns der ungehinderte Handel mit dem nötigen Wein versorgen werde, ohne daß sich die Regierung darum kümmert, so dürfen wir bezüglich der Edelmetalle dieselbe Zuversicht hegen.

Die Menge jeder in einem Lande vorhandnen Ware richtet sich nach der wirklichen Nachfrage, d. h. nach der Nachfrage derer, die willens und imstande sind, die zur Erzeugung und Herbeischaffung der Ware erforderlichen Renten, Arbeitslöhne, Unternehmer- und Handelsgewinne zu bezahlen. Und keiner Ware Menge regelt sich so leicht nach der wirklichen Nachfrage, als die von Gold und Silber, weil keine so leicht von einem Orte, wo sie billig ist, nach einem andern, wo sie teuer ist, befördert werden kann. Fehlt es in England an Gold, so genügt ein einziges Paketboot, um für 5 Millionen Pfund (100 Millionen Mark) aus Lissabon zu holen. Sollte für dieselbe Summe Brotkorn geholt werden, so würde die ganze englische Flotte nicht hinreichen. Aus demselben Grunde, des leichten Transports wegen, vermag keine Wachsamkeit der Regierung die Ausfuhr zu hindern, wenn die Nachfrage nach Gold und Silber auswärts stärker ist als daheim. Sobald die Gold- und Silberminen

Amerikas den Bedarf von Spanien und Portugal gedeckt hatten und demgemäß die Edelmetalle in diesen Staaten billiger zu werden anfingen als im übrigen Europa, vermochten keine noch so blutigen Gesetze den Abfluß dahin zu hindern. Und als die Spartaner reich genug geworden waren, Edelmetall zu kaufen, da durchbrach dieses die von Lykurgus aufgerichteten gesetzlichen Schranken. Alle blutigen Zollgesetze Englands vermögen die Theeeinfuhr der Holländischen und der Gothenburg-Kompagnie nicht zu hindern, weil deren Thee ein wenig billiger ist als der der britischen Kompagnie; und doch ist Thee hundert mal voluminöser als Silber und zweitausend mal voluminöser als Gold!

Die Regierungen lassen sich von den Kaufleuten täuschen, die die Volkswirtschaft mit kaufmännischen Augen ansehen. [Seitdem haben auch die Stände, die sich mit Vorliebe die produktiven nennen, die Welt mit kaufmännischen Augen ansehen gelernt und machen mit ihrem wüsten Geschrei nach mehr Geldeinnahme die Regierungen vollends dumm.] Der Handelsgewinn entspringt unmittelbarer aus dem Verkauf als aus dem Einkauf, weshalb dem Kaufmann jener gewöhnlich mehr am Herzen liegt als dieser. Das Volk im ganzen aber befindet sich keineswegs in der Lage eines Kaufmanns. Ein Kaufmann kann bei gefülltem Warenlager bankerott werden, wenn es ihm nicht gelingt, rechtzeitig zu verkaufen. Der Nation erwächst daraus gar kein Schaden, es müßte sich denn um Güter handeln, die für den heimischen Gebrauch bestimmt sind und durch langes Lagern verderben. [Wir werden später noch sehen, daß sich die Völker allerdings leider in eine Lage versetzt haben, die der des Kaufmanns ähnelt.] Das ganze Kapital eines Kaufmanns besteht meistens aus Verbrauchsgütern, die ihm Geld einbringen sollen, dagegen ist nur ein sehr kleiner Teil der Boden- und Arbeitsprodukte eines Volkes dazu bestimmt, bei andern

Völkern Gold und Silber zu kaufen. Der bei weitem größte Teil seiner Produkte hat keine andre Bestimmung, als von ihm selbst verbraucht zu werden, und von dem zur Ausfuhr bestimmten Überschuß soll wiederum der größte Teil nicht Gold und Silber, sondern andre Gebrauchsgüter eintauschen. Eine Nation also kann nimmermehr dadurch ruiniert werden, daß zufällig einmal für Güter, die sie ins Ausland schicken will, kein Gold und Silber vorhanden ist. Und obwohl im einzelnen Falle die Güter das Gold nicht so leicht herbeiziehen, wie das Gold die Güter herbeizieht, ist doch im allgemeinen und auf die Dauer das umgekehrte der Fall. Die Güter dienen noch zu vielen andern Zwecken als zum Gelderwerb und hauptsächlich zu diesen andern Zwecken, aber Geld dient nur zum Güterkauf und zu sonst nichts. Daher läuft das Geld notwendigerweise den Gütern nach, aber die Güter laufen nicht ebenso notwendigerweise dem Gelde nach. (Money, therefore, necessarily runs after goods, but goods do not always or necessarily run after money.) Nicht jeder, der kauft, gedenkt wieder zu verkaufen; aber alle ohne Ausnahme, die verkaufen, thun das nur zu dem Zwecke, um etwas andres kaufen zu können. Der Käufer hat meistens mit dem Kaufe seinen Endzweck erreicht; mit dem Verkaufe wird immer nur eine Hälfte des Geschäfts erledigt.

Man hat wohl gesagt, Gold und Silber seien doch nun einmal die allerdauerhaftesten Güter, und wenn ein Volk sie aufhäufte, anstatt sie außer Landes zu schicken, müßte es ungeheuer reich werden. Nun, Eisenwaren sind bedeutend haltbarer als Wein, und welchen ungeheueren Reichtum an Töpfen und Tiegeln könnten wir aufhäufen, wenn wir alle im Lande behielten, die von unsern Fabrikanten hergestellt werden; trotzdem halten wir es für kein schlechtes Geschäft,

einen Teil unsrer Töpfe und Tiegel gegen französischen Wein zu vertauschen. Jedermann sieht ein, daß es im höchsten Grade albern wäre, wenn wir mehr Töpfe und Tiegel bei uns behalten wollten, als wir zur Zubereitung unsrer Speisen brauchen. Vermehren sich nur unsre Nahrungsmittel, so wird es uns an Töpfen und Tiegeln zum Kochen nicht fehlen, denn wir können dann jederzeit einen Teil unsrer Nahrungsmittel in Geschirr umsetzen; Arbeiter, die für Nahrungsmittel Töpfe machen, werden sich schon finden. Nicht anders verhält es sich mit den Edelmetallen. Ihre Menge ist durch den Bedarf beschränkt. Nur zu zweierlei sind sie zu gebrauchen: zu Münzen und zu Geschirr (die zu Schmuck verbrauchte Menge ist so unbedeutend, daß sie außer Rechnung bleiben kann). Die Menge des geprägten Geldes richtet sich in jedem Lande nach den Bedürfnissen des Verkehrs; was über Bedarf geprägt wird, fließt ins Ausland ab oder in die Staatsbanken zurück. Der Bedarf an Gold- und Silbergeschirr aber hängt von der Zahl und dem Reichtum der Familien ab, die damit Luxus treiben. Nimmt deren Zahl und Reichtum zu, so wird von selbst auch das Silbergeschirr in ihren Schränken zunehmen. Aber von Staats wegen dieses Silbergeschirr vermehren wollen, in der Einbildung, dadurch werde der Reichtum des Landes vermehrt, würde ein ebenso verrückter Einfall sein, wie wenn der Staat die Tiegel und Töpfe in unsern Küchen über Bedarf vermehren wollte. Jede Ausgabe auf ein unnützes Gerät oder Geschirr beraubt die Familie eines notwendigen Gutes, vermindert die Summe, die sie auf Nahrung, Kleidung und Wohnung verwenden kann.

Also Smith. Die Frage, ob der Merkantilismus oder sein Gegensatz, die von den Physiokraten*) und

*) Die Physiokraten, deren Häupter Quesnay, † 1774, und Gournay waren, lehrten, daß die Natur allein mit Hilfe der mensch-

von Smith begründete **Freihandelslehre** Recht habe, umfaßt mehr als die Frage nach dem Werte der Handelsbilanz und ist daher mit dieser noch keineswegs entschieden. Wird die stetige und reichliche Versorgung mit Gütern als das eigentliche Ziel der Volkswirtschaft hingestellt, so muß, scheint es, der unbeschränkte Freihandel gefordert werden. Denn je produktiver die Arbeit wird, je ungehinderter der Verkehr von statten geht, und je mehr Länder dieser umfaßt, desto regelmäßiger und sicherer werden die Völker mit Gütern versorgt, desto geringer werden auch die Preisschwankungen. Das gilt namentlich vom Getreide. Da dieses unentbehrlich ist, so bleibt sich die Nachfrage der Quantität nach immer ziemlich gleich oder steigt langsam mit der Volkszahl, aber das Angebot hängt vom Ernteausfall ab. Die Preise bewegen sich also umgekehrt wie dieser, nur nicht genau in demselben Verhältnis, sodaß das Getreide doppelt so teuer würde, wenn nur die Hälfte der gewöhnlichen Menge geerntet worden ist. Sondern weil es sich um ein unentbehrliches Nahrungsmittel handelt, und beim Bekanntwerden des schlechten Ernteausfalls jeder ängstlich bemüht ist, sich zu versorgen, so wird die Nachfrage stürmisch und treibt den Preis weit höher als auf das doppelte. Nach Roscher (I, S. 213) sind in England die Getreidepreise nicht selten um 100 bis 200 Prozent gestiegen, wenn die Ernte nur um $^1/_6$ bis $^1/_3$ unter dem Durchschnitt geblieben war. **Lamprecht** schreibt in seinem Werke: Deutsches Wirtschaftsleben im Mittel-

lichen Arbeit Werte schaffe, die Landwirtschaft daher das einzige eigentlich produktive Gewerbe sei. Der freihändlerische Wahlspruch laissez faire et laissez passer: laßt alles gehn, wies gehen will, wird von einigen Gournay, von andern dem Kaufmann Legendre und d'Argenson zugeschrieben. Seitdem sind die Fabrikanten im allgemeinen Schutzzöllner, die Landwirte Freihändler geblieben, bis sich eit 1878 auch die letztern zum Protektionismus bekehrt haben.

alter I, S. 596: Knappe vorjährige Ernte bewirkte im Februar gute Preise, im März und April stiegen diese um das sechs- bis siebeneinhalbfache; waren dann im Mai und Juni die Ernteaussichten schlecht, so trat Panik und Hungersnot ein. Nach Conrad (Handwörterbuch der Staatswissenschaften III, S. 892) schwankten in England die Getreidepreise im dreizehnten Jahrhundert um das sechsundfünfzigfache, im vierzehnten um das vierzigfache, im fünfzehnten um das zwanzigfache, im sechzehnten um das achtfache, im siebzehnten um das dreieinhalbfache, im achtzehnten um das viereinhalbfache, und auch im Anfange unsers Jahrhunderts sind noch Schwankungen um das vierfache vorgekommen. Die Schwankungen sind um so stärker, je mehr ein Land durch physische oder politische Schranken vom Weltverkehr abgesperrt, also auf den eignen Ernteertrag angewiesen, und je kleiner es ist, je weniger es verschiedne Provinzen hat, die ihre verschiednen Ernteausfälle gegen einander ausgleichen können. Bei sehr schlechtem Zustande der Straßen befindet sich oft schon ein einzelner Kreis oder Regierungsbezirk in der Lage eines abgesperrten Landes. So die westfälische Mark im Anfang unsers Jahrhunderts. In Witten galt der Scheffel Roggen 1817 nach heutigem Gelde 10 Mark 40 Pfennige, 1823 aber 1 Mark 67 Pfennige; der Teuerungspreis betrug also mehr als das sechsfache des gewöhnlichen Preises. (L. Berger, Der alte Harkort, S. 149.) Und noch vor wenig mehr als zwanzig Jahren hat das Innere von Ostpreußen bloß wegen Mangels an Straßen und Eisenbahnen eine förmliche Hungersnot erlebt, Rußland aus demselben Grunde vor vier Jahren. China und Indien werden auch noch fernerhin Hungersnöte zu erdulden haben. Je größer das Gebiet ist, dessen Teile durch gute Verkehrsmittel mit einander verbunden sind, desto mehr schwindet diese Gefahr, weil ja die Ernte

meistens nicht einmal in allen Gegenden eines großen Landes, niemals aber in allen oder auch nur den meisten Ländern gleichzeitig mißrät. Bei dem heutigen vollständig ausgebildeten Weltverkehr und Getreidehandel gleichen sich die Vorräte der verschiednen Länder, die alle zusammen ein einziges Produktions- und Absatzgebiet bilden, gegenseitig aus, und wenn nicht die Politik durch Schutzzölle und Änderung der Zolltarife störend eingriffe, würde ein Schwanken um hundert Prozent, wie wir es in den letzten Jahren in Deutschland noch einmal erlebt haben, kaum jemals mehr vorkommen. Nicht bloß immer freier von Schwankungen müssen die Preise werden, sondern sie müssen — vorausgesetzt, daß der Preis des Wertmessers, des Goldes, unverändert bleibt — auch beständig sinken, weil ja die wachsende Produktivität ihre Menge vermehrt und die modernen Verkehrsmittel sie jeder Gegend immer leichter zugänglich machen. Wenn trotzdem ein Teil der Bewohner von Kulturstaaten unversorgt bleibt und die Arbeiterbevölkerung Siziliens z. B. Hunger leidet, so liegt das an einer falschen Einkommenverteilung, die der untern Schicht selbst noch bei allgemeinem Überfluß an Gütern die Versorgung unmöglich macht. Bei Industriewaaren, deren Menge ja in weit geringerm Grade vom Ernteausfall abhängt (ganz unabhängig davon sind nicht alle; die Kattunfabrikation z. B. hängt vom Ausfall der Baumwollenernten ab), ist die stetige Vermehrung der Menge und das Sinken des Preises noch weit unvermeidlicher als beim Getreide und den Rohprodukten, und das ist natürlich nicht als ein Unglück zu beklagen, sondern als ein Glück zu preisen, denn damit erfüllt ja eben die Volkswirtschaft ihren Zweck: sie versorgt uns immer zuverlässiger mit Gütern und macht uns immer reicher.

Jhering (Der Zweck im Recht I, S. 227), macht die Vorzüge des heutigen Weltverkehrs am folgen-

den Beispiele anschaulich. „Bei einem Zeitungsblatt bezahle ich mit dem Groschen den Unternehmer der Zeitung, den Drucker mit seinen Leuten, den Papierfabrikanten, das ganze Redaktionspersonal, die Korrespondenten, die telegraphischen Depeschen, die Post, den Kolporteur. Die Anteile, die ich in diesem und in andern Fällen entrichte, nehmen Dimensionen an, die [wegen ihrer Kleinheit] jeder Berechnung und Vorstellung spotten, aber nur der völlig Urteilslose kann glauben, daß dieselben in meinem Groschen in minimalster Gestalt nicht enthalten seien. Dieses Phänomen beruht auf drei Einrichtungen, die wir der Vollendung unsers heutigen Verkehrssystems verdanken: der Teilung der Arbeit, der Vornahme der Arbeit für eine unbestimmte Vielheit zukünftiger Abnehmer, und der Ausdehnung des Handels über die ganze Erde. Die Schätze des Krösus würden nicht ausgereicht haben, ihm eine Tasse Kaffee und ein Zeitungsblatt zu verschaffen, wenn er alle Operationen, die zu dem Zwecke nötig sind, individuell für sich hätte vornehmen lassen wollen; ein Armer wird heute für wenige Groschen von mehr Menschen bedient als Krösus, wenn er seine ganze Schatzkammer hätte ausleeren wollen."

Wenn dieser, technisch betrachtet, wunderbar vollkommne Zustand nur von einzelnen Interessengruppen angefochten wird, die sich dadurch benachteiligt fühlen, und wenn diese einen Schutzzoll für ihre Waren fordern, um ihren Gewinn zu erhöhen, so ist darauf nicht zu achten. Versichern sie, daß mit ihrem Gewerbe auch die Menschen zu Grunde gehen müßten, die davon leben, so ist darauf zu antworten, daß dann eben zu viel Menschen im Lande wohnen, und daß diesem Übelstande nicht durch Schutzzölle abzuhelfen ist, sondern durch Auswanderung überzähliger Menschen in die Gegenden, wo die betreffenden Waren billig hergestellt werden können. Aber es ist vorgekommen, daß ganze

Länder durch die Handelsübermacht eines andern Landes bedrückt und ihre gesamte Bewohnerschaft in Mitleidenschaft gezogen wurde, und in diesem Falle sind Schutzmaßregeln notwendig. In einem solchen Falle befand sich im Anfang unsers Jahrhunderts die ganze Kulturwelt England gegenüber, das den Welthandel an sich gerissen hatte, die Textil- und Eisenindustrie als Monopol betrieb und in keinem andern Lande aufkommen ließ. Die unter den grundsätzlichen Freihändlern sehr verbreitete Meinung, daß England seine Weltstellung dem Freihandel verdanke, ist irrig; es nahm sie schon zu Smiths Zeiten ein, und dieser Vater der Freihandelstheorie glaubte, eher würde die Welt untergehn, als daß sich seine Landsleute zum Freihandel bekehrten. Die Engländer befolgten bis in unser Jahrhundert hinein die Politik, die Einfuhr fremder Industriewaren durch Schutzzölle zu hindern, die Ausfuhr der eignen durch Ausfuhrprämien zu befördern, die Ausfuhr wichtiger heimischer Rohstoffe und neu erfundner Maschinen, sogar auch die Auswanderung gelernter Arbeiter zu verbieten, die Einfuhr von Maschinen, von Rohstoffen und die Einwanderung gelernter Arbeiter zu begünstigen, in ihren Kolonien und Herrschaftsgebieten den Gewerbebetrieb zu erschweren, teilweise zu verbieten, um so die Bewohner dieser Gebiete zur Abnahme ihrer eignen Fabrikate zu zwingen, für deren Einfuhr sie sich das Monopol sicherten, und sich durch kluge Verträge auch in unabhängigen Staaten, wie in Portugal, Absatzmonopole zu verschaffen. Den Freihandel verkündigten sie, nachdem ihre Industrie eine solche Überlegenheit über die aller andern Völker erlangt hatte, daß sie keines Schutzes mehr bedurfte.

Bei dieser Lage der Dinge hatte der um die Einführung der Eisenbahnen in Deutschland hochverdiente Friedrich List recht, wenn er die Staaten des europäischen Festlandes zu einem Schutzbündnis gegen Eng-

land aufrief. Ausführlich entwickelte er seine Ideen in dem 1841 herausgegebnen Buche: **Das Nationale System der politischen Ökonomie.** Sein System erwuchs aus dem Smithschen als dessen Gegensatz. Vier Hauptirrtümer weist er der Schule nach, die sich nach Smith nennt. Erstens, daß sie nur eine Wissenschaft der Tauschwerte lehre, während die Wissenschaft der Nationalökonomie eine Wissenschaft der Produktivkräfte sein müsse. „Wer Schweine züchtet, ist nach jener Schule ein produktives, wer Menschen erzieht, ein unproduktives Mitglied der Gesellschaft. Wer Dudelsäcke oder Maultrommeln zum Verkauf fertigt, produziert; die größten Virtuosen, da man das von ihnen Gespielte nicht zu Markte bringen kann, sind nicht produktiv. Der Arzt, der seine Patienten rettet, gehört nicht in die produktive Klasse, aber der Apothekerjunge, obgleich die Tauschwerte, die er produziert, die Pillen, nur wenige Minuten existieren, bevor sie ins Wertlose übergehn. Ein Newton, ein Watt, ein Kepler ist nicht so produktiv als ein Esel, ein Pferd oder ein Pflugstier." (S. 213.) Mögen immerhin die marktgängigen Tauschwerte das ausmachen, was man gewöhnlich Reichtum nennt, aber „die Kraft, Reichtümer zu schaffen, ist unendlich wichtiger als der Reichtum selbst; sie verbürgt nicht nur den Besitz und die Vermehrung des Erworbnen, sondern auch den Ersatz des Verlornen. Dies ist noch viel mehr der Fall bei ganzen Nationen, die nicht von Renten leben können, als bei Privaten. Deutschland ist in jedem Jahrhundert durch Pest, durch Hungersnot oder durch innere und äußere Kriege verheert worden; immer hat es aber einen großen Teil seiner produktiven Kräfte gerettet, und so gelangte es schnell wieder zu einigem Wohlstand, während das reiche und mächtige, aber despoten- und pfaffengerittene Spanien, im vollen Besitz des innern Friedens, immer tiefer in Armut und Elend

versank. Der nordamerikanische Befreiungskrieg hat die Nation hunderte von Millionen gekostet, aber ihre produktive Kraft ward durch die Erwerbung der Selbständigkeit unermeßlich gestärkt, darum konnte sie im Laufe weniger Jahre nach dem Frieden ungleich größere Reichtümer erwerben, als sie je vordem besessen hatte. Man vergleiche den Zustand von Frankreich im Jahre 1809 mit dem vom Jahre 1839, welch ein Unterschied! Und doch hat Frankreich seitdem seine Herrschaft über einen großen Teil des europäischen Kontinents verloren, zwei verheerende Invasionen erlitten und Milliarden an Kriegskontributionen und -Entschädigungen entrichtet." (S. 201—202.) Das Smithsche System sei gar kein System der Volkswirtschaft, sondern bloß ein System des Tausches oder Handels, und verdiene den Namen Merkantilsystem, den man dem Colbertschen fälschlich beigelegt habe. Den Prozeß der Reichtumsanhäufung habe es allerdings sehr gut dargestellt, aber einer seiner Hauptmängel bestehe darin, „daß es nur ein System der Privatökonomie aller Individuen eines Landes oder auch des ganzen menschlichen Geschlechts war, wie sie sich bilden und gestalten würde, wenn es keine besondern Staaten, Nationen oder Nationalinteressen, keine besondern Verfassungen und Kulturzustände, keine Kriege und Nationalleidenschaften gäbe."

Damit ist schon der zweite Fehler ausgesprochen: die Schule übersieht das Mittelglied zwischen dem Privatwirt und der Menschheit: die Nation. „Auf die Natur der Nationalität, schreibt List in der Einleitung, als des Mittelgliedes zwischen Individualität und Menschheit, ist mein ganzes Gebäude gegründet." Einigung der individuellen Kräfte zur Verfolgung gemeinsamer Zwecke, heißt es S. 14, „ist das mächtigste Mittel zur Bewirkung der Glückseligkeit der Individuen. Allein und getrennt von seinen Mitmenschen ist das Individuum schwach und hilflos. Je

größer die Zahl derer ist, mit denen es in gesellschaftlicher Verbindung steht, je vollkommner die Einigung, desto größer und vollkommner das Produkt — die geistige und körperliche Wohlfahrt der Individuen. Die höchste zur Zeit realisierte Einigung der Individuen unter dem Rechtsgesetz ist die des Staats und der Nation; die höchste gedenkbare Vereinigung ist die der gesamten Menschheit." Wir unsernteils, heißt es dann weiter S. 187, „sind weit entfernt, die Theorie der kosmopolitischen Ökonomie zu verwerfen; nur sind wir der Meinung, daß auch die politische Ökonomie wissenschaftlich auszubilden, und daß es immer besser sei, die Dinge bei ihrem rechten Namen zu nennen, als ihnen Benennungen zu geben, die mit der Bedeutung der Worte im Widerspruch stehen. Will man den Gesetzen der Logik und der Natur der Dinge getreu bleiben, so muß man der Privatökonomie die Gesellschaftsökonomie gegenüberstellen und in der letztern unterscheiden: die politische oder Nationalökonomie, die lehrt, wie eine gegebne Nation bei der gegenwärtigen Weltlage und bei ihren besondern Verhältnissen ihre ökonomischen Zustände behaupten und verbessern kann, von der kosmopolitischen oder Weltökonomie, die von der Voraussetzung ausgeht, daß alle Nationen der Erde nur eine einzige, unter sich in ewigem Frieden lebende Gesellschaft bilden. Setzt man dieses voraus, so erscheint die internationale Handelsfreiheit als vollkommen gerechtfertigt. Je weniger jedes Individuum in der Verfolgung seiner Wohlfahrtszwecke beschränkt, je größer die Zahl und der Reichtum derer ist, mit denen es in freiem Verkehr steht, je größer der Raum ist, auf den sich seine Thätigkeit zu erstrecken vermag, um so leichter wird es ihm sein, die ihm von der Natur verliehenen Eigenschaften, die erworbnen Kenntnisse und Geschicklichkeiten und die ihm zu Gebote stehenden Naturkräfte

zur Vermehrung seiner Wohlfahrt zu benutzen. Man denke sich alle Nationen auf gleiche Weise vereinigt [wie Großbritannien und Irland; heute würden wir lieber sagen, wie die Gebiete des anglo-indischen Reiches], und die lebhafteste Phantasie wird nicht imstande sein, sich die Summe von Wohlfahrt und Glück vorzustellen, die daraus dem menschlichen Geschlecht erwachsen müßte."

Leider seien wir noch lange nicht so weit, und darin eben bestehe ein dritter Fehler der Smithschen Schule, daß sie diesen Idealzustand als gegenwärtig schon verwirklicht voraussetze. Anzustreben sei er ohne Zweifel, der Schutzzoll sei nicht Selbstzweck, sondern nur Erziehungsmittel, als solches aber vorläufig unentbehrlich. Denn Freiheit werde erst dann vorhanden sein, wenn gleich starke Nationen ihre Erzeugnisse auf gleichem Fuße mit einander austauschen würden; gegenwärtig aber sei England allein stark, und alle übrigen Nationen würden von ihm ausgebeutet, das sei keine Freiheit, dieser Zustand, wo Kinder mit einem Riesen zu ringen hätten. Diese Natur des Schutzzolls als eines Erziehungsmittels müsse sorgfältig beachtet werden, damit er richtig angewendet werde. Nicht schon auf der untersten Stufe sei er anwendbar. „Je weniger die Agrikultur sich ausgebildet hat, und je mehr der auswärtige Handel Gelegenheit bietet, Überfluß an einheimischen Agrikulturprodukten und Rohstoffen gegen fremde Manufakturwaren zu vertauschen; je mehr die Nation dabei noch in Barbarei versunken ist und einer absolut monarchischen Regierungsform und Gesetzgebung bedarf, um so förderlicher wird der freie Handel, d. h. die Ausfuhr von Agrikulturprodukten und die Einfuhr von Manufakturwaren, ihrem Wohlstande und ihrer Zivilisation sein." (S. 260.) Erst wenn die Produktionskräfte der Nation so weit entwickelt sind, daß sie Aussicht hat, konkurrenzfähig zu

werden, darf sie anfangen, vorsichtig niedrige Schutzzölle einzuführen, die dann in dem Maße, als die ausländischen Waren überflüssig werden, allmählich zu erhöhen sind. (Unter den Produktivkräften nehmen die geistigen den höchsten Rang ein; daher konnten den Deutschen, Franzosen und Nordamerikanern die Schutzzölle nützen, während die Russen durch jede Zollsperre nur immer tiefer ins Elend geraten; sie stehen heute noch auf jener barbarischen Stufe, die der unbeschränkten Handelsfreiheit bedarf.) Prohibitivzölle sind, außer als schnell vorübergehendes Kampfmittel, verwerflich, Handelsverträge dagegen nützlich (S. 446), nur vom Standpunkte des absoluten Freihandels kann man sie bekämpfen, wie Smith gethan hat; wenn Schutzzöllner Feinde von Handelsverträgen sind, so wissen sie nicht, was sie wollen und was sie thun. Ist ein Staat konkurrenzfähig, das Erziehungsmittel also überflüssig geworden, so haben die Zollschranken zu fallen. England habe einen großen Fehler begangen und zugleich seinen Konkurrenten einen großen Gefallen damit erwiesen, daß es nicht rechtzeitig die Krücken vollständig weggeworfen habe. Die allergrößte Thorheit aber, sagt List, hat es mit Einführung der Kornzölle begangen. Zölle auf Nahrungsmittel und Rohstoffe sind unter allen Umständen verwerflich, sie wirken ganz anders, wie die Schutzzölle auf Erzeugnisse des Gewerbes. Ganz thöricht sei es, wenn die Landwirte die Agrarzölle als eine ihnen gebührende Entschädigung für die Bewilligung von Industriezöllen forderten. „Wenn früher die Grundbesitzer Opfer brachten, um eine eigne Nationalmanufakturkraft zu pflanzen, so thaten sie, was der Agrikulturist in der Wildnis thut, wenn er Opfer bringt, damit in seiner Nähe eine Mahlmühle oder ein Eisenhammer angelegt werde. Wenn die Grundbesitzer nunmehr auch Schutz für ihre Agrikultur verlangen, so thun sie, was jene Grund-

besitzer thun würden, wenn sie, nachdem die Mühle mit ihrer Beihilfe errichtet worden ist, von dem Müller verlangten, daß er ihnen ihre Felder bestellen helfe." Die Landwirte könnten ohne Gewerbe nicht wohlhabend werden, die Gewerbe aber könnten nicht blühen ohne billige Rohstoffe und Lebensmittel; indem ihnen die Grundbesitzer beides verteuerten, schlachteten sie die Henne, die ihnen goldne Eier legte. (S. 357; vgl. noch S. XXX bis XXXI, S. 25, 28, 266 bis 267, 306 bis 309, 504.) List behandelt den reinen Agrikulturstaat, dessen Bevölkerung arm, roh und ohnmächtig bleiben müsse, geringschätzig, tadelt Smith und die Physiokraten, daß sie das Landleben und den Ackerbau überschätzt hätten, und preist das geistig bewegte Leben der großen Städte und den Luxus als einen Stachel der Industrie; Sparen mache nicht reich, sondern arm.

Auch darf sich nicht jedes kleine Völkchen, wie etwa die Schweizer und die Holländer (denen eine vorübergehende Konjunktur zu einer vorübergehenden Weltstellung verholfen hat), einbilden, eine Nation zu sein und nationale Handelspolitik treiben, ein selbständiges Wirtschaftsgebiet bilden zu können. „Große Bevölkerung und ein weites, mit mannigfaltigen Naturfonds ausgestattetes Territorium sind wesentliche Erfordernisse der normalen Nationalität." (S. 257.) Die Schweiz, Belgien, Holland und Dänemark müssen Deutschland wirtschaftlich eingegliedert werden, sodaß ein einziges großes Handelsgebiet daraus wird, weiterhin haben sich alle Staaten des europäischen Festlands zu verbünden, um Englands Monopol zu brechen (S. 559); ganz Asien ist von diesem europäischen Bunde „in Zucht und Pflege zu nehmen, wie bereits Ostindien von England in Zucht und Pflege genommen worden ist." Jedem Bevölkerungszuwachs hat eine entsprechende Ausdehnung des Ernährungs- und Wirkungsbereichs zu folgen, man dürfe nicht kaltherzig, wie die Schule

thue, die Überzähligen zum Verhungern verurteilen. „Wenn in einer Nation die Bevölkerung höher steigt, als die Produktion an Lebensmitteln, wenn sich die Kapitale am Ende so anhäufen, daß sie in der Nation kein Unterkommen mehr finden, wenn die Maschinen eine Menge Menschen außer Thätigkeit setzen, und die Fabrikate bis zum Ubermaß sich aufhäufen, so ist dies nur ein Beweis, daß die Natur nicht haben will, daß Industrie, Zivilisation, Reichtum und Macht einer einzigen Nation ausschließlich zu teil werden, daß ein großer Teil der Erde nur von Tieren bewohnt sei, und daß der größte Teil des Menschengeschlechts in Roheit, Unwissenheit und Armut versunken bleibe." (S. 197.) Vorzugsweise nach Nord- und Südamerika sei die Auswanderung zu leiten, jedoch (unter anderm durch lebhaften Handelsverkehr und Einrichtung von Dampferlinien) dafür zu sorgen, daß die Kolonisten in enger Verbindung mit dem Mutterlande bleiben; Mittel- und Südamerika sei Nordamerika vorzuziehen, weil die nordamerikanischen Deutschen zu leicht in der englischen Bevölkerung aufgingen. In zweiter Linie seien die Länder der europäischen Türkei in Aussicht zu nehmen; daher müsse Österreich in den Zollverein einbezogen werden (S. 579 bis 585).

Aus alledem geht hervor, daß die Regierungen allerdings in wirtschaftspolitischer Beziehung eine Menge Aufgaben zu lösen haben, wie Zölle einführen und aufheben, Verträge schließen, Dampferlinien einrichten, die Auswanderung leiten,*) daß also die

*) Was jedoch die Anlage von Kolonien betrifft, so sind unsre Nationalen mit ihrer Schätzung der Thätigkeit des Staates dafür im Irrtum. Es ist wunderbar, daß im Reichstage ein Redner sich und seine Freunde über die schwachen Erfolge unsrer vom Staate betriebnen Kolonialpolitik, ohne ausgelacht zu werden, mit der Redensart trösten konnte, aller Anfang sei schwer, und den großen Kolonialmächten sei es auch nicht anders ergangen. Ganz im Gegenteil ist auf diesem Gebiete der Anfang leicht gewesen, und erst der Fortgang

Smithsche Schule im Irrtum ist (hier haben wir den vierten ihrer Grundirrtümer), wenn sie behauptet, das Wirtschaftsleben gehe den Staat nichts an, er habe sich nicht hineinzumischen. (Ungeschickte und überflüssige Einmischung wirkt gewiß schädlich und wird von Smith mit Recht getadelt.) Aber auch die innere Politik, meint List, sei von höchster Wichtigkeit für das Wirtschaftsleben, weil nur ein gebildetes, unterrichtetes und freies Volk Produktivkraft besitze. Für die Engländer sei es z. B. von der höchsten Wichtigkeit gewesen, daß sie von dem Leichnam des römischen Rechts verschont geblieben wären, der zwar der Leichnam eines großen Toten, aber trotzdem ein Leichnam sei, und über Europa die „Rechtspest" verbreitet habe, während sich die Engländer ihre Geschwornengerichte und damit den Keim der Freiheit und Kraft bewahrt hätten.

List hat also die relative Berechtigung beider

je länger desto schwieriger geworden. Jedes Kind weiß, daß die Schiffe der Konquistadoren und der merchants adventurers mit Schätzen beladen heimkehrten, die Nabobs wie Pilze in die Höhe schossen, daß sich die Notwendigkeit der Koloniengründung erst mit der Zeit aus der anfänglichen Räuberthätigkeit ergab, und daß die Kolonialpolitik Spaniens, Portugals, Hollands und Englands erst begann, als die Kolonien schon vorhanden waren. Diesen Gang der Dinge, für den aber heute wenig Raum mehr ist, hatte Bismarck im Sinne, als er erklärte, er wolle nicht nach französischem, sondern nach englischem Muster Kolonialpolitik treiben, die Kaufleute hätten voranzugehen, hätten die Verwaltung der erworbnen Gebiete selbst in die Hand zu nehmen. Entgegengesetzt verhält es sich mit der Kolonisation auf altrömische, mittelalterlich-deutsche und neurussische Weise, die auf der Eroberung von dem Stammlande benachbarten Gebieten, auf der Gründung von Kontinentalreichen beruht; da allerdings hat die Politik, d. h. der Diplomat und der Soldat voranzugehen, der Bauer, der Handwerker, zuletzt der Kaufmann nachzufolgen. Wenn jetzt auch die Engländer vielfach russisch verfahren, so ist zu bedenken, daß es sich für sie nicht um die Gründung neuer Kolonien, sondern um den Ausbau längst vorhandner und schon ganz kontinental gewordner Kolonial*reiche* handelt.

Systeme, des Colbertschen, das er das Industriesystem nennt, und des Smithschen, das seiner Ansicht nach eigentlich Merkantilsystem heißen müßte, anerkannt, dem erstern aber für die Staaten des europäischen Kontinents bei ihrer damaligen Lage den Vorzug gegeben und es durch die Aufnahme von Grundsätzen aus dem andern System verbessert.

Seit 1841 ist die Welt ein gutes Stück fortgeschritten. Deutschland und Nordamerika sind ebenbürtige Konkurrenten Englands geworden, oder vielmehr sie waren es schon in den sechziger Jahren, als sich Deutschland unter Preußens Führung dem Freihandel zuwandte. Die Schwierigkeiten, mit denen dann in den siebziger Jahren die Rückkehr zum Schutzzoll begründet wurde, haben mit der Lage der Dinge, die Lists System gezeitigt hat, nicht das geringste zu schaffen. Diese Schwierigkeiten entspringen aus dem noch zu besprechenden Umstande, daß es die bestehende Staats- und Rechtsordnung unmöglich macht, die von der ungeheuern Produktivkraft der modernen Nationen hervorgetriebnen Güter an den Mann zu bringen. An dieser Schwierigkeit leidet das hochschutzzöllnerische Amerika nicht weniger als das freihändlerische England, und das deutsche Reich leidet außerdem noch daran, daß zwei Grundlehren Lists gänzlich unbeachtet bleiben: die beiden Lehren, daß zur nationalen Wirtschaftspolitik ein angemessen großes Gebiet gehöre (die Angemessenheit ändert sich im Laufe der Zeiten mit den Verhältnissen), und daß der Überfluß von Menschen und Kapital stetig in Kolonien abgeschoben werden müsse. Was man heute bei uns nationale Wirtschaftspolitik nennt, das ist nicht die Politik Lists, sondern die Politik der sieben Fehler, die er den Merkantilisten nachrechnet, vervollständigt durch einige weitere Fehler. Man will die Bewohner von Gebieten, die dazu zu klein sind, zwingen,

sich selbst zu genügen. Anstatt den Produktivkräften des Volks freien Spielraum zu schaffen, fesselt man sie durch Erschwerung der Auswanderung und durch ein Übermaß von Polizeivorschriften und Strafgesetzen. Man will die gewerbliche Bevölkerung zwingen, den Grundbesitzern hohe Preise zu zahlen, und lähmt dadurch die Gewerbe. Man klagt über allgemeine Absatzstockung, und wenn sich die Lohnarbeiter höhere Löhne erzwingen wollen, wodurch sie in den Stand gesetzt sein würden, mehr Güter zu kaufen, so nimmt sie der Staatsanwalt beim Ohr. Man will viel Spiritus absetzen und möchte gleichzeitig am liebsten alle Leute einsperren, die Schnaps trinken. Man will den Überschuß der inländischen Erzeugnisse ans Ausland absetzen, aber aus dem Auslande nichts hereinlassen, während doch unsre Ausfuhr mit gar nichts anderm als mit Einfuhr bezahlt werden kann. Man fordert Schutzzölle, wo kein zu schützendes und zu erziehendes Kindlein mehr vorhanden ist, da unsre Industrie, von der Landwirtschaft gar nicht zu reden, auf dem höchsten Gipfel der Vollkommenheit und Konkurrenzfähigkeit angelangt ist. Nicht um die Erziehung der Industrie handelt es sich bei der heutigen Zollpolitik, sondern um zwei ganz andre Dinge. Erstens um Finanzzölle, die unter dem Namen von Schutzzöllen erhoben werden; dieser Name ist sehr bequem, die Thatsache zu verdecken, daß unsre Reichen dasselbe thun, wie nach Lists Ausspruch die englischen, nämlich sich die Kosten der Staatseinrichtungen und Unternehmungen, die vorzugsweise ihnen zu gute kommen, von den Armen bezahlen lassen. Zweitens ist die neue sogenannte Schutzzöllnerei ein Krieg auf Tod und Leben zwischen industriell gleich starken Konkurrenten, der kein andres Ergebnis haben kann als allgemeine Erschöpfung. Es ist ein Wettklettern auf der Tarifleiter; hat man eine gewisse

Sprosse erreicht, so muß man wieder herunterklettern, denn keine irdische Leiter reicht bis in den Himmel. Unsre Schutzzöllner freuen sich, daß nun auch schon in England eine starke schutzzöllnerische Bewegung in Fluß geraten sei, d. h. sie freuen sich darüber, daß uns demnächst auch der bis jetzt offne englische Markt nächstens vielleicht erschwert oder gesperrt werden wird, und offenbaren damit die Klugheit des Chinesen, der sich an seines Feindes Thür hängt, in der Hoffnung, dieser werde dafür geköpft werden. Ein Teil des Listschen Programms ist vom Zollverein verwirklicht worden; was die neuere Zeit gutes hinzugefügt hat, das ist die Subvention von Dampferlinien, die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes, der Bau von Kanälen; das wichtigste und schwerste bleibt noch zu thun übrig.

Die Ein- und Ausfuhrzölle sind heute schwerlich noch etwas andres als ein Hinüber- und Herüberschieben von Geld über die Grenze, wobei es fraglich ist, ob auch nur für einen einzigen Staat eine aktive Bilanz, ein Vorteil herauskommt, und das weiter keinen Zweck hat, als dem Staat eine indirekte Steuer einzutragen, einer Anzahl von Personen, den Steuerbeamten und den Schmugglern, einen Erwerb zu verschaffen, die Kaufleute und die Reisenden zu belästigen. Es steht fest, daß der einzelne Staat seine Zölle nicht abschaffen oder erheblich herabsetzen kann, ohne gegen die andern in Nachteil zu geraten, es steht aber auch ebenso fest, daß das ganze Zollwesen vom Übel ist. Für die Festsetzung der Zolltarife stehen den Staaten zwei Wege offen: sie können sie durch Vertrag vereinbaren, oder ein jeder kann seine selbständig (autonom) aufstellen. Da die Praxis der autonomen Tarife zum Zollkriege zu führen pflegt, und dieser schließlich doch durch Unterhandlungen beigelegt werden muß, die mit einem Vertrage ab-

schließen, so ist es besser, die gebahnte Straße der Handelsverträge nicht erst zu verlassen.

Bald nach List empfahl der Amerikaner Carey die Schutzzölle. Wie jener ging er von der Notwendigkeit aus, die Völker gegen die Ausbeutung durch England zu schützen, schritt aber weit über List hinaus fort, indem er den Schutzzoll nicht als vorübergehendes Schutz- und Erziehungsmittel, sondern als eine Wohlthat an sich anpries und als ein Mittel, den von ihm für verderblich erklärten Fernverkehr (trade) zu verhüten. Segensreich wirke nur der Nahverkehr (commerce), bei dem die Produzenten ihre Erzeugnisse unmittelbar austauschen. Damit konnte er sich sogar auf Adam Smith berufen, der den unmittelbaren Austausch der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegen die Gewerbeprodukte der benachbarten Stadt für die wohlthätigste und fruchtreichste Art des Handels erklärt hatte. Der Nahverkehr, lehrt Carey, schalte nicht allein die Handelsgewinne aus und verhelfe allen Produzenten zur gleichwertigen Entschädigung für die verkauften Waren, sondern er fördere auch die höhere Kultur, die nur dort gedeihen kann, wo die verschiedenartigsten Beschäftigungen betrieben werden. Der Fernverkehr zerstöre die gesunde Gliederung der Gesellschaft, häufe in dem einen Lande eine einseitig beschäftigte und darum rohe Fabrikbevölkerung an, der es an Brot fehle, in dem andern Lande eine aller städtischen Bildungsmittel beraubte und darum ebenfalls rohe ländliche Bevölkerung und verringere den gerechten Lohn der produktiven Arbeiter nicht allein durch den Abzug des Handelsgewinns und der Transportkosten, sondern auch noch durch die Besoldungen und Gewinne zahlreicher Staatsbeamten, Advokaten und Soldaten, denn die Verwicklung der weitläufigen Verkehrsbeziehungen erzeuge zahllose Prozesse, die aus der Verkürzung des Arbeits-

lohns entspringende Not mache das Volk unzufrieden und dadurch Strafgesetze, Richter, Polizeibeamte notwendig, und da sich die Handelsstaaten nur durch Zwang ihre alten Ausbeutungsgebiete erhalten und neue erschließen könnten, so seien beständige Kriege unvermeidlich. Careys Ideal: Dezentralisation der Bevölkerung, gleichmäßige Verteilung vieler kleinen Kulturzentren über das ganze Land, möglichst unmittelbarer Austausch der Produkte und Ausschaltung überflüssiger Vermittler, eine wohlgeordnete Mischung von Gewerbe und Landwirtschaft ist auch das unsrige, aber es in dem Grade zu verwirklichen, daß die großen Städte verschwänden und der Auslandshandel aufhörte, wird nicht möglich sein. Der Austausch der einer jeden Zone eigentümlichen Produkte muß bleiben, und ist es auch gewiß wünschenswert, daß „der Amboß des Schmiedes neben dem Pfluge des Landmanns stehe," was ja bei uns in Deutschland meist noch der Fall ist, so ist es doch phantastisch, mit Carey zu verlangen, daß auch die Spinnfabrik neben der Baumwollenstaude stehe; denn das heiße Klima ist für den Fabrikbetrieb mit Dampfmaschine nicht geeignet, und weder Deutschland noch England wird darauf verzichten wollen, Baumwolle zu verspinnen und Kattun zu weben. Vor allem aber sind Schutzzölle nicht das geeignete Mittel, den erwünschten Zustand, so weit er herstellbar ist, zu fördern, wie gerade die Vereinigten Staaten bewiesen haben. Die dort von Carey und seinen Gesinnungsgenossen geförderte Hochschutzzöllnerei hat die gerade entgegengesetzte Entwicklung gefördert. Sie hat die Einwanderer durch hohe Löhne in den großen Städten des Ostens festgehalten und hier ein Fabrikarbeiterproletariat aufgehäuft, die gleichmäßige Verteilung der Bevölkerung über das Land verhindert, den Kapitalisten Zeit und Gelegenheit verschafft, alles freie Land aufzukaufen,

und eine Überproduktion erzeugt, die den hohen Löhnen bald ein Ende machte.

Die Zollpolitik ist nach alledem keine grundsätzliche, sondern eine Opportunitätsfrage, die nach Zeit, Ort und Umständen entschieden werden will. Der Fernhandel wird am segensreichsten wirken, wenn er sich auf den Austausch der eigentümlichen Erzeugnisse der verschiednen Länder beschränkt; wenn die gemäßigte Zone aus der nördlichen Pelzwerk, aus der tropischen Kolonialwaren und kostbare Hölzer bezieht, wenn die Weinzonen alle Welt mit Wein, die Kohlen- und Eisenlager alle Welt mit diesen notwendigen Stoffen versorgen, wenn die Völker, die Kunstgeschmack und Kunstfertigkeit haben, die übrigen rohern Völker mit Kunstwerken, Luxusmöbeln, Prunkgewändern, eleganten Spielereien erfreuen. Seine Nahrungsmittel aber soll sich jedes Volk selber herstellen; zwar ist aus dem oben angegebnen Grunde der internationale Getreidehandel eine Notwendigkeit und eine Wohlthat, aber er soll sich auf den Ausgleich der ungleichen Ernten beschränken. Sich mit seiner ganzen Ernährung vom Auslande abhängig machen, ist gefährlich, und wegen der Einschränkung des gesündesten Gewerbes, der Landwirtschaft, für die Volksgesundheit verderblich, aber auch die regelmäßige Massenausfuhr von Getreide schadet, weil sie nach und nach den Humus, die Fruchterde fortführt und keinen Ersatz liefert. Nicht minder zweckwidrig ist es, wenn die Länder gewöhnliche Fabrikate, wie Kleider und Schuhe, die ein jedes daheim gleich gut machen kann, einander gegenseitig zuschieben und aufdrängen. Ein Land, dessen Bevölkerung zum Teil von solchen Ausfuhrindustrien leben muß, ist übervölkert; die Ausfuhr kann nur durch Unterbieten der Konkurrenten erzwungen werden, und diese ist nur möglich bei Arbeitslöhnen, die das Elend bedeuten. Gleichzeitig

sieht sich ein solches Land mit seiner Ernährung auf das Ausland angewiesen; demnach können bei der heutigen ungleichen Verteilung der Bevölkerung über die Erdoberfläche diese zu beklagenden Übelstände nicht vermieden werden.

Der Welthandel hat für gewisse Warengattungen seine Mittelpunkte in der Börse. Unter einer Börse, schreibt E. Struck im Handwörterbuch der Staatswissenschaften II S. 671, „versteht man eine regelmäßig sich wiederholende Zusammenkunft von Kaufleuten und Handelsvermittlern (Maklern u. s. w.) zum Zweck des geschäftlichen Verkehrs, des Kaufs und Verkaufs von Waren. Der Ausdruck »Börse« bezeichnet sowohl die Versammlung dieser Personen, wie auch den Ort der Versammlung, der ein Gebäude oder ein offner Platz zu sein pflegt. Die Börse fällt also unter den allgemeinen Begriff des Marktes. Sie unterscheidet sich jedoch von den sonstigen Märkten durch eine Eigentümlichkeit, die ihr charakteristisches Merkmal bildet. Während auf den andern Märkten individuell bestimmte Waren den Gegenstand des Umsatzes bilden, werden auf der Börse die Geschäfte abgeschlossen über bestimmte Mengen einer bestimmten Gattung. So kauft man auf dem Wochenmarkte diese bestimmten Fische, auf dem Jahrmarkte dieses bestimmte Messer, auf dem Viehmarkte dieses bestimmte Reitpferd, auf der Messe diesen bestimmten Ballen Tuch. Regelmäßig wird hier deshalb auch die Ware, ehe sie gekauft wird, vom Käufer besichtigt und geprüft. Anders auf der Börse. Hier kauft man tausend Zentner Weizen, nicht diese bestimmten Säcke mit Weizen; hier kauft man fünfzig Stück Aktien der Laurahütte, nicht diese bestimmten fünfzig Stück." Daraus folgt, daß nur vertretbare (fungible) Waren Gegenstand des Börsenverkehrs werden können, Waren, bei denen ein Stück oder

Quantum so gut ist als das andre; es sind dies Wertpapiere, die an der Effektenbörse, und Waren, wie Getreide (namentlich Roggen und Weizen), Kaffee, Zucker, Spiritus, Baumwolle, Metalle, Petroleum, die an der Produktenbörse gehandelt werden. Da allerdings auch bei solchen Waren verschiedne Sorten vorkommen, von denen die eine nicht so gut ist wie die andre, so sind Mustersorten ausgewählt worden, auf die sich die Bestellung zu beziehen hat. Beim Getreide ist für jede Art ein Mindestgewicht vorgeschrieben. Es folgt aus der Natur der an der Börse gehandelten Waren ferner, daß sie am Orte des Geschäfts nicht vorhanden zu sein brauchen; man schließt den Kauf ab mit Nennung des Ortes, wo die Ware geliefert werden soll, und der Verkäufer kauft dann erst — z. B. Roggen in Odessa, und dirigiert ihn an den bestimmten Ort, z. B. in eine Berliner Mühle. Endlich sind auch die eigentlichen Käufer und Verkäufer gewöhnlich nicht anwesend, sondern sie übergeben ihre Aufträge den Maklern und Kommissionären; es können sich demnach auch Ausländer am täglichen Umsatz beteiligen. Die Makler sind teils amtlich bestellt und vereidigt, teils Privatmakler; die Funktionen der Makler und Kommissionäre unterscheiden sich an der Berliner Börse heute nicht mehr wesentlich von einander. In der Börsenzeit treten die Makler und Kommissionäre zusammen, und jeder ermittelt nun, von welchem andern er die bei ihm bestellten Waren bekommen, oder an welchen er die ihm zum Verkauf übertragnen absetzen kann; zuweilen ereignet es sich, daß ein und demselben dasselbe Quantum einer bestimmten Ware zu kaufen und zu verkaufen aufgetragen worden ist, dann kann er das Geschäft „in sich“ machen. Für seine Mühewaltung hat der Vermittler eine Gebühr zu fordern, die beim Makler Courtage, beim Kommissionär

Provision heißt. Nach Angebot und Nachfrage richtet sich der Kurs jedes Papiers und jeder Ware; er schwankt während der Börsenzeit auf und ab und wird von den hierfür bestimmten Börsenbeamten von Zeit zu Zeit ausgerufen oder notiert; in den amtlichen Kurszettel dann kommen gewöhnlich nur die Schlußkurse. Die Gesamtheit der Makler und Kommissionäre heißt das Parkett; die Gesamtheit der Spekulanten, die ihre Geschäfte nicht „im Parkett“ und ohne Zuziehung der Makler und Kommissionäre abmachen, heißt Kulisse. Parkett und Kulisse machen einander Konkurrenz, indem sie sich gegenseitig durch Herabsetzung der Provisionen und Courtagen unterbieten.

Das Geschäft ist entweder Kassa- oder Zeitgeschäft. Beim Kassageschäft ist die gekaufte Ware am Tage des Abschlusses, oder am nächsten Börsentage, oder einige Tage darauf zu liefern; im letztern Falle schließt man „pro einige Tage“ ab. Bei den Zeit- oder Termingeschäften wird ein späterer Lieferungstermin vereinbart; am Termin muß, vor dem Termin kann die Ware geliefert werden; wünscht der Käufer sie früher zu haben, so „kündigt“ er, wünscht sie der Verkäufer früher zu liefern, so „kündigt er an.“ An der Effektenbörse wird als Termin für Zeitgeschäfte gewöhnlich ein dem letzten des Monats nahe liegender Tag gewählt, der Ultimo genannt wird. An der Produktenbörse kommen mehrmonatige bis halbjährige Lieferungsfristen vor.

Sehr häufig, ja in den meisten Fällen wird das Zeitgeschäft zum Differenzgeschäft, das sich in folgender Weise abwickelt. A verkauft für 30000 Mark Laurahütte an B; B verkauft sie vor dem Lieferungstermin an C weiter, C an D und so fort bis Z. Am Ultimo stehen sich A als Verkäufer und Z, von dem A gar nichts weiß, als Käufer gegenüber. Um die

unbekannten Käufer zu ermitteln, tritt am letzten Börsentage vor dem Ultimo die Liquidationskommission im Liquidationsbüreau zusammen, wo sich alle Käufer und Verkäufer zu melden haben. Hier übernimmt Z die bestellte Ware zu dem von der Sachverständigenkommission (siehe unten) festgesetzten Liquidationskurse, und A erhält die Bezahlung. Die Zwischenglieder rechnen mit einander ab. Der Liquidationskurs sei 120, d. h. für je 100 Mark Nominalwert der Laurahütteaktien müssen 120 Mark gegeben werden. F habe von E zu 119 gekauft und zu 121 verkauft; dann hat er sowohl von E wie von G für je 100 Mark 1 Mark, zusammen 2 Mark zu fordern, gewinnt also 600 Mark; und so alle übrigen. An der Produktenbörse übergiebt der Verkäufer dem unmittelbaren Käufer einen Kündigungsschein, dieser giebt ihn dem nächsten Käufer weiter und so fort, und jeder verzeichnet seinen Namen darauf, sodaß alle Beteiligten bekannt sind. Jedes abgeschlossene Geschäft wird durch einen Schlußzettel beurkundet. Während das Kassageschäft stets ein augenblickliches Bedürfnis befriedigt, dient jedes Zeitgeschäft entweder der Spekulation, oder es ist wenigstens mit Spekulation verbunden. Spekulation ist das in die Ferne blicken zur Erlangung eines Vorteils. Wer erwartet, daß die Preise in die Höhe gehen werden, der kauft jetzt, in der Absicht oder mit dem Nebengedanken, daß er noch vor dem Lieferungstermin mit Vorteil werde weiterverkaufen können. Wer auf Preisrückgang rechnet, der verkauft auf einen spätern Termin in der Erwartung, daß er die Ware vor dem Lieferungstermin zu einem billigern Preise bekommen werde, als zu dem er sie erkauft hat. Die Gesamtheit der Spekulanten, die eine Aufwärtsbewegung der Preise erwarten, nennt man Hausse (die einzelnen Haussiers), die der auf Rückgang rechnenden Baisse

(Baissiers). Entspricht die Preisbewegung der Haussiers ihrer Erwartung, so gewinnen sie die Differenzen, und die Baissiers verlieren, im umgekehrten Falle umgekehrt. Wenn die Haussiers verkaufen, so sagt man, sie geben ab; kaufen die Baissiers, um liefern zu können, so sagt man, sie decken sich.

Die englischen und die amerikanischen Börsen sind reine Privatanstalten, die des europäischen Festlandes stehen in mehr oder weniger enger Verbindung mit dem Staate. Die Berliner Börse wird vom Ältestenkollegium der Berliner Kaufmannschaft geleitet, das die Verkehrsregeln festsetzt, gegen dessen Entscheidungen jedoch in bestimmten Fällen die Regierung angerufen werden kann. Das Kollegium verteilt die zum Börsenbesuch berechtigenden Eintrittskarten, für die fortlaufende Beiträge zu entrichten sind. Grundsätzlich muß die Eintrittskarte jedem bewilligt werden, ausgenommen Personen, die mit gewissen Makeln behaftet sind. Entzogen wird die Karte bei Zahlungsunfähigkeit; wegen ungebührlichen Betragens und Verbreitung falscher Nachrichten soll zeitweilige Ausschließung verhängt werden. Zur Schlichtung von Streitigkeiten setzt das Ältestenkollegium zwei Kommissionen nieder: die Sachverständigenkommission, die u. a. über die Lieferbarkeit der Ware entscheidet, und die schiedsrichterliche Kommission.

Im großen und ganzen erfüllt dieser Organismus seinen Zweck: er bringt die Käufer und Verkäufer der ganzen Welt einander nahe und erleichtert den Umsatz bis an die Grenzen der Möglichkeit. Ohne die Effektenbörse würde die Kapitalanlage für die Rentner, namentlich für die kleinen, ein sehr schwerfälliges Geschäft sein, und ohne die Produktenbörse wäre eine so gleichmäßige Versorgung des Volkes mit den dort gehandelten Artikeln des Massenkonsums kaum denkbar. Unter den Vorwürfen, die man gegen den „Giftbaum“

erhebt, sind die berechtigten von den unberechtigten zu unterscheiden. Unberechtigt ist der Vorwurf der Agrarier, daß die Börse die Getreidepreise drücke. Gerade dieses ist ihr höchstes Lob, denn der Handel erfüllt nur seine Aufgabe, wenn er die Waren so billig wie möglich macht. Die Aufgabe, den Produzenten ihre Produktionskosten zu erstatten und den gebührenden Arbeitslohn zu gewähren, fällt nicht dem Handel zu. Will man eine Einrichtung des Güterumlaufs, die einerseits diese Aufgabe löst und gleichzeitig andrerseits die jetzt dem Handel zufallende, das Volk billig, reichlich und stetig mit Gütern zu versorgen, so muß man diese beiden Aufgaben einer Zentralbehörde übertragen, und selbstverständlich nicht bloß in Beziehung auf das Getreide, sondern für alle Waren und Leistungen. Denn sind die Landwirte mit dem heutigen Zustande, wo jeder selbst sehen muß, wie er durchkommt, nicht mehr zufrieden, und verlangen sie eine gesicherte Existenz, so sind selbstverständlich die Handwerker, die Arbeiter und alle übrigen Berufsklassen zu demselben Anspruche berechtigt. Ob diese Einrichtung befriedigendere Zustände herbeiführen würde als die heutige freie Privatwirtschaft, das eben ist die Streitfrage zwischen dem Kommunismus und den Vertretern der bestehenden Gesellschaftsordnnng, und wer die Frage mit ja beantwortet, der hat kein Recht mehr, sich zu den Gegnern der Sozialdemokratie zu rechnen. Ebenso ungerecht ist der Vorwurf, daß die Börsenspekulation Preisschwankungen zu Ungunsten der Landwirte erzeuge. Daß die Spekulanten solche zu erzeugen wünschen und streben, unterliegt keinem Zweifel; aber da das Wesen der Spekulation darauf beruht, daß Haussiers und Baissiers einander gegenüberstehen, jede der beiden Bewegungen augenblicklich die Gegenbewegung hervorruft, so werden dadurch die natür-

lichen Schwankungen, die der wechselnde Zu- und Abfluß von Getreide je nach dem Ernteausfall bewirkt, nicht verstärkt, sondern gemildert, gemildert auch dadurch, daß die Spekulation eben eine wirkliche Vorausberechnung ist, daher bei starkem Zufluß die dahinter drohende Ebbe, bei Ebbe des Warenvorrats die etwa zu erwartenden Zuflüsse in Rechnung zieht.*)

*) Das preußische Kriegsministerium hat zum Gebrauche für die Proviantämter ein Buch herausgegeben: Getreide und Hülsenfrüchte als wichtigste Nahrungs- und Futtermittel. Darin heißt es: „Für die Gestaltung der Getreidepreise ist im allgemeinen das jeweilige Verhältnis von Vorrat und Bedarf entscheidend. Daher werden die Getreidepreise nach reichlichen Ernten niedrig, nach geringen aber hoch stehen. Allerdings kommt hierbei unter der jetzigen Entwicklung der Handelsverhältnisse weniger der Ernteausfall des einzelnen Landes als derjenige auf der ganzen Erde in Betracht. Daneben spielen aber jederzeit auch noch aus frühern Ernten vorhandne Getreidevorräte eine Rolle. Der Weltgetreidehandel hat einen Ausgleich zwischen den Gebieten mit günstigen und ungünstigen Ernten bewirkt, sodaß die aus einem örtlichen Mangel oder Überfluß herrührenden übertrieben hohen oder übertrieben niedrigen Preise früherer Zeit im großen und ganzen in Wegfall gekommen sind. Wären nun Vorrat und Bedarf auf bestimmte Zeiträume im voraus genau bekannt oder mit einiger Sicherheit wenigstens annähernd festzustellen, so würden zwar die verschiednen Erntejahre je nach den wechselnden Erträgnissen nicht unerhebliche Preisunterschiede aufweisen, dagegen im Verlauf jedes einzelnen derselben nennenswerte Preisschwankungen schwerlich stattfinden. Indes ist eine einigermaßen zutreffende Kenntnis der Vorrats- und Bedarfsverhältnisse höchstens für die rückliegende Zeit auf Grund der Ernte- und Handelsstatistik zu erwerben; über die augenblickliche oder künftige Höhe der Vorräte sind nur Schätzungen möglich. Da diese häufig zu unrichtigen Ergebnissen führen, so kommt es im wesentlichen auf die persönliche Meinung der einzelnen, auf das Urteil an, das sich diese über den Stand, sowie über die voraussichtliche Entwicklung der Verhältnisse bilden. Die Ansichten weichen der Natur der Sache nach sehr häufig von einander ab. Gingen die Ansichten über den Einfluß aller dieser Verhältnisse auf die zukünftige Preisgestaltung nicht auseinander, so würden die entgegengesetzten Interessen der Verkäufer und Käufer, von denen die einen möglichst teuer abzugeben, die andern möglichst billig zu beschaffen bestrebt sind, es häufig zu keinem Geschäftsabschluß kommen lassen. Zunächst wird immer derjenige sich in der günstigern Lage

Den klaren und unanfechtbaren Beweis für diese Wirkung der Spekulation liefert die thatsächliche Preisbewegung; wie schon bemerkt wurde, sind mit der Ausbildung des Handels die Schwankungen von Jahrhundert zu Jahrhundert immer kleiner geworden, und während im Anfange unsers Jahrhunderts die Preise noch um das sechsfache geschwankt haben, hat

---

befinden, an den das Angebot oder die Nachfrage des andern herantritt, weil er bei diesem das größere Interesse am Zustandekommen des Geschäfts, vielleicht sogar einen Zwang dazu voraussetzen und demgemäß seine Bedingungen stellen kann. Bei starkem Angebot wird das Vorhandensein größerer Vorräte oder geringern Bedarfs vermutet. Umgekehrt wird aus einer stärkern Nachfrage auf Erschöpfung der Vorräte oder Steigerung des Bedarfs geschlossen. Die Folgen, die aus der überwiegenden Einwirkung von Angebot und Nachfrage (soll wohl heißen: aus dem Überwiegen entweder des Angebots oder der Nachfrage) auf die Preisgestaltung entstehen, können unter Umständen um so bedenklicher sein, als die Parteien ihre wahre Meinung nicht selten verschleiern und mit Hilfe von Angebot und Nachfrage eine irrige Auffassung über die augenblicklichen Vorrats- und Bedarfsverhältnisse zu erregen suchen. Die damit im Zusammenhang stehenden Spekulationen, die im einzelnen Falle nicht selten glücken und dann vorübergehend die Preise mit der wirklichen Lage des Getreidemarktes in Widerspruch setzen, können aber auf die Dauer und im Endergebnis eine nach den thatsächlichen Vorrats- und Bedarfsverhältnissen sich richtende Preisbewegung nicht aufhalten, da sie, von der Wirklichkeit losgelöst, nicht lange für sich allein bestehen können." Also auch nach Ansicht des preußischen Kriegsministeriums ist es zuletzt das wirkliche Verhältnis zwischen Vorrat und Bedarf, was über den Preis entscheidet, zunächst allerdings die Meinung von diesem Verhältnis, die Schätzung. Und indem eben in Hausse und Baisse die (für die Produzenten) günstigste und die ungünstigste Meinung einander gegenüberstehen, während die Wahrheit meistens dazwischenliegt, wird dadurch der Preis so nahe wie möglich an den gebracht, der dem wirklichen Verhältnis genau entsprechen würde. Indem zu den ernsten Käufern und Verkäufern die Spieler hinzutreten, wird das Bild der beiden entgegengesetzten Schätzungen vergrößert und verdeutlicht, der Ausgleich daher befördert. Daß absichtliche Fälschungen der Schätzung immer nur vorübergehenden Erfolg haben können, wie die vom Kriegsministerium herausgegebene Belehrung sagt, wird durch die Erfahrung bestätigt.

die Folge von vier fruchtbaren Jahren auf die Mißernte von 1891 nur den Fall von 239 auf 108 Mark für Roggen, also auf etwas weniger als die Hälfte bewirkt. Im Interesse der Händler würden beständige starke Schwankungen liegen, bei gleichmäßig niedrigen Preisen, wie wir sie seit Herbst 1892 haben (die Schwankung um etwa dreißig Prozent im Sommer 1895, die so viel Lärm erregt hat, ist im Vergleich zu früher nicht der Rede wert), können die Händler nichts verdienen. Vom gewöhnlichen Kaufmannsgeschäft, bei dem regelmäßig teurer verkauft als eingekauft wird, unterscheidet sich der börsenmäßige Getreidehandel dadurch, daß der Händler zum Tagespreise sowohl ein- als auch verkauft. Es hängt also vom Glück und von der Richtigkeit seiner Berechnung, seiner Spekulation ab, ob er gewinnt oder verliert; gewänne er nicht im ganzen mehr, als er verliert, dann könnte er den Handel überhaupt nicht betreiben.*) Die Spieler in Getreide, die gar nicht daran denken, im Ernste zu kaufen oder zu verkaufen und nur um die Differenz spielen, ziehen einander zwar gegenseitig das Geld aus der Tasche, dem Bauer aber ebensowenig wie z. B. die Wettenden bei einem Pferderennen dem Besitzer des Pferdes; ihr Spiel verstärkt die oben beschriebne preisausgleichende Kraft der berechtigten und notwendigen Spekulation.

*) In Beziehung auf die Preisbildung könnten sich die Landwirte nur durch sozialistische Einrichtungen vom Welthandel, dessen Zentrum die Börse ist, unabhängig machen. Anders verhält es sich mit dem Absatz. Je mehr die kleinen Mühlen durch große verdrängt worden sind, desto mehr muß der örtliche Kleinverkehr zwischen Müller und Bauern, mit oder ohne Vermittlung des Händlers, allmählich aufhören, muß das Getreide die Magazine der Großhändler in den Großstädten passieren, und das verursacht in vielen Fällen überflüssige Transportkosten, die erspart werden und den Produzenten zu gute kommen könnten. Es ist demnach zu wünschen, daß die vom Rittergutsbesitzer von Graß auf Klanin empfohlenen Ver-

Berechtigt sind folgende Vorwürfe. Erstens bemächtigt sich zuweilen eine Gesellschaft von Kapitalisten einer ganzen Warengattung, bildet einen Ring oder einen corner und macht nun einen willkürlich hohen Preis; es ist dies bis jetzt namentlich bei Kupfer, Petroleum und vorübergehend einmal bei Kaffee vorgekommen; es wurde bereits bemerkt, daß solche Ringbildungen die Aufhebung des börsenmäßigen Handels und die Herstellung eines Monopols bedeuten, sowie daß sie bei Getreide zwar in Nordamerika auch schon versucht worden, aber wegen der Größe der in Betracht kommenden Warenmasse gescheitert sind.

Weit häufiger und verderblicher sind Ausschreitungen an der Effektenbörse. Hier kommt es erstens vor, daß durch Verbreitung falscher und beunruhigender Zeitungsnachrichten der Kurs guter Papiere gedrückt und ihren Besitzern Angst eingejagt wird, sodaß sie sie verkaufen; die Verbreiter der Alarmnachrichten kaufen sie und „verdienen" so Millionen, indem die Papiere sofort nach durchgeführter Operation ihren wirklichen Wert wieder annehmen. Die Urheber solcher Zeitungsartikel könnten bestraft werden, wenn sie nicht unglücklicherweise meistens sehr angesehene und mächtige Personen wären.

Zweitens verleitet die Börse durch Hinauftreiben der Kurse namentlich von Industriepapieren zum Ankauf von solchen, deren innerer Wert dem Kurse nicht entspricht, und deren Preis daher bald wieder sinkt; die Käufer haben also, indem sie zu teuer ankauften, verloren. Diesem Übel wird sich kaum begegnen lassen, da solche Steigerungen meist nicht auf absichtlicher Täuschung, sondern auf Selbsttäuschung der Speku-

---

kaufsgenossenschaften und Kornhäuser, die den Händler aus dem Kleinverkehr ausschalten wollen, Erfolg haben. In Westdeutschland hat man bereits mit Versuchen den Anfang gemacht.

lanten beruhen. Der kleine Rentner, der sich solcher Gefahr nicht aussetzen will, muß sich eben auf ganz sichere Papiere beschränken, wie Reichs- und inländische Staatsanleihen, inländische Eisenbahnaktien, Pfandbriefe, die keine starken Kursschwankungen erleiden.

Drittens bringt die Börse faule und unsichre Papiere ins Publikum, besticht große Zeitungen, damit sie Empfehlungen aufnehmen, und korrumpiert so die Presse. Dagegen bestehen bereits gesetzliche Vorschriften, und wenn die Gerichte gegen deren Übertretung nicht streng vorgehen, so erfüllen sie ihre Pflicht nicht.

Viertens verleitet die Börse zum Differenzspiel. Sofern die Verleitung körperliche Gestalt annimmt in einem Agenten, der herumreist, um die Leute zum Ankauf gewisser Papiere oder zur Anlegung ihres Geldes in Börsengeschäften zu verleiten, kann sie vom Strafrichter beim Ohr genommen werden; insofern sie aber bloß in der Existenz des Börsengeschäfts besteht, wird sich von Staats wegen wenig dagegen thun lassen. Denn das Differenz*spiel* verbieten hieße das Differenz*geschäft* und damit das Zeitgeschäft verbieten, weil ja die Spieler nicht sagen, daß sie bloß spielen, nicht wirklich kaufen oder verkaufen wollen. Das einzige Mittel wäre, die Beteiligung an Börsengeschäften solchen zu verbieten, deren geringes Vermögen die Voraussetzung, daß es ihnen mit dem Kauf oder Verkauf ernst sei, unwahrscheinlich macht. Doch wird auch diese Maßregel schwer durchzuführen sein, weil man ja in der That keine 100000 Mark dazu braucht, um für 100000 Mark Roggen oder Aktien bloß *umzusetzen*. Aus dem Grunde, weil die Spielabsicht schwer nachzuweisen ist, tragen die Gerichte auch Bedenken, Spieler abzuweisen, die ihre Differenzgewinne einklagen. Das ganze Zeitgeschäft zu unterdrücken aber würde eine bedenkliche Hemmung des Handels sein.

Auch der Landwirt verkauft oft schon vor der Ernte auf Zeit, um sich einen bessern Preis zu sichern, da im Herbst das Getreide billiger zu sein pflegt, der Händler aber verkauft die noch schwimmende Ladung an den Ort, von dem er glaubt, daß dort der Preis am höchsten stehen werde, und dirigiert den Kapitän des Schiffes dahin; es würde sehr viel mehr Kosten und Umstände verursachen, wenn die Berliner Getreidehändler alles Getreide, das sie kaufen, nach Berlin bringen ließen und dann erst mit den Abnehmern abschlössen, die es von da abholen müßten. Auch ist durchaus nicht jedes Differenzgeschäft ein bloßes Spielgeschäft. Struck führt folgenden Fall eines Differenzgeschäfts an, das mit einem effektiven verbunden ist. Ein Hamburger Kaufmann hat brasilianischen Kaffee auf Zeit in Hamburg verkauft; während sich der Kaffee noch auf dem Transport befindet, steigt der Preis in Antwerpen gegenüber dem in Hamburg; er kann dann den Kaffee nach Antwerpen dirigieren, dort verkaufen und liefern, während er sich in Hamburg zu billigerm Preise durch Ankauf für den Termin deckt.

Das beste Mittel gegen Schädigung des Publikums durch das Börsenspiel ist die allgemeine Verbreitung der drei Wahrheiten, daß niemand an der Börse verlieren kann, der nicht spielt, daß jeder, der nicht zu dem kleinen Kreise der Eingeweihten gehört, also jeder dumme Philister in der Provinz, der seine Spargroschen oder sein Vermögen dran wagt, beim Börsenspiel verliert, und daß es schon spielen heißt, wenn man Effekten kauft, die einen höhern Zins versprechen, als die pupillarisch sichern Wertpapiere gewähren (siehe S. 255). Was gefährlich und unheimlich ist beim heutigen Zustande, das ist der in andrer Beziehung so segensreiche Welthandel selbst, die Verkettung des Schicksals eines jeden mit unzähligen fernen ihm unbekannten Vorgängen; die Organisation des

Weltverkehrs, die Börse, vermindert für einen Teil des Verkehrs die Undurchsichtigkeit und Ungewißheit; über die zukünftigen Preise der börsenmäßig gehandelten Waren sind wir besser unterrichtet als z. B. über die der Schuh- und Pelzwaren.

Wir schließen unsre Betrachtungen mit den Worten Roschers (System u. s. w. III, 487): „Die neuerdings namentlich bei Gegnern so beliebte mythologische Personifizierung der »Börse« steckt doch voll Aberglaubens. In unsrer arbeitsteiligen Volkswirtschaft ist die Börse gleichsam das Herz, wodurch alles gesunde, aber auch alles kranke Blut läuft. [Alles Blut wohl nicht; nur für einen Teil des Güterumlaufs bildet die Börse das Sammelbecken.] Man strebe, das kranke Blut gesund zu machen, hoffe aber nicht, durch Künsteleien am Herzen, Ansetzen von Pflastern in der Herzgegend u. s. w. die Blutkrankheit zu heilen."



Siebzehntes Kapitel

Einkommen und Einkommenverteilung

Die Güterversorgung nimmt für den Einzelnen die Gestalt des Einkommens an. Das Einkommen umfaßt nach Wagner (I, 405) erstens die Summe wirtschaftlicher Güter, die eine Person (in Geld oder in natura) jährlich als Reinertrag einer festen Erwerbsquelle zufließen, zweitens die Genüsse oder Nutzungen oder Genußmöglichkeiten, die einer Person ihr Nutzvermögen (Wohnung, Garten, Fuhrwerk u. s. w.) nach Abrechnung der Abnutzung und etwaiger Verkehrswertverminderung gestattet. Zufällige oder unständige Einnahmen will Wagner nicht zum Einkommen rechnen.

Soweit das Einkommen in der Befriedigung der standesgemäßen Bedürfnisse einer Person verzehrt wird, heißt es *gebundnes*, was darüber hinausreicht, *freies*. Erst bei freiem Einkommen fängt die Befriedigung höherer Kulturbedürfnisse an, wovon also die Mehrzahl der Menschen, die ja kein freies Einkommen hat, ausgeschlossen ist, soweit sie ihr nicht von Staat, Kirche, Gemeinde oder Philanthropen umsonst gewährt wird. Das geschieht u. a. vom Staate durch kostenfreie Gewährung von Schule und Schulbildung (wobei jedoch zu beachten ist, daß der Staat

meistens nur den Zwang „liefert," die Kosten aber von den Gemeinden zu tragen sind), durch Anlegung von Bibliotheken und Sammlungen, von der Kirche durch Erbauung schöner Gotteshäuser und durch Einrichtung eines belehrenden sowie sittlich und ästhetisch veredelnden Gottesdienstes, wofür die Armen nichts zu bezahlen haben, von Gemeinden durch Anlage von Volksgärten und Volksbädern, durch Gewährung von Freischule und Freikonzerts, von Philanthropen durch Stiftungen aller Art.

Die Grenze zwischen dem standesgemäß notwendigen und dem entbehrlichen Luxus kann nicht angegeben werden, weil sie beständig fließt, auf verschiednen Stufen des Volksreichtums verschieden ist und je nach Orten und Zeiten durch Volkssitte, Herkommen, Mode und Einbildung verschieden gezogen wird. Bekanntlich erzwingt die Mode schon bei Klassen von dürftigem Einkommen manchen zum Teil geschmacklosen und schädlichen Luxus (z. B. eine nach Modelaunen beständig wechselnde vielfach unpraktische Frauenkleidung), dem häufig die Befriedigung wirklicher Bedürfnisse (ausreichender Nahrung und gesunder Wohnung) geopfert werden muß, und wird auf höhern Gesellschaftsstufen bloß aus Eitelkeit vieles zum Ruin der Wirtschaft für unentbehrlich gehalten (kostspielige Abfütterungen des Bekanntenkreises, kostbare Reitpferde und ähnliches), was ohne Schädigung der Standesehre entbehrt werden könnte.

Von der Schätzung des Volkseinkommens gilt dasselbe wie von der Vermögensschätzung, daß sie unsicher ist und wohl niemals zur genauen Berechnung werden wird. Wir geben nachstehend einen Auszug aus Wagners Anweisung zur Einkommenschätzung. Diese kann auf zweifache Weise vorgenommen werden.

Erstens durch Schätzung des Reinertrags der

Volkswirtschaft eines Jahres (Realschätzung). Der Rohertrag wird gebildet: 1. von der Gesamtheit der im Lande neu erzeugten Güter. 2. Von der Einfuhr von Sachgütern oder Geld, soweit damit das Ausland Forderungen des Inlands (Zinsen von ausländischen Wertpapieren, Erträgnisse von ausländischen Grundstücken, Bergwerken, Fabriken, Kaufmannsgeschäften, die Inländern gehören) befriedigt. 3. Überschüsse der Reederei beim Gütertransport. 4. Geld oder Waren, die eingeführt werden für im Inlande sich aufhaltende Fremde (Rimessen). 5. Kontributionen oder Tribute (dazu gehören z. B. die hohen Besoldungen und Pensionen, die die Indier den bei ihnen angestellten englischen Beamten, Offizieren und Soldaten zahlen müssen) und Einwandrervermögen. 6. Der Wertüberschuß der auf dem Wege des Handels bewerkstelligten Einfuhr über die Ausfuhr. 7. Der Wert der Nutzungen des Nutzvermögens. — Um den Reinertrag zu erhalten, muß man abziehen: 1. Die volkswirtschaftlichen Produktionskosten, d. h. die genußlos verbrauchten Güter und Rohstoffe (also nicht die mit den Arbeitslöhnen gekauften Wohnungen, Kleider, Nahrungs- und Genußmittel der Arbeiter, die als Einkommen dieser Arbeiter einen großen Teil des Volkseinkommens ausmachen; privatwirtschaftlich gehören die Arbeitslöhne mit zu den Produktionskosten). 2. Die zur Erfüllung von Verbindlichkeiten ins Ausland geschickten Gelder und Güter. 3. Die Ausfuhr zur Bezahlung des Frachtverdienstes fremder Reeder. 4. Rimessen für im Auslande sich aufhaltende Inländer. (Nicht aber das Vermögen, das die Auswandrer mitnehmen, denn dieses bedeutet eben einen Vermögens-, nicht einen Einkommensverlust. Dagegen hat das Vermögen, das die Einwandrer mitbringen, für das laufende Jahr die Bedeutung einer Einkommenvermehrung,

ähnlich wie in der Privatwirtschaft ein großer Lotteriegewinn für den Gewinner zunächst einen Einkommenzuwachs bedeutet, wenn er ihn auch gewöhnlich nicht verbraucht, sondern als Kapital festlegt, also in Vermögen verwandelt.) 5. Tribute ans Ausland. 6. Wertüberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr. (Gewöhnlich wird umgekehrt der Überschuß des Wertes der Ausfuhr über die Einfuhr — die sogenannte aktive Handelsbilanz — als Gewinn oder Einkommenteil gerechnet. Hier ist gemeint, daß der Wert dessen, was an Geld und Waren zusammen eingeführt worden ist, entweder größer oder kleiner sein kann als der Wert der Ausfuhr; im ersten Falle hat das Einkommen eine Erhöhung, im zweiten eine Verminderung erfahren. In den meisten Fällen werden Ein- und Ausfuhr gleichwertig sein, sodaß also, wie bei jedem ehrlichen Tauschgeschäft zwischen Privatpersonen, dem Tauschwerte nach [kaufmännisch] keiner weder gewonnen noch verloren, durch Förderung der Bedürfnisbefriedigung aber [volkswirtschaftlich] jeder Teil gewonnen hat. Man vergleiche auch die im achtzehnten Kapitel angeführte Ansicht Thünens, wonach Getreideeinfuhr nicht bloß einen Einkommenzuwachs, sondern eine Kapitalvermehrung bedeutet.) 7. Abnutzung des Nutzvermögens.

Zweitens kann man die Einkommen sämtlicher Volksgenossen zusammenzählen (Personalschätzung). Dabei sind nach den für die Vermögensschätzung aufgestellten Regeln Doppelzählungen zu vermeiden. Einer solchen würde man sich z. B. auch schuldig machen, wenn man die Steuern nicht abrechnen wollte, denn aus diesen werden ja die Beamtenbesoldungen bestritten. Die Summe aller Wirtschaftsüberschüsse nach Abzug der sämtlichen Defizits bildet einen Vermögenszuwachs fürs Volk.

Mit der Schätzung in Geld allein würde aber,

selbst wenn sie ganz genau wäre, immer noch keine zuverlässige Einsicht in die wirkliche Lage des Volkes gewonnen sein. Es kommt vor, daß die hohen Einkommen der Reichen in Geld gerechnet ein hohes Volkseinkommen ergeben, aber trotzdem große Massen Mangel leiden; man kann dann nicht sagen, daß das Volkseinkommen wirklich, dem Sachwert nach, groß sei. Dagegen ist das Volkseinkommen bei großem Getreideüberfluß in Wirklichkeit reichlich, während sein Geldbetrag vielleicht wegen der Billigkeit des Getreides abgenommen hat. Aus diesem Grunde klagen denn auch in der That die Agrarier über Verminderung des Volkseinkommens durch das Sinken der Getreidepreise. Wie verkehrt diese Vorstellung ist, haben wir schon S. 75 und S. 204 ff. nachgewiesen.

Die Güter haben ungleichen volkswirtschaftlichen Wert je nach ihrer Brauchbarkeit und Unentbehrlichkeit. Nahrungsmittel sind das notwendigste, sie bilden also den wertvollsten Teil des Volkseinkommens. Je reichlicher vorhanden, desto billiger sind sie; gerade der geringe Tauschwert der Nahrungsmittel beweist daher den Wohlstand eines Volkes. Diamanten sind, so teuer sie auch sein mögen, volkswirtschaftlich das allerwertloseste. Mögen daher die vornehmen Damen eines Volkes alljährlich auch für hundert Millionen Diamanten kaufen, wenn das gemeine Volk dabei hungert, so ist die Nation nicht reich, sondern arm. Ist dagegen das ganze Volk wohlgenährt und das Getreide spottbillig, der Gesamtwert des alljährlich verbrauchten Getreides daher in Geld berechnet nicht bedeutend, so ist das Volk wohlhabend. Ein Volk, bei dem der Tauschwert aller notwendigen Güter zusammengerechnet gleich Null wäre, weil sie ohne Mühe zu beschaffen und daher in unendlicher Fülle vorhanden wären, würde unendlich reich sein. Daß die Annäherung an diesen Zustand, die sich heute in den

ewigen und allgemeinen Klagen über die vermeintliche Überproduktion bemerkbar macht, bald von der einen, bald von der andern Bevölkerungsschicht als Schädigung empfunden wird, kommt von unsern Staatseinrichtungen und durchs Gesetz geschützten Besitzverhältnissen (siehe S. 323 und die folgenden beiden Kapitel).

Daher ist die Schätzung durchs Auge weit sicherer als die in Gelde. Wenn man, meilenweit wandernd, durch stattliche Dörfer und wohlgebaute, saubre kleine Städte kommt, keine andre als kräftige, gesunde Menschen mit blühenden, fröhlichen Gesichtern sieht, die, des Sonntags wenigstens, in gediegner Kleidung erscheinen, wenn man nirgends Bettler und Vagabunden trifft, so hat man ohne Zweifel eine wohlhabende Gegend vor sich. Sieht man dagegen Scharen hohlwangiger, blasser, schmutziger Arbeiter verdrossen oder traurig zu Fabriken und Gruben oder auf die Äcker schleichen, kommt man bei vielen verfallnen, schmutzigen Häusern und Hütten vorbei, oder entdeckt man hinter einer bloß durch Zwang der Polizeigewalt aufrecht erhaltenen saubern und vielleicht glänzenden Vorderseite der Häuser viele elende Hinterhäuser, Kellerwohnungen und Bodenkammern, sind die Gefängnisse überfüllt, so hat man ein armes Volk vor sich, mag der Glanz, den die Reichen entfalten, auch noch so sehr blenden. Der Augenschein kann dann noch durch die Verzehrs-, Sterblichkeits- und Kriminalstatistik unterstützt werden. Arm ist ein Volk ohne Zweifel, wenn es auf Branntwein mehr Geld ausgiebt als auf Fleisch, wenn bei ihm die Kindersterblichkeit und die Zahl der Verbrechen gegen das Eigentum auffallend groß ist. Eine Wohnung auf dem Lande, deren Mietwert zu 50 Mark angeschlagen wird, kann mehr Licht, Luft und Raum gewähren, und gewährt bestimmt durch die freie Natur, in der sie liegt, und deren täglichen Genuß sie ermöglicht, mehr Bequemlichkeit und Vorteile für die Ge-

sundheit als eine Wohnung für 500 Mark in der Großstadt, ist also in Wirklichkeit mehr wert. Daher kann auch ein Einkommen von 1000 Mark auf dem Lande mehr wert sein als eins von 2—3000 Mark in der Großstadt, und ist demnach mit der Zahlenangabe an sich gar nichts gesagt. Ob die Vorteile des ländlichen Aufenthalts als aufgewogen angesehen werden dürfen durch die Bildungsmittel (von den Vergnügungen, deren Wert meistens zweifelhaft, und deren Unwert in vielen Fällen unzweifelhaft ist, nicht zu reden) und Erwerbsgelegenheiten der Großstadt, das hängt vom Geschmack, von den geistigen Bedürfnissen, von den Familienverhältnissen (z. B. ob ein Mann Kinder hat, die er auf höhere Schulen schicken muß), der gesellschaftlichen Stellung und dem Beruf des Einzelnen ab. Kurzum: mit der Ziffer des Volkseinkommens ist gar nichts gesagt, wenn man nicht die wirkliche Lage der verschiednen Volksschichten kennt.

Demnach ist es nicht sowohl die Höhe des Einkommens in Gelde gerechnet, als vielmehr die Art und Zahl der Güter, aus denen es zusammengesetzt ist, was über die Lage eines Volkes entscheidet. Die Zusammensetzung der Gütermasse aber hängt vorzugsweise von der Verteilung des Einkommens ab. Selbstverständlich kann bei einem sehr geringen Gesamtertrage der Volkswirtschaft von Wohlstand überhaupt keine Rede sein. Aber andrerseits schließen höchste Produktivität der Arbeit und größter Nationalreichtum tiefes Volkselend nicht aus. Ja in den reichsten Ländern, wie in England, kommt Elend vor, das nicht bloß durch den Kontrast gegen den daneben glänzenden Reichtum schlimmer scheint als das Elend des nackten Wilden, sondern in Wirklichkeit schlimmer ist.

Wie jeder aufs ganze wirkende große Übelstand, erzeugt auch die übermäßig ungleiche Vermögens-

verteilung einen verhängnisvollen Zirkel. Weil die untern Klassen nicht die Mittel haben, sich gesunde Wohnungen, anständiges Hausgerät, Gärten, solide Kleider und Schuhwaren, nützliche Bücher und ähnliche Bildungsmittel zu verschaffen, so können diese Dinge nicht in dem Umfange produziert werden, als das Gesamteinkommen des Volkes bei besserer Verteilung gestatten würde. Die Industrie ist daher, um die ihr zur Verfügung stehenden Kapitalien und Arbeiter verwenden zu können, auf eine unmäßige Vermehrung von Luxusartikeln und zwecklosen Tändeleien (z. B. Buntpapierwaren, Automaten, sogenannte Musikwerke) angewiesen. Das ist ein doppeltes Übel. Einmal sind gerade jene nützlichen Gewerbe, deren Betrieb durch die Armut der untern Klassen beschränkt wird, wie die Baugewerbe und die Gärtnerei, nach der Landwirtschaft und Försterei die gesündesten und erfreulichsten, deren Ausübung an sich schon das Volkswohl fördert und am leichtesten einen anständigen Lohn gewähren kann, während gerade die Fabrikation der Luxuswaren (mit Ausnahme derer, die ins Kunstgewerbe fallen) und Tändeleien meistens ungesund ist und schlecht lohnt. Andrerseits ist es den Reichen trotz unsinnigster Verschwendung nicht möglich, all den überflüssigen Plunder zu verbrauchen, der erzeugt wird, sodaß die Unmöglichkeit, nützliche Güter herzustellen, zusammen mit der Unabsetzbarkeit der unnützen die schleichende Handelskrisis erzeugt, über die alle Welt klagt. Indem nun in dieser gerade die weniger bemittelten Geschäftsleute zu Grunde gehen, deren Vermögen von den größern aufgesogen wird, und indem die elenden Lohn- und Wohnungsverhältnisse den ärmern Teil immer weiter herunterbringen, wird die Differenzierung der Vermögen immer stärker, werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer und beginnt die

verhängnisvolle Einwirkung auf die Produktion, der Zwang zu einer falschen Produktion immer wieder aufs neue in verstärktem Grade. Ziel der Verteilungspolitik muß demnach sein, daß bei einem für die Gesamtheit ausreichenden Einkommen auch der untersten Schicht das zu einem menschenwürdigen Dasein erforderliche nicht fehle.

Auf die Verteilung hat den größten Einfluß die Rechtsordnung. Wo Sklaverei herrscht, wird den untersten Gliedern der Gesellschaft, den Sklaven, ihr Einkommen von den Herren nach Belieben oder Berechnung zugeteilt; der Staat hat darauf keinen Einfluß, die Volkswirtschaft nur insofern, als größere Produktivität der Arbeit ganz von selbst auch den Sklaven zu gute kommt. Dagegen übt der Staat Einfluß auf die Verteilung des Einkommens unter die Freien; in Rom ging sein Streben, soweit es nicht vom Standesinteresse, sondern von der Rücksicht fürs Staatswohl geleitet ward, dahin, allen Bürgern, namentlich den ärmern, ihren Grundbesitz zu erhalten und, wenn sie ihn verloren hatten, ihnen wieder zu solchem zu verhelfen. Wo, wie im frühern Mittelalter, der Boden gebunden und die Gewerbthätigkeit gering ist und die Entwicklung noch auf der Stufe der Naturalwirtschaft steht, können sich Vermögens- und Einkommenverschiebungen nur sehr langsam und innerhalb gewisser Grenzen vollziehen. Nach obenhin besteht die Grenze darin, daß ein Grundherr zwar durch Fehden, durch Unterwerfung eines Nachbarn und Bauernaustreibung einen ungeheuern unmittelbaren Grundbesitz zusammenbringen, aber ihn nicht mobilisieren kann; will er Einkommen davon ziehen, so ist das auf keine andre Weise möglich, als dadurch, daß er entweder die alten Pächter oder Hörigen darauf läßt oder neue ansetzt, die ihm entweder einen Teil ihres Jahreserzeugnisses abtreten oder

ihm das unmittelbare Herrenland bestellen. Für das gelieferte Einkommen, das in Bodenerzeugnissen besteht, hat er wiederum meistens keine andre Verwendung, als daß er eine zahlreiche Dienerschaft damit speist und kleidet. Er kann also nur einen geringen Teil seines Einkommens für sich selbst verwenden; er kann es nicht in Geld verwandeln, damit Luxusartikel kaufen, oder es im Auslande verspielen und sonst verschwenden, sondern der größte Teil seines Einkommens verwandelt sich in Einkommen seiner Diener und Unterthanen. Damit ist zugleich die untere Grenze gezogen. Um selbst leben zu können, muß der Reiche leben lassen; er hätte nichts als Verlust davon, wenn er seine Bauern von Haus und Hof treiben oder ihnen vom Ertrag ihrer Wirtschaft nicht das zum Leben nötige lassen wollte.

Die starke Zunahme der in Industrie und Handel thätigen Bevölkerung fing schon am Ende des Mittelalters an, der Unbeweglichkeit des Grundbesitzes und der Sicherheit des Bauernstandes ein Ende zu machen. Zunächst war es die blühende Tuchindustrie, die bei gleichzeitiger Ausbildung der Geldwirtschaft den Grundherren bedeutende Geldeinnahmen verschaffte und sie in den Stand setzte, Luxus zu treiben. Sie fanden es daher in England vorteilhaft, die Ackerwirtschaft zu Gunsten der Schafhaltung einzuschränken, die Pächter zu verjagen und den Acker in Weide zu verwandeln. Nachdem die Hörigkeitsverhältnisse überall gelöst, Grund und Boden mobilisiert worden sind, die Geld- und Kreditwirtschaft durchgeführt ist, hat das Geld jene beinahe unumschränkte Macht über den Menschen erlangt, die wir bereits geschildert haben. Indem nun die Rechtsordnung jedem die unbeschränkte Verfügung über sein Eigentum und das Recht, es beliebig zu benutzen, zusichert, bewirkt sie ein reißendes Wachstum der großen

Vermögen. Denn einmal vorhandner Besitz kann u. a. auch zur Aufsaugung der kleinern Vermögen benutzt werden (s. S. 73, 171 u. 323), und wenn das Einkommen so groß geworden ist, daß es ohne unsinnige Verschwendung gar nicht aufgebraucht werden kann, so bleibt eine andre Verwendung des jährlichen Überschusses gar nicht übrig. Je größer dieser jährliche Überschuß wird, desto schwieriger ist es, ihn produktiv anzulegen, ohne die Produktion andrer zu hemmen oder aufzusaugen. Die großen Brauer z. B. könnten, weil sich der Bierkonsum nicht in demselben Maße vermehrt wie ihr Einkommen, ihren jährlichen Einkommenüberschuß nicht vollständig auf die Mehrproduktion von Bier verwenden, wenn neben ihnen die kleinern Brauereien sämtlich bestehen blieben. Sie müssen daher diese allmählich teils aufkaufen, teils durch ihre übermächtige Konkurrenz zu Grunde richten. Dem Eigentumsrecht kommt das Vertragsrecht zu Hilfe, namentlich dort, wo keine unbeschränkte Koalitionsfreiheit besteht. Wo immer ein reicher Darleiher oder Borger, ein reicher Käufer oder Verkäufer, ein reicher Unternehmer oder Kunde mit einem armen Schuldner oder Gläubiger, Verkäufer oder Käufer, Arbeiter oder Geschäftsmann zusammentrifft, wird für den schwächern Teil die Freiheit der Vertragschließung ein leerer Schein; der Schwächere muß sich vom Stärkern die Bedingungen vorschreiben lassen. Der verschuldete Bauer muß dem Geldverleiher hohe Zinsen zahlen; der nicht verschuldete Kleinbauer, der etwas Geld erspart hat und es sicher anlegen will, muß mit dem niedrigsten Zins zufrieden sein. Ist er unbeholfen und gerät an einen vornehmen „Gönner," der ihm sein Geld aufzuheben verspricht, so bekommt er vielleicht noch weniger als die landesüblichen Prozente; bei einer Spekulation, die hohen Gewinn verspricht, würde er sicherlich sein

Kapitälchen verlieren; hohe Gewinne können ohne übergroßes Risiko nur Großkapitalisten erzielen. Der reiche Käufer, der die günstigsten Gelegenheiten benutzen kann und es außerdem in der Hand hat, den dringend des Geldes bedürftigen armen Verkäufer zu drücken, kann stets billig kaufen, namentlich auch Landgüter; beim armen Käufer liegt alles umgekehrt. Der Arbeiter muß, wenn nicht eine mächtige Koalition hinter ihm steht, fast immer die Bedingungen annehmen, die ihm geboten werden. Aber ist er ein Handwerksgesell, so befindet sich sein Meister vielleicht in derselben Lage gegenüber seinen vornehmen Kunden: er muß sich von diesen abhandeln lassen, darf es nicht wagen, sie, wenn sie ihm schuldig bleiben, zu mahnen oder zu verklagen, weil er sich dadurch ihre und ihrer Standesgenossen Kundschaft verschlagen würde. Durch das Erbrecht wird dieser Konzentrationsprozeß noch weiter befördert. Der Reiche hat bei der Geburt vor dem Armen nicht bloß ein Dutzend Points voraus, sondern die Partie schon gewonnen, indem sich sein Vermögen ohne sein Zuthun von selbst vermehrt, während eben diese festgelegte und sich von selbst vermehrende Vermögensmasse der Reichen den Armen die Möglichkeit versperrt, zu Vermögen zu gelangen. So wirkt die Geldform des Besitzes unter der Herrschaft unsers Eigentums-, Vertrags- und Erbrechts wie eine Druck- und Saugpumpe, die alle Säfte aus den untern Schichten herauspumpt und den obern, ohnehin schon an Saftüberfülle leidenden zuführt. Dazu kommt dann noch die beständige Gefahr der Arbeitslosigkeit, die für Hunderttausende wenigstens für einige Wochen oder Monate jedes Jahres Wirklichkeit wird und sie mit dem schrecklichen Schicksale bedroht, im Sumpfe des Lumpenproletariats unterzugehen, die Abhängigkeit jedes Einzelnen von einem verworrenen, unübersichtlichen,

tausend Zufällen preisgegebnen Weltmarkte, die nicht allein den Arbeiter mit Arbeitslosigkeit, sondern auch den kleinen und mittlern Unternehmer mit dem Verlust seines Vermögens und seiner Selbständigkeit bedroht, die unter solchen Umständen unvermeidliche beständige Aufregung, die Hast, mit der ununterbrochen gearbeitet, die Rastlosigkeit und Angst, mit der spekuliert werden muß; es kommt dazu die Widerwärtigkeit vieler moderner Arbeitsarten, der Schmutz, die Anstrengung, die Gesundheitsschädlichkeit und Lebensgefahr, dazu die tägliche Gefahr von Konflikten mit der Obrigkeit, die, um in diesem Gewirr Ordnung zu halten, eine Unzahl von Vorschriften für nötig hält und deren Beobachtung durch die lästige Aufsicht überall gegenwärtiger Beamten zu erzwingen sucht; das alles kommt zusammen, einem großen Teile der Bevölkerung die bestehende Gesellschaftsordnung als hassenswert erscheinen zu lassen und die Vorstellung einer zu erstrebenden bessern zu erzeugen. So sind die kommunistischen Systeme und Bewegungen entstanden, die übrigens nichts neues sind, sondern von Alters her zu allen Zeiten hervortreten, sobald der Vermögensunterschied auffällig und die Lage der Armen drückend wird. Die Regierungen haben eine solche wachsende Spannung zwischen Reich und Arm zu beachten, nicht sowohl weil sie die Gefahr einer sozialen Revolution einschließt — diese Gefahr ist wegen der natürlichen Schwäche der Armen zu allen Zeiten gering gewesen und bei den Hilfsmitteln der Technik, über die heute die herrschenden Stände verfügen, geringer als je —, sondern weil überhandnehmende Massenarmut das ganze Volk mit Siechtum und Schwäche bedroht und seine Selbständigkeit gefährdet.

Die Gefahr abzuwenden, giebt es zwei Mittel. Das erste besteht in zeitgemäßen Reformen des

Eigentumsrechts. Dieses Recht ist gleich jedem andern Recht ein Erzeugnis geschichtlicher Verhältnisse und schon aus diesem Grunde nichts weniger als unveränderlich, und vor allem nicht absolut oder unumschränkt. Das haben wir ja handgreiflich vor uns, indem z. B. der Besitzer eines Baugrundstückes dieses nicht nach Belieben bebauen kann, sondern sich vom Staat und von der Gemeinde vorschreiben lassen muß, wie hoch und mit welchem Material er bauen, und wie nahe er an die Straße rücken darf. Auch die Benutzung der Forsten und Wasserläufe, der Bergwerks- und Fabrikbetrieb sind an allerlei Vorschriften gebunden. Nur in der Verwendung seines Bargeldes ist der Eigentümer ziemlich unbeschränkt, aber auch nicht völlig. Ehedem konnte in Preußen ein Bürgerlicher mit seinem Gelde kein Rittergut kaufen. Heute noch wird der preußische Unterthan straffällig, wenn er mit seinem Gelde ein Hamburger Lotterielos kauft, und Arbeiter dürfen sogar ihr sauer verdientes und erspartes Geld sehr oft nicht in Form von Sammlungen oder Vereinsbeiträgen für ihre Klassenzwecke zur Erkämpfung besserer Lebensbedingungen verwenden. Daß die Rechtsgelehrten, schreibt Knies (Die politische Ökonomie vom geschichtlichen Standpunkte. Braunschweig, 1883, S. 181), „immer wieder darauf zurückkommen, der Begriff des Eigentums sei immer, z. B. auch bei Römern und Deutschen, ganz derselbe gewesen, und es sei hier wie dort ein unbeschränktes dingliches Recht, eine Sache zu gebrauchen, gewesen, kann in dem für die Volkswirtschaftslehre hauptsächlich zur Frage kommenden Punkte nichts ändern. Die einzelnen Privateigentümer haben in Wirklichkeit ein solches Recht eben zu keiner Zeit, bei keinem Volke, auch nicht irgendwo in Europa nach der ersten französischen Revolution gehabt.“ Er setzt dann auseinander, wie in Griechenland nur der Vollbürger

Grundeigentum erwerben konnte, und wie die Beschränkungen, die der Staat der Eigentumsverwendung setzte, nicht etwa als Eingriffe betrachtet wurden, indem vielmehr der Eigentumsbegriff die Einwirkung des Staats auf den Gebrauch von vornherein einschloß. Ferner, wie der römische Staat beständig bemüht war, die ungemessene Vermehrung des Grundeigentums durch die Reichen zu hemmen und jedem Bürger einen Anteil am Volksboden zu sichern. Nach den Vorschriften der ältesten Zeit sollte niemand mehr Acker haben, als er mit Weib und Kindern ohne Sklaven bearbeiten konnte. Und noch die lex licinia vom Jahre 367 bestimmt, daß keiner an Privat- und Gemeindeacker (ager publicus) zusammen mehr als 500 jugera besitzen dürfe. Auch schrieb sie, um den vorläufig noch besitzlos bleibenden Bürgern Arbeit zu sichern, die Verwendung einer bestimmten Anzahl freier Arbeiter vor. Die lex Sempronia vom Jahre 133 schrieb zwar nur ein festes Maß für den Besitz von Staatsländereien vor, aber sie verlangte die Herausgabe des langjährig kultivierten Mehrbesitzes ohne Entschädigung (was ungefähr so viel war, wie wenn heute die deutschen Rittergutsbesitzer den ehemaligen Gemeinbesitz der Markgenossenschaften oder die englischen Lords das von ihnen eingefriedigte Gemeindeland herausgeben sollten); das so eingezogne Land sollte als unveräußerlicher Besitz unter die armen Bürger verteilt werden. Die Deutschen kannten anfänglich nur Gemeineigentum. Das Privateigentum entsteht bei ihnen „durch die That einer Gesamtheit; der Einzelne erhält es als ein Glied derselben, nur Mitglieder einer Gesamtheit hatten solches Eigentum. Echtes Eigentum war nur im echten Thing übertragnes Grundeigentum, und jegliche Übertragung von Grundeigentum konnte nur in der Volksversammlung stattfinden.“ Und dieses Eigentum war nicht sowohl Eigentum der einzelnen

Person, als der Familie, des Stammes; gegen Veräußerungen oder Verschenkungen, die etwa ohne ihre Zustimmung erfolgen könnten, wurden sie sichergestellt. Nur was der Eigentümer über das Ererbte noch hinzuerworben, nur darüber hatte er freies Verfügungsrecht. Die Bodenbewirtschaftung hatte nach Regeln zu erfolgen, die von der ganzen Gemeinde festgesetzt wurden. Private Rechte, bemerkt Knies weiter, giebt es gar nicht vor, sondern nur innerhalb der Rechtsordnung; schon ein unbeschränktes Eigentumsrecht jemandem einräumen zu wollen, widerspricht der Idee des Rechts. Wenn das Eigentumsrecht von den Römern als ein Recht utendi et abutendi re sua bezeichnet wurde, so war mit dem abuti nicht, wie jetzt mißverständlich behauptet wird, der Mißbrauch, sondern nur die Abnutzung gemeint. Das Eigentumsrecht war das Recht, sein Eigentum zu gebrauchen und zu verbrauchen, selbstverständlich innerhalb der Schranken des Gesetzes. Dies letzte sagt das römische Recht ausdrücklich in dem Zusatz zur oben angeführten Definition, quatenus juris ratio patitur, so weit es mit der allgemeinen Rechtsordnung verträglich ist. (Vgl. auch Ihering, Zweck im Recht I, S. 511.) Wenn demnach auch der Mißbrauch des Eigentums, z. B. zur Erwerbung von noch mehr Besitz auf Kosten der Ärmern, niemals ganz verhütet werden kann, so ist es doch den Römern niemals eingefallen, den Mißbrauch anzuerkennen und gesetzlich zu heiligen. (Wenn heute von Konservativen, Bodenbesitzreformern und Antisemiten alle Übelstände unsrer Zeit aus dem römischen Rechte abgeleitet werden, so beruht das auf einem doppelten Mißverständnis. Erstens ist es nicht das römische Recht, was den Reichen die Macht einräumt, ihren Reichtum zu mißbrauchen, sondern die Willkür, mit der unsre Juristen das Recht anwenden. Zweitens bleibt kein Recht unveränderlich, das deutsche so wenig als das römische, sondern der

Rechtszustand ändert sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen. Auch wenn das römische Recht ganz unbekannt geblieben wäre, würde in Deutschland so gut wie ehemals in Rom das Recht den reichen Leuten dienstbar geworden sein, sobald sie vorhanden waren; und zwar würden sie, die ja selbst die Gesetzgeber sind, sich die Vorteile nicht haben entgehen lassen, die ihnen die Mobilisierung des Reichtums durch die Geldform gewährt. Das Grundeigentum hat überall, bei den Italikern so gut wie bei den Germanen, in Formen angefangen, die wir im russischen Mir und in der südslawischen Hauskommunion [die übrigens vereinzelt auch in Südtirol vorkommt] heute noch vor uns sehn. Mit dem Übergange von der Natural- zur Geldwirtschaft ändert sich überall das Grundeigentumsrecht von selbst. Gerade in England, wo das römische Recht nie Eingang gefunden hat, haben die Lords den Bauernstand vollständig vernichtet. Einfache Wiederherstellung der gebundnen Besitzformen alter Zeiten in einer Zeit entwickelter Geld- und Kreditwirtschaft ist an sich unmöglich, nicht weil das römische oder irgend ein andres geschriebnes Recht im Wege steht.)

Demnach ist es nicht ein Widerspruch gegen das Eigentumsrecht und gegen die auf Privatbesitz gegründete Eigentumsordnung, sondern eine Forderung von beiden, daß der Staat eine gemeinschädliche Entwicklung der Besitzverhältnisse hemmen müsse und auf keinen Fall befördern solle. Es giebt keine vernichtendere Verurteilung der bestehenden Eigentumsordnung als ihre Begründung durch Hegel, wonach einem jeden der Besitz äußerer Güter zur Verwirklichung seiner Persönlichkeit notwendig sei. Wenn der Mensch Eigentum besitzen muß, um Mensch zu sein (was übrigens in solcher Allgemeinheit nicht wahr ist), dann muß eine Staats- und Gesellschaftsordnung, die die Mehrzahl des Volkes aus Besitzlosen

bestehen läßt, als unsittlich und kernfaul verurteilt werden. Demgemäß muß man fordern, 1. daß die Anhäufung großer Vermögen durch eine progressive Einkommen- und Erbschaftssteuer verlangsamt und über eine gewisse Grenze hinaus unmöglich gemacht; 2. der Börsen-, Grundstück- und Häuserschwindel nach Möglichkeit eingeschränkt; 3. der mittlere und kleine Grundbesitz durch eine vernünftige Konkursordnung vor der Aufsaugung durch die großen Vermögen geschützt; 4. die Widerstandskraft des kleinen Besitzes sowohl der Bauern wie der Handwerker durch genossenschaftliche Organisation (die freilich von den Bedrohten selbst ausgehen muß, vom Staate aber gefördert werden kann und wenigstens nicht gehindert werden soll) gestärkt; 5. die Festlegung des Grund und Bodens durch Fideikommisse und Großgrundbesitz der toten Hand (Kirche und Stiftungen) verhindert; 6. der Lohnarbeiter durch unbeschränkte Koalitionsfreiheit in den Stand gesetzt werde, sich den ihm gebührenden und ohne Vernichtung der Industrie und Landwirtschaft erreichbaren Anteil am Arbeitsertrage zu erkämpfen. Bekanntlich hat die Gesetzgebung einige Anläufe nach dieser Richtung hin gemacht. Das Losungswort für diese sogenannte Sozialpolitik: Schutz der Schwachen, ist nicht gut gewählt. Nicht darum handelt es sich, die Schwachen zu schützen, sondern den Starken die Waffen zu nehmen, die ihnen die Gesetzgebung bisher geliehen hat, und den Schwachen nicht länger die organisierte Selbsthilfe zu wehren.

Wenn die Landwirte, Großindustriellen, Handwerker und Kaufleute behaupten, daß schon jetzt die Grenze erreicht sei, über die hinaus das Einkommen der Arbeiter nicht erhöht werden dürfe, wenn nicht die Unternehmungen zu Grunde gehen sollen, so sagen sie damit nichts andres, als daß das Vaterland zu klein sei, um allen seinen Kindern den Unterhalt zu ge-

währen. Denn da es zu guter letzt der vaterländische Boden ist, aus dem alles Einkommen fließt, und da die Arbeit so produktiv geworden ist, daß sie dem Boden den höchsten Ertrag abzugewinnen und dessen Wert durch Umformung außerordentlich zu steigern vermag, so könnte es uns bei hinreichendem Boden an nichts fehlen. Daß er fehlt, wird am deutlichsten durch die zunehmende Arbeitslosigkeit bewiesen; in einem untervölkerten Lande fehlt es dem Boden an Händen, in einem übervölkerten den Händen an Boden, das sieht jeder ein. Da nun bei uns das zweite obwaltet, so ist damit bewiesen, daß wir an Übervölkerung leiden. Diese kann relativ oder absolut sein. Wenn der vaterländische Boden zwar an sich zureicht, aber infolge schlechter Verteilung bedeutende Flächen dem Anbau entzogen bleiben, während sich in andern Gegenden und in Großstädten eine müßige Bevölkerung anhäuft, so ist das Land nur relativ übervölkert; absolut dann, wenn auch bei bester Verteilung das Land nicht für alle zureicht.*) So wird denn also das erste Mittel, die Reform der Eigentumsgesetzgebung, nicht genügen, sondern noch das zweite angewandt werden müssen: man muß dafür sorgen, daß die Volkszahl im richtigen Verhältnis zur Bodenfläche stehe und darauf möglichst gut verteilt werde. Da die Beschränkung der Kinderzeugung schwere sittliche und patriotische Bedenken gegen sich hat, so ist der Zweck auf dem Wege der innern und äußern Kolonisation zu erreichen. Und dieses zweite Mittel, ausgiebig angewandt, würde sogar das erste überflüssig machen; die Eigentumsverhältnisse würden sich von selbst so befriedigend ordnen, daß der Staat nicht weiter einzuschreiten

*) Eine ausführliche Darlegung dieser Verhältnisse findet man im 13. Kapitel meines Buches „Weder Kommunismus noch Kapitalismus."

brauchte. Nur müßte man in den Kolonien nicht durch eine falsche Gesetzgebung gleich von vornherein die alten Übelstände einschleppen, was z. B. geschehen würde, wenn man Kapitalisten und Aktiengesellschaften gestattete, den dortigen Boden aufzukaufen und den produktiven Kolonisten zu verteuern. Die wirtschaftlichen und sozialen Übel hochzivilisierter Länder entstehen aus nichts anderm als aus Bodenmangel. Dieser ist schuld daran, daß die Landgüter zur Abfindung überzähliger Erben mit Hypotheken belastet werden, er schafft so das in Ansprüchen an den Grundbesitz bestehende Geldkapital, das diesen erdrückt; und der Bodenmangel ist es, der den armen Mann nötigt, um ungenügenden Lohn für einen andern zu arbeiten; wo Boden frei ist, arbeitet ein jeder für sich selber. Sehr schön hat Thünen nachgewiesen, daß an der Grenze zwischen Kulturland und anbaufähiger Wüstenei der Arbeiter stets den vollen Ertrag seiner Arbeit und Verzinsung seines Sparkapitals erhält (siehe S. 379). Kann der Lohnarbeiter Boden umsonst haben, so wird er ihn benutzen, sobald er das zur Bestellung nötige Kapital erspart hat. (Ohne alles Kapital, bloß mit seinen und der Seinigen Händen den Boden urbar zu machen, mit Werkzeugen, die man sich aus Urwaldholz selbst anfertigt, würde nicht absolut unmöglich sein und sogar noch rascher von statten gehn als in der Urzeit, da ja der heutige Ansiedler die Kenntnisse der heutigen Zeit und viel Geschicklichkeit als ein geistiges Kapital mitbrächte, aber es wäre doch übermäßig mühsam und sehr gefährlich. Der verständige Arbeiter wird daher nicht eher zur Ansiedelung schreiten, als bis er das Geld auf die nötigsten Werkzeuge und Gerätschaften des Ackerbaues, auf ein paar Rinder, ein paar Schafe, ein paar Schweine, einiges Geflügel und einige Sack Saatgetreide erspart hat.) Also der Arbeiter wird die Ge-

legenheit benutzen, sobald er kann, und fortan gehört ihm sein ganzer Arbeitsertrag samt den Zinsen seines Anlagekapitals. Will ihn der Herr halten, so muß er ihm soviel Lohn bezahlen, als diese zwei Posten zusammen betragen. So muß der Lohn immer und überall hoch stehen, wo es freies Land giebt, und kein Arbeiter hat in solcher Gegend nötig, sich sehr unerfreulichen oder ungesunden Beschäftigungen zu unterziehen oder bei schlechter Behandlung oder niedrigem Lohne zu dienen. Auch ist in solcher Gegend die Anhäufung von Reichtümern nicht möglich, weil niemand da ist, der nötig hätte, sich ausbeuten zu lassen oder aus Bedrängnis einen Teil seines Besitzes dem Reichern abzutreten. Wir haben gesehen, daß Kultur nicht hätte entstehen können, wenn es bei diesem von der einen Seite betrachtet glücklichen Zustande geblieben wäre, weil sich dann niemand zu unangenehmen Arbeiten verstanden hätte, und weil kein Arbeitender gezwungen gewesen wäre, arbeitsloses Einkommen für solche zu schaffen, die in Muße geistigen Beschäftigungen obliegen, die Wissenschaften und Künste ins Leben rufen sollten. Demnach war es nötig, daß durch relative oder absolute Übervölkerung eine Scheidung in herrschende und dienende Stände herbeigeführt und auf die letztern Zwang ausgeübt wurde. Aber nachdem die Kultur einmal geschaffen und so fest begründet ist, daß sie nicht mehr verloren gehen kann — nimmt sie doch jeder Ansiedler in die Wüste mit —, braucht der Zwang nicht mehr im alten Umfange fortzubestehen, und wenn die durch ihn erzeugte Armut und Not das Volk selbst in seiner Existenz bedroht, dann muß ihr durch Öffnung von Abzugskanälen in ein Kolonisationsgebiet ein Ende gemacht werden. Unter den gesundheitswidrigen und peinigenden Beschäftigungen, denen sich ungezwungen kein Mensch unterziehen würde,

giebt es einige, wie die Anilinfarben-, Cellulose- und Zuckerfabriken, die überflüssig sind und keinen andern Zweck haben, als den Unternehmern Rente zu verschaffen. (Der Rübenzucker kann wieder durch den Rohrzucker ersetzt werden. Der Vorteil des Zuckerrübenbaues für die Grundbesitzer schlägt in sein Gegenteil um, sobald die Überproduktion einen Zuckerkrach zur Folge hat, und die Bodenverbesserung durch den Rübenbau braucht nicht preisgegeben zu werden, da man die Rüben als Nahrungs- und Futtermittel weiter bauen kann.) In solchen Zwangsindustrien aber, die wie der Kohlenbergbau nicht entbehrt werden können, mag der Zwang durch die Lockung hohen Lohnes bei verkürzter Arbeitszeit ersetzt werden. Durch Beschäftigung einer größern Zahl von Menschen im Ackerbau würde, wie schon hervorgehoben worden ist, auch die allgemeine Abhängigkeit vom Weltmarkt gemildert. Die Mehrheit des Volkes würde den größten Teil ihrer Bedürfnisse durch eigne Produktion befriedigen. Die bessere Verteilung übers Land und der Ersatz der Großstädte durch Kleinstädte würde bewirken, daß die Mehrzahl der Handwerker und Großindustriellen wieder mehr für einen zu übersehenden nahen Markt: die umwohnende Bauernschaft, als für einen unbekannten, unberechenbaren Fernmarkt arbeiteten. Die Lohnarbeiter würden sich wenigstens eines eignen Häuschens und Gartens erfreuen und nicht durch jede vorübergehende Arbeitslosigkeit an den Rand des Abgrunds geraten, aus dem es keine Rettung giebt. Die ländlichen Grundbesitzer endlich würden, weil sie billiges Land hätten und — das Vorhandensein weitern Kolonialackers vorausgesetzt — zur Auszahlung von Geschwistern keine Hypotheken aufzunehmen brauchten, nur wenig Bargeld nötig haben und nicht mehr genötigt sein, ihr Gewerbe, wie jetzt, kapitalistisch zu betreiben, d. h. lediglich mit der Ab-

sicht auf einen hohen Reingewinn in Geld; sie könnten sich der reichlichen Ernte freuen ohne den bittern Nebengedanken: wie tief wird jetzt wieder der Getreidepreis sinken!

Für die Bevölkerungspolitik sind in unserm Jahrhundert zwei entgegengesetzte Theorien aufgestellt worden. Malthus (1766—1834) behauptete, das, was er im damaligen England vor Augen sah, verallgemeinernd: die Bevölkerung habe die Tendenz, in geometrischer Progression (2:4:8:16:32) zu steigen, während sich die Nahrungsmittel nur in arithmetischer Progression (2:4:6:8:10) vermehrten. Deshalb seien die Übervölkerung und das daraus entspringende Elend der untern Klassen unvermeidlich, und Seuchen und Hungersnöte müßten von Zeit zu Zeit das Gleichgewicht zwischen Volkszahl und Boden wieder herstellen, wenn es nicht die Bevölkerung selbst mit Überlegung thue durch Einschränkung der Kinderzeugung. Auf dieser Ansicht beruht das schon erwähnte eherne Lohngesetz. Ihm gegenüber behauptete Carey, daß im Gegenteil die Nahrungsmittelmenge stärker wachse als die Menschenzahl, weil in einer dichtgedrängten, wirtschaftlich wohl gegliederten Menschenmenge die Arbeitsteilung und der technische Fortschritt jede Arbeit, auch die landwirtschaftliche, produktiver machten; daher stiegen mit fortschreitender Volksdichtigkeit und Kultur sowohl die Bodenrente als auch die Arbeitslöhne. Die genaue Angabe der Progression, in der sich nach Malthus Menschen und Lebensmittel vermehren sollen, ist nun zwar allgemein als nicht stichhaltig preisgegeben worden, aber daß die Menschen die Tendenz hätten, sich stärker zu vermehren als die Unterhaltsmittel, wird von vielen angesehenen Volkswirten gelehrt, und Ad. Wagner schließt a. a. O. I, 665 den Abschnitt über die Bevölkerung mit den Worten: „Robert Malthus behält

somit in allem wesentlichen recht!" Das können wir nicht zugeben. Malthus hat nur recht für geschlossene Staaten und für Staatensysteme mit Grenzsperre, aber er hat nicht recht für die Menschheit im ganzen. Gerade in unsern Tagen wird er durch die Thatsachen aufs glänzendste widerlegt, da ja die Landwirte aller Kulturstaaten über die Menge des Getreides klagen. Und dabei sind die fruchtbarsten Gegenden der Erde, die Ebnen des Orinoko und des Amazonas, noch unangebaut, die übrigen fruchtbaren Landschaften Südamerikas dünn bevölkert, die ehedem fruchtbaren Länder Vorderasiens, Nordafrikas, sowie Sizilien, Süditalien und Spanien verwahrlost, und auf den fruchtbaren Ebnen Nordamerikas und Rußlands wird Raubbau getrieben. Der Hunger wird also, wo er heute noch vorkommt, künstlich dadurch erzeugt, daß die Menschen von den Staatsregierungen an der Kolonisation fruchtbarer Länder gehindert und gezwungen werden, das durch hohe Produktionskosten verteuerte Getreide ihres eignen Staates zu kaufen. Unbeschränkte internationale Freizügigkeit kann allerdings nicht gestattet, das Ineinanderfließen aller Völker in einen Allerweltsbrei muß verhütet, insbesondre die Eigenart des deutschen Volkes gewahrt und die Macht seines Staates vergrößert werden, und bei dem allmählichen Vordringen, das durch diese Rücksichten geboten ist, wird sich von Zeit zu Zeit immer wieder eine Spannung einstellen, die die Ansicht des englischen Pessimisten vorübergehend rechtfertigt, aber für die Menschheit im ganzen ist er, wie gesagt, durch die Thatsachen widerlegt.

Darin jedoch irrt Carey wieder, daß er meint, die Produktivität der Landwirtschaft steige mit der fortschreitenden Kultur ebenso unbegrenzt wie die der Industrie. Die Steigerung der Bebauung hat ihre Grenzen, und die natürlichen Unterschiede des Klimas

und der Bodenbeschaffenheit sind niemals ganz aufzuheben. Thatsächlich steigt die Bodenrente mit der Volksdichtigkeit nach dem von Ricardo (siehe das nächste Kapitel) entworfnen Schema. Aber diese Steigerung kann nicht bis ins unendliche gehen. Neu besiedelte Länder treten in die Konkurrenz ein und stoßen den künstlichen, durch die Staatsgewalt aufrecht erhaltnen Vermögensbau um. Aussaugung des Bodens und die Notwendigkeit, den Verlust durch fernher bezognen Dünger zu ersetzen und so die Produktion unmäßig zu verteuern, würde allerdings in Careys Idealstaat (siehe das vorige Kapitel) weniger eintreten, wie heute z. B. in Ostpreußen, da dort die Menschen gleichmäßig über das ganze Land verteilt sein, die Bodenfrüchte an Ort und Stelle verzehrt werden würden, und der Acker unmittelbar wiedererhielte, was er gespendet hat, ein Punkt, auf den Carey mit Recht großes Gewicht legt. Aber über eine gewisse Grenze hinaus nützt die Düngung nichts mehr; es ist daher auch bei solcher Organisation der Volkswirtschaft nicht daran zu denken, daß der Bodenertrag jeder beliebigen Steigerung der Volksmenge entsprechend vermehrt werden könnte, und könnte sie es, so würde damit die soziale Frage noch keineswegs gelöst sein. Denn es handelt sich nicht bloß um die Ernährung, sondern auch um die angemessene Beschäftigung der Menschen. Diese ist aber auf die Dauer nur möglich, wenn stets die Mehrzahl in der Urproduktion beschäftigt ist. Dieses könnte aber bei einer das bisherige Normalmaß von etwa 4000 Menschen auf die Quadratmeile erheblich überschreitenden Volksdichtigkeit aus zwei Gründen nicht der Fall sein; erstens weil die ländlichen Anwesen für die Arbeitskraft einer Bauernfamilie zu klein ausfallen würden, zweitens weil bei der vorausgesetzten erhöhten Produktivität des Bodens eine immer geringere Zahl

von Menschen hinreichen würde, dem Boden seine Früchte abzugewinnen.

Daher erzeugt die fortschreitende Besiedelung der Erde periodische Krisen, die umfassender als die mehrfach beschriebnen Handelskrisen und deren Grundursache sind. Solange es dem Boden noch an Händen fehlt, vermehrt jeder Bevölkerungszuwachs den Wohlstand und das allgemeine Wohlbefinden. Nach erreichtem Gleichgewichtszustande stellt sich die Not ein. Sie bedrängt zuletzt alle produktiven Stände gleichmäßig. Zunächst werden Handwerk und Industrie betroffen, und zwar am härtesten deren Lohnarbeiter durch die Steigerung der Lebensmittel- und Wohnungspreise, während gleichzeitig der Arbeitslohn durch das Überangebot von „Händen" gedrückt wird. Die Grundbesitzer fangen an, infolge stetiger Erbteilung an Überschuldung zu leiden. Anfangs bemerken sie das gar nicht, weil ihnen die steigenden Lebensmittelpreise und der Verkauf von Parzellen an Bauspekulanten, Fabrikbesitzer und Eisenbahnen reichlichen Ersatz gewähren. Der steigende Reinertrag erhöht den Gutspreis, und so werden sie trotz steigender Belastung ihres Gutes mit Hypotheken reicher. Eines Tages aber erzwingt die steigende Not der Arbeiterbevölkerung die Zulassung billigen ausländischen Getreides, und sofort sehen sich die Gutsbesitzer in ihrer Existenz bedroht, indem der Reinertrag ihrer Güter, ihre Grundrente, und damit der Gutspreis sinkt. Zwischen dem Stande der Grundbesitzer und der industriellen Bevölkerung entbrennt ein Krieg auf Tod und Leben, indem der eine die Erhöhung, der andre den Rückgang der Getreide- und der Bodenpreise erstreben muß. Mittlerweile wird der Handelsstand mit Elementen überschwemmt, die in den produktiven Erwerbszweigen keine Unterkunft mehr finden, und die Ära des über-

flüssigen und schädlichen Zwischenhandels, der aufdringlichen Reklame, der unredlichen Konkurrenz, der waghalsigen Spekulation, des Schwindels bricht an, wodurch die Lage der produktiv Arbeitenden noch weiter erschwert wird. Der Kampf ums Dasein nimmt einen bösartigen Charakter an; an die Stelle des Kampfes des Menschen mit der Natur tritt der Kampf des Menschen mit dem Menschen; die Zahl der Arbeitenden, die mit der Natur kämpfen, ihr ihre Schätze abzuringen, wird verhältnismäßig immer kleiner, die der Menschen, deren Erwerb darin besteht, als Schmarotzer oder Konkurrenten dem Nächsten sein Arbeitsprodukt zu entreißen, sowohl verhältnismäßig als absolut immer größer. Diesem Zustande ein Ende zu machen, vermag nur eine Katastrophe, die das Gleichgewicht zwischen Volkszahl und Boden wieder herstellt, sei es durch eine entvölkernde Seuche oder einen verheerenden Krieg, sei es durch Auswanderung oder Kolonisation im großen Stil. Daß die Katastrophe den Boden des erleichterten Landes vorübergehend entwertet, und daß hierdurch die Grundbesitzer, deren Einkommen nicht aus ihrer Arbeit fließt, sondern in Grundrente besteht, bankerott werden, kann nicht vermieden werden. Keine irdische Macht vermag dieses Gesetz der periodischen Krisen aufzuheben. Das einzige, was die Regierungskunst kann und soll, ist dieses, daß sie die Krisen voraussieht, beizeiten für Erweiterung des Staatsgebiets und steten gleichmäßigen Abfluß der Bevölkerung sorgt und so die aus der Krise entspringenden Leiden mildert.

Im neunten Kapitel ist der Konsum als letzter Abschnitt des Wirtschaftsprozesses genannt worden, und ihm pflegen denn auch die Handbücher ein eignes Kapitel zu widmen. Wir haben aber den Zusammenhang zwischen Konsum, Produktion und

Güterumlauf gelegentlich, namentlich auch im laufenden Kapitel, schon genügend beleuchtet und beschränken uns darauf, den Hauptinhalt dieser zerstreuten Bemerkungen in folgenden beiden Sätzen zusammenzufassen:

Der Konsument, nicht der Kapitalist, der Konsument allein ist es, der die Produktion im Gange erhält (Thorold Rogers in seiner Ausgabe von Smiths Wealth of Nations, Vorbemerkung zum fünften Kapitel des zweiten Buchs).

Je gesünder der Konsum ist, ein je größerer Teil des Volkseinkommens darauf verwendet wird, das ärmere Volk bis in seine untersten Schichten hinein mit guter Nahrung und Wohnung und die Gesamtbevölkerung mit Kulturgütern von wirklichem Werte (Kunst, Wissenschaft, gutem Jugendunterricht u. s. w.) zu versorgen, desto gesünder, desto sicherer vor Krisen ist auch die Produktion.



Achtzehntes Kapitel

Teilung des Volkseinkommens in Arbeitslohn und Rente; die drei Rentenarten: Unternehmergewinn, Kapitalzins und Grundrente

Wie Rodbertus in seinem dritten Briefe an Kirchmann sehr schön nachweist, hat das Arbeitsprodukt nur auf den untersten Kulturstufen ganz und ungeteilt dem produzierenden Arbeiter gehört: so lange der Mensch nichts hatte und erwarb, als die Früchte, die er von herrenlosen Bäumen brach, das Wild, das er in herrenlosen Wäldern erlegte, die Fische, die er in herrenlosen Flüssen und Seen fing. Sobald die Arbeit anfing, wirtschaftlich organisiert und produktiver zu werden, stellten sich gleichzeitig zwei Erscheinungen ein: das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Sklaverei, die dem produzierenden Arbeiter das Eigentum an seinem Arbeitsprodukte nahm. Bei einem Jägerstamme ist es der Mann, der produziert, sein Weib und seine Kinder nähren sich von der Beute, die er heimbringt. Beim Ackerbau sind es Weib und Kinder, denen die Arbeit aufgebürdet wird,*) während sich der Mann

*) In manchen Germanenstämmen wurde auch der zum Kriege und zur Jagd untauglich gewordene alte Vater entmündigt und mit den Sklaven auf den Acker geschickt.

auf die Leitung beschränkt, nur die Arbeiten übernimmt, die ihm zusagen, aus dem Arbeitsprodukt zunächst sich selber versorgt, das beste für sich auswählend, das übrige nach Willkür unter die arbeitenden Familienglieder verteilt. Deren Zahl wird sehr bald durch geraubte oder im Kriege erbeutete Sklaven vermehrt. Je größer die Zahl der Sklaven auf den Besitzungen wird, desto rascher kann die Arbeitsteilung fortschreiten, desto produktiver demnach die Arbeit werden. Natürlich läßt nun der Herr nicht mehr lauter Nahrungsmittel produzieren, da ja die Verdauungs- und Genußfähigkeit eines auch noch so unmäßigen und schwelgerischen Menschen in enge Grenzen eingeschlossen bleibt, sondern er verwendet die in der Nahrungsmittelproduktion übrig werdenden Sklaven dazu, sich eine schönere Wohnung, schöne Kleider und Geräte, Schmuck für seine Person und sein Haus herstellen zu lassen, und im Laufe der Zeit wird die Produktion so ergiebig, daß auch die Sklaven an dem Gebrauch und Genuß dieser Güter höherer Ordnung teilnehmen können.

Als nun in neuern Zeiten die persönliche Unfreiheit aufgehoben wurde, konnte damit nicht etwa der ursprüngliche Zustand hergestellt werden, wo die Produktionsmittel und das Arbeitsprodukt den einzelnen Produzierenden gehörten. Dem besitzlosen Freien bleibt nichts übrig, als den Gutsbesitzer oder den selbständigen Handwerker oder Fabrikbesitzer um Arbeit, richtig gesprochen um die Erlaubnis zur Arbeit zu bitten, und wenn dieser ihm nicht erlaubt, mit seinen, des Besitzers, Arbeitsmitteln zu arbeiten, so kann jener nichts produzieren, sich den Lebensunterhalt nicht erwerben. Wird ihm die Erlaubnis erteilt, so gehört das, was er erzeugt, nicht ihm, sondern dem Besitzer der Arbeitsmittel, der ihm als Entschädigung für seine Leistung Lohn gewährt.

Naturallohn ist nichts andres als der Anteil am Produkt seiner Arbeiter, den der Herr diesen bewilligt. Ihm gehört das ganze Produkt; aber da sie doch leben müssen, um produzieren zu können, muß er ihnen einen Teil ihres Produkts lassen, gerade so, wie er seinem Arbeitsvieh einen Teil der Körnerfrüchte und Gräser lassen muß, die er mit ihrer Hilfe gewonnen hat. Was beim Sklaven Futter heißt, heißt beim freien Arbeiter Lohn. Beim Geldlohn liegt die Sache nur insofern anders, als es nicht gerade ein Teil der von ihnen selbst für ihren Herrn geschaffnen Güter ist, den sie als Lohn empfangen, sondern eine Anweisung auf eine bestimmte Menge der von allen Lohnarbeitern des Wirtschaftsgebiets für die Gesamtheit der Herren geschaffnen Güter. Und diese Form der Lohnzahlung ist die gewöhnliche und muß immer allgemeiner werden, je weiter die Arbeitsteilung fortschreitet. Schon auf dem mit Sklaven bewirtschafteten Großgute bekam der Sklave gewöhnlich nicht bloß einen Teil der von ihm selbst hergestellten Güter, sondern daneben auch solche, die von Mitsklaven hergestellt waren. Der Viehhirt bekam nicht bloß Milch und Fleisch, sondern auch Brot und Kleider, die Weberin nicht bloß Kleiderzeug, sondern auch Nahrungsmittel, eine Kammer und ein Bett, und der Sklave, der für seinen Herrn goldne Halsketten und Armspangen schmiedete, bekam von seinem Arbeitsprodukt gar nichts, dafür aber Nahrung, Kleidung und Wohnung. Je weiter nun die Arbeitsteilung geht, und je mehr die Bedürfnisse auf dem Wege des Tausches befriedigt werden, desto unmöglicher ist es, daß dem einzelnen Lohnarbeiter sein Produkt gehören könnte. In vielen Zweigen der Fabrikation läßt sich das Produkt des einzelnen Arbeiters aus der ganzen Produktenmasse gar nicht ausscheiden. An der

Taschenuhr hat der eine Arbeiter bloß Rädchen gezahnt, der andre bloß Federn — nicht etwa hergestellt — sondern bloß herstellen geholfen, wie sollte ihm sein Produkt angeeignet werden, und was würde es ihm nützen? In einer Garn- oder Zuckerfabrik zu bestimmen, welche Stücke Garn oder Zucker dieser oder jener Arbeiter hergestellt habe — mit Hilfe der Maschinen und seiner Mitarbeiter —, das wäre ganz unmöglich; einer allein stellt überhaupt nichts her, das Zusammenwirken vieler und noch von Maschinen dazu ist Voraussetzung, daß überhaupt etwas entstehe. Daher würde nach eingetretner Arbeitsteilung die Forderung, daß dem Arbeiter sein Produkt gehören solle, auch dann unerfüllbar sein, wenn es keine Herren, keine Scheidung der Menschen in Besitzer von Arbeitsmitteln und besitzlose Arbeiter gäbe; die Produktion könnte dann nur kommunistisch betrieben werden, d. h. die Arbeitsmittel würden der Gesamtheit gehören, und diese würde durch ihre Organe bestimmen, ein wie großer Teil der in gemeinsamer Arbeit hergestellten Güter einem jeden zufallen solle. Die Zuteilung könnte auf zweierlei Weise geschehen. Entweder es würde bloß das Maß bestimmt, jedem Einzelnen eine Anweisung auf sein Gütermaß gegeben, die sich nicht wesentlich von unserm heutigen Gelde unterscheiden würde, möchte sie nun auf Goldscheiben geprägt oder auf Papier gedruckt sein, und ihm die Wahl der Güter, die er sich aussuchen will, die Zusammensetzung seines Güteranteils überlassen. Oder es würde auch bestimmt, von welchen Gütern er bestimmte Mengen bekommen soll; das wäre dann eine Zuteilung in natura gleich dem Deputat, das ehemals der Hörige, gleich dem Futter, das der Sklave empfing.

Vernünftigerweise also kann bei arbeitsteiliger Produktion niemals die Forderung erhoben werden,

daß jedem einzelnen Arbeiter sein Arbeitsprodukt ganz und ungeteilt als Eigentum zufalle — diese Forderung würde in den meisten Fällen gar keinen Sinn haben, sondern es könnte höchstens gefordert werden, daß der Gesamtheit der Arbeitenden das ganze Jahresprodukt ihrer gemeinsamen Arbeit zufiele, und daß sie nicht genötigt wären, einen Teil davon einer Gesamtheit von nicht arbeitenden Herren als Rente abzutreten, oder gar ihren eignen Anteil von diesen Herren als eine Gnade zu empfangen und erbitten zu müssen.

Der Anteil der Herren nun, der Besitzer der Arbeitsmittel, heißt also Rente. Rente ist arbeitsloses Einkommen, das ein Besitzer von Arbeitsmitteln lediglich auf Grund seines Eigentumsrechts empfängt, lediglich darum, weil er Besitzer ist. Was ein Unternehmer als Produktionsleiter empfängt, das ist nicht Rente, sondern Arbeitslohn; nur was er als Besitzer empfängt, und auch dann empfangen würde, wenn er gar nichts thäte. In dem Einkommen eines intelligenten und fleißigen Gutsbesitzers, der sein Gut selbst bewirtschaftet, alles, was geschehen soll, selbst anordnet, die Ausführung seiner Anordnungen überwacht, den Verkauf seiner Produkte besorgt, seine Rechnungen selbst führt oder wenigstens revidiert, sind Arbeitslohn und Rente gemischt; möglicherweise empfängt der Mann gar keine Rente, sondern besteht der ganze Reinertrag des Gutes bloß aus Arbeitslohn. Aber wenn ein deutscher Gutsbesitzer das ganze Jahr über teils in Berlin, teils in Bädern lebt oder ganz nach Paris übersiedelt und sich den Reinertrag seines Gutes oder seiner Güter nachschicken läßt, so kann kein Zweifel aufkommen: dieses Reineinkommen ist Rente, wird bloß auf Grund des Besitztitels bezogen und enthält keinen Pfennig Arbeitslohn, gleichviel, ob die Landgüter verpachtet sind

oder für eigne Rechnung des Besitzers von einem Generaldirektor verwaltet werden. Bei einem Fabrikbesitzer kann man im Zweifel sein, ob der Reinertrag seines Unternehmens Rente oder Arbeitslohn oder beides zugleich sei. Ist er ein intelligenter und tüchtiger Mann, der ohne eigne Mittel angefangen hat und das ganze einem andern gehörige Anlagekapital verzinsen muß, so ist offenbar sein ganzes Einkommen reiner Arbeitslohn, und die Rente seines Besitzes zieht sein Gläubiger. Bei einer Aktienfabrik dagegen ist die den Besitzern, den Aktionären, zufallende Dividende reine Rente.

Zu diesen Mischungen von Arbeitslohn und Rente, wodurch diese häufig verschleiert wird, kommt bei uns in Deutschland noch der Umstand, daß wir noch ein paar Millionen kleine Bauern und kleine Handwerker haben, die das oben aufgestellte Gesetz, wonach die Produkte den Produzenten nicht mehr gehören können, durchbrechen. Kleinbauern und kleine Handwerker sind Arbeiter und zugleich Eigentümer ihrer Arbeitsmittel, und beiden gehört das Produkt ihrer Arbeit, den Handwerkern nur in sehr beschränkter Weise (wenn sie den Stoff geliefert haben, in der kurzen Zeit zwischen der Vollendung des Stücks bis zur Ablieferung an den Kunden), dem Bauer unbeschränkt; und diesem nicht bloß als Ware, die er absetzen will, sondern als Mittel zur Befriedigung seiner eignen Bedürfnisse. Aus diesem Grunde, und weil der eben entwickelte Begriff der Rente etwas Gehässiges hat, das die Sozialisten und Kommunisten zu rechtfertigen scheint, wird nicht selten versucht, die Rente zu leugnen oder ihre Entstehungsweise zu verdunkeln. Indes der Umstand, daß eine Wahrheit unbequem ist, berechtigt nicht dazu, Thatsachen zu leugnen und die Begriffe zu verwirren. Die Wissenschaft hat in erster Linie festzustellen, was ist, erst in

zweiter, was sein soll. Zeigt es sich nun, daß das, was ist, nicht das sein Sollende ist — und dieses Ergebnis hat die Erforschung der menschlichen Dinge immer und ausnahmslos —, so wird die Unvollkommenheit nicht dadurch in Vollkommenheit verwandelt, daß man sie leugnet. Und ergiebt es sich bei einer vollkommen wahrheitsgetreuen Darstellung der Thatsachen, daß die Dinge gar nicht anders sein können, als sie sind, oder wenigstens bisher nicht anders haben sein können, so ist damit revolutionären Unternehmungen weit wirksamer vorgebaut, als wenn man die unvermeidlichen Übelstände zu leugnen versucht.

So z. B. wird immer wieder der vergebliche Versuch gemacht, die Rente als Arbeitslohn darzustellen. Bei industriellen Unternehmungen kann man nun ohne weiteres zugeben, daß der Reinertrag, den sie ihren ersten Gründern über die Kapitalverzinsung hinaus abwerfen, reiner Arbeitslohn sei. Aber ist das Unternehmen einmal im Gange, dann beweist die Möglichkeit, es zu verpachten oder in ein Aktienunternehmen zu verwandeln, daß es über den Arbeitslohn des Leiters hinaus arbeitsloses Einkommen abwirft; man sagt dann vollkommen richtig, daß es rentiere. Mit dem Worte rentieren meint kein Mensch, daß man darin als Arbeiter seinen Lebensunterhalt gewinnen könne, sondern man meint damit, daß über den Arbeitslohn des Direktors oder der Direktoren hinaus noch ein Gewinn für den nicht arbeitenden Besitzer übrig bleibe, ein Gewinn, der mindestens gleich sein muß dem Zins, den pupillarisch sichere Wertpapiere abwerfen, plus einer entsprechenden Risikoprämie. Mag die Rente, die ein Unternehmen abwirft, das Ergebnis der Arbeit des Gründers sein — dem Nachfolger fließt sie als Rente zu, nicht als Arbeitsverdienst. Nun sagt man wohl:

was einer durch Arbeit erwirbt, das erwirbt er nicht bloß für sich, sondern auch für seine Erben, also beruht auch deren Einkommen, mag es auch bloß in Rente bestehen, auf Arbeit. Das heißt nun schon die Begriffe verwirren und die Thatsachenfrage durch eine Rechtsfrage verdunkeln. Das bestreitet ja niemand, daß der Erbe seine Rente zu Recht bezieht; dadurch wird doch aber an der Thatsache nichts geändert, daß diese Rente arbeitsloses Einkommen ist, Einkommen, das aus der Arbeit andrer fließt, wohlgemerkt: nicht aus der Arbeit des Vaters des Erben, des Gründers der Fabrik, sondern aus der Arbeit der Arbeiter und Beamten, die jetzt in dieser Fabrik beschäftigt sind. Was der Vater durch seine Arbeit geschaffen hat, das ist erstens der Besitztitel des Sohnes und zweitens das Instrument, wodurch dieser Besitztitel wirksam gemacht werden kann. Ohne die Arbeit der jetzt in der Fabrik thätigen Menschen würde der Besitztitel, und möchte er auf eine Million lauten, nicht einen Pfennig Rente abwerfen, also dem Besitzer nicht den mindesten Anteil an dem Nationalprodukt, das alljährlich erzeugt wird, verschaffen. Übrigens ist ja auch gar nicht immer der Erbe Nachfolger, sondern ein fremder Käufer, der sein Vermögen auf andre Weise als durch Arbeit, z. B. durch einen Lotteriegewinst, durch Spekulation oder durch einen betrügerischen Bankerott gewonnen haben kann. Nach der innern Berechtigung fragt das Gericht nicht, wenn es einem Käufer einen rententragenden Besitztitel überträgt, sondern nur nach dem Gelde, das er zahlt, nach dem Eigentum, das er schon hat.

Was aber das Grundeigentum anlangt, so ist zwar dessen jetziger Wert das Produkt von Arbeit, nicht aber das Eigentumsrecht daran. Dieses Eigentumsrecht kann in zahllosen einzelnen Fällen durch

Arbeit erworben worden sein, ursprünglich entstanden aber ist es durch Okkupation und Eroberung, und namentlich der Großgrundbesitz ist in vielen Gegenden Europas dadurch entstanden, daß die stärkern unter den Mitokkupanten die schwächern nach und nach teils verdrängten, teils unterjochten, oder sich wenigstens zuerst die Nutzung und später den Besitz des Gemeindeackers allein aneigneten. Wie sich in Rom die wenigen Reichen des ager publicus bemächtigten, der von Rechts wegen dem ganzen Volke gehörte, durch dessen Blut und Schweiß er in zahllosen Eroberungskriegen erworben war, so ist es ähnlich später auch in den auf den Trümmern des römischen Reiches gegründeten Staaten zugegangen, und zwar am schlimmsten in England und in Italien. Mag also in noch so vielen einzelnen Fällen die Rente eine sittliche Grundlage haben: durch die Arbeit des Rentenempfängers oder seines Vaters oder Ahnen geschaffen sein, diese Arbeit ist es nicht, was die Rente zur Rente macht, sondern der Umstand, daß sie jetzt durch die Arbeit andrer geschaffen wird, und daß sie dem Empfänger auf Grund eines Besitztitels zufließt.

Man hat dann ferner gesagt, die Rentenempfänger verdienten sich die Rente teils durch Verbesserung und Beförderung der Produktion, teils durch anderweitige gemeinnützige Thätigkeit. Und es ist vollkommen richtig, daß namentlich die Landwirtschaft vornehmen und reichen Grundbesitzern, die sich, ohne eigentlich zu arbeiten, mit kostspieligen Versuchen, Anregungen, Vereinsgründungen und Vereinsleitung beschäftigen, ungeheuer viel verdankt, daß die freiwillige Teilnahme der Vornehmen, die das Geld und die Zeit dazu haben, an der Selbstverwaltung der Gemeinden und Provinzen und am Staatsleben von der größten Wichtigkeit fürs Volkswohl ist. Indes

dadurch läßt sich zwar die Eigentumsordnung, die einer Anzahl von Personen ein hohes arbeitsloses Einkommen zusichert, rechtfertigen, das Wesen dieses Einkommens aber, der Begriff der Rente, nicht erklären. Nicht darauf gründet sich der Anspruch eines Großgrundbesitzers auf Rente, daß er den Rindviehschlag seiner Gegend verbessert hat, oder daß er Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins seines Kreises ist, oder daß er ein Reichstagsmandat annimmt, sondern lediglich darauf, daß er Eigentümer des Gutes, des Rententitels ist. Weil er diesen Titel besitzt, kann er jene nützliche Dinge thun, und darum ist es gut, daß es solche Titel giebt, aber mag er nichts dergleichen thun, vergeudet er Zeit, Geld und Lebenskraft im Müßiggang, so verliert er dadurch weder den Titel noch die Rente.

Also das Jahresprodukt der Arbeit eines Volkes, sein Naturaleinkommen, wird alljährlich zwischen den eigentlichen Produzenten, den Arbeitern, und den Inhabern von Rententiteln, den Besitzern der Kapitalgüter oder Arbeitsmittel, geteilt, und die Rechtsordnung des Volkes, insbesondre die Eigentumsordnung, ist das Teilungsinstrument. Nicht zunächst in natura wird die Teilung vorgenommen, sondern die Rechtsordnung sichert nur jedem Beteiligten seinen Anteil in Geldwert zu, und gewöhnlich bekommt er die entsprechende Geldsumme in die Hand als Anweisung auf seinen Güteranteil. Diese Anweisuug verwirklicht er dann nach und nach, indem er nach seinem Bedürfnis, Geschmack oder Belieben Güter verschiedner Art kauft. Die Arbeiter empfangen ihre Löhnung von dem Kapital oder Rententitelbesitzer, der sie beschäftigt, die Rente aber fließt ihrem Besitzer je nach der Verschiedenheit des Titels auf verschiednen Wegen zu. Der eine ist Fabrik- oder Bergwerksbesitzer und empfängt seinen Anteil in Form von Unternehmer-

gewinn. Der andre hat ein Landgut und bezieht Boden- oder Grundrente, ein dritter hat Miethäuser gekauft und bezieht Hausrente, ein vierter hat die Arbeitsmittel oder Kapitalgüter, die ihm gehörten, verkauft und Wertpapiere dafür gekauft, die entweder, wie Aktien und Pfandbriefe, den Mitbesitz an Grundstücken oder industriellen Unternehmungen zusichern, oder, wie die Staatsschuldscheine, unmittelbar auf einen Anteil am Jahresprodukt der gesamten Nation anweisen; man sagt von ihm, er empfange Dividenden oder Kapitalzins. Bei uns in Deutschland ist sowohl die Teilung des Nationalprodukts in Arbeitslohn und Rente, wie die Scheidung der Rente in verschiedne Zweige durch die mannigfachsten Mischungen verdeckt. Wir haben, wie schon erwähnt wurde, kleine Eigentümer, die selbst arbeiten, die also Arbeiter und Rentner in einer Person sind. Wir haben Großgrundbesitzer und Großindustrielle, die ebenfalls arbeiten, sodaß ihr Einkommen aus Rente und Arbeitslohn gemischt ist. Wir haben endlich Fabrikbesitzer, die mit eignem Kapital auf eignem Grund und Boden arbeiten, sodaß ihr Einkommen aus Arbeitslohn, Unternehmergewinn, Kapitalzins und Bodenrente besteht. In England ist die Sonderung deutlicher zu sehen, und hier hat denn auch Adam Smith zuerst der Einteilung des Volkseinkommens in die genannten Einkommenarten zur Anerkennung verholfen, und sind die ersten Rententheorien entstanden. In England war schon im vorigen Jahrhundert der Handwerksgesell meistens nicht angehender Meister, sondern ein Arbeiter im modernen Sinne des Wortes, arbeiteten die Fabrikanten schon sehr viel mit geliehenem Gelde, gehörte der Grund und Boden, auf dem die Fabrik stand oder worin das Bergwerk lag, gewöhnlich nicht dem Fabrik- oder Grubenbesitzer, sondern einem großen „Landlord,“

und wurde die Landwirtschaft nicht von Bauern und kleinen Rittergutsbesitzern betrieben, sondern von Großpächtern, die mit geliehenem Gelde auf einer demselben Landlord gehörigen Parzelle „kapitalistisch," d. h. mit der Absicht, möglichst viel Geld herauszuschlagen, wirtschafteten. Daher zerfiel der Ertrag jedes Unternehmens, es mochte eine Fabrik, ein Bergwerk, eine Handlung, eine Reederei oder eine Gutswirtschaft sein, in folgende deutlich unterscheidbare Teile: 1. Arbeitslohn (den Arbeitslohn des Unternehmers und seiner Beamten einbegriffen), 2. Unternehmergewinn, 3. Kapitalzins, 4. Grundrente. Wir heben ausdrücklich hervor, daß der Unternehmergewinn seinem Begriff nach eine Rentenart ist, wenn er sich auch noch so unlöslich mit Arbeitslohn und Konjunkturalgewinn oder Spekulationsgewinn vermischt und verflicht.

Die zuletzt gebrauchten beiden Ausdrücke erinnern uns daran, daß die Arbeiter und die Rentner nicht das ganze Jahresprodukt bekommen, sondern noch andre Mitesser haben, die in einige sehr anständige und mehrere weniger anständige bis unanständige zerfallen. Jedes Gemeinwesen bedarf einer Menge Personen, die verschiedne nützliche und notwendige Funktionen versehen und dabei arbeiten, ohne wirtschaftliche Güter zu produzieren, also der im elften Kapitel genannten unproduktiven oder nur mittelbar produktiven Klassen. Für einen großen Teil derselben nimmt der Staat einen Anteil am Nationalprodukt vorweg. Die Zivilliste des Monarchen, die Diäten der Abgeordneten, die Besoldungen der Reichs-, Staats-, Provinzial-, Kreis- und Gemeindebeamten, der Geistlichen und Lehrer, der Soldaten bedeuten nichts andres, als daß der Staat allen diesen Personen ihren Anteil am Nationalprodukt vor allen andern, ein Präzipuum zusichert, sodaß sich Rentner und Arbeiter nur noch in das

teilen können, was nach Abzug dieses Präzipualanteils übrig bleibt. Ein zweiter Präzipualanteil wird den ausgedienten Beamten und Militärpersonen, den Pensionären und Invaliden, sowie den Beamten- und Soldatenwitwen und Waisen und nach Einführung der Zwangsversicherung für Arbeiter auch den Invaliden der produktiven Lohnarbeit, unter Umständen auch deren Witwen und Waisen zugesichert. Diese beiden Präzipual- (Vorzugs-)abzüge würden natürlich auch in Kommunistenstaaten gemacht werden müssen; man kann über die Notwendigkeit oder Entbehrlichkeit verschiedner Beamtenklassen, über die für jeden Zweig des öffentlichen Dienstes erforderliche Zahl und über die Höhe des einem jeden zu gewährenden Einkommens verschiedner Meinung sein, aber um die Notwendigkeit, gewisse Funktionen durch besoldete Beamte versehen zu lassen und die Arbeitsunfähigen zu erhalten, kommt keine wie immer eingerichtete Gesellschaft zivilisierter Menschen herum. Die Privatgelehrten, Künstler und Publizisten tragen (mit Ausnahme der bildenden Künstler) auch nicht oder nur mittelbar zur Schaffung wirtschaftlicher Güter bei. Dennoch wollen auch sie leben. Ihnen bleibt es überlassen, sich auf dem Wege der freien Konkurrenz ihren Anteil am Nationaleinkommen zu eroberen. Dieser Anteil mag groß oder klein sein, jedenfalls geht er von der Masse ab und verringert den Teil, der zur Verteilung unter die Arbeiter und Rentner übrig bleibt. Ferner sind da die arbeitsunfähigen Armen, für die der Staat nicht sorgt. Sie mögen viel oder wenig bekommen, etwas nehmen sie von der Masse. Einen bedeutend größern Teil nehmen die unanständigen Klassen hinweg: professionsmäßige Bettler, Hochstapler, Betrüger, Schwindler, die Prostituierten, Kuppler, Verbrecher, sowohl die von Staatswegen in Gefängnissen unterhaltenen Verbrecher wie die frei

ihrem Gewerbe nachgehenden. Aber wie sich denn im Kreislauf menschlicher Dinge das Ende dem Anfange anzuschließen pflegt, so steigen wir aus dieser Tiefe sofort wieder zu den höchsten Höhen der Gesellschaft empor, wenn wir uns aus der Gesellschaft der Verbrecher die Schwindler und Betrüger heraussuchen. Der Spekulant steht auf der schmalen Linie, die den ehrlichen Händler vom Schwindler trennt. Ohne alle Spekulation, das ist Fernsicht in die Zukunft, ist im Grunde genommen kein gewerbliches Unternehmen möglich, geschweige denn ein Kaufmannsgeschäft. Der Gewerbtreibende, heutigentages sogar vielfach schon der Landwirt, muß überlegen, welche der für ihn in Betracht kommenden Waren im beginnenden oder im nächsten Jahre mit Vorteil werden abgesetzt werden können. Darnach muß er seine Produktion oder seine Einkäufe einrichten, und das ist nun schon spekulieren. Von dieser ganz unerläßlich notwendigen und vollkommen ehrlichen Spekulation führt eine ununterbrochene Stufenleiter hinab bis zum reinen Schwindelgeschäft sowie zum Differenzspiel und zur Agiotage, d. h. zum Spielen an der Börse um die Differenzen zwischen den wechselnden Preisen der „börsenmäßig gehandelten" Produkte und den wechselnden Kursen der Wertpapiere, und es ist mehr Sache des geschäftlichen und sittlichen Takts als der nationalökonomischen Wissenschaft und der Staatsgesetze, die Grenze anzugeben, wo das solide Geschäft und das sittlich zulässige aufhören, wo Glücksspiel und Verbrechen anfangen. Gerade die Spekulations- und Schwindelgewinne aber sind von der höchsten volkswirtschaftlichen Wichtigkeit, weil sie nicht selten große Vermögen begründen, deren Besitzer nun in die Reihen der „anständigen" Rentenempfänger eintreten, aus denen sie eine Menge kleiner ganz zweifellos anständigen verdrängen mußten, um ihre Gewinne

machen zu können. Denn der Erwerb durch Spiel und Schwindel schafft keine Güter und vergrößert nicht das Volksvermögen, sondern führt nur einen Teil der vorhandnen Güter aus dem Besitz ihrer bisherigen Eigenthümer in den der Schwindler über. Übrigens gehören sehr viele Spekulanten und Börsenspieler von vornherein schon den „anständigen“ Klassen an, sodaß sie nicht nötig haben, sich erst durch geglückte Spekulation den Eintritt zu erschließen. Sie sind schon reich und vergrößern nur auf unrechtmäßige Weise ihr Vermögen. Der volkswirtschaftliche Schaden, den sie anrichten, wird dadurch natürlich nicht vermindert, daß sie ihr unsolides Nebengewerbe von einer höchst soliden Basis aus betreiben.

Verglichen mit diesem Grundbegriff der Rente, den entwickelt und klar gemacht zu haben eines der Hauptverdienste von Rodbertus ist, haben die zum Teil sehr künstlichen und spitzfindigen Theorien der Nationalökonomen, die sich meistens auf die Grund- oder Bodenrente beschränken, praktisch wenig zu bedeuten. Bei der einen Art der Bodenrente, der vom städtischen Baugrund abfallenden, ist es auf den ersten Blick klar, daß sie ganz allein aus dem Eigentum und aus nichts anderm fließt, und daß sie Einkommen ist, das von andern geschaffen wird, nicht von dem, der es genießt. Der Baugrund wachsender Städte steigt beständig im Wert, weil das Angebot der Wohnung Suchenden beständig steigt, und es steigt am rascheſten und höchsten in den Stadtteilen, wo sich entweder die reichsten oder die meisten Menschen zusammendrängen; die erstern streben nach einer Wohnung in den schönsten Stadtteilen, die Masse aber drängt sich nach jenen Straßen und Plätzen, wo entweder die Anlage von Läden und Werkstätten den besten Absatz verspricht, oder der Nähe der Fabriken und Werkstätten wegen die Wohnungen den

Arbeitern am bequemsten liegen. Der Besitzer eines gut gelegnen städtischen Grundstücks kann sich ein Jahr lang schlafen legen oder ins Ausland verreisen. Wacht er auf, oder kehrt er zurück, so ist er, ohne einen Finger gerührt zu haben, reicher geworden, vielleicht noch ein oder zweimal so reich, als er war. Die gesteigerte Grundrente empfängt er entweder in Gestalt von gesteigertem Mietzins, wenn das Grundstück schon bebaut war, oder in Gestalt von Kapitalzins, wenn es ein leerer Bauplatz war, den er nach erfolgter Wertsteigerung verkauft. Es ist klar, daß er selbst zur Entstehung wie zur Erhöhung seiner Rente nicht das mindeste beiträgt, er müßte denn ein in der Stadtverwaltung einflußreicher Mann sein und Maßregeln durchsetzen, die den Wert seiner Grundstücke erhöhen; diese Art Thätigkeit würde dann aber nicht unter den Begriff der Arbeit, sondern unter den des Betrugs und des Bodenwuchers fallen. Es ist aber auch zweitens klar, daß seine Rente ganz allein aus der Arbeit andrer fließt, und dieses zwar in einem mehrfachen Sinne. Erstens ist es die Gewerbthätigkeit, was an gewissen Orten größere Menschenmassen zusammenführt, was sie zwingt, einander gegenseitig in dem Angebot für Wohnungs-, Werkstätten- und Ladenmiete zu überbieten, was den wüsten, vordem wertlosen Plätzen des Ortes einen Wert schafft und diesen stetig erhöht. Zweitens sind es die Leute, die Straßen ebnen und pflastern, Gas- und Wasserleitungen legen, Parkanlagen schaffen, die den Wert der benachbarten Grundstücke noch weiter erhöhen. Drittens kann dieses Renteneinkommen gleich jedem andern nur dadurch verwirklicht werden, daß der Rentner mit dem empfangnen Gelde Güter kauft, zu deren Erzeugung er nichts beigetragen hat; als Rentner nichts beigetragen hat, denn ist er zufällig zugleich auch Handwerker oder Künstler, und schafft

er etwas nützliches, so hat das doch mit seiner Eigenschaft als Rentner nichts zu thun. Ist das rentierende Grundstück bebaut und ein Geschäftshaus, so bereichert ihn die Arbeit andrer sehr oft noch auf eine vierte Weise. Liegt darin z. B. ein Laden, für den er 1000 Mark Miete bekommt, und der Kaufmann oder Schenkwirt, der den Laden inne hat, bringt sein Geschäft in solchen Flor, daß er 3000 Mark Miete zahlen und dabei noch bestehen könnte, so wird ihn der Hausbesitzer, dem das nicht entgehen kann, ganz gewiß um 2000 Mark steigern. Nur bis zum Ablauf des ersten Mietkontrakts fließen diese 2000 Mark dem Manne zu, der sie verdient, von da ab streicht sie der Grundrentner ein, und alle seine Mieter, die den Wert seines Grundstücks durch ihre Arbeit erhöhen, arbeiten immer nur eine kurze Zeit für sich selber, dann aber in alle Ewigkeit für ihn.*)

Daß auch die landwirtschaftliche Grundrente ganz allein aus dem Eigentumsrecht entspringt, hat Adam Smith klar erkannt und in einfachen, schlichten Worten ausgesprochen. Sobald, schreibt er im sechsten Kapitel des ersten Buches, aller Grund und Boden eines Landes Privateigentum geworden ist, wollen auch die Grundbesitzer, wie alle andern Menschen, da ernten, wo sie nicht gesät haben, und fordern sogar für dessen freiwillige Erzeugnisse eine Rente. Das Holz des Waldes, das Gras der Wiese und alle wild

*) In den Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland 1. Band heißt es S. 21, wo die Lage der Schuhmacher Altonas geschildert wird: „Andre wohnen in Kellern und suchen durch Handel mit altem Fußzeug ihr Einkommen zu erhöhen. In der Regel schmücken sie ein Kellerfenster zum Laden [soll wohl heißen als Schaufenster] aus. Kommt einmal ein solches Geschäft in Gang, so wird der Hauseigentümer bald Kunde davon erhalten; die Miete wird schleunigst erhöht, und der Verdienst geht in die Tasche des Hauseigentümers.“ Im selben Werke wird über diese Art Abrahmungsthätigkeit noch öfter berichtet.

wachsenden Früchte [wie Beeren und Pilze], die, solange der Boden Gemeingut war, den Arbeiter nur die Mühe des Sammelns kosteten, werden mit einem Zuschlagspreise für ihn belegt; für die Erlaubnis, sie zu sammeln, „muß er bezahlen," muß er dem Grundbesitzer einen Teil seines Arbeitsprodukts oder seines Arbeitsertrags abgeben. Und im elften Kapitel, das besonders von der Grundrente handelt, definiert er diese als den Preis für die Bodennutzung. Malthus und Ricardo haben dann durch ihre berühmte Grundrententheorie, die gewöhnlich nach dem zweiten benannt wird, den Gegenstand mehr verwirrt als aufgeklärt, indem sie die eine allerdings sehr wichtige Seite, der sie ihre Aufmerksamkeit schenkten, für das ganze nahmen. In der Fassung, die ihr Ricardo gegeben hat, lautet die Theorie folgendermaßen. Rente, sagt er, „ist der Unterschied im Ertrage zweier gleichen Mengen von Kapital und Arbeit," und zwar auf die gleiche Bodenfläche angewandt, wenn von Ackerbaurente die Rede ist. Die Rentenbildung verläuft nun, da er annimmt, daß die Bebauung stets mit dem besten Boden beginne, in folgender Weise. Solange nur Boden erster Klasse angebaut wird, entsteht keine Grundrente, sondern es werden im Preise nur die Kosten der Arbeit und der Kapitalzins vergütigt. Angenommen nun, dieser trüge vier Quarters (1 Quarter = 290,781 Liter, 1 Acre = 40,467 Ar) auf jedem Acre, und die Bevölkerungszunahme zwänge, zu Boden zweiter Klasse überzugehen, der bei gleichem Kapital- und Arbeitsaufwand nur drei Quarter trägt, so müssen offenbar diese drei Quarter so teuer bezahlt werden wie vorher die vier, denn wollte es der Landwirt billiger machen, so würde er ja Verlust erleiden. Haben also bisher vier Quarter 40 Schillinge gekostet, so kosten jetzt drei soviel, aber nicht bloß die drei des Land-

wirts B, der Boden zweiter Klasse hat, sondern auch die vier des Landwirts A, der Boden erster Klasse bearbeitet; dieser bekommt also jetzt statt 40 Schillingen $4 \times 13^1/_3 = 53^1/_3$ Schillinge, die überschüssigen $13^1/_3$ Schillinge fallen ihm als arbeitsloses Einkommen, als Rente zu. B erhält keine Rente. Wird dann weiter Boden dritter Klasse in Angriff genommen, der nur zwei Quarter bringt, so steigt der Preis auf 20 Schillinge für den Quarter; A bekommt dann 40, B 20 Schillinge Grundrente. Nachdem man zu Boden vierter Klasse übergegangen ist, der nur einen Quarter abgiebt, steigt der Preis auf 40 Schillinge, und A erhält 120, B 80, C 40 Schillinge Grundrente. Ist die vierte Klasse die schlechteste, die es überhaupt giebt, so bringt sie niemals Grundrente, sondern bezahlt bloß die Arbeitskosten und den Kapitalzins. Anstatt zu Boden schlechterer Klasse überzugehen, könnte man den für den Bevölkerungszuwachs nötigen Mehrertrag auch dadurch erzielen, daß man auf dem besten Boden bliebe, aber mehr Kapital darauf verwendete. Dann würde, je nach dem verschiednen Kapitalaufwand, eine ähnliche Stufenfolge entstehen; der Mehraufwand an Kapital würde den Getreidepreis steigern, und wer dann auf seinem bessern Boden dieselbe Menge mit einem geringern Kapitalaufwande erzielte, würde die Kostenersparnis als Grundrente einstreichen können.

Rodbertus hat ganz richtig bemerkt, daß Ricardo nur die Verschiedenheit der Rente, nicht die Entstehung der Rente an sich erklärt. Sobald kein freier Boden mehr vorhanden ist, der Volkszuwachs aber auch die Bebauung des schlechtesten Bodens fordert, wird in den meisten Fällen auch auf diesem Grundrente entstehen, denn der Besitzer wird es gerade so machen wie der Besitzer von Baugrundstücken in rasch wachsenden Städten: wenn man ihm nicht für

die Erlaubnis der Benutzung seines Bodens zahlt, was er verlangt, so wird er die Erlaubnis verweigern. Will ein andrer diesen Boden bebauen, so muß ihm dieser Pacht, d. i. Grundrente, zahlen, und um diese erhöht sich dann natürlich der Getreidepreis. Bebaut er ihn selbst, so verkauft er sein Getreide so teuer, daß Grundrente für ihn abfällt; er bekommt, was er fordert, denn die Voraussetzung ist ja eben, daß es an Getreide im Lande fehle. Während jedoch die von Ricardo beschriebne Rente Differenzialrente ist, kann die seine Monopolrente genannt werden. Jene entsteht durch die Verschiedenheit der Fruchtbarkeit der Bodenarten, diese dadurch, daß sich der Eigentümer im Besitz eines Gutes befindet, das unbedingt gebraucht wird, das kein andrer liefern kann, wofür er also den Preis machen darf.

Was nun die Differenzialrente anlangt, so ist erstens zu bemerken, daß sie durch mancherlei Umstände geändert werden kann, namentlich aber durch die Lage des Ackers. Der gute Acker kann soweit entfernt vom Absatzorte, und der Transport kann so schwierig sein, daß die Rente von den Transportkosten verzehrt oder gar überwogen wird. Dieser Umstand hat zwar durch die hohe Entwicklung der modernen Verkehrsmittel im allgemeinen an Gewicht verloren, in besondern einzelnen Fällen aber sogar noch gewonnen. Der Transport amerikanischen Weizens, der am Ufer des Mississippi mit Maschinen gedroschen, mit Maschinen ins Schiff gehoben wird und zu Wasser bis Berlin schwimmt, kann billiger zu stehen kommen, als der von schlesischem Weizen nach demselben Ort, namentlich wenn das erzeugende Landgut ein paar Meilen von der Bahn entfernt liegt. Dann aber wird die Differenzialrente nur dem ersten Besitzer zu teil. Beim Verkauf des Gutes wird sie kapitalisiert. Der Käufer hat sie im Kauf-

kapital zu bezahlen, und was er empfängt, ist dann nur Kapitalzins, nicht Rente. Allerdings verhält es sich mit der Monopolrente ebenso; wird sie verkauft, so ist sie für den Nachfolger keine Grundrente mehr, kein Ertrag über den Kapitalzins hinaus. Rente ist ja auch der Kapitalzins, aber um als Landwirt oder Gutsbesitzer Grundrente zu ziehen, d. h. noch eine Rente für den bloßen Besitztitel über die Verzinsung des Anlagekapitals hinaus, muß man erster Besitzer sein.

Endlich aber entsteht noch eine hochwichtige Frage. Ist es wahr, daß der Ackerbau immer mit dem besten Boden anfängt; ist es ferner wahr, was Malthus und Ricardo aus ihrer Ansicht gefolgert haben, daß die Notwendigkeit, zu immer schlechterm Boden überzugehen und nach Urbarmachung auch des unfruchtbarsten zur weitern Erhöhung des Ertrages immer größere Kosten aufzuwenden, den Ackerbau immer unergiebiger mache, demnach den Getreidepreis und die Grundrente, damit aber zugleich das Elend der Armen beständig steigere, sodaß das Gleichgewicht zwischen Bevölkerung und Bodenfläche nur entweder durch Hungersnöte und Seuchen oder durch Beschränkung der Kinderzeugung wieder hergestellt werden könne? Carey hat das Gegenteil behauptet: der Ackerbau werde bei fortschreitender Kultur immer ergiebiger, und die Grundrente falle. Wer hat nun recht? Die eine der beiden Fragen haben wir S. 338 ff. bereits dahin beantwortet, daß Malthus und Ricardo für abgesperrte Staaten recht haben, während Careys Ansicht wenigstens vorläufig noch für die Erde im ganzen gilt. Was den andern Punkt anlangt, so lautet die Antwort: es kommt nichts darauf an, ob der Ackerbau, wie Ricardo glaubt, immer auf dem besten, oder wie Carey behauptet, immer auf weniger gutem Boden anfängt, weil dieser, als der leichtere,

leichter zu bearbeiten und, meist auf Bergabhängen gelegen, sichrer vor Überschwemmungen sei. Eine Differenzialrente entsteht, ganz gleichgiltig in welcher Reihenfolge die verschiednen Bodenarten in Angriff genommen werden, sobald nur Bodenarten von verschiedner Güte gleichzeitig bestellt werden, und ebenso muß, nachdem der Boden eines ganzen Landes in Privatbesitz übergegangen ist, notwendigerweise Monopolrente entstehen, die dann die Not des ärmern Teils der Bevölkerung erhöht; einstellen müßte sich die Not auch im kommunistischen Staate, nur würde sie sich gleichmäßig über die ganze Bevölkerung verteilen, vorausgesetzt, daß sich in solchen Krisen die kommunistische Verfassung aufrecht erhalten ließe. Aber alles das gilt, wie gesagt, nur für ein vom Auslande abgesperrtes Land; es galt zur Zeit Ricardos für England, dem damals zuerst durch die napoleonischen Kriege und dann durch Agrarzölle die Zufuhr abgeschnitten wurde. Es hörte auf zu gelten, als die Schutzzölle fielen. Mit ihnen fiel die Grundrente;*) das Volkselend wurde gemildert, und soweit es noch fortbesteht, rührt es nicht mehr von der Teuerung der Lebensmittel her.

Rodbertus glaubte mit Ricardo an die stetig steigende Grundrente, zugleich aber mit Carey an die ins unendliche steigende Produktivität der Landwirtschaft.**) Während Ricardo die Steigerung der

*) Trotzdem werden die Landlords nicht ärmer; nur die Pächter leiden unter den niedrigen Getreidepreisen. Die Großgrundbesitzer finden für die fallende oder ganz wegfallende landwirtschaftliche Grundrente Ersatz in der Steigerung des Ertrages des ihnen größtenteils gehörenden Baugrundes, sowie in der Bergwerksrente und dem Ertrage der industriellen und Finanzunternehmungen, an denen sie sich beteiligen.

**) In Beziehung auf den Arbeitslohn befand er sich wieder im Gegensatz zu Carey. Während dieser meinte, der Arbeitslohn steige ebenso wie die Grundrente mit der fortschreitenden Produktivität

Grundrente von der zunehmenden Unergiebigkeit des Ackerbaues erwartete, hoffte sie Rodbertus von der steigenden Produktivität. Darauf gründete er einen eigentümlichen Plan, der Not verschuldeter Landwirte abzuhelfen. Er erklärte diese Not folgendermaßen. Wirft ein Gut im laufenden Jahre 4000 Thaler Rente ab, so schätzt man bei einem Zinsfuße von vier Prozent seinen Kapitalwert auf 25 × 4000 = 100000 Thaler. Steigt nun die Rente von 4000 auf 5000 Thaler, so vermag das Gut eine Verschuldung von 100000 Thalern zu ertragen, denn es bleiben dem Besitzer nach Bezahlung von 4000 Thalern Zinsen noch 1000 Thaler zum Leben übrig. Steigt aber gleichzeitig auch der Zinsfuß von vier auf fünf Prozent, dann ist er trotz steigenden Gutsertrages ruiniert. Denn entweder bleibt er auf dem Gut, dann verschlingt die Verzinsung, die nun auf 5000 Thaler steigt, seine ganze Rente, oder er verkauft es, dann gilt es jetzt auch nur 100000 Thaler, nämlich 20 × 5000, und er bekommt nicht einen Pfennig heraus. Man muß deshalb die Grundbesitzer unabhängig machen von dem schwankenden Zinsfuße, das Landgut nicht mehr als ein Kapital behandeln, sondern als einen immerwährenden Rentenfonds, was es auch seiner Natur nach ist. Man muß deshalb nicht sagen, das Landgut ist 100000 Thaler wert, sondern es hat einen Ertragswert von 4000 oder von 5000 Thalern, und man darf ihm nicht Kapitalschulden aufbürden, sondern nur Rentenschulden. Der Gutsbesitzer kann sich, wenn sein Gut 5000 Thaler

---

der Arbeit, war Rodbertus überzeugt, daß der Arbeitslohn, wenn nicht an sich, so doch bestimmt relativ, im Verhältnis zum Volkseinkommen, beständig falle, einen immer kleinern Teil des Volkseinkommens ausmache. Daher rühre jener Unterkonsum, jenes Zurückbleiben des Massenverbrauchs hinter der Produktion, das, wie wir im vorigen Kapitel gesehen haben, die schleichende Krisis erzeugt.

Rente abwirft, zu einer Rentenzahlung von 4000 Thalern verpflichten, aber er kann sich nicht zur Verzinsung von 100000 Thalern verpflichten; möglicherweise vermag er diese zu leisten, wenn nämlich der Zinsfuß auf vier Prozent bleibt, aber wenn, was er nicht im voraus wissen kann, der Zinsfuß auf fünf Prozent steigt, so vermag er die Zinsen nicht mehr zu zahlen. Dieser Plan ruhte auf der Voraussetzung, daß die Grundrente beständig steigen werde, aber diese Voraussetzung trifft bekanntlich seit zwanzig Jahren nicht mehr zu. Einmal hat die Ertragssteigerung ihre natürlichen Grenzen gefunden, andrerseits hat die überseeische Konkurrenz den Getreidepreis geworfen. Die Erschließung bisher unangebauter Bodenflächen in Nord- und Südamerika für den Ackerbau und die Verkürzung des Seeweges nach Indien durch den Suezkanal haben zusammen mit der Verbesserung der Transportmittel so gewirkt, wie wenn in Deutschland selbst Boden frei geworden wäre. Die Erschließung freien Bodens muß die landwirtschaftliche Grundrente nicht allein erniedrigen sondern vernichten: so lange Boden umsonst zu haben ist, zahlt niemand den Bodenbesitzern Rente. Es ist also höchst wahrscheinlich, daß solche deutsche Landgüter, die ausschließlich oder vorzugsweise Körnerfrüchte verkaufen, zur Zeit keine oder nur noch eine kleine Rente abwerfen. Damit wird aber natürlich der Ackerbau noch nicht unmöglich, sondern nur der Rentenbezug vom Ackerbau; es hört die Möglichkeit auf, von einem verpachteten Landgute zu leben; der Bauer, der es selbst bewirtschaftet, kann auch heute noch leben.*) Eine Steigerung der Getreidepreise durch Mißernten erzeugt auch heute

*) Was diesen bedrängt, das sind einerseits die stetig steigenden Gemeinde- und Staatslasten, andrerseits ist es die nun schon bis in die untersten Volksschichten reichende Nötigung zu einer „standesgemäßen" Lebensführung.

noch für den, der dann Getreide zu verkaufen hat, eine Monopolrente.

Knies glaubt, daß Rodbertus durch seine Bezeichnung des Ackers als eines immerwährenden Rentenfonds seine eigne Arbeitswerttheorie widerlegt habe: wenn der Acker ein Rentenfonds sei, dann sei es die im Acker wirkende Naturkraft, die den Wert schaffe, nicht die Arbeit. Darin irrt nun Knies. Zwischen der Auffassung des Ackers als eines Rentenfonds und der Wertbestimmung durch Arbeit besteht gar kein Widerspruch. Nicht die Naturkraft, sondern das Eigentumsrecht auf die Naturkraft erzeugt die Rente. Was die Naturkraft schafft, das sind Güter; sollen diese Güter Rente werden, so muß das Eigentumsrecht dazwischen treten. So bleibt die Erde zwar unter Beihilfe der Sonne unser allgemeiner Güterquell und unsre Nährmutter, aber Rentenfonds wird ein Stück Erde nur dadurch, daß es „appropriiert“ wird, ins Privateigentum übergeht. Ein Wasserfall stellt seine bewegende Kraft jedem zur Verfügung, der sie benutzen will, aber Rente entsteht dadurch nicht. Geht er jedoch in das Eigentum eines Fabrikbesitzers über, der nun einen Motor umsonst hat, während sich seine Konkurrenten einen solchen, den Dampf, mit teuern Steinkohlen herstellen müssen, so bezieht er eine Rente, die Differenzial- und Monopolrente zugleich ist: die Kostenersparnis bildet einen Mehrgewinn, den seine Konkurrenten nicht haben. Sogar die Sonne kann zum Rentenquell werden, für den Hausbesitzer z. B., der sonnige Zimmer hat, die sehr gesucht werden. Die deutschen Äcker erzeugen heute noch die nämliche Güterfülle wie vor zwanzig Jahren, aber Rentenquelle haben viele von ihnen aufgehört zu sein.

Ricardo und Malthus behalten also vorübergehend recht, so oft in einem Lande die Bevölkerung

über das Maß dessen steigt, was durch die Produkte des eignen Landes ernährt werden kann, und so lange dieses Land, sei es infolge mangelnder Kultur und Thatkraft seiner Bewohner, sei es durch agrarische Schutzzölle, Auswanderungsverbote und andre künstliche Hindernisse, von billiger Zufuhr oder dem Anbau ausländischen Bodens abgeschnitten bleibt; sie haben unrecht im großen und ganzen, so lange nicht die ganze Erde übervölkert ist. In Beziehung auf die bisher unangebauten oder schwach bevölkerten und schlecht bewirtschafteten Länder der Erde haben demnach die Volksmassen einerseits und die Kapitalisten und Grundrentner andrerseits entgegengesetzte Interessen; jene müssen ihre Kolonisation wünschen, diese hingegen müssen sie zu hindern suchen, oder falls das nicht möglich ist, durch Aufkaufen des dortigen Grund und Bodens sich einer zukünftigen Rente davon im voraus versichern und dadurch zugleich dem Sinken der Grundrente von dem alten schon bebauten Boden vorbeugen.

Über den Zusammenhang von Produktenpreis und Grundrente macht Karl Marx folgende interessante Bemerkung. Die Differenzialrente hat auf den Preis keinen Einfluß; dieser entsteht nach dem allgemeinen Wertgesetz: das Getreide auf dem schlechtesten Boden ist teuer, weil es viel Arbeit kostet; und darum, weil diese Arbeit das Getreide teuer macht, empfängt der Besitzer bessern Bodens, der weniger Arbeit braucht, Grundrente. Dagegen bei der Monopolrente ist es nicht die Arbeit, die die Ware teuer macht, sondern eben das Monopol. Der Besitzer eines Weinberges, auf dem Qualitätswein wächst, bekommt einen hohen Preis, nicht weil ihn sein Wein mehr Arbeit kostete, als Wein geringerer Sorte erfordert (obwohl allerdings auf feinern Wein auch mehr Arbeit verwendet und dadurch der Preis noch

weiter erhöht wird), sondern weil er der einzige ist, der die dringende Nachfrage der reichen Leute nach diesem Wein zu befriedigen vermag. Bei der Differenzialrente ist es also der Warenpreis, der die Rente erzeugt; hat einer ein Monopol, so ist es dieses, so ist es die Macht, eine Rente einzuziehn, was den hohen Preis erzeugt.

Rodbertus dachte nicht an die Möglichkeit der Beseitigung des Monopols, und darum meinte er, der Ackerbau müsse unter allen Umständen, auch auf dem schlechtesten Boden, Rente abwerfen. Der Fabrikant, sagt er, bedarf eines Rohstoffs; der Grundbesitzer bedarf keines solchen; er ists ja, der selber alle Rohstoffe erst erzeugt; es fallen also in der Landwirtschaft die Kosten für den Rohstoff weg, und darum muß sie stets einen Gewinn über die Kapitalverzinsung abwerfen. Es ist wunderlich, wie er seine gesunde Grundrententheorie durch diese Künstelei verderben konnte, die in Lehrbüchern, freilich durch seine Schuld, für den Kern seiner Grundrententheorie ausgegeben wird. Sie ist noch dazu doppelt falsch. Beim Kauf eines Landguts wird die Rente kapitalisiert, und der Käufer bezieht, wie schon bemerkt wurde, überhaupt keine Rente mehr, sofern ihm nicht Betriebsänderungen oder Änderungen des Markts und andre Umstände dazu verhelfen, sondern nur Kapitalzins. Dann aber kann jede Rente, samt dem Kapitalzins, durch ausländische Konkurrenz, die, wie gesagt, als Erschließung freien Bodens wirkt, vernichtet werden.

Der schon auf S. 104 und 335 erwähnte Nationalökonom und praktische Landwirt von Thünen hat in der Aufhellung des Wesens der Rente so hervorragendes geleistet, daß wir zur Ergänzung des Vorstehenden das Ergebnis seiner Untersuchungen hier noch anfügen wollen. Johann Heinrich von Thünen, mecklenburgischer Rittergutsbesitzer, ein

Mann von umfassender und gründlicher theoretischer und praktischer Bildung, hat im Jahre 1826 sein berühmtes Werk: Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie herausgegeben. Im Jahre 1842 erschien die zweite Auflage in zwei Teilen, und 1863 gab H. Schumacher auf Zarchlin aus dem Nachlasse des 1850 Verstorbnen eine zweite Abteilung des zweiten Teiles heraus. Thünen stellt darin ein Schema auf, um daran die Gesetze zu ermitteln, nach denen sich Grundrente, Arbeitslohn und Kapitalzins bilden und verändern, und nach denen diese Veränderungen auf den Nationalwohlstand einwirken. Der isolierte Staat ist kreisförmig gedacht. In der Mitte liegt eine große Stadt, die einzige Stadt des Landes, der Boden ist überall gleich gut; eine Wüstenei, die ihn von der übrigen Welt absondert, umschließt ihn rings herum. Die Frage, was an jeder Stelle dieses Staates zur Ausfuhr nach der Stadt angebaut werden kann und welches Wirtschaftssystem angewandt werden muß, hängt hier ganz allein von der Entfernung ab. Wenn in einer gewissen Entfernung die Transportkosten*) nur gerade noch die Produktionskosten decken, sodaß kein Reinertrag übrig bleibt, muß zu extensiverer und darum billigerer Anbauart übergegangen werden. In noch weiterer Entfernung werden auch beim billigsten Betrieb nicht einmal die Produktionskosten herauskommen, dann muß der Anbau der betreffenden Frucht ganz aufhören. Demnach zerfällt der Staat in konzentrische Ringe oder Zonen. Im ersten Ringe werden die Gartengewächse angebaut, die in der Stadt täglich frisch verlangt werden, ferner Kartoffeln, deren Transport wegen schweren Gewichts

*) Es ist nur von Transport auf der Fahrstraße die Rede, da es 1826 noch keine Eisenbahnen gab, und der isolierte Staat nicht am Meere liegend gedacht wird.

bei niedrigem Preise zu teuer zu stehen kommt, als daß der Anbau in weiter Ferne lohnen könnte. Dann folgt die Milchwirtschaft (Stallfütterung mit Klee). Dann die Forstwirtschaft, da der Holztransport ebenfalls teuer ist. Dann der Ackerbau in drei Zonen: zuerst die intensive Fruchtwechselwirtschaft, dann die Koppel-, zuletzt die Dreifelderwirtschaft, dann die Weidewirtschaft, nicht zur Milch-, sondern bloß zur Butter-, Käse- und Fleischproduktion. Da in diesem Schema weitere Entfernung von der Stadt genau so auf den Anbau wirkt wie bei ungleichem Boden die schlechtere Bodenart oder bei schwankenden Preisen das Sinken des Preises, so können daran die Wirkungen aller Veränderungen, von denen die Landwirtschaft betroffen wird, untersucht und veranschaulicht werden. Die Gesetze, die Thünen gefunden hat, sind durchweg von der Erfahrung bestätigt worden; auch die wichtigsten Sätze des Rodbertus und manche von den Grundlehren Marxens hat er schon ausgesprochen. Wir stellen deshalb hier das wichtigste zusammen.

Den Begriff der Landrente bestimmt er wie Ricardo als Überschuß des Ertrages vom bessern Boden über den vom schlechtern. Nur erweitert er ihn, indem größere Nähe des Absatzmarktes (heutigentages müssen wir hinzufügen: Abkürzung der Entfernung durch billigere Transportmittel), Verbesserungen des Anbaues, Verbilligung der Produktion und örtliche Preiserhöhungen ebenfalls Rente erzeugen oder eine schon entstandne erhöhen. Die Bevölkerungszunahme erhöht, wenn nicht billiges Getreide aus dem Auslande eingeführt wird, den Getreidepreis nach folgendem Gesetz: „Der Preis des Korns muß so hoch sein, daß die Landrente desjenigen Guts, dem die Produktion und Lieferung des Getreides nach dem Markt am kostspieligsten wird, dessen Anbau aber zur Be-

friedigung des Getreidebedarfs noch notwendig ist, nicht unter Null sinkt." (Teil I, S. 225.) So kann also künstliche Preissteigerung durch Einfuhrzölle in einem Lande die Landrente erhöhen, aber nur vorübergehend, nicht dauernd, und aus diesem und andern Gründen ist Thünen ein entschiedner Gegner von Kornzöllen. Diese verhindern die natürliche Preisbildung. „Die westlichen Staaten," heißt es Teil I, S. 291, „haben durch die Sperrung einen unnatürlich hohen Getreidepreis erzwungen, während dieser in den östlichen, sonst kornausführenden Ländern unnatürlich niedrig geworden ist." Er sank in Deutschland in den Jahren 1820—26 so tief, daß der Anbau nicht mehr lohnte, und wurde nicht einmal durch Mißernten gehoben. Thünen gab den Rat, der vielfach befolgt wurde, den Getreidebau einzuschränken und die Viehzucht zu verstärken. (Teil II, S. 19 und Abteilung II, S. 224.) Im ersten Teil Seite 340 schreibt er: „Wir finden in unsern Tagen bei allen europäischen Staaten ein Streben, durch hohe Zölle oder durch gänzliche Einfuhrverbote das fremde Getreide vom inländischen Markte zu entfernen, um durch künstlich erzeugte hohe Preise den inländischen Ackerbau zu heben. Daß der Ackerbau durch hohe Getreidepreise intensive und extensive gehoben wird, ist völlig begründet und geht auch aus allen unsern bisherigen Untersuchungen hervor; aber man hat es übersehen, daß, wenn man hohe Getreidepreise erzwingen will, man auch zugleich das Volk reich machen muß, um diese hohen Preise zahlen zu können. Geschieht dies nicht gleichzeitig, so ist die Erhöhung des Getreidepreises nur von kurzer Dauer, und der Preis sinkt dann nach einigen Jahren wieder so weit, bis er mit den Zahlmitteln der Konsumenten im Gleichgewicht ist. Durch die künstliche Steigerung der Getreidepreise vertreibt man zugleich die Fabriken

und Manufakturen, die für das Ausland arbeiten, indem diese nach den Ländern mit niedrigen Kornpreisen wandern; dadurch werden aber die Zahlmittel der Nation nicht vermehrt, sondern vermindert, und die endliche Folge dieser Maßregel muß, statt der beabsichtigten Erhöhung, Verminderung der dauernden Getreidepreise sein." Über die englischen Kornzölle schreibt er Teil II, Abteilung II, S. 229 ff., es sei den Engländern allerdings vorläufig gelungen, durch Intensivikation des Anbaues die Getreideproduktion so zu vermehren, daß sie für die Bevölkerung hinreiche, aber nur um teuern Preis: „die englischen Landwirte haben, durch die hohen Kornpreise verleitet, die bisher bereichernde Wirtschaft in eine aussaugende verwandelt." Getreidebau und Ausfuhr saugen aus: wer Korn ausführt, führt Humus aus, also das Rohmaterial der Landwirtschaft, die „als eine Maschine zu betrachten ist, wodurch Humus in Getreide verwandelt wird." Wer dagegen Getreide einführt, führt Humus ein, und füttert er Vieh, so bereichert er durch die Düngung noch weiter den Boden. Indem aber die Kornzölle den Getreidebau vorteilhafter, die Viehzucht unvorteilhafter gemacht haben, ist dadurch diese entmutigt worden, und da noch dazu die englischen Landwirte bloß Pächter sind, die an der Erhaltung des Bodenreichtums ein geringeres Interesse haben als die Eigentümer, so steht zu erwarten, daß die Landwirtschaft immer aussaugender betrieben werden wird. Die Ernten werden abnehmen, und bei steigender Bevölkerung wird England „dann späterhin in Hinsicht der Versorgung mit Getreide in eine Abhängigkeit vom Auslande fallen, wie noch nie. Mit der Verminderung des Bodenreichtums wird aber die Grundfeste von Englands Wohlstand erschüttert, und die Kornbill kann auf diese Weise das Grab von Englands Übergewicht

werden. Man wird dann nicht begreifen, wie der Ackerbau trotz aller Begünstigung dennoch hat zurücksinken können". Eine ähnliche Wendung, ähnlich nur in Beziehung auf die Preisbewegung, nicht auf den in England zu erwartenden Verfall der Landwirtwirtschaft, habe man auf dem Festlande schon erlebt. In der Zeit von 1790—1819 standen die Getreidepreise in allen Ländern Europas sehr hoch. Das habe zur übermäßigen Produktion verlockt, und diese habe schon abgesehen von der Sperrung Englands die Preise gedrückt. Schwerer als der derzeitige niedrige Preis sei zu begreifen, „warum diese unausbleibliche Wirkung der hohen Getreidepreise so lange ausblieb, und nur durch die Unsicherheit des Krieges, durch die Ungewißheit, ob das, was der Landwirt an die Verbesseruug seines Bodens wende, ihm auch zu gute komme, mag dies einigermaßen erklärt werden können. Also in den unnatürlich hohen Preisen der verflossenen Periode lag der Keim zu den jetzigen unnatürlich niedrigen Preisen. Das Getreide, das keinen Verzehrer findet, hat keinen Wert, also muß nicht mehr erzeugt werden, als gebraucht wird. Wie ist nun aber das Quantum zu ermessen, im voraus zu bestimmen?" Das könne kein Regierungsbeamter leisten; selbst der große Kaufmann, der Verbindungen in allen Weltteilen unterhält, täusche sich oft, wie solle der einzelne Landwirt mit seinem beschränkten Blick den Bedarf richtig ermessen können? „Schlecht, sehr schlecht würde es um die Versorgung der Nation mit Lebensmitteln stehen, wenn diese dem Vorausblick der Regierungen oder dem der Landwirte überlassen bleiben sollte. Aber glücklicherweise bringt der Preis einer Ware zur allgemeinen Kunde, was sonst keiner zu durchschauen vermöchte." Indem man das unmögliche möglich machen und unverbrauchbarem Getreide durchaus

lohnenden Absatz verschaffen wolle, sei es dahin gekommen, daß gute Ernten als ein Unglück beklagt würden. „Die über den Bedarf hinaus gesteigerte inländische Produktion bewirkt, daß selbst nach dem Aufhören der fremden Zufuhr die Preise nicht steigen. Unvermeidlich sinkt aber dadurch in den kornausführenden Ländern der Getreidepreis noch tiefer als bisher. Dies erweckt aufs neue Besorgnis in dem sperrenden Staat; um die Fremden vom inländischen Markte zurückzuhalten, müssen die Zölle abermals erhöht werden — und so steigert sich das Übel in sich selbst, bis am Ende in dem sperrenden Staat durch die den Kornbau aufmunternden Gesetze der Boden infolge des erweiterten Kornbaus erschöpft ist und nun der Staat einer dauernden, gegen früher bedeutend erhöhten Kornzufuhr vom Auslande bedarf, um seine Bewohner zu ernähren." So hat der Mann im Jahre 1826 die Geschichte der Jahre von 1878—1895 geschrieben. Das Auskunftsmittel, der Bodenerschöpfung durch künstliche Düngmittel entgegen zu wirken, konnte ein Thünen, so sehr er auf Meliorationen drang und deren Erschwerung durch eine unvernünftige Besteuerung beklagte, selbstverständlich nicht gelten lassen. Es ist doch gar zu unvernünftig, in Ostpreußen Roggen auf ungeheuer teuren chilenischen Boden (Chilisalpeter) zu bauen und den Boden in Chili selbst, wo er so wohlfeil zu haben ist, unangebaut zu lassen. Thünen und seine Freunde verhalten sich daher zurückhaltend gegen Justus von Liebig, den Begründer der Ackerbauchemie; „mag ein Liebig, schreibt einer von ihnen an Thünen, wie ein Erdbeben die ganze Wissenschaft erschüttern, seine genialen Ausbrüche sind doch meistens nur Schlammvulkane; mag er fernerhin, setzt Schumacher hinzu, das ernste und gediegne Streben vieler einsichtsvollen und tüchtigen Männer als thöricht und ver-

verbenbringend darstellen, dennoch sind die Erfahrungen in der Landwirtschaft und die durch dieselben gefundnen Gesetze die unvermeidliche Grundlage für den weitern Ausbau der Wissenschaft." Und ein andrer des Kreises, Franz Schulze, schreibt: „die Irrtümer, zu denen die moderne Sucht, alle praktischen Aufgaben der Landwirtschaft naturwissenschaftlich lösen zu wollen, führen kann, sind unzählig." (Teil II, Abteilung II, S. VIII.) Nicht vom höchsten Rohertrag, sagt Thünen, sondern vom höchsten Reinertrag hänge die Möglichkeit des Anbaues ab (Teil II, S. 11), und zwar selbstverständlich von dem höchsten Reinertrag, der ohne künstliche Preissteigerung erzielt werden kann. Deckt der Preis eines Produkts die Kosten nicht mehr, so muß eben etwas andres produziert oder zu billigern Produktionsweisen übergegangen werden. „Immer noch," klagt er Teil II, Abteilung I, S. 181, „will das alte Phantom, als gäbe es ein für alle Entwicklungsstufen der menschlichen Gesellschaft giltiges Ideal der Landwirtschaft, als sei jedes niedere Wirtschaftssystem, jede extensive, arbeitsparende Wirtschaft ein Beweis von der Unwissenheit der praktischen Landwirte, aus unsern landwirtschaftlichen Schriften nicht weichen." Er giebt zu, daß es im Interesse des Staates, d. h. des Fürsten und der Herrschenden liegen könne, die Getreidepreise künstlich zu steigern, das Interesse der Völker fordere das Gegenteil; daher sei das Volk, das ärmere Volk, für Freihandel und für Freiheit der Auswanderung. Im Interesse des Fürsten, nicht des Volkes liege es auch, durch seine Handelspolitik, durch Rüstungen und ähnliche Mittel das Aufblühen der Macht und des Reichtums der andern Staaten nach Möglichkeit zu hemmen und zu hindern. „Das Volk in Verfolgung seiner materiellen Interessen fördert das Wohl der Menschheit, der Regent dagegen sucht nur

das Wohl des ihm anvertrauten Volkes zu fördern. Jenes ist ein weltbürgerliches, dieses ein nationales Interesse — und wer kann zweifelhaft sein, welches von beiden vor dem Richterstuhl der Moral und Religion das höhere ist? Dennoch zeigt sich aber auch in der Staatsverwaltung die Ansicht, daß die nationalökonomischen Rücksichten ein untergeordnetes bilden und höhern Staatszwecken nachstehen müssen. Es ergiebt sich hier nun, daß der Widerstreit zwischen den materiellen Interessen des Volks und den Staatszwecken nicht daher rührt, daß jene an sich ein unrichtiges und verfehltes Ziel verfolgen, sondern sie müssen nur deshalb untergeordnet werden, weil die Staaten noch in einer falschen vernunftwidrigen Stellung zu einander stehen. Auf einer höhern Stufe der Zivilisation werden einst beide Interessen zusammenfallen und eins werden. (Tl. II, Abtl. II, S. 83—91; vergl. auch Tl. II, Abtl. I, S. 117.) Wir unsrerseits stellen (vergl. S. 19) das nationale Interesse über das unbestimmbare Menschheitsinteresse, sind aber der Ansicht, daß die heutigen Regierungen mit dem, was sie nationales Interesse nennen, oft nicht dieses, sondern nur das Interesse kleiner mächtiger Kreise fördern, und stimmen daher materiell mit Thünens Urteil über die sogenannte nationale Wirtschaftspolitik überein, wenn wir auch die Begründung nicht durchweg billigen.

Der heutige Arbeitslohn, erklärt er Tl. II, Abtl. I S. 36 ff., sei keineswegs der natürliche und angemessene; er habe seinen Ursprung darin, „daß die Kapitalisten und Grundbesitzer von dem Erzeugnis, das die Arbeiter hervorbringen, sich einen so großen Teil zueignen.“ Auf die Fragen, die daraus entspringen, gebe auch die Wissenschaft keine andre Aufklärung, als daß der Arbeitslohn durch die Konkurrenz der Arbeiter geregelt werde, wobei „das

Faktische für die Erklärung, das, was geschieht, für den Grund der Erscheinung genommen wird. Ja es hat die Ansicht, als käme dem Arbeiter nichts zu, als was er zu seinem Lebensunterhalt notwendig bedarf, sich der Gemüter dermaßen bemächtigt, daß das Gewissen ruhig schläft, so lange der Arbeiter nicht wirklich Not leidet. . . . Am verderblichsten wirkt die Unklarheit der Ansicht über den natürlichen Arbeitslohn bei der Auflegung von Abgaben. Die Ständeversammlungen der konstitutionellen Staaten streben mit aller Kraft dahin, sich gegen Fürstenwillkür zu sichern. Aber die Mitglieder der ständischen Versammlungen gehören sämtlich den gebildeten und wohlhabenden Klassen an, während die zahlreichste Klasse, die der gemeinen Arbeiter, überall nicht vertreten ist, und so kann es geschehen, daß dieselbe Versammlung, die so kräftig gegen Fürstenwillkür auftritt, gegen das Volk selbst Willkür ausübt und durch Bewilligung von Abgaben, durch Gesetzvorschläge u. s. w. zum Unterdrücker der Arbeiter wird. Wenn aber einst das Volk die Frage aufstellt und praktisch zu lösen versucht: »welches ist der naturgemäße Anteil des Arbeiters an seinem Erzeugnis?« so kann ein Kampf entstehen, der Verheerung und Barbarei über Europa bringt."

Der natürliche Arbeitslohn bildet sich nach Thünen im letzten Kreise des isolierten Staates, der an die Wildnis grenzt, wo also freies Land zu haben ist, auf die bereits S. 335 beschriebne Weise. Thünen drückt ihn durch die Formel $\sqrt{ap}$ aus, wobei a die notwendigen Bedürfnisse des Arbeiters, und p das Erzeugnis seiner Arbeit bedeutet (Tl. II, Abtl. II, S. 154). Thünen betrachtet den Fall, daß sich eine Gesellschaft von Arbeitern verbinde, um an der Grenze des isolierten Staates ein neues Gut anzulegen. Sie werden sich in zwei Abteilungen gliedern, deren eine

die Errichtung der Gebäude, die Anfertigung von Gerätschaften und die Urbarmachung besorgt, während die andre einstweilen noch bei der Lohnarbeit bleibt und von ihrem Lohnüberschuß den Ansiedlern die Unterhaltsmittel gewährt. „Unter diesen Umständen wird durch die Anlegung des neuen Guts von dem bereits vorhandnen Nationalkapital Nichts konsumiert; die Summe dieser Wertgegenstände ist nach der vollendeten Schaffung des Guts gerade noch eben so groß wie vor derselben. Das neu angelegte Gut kostet nur Arbeit, und nichts andres als Arbeit. Die Rente, die das Gut trägt, fällt demnach einzig und allein den kapitalerzeugenden Arbeitern, die das Gut durch ihre Arbeit geschaffen haben, anheim — und diese Rente ist der Lohn ihrer Arbeit. (Hier scheint Thünen die oben beschriebne Mischung von Unternehmergewinn, Arbeitslohn und Rente als Rente zu bezeichnen.) Diese Gesellschaft von kapitalerzeugenden Arbeitern bedarf nach vollendeter Anlegung des Guts einer Zahl von Lohnarbeitern. Der Lohn dieser Arbeiter kann aber nicht willkürlich und auch nicht nach dem in den ältern Gütern üblichen Lohn bestimmt werden. Dieser Lohn muß vielmehr so hoch sein, daß der Überschuß des Arbeiters auf Zinsen gelegt, gleich der Rente des kapitalerzeugenden Arbeiters wird: denn wäre dies nicht der Fall, so würden — da wir Arbeiter von gleicher Kraft, Kenntnis und Geschicklichkeit voraussetzen — die Lohnarbeiter augenblicklich zur Kapitalerzeugung übergehn.“ (Tl. II, Abtl. I, S. 147.)

Bei uns ist das anders, weil kein freies Land mehr vorhanden ist; es entsteht kein natürlicher Arbeitslohn mehr, sondern der Arbeitslohn wird durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, durch die Konkurrenz der Arbeiter geregelt (S. 204). Das Ergebnis dieser Konkurrenz wird Tl. II, Abtl. II,

S. 4—5 ausgesprochen. „Wie die Arbeit des Sklaven seinem Herrn nichts kostet als die Ernährung des Sklaven nnd die Zinsen vom Einkaufspreis desselben, wie die Arbeit einer Maschine dem Gewerbetreibenden nichts kostet, als die Unterhaltungskosten und die Zinsen von den Produktionskosten der Maschine, so kostet auch dem Kapitalisten die Arbeit des freien Mannes nichts, als den Unterhalt desselben und die Zinsen des Kapitals, was die Erziehung des Arbeiters erfordert hat. Diese Ansicht ist empörend; aber die Wirklichkeit zeigt in jedem lange kultivierten Lande nur zu sehr, daß sie wahr ist, und man wird versucht, das Schicksal anzuklagen, das zu Gunsten eines kleinen Teils der Menschen den bei weitem größten Teil derselben unter die Herrschaft des Kapitals gebeugt und sie zu einem Werkzeug in den Händen jener, der Kapitalisten, gemacht hat. Gehen wir nun aber [auf die Sätze] zurück, daß das Kapital an sich ein Totes ist, und nur durch die Arbeit des Menschen Wirksamkeit erlangt, [und] daß das Kapital selbst nur das Erzeugnis menschlicher Arbeit ist, so scheint es ganz unbegreiflich, daß der Mensch unter die Herrschaft seines eignen Produkts geraten und diesem untergeordnet werden könne." Wie es möglich war und zugegangen ist, wissen unsre Leser. Thünen findet ebenfalls, daß dieses traurige Los der Lohnarbeiter für den Kulturfortschritt vorübergehend notwendig gewesen sei, und tröstet sich über die Leiden der Vergangenheit und Gegenwart mit der Aussicht auf die jenseitige Bestimmung des Menschen. Was die irdische Zukunft anlangt, so sieht er das einzige Mittel, das den Arbeitern zur Besserung ihrer Lage zur Verfügung stehe, in der Beschränkung der Kinderzeugung und in der bessern Erziehung der geringern Kinderzahl. Dadurch, meint er, wird einerseits bewirkt, daß die Verminderung

der Konkurrenz, die sie sich unter einander machen, ihren Lohn erhöht, andrerseits, daß sie selbst den kleinen Gewerbetreibenden Konkurrenz machen können Um der Entwicklung diese Wendung zu geben, müsse man in der Arbeiterklasse durch bessere Schulbildung geistige Bedürfnisse wecken. (Auch Roscher hat diesen Punkt vielfach hervorgehoben. Aber die Arbeiter in dieser Hinsicht aufzuklären, ist unmöglich, da es von den Behörden verhindert wird. Bekanntlich hat der edle Präsident von Kirchmann einen Versuch dieser Art mit seiner Absetzung gebüßt.) Ein großes Übel sei es, „daß in allen Staaten, selbst in denen mit repräsentativen Verfassungen, die zahlreichste Klasse der Staatsbürger, nämlich die der gemeinen Handarbeiter, gar nicht vertreten ist.“ (Tl. II, Abtl. I. S. 41—48.)

Übrigens erklärt er ausdrücklich (Tl. II, Abtl. I, S. 24—35 und S. 64), daß alle volkswirtschaftlichen Gesetze nur allgemeine Tendenzen ausdrücken und sich nicht in jedem einzelnen Falle bewähren, und daß der Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung bei der unübersehbaren Menge zusammenwirkender Ursachen vielfach verborgen bleibe. Die Lösung all dieser verwickelten Fragen sei „nicht das Werk des Einzelnen, nicht einmal das Werk einer Generation,“ es sei vielmehr „die Arbeit der [ganzen Welt-] Geschichte.“





Neunzehntes Kapitel

Privatwirtschaft mit freier Konkurrenz und Kommunismus

Nachdem die ältern, mehrfach beschriebnen Formen der Produktion und Güterverteilung verlassen worden sind, kann die Bedürfnisbefriedigung entweder auf rein privatwirtschaftlichem Wege durch selbständige Unternehmung, freien Tausch und Vertrag vor sich gehen, oder von einem Mittelpunkte aus für eine größere Menschengruppe: eine Körperschaft, eine Gemeinde, ein Volk, von einem Einzel- oder Kollektivwillen planmäßig geleitet werden. Das erste ist heutzutage das gewöhnliche. Es macht die sogenannte bestehende Gesellschaftsordnung aus, zu der jedoch auch gehört, daß wegen der Ungleichheit der Vermögen die Freiheit der untern Klassen größtenteils Schein und den Reichen die Herrschaft gesichert ist. Der Vertrag ist die Rechtsform, in der die einzelnen Privatwirtschaften zur Produktion und Güterverteilung mit einander in Verbindung treten. Der Unternehmer, dem sein Privatvermögen die seiner Produktionskraft entsprechenden Mittel nicht vollständig gewährt, verschafft sie sich durch den Leihvertrag; wer mehr Produktionsmittel hat, als er eigenhändig in Bewegung setzen kann, verschafft sich Arbeiter durch den Arbeitsver-

trag, und eben dieser macht denen, die kein Vermögen haben, die Teilnahme an der Produktion möglich. Endlich tauschen die einzelnen Wirtschaften und die Arbeiter durch den Kaufvertrag ihre Produkte gegeneinander aus; dieser ist es also, der die endgiltige Verteilung des Nationaleinkommens unter die Volksgenossen bewirkt. Dieser ganze Verkehr beruht, wie Ihering ausführlich dargestellt hat, auf dem Grundsatze streng durchgeführter Entgeltlichkeit; d. h. weder wird an irgend einer Stelle etwas geschenkt, noch wird irgend jemand zu unentgeltlichen oder unvergoltenen Leistungen gezwungen. Auf diese Weise, meint derselbe Rechtsphilosoph, werde die gesellschaftliche Gerechtigkeit hergestellt, indem ein jeder im freien Spiel von Angebot und Nachfrage die seiner Leistung angemessene Entschädigung erlange. Das trifft nun freilich in unzähligen Fällen nicht zu; allgemein könnte es nur dann geschehen, wenn alle wirtschaftlich gleich stark wären, sodaß jeder so gut wie der andre seine Ware, sei es eine wirkliche Ware oder seine eigne Arbeitskraft, beim Angebot eines unangemessenen Preises zurückhalten könnte. Aber im Großen und Ganzen und wenn wir von dem Umstande absehen, daß den obersten Klassen schon durch die Geburt arbeitsloses Einkommen, also Einkommen, das nicht Entschädigung für Leistungen ist, gesichert wird, muß man allerdings zugestehen, daß auf diesem Wege eine einigermaßen gerechte Verteilung zustande kommt, und es ist die Frage, ob sie gerechter ausfallen würde, wenn entweder einer Autorität oder der Gesamtheit das Amt übertragen würde, die Einkommen nach den Leistungen zu verteilen. Die allgemeine Vertragsfreiheit nötigt zur Konkurrenz, zum Wettlauf um den Preis der Leistungen, indem die Größe des Anteils an der allgemeinen Gütermasse, die einem jeden zufällt, davon abhängt, wieviel er errafft, das erraffen aber nur denen möglich ist, die den andern

im Rennen zuvorkommen. Zum Ziele führt aber nicht allein das Zuvorkommen in tüchtigen Leistungen, sondern auch, und zwar wo sich die Konkurrenz zur fieberhaften Hast und zum wahnsinnigen Gedränge gesteigert hat meistens, das Zuvorkommen in listiger Übervorteilung des Nächsten oder frecher Aufdringlichkeit oder in unverschämter und verlogner Reklame.

Die Rechtsgrundlage der privatwirtschaftlichen Organisation besteht (Wagner I, S. 791 ff.) darin, daß alle mündigen Personen de jure frei und vertragsfähig sind, alle Güter als Privateigentum angeeignet werden können (daß also alles käuflich ist), und alle Verträge ohne Einmischung der Obrigkeit geschlossen werden, deren Mitwirkung, wenn sie in Anspruch genommen wird, sich darauf beschränkt, daß sie die Verträge rechtskräftig macht, d. h. bei Vertragsbruch dem geschädigten Teil, wenn er klagt, zu seinem Rechte verhilft.

Ihre wissenschaftliche Begründung hat diese Ordnung durch die Physiokraten, Adam Smith und seine Schule (siehe S. 284), gefunden. Sie lehren: der Wille des Schöpfers offenbart sich in den Trieben, die er seinen Geschöpfen eingepflanzt hat. Wie das Tier jenen Willen erfüllt, indem es seinem Instinkte folgt, so der Mensch, indem er seinen Trieben nachlebt. Es hieße den Schöpfer verleumden, wollte man annehmen, daß den Menschen seine Triebe irre führen könnten. Kein andrer kann so gut als jeder Strebende selbst wissen, was ihm zum Heile gereicht, und wenn jeder für sich das Glück erlangt, so ist damit das Glück aller begründet und der Weltzweck verwirklicht. Natürlich ist die Beglückung aller nur unter der Voraussetzung, die ebenfalls zur Ehre des Schöpfers gemacht werden muß, möglich, daß alle Einzelinteressen in vollkommner Harmonie mit einander stehen. Daß jeder seinen Trieben folge, ist auch deswegen nötig, weil ja die Selbstsucht die stärkste aller Triebfedern ist; würde sie

gelähmt, so würde alles Streben unterbleiben und die Menschheit in stumpfsinnige Unthätigkeit versinken. Dafür, daß die Selbstsucht des Einzelnen kein Unheil anrichte, ist auf eine doppelte Weise gesorgt: durch die Sympathie, die ihr das Gleichgewicht, und durch die Selbstsucht aller übrigen, die sie in Schranken hält. Zu weiterer Stützung der Theorie hat man dann später noch dem Darwinismus den Gedanken entnommen, daß ja im Kampfe ums Dasein der Tüchtigste (eigentlich bloß der den Daseinsbedingungen am besten angepaßte; the fittest, der tauglichste; unter diesem denkt man sich aber gern den Tüchtigsten) überlebe, daher der Kampf selbst, auf wirtschaftlichem Gebiete also die freie Konkurrenz, das unentbehrliche Mittel sei, Tüchtigkeit zu erzeugen.

Von dieser Gedankenreihe ist die eine Hälfte zweifellos richtig. Die Triebe sind vom Schöpfer eingesenkt, und ohne Zweifel will er, daß sie wirken. Im großen und ganzen können sie also nicht in die Irre führen, sondern nur seinen Willen verwirklichen. Es ist auch richtig, daß es nichts nützen würde, wenn wir es leugnen wollten, da die Menschen thatsächlich ihren Trieben folgen und gar nicht anders können. Es ist ferner richtig, daß alle einzelnen Triebe nur verschiedne Äußerungen des einen Triebes der Selbsterhaltung sind, und daß die niedern Äußerungen, die wir unter dem Namen Selbstsucht zusammenfassen, stärker hervortreten als die höhern, sodaß man sagen kann, das Menschengeschlecht werde im allgemeinen von Selbstsucht beherrscht. Es ist auch wahr, daß der Mensch desto thätiger ist, je lebhafter seine Selbstsucht ist, daß demnach das meiste und größte dort geschaffen wird, wo die Selbstsucht aller frei walten darf, und daß sie das allergrößte vollbringt, wenn sie noch dazu von Konkurrenz und Not gestachelt wird (mit Not sieht sich der Schwächere von der Konkurrenz bedroht). Man darf

wohl sagen, daß unsre ganze materielle Kultur, unsre Technik eine Schöpfung der Selbstsucht sei, und daß sie dort am höchsten gestiegen und am raschesten gewachsen sei, wo keine künstliche Schranken das freie Spiel der Kräfte hemmten. Unter der Herrschaft der freien Konkurrenz sind die Produktivkräfte der Gesellschaft so riesig gewachsen, daß es heut leicht sein würde, die ganze Menschheit reichlich mit allen wünschenswerten Gütern zu versorgen, oder was dasselbe ist, allen ein reichliches Einkommen zu verschaffen, alle reich zu machen. In technischer Beziehung hat also die Selbstsucht die Aufgaben der Volkswirtschaft gelöst, technische Schwierigkeiten und Hindernisse stehen heute der Versorgung aller mit Gütern nicht mehr im Wege.

Dagegen ist es offenbar falsch, daß die Interessen aller mit einander in Harmonie stünden, und daß das allgemeine Glück verwirklicht werde, wenn nur jeder nach dem seinen strebt. An und für sich und von Gott aus betrachtet mag es wahr sein: im Jenseits wird es sich — so hoffen wir — zeigen, daß aus dem verworrenen Interessenkampfe doch zu guter letzt die Seligkeit aller hervorgegangen ist. Aber für unsre irdische Gegenwart, mit der allein es die Volkswirtschaft zu thun hat, ist es nicht der Fall; hier wird der eine auf Kosten des andern glücklich, und oft werden viele dem Glücke weniger geopfert. Die Anerkennung des Darwinschen Satzes schließt die Harmonie von vornherein aus: der im Kampfe Unterliegende kann sich unmöglich glücklich fühlen. Noch dazu ist es meistens gar nicht der Beste und oft nicht einmal der Tüchtigste, der siegt, sondern nur der Gewaltthätigste und Rücksichtsloseste oder der Schlaueste. Was aber das Überleben des Tauglichsten anlangt, so ist dieser Tauglichste, d. h. seiner Umgebung Angepaßteste, keineswegs immer der Tüchtigste. Wie nach der Behauptung der Biologen

Tiergattungen, die früher auf der Oberfläche der Erde gelebt haben, allmählich die Augen verlieren, wenn sie später im Dunkeln leben und keinen Gebrauch mehr von der Sehkraft machen können, so verlieren auch die Menschen in einer menschenunwürdigen Lage ihre besten Eigenschaften, Kräfte und Seelenorgane. Das Lumpenproletariat lebt unter Verhältnissen, die einen gesunden, kräftigen Menschen binnen kurzem töten würden. Es bleibt eben darum am Leben, weil es Generationen hindurch Zeit gehabt hat, sich seiner Umgebung anzupassen. Aber nicht veredelt worden ist es bei diesem „Siege" im Kampfe ums Dasein, sondern verkümmert und verkrüppelt.

Je mehr sich die Erkenntnis dieser Thatsachen verbreitet hat, desto allgemeiner hat man die Interessenharmonie fallen gelassen und sich mit pessimistischer Resignation darein gefunden, daß der Kulturfortschritt ohne die Aufopferung des Glücks vieler, vielleicht der meisten einzelnen, nicht möglich sei. Einige haben dabei wenigstens noch den optimistischen Gedanken festgehalten, daß aus dem Kampfe, der den meisten ihr Lebensglück kostet, nicht bloß eine höhere Kultur, sondern auch höhere Sittlichkeit hervorgehe, andre haben auch darauf verzichtet und sich damit zufrieden gegeben: es ist einmal so; der Kulturfortschritt kostet das Glück. Die Massen aber geben sich nicht zufrieden, solange sie das Elend noch nicht stumpfsinnig gemacht hat, sondern je unbefriedigender ihre Lage ist, desto leidenschaftlicher verlangen sie nach Glück, und heute haben sich die untern Klassen aller Kulturstaaten zu dem Zweck vereinigt, es durch kommunistische Einrichtungen zu verwirklichen. Das Wort Sozialismus bezeichnet eigentlich bloß das Streben, die Menschen gesellschaftlich zu organisieren. In diesem ursprünglichen Sinne ist jeder Kulturmensch Sozialist, und sind Staat, Kirche und Gemeinde sozialistische Einrichtungen. Die So-

zialisten aber wollen mehr, sie wollen den Kommunismus. Und zwar wollen die heutigen Kommunisten, die sich bei uns Sozialdemokraten nennen, nicht den rohen Kommunismus einer vollkommnen Gütergemeinschaft, und am allerwenigsten wollen sie ihn auf die rohe Weise herbeiführen, daß sie die Reichen abschlachteten und deren Vermögen unter sich teilten, sondern sie wollen nur das Eigentum an den Produktionsmitteln aufheben, Boden und Kapital zum Gemeingut machen, von da ab die Produktion planmäßig organisieren, sie dem Bedarf anpassen und dafür sorgen, daß jeder seinen gerechten Anteil an den Produkten empfange, sei es nach dem Satze Saint Simons: jedem nach seiner Fähigkeit, und jeder Fähigkeit nach ihren Werken, oder nach der Losung J. Fröbels: jedem Arbeit nach seinen Kräften und Güter nach seinen Bedürfnissen. Das Privateigentum beschränkt sich dann auf das einem jeden zugeteilte Einkommen.

Die Gründe, die gegen den Kommunismus angeführt zu werden pflegen, sind so oft und in so vielen Büchern und Blättern wiederholt worden, daß sie jedermann schon aus den Zeitungen kennt. Sie sind alle nur Variationen der klassischen Widerlegung des Kommunismus, die Bruno Hildebrand schon vor beinahe fünfzig Jahren in seiner „Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft“ (Frankfurt a. M., 1848, S. 262 ff.) geliefert hat. Aus ihr wollen wir daher das Hauptsächlichste mit einigen Kürzungen abdrucken.

„Die Unausführbarkeit aller sozial-ökonomischen Vorschläge folgt zunächst schon aus ihrer gemeinsamen Tendenz, alle Völker der Gegenwart mit ihrer unendlichen Verschiedenheit der Vorstellungen und Begriffe, der Sitten und Lebensgewohnheiten, der Bildung und geschichtlichen Überlieferung, mit ihrem qualitativ und quantitativ ungleichen Besitz von Natur-, Arbeits- und Kapitalkräften in eine einzige Gemeinschaftsform

pressen zu wollen. Die Sozialisten kennen keine Nationalitäten, keine verschiednen Kulturstufen der Völker. Sie setzen überall dieselben Natur- und Volksanlagen, dieselben Elemente und Mittel der Zivilisation voraus und stehen deshalb nicht nur auf demselben kosmopolitischen Standpunkte, von dem aus Rousseau und Adam Smith ihre politischen und ökonomischen Theorien konstruierten, sondern gehen in ihrem vergeblichen Kampfe gegen die Natur viel weiter, weil ihr sozialer Plan nicht einen ganz allgemeinen Rahmen für die menschlichen Lebensverhältnisse aufstellt, sondern gerade alle Bewegungen, Thätigkeiten und Beziehungen der einzelnen Individuen vorzuzeichnen und nach einem unveränderlichen Prinzip zu regeln bezweckt."

„Dabei haben sie keine Ahnung von der historischen Entwicklung und dem natürlichen Wachstum aller Gesellschaftsformen. Sie brechen mit der Geschichte und wollen das reiche, freie und vielgestaltige Leben der Menschheit in einen toten, einförmigen Mechanismus verwandeln. Sie treten der gegebnen Welt gegenüber, als ob eben erst die ersten Menschen geboren wären, für die die erste Form des Zusammenlebens mit dem Verstande ausgeklügelt werden sollte. Sie wollen ihre erträumte Welt gleichsam mit einem Zauberschlage ins Leben rufen und sehen nicht, daß jede neue Bildung, die das Menschengeschlecht in seiner Geschichte durchläuft, nur aus den alten gegebnen Elementen hervorwachsen kann und aus den Säften des vorhandnen Bodens ihre Nahrung ziehen muß. Selbst diejenigen, die, wie Louis Blanc, von der Gegenwart in die Zukunft eine Brücke schlagen wollen, was thun sie anders, als daß sie Mittel vorschlagen, um nach und nach die Lebenspulse der Gesellschaft zum Stillstand zu bringen und dann die einzelnen Glieder des entseelten Körpers zu einer gemeinsamen und gleichmäßigen mechanischen Bewegung durch eine äußere Kraft zu zwingen?"

„Aber selbst angenommen, jene natürliche Mannigfaltigkeit wäre nicht vorhanden, so tragen doch alle Pläne einer Gesamtwirtschaft die Gründe ihrer Unausführbarkeit in sich selbst. Denn jede Gesamtwirtschaft, die die Einzelwirtschaft aufhebt, macht ein Gesetz notwendig, nach dem das Verhältnis der individuellen Leistungen und Genüsse sowohl zur Gesamtheit wie unter einander geregelt wird, und erfordert zugleich eine Kraft, die dieses Gesetz für die Dauer aufrecht erhält. Beides ist aber unmöglich. Das Gesetz ist unmöglich: denn da die Summe aller Leistungen mindestens der Summe aller Genüsse gleichkommen muß, so setzt es die Kenntnis des gesamten Bedarfs und sämtlicher Leistungen voraus. Diese sind aber erst aus dem Erfolg erkennbar, und da die Individuen und ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse wechseln, so ist der Erfolg [des Augenblicks] niemals für die Zukunft maßgebend. Folglich fehlt schon jede Grundlage für ein derartiges Gesetz. Da ferner überall Arbeitsfähigkeit, Talent und Bedürfnisse der Individuen ungleich sind, so setzt jedes Gesetz der Verteilung und Ausgleichung die Existenz eines absoluten Maßstabes der individuellen Leistungen und Bedürfnisse voraus. Ein solcher ist aber weder entdeckt noch möglich, weil eben Fähigkeiten und Bedürfnisse individuell, d. h. nicht bloß quantitativ, sondern auch qualitativ unendlich verschieden und deshalb nicht objektiv meßbar sind. Ja wenn ein solcher Maßstab möglich wäre, so würde gerade er die Gesamtwirtschaft überflüssig machen, da lediglich der Mangel desselben die Realisierung einer vollkommnen Gerechtigkeit in der Einzelwirtschaft verhindert und zu den Vorschlägen der Gesamtwirtschaft geführt hat. [Daß lediglich der Mangel eines Maßstabes für die Leistungen und Bedürfnisse aller Einzelnen die Verwirklichung der Gerechtigkeit verhindre, ist nicht richtig; wären auch alle Leistungen und Bedürfnisse bekannt

und mit einem gemeinsamen Maßstabe meßbar, so würde noch überall die Selbstsucht des gerade im Augenblick stärkern der Verwirklichung im Wege stehen.] Gerade das Problem, das die Gesamtwirtschaft lösen soll, setzt sie als gelöst voraus."

„Es ist aber auch unmöglich, eine Kraft zu finden, die die Herrschaft dieses Ausgleichungsgesetzes aufrecht erhielte. Eine solche Kraft müßte notwendig die Bürgschaft ihrer dauernden Überlegenheit über alle Gegenkräfte in sich tragen; sie müßte, um nicht der Gefahr ihrer Niederlage ausgesetzt zu sein, stärker als die Gesamtheit der Individuen sein, die sie dem Gesetz der Gesellschaft unterwerfen soll. [Hier wird anerkannt, daß es nicht bloß der Mangel an Einsicht, sondern auch die Selbstsucht ist, was der Verwirklichung der Gerechtigkeit im Wege steht.] Demungeachtet kann sie nur innerhalb der Gesellschaft, also in dem Willen der Individuen selbst ruhen. Ihr Dasein setzt daher voraus, daß alle Individuen aus freiem Willen ihre Individualität und den Reiz einer eignen persönlichen Existenz unterdrücken, und ist daher so zweifelhaft, daß von einer Garantie für ihre Dauer bei dem Wechsel der Individuen und ihrer Einsichten und Willensrichtungen gar nicht die Rede sein kann. Wollte man aber etwa die Gewalt einzelnen Individuen übertragen und eine Diktatur gründen, so fehlt es nicht nur an einer Bürgschaft dafür, daß alle Glieder diese Diktatur ertragen, sondern es wäre auch eine zweite Macht nötig, die die erstere überwachte, und gegen den Mißbrauch der zweiten wieder eine dritte u. s. w."

„Wenn die Sozialisten aber auch das Unmögliche leisteten und eine ausführbare Form der Gesamtwirtschaft fänden, so würde diese die Gebrechen der Gesellschaft, die nach ihrer Ansicht die Privatökonomie erzeugt hat, nicht aufheben, sondern sogar

vermehren. Dies folgt zunächst schon aus der Ungleichheit und Verschiedenartigkeit der Kräfte, die die Natur den einzelnen Parzellen der Erdoberfläche zugeteilt hat. Gesetzt, es wären überall sozial-ökonomische Gemeinden gegründet, so würde doch keine derselben alles selbst produzieren und alle ihre Bedürfnisse befriedigen können. Die eine Gemeinde würde vorzugsweise Ackerbau, eine andre in Gebirgsgegenden Viehzucht oder Weinbau, eine dritte, am Meeresufer gelegne, Schiffahrt, eine vierte Bergbau u. s. w. treiben müssen, wie in der Gegenwart unter der Herrschaft der Privatökonomie zwischen den Privatpersonen. Es würde, sobald man sich nicht an den ganz unsinnigen Gedanken einer sozial-ökonomischen Weltmonarchie halten will, an die Stelle des Privateigentums nur Gemeindeeigentum, an die Stelle des Handels unter Privatpersonen ein Handel unter den Gemeinden, an die Stelle des Geldes, das dem Privatverkehr dient, ein Tauschmittel zwischen den Gemeinden treten, und alle jene vermeintlichen Folgen der Einzelwirtschaft: ungleicher Kapitalbesitz, Konkurrenz, Monopol, Herrschaft des Stärkern, Pauperismus u. s. w. würden sich unter den verschiednen Gemeinden entwickeln. Wir würden einem Kampfe egoistischer Gemeindebestrebungen auf ökonomischem Gebiete begegnen, wie wir ihn bereits im klassischen Altertum auf politischem Gebiete gesehen haben."

„Aber auch innerhalb der Gemeinden selbst würde der Egoismus keineswegs verbannt sein, sondern im Gegenteil neuen Spielraum gewinnen und noch unheilvollere Wirkungen äußern. Gegenwärtig bringt der auf Erwerb und Genuß gerichtete Egoismus der Menschen wenigstens nur dann Nachteile, wenn er in Kollision mit der öffentlichen Wohlfahrt kommt und dem Privatinteresse das Wohl der Mitmenschen opfert. Wo diese Kollision nicht vorhanden ist, sind

die Wirkungen des Egoismus wohlthätig für die Gesellschaft; denn da der persönliche Genuß von der persönlichen Anstrengung abhängt, so wird der selbstsüchtige Trieb zur Trägheit von dem selbstsüchtigen Triebe, zu genießen, bekämpft und unterdrückt. Der Egoismus spornt zu Fleiß und Rührigkeit, bildet die individuellen Körper- und Geisteskräfte, weckt in den einzelnen Persönlichkeiten das Streben nach Bildung und immer höhern geistigen Genüssen und fördert so die Entwicklung des Menschengeschlechts. Gerade diese unleugbare Thatsache ist es, die im vorigen Jahrhundert die englische Moralphilosophie und Nationalökonomie zu dem Irrtum verführte, den Egoismus für die einzige Quelle des öffentlichen Wohls anzusehen."

„In der Gesamtwirtschaft dagegen würden alle jene wohlthätigen Wirkungen wegfallen. Der Egoismus würde sich im fortwährenden Kampfe mit der Gesamtheit befinden und ausschließlich auf den Ruin der öffentlichen Wohlfahrt hinwirken; denn das Maß des persönlichen Genusses hängt hier nicht mehr unmittelbar von der Privatarbeit, sondern von der Verteilung ab, und nmgekehrt, die Privatarbeit verliert ihre direkte Beziehung zu dem Privatinteresse und wird ebenfalls durch die Gesellschaft bestimmt. Die natürliche Tendenz des Egoismus würde folglich dahin gehen, sich dem auferlegten Maße von Arbeit möglichst zu entziehen und bei der Verteilung der Genußmittel eine möglichst große Portion zu erhalten; die vereinigte Selbstsucht sämtlicher Mitglieder würde daher dahin streben, die gesamte Arbeit der Gesellschaft möglichst zu verringern und ihren gesamten Genuß möglichst zu steigern und so durch das wachsende Übergewicht der Konsumtion über die Produktion die Gesellschaft zu Grunde zu richten. Arbeit und Genuß wiederholen sich überdies bei jedem In-

dividuum täglich, und deshalb würde sich auch der Kampf des Egoismus gegen die Gesamtheit täglich erneuern, und eine Menge neuer Listen und neuer Gattungen von Betrug würden entstehen, um der Gesellschaft einen größern Vorteil für einen geringern Beitrag abzugewinnen. Während demnach in der Gegenwart die Selbstliebe der Individuen wenigstens zum großen Teil der Kultur dient und eine Tendenz in sich trägt, den Fortschritt des Menschengeschlechts zu fördern, wirkt sie in der Gesamtwirtschaft nur zerstörend und drängt die Gesellschaft rückwärts zum ökonomischen und moralischen Verfall."

„Alle Zivilisation der Menschheit entspringt aus den Individualitäten. Diese sind die geheimen Werkstätten der geistigen Produktion, die Quellen, deren Gewässer den Kulturstrom der Menschheit bilden. Ohne sie giebt es für den einzelnen Menschen wie für die ganze menschliche Gattung nur ein bewußtloses Pflanzenleben ohne Entwicklung und Kultur. Die Gesamtwirtschaft vernichtet aber die Individualitäten, sie opfert dem eingebildeten Interesse aller jeden Einzelnen und zerstört dadurch die Zivilisationsfähigkeit der ganzen Gesellschaft, folglich alle Kultur und die Gesellschaft selbst u. s. w."

Das alles ist logisch unanfechtbar, in der Theorie richtig und zum Teil auch durch die Erfahrung bewiesen. Für die Praxis ist jedoch zu bemerken, daß, wie wir bereits gesehen haben, die übeln Folgen, die man vom Kommunismus befürchtet, vielfach auch in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung entstehen. So z. B. kommt es ja oft genug vor, daß es der Unproduktive, der Schwindler, der Schmarotzer weiter bringt als der nützliche, fleißige und ehrliche Arbeiter, und daß es elende Lagen giebt, die durch Fleiß nicht gebessert werden können, wo also die Selbstsucht nicht zu Anstrengungen spornt, sondern solche widerrät.

Nicht minder wird auch die Individualität schon von unsern heutigen Staats- und Gesellschaftseinrichtungen, die ja vielfach längst sozialistisch geworden sind, stark beeinträchtigt, sodaß sie hie und da zu schwinden droht und einer erschreckenden Uniformität des Denkens und Unselbständigkeit des Handelns Platz macht. Das Maß des persönlichen Genusses aber hängt gerade infolge der Privateigentumsordnung, die einigen arbeitsloses Einkommen sichert, die Mehrzahl aber vom Eigentum, wenigstens vom Kapitaleigentum ausschließt, mehr von der Verteilung als von der eignen Arbeit ab. Was endlich die sittlichen Wirkungen der verschiednen Gesellschaftsformen anlangt, so haben Sozialisten, wie Achille Loria, einen Satz aufgestellt, der zwar einseitig und übertrieben ist, des Wahrheitskernes aber nicht gänzlich entbehrt, nämlich: in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sei Sittlichkeit nicht möglich, weil Unsittlichkeit (namentlich Unbarmherzigkeit, Ungerechtigkeit und Lüge) Vorteil bringt und in unzähligen Fällen geradezu Daseinsbedingung ist; in einer wohlgegliederten Produktivgenossenschaft dagegen, wo wirklich die Arbeit eines jeden den Wohlstand aller vermehrte und demnach das Glück aller erhöhte, daher auch jeder von dem Wohlergehen der andern Vorteil hätte, würden Fleiß, Wohlwollen und Gerechtigkeit vorteilhafter sein als das Gegenteil, daher die Sittlichkeit nicht mehr den Daseinsbedingungen des Einzelnen widersprechen und allgemein möglich werden. Also die Schäden der heutigen Ordnung sind unbestreitbar und offenkundig. Andrerseits hat die Erfahrung noch nicht lehren können, wie die sozialistische Organisation der Arbeit und der Verteilung wirken würde, weil Experimente damit, die allerdings meistens verunglückt sind, bisher immer nur in kleinem Umfange angestellt wurden. Ich persönlich halte es allerdings

für unwahrscheinlich, daß je einmal der Kommunismus in einem Großstaate durchgeführt werden wird, und wenn er nicht, auch nicht auf eine kurze Zeit, verwirklicht wird, so ist eben dadurch schon seine Undurchführbarkeit erwiesen.

Übrigens aber werden die heutigen deutschen Sozialdemokraten von dem Vorwurfe, der den französischen (namentlich Saint Simon und Fourier) gegenüber begründet war, daß sie „ihre erträumte Welt mit einem Zauberschlage ins Leben rufen wollten," nicht mehr getroffen. Sie unterscheiden ihren „wissenschaftlichen" Sozialismus ausdrücklich von dem „utopischen" der frühern Zeiten. Sie wollen nur die Gesetze aufzeigen, nach denen sich das wirtschaftliche Leben entwickelt, und glauben bewiesen zu haben, daß „das kapitalistische Wirtschaftssystem" den Keim seiner eignen Zerstörung mit Notwendigkeit aus sich selbst heraus erzeuge. Sie wollen den „Zukunftsstaat," die zukünftige Organisation der Arbeit und der Gesellschaft, nicht „machen," sondern nur darauf hinweisen, wie die jetzige Gesellschaft in diese zukünftige hineinwächst. Sie lehnen es daher ab, diese zukünftige Ordnung im einzelnen zu beschreiben, obwohl es Bebel in seinem Buche: Die Frau und der Sozialismus einigermaßen gethan hat. Liebknecht schreibt in einer österreichischen Wochenschrift (Die Zeit, Nummer vom 15. Juni 1895): „Das Wolkenkuckucksheim, in dem sozialistische Schwärmer ein halbes Jahrhundert lang und länger sich herumtummelten, hat die deutsche Arbeiterklasse niemals verlockt [das ist nun freilich nicht wahr; die Vorspiegelung eines Himmels auf Erden hat auf die Arbeiter einen sehr starken Reiz ausgeübt und zum Wachstum der sozialdemokratischen Partei nicht wenig beigetragen]. Schon im Norddeutschen Reichstag bewegten wir uns höchst realpolitisch auf Erden und dachten nicht daran, aus

irgend einem Torpedoluftballon heraus die bürgerliche Gesellschaft in Trümmer zu schießen und die soziale Republik zu proklamieren. Der »Zukunftsstaat« spukt bloß in den Köpfen kindischer Angst- und Klugmeier — kein Sozialist, der das ABC der Nationalökonomie kennt, kann sich in solchen Kindereien ergehen." Die Bedeutung der Sozialdemokratie, wenigstens der deutschen, besteht also darin, daß sie als die organisierte Vertretung der Arbeiter deren Interessen wahrnimmt, und daß sie die Ergebnisse des wissenschaftlichen Sozialismus zur Kritik der bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Zustände verwendet. Der Begründer dieses wissenschaftlichen Sozialismus ist Karl Marx, dessen wichtigste Lehren übrigens, wie schon bemerkt wurde, gleichzeitig auch von Rodbertus gefunden worden sind; beiden hat Thünen vorgearbeitet. Der Kern seiner in dem dreibändigen Werke Das Kapital niedergelegten Lehre läßt sich folgendermaßen aussprechen.

Das eigentümliche der heutigen als kapitalistisch zu bezeichnenden Gesellschaftsordnung besteht erstens darin, daß sie eine arbeitsteilig produzierende Tauschgesellschaft ist, zweitens, daß sich die Produktionsmittel im Besitz einer Minderheit befinden, die wir Kapitalisten, und soweit sie sich selbst am Produktionsprozeß beteiligen, Unternehmer nennen, während die eigentlichen Produzenten als kapitallose Lohnarbeiter von ihnen abhängig sind. Der erste Umstand hat die Wirkung, daß die Produzenten nicht mehr Güter für den eignen Bedarf, sondern Waren für den Markt produzieren, deren Tauschwert (wie wir im siebenten Kapitel dargelegt haben) durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt wird, daher bei fortschreitender Technik stetig sinkt. Der zweite Umstand erzeugt einen unlöslichen Interessengegensatz zwischen den kapitalbesitzenden Unternehmern und den Lohnarbeitern. Da

aller Warenwert aus der Arbeit fließt, setzt der Arbeiter durch seine Arbeit den Materialien Wert zu. Fürs erste muß er, damit der Produktionsprozeß im Gange bleiben könne, so viel zusetzen, daß dadurch die Kosten seines eignen Unterhalts gedeckt werden. Das geschieht vielleicht durch sechsstündige Arbeit. Aber das genügt dem Fabrikanten nicht. Der Umstand, daß sich der Arbeiter dem Willen des Fabrikanten fügen muß, wenn er Arbeit haben und seinen Unterhalt finden will, setzt den Brotherrn in Stand, eine zwölfstündige Arbeit zu erzwingen und sich das Produkt der zweiten sechs Stunden als Mehrwert anzueignen. (Dieser Mehrwert ist noch lange nicht Reingewinn, denn der Fabrikant hat ihn mit dem Grundrentner, auf dessen Grund und Boden die Fabrik steht, mit dem Kaufmann, der die Fabrikate vertreibt, und mit dem Kapitalisten, von dem er Geld geliehen hat, zu teilen.) Je mehr Mehrwert der Unternehmer aus dem Arbeiter herausschlagen kann durch Kürzung des Lohnes und Verlängerung der Arbeitszeit, desto besser steht er sich, und desto schlechter, je erfolgreicher die Arbeiterschaft seinem Streben nach Mehrwert Widerstand leistet.

Entstanden ist das Kapital in diesem Sinne, d. h. der Kapitalbesitz der Unternehmer (Marx hat fast ausschließlich die englischen Verhältnisse im Auge) größtenteils durch Gewaltthat: Kolonialkriege, Beraubung und Ausbeutung der Eingebornen der Kolonien, Sklavenraub und Sklavenhandel, Pächteraustreibungen daheim und Raub des Gemeindeackers, wodurch einerseits der Großgrundbesitz angehäuft, andrerseits den städtischen Fabrikanten die Masse des nun besitzlosen Volkes als Lohnarbeiterschaft auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wurde. Nachdem der Grundstock des Kapitals auf diese Weise „akkumuliert" worden ist, vermehrt es sich stetig, und wird es gleichzeitig in einer immer kleinern Anzahl von Händen konzentriert. Für

die Vermehrung sorgt der Umstand, daß die fortschreitende Maschinentechnik in Verbindung mit den Krisen immer mehr Arbeiter überflüssig macht und so eine „industrielle Reservearmee“ bildet, aus der die Unternehmer ihre Arbeiterschaft jederzeit ergänzen können, wenn sich die bisherigen Arbeiter der Mehrarbeit und den Lohnabzügen, die man ihnen zumutet, nicht fügen wollen, sodaß jene immer mehr Mehrwert herauszuschlagen imstande sind. Für die stetige Konzentration aber sorgen die Krisen. Diese Krisen sind die Wirkung der Schranken, die sich das Kapital selbst schafft, und zwar dadurch, daß die Güter nicht mehr zur Bedürfnisbefriedigung, sondern als Ware für den Markt produziert werden. Seine Bedürfnisse kann der Einzelne nur mit Geld befriedigen, und zwar um so reichlicher und besser, je billiger alle Waren sind, die er zu kaufen hat; Geld aber kann er nur erhalten, wenn er viel Waren mit Vorteil verkauft; auf diese Weise aber verwickelt die kapitalistische Produktionsweise jeden mit jedem in unlösliche Interessenkonflikte. Erstens haben alle Verkäufer einer bestimmten Ware, z. B. von Tuch, das Interesse, daß Tuch möglichst teuer und die Gesamtheit aller übrigen Waren möglichst billig sei. Zweitens aber hat jeder einzelne Tuchverkäufer das höchste Interesse daran, daß er sein Tuch billiger verkaufen könne als seine Konkurrenten. Jeder will also alle Waren mit Ausnahme seines eignen Fabrikats billig machen, d. h. die Produktivität der darauf verwendeten Arbeit steigern. Gleichzeitig aber will er seine Ware hoch im Preise halten, was nur dadurch geschehen kann, daß entweder allen andern, die sich auf diesen Gewerbszweig verlegen wollen, der Zugang gesperrt oder der technische Fortschritt darin gehemmt wird. Und zu diesem Widerspruch tritt der zweite, daß jeder einzelne Fabrikant eines bestimmten Gewerbszweigs diese Hemmung des technischen Fort-

schritts bloß für seine Konkurrenten wünscht, während er in seiner eignen Fabrik den Fortschritt aufs höchste steigern möchte. Alle Unternehmer zusammen aber treten in feindlichen Gegensatz zu den Lohnarbeitern, weil ihr Profit in dem Grade wächst, als der Arbeitslohn kleiner wird, oder vielmehr wachsen würde, wenn nicht — und das setzt dem Unsinn die Krone auf — die Absatzstockungen eben hauptsächlich durch die Verkürzung des Arbeitslohns hervorgerufen würden. So gerät der Unternehmer zuletzt in einen Interessenkonflikt mit sich selbst, indem er niedrige Arbeitslöhne wünschen muß, um beim Verkauf seiner Waren hohen Profit zu machen, zugleich aber hohe Arbeitslöhne, um seine Fabrikate überhaupt verkaufen zu können. So werden die Güter, die der Mensch zur Befriedigung seiner Bedürfnisse herstellt, in der Gestalt der Ware zu einer geheimnisvollen ihn beherrschenden Macht, zu einem Fetisch, und diesem Fetisch gesellt sich ein zweiter Fetisch zu, das Geld, das, die wahren und wirklichen Verhältnisse verdeckend, die Menschen blendet und in die Irre führt. Weil bei allen Tausch-, Wertübertragungs- und Teilgeschäften des heutigen Wirtschaftsprozesses das Geld den unentbehrlichen Wertträger bildet, weil deshalb Geld in Produktionsmittel, in Kapital, verwandelt werden kann und häufig muß und als Kapital benutzt wird, weil solchergestalt ohne Geld nichts mehr produziert werden kann, weil deshalb der Geldverleiher sogut eine Entschädigung zu fordern berechtigt ist wie der Mann, der eine Milchkuh verleiht, so erscheint zu guter letzt das Geld als der eigentliche Wertschöpfer, von dem zuerst der Darleiher, dann der Fabrikant, der Kaufmann und der Grundbesitzer, zuletzt die Arbeiter ihr Einkommen empfangen. Der ganze Produktionsprozeß stellt sich dem Beschauer verkehrt dar: sein letztes Ergebnis, der Geldzins, als die Grundlage, seine Grundlage, die Arbeit, als Geschenk des

Geldes (daher die verkehrte Bezeichnung: Arbeitgeber), woraus zu guter letzt die verrückte Vorstellung entspringt, als ob alles Einkommen im Grunde genommen Kapitalzins und das Geldkapital der Träger und Beweger des Produktionsprozesses sei, was natürlich zu einer ganz falschen Behandlung aller wirtschaftlichen Fragen führt.

Die Wirkung dieses Zustandes auf die Lage der Kapitalisten besteht nun darin, daß die beschriebne innere Schranke, die sich die kapitalistische Produktion schafft, die durchschnittliche Profitrate beständig erniedrigt, d. h. daß das Unternehmerkapital einen immer geringern Prozentsatz von Profit abwirft, wie das ja auch im Sinken des Zinsfußes der Leihkapitalien zum Vorschein kommt. Damit kann recht wohl zusammenbestehen, daß die Masse des Profits vorläufig immer noch wächst, weil ja das Gesamtkapital wächst. Aber es gehören immer größere Kapitalien dazu, um von den Zinsen anständig leben und als Unternehmer die Wirkungen der schleichenden Krise und das Sinken der Profitrate aushalten zu können. Daher gehen die mittlern und die kleinen Kapitalisten zu Grunde; ihr Vermögen fällt den Großkapitalisten zu. Unterstützt wird der Konzentrationsprozeß noch durch den Umstand, daß die Entwicklung der Maschinentechnik zusammen mit der Macht des Geldes den Großbetrieb zur allein noch lebensfähig bleibenden Produktionsform macht, mit der die mittlern und kleinen Betriebe nicht mehr zu konkurrieren vermögen. Die Großkapitalisten werden nun so reich, daß sie immer weniger imstande sind, die Überschüsse ihrer Einkünfte zu verzehren. Sie sind gezwungen, diese zu kapitalisieren, und vermehren dadurch die allgemeine Verlegenheit und den Druck auf die Profitrate, weil eben bei der immer geringer werdenden Kaufkraft der verarmenden Massen weder die bestehenden Unternehmungen mit Aussicht auf Ge-

winn erweitert, noch neue gegründet werden können. So leidet die Klasse der Reichen an einem Überfluß unverwendbaren Kapitals, die der Armen an Einkommenmangel, und gleichzeitig wird jene reiche Schicht immer kleiner, die arme immer größer. Auf dem einen Pol der Gesellschaft häuft sich unverwendbares Kapital, auf dem andern unverwendbare Arbeitskraft auf. Das Ende dieser Entwicklung kann nur sein, daß die Kapitalisten, wenn ihre Zahl hinreichend klein geworden sein wird, von den notleidenden Massen ihres Kapitals entkleidet, daß die Expropiateure expropiiert werden, und das Kapital in den Gemeinbesitz übergehen. Dann wird die organisierte Arbeiterschaft den Produktions- und Verteilungsprozeß in die Hand nehmen, die Güter werden die Gestalt der Ware, in der sie den Menschen beherrscht haben, wieder ablegen und nur noch zu ihrem eigentlichen Zwecke hergestellt werden, zur Bedürfnisbefriedigung für die Menschen. Dann erst wird der technische Fortschritt dem gesamten Menschengeschlecht in vollem Maße zu gute kommen; die Form des arbeitsteiligen Großbetriebs, die herzustellen der weltgeschichtliche Zweck der kapitalistischen Periode gewesen ist, wird in der neuen Gesellschaftsordnung erhalten bleiben und ihre Vollendung erfahren.

In dem Marxischen Werke sind die leitenden Ideen und die zu ihrer Begründung beigebrachten Thatsachen, Begriffserklärungen und Beweisführungen auseinanderzuhalten. Das zur Begründung dienende Material enthält sehr viel wertvolles, und seine Begriffserklärungen und Unterscheidungen treffen vielfach den Nagel auf den Kopf, wie wir in den Kapiteln über den Wert und das Kapital gesehen haben, aber seine leitende Idee ist nur nach der einen Seite hin wahr. Es ist richtig, daß der Kapitalismus bis jetzt im allgemeinen fortgeschritten ist, und daß er sich in die beschriebnen Schwierigkeiten und Widersprüche

verwickelt, aber es ist nicht richtig, daß die Entwicklung notwendigerweise so radikal verlaufen muß, wie Marx annimmt. Diese Annahme entstammt den Erscheinungen, die England vor fünfzig Jahren darbot, aber die damalige Entwicklung Englands ist nicht die Entwicklung Englands überhaupt, und die Entwicklung Englands ist noch lange nicht die der menschlichen Gesellschaft. Sogar in England ist das, was Marx den Kapitalismus nennt, nicht vollständig durchgeführt, der Proletarisierung der Massen, die vor fünfzig Jahren unaufhaltsam fortzuschreiten schien, und dem Arbeiterelend ist seitdem entgegengewirkt worden, und noch weniger verlaufen die Dinge in Deutschland, Frankreich und Österreich nach dem Marxischen Schema.

Die Frage, wie weit die Erwartung des „großen Kladderadatsch," wie Bebel den Zusammenbruch der heutigen Gesellschaftsordnung zu nennen liebt, berechtigt sei, zerfällt in die beiden Unterfragen, ob es wahr sei, daß das Volksvermögen die Tendenz habe, in eine immer kleiner werdende Zahl von besitzenden Händen zusammenzuströmen, und daß Kleinbetriebe heute nicht mehr lebensfähig seien, also von den Großbetrieben aufgesaugt werden müßten.

Die Tendenz zur Kapitalanhäufung in wenigen Händen kann nicht geleugnet werden. Die Zahl der Riesenvermögen, der Vermögen von einer Größe, wie sie keine frühere Zeit gekannt hat, ist ebenso im steigen begriffen wie die der Besitzlosen, und namentlich in einem übervölkerten Lande, wie das deutsche Reich eins ist, das noch dazu kein nennenswertes Kolonialgebiet besitzt, steht es von vornherein fest, daß jeder weitere Bevölkerungszuwachs das Proletariat vermehren muß. Man hält dieser Thatsache die stetig wachsenden Sparkasseneinlagen entgegen, die den steigenden Wohlstand der untersten

Bevölkerungsschicht bezeugen sollen. Sie betrugen im Jahre 1890 in Preußen 3282 Millionen Mark, sodaß also auf den Kopf der Bevölkerung über 120 Mark, und die Familie zu fünf Köpfen gerechnet, auf die Familie 600 Mark kamen. Der Umstand, daß die reichen Leute ihr Geld nicht in der Sparkasse anlegen, die Zahl, unter die sich das Sparkassenvermögen verteilt, also bedeutend kleiner ist als die damalige Einwohnerzahl von 29 Millionen, wird durch die andre reichlich aufgewogen, daß bei dem heutigen niedrigen Zinsfuße auch viele wohlhabende Leute einen Teil ihres Geldes, für das sie im Augenblick keine bessere Anlage finden, vorübergehend der Sparkasse übergeben. Aber wenn auch jede Proletarierfamilie 1000 Mark in der Sparkasse hätte, so wäre das noch lange kein Ersatz für die verlorne Existenzsicherheit, die in frühern Zeiten dem Manne der untersten gesellschaftlichen Schicht, dem ländlichen Leibeignen, seine Hütte, sein Acker und die Verpflichtung des Gutsherrn, ihm in Zeiten der Not mit Brotkorn und Vieh auszuhelfen, gewährten. Tausend Mark werden in Zeiten der Arbeitslosigkeit oder Krankheit binnen wenigen Monaten verbraucht, und erhält sie sich die Familie, so werfen sie jährlich etwas über dreißig Mark ab, wofür man nicht einmal in der Kleinstadt, geschweige denn in der Großstadt eine noch so elende Wohnung bekommt. Man weist ferner darauf hin, daß der Mittelstand keineswegs schwindet, vielmehr nach dem Zeugnis der Steuerlisten ein wenig wächst. Dagegen ist erstens zu erinnern, daß der Mittelstand, möchte er auch ein wenig zunehmen, an sich erschreckend klein genannt werden müßte. Denn nur drei Zehntel der preußischen Bevölkerung versteuern mehr als 900 Mark Jahreseinkommen, und bei 1000 oder 1200 Mark wird man den Mittelstand doch auch noch nicht anfangen lassen

wollen. Das behagliche Leben beginnt für Städter mit starker Familie erst bei 6000 Mark, und eines Einkommens von 6000 Mark und darüber erfreuen sich nur wenig über 100000 Steuerzahler, also etwa 500000 Familienglieder oder ein Sechzigstel der preußischen Bevölkerung. Zweitens ist zu fragen, wie sich denn dieser stetig wachsende Mittelstand zusammensetze? Antwort: zu einem großen Teile aus unselbständigen Personen: Angestellte in Fabriken, Gruben, Großhandlungen und auf großen Landgütern, also Personen, die sich weder der Unabhängigkeit noch der völligen Existenzsicherheit eines Bauern oder eines bürgerlichen Hausbesitzers erfreuen. Ferner aus Beamten. Das Wachstum der Beamtenzahl aber, namentlich wenn es unproduktive Beamte wie Aufseher, Polizeibeamte, Offiziere sind, die die Produktion mehr hemmen als fördern, und deren Einkommen einen Abzug an dem Einkommen der produktiven Klassen bedeutet, eine solche Mittelstandsvermehrung ist ungesund. Demnach ist an der Thatsache der steigenden Kapitalskonzentration nicht zu zweifeln; nur geht sie weit langsamer vor sich, als heißblütige Sozialdemokraten wünschen und glauben; zudem werden ihre Wirkungen durch das stete Wachstum des Gesamtvermögens der Nation, das bei dem heutigen Stande der Technik unvermeidlich ist, gemildert, und endlich können die Gesetzgebung und Ereignisse in den Prozeß hemmend eingreifen; da dieser eine schwere Gefahr darstellt, so ist es für die Gesetzgeber Pflicht, einzugreifen.

Weit weniger entspricht die Entwicklung der Betriebsformen den sozialdemokratischen Erwartungen. Es ist einfach nicht wahr, daß der Kleinbetrieb heute ganz allgemein nicht mehr lebensfähig wäre. Die bekannten Klagen über den Niedergang „des Handwerks“ und „der Landwirtschaft,“ die die

Sozialdemokratie in ihrer Einbildung bestärkt haben, sind unbegründet, wenn auch sehr viele einzelne Handwerker und Landwirte Grund genug zu Klagen haben. Es ist zuvörderst nicht wahr, daß die Maschine, oder das Großkapital, oder beide vereint „das Handwerk" mit Vernichtung bedrohten. Die Lebensbedingungen der verschiednen Handwerker sind so verschieden von einander, daß man vom „Handwerk" im allgemeinen gar nichts aussagen kann, und innerhalb eines und desselben Handwerks wiederum sind die Aussichten der einzelnen Mitglieder sehr verschieden.

Zuvörderst ist zu bemerken, daß sich der Großbetrieb von selbst versteht für Gewerbe, deren Erzeugnisse einen kolossalen Umfang haben, die also große Räume, viele Arbeiter und große Materialienmassen beanspruchen. Kanonen können nicht im Hinterstübchen gegossen und Panzerschiffe nicht im Mühlgraben gebaut werden. Eisenbahnen können überhaupt nicht einzelnen Personen, sondern nur Aktiengesellschaften oder dem Staate gehören. In diesen Gewerben feiert die Maschine ihren Triumph, sowie im Maschinenbau, der die Maschine selbst herstellt. Das Handwerk wird von diesen und verwandten Gewerben, wie den Hochöfen, Eisenwalzwerken, Elektrizitätsanlagen, nicht beeinträchtigt, weil sie ja eben von vornherein gar keine Handwerke sind, sondern Erzeugnisse schaffen oder Dienste leisten, die das Handwerk nicht schaffen und leisten kann, und die vor der Erfindung der Dampfmaschine gar nicht vorhanden waren. Mit diesen Erzeugnissen und Leistungen also greift der Maschinengroßbetrieb nicht in den Bereich des Handwerks ein; und wenn sich die Zahl der im Handwerk beschäftigten Personen im Verhältnis zur gesamten Einwohnerschaft vermindert, so liegt die Sache nicht so, daß der handwerksmäßige Kleinbetrieb vom Maschinengroßbetrieb zurückgedrängt

würde, ondern neben das alte Handwerk treten diese neuen Gewerbe und gewähren dem Bevölkerungsüberschuß, den das Handwerk nicht aufzunehmen vermöchte, Unterkunft und Beschäftigung.

Diesen Maschinengroßbetrieben, die nicht aus dem Handwerk hervorgegangen sind und niemals Handwerk werden können, stehen Handwerke gegenüber, die niemals Maschinengroßbetriebe werden können, denen also weder die Maschine noch das Kapital etwas anhaben kann. Es sind das zunächst die Gewerbe der persönlichen Dienstleistungen, wie das Barbiergewerbe, die verschiednen Arten der Chirurgie, die Zahntechnik, das Kaminfegergewerbe, der Hufbeschlag. Dann die Reparaturgewerbe. Solche sind heute: Uhrmacherei, Goldarbeiterei, Klempnerei, Schlosserei. Die Schlosserei, Klempnerei, Glaserei und Bautischlerei sind außerdem Anbringegewerbe; das Anpassen und Anschlagen von Thüren, Fenstern, Schlössern, Dachrinnen kann nicht von einer Maschine besorgt werden. Nicht die Maschine, wohl aber das Geldkapital könnte allerdings in diesen Gewerben den Kleinbetrieb durch den Großbetrieb verdrängen. Dieser ist aber deshalb unvorteilhaft, weil der Großunternehmer jedem der Gesellen- und Lehrjungentrupps, die er auf verschiednen Bauten beschäftigt, einen sachverständigen Aufseher mitgeben müßte, wenn die Arbeit ordentlich gemacht werden sollte, und das würde sie sehr teuer machen. Aus demselben Grunde bleibt das Tapezier- und Dekorateurgewerbe Kleingewerbe; es wird am vorteilhaftesten betrieben, wenn der Meister bloß mit einem Gehilfen oder Lehrling arbeitet. Hier kommen nun noch Geschmack, künstlerische Anlage und erworbene Kunstfertigkeit als Erfordernisse hinzu, von deren Ersatz durch Maschinen gar keine Rede sein kann. Mit der Tapeziererei wird oft die Sattlerei ver-

bunden, in der sowohl bei der Polsterei wie bei dem Anfertigen von Sätteln und Pferdegeschirren die Handarbeit unentbehrlich bleibt. Beide verbinden sich weiter mit dem Wagenbau. Dieser neigt seiner Natur nach zum Großbetrieb, nicht weil darin die Maschine eine große Rolle zu spielen berufen wäre, sondern wegen der Größe und, bei Luxuswagen, Kostbarkeit des Erzeugnisses; der Wagenbauer nimmt gelernte Stellmacher, Sattler und Tapezierer, auch Posamentierer, in seinen Dienst; der Stellmachermeister alten Stils bleibt auf Heu- und Düngerwagen und Reparaturen eingeschränkt. Beim Bau der Eisenbahnwagen kann, wie bei dem der Lokomotiven, von vornherein von handwerksmäßigem Betrieb keine Rede sein.

Mehrere der vorgenannten Handwerke haben einen Teil ihres alten Bereichs an den fabrikmäßigen Großbetrieb verloren, indem Blechwaren, Schlüssel und Schlösser, Gold- und Silberwaren fast nur noch in der Fabrik gefertigt werden; dem Handwerker bleibt der Handel mit der fertigen Ware, bei Schlössern und Schlüsseln die Anbringung und Anpassung, in allen Fällen die Reparatur. Die Uhrenfabrikation ist von Anfang an Manufaktur und auf wenige kleine Bezirke beschränkt gewesen, weil sie nur bei weitgehender Arbeitsteilung vorteilhaft betrieben werden kann; die gewöhnlichen Uhrmacher waren daher immer nur Reparateure und Händler. Für das verlorne Gebiet haben übrigens einige dieser Handwerke anderweitigen Ersatz erhalten, indem den Klempnern z. B. die Gasinstallation, den Schlossern die Anfertigung schmiedeeiserner Gitter und Treppen zugefallen ist; das Schmiedeeisen verdrängt nämlich in neuerer Zeit mehr und mehr das Gußeisen, das Jahrzehnte hindurch die Herrschaft behauptet hatte. Überhaupt treibt die fortschreitende Technik fortwährend nicht

bloß neue Zweige an alten Gewerben, sondern neue Gewerbe, wie die Photographie, hervor und erweckt erstorbne, die früher geblüht hatten, wie die Stuckarbeit, die Mosaik- und Majolikafabrikation zu neuem Leben; diese Gewerbe werden allerdings im großen am vorteilhaftesten betrieben. Die Bauhandwerke im engern Sinne des Worts sind niemals Kleinbetriebe gewesen und können es nicht sein; ein Maurer mit einem Jungen allein kann kein großes Haus bauen; sie haben von Natur einen mittlern Umfang. Daß der Häuserbau heute so ganz kapitalistisch betrieben wird, daß der alte Maurer- und Zimmermeister dem vornehmen Architekten und dem Bauunternehmer gewichen sind, hängt mit der Maschine gar nicht und mit dem Kapitalismus nur mittelbar, unmittelbar aber mit der Zusammendrängung der Menschen in Großstädten und mit dem Schwinden des Sinns für das Eigenhaus zusammen. Nur dadurch, daß sich die Mehrzahl der Städter dazu bequemt hat, in Mietkasernen zu wohnen, der Bau also gar nicht mehr von dem Geschmack und den Verhältnissen der Personen abhängt, für die das Haus bestimmt ist, hat der Häuserbau ein von Kapitalisten mit oder ohne Fachbildung betriebnes Spekulationsgewerbe werden können.

Überhaupt hängt das Schicksal vieler einzelnen Gewerbe in einem hohen Grade vom Geschmack des Publikums ab und von den Anforderungen, die es aus Bequemlichkeit stellt. Wenn es z. B. ganz allgemein die Bücher fertig gebunden fordert, so wird den Provinzbuchbindern höchstens noch das Aktenheften und ein wenig Kartonnagearbeit übrig bleiben; die meisten werden sich nicht mehr halten können, besonders da ihnen ihr früherer Nebenverdienst als Schreibmaterialien-, Papeteriewaren- und Sortimentsbuchhändler durch die jetzt allerorten be-

stehenden ordentlichen Buch-, Papier- und Galanteriewarenhandlungen entzogen wird. Ebenso hängt es vom Geschmack des Publikums ab, in welchem Umfange solchen Gewerben wie der Schlosserei, Sattlerei, Tischlerei ein Teil ihres Bereichs zu Gunsten der Fabrik entzogen wird. Einem Menschen von rohem Geschmack ist es gleichgiltig, wie das Gitter um seinen Garten aussieht; der Mann von Geschmack zieht der plumpen Fabrikware die Handarbeit des Kunstschlossers vor. Bei der Tischlerei kommt hinzu, daß saubere Handarbeit auch die größere Haltbarkeit verbürgt. Übrigens hat die Maschine für den Tischler keineswegs die Bedeutung, die man ihr gewöhnlich zuschreibt. Es ist vorteilhaft für ihn, einzelne Möbelteile, wie gedrehte Tischbeine, aus der Fabrik fertig zu beziehen, aber in seiner Werkstatt nützen ihm Maschinen nicht gar viel. Er kann sie nicht ausnutzen, wie der Spinner die Spinnmaschine, die Tag und Nacht geht, denn er hat bald an dieser, bald an jener Maschine, bald bloß mit der Hand zu thun, und das Hin- und Herlaufen raubt ihm manchmal so viel Zeit, als ihm die Maschine erspart. Das gilt zum Teil auch noch für große, arbeitsteilig arbeitende Möbelfabriken; der kleine Tischler thut meistens besser, wenn er von der Innung oder Genossenschaft angeschaffte Maschinen oder Maschinen einer benachbarten Fabrik gegen Miete benutzt. Was den kleinen Tischler schädigt, das sind weniger die Maschine und das Großkapital, als gewisse weiter unten zu erwähnende Kundengewohnheiten und soziale Übelstände. Übrigens bezieht sich die Arbeitsteilung in den Möbelfabriken vorzugsweise auf Vorbereitungsarbeiten, wie die Herrichtung des Holzes. In den berühmten Mainzer Möbelfabriken macht jeder Tischler sein Stück von Anfang bis zu Ende fertig; er arbeitet gerade so wie der kleine Tischler in seiner Werkstatt. Die Ver-

einigung vieler Tischler in einer Fabrik, und dazu noch vieler Tapezierer und andrer Handwerker, ist nur darum notwendig, weil reiche Leute heutigen Tages nicht einzelne Möbel kaufen, sondern sich stilvolle Ausstattungen komponieren lassen, was einzelne Tischler und auch mehrere einzelne Tischler zusammen nicht zu leisten vermögen. In der großen Fabrik liefern Zeichner, die oft wirkliche Künstler und auf dem Polytechnikum gebildet sind, den Kunden die Entwürfe, nach denen dann gearbeitet wird. Natürlich stehen sich die „Arbeiter“ solcher Fabriken besser als der selbständige kleine Tischler.

Wie in der Tischlerei, so ist auch in den meisten Nahrungsmittelgewerben, namentlich in der Bäckerei, Konditorei, Fleischerei, Wurstmacherei, der Gebrauch der Maschine beschränkt und die Ausdehnung des Betriebs über einen gewissen Umfang hinaus nicht mehr rentabel. Wer das billige Brot der Militärbäckereien dem teuern Brote des Kleinbäckers gegenüberstellt, vergißt, daß der Militärfiskus weder Wohnungsmiete noch Steuern zu zahlen hat. In der Müllerei und der Brauerei hat der Großbetrieb gesiegt.

Auch in den Bekleidungsgewerben hängt vom Geschmack des Publikums sehr viel ab. Der Geck und die Modedame ziehn den Fabrikschuh vor, weil er elegant aussieht und stets genau der wechselnden Mode entspricht. Daß sie sich damit den Fuß verkrüppeln, kümmert sie nicht, und daß er schnell zerreißt, berührt sie gar nicht, weil es ja zum feinen Ton gehört, beständig mit seinen Kleidungsstücken zu wechseln und stets etwas neues am Leibe zu tragen. Der verständige Mann und die wirtliche Hausfrau ziehen den vom Meister angemessenen Schuh oder Stiefel vor, der genau paßt, in dem man bequem geht, und der ein Jahr oder ein paar Jahre hält.

Davon, ob die erste oder die zweite Menschengattung überwiegt, hängt die Zukunft der Kleinmeister mehr ab als von der Maschine und dem Großkapital. Die „Konfektion" muß den Geschmack für sackartige Männerröcke und Beinkleider und für Mäntel verbreiten, die dem einen Kunden so gut oder so schlecht passen wie dem andern. Das Schicksal des Schneiders hängt davon ab, in welchem Grade sich das Publikum diesem Geschmacke fügt.

Die bekannten Vorteile, die die Überlegenheit des Maschinengroßbetriebs begründen: möglichste Verdrängung der teurern gelernten durch die billigere ungelernte, der teurern Männer- durch die billigere Frauen- und Kinderarbeit, des teurern menschlichen Arbeiters durch die billigere Maschine, billiger Masseneinkauf des Rohmaterials, eine Intensität des arbeitsteilig gegliederten Betriebs, bei der keine Minute des Tages und womöglich auch der Nacht verloren geht, alle diese Vorteile kommen voll zur Geltung nur bei der Anfertigung von Waren, die kein individuelles Gepräge zu haben brauchen, wo ein Stück wie das andre aussieht, und die von sehr einfacher Struktur sind. Bei Kleiderbesätzen fordern gewählte Damen immer neue originelle Muster, daher bleiben die feinern Posamentenwaren Handarbeit; die Fabrik kann nur die gröbere gleichartige Ware liefern, denn sollten beständig neue Muster eingelegt und diesen die Maschine angepaßt werden, so käme das zu teuer. An Sätteln und Riemenzeug sind Nähte nicht zu vermeiden, an die keine Maschine heran kann, daher erscheint es meist vorteilhafter, die Maschine überhaupt nicht erst zu verwenden. Koffer und Portemonnaies dagegen (diese letzten waren übrigens vor fünfzig Jahren überhaupt noch unbekannt) werden nur noch in der Fabrik gemacht. Das Ideal der für den Maschinengroßbetrieb prädesti-

nierten Erzeugnisse sind die gewöhnlichen glatten Gewebe: Tuch, Leinwand, Kattun (mit Damasten, Brokaten und Gobelins verhält es sich schon anders); hier ist die Überlegenheit jener Betriebsart so augenscheinlich, daß es ein thörichtes Beginnen wäre, den Stand der Handwerker künstlich halten zu wollen, eben so thöricht, wie wenn man wieder anfangen wollte, mit dem Spinnrad zu spinnen. Das ist es nun, was Marx zu seinem Irrtum verführt hat. Die Kattunweberei nahm im England der ersten Hälfte unsers Jahrhunderts einen so hohen Rang ein (king cotton, König Baumwolle!), daß sie ihm als die Vertreterin des Gewerbelebens überhaupt erschien. Davon kann heut kaum noch in England die Rede sein, in Deutschland aber wäre es ganz verkehrt, die Weberei für das Muster zu halten, nach dem sich unser ganzes ungeheuer reich gegliedertes Gewerbeleben zu richten hätte. Höchstens im Königreich Sachsen hätte diese Ansicht einige Berechtigung, wo ja auch die den englischen ähnlichen Verhältnisse den fruchtbarsten Nährboden für die Sozialdemokratie abgeben.

Es war nicht möglich, an dieser Stelle alle Gewerbe durchzugehen, aber das Gesagte wird genügen, von den Aussichten der Handwerke und ihrem Verhältnis zur Großindustrie eine Vorstellung zu geben. Fassen wir das Ergebnis unsrer Übersicht zusammen! Es giebt Großindustrien, die von vornherein und ihrer Natur nach Großindustrien sind; diese haben kein Handwerk verdrängt, sondern sind als neue Gewerbszweige neben das alte Handwerk getreten. Es giebt Handwerke, die nur ohne Maschinen, oder wenn auch mit einigen kleinen Maschinen, so doch nur im kleinen betrieben werden können. Es giebt Handwerke, bei denen, mögen sie Maschinen verwenden oder nicht, ein mittlerer Betrieb der natürliche und angemessene ist. Es giebt Handwerke, die zwar Maschinen an-

wenden können, aber nur in beschränktem Maße. Es giebt Handwerke, denen der Maschinengroßbetrieb einen Teil ihrer Produktionszweige genommen hat, die aber Ersatz dafür finden teils durch den Handel mit Fabrikware, teils durch neue Produktionszweige, die ihnen zuwachsen. Es giebt Handwerke, deren Produkte sämtlich in Fabriken mit Maschinen angefertigt werden, sodaß sie einen Teil ihres Absatzgebietes verlieren, die aber nicht ganz zu Grunde gehen können, weil die Fabrikware nicht alle Kunden zu befriedigen vermag. (Die Hauptvertreterin dieser Gruppe ist die Schuhmacherei.) Es giebt Gewerbe, die gleich vorteilhaft in Form des Handwerks und der Fabrik betrieben werden können. Bei dieser und bei der vorigen Gruppe ist es vorzugsweise die Kapitalfülle, was zur Errichtung von Fabriken treibt. Ein reicher Lederhändler, der sein Geld im Handel nicht ganz verwenden kann, und auch mancher Kapitalist, der in gar keiner Beziehung zum Ledergeschäft steht, gründet eine Schuhfabrik oder eine Kleiderkonfektion oder legt einen Kleiderladen an, bloß weil er keine bessere Verwendung für sein Geld weiß. Diese beiden Gruppen und auch einige der vorher angeführten können ihr Gebiet gegen den Großbetrieb wirksam verteidigen durch Gründung von Genossenschaften, die die Rohstoffe gemeinsam einkaufen, Maschinen zu gemeinsamer Benutzung anschaffen, gemeinschaftliche Verkaufsladen anlegen oder wo es sich um Exportwaren handelt, kaufmännisch gebildete Genossenschaftsbeamte für den Verkehr mit den ausländischen Abnehmern anstellen. Auch die Kleinmotoren bringen dem Handwerker, der, wie der Drechsler, der Tischler, der Wurstmacher, Triebkräfte verwenden kann, einige Hilfe, und noch mehr darf man sich von Einrichtungen versprechen, die in Zukunft hoffentlich jedem einzelnen Handwerker benachbarte Wasserkräfte durch elektrische

Kraftübertragung dienstbar machen werden. Endlich giebt es Handwerke — es sind dies die meisten Zweige der Weberei —, deren Zeit vorüber ist, und die endgiltig von der Fabrik verdrängt sind. Doch ist dies nicht als ein so großes Unglück zu betrachten, weil die Weber nur im frühern Mittelalter, wo ihnen ihre im Verhältnis zum Bedarf geringe Zahl Monopolpreise sicherte, guten Verdienst hatten. Schon im spätern Mittelalter sanken die meisten zu Manufakturarbeitern der wenigen großen Meister herab, die sich zu Fabrikanten, zu Tuch- und Leinwandkaufleuten emporschwangen, und zahllose Weberrevolten bekunden, wie unbefriedigend die Lage der Weber gewesen sein muß. Auch die Schneider und Schuster haben sich schon vor der technischen Umwälzung unsers Jahrhunderts meistens recht kümmerlich durchgeschleppt.

Innerhalb jedes Handwerks ist die Lage der einzelnen Meister*) sehr verschieden je nach ihrem Vermögen. Wer sein Gewerbe mit einem angemessenen Kapital begründen und betreiben kann, der wird auch heute noch im Handwerk reich, wenn ihm die übrigen Eigenschaften: Fleiß, Thatkraft, Umsicht, Geschicklichkeit, tüchtige technische und kaufmännische Ausbildung nicht fehlen, und wenn er Glück hat. Ein solcher begründet von vornherein einen mittleren Betrieb und schwingt sich gewöhnlich zum Fabrikanten empor. Die verschiednen Handwerke erfordern verschieden große Kapitalien; als Schneidermeister kann sich einer mit 500 Mark etablieren, ein Schlächtermeister braucht bedeutend mehr, ein Zimmermeister

*) Mit der Lage der Gesellen und Lehrlinge haben wir uns hier, wo es sich nicht um die Feststellung der sozialen Zustände, sondern nur um die Frage der Lebensfähigkeit des Kleinbetriebes handelt, nicht zu beschäftigen.

muß heutzutage 30000 Mark zum Anfang haben. Sich ohne das nötige Anfangskapital als Meister niederlassen, ist ein Wagnis, das meistens mißlingt, und das unbedingt mißlingen muß, wenn der junge Meister gleich anfangs das Geschäft in einem seine Mittel weit übersteigenden Umfange betreibt, wenn er wohl gar, anstatt persönlich für zwei Gesellen zu arbeiten, den Herrn spielt, seine Thätigkeit auf die Leitung der Werkstatt beschränkt. Auch darin hat sich eigentlich gegen früher nichts geändert, denn der alte Handwerksmeister war gewöhnlich ein Meisterssohn, der des Vaters Haus, Werkstatt und Vorräte erbte,*) oder der Gatte einer Meisterstochter oder Meisterswitwe, die ihm dieses Kapital zubrachte, und mußte, wenn er durchkommen wollte, selber tüchtig arbeiten.

Was heute den kleinen Handwerkern das Leben mehr schwer macht als die Maschine und das konkurrierende Großkapital, das sind gewisse gesellschaftliche Unsitten und Übelstände. Zuerst die abscheuliche Pumpwirtschaft. Auf drei Mark Tagesverdienst kann es ein kleiner Schuhmacher, der mit einem Gesellen und einem Lehrling arbeitet, schon bringen, und damit würde er bei kleiner Familie und bescheidnen Lebensgewohnheiten durchkommen. Aber er hat diese drei Mark niemals in der Hand. Seine Kunden bleiben ihm mehrere Monate und sogar Jahre lang schuldig; um sein Geld in kleinen Posten hereinzubringen, muß er sich mit Mahnen eine Unmasse Zeit verlaufen und verschreiben und die Seele herausärgern. Weil er niemals eine größere Summe Geldes beisammen hat, kann er nicht bar einkaufen; er gerät in die Schuldknechtschaft des Lederhändlers, muß

*) Meistens gehörte zum Hausgrundstück auch noch ein Acker, sodaß der Besitzer nicht ganz und gar bloß von seinem Gewerbe abhing.

seine Lebensmittel auf Borg nehmen und die Miete schuldig bleiben. Er mag sich sechzehn bis zwanzig Stunden des Tages abrackern — wenn er am andern Morgen erwacht, weiß er nicht, woher er das Geld auf Brot für seine Kinder nehmen soll. So fristet er ein elendes Dasein, von dem ihn nur der Tod erlöst. Alle Organisationen des Handwerks, die man plant, nützen nichts, wenn sie diesen Übelstand nicht beseitigen. Das könnten sie aber nur dann, wenn sie die Ablieferung von Ware ohne Barzahlung bei Strafe verböten, und da man sich zu einem solchen Paragraphen nicht wird entschließen können, so wird die Hauptsache ungethan bleiben. Hier könnte nur eine sittliche Umwandlung helfen, und diese müßte von den höhern Ständen ausgehen, die im schuldig bleiben mit dem schlechtesten Beispiele vorangehn. Zunächst muß den Leuten in der Presse vorgehalten und immer wiederholt werden, daß es eine himmelschreiende Sünde ist, dem Arbeiter den verdienten Lohn vorzuenthalten, daß es Wucher und Erpressung ist, ihn monatelang auf die Bezahlung warten zu lassen, und daß es gemeiner Diebstahl ist, ihn gar nicht zu bezahlen; schon daß man ihm die Schuld nicht verzinst, ist Diebstahl.

Die zweite dem Handwerker verderbliche Unsitte ist die Verzärtelung und Bequemlichkeit unsers Honoratiorenpublikums. Es zieht sich mehr und mehr in feine Stadtteile zurück, wo es vom Fabrik- und Handwerksbetrieb nichts mehr zu hören, zu sehen und zu riechen bekommt, ja die Mieter der höhern Klassen machen es wohl ausdrücklich zur Bedingung, daß in dem Hause, in das sie ziehen, und in dessen Umgebung kein Gewerbebetrieb zu spüren sein darf. Demnach mögen sie auch nicht mehr die Schwelle einer schmutzigen und übelriechenden Werkstatt überschreiten, um da eine Bestellung zu machen, mögen

weder die „proletarischen" Stadtteile, noch die Hinterhäuser und Kellerwohnungen der „bessern" Stadtteile mehr betreten. Ihrem feinen Geschmack kommt der Laden entgegen, in dem sie alles, was das Herz begehrt, in reichster Auswahl beisammen finden, und so sieht sich der Kleinmeister vor die Wahl gestellt, ob er sich auf eine proletarische, zahlungsunfähige Kundschaft beschränken oder seine Selbständigkeit aufgeben und für ein Ladengeschäft arbeiten will. Nicht die Maschine bringt ihn ums Brot, sondern die „Vornehmheit" der Kundschaft. Diesem Übelstande könnte nur abgeholfen werden, wenn sich unsre christlichen Honoratioren zu dem Wahlspruche des alten Heiden: nil humani a me alienum puto, nichts, was einen meiner Mitmenschen betrifft, soll mir fremd bleiben, bekehren wollten.

Die Sonderung der Honoratioren vom arbeitenden Volke bewirkt, daß, je prachtvoller und komfortabler die vornehmen Stadtteile werden, die proletarischen desto mehr verlumpen, schon aus dem Grunde, weil die Wirte von Häusern, in die keine „anständigen" Mieter ziehen, für deren Instandhaltung, Sauberkeit und Salubrität nichts thun. Und da die kleinen Einfamilienhäuser verschwinden, der Handwerker also auf die Mietkasernen der ärmern Stadtteile angewiesen ist, so gesellt sich den ersten beiden Übelständen noch das Wohnungselend zu. Es besteht nicht bloß darin, daß der Handwerker in häßlichen ungesunden Löchern hausen muß, in denen er frühzeitig siech wird, und in denen ihm Frau und Kinder krank werden, daß er kein Gelaß für Vorräte hat, keine gemütliche Stätte für die Erholung, die er sich gezwungen sieht, im Wirtshause zu suchen, sondern mehr noch darin, daß er zu öfterm umziehen, zum nomadisieren genötigt ist, was ihm unproduktive Ausgaben und Zeitverlust verursacht, wobei ihm sein

Hausrat zu Grunde geht und die Erwerbung einer festen Kundschaft unmöglich wird. Diesem Übelstande könnte nur durch Dezentralisierung abgeholfen werden, durch Auflösung der Großstädte, Verteilung der Gewerbe über das Land in Dörfer und kleine Städte.

Endlich ängstigt und gefährdet den kleinen Handwerker der rasende Wechsel der Moden sowohl wie der Betriebsarten. Die übersättigte Schaulust und die prunkende Eitelkeit der zahlreichen Müßiggänger und Müßiggängerinnen, die einen so bedeutenden Teil der zahlungsfähigsten Kundschaft ausmachen, fordert täglich nouveautés; unsre höchst vollkommne Technik ist imstande, diese Forderung zu befriedigen, aber der kleine Handwerker nicht mit seinem beschränkten Gesichtskreis, seinem unentwickelten Geschmack, seiner Unbehilflichkeit, seinen geringen Mitteln. Dieselbe vollkommne Technik liefert täglich neue Maschinen und Werkzeuge und bessere Betriebsarten, aber der eben beschriebne kleine Handwerker kann sie sich nicht zu nutze machen; wie sollte der in ärmlichen Verhältnissen aufgewachsene verkümmerte Mann mit einer Zeit fortkommen können, die nicht allein mit Windeseile, sondern in gewaltigen Sprüngen und überraschenden Wendungen vorwärts stürmt? Man denke sich die Lage eines Gymnasiallehrers, dessen Einkommen davon abhinge, daß er sich allmonatlich eine neue Lehrmethode aneignete und einen andern Stoff behandelte! In dieser Lage befindet sich der heutige Handwerker. Dazu gehören Energie, Elastizität, weiter Blick, Wagemut, Geldmittel, alles Dinge, die der bei ununterbrochner mühseliger Arbeit, bei Kartoffeln, Cichorienkaffee und Ärgernis im Hinterhause verkümmerte Kleinmeister nicht haben kann. Die Organisation in Genossenschaften könnte wohl auch in dieser Beziehung die Unzulänglichkeit der Einzelnen ein wenig ergänzen. Bessere Ausbildung der Lehr-

linge, etwa in Lehrlingsschulen, würde dem zukünftigen Handwerker zwar einige der erforderlichen Eigenschaften beibringen, diese würden ihm aber auch noch nichts nutzen, sondern seine Qual nur vermehren, wenn man ihm nicht zugleich die Mittel gewähren könnte, die erworbnen Kenntnisse und Fertigkeiten anzuwenden. Die bessere Ausbildung würde daher nicht allen Handwerkern, sonderu nur einer Aristokratie von Handwerkern zu statten kommen, und diese ist eigentlich schon jetzt vorhanden. Man findet überall Handwerker, die den Anforderungen der Zeit gerecht werden, und diese mögen von den Bestrebungen der Zünftler und den Organisationsplänen der Regierung nichts wissen; es geht ihnen gut, und sie befinden sich am wohlsten, kommen am rascheften vorwärts, wenn sie sich völlig frei bewegen können, ohne durch irgend eine Organisation gehindert zu werden. Wie überall, so erweist der Kulturfortschritt auch beim Handwerk eine stark differenzierende (d. h. große Unterschiede schaffende) Kraft; niemals ist die Lage des kleinen, mittellosen, unfähigen Handwerkers so trostlos gewesen wie heute, niemals hat aber auch der tüchtige, geschickte, kenntnisreiche, gewandte so rasch reich werden können, wenn ihm die Mittel zur Verfügung stehen, sich alle für sein Gewerbe wichtigen neuen Erfindungen sofort anzueignen, alle neuen Muster anzuschaffen und auszuführen, allen Wandlungen des Geschmacks auf dem Fuße zu folgen. Vielleicht bekommt doch die Menschheit mit der Zeit den ewigen Wechsel satt und richtet sich, zu dem Lebensideal der Alten zurückkehrend, wieder auf einfachere Sitten ein; das würde dann auch dem Erwerbsleben mehr Ruhe, Stetigkeit und Sicherheit zurückbringen.

Vorläufig ist eben das Leben, wie überhaupt für alle nicht sehr reichen Leute, so auch für die Handwerker schwerer geworden. Das ändert indes nichts

an dem Schlußergebnis unsrer Untersuchung: daß zwar viele einzelne Handwerker zu Grunde gehen, daß aber die Existenz „des Handwerks“ nicht bedroht ist, der mittlere und der Kleinbetrieb in einer Menge von Gewerben lebensfähig bleiben.

In der Landwirtschaft liegt die Lebensfähigkeit des Kleinbetriebs, der bäuerlichen Wirtschaft, so klar vor den Augen, daß nur ein Narr sie leugnen kann; selbst die Sozialdemokraten fangen an, das zuzugestehen. (Die Bedeutung der kleinen, mittlern und großen Betriebe habe ich in dem Buche: Weder Kommunismus noch Kapitalismus S. 455 Anmerkung kurz dargestellt.)

Proletarisierung des Volkes durch Vernichtung der kleinern und mittlern Betriebe ist also keine notwendige Wirkung des technischen Fortschritts; wird dem Mittelstande nur Raum geschafft, sich zu behaupten, der technische Fortschritt bedroht ihn nicht. Weit entfernt davon, den Kleinbetrieb vollends zu vernichten, würde ihn eine vollkommne Organisation der Gesellschaft, möchte sie nun kommunistisch oder individualistisch sein, in weiterm Umfange wieder herstellen, da ja, wie wir bei verschiednen Gelegenheiten angemerkt haben, der Großbetrieb sehr häufig nicht deswegen siegt, weil er die Aufgabe der Produktion, das Volk mit Gütern zu versorgen, besser löste, sondern nur, weil das Großkapital Anlage sucht und auf keine andre Weise als durch Verdrängung des Kleinkapitals aus der Produktion finden kann. Wären wir aber auch so unglücklich, allgemeiner Proletarisierung zu verfallen, so würde daraus nichts weniger als ein kommunistischer Zukunftsstaat und eine neue Gesellschaftsordnung entstehen, denn im Elend verkommne Menschen sind weder imstande, eine Revolution zu unternehmen noch Neuordnungen zu begründen.

Vorläufig haben wir glücklicherweise noch weithin, namentlich im deutschen Vaterlande, durchaus befriedigende Zustände, die weder die innere Notwendigkeit einer großen Katastrophe enthalten, noch bei denen, die darin leben, der Wunsch nach einer grundstürzenden Umgestaltung erzeugen. Wenn wir aber in Gegenden, die sich befriedigender Zustände erfreuen, nachforschen, worin ihre wirtschaftliche und soziale Gesundheit besteht, so finden wir, daß es eine gute Mischung von kleinem, mittlerm und großem Besitz ist, die kein eigentliches Proletariat aufkommen läßt, verbunden mit einer kräftigen Entwicklung des Genossenschaftswesens und einem harmonischen Zusammenwirken der Einzelnen mit Gemeinde, Kirche und Staat. Damit ist als Richtschnur einer weisen Politik das Streben gegeben, für das Gleichgewicht zwischen Boden und Bevölkernng und für eine gute Mischung sowohl der Vermögens- und Einkommenklassen wie von Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft zu sorgen. Sind ja doch, wie schon hervorgehoben wurde, Individualismus und Sozialismus polare Gegensätze, die einander nicht ausschließen, sondern fordern. Ein Mensch, der keinen selbständigen Willen und keine persönlichen, von denen der Gesamtheit verschiednen Triebe hätte, daher auch kein Verlangen nach eignem Besitz als der für selbständige Thätigkeit und selbständigen Genuß unentbehrlichen Grundlage, ein solcher Mensch wäre kein Mensch mehr, sondern ein Wesen wie die Bienen und Ameisen. Andrerseits aber würde der Mensch in der Vereinzelung, ohne Anschluß an eine geordnete Gesellschaft, ein bloßes Tier bleiben, da er doch nicht sich selbst genügender Gott zu werden vermöchte. Und daher hatte Aristoteles Recht, wenn er sagte, die πόλις sei mit der Menschennatur gegeben, und der Mensch sei von Natur ein πολιτικὸν ζῶον. Nur muß man unter

πόλις (Stadt), das in diesem Zusammenhange gewöhnlich mit Staat übersetzt wird, nicht sofort den modernen Großstaat verstehen, und πολιτικὸν ζῷον nicht mit „politisches" oder gar „politisierendes" Tier übersetzen. Die Polis bedeutet nur überhaupt eine geordnete Gesellschaft. Eine solche pflegt, wenn sie eine gewisse Größe erlangt hat, die Gestalt eines Staates, d. h. einer Zwangsgesellschaft anzunehmen, allein undenkbar ist eine Gesellschaft ohne Notwendigkeit des Zwanges und ohne Zwangsgewalt nicht, und vollends die jeweiligen Formen des Staates: ob er groß oder klein, eine Demokratie oder Aristokratie, eine Monarchie oder Republik ist, hängt von den wechselnden geschichtlichen Verhältnissen ab und ist für das Wesen der Sache gleichgiltig.

Nicht bloß sozialistisch, was ja im Worte liegt, sondern kommunistisch ist jedes Korporations-, Gemeinde- und Staatsleben. Jede solche Gemeinschaft hat Gemeineigentum, verwaltet und benutzt dieses, betreibt also die Gütererzeugung und den Güterumlauf in kommunistischer Weise und gewährt ihren Angehörigen die Teilnahme am Genuß dieser Güter. Jeder Gemeindewald, aus dem die Bürger alljährlich eine bestimmte Menge Holz bekommen, jede Promenadenanlage einer Stadt, jede städtische Gasanstalt und Wasserversorgung ist eine kommunistische Einrichtung. Die Post, die Staatsbahnen und die Werkstätten des Staates, besonders die Eisenbahn- und die Militärwerkstätten, sind großartige Beispiele kommunistischer Produktions- und Verkehrseinrichtungen. Der Fehler der Kommunisten besteht also nicht darin, daß sie den Kommunismus für möglich halten — der Augenschein lehrt ja seine Möglichkeit —, sondern daß sie meinen, was in einem Produktions-, Verkehrs- oder Verzehrszweige nicht allein möglich, sondern auch nützlich und heilsam sei, das müsse es so-

fort auch in allen sein. Die Post zur Sache einer Privatindustrie zu machen, wird kaum jemandem einfallen. Sollte ein einzelner Mann das Postmonopol bekommen, wie es ehedem der Fürst von Thurn und Taxis hatte, so müßte der bei der heutigen Ausdehnung des Postverkehrs so unermeßlich reich sein, daß sein Reichtum staatsgefährlich wäre; schon das Beamtenheer, das er zu beherrschen hätte, würde eine Gefahr für den Staat darstellen; und es ist noch die Frage, ob ein Mann von solchem Reichtum Lust haben würde, sich die Bürde der Reichspostverwaltung aufzuladen. Eine Gesellschaft aber oder gar eine Unmasse von kleinen Unternehmern könnte unmöglich die Ordnung, Genauigkeit und Pünktlichkeit in der Brief-, Geld-, Zeitungs- und Paketbeförderung herstellen, deren wir uns jetzt erfreuen. In diesem Fache also ist ein andrer als der kommunistische oder Staatsbetrieb, nachdem sich dieser einmal bewährt hat, nicht mehr möglich. Dagegen bereitet die hinreichende Versorgung der Staatsbürger mit Kleidern, Schuhen, Hausgeräten, Werkzeugen und Nahrungsmitteln auf dem Wege des Privatgewerbes nicht die geringsten Schwierigkeiten; es ist daher nicht der geringste Grund vorhanden, die Schneiderei, Schusterei, Tischlerei u. s. w. zu verstaatlichen und um einer bloßen Theorie willen die Vorteile der Privatwirtschaft preis zu geben. Deren Hauptvorteil besteht darin, daß sie dem Privatwirt einen gewissen Grad von Unabhängigkeit sichert, die dem Beamten nicht gewährt werden kann, und das ist nicht allein ein Vorteil für den Einzelnen, sondern auch für die Gesamtheit. Denn die für die großen Staatsbetriebe notwendige Disziplin erzeugt bei den Beamten eine Gleichförmigkeit der Denkungsart und eine einseitige Richtung der Gedankenbewegung, die dem Hervorsprießen neuer Gedanken nicht günstig ist, und würde daher, aufs ganze Volk aus-

gedehnt, dessen geistiges Leben mit der Erstarrung in einem steifen geistlosen Mechanismus oder der Versumpfung in trägem Schlendrian bedrohen. Welche Schwierigkeiten der Umstand bereitet, daß den Beamten als Staatsbürgern das Wahl- und Agitationsrecht zusteht, das ihnen als Staatsbeamten gewöhnlich abgesprochen wird (sie wählen freilich, werden sogar gelegentlich zur Wahl kommandiert, natürlich zur Wahl des Regierungskandidaten, aber eine solche Art Wahl ist doch nur eine unwürdige Komödie), das ist ja allgemein bekannt. Der Kommunismus würde die Verwandlung aller in Beamte, also die Aufhebung des Staatsbürgertums und der Freiheit, also, wie bereits S. 22 bemerkt wurde, den Despotismus bedeuten. Dem mehrfach hervorgehobnen Übelstande aber, daß bei der vielfach planlosen privatwirtschaftlichen Gesellschaftsverfassung sich auf der einen Seite unverkäufliche Güter, auf der andern kaufunkräftige arbeitslose Arme anhäufen, läßt sich durch gleichmäßige Verteilung der Bevölkerung über das Land und durch bessere Verteilung des Einkommens abhelfen.

Aus der täglichen Erfahrung ergiebt sich also, daß manche volkswirtschaftliche Verrichtungen besser von einer kleinern oder größern Gemeinschaft, manche ebenso gut oder besser vom einzelnen Privatunternehmer besorgt werden können. Was der einzelne besorgen kann, soll man ihm überlassen, was Gemeinde oder Staat besser, oder was nur sie allein besorgen können, soll man ihnen übertragen. Da in einem großen Gedränge von Konkurrenten eine ordnende und aufsichtführende Behörde nicht entbehrt werden kann, so versteht es sich von selbst, daß der Staat nicht bloß für Landesverteidigung und Rechtspflege zu sorgen, sondern auch gewisse volkswirtschaftliche Funktionen zu versehen hat: Gewerbegesetzgebung

und Gewerbepolizei, Handelsgesetzgebung, Abschließung von Handelsverträgen, Regelung der Schiffahrt. Ferner kann er sich der Aufgabe nicht entziehen, im Interesse der Landwirtschaft und des Verkehrs sowie der kommenden Generationen die Wasserläufe im Stande zu halten, der Vergeudung von Naturschätzen: Wäldern und Mineralien, vorzubeugen, Lehranstalten zu errichten und der Landeskultur noch mit vielen andern Mitteln zu Hilfe zu kommen. Die Wichtigkeit des richtigen Verhältnisses zwischen Bevölkerung und Boden zwingt ihn, das Niederlassungswesen und das Hin- und Herfluten der Bevölkerung zu überwachen und zuweilen regelnd einzugreifen, mitunter die innere, mitunter die äußere Kolonisation zu fördern oder für Abfluß der Bevölkerung durch Auswandrung zu sorgen, jedenfalls diese zu überwachen. Allerdings thut Vorsicht not, weil dem Staat aus jeder Einmischung neue Verpflichtungen erwachsen. Schon jetzt hat er sich durch seine Gesetzgebung gewisse Verpflichtungen aufgebürdet, die er sich anzuerkennen noch sträubt, aber nicht mehr lange wird sträuben können. Indem er den außerehelichen geschlechtlichen Umgang, den Kindermord und die procuratio abortus bestraft, die Kinderzeugung also befördert, ja gewissermaßen erzwingt, und ebenso die einmal Gezeugten zu leben zwingt, erkennt er deren Recht auf Existenz an. Sie haben das Leben nicht gewollt, er hat sie zu leben gezwungen, also hat er auch denen die Mittel zum Leben zu gewähren, denen die Eltern solche nicht hinterlassen. Mit dem Recht auf die Existenz erkennt er zugleich auch das Recht auf Arbeit an, die ja für den Vermögenslosen das einzige rechtmäßige Mittel ist, das Dasein zu fristen. Erkennt er aber diese Rechte seiner Unterthanen an, so folgen wiederum, wie Wagner (a. a. O. I, S. 690) hervorhebt, für ihn gewisse Rechte und Pflichten gegenüber den Unter-

thanen: die Kinderzeugung zu überwachen, Arbeitsfähige, die nicht arbeiten wollen, zur Arbeit zu zwingen, den Verbrauch zu überwachen, zum Sparen zu zwingen (was jetzt teilweise durch unsre Reichszwangsversicherung geschieht) u. s. w. Man sieht, daß die Notwendigkeit, im Gedränge die Ordnung aufrecht zu erhalten, den Staat dem Kommunismus sehr nahe führt, daß also der Gefahr einer vorherrschend kommunistischen Gestaltung der Gesellschaft nur durch Verminderung des Gedränges, also vor allem der Volksdichtigkeit, vorgebeugt werden könnte.

Das alles schon, ehe noch der Staat selbst als Produzent auftritt, also den Kommunismus im engsten, im wirtschaftlichen Sinne teilweise verwirklicht. Wie weit nun die Notwendigkeit auf dem Wege der Entwicklung in den Kommunismus hineintreiben mag, so sollen doch Staat und Gemeinde niemals zu toten Mechanismen erstarren, sondern lebendige Gemeinwesen bleiben. Damit sie dieses können, darf dem Volke die freie Genossenschaftsbildung nicht verschränkt werden. Denn die unmittelbare Teilnahme an der Verwaltung des Staates und selbst größerer Stadtgemeinden allen zu gewähren, ist nicht möglich. Das Volk würde sich also mit der Zeit in eine große, träge, unbeholfne Masse Regierter und in eine kleine Anzahl von Berufspolitikern scheiden, wenn nicht allen Gelegenheit geboten würde, sich als Mitglieder von Vereinen und Genossenschaften im gemeinsamen und gemeinnützlichen Wirken zu üben. Eine solche Passivität des Volkes würde aber auch jene wirtschaftliche Thätigkeit verkümmern lassen, die die Grundbedingung des Gedeihens der Privatwirtschaften ist. Jeder würde sich mehr und mehr auf die obrigkeitliche Fürsorge verlassen und sich gewöhnen, auf obrigkeitliche Anordnungen und Weisungen zu warten, sodaß also das Endergebnis der von oben eingeführte Kommunismus sein

würde.*) Außerdem befriedigt das Genossenschaftswesen unmittelbare Bedürfnisse der Privatwirtschaft. Die Erfahrung hat gelehrt, daß das Kreditbedürfnis der Handwerker und Bauern ohne Gefährdung ihrer Existenz nur durch Kreditgenossenschaften befriedigt werden kann (ihrer Idee völlig entsprechende Banken würden ebenfalls Kreditgenossenschaften sein, der Bankier nur als angestellter Leiter fungieren, und sein Betriebskapital nur Genossenschaftsanteil sein). Konsumvereine sind nötig, wo der Handel entweder aus Mangel an Konkurrenz (woraus Monopolstellung folgt) oder infolge übertriebner Konkurrenz, die zum Schwindel führt, seines Amtes nicht gebührend waltelt. Produktivgenossenschaften sind zwar bis jetzt meistens verunglückt, wo sie die Privatindustrie für einen ganzen Produktionszweig aufheben oder ihr darin Konkurrenz machen wollten, haben sich aber in beschränktem Umfange und unter gewissen Verhältnissen sehr gut bewährt, z. B. in der Landwirtschaft die Molkerei-, Stierhaltungs- und Wassergenossen-

*) Hildebrand führt (a. a. O. S. 280) unter den Ursachen, weshalb die Smithsche Theorie vielfach Schaden angerichtet habe, auch die an, daß man zwar Gewerbe- und Handelsfreiheit einführte, aber nicht zugleich die Bedingungen mit schuf, unter denen sie wohltätig wirken kann. Unter anderm sagt er: „Man proklamierte überall mit A. Smith die vollständigste Gewerbefreiheit, ohne die Bedingungen zu gewähren, an die der Segen dieser Freiheit geknüpft ist. Ja, indem man in den meisten Staaten des Kontinents von politischer Seite her allen Assoziationsbestrebungen entgegentrat, und jede Versammlung, jeden Verein, jede gesellschaftliche Unternehmung von polizeilichen Konzessionen abhängig machte und unter die Bevormundung des Staates stellte, erstickte man sogar alle im Volke schlummernden Assoziationskeime und machte die Gewerbefreiheit zu einem Zwang egoistischer Gewerbeisolierung." In welchem Grade unser bevormundetes Volk die Fähigkeit zur Genossenschaftsbildung, das, was Aristoteles die politische Anlage genannt haben würde, verloren hat, das wird besonders heute recht klar, wo die Handwerker und ein Teil der Landwirte, anstatt sich selber zu organisieren, fortwährend schreien, der Staat solle sie organisieren, was er natürlich nicht kann; der Zwang kann nur Mechanismen, niemals lebendige organische Gebilde schaffen.

schaften, in England die gemeinnützigen Baugenossenschaften. Dazu kommen dann Versicherungsgenossenschaften der verschiedensten Art, die Gewerkvereine der Arbeiter zur Erkämpfung besserer Arbeitsbedingungen, Vereine zu gegenseitiger Hilfleistung oder für andre zu gewährende Hilfe (Feuerwehrvereine) u. s. w. Es bewährt sich hier wieder das allgemeine Gesetz, unter dem die menschliche Entwicklung steht, daß der Einzelne seine Selbständigkeit nur wahren und retten kann, indem er einen Teil davon aufgiebt. Und dieses Gesetz gilt nun auch fürs Ganze, für die Gesellschaft, für den Staat, die der Gefahr des radikalen Kommunismus nur entgehen können, indem sie zur rechten Zeit einzelne kommunistische Maßregeln treffen.

Ein für alle Völker und Zeiten giltiges Ideal einer richtigen Mischung von Privatwirtschaften, Genossenschaften, Körperschaften, Gemeinde- und Staatsbetrieben giebt es nicht; die Lebensbedingungen und Bedürfnisse sind auch in dieser Beziehung verschieden nach Völkern und Zeiten, und insbesondre macht jede große technische Umwälzung eine andre Wirtschaftsgliederung notwendig. Die Umbildungsprozesse völlig zu beherrschen und nach Willkür zu leiten, vermag kein Mensch und auch keine Regierung; aber sie einigermaßen in friedlichen Bahnen zu halten, gesunde Neubildungen zu fördern und ungesunde zu hemmen, dazu hat eine starke Regierung die Mittel. Jede Regierung ist daher genötigt und verpflichtet, Sozial- und Wirtschaftspolitik zu treiben, und bedarf hierfür bestimmter Ziele. Unsre Reichsregierung hätte hauptsächlich folgende ins Auge zu fassen: äußere und innere Kolonisation, Blüte des Genossenschaftswesens (wozu vor allem nötig ist, daß man den Genossenschaftsgründungen und der Genossenschaftsthätigkeit den freiesten Spielraum gestattet), und Erhebung der Staatsbetriebe zu Musterbetrieben. Von letzterm Ziele ist man noch sehr

weit entfernt. Zwar daß auch die Staatsbetriebe nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geleitet werden, das heißt zur Erzielung eines möglichst hohen Reingewinns, dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Desto mehr aber dagegen, daß der Staat die Übelstände der Privatwirtschaft nicht vermeidet, die er sehr leicht vermeiden kann, während der Privatunternehmer es sehr häufig nicht kann. Dieser ist um seiner Existenz willen genötigt, einen Überschuß zu erzielen, und zwar einen Überschuß von einer gewissen Höhe. Der Staat ist dazu nicht genötigt; es ist daher unverantwortlich, wenn er in seinen Betrieben knausert; wenn er bei Rückgang der Produktion Arbeiter entläßt, anstatt die Arbeitszeit herabzusetzen, und wenn er sogar bei gutem Geschäftsgange und während trotzdem vielfach Arbeitsmangel herrscht, einen Arbeiter die Arbeit von zweien verrichten läßt, anstatt umgekehrt. Ferner verletzt der Staat seine Pflicht als oberster Leiter der Volkswirtschaft vielfach dadurch, daß er die unzweckmäße Zentralisation der Bevölkerung, das Hin- und Herschleudern der Volksmassen, die Arbeitsstockungen und Krisen befördert und verschärft, anstatt ihnen entgegenzuwirken und sie zu mildern. Er thut dies durch die Anhäufung von Behörden und Beamten in Großstädten, durch das Militärwesen, das die jungen Männer vom Lande in die Städte zieht, und durch große Unternehmungen wie Kanalbauten, durch große Militärlieferungen, die tausende von Arbeitern anlocken und an einzelnen Orten anhäufen, worauf sie dann nach Vollendung des Werkes ihrem Schicksal, d. h. dem Elend überlassen werden, ohne daß sich jemand um sie kümmerte. Endlich wird es sehr schwierig sein, die weitere Entwicklung der Zwangsversicherung der Arbeiter richtig zu leiten. Diese Einrichtung ist zwar von staunenswerter Großartigkeit und wirkt im allgemeinen wohlthätig; aber abgesehen von vielen technischen Mängeln hat sie

der Entwicklung einen allzu kräftigen Stoß in kommunistischer Richtung gegeben; die Selbsthilfe auf genossenschaftlichem Wege ist dadurch den Arbeitern erschwert worden, ihre Existenz ist in hohem Grade vom Staate abhängig geworden, sie sind zu einer großen kompakten Klasse verschmolzen und als solche den besitzenden Klassen gegenübergestellt worden, worin sie einen Beweis für die Richtigkeit der Marxischen Theorie sehen und einen Antrieb empfinden, die Entwicklung im Sinne Marxens zu fördern, d. h. durch die Zusammenballung großer Proletariermassen die „Expropriierung der Expropriateure" vorzubereiten, während es eine Hauptaufgabe der Regierung sein müßte, durch Eingliederung der Arbeiter in ihre verschiednen Berufsstände der Absonderung einer besondern Arbeiterklasse und den daraus entspringenden Gefahren vorzubeugen.

Wie immer die öffentlichen Einrichtungen mit der Privatthätigkeit zusammenwirken mögen, stets wird es Personen geben, die infolge angeborner Untüchtigkeit oder persönlicher Verschuldung oder irgend eines Unglücks hilfsbedürftig sind, wird demnach die Nächstenliebe ergänzend eintreten müssen. Zuweilen stellen Naturereignisse oder wirtschaftliche Krisen großartige Anforderungen an sie, die nur durch eine öffentlich organisierte Thätigkeit befriedigt werden können, zuweilen aber kommen in einer Gegend jahrelang nur einzelne Fälle von Hilfsbedürftigkeit vor, für die der gute Wille des ersten besten Nachbars genügt. Daß die Nächstenliebe nicht etwa berufen ist, den Egoismus als wirtschaftliche Triebfeder zu ersetzen, hat Ihering aufs glänzendste nachgewiesen; niemals würde die Nächstenliebe jene Wunder der Technik erzeugt haben, die es jetzt so leicht machen, alle leiblichen Bedürfnisse zu befriedigen, Hungersnöten vorzubeugen, selbst Millionenstädte ganz regelmäßig mit Nahrungs-

mitteln zu versorgen, das Leben des Wohlhabenden mit allen nur erdenkbaren und das des Armen wenigstens mit einigen Bequemlichkeiten auszustatten: diese Leistungen konnte nur der Egoismus vollbringen, Erfindungen aus Nächstenliebe sind ungemein selten. Und daß die Nächstenliebe, wenn ihre Wirksamkeit organisiert ist und ins Große geht, sehr leicht den Trieb zur Selbsthilfe schwächt, eine ganze Bevölkerung träg und leichtsinnig macht und dadurch einen Grad von Armut verschuldet, dem gegenüber sie ihre Ohnmacht zu helfen bekennen muß, hat die Erfahrung gelehrt. Es ist daher wohl nicht ganz richtig, wenn Wagner das „caritative System" dem privat- und dem gemeinwirtschaftlichen als ein drittes ergänzend zur Seite treten läßt. Vielmehr soll die Caritas gar nicht System werden oder ein System schaffen, sondern nur Gesinnung jedes Einzelnen werden. Sie soll im Herzen jedes Einzelnen den egoistischen Trieben das Gleichgewicht halten und sie derart zügeln, daß die egoistische wirtschaftliche Thätigkeit Massenelend nirgends erzeugt und nirgends aufkommen läßt, sodaß es auch keiner organisierten Caritas zu seiner Bekämpfung bedarf, sondern die Hilfeleistung des Einzelnen für die vorkommenden vereinzelten Fälle genügt. Die Caritas bewährt sich am besten, wenn sie vorbaut, anstatt helfend nachzuhinken; je weniger sie Anlaß hat, sich in einem System zu verkörpern, desto besser für die Menschen, und desto besser auch für sie selber, denn in solchen Verkörperungen pflegt sie innerlich abzusterben. Es werden Kirchen-, Gemeinde-, Staats- und sogar Polizeianstalten daraus, die ihren Dienst mechanisch verrichten, so gut oder so schlecht, wie irgend eine andre von der Privatindustrie oder von den Behörden gegründete Anstalt, und worin von Caritas nichts mehr zu spüren ist. Nicht das systematische Regeln der

Liebesthätigkeit also ist die Hauptsache, sondern dafür zu sorgen, daß die Liebe vorhanden sei. Das ist nun freilich eine Aufgabe, die nicht mechanisch gelöst werden kann, sondern nur dadurch, daß Menschen, die Nächstenliebe empfinden, sie in den Herzen andrer, namentlich der Jugend, entzünden. Wären die Herzen der Großgrundbesitzer und der Großindustriellen von Nächstenliebe erfüllt oder auch nur von einem lebhaften und strengen Gerechtigkeitsgefühl, so würden wir die Hälfte soziales Elend, Unzufriedenheit und wirtschaftliche Schwierigkeiten weniger haben. Schon aus der Aufgabe, die wir der Liebe stellten, geht hervor, daß wir nicht der Ansicht gewisser theologischer Volkswirte beipflichten, die meinen, Elend und Armut seien notwendig, damit Nächstenliebe und Barmherzigkeit geübt werden könne. Aber das ist allerdings richtig, daß eine Gesellschaft, in der es Notleidende und Wohlthäter giebt, besser ist und mehr würdigen Gemütsinhalt hat, als eine Gesellschaft von mäßig wohlhabenden Bauern haben würde, deren keiner etwas bedürfte, keiner einem andern einen Liebesdienst erwiese. Wagner hat daher mit der Bemerkung Recht, daß Ungleichheit der Vermögen zu den Voraussetzungen eines sittlichen Handelns gehöre, und daß allgemeiner Reichtum das Leben innerlich arm machen würde.



Zwanzigstes Kapitel

Einige Leitsätze

1. Die Erzeugung der Güter und ihr Umlauf unterliegt bei dem heutigen Stande der Technik keinen Schwierigkeiten mehr. Was in dieser Hinsicht etwa noch zu wünschen übrig bleibt, das wird der schon ganz automatisch gewordne Fortschritt der Technik im Laufe der Zeit von selbst verwirklichen. Wenn es daher den untern Volksschichten an Gütern fehlt, und wenn in untern wie in mittlern Volksschichten nicht selten der Zwang zu übermäßiger oder einseitiger Produktionsarbeit oder zu unproduktiver Thätigkeit den höchsten und eigentlichen Zweck der Volkswirtschaft, die Gesundheit und das Glück des Menschen, vereitelt, so kann nicht mangelnde Produktivität der Arbeit, sondern nur irgend ein sozialer oder politischer Übelstand oder ein ganzes System solcher Übelstände die Ursache davon sein.

2. Die verbreitetsten Ansichten über die Ursachen wirtschaftlicher Nöte und die daraus entspringenden Agitationen sind größtenteils entweder utopisch oder schrullenhaft.

3. Utopisch sind die Bestrebungen derer, die eine gewisse Gesellschaftsform folgerichtig durchzuführen und damit einen Idealzustand herzustellen

gedenken. Da die Weisesten bekennen, daß ihnen das Ziel der irdischen Entwicklung der Menschheit verborgen ist, und die weniger Weisen über das, was jeder für das Ziel dieser Entwicklung hält, mit einander streiten, so ist damit für den praktischen Politiker die Frage, ob er sich die Verwirklichung eines Idealzustandes zum Ziele setzen soll, entschieden: weil es kein solches Ziel giebt, kann er keins haben. Die Idealzustände, für die man schwärmt, sind Abstraktionen, die dadurch gewonnen werden, daß man eine der Formen, aus deren Mischung der gesellschaftliche Zustand besteht, rein für sich und ohne Rücksicht auf die andern in Gedanken durchführt. Der gesellschaftliche Zustand aller Kulturvölker enthält, hat immer enthalten und wird immer enthalten: Freiheit und Zwang, Selbständigkeit und Fügung in den Willen von Autoritäten, Individuen, die ihre eignen Zwecke verfolgen, und Bindung dieser Individuen an eine Gesellschaft, Selbstsucht und Liebe, materielle und ideale Interessen, weltliche und geistliche Bestrebungen, Freude am Genuß vergänglicher Güter und religiöse oder philosophische Sehnsucht nach einem unvergänglichen höchsten Gute. In Gedanken nun kann man jedes dieser Elemente von den übrigen aussondern und sich den Zustand einer von ihm allein beherrschten Gesellschaft konstruieren: die reine Theokratie; oder eine absolute Monarchie mit einem höchst weisen, höchst gerechten und höchst gütigen Monarchen an der Spitze, der seine Völker versorgt, leitet und beglückt, wie ein guter Hausvater seine Familie; oder die reine demokratische Weltrepublik mit wirklich unbeschränkter Freiheit aller, zu der selbstverständlich auch die wirklich unbeschränkte Gewerbe- und Handelsfreiheit gehören würde, die auf Erden bis jetzt noch nirgends vorhanden gewesen ist (die reine Despotie, und namentlich die völkerbeglückende reine Des-

potie, freilich auch noch nicht), einen Zustand also, wo ein jeder seine eignen Zwecke verfolgt, ohne auf die übrigen im mindesten Rücksicht zu nehmen; endlich einen Zustand, wo die Menschheit für die Arbeit wie für den Genuß gegliedert und jeder einzelne mit Rücksicht auf seine Brüder beschränkt würde, aber nicht durch den Willen eines geistlichen Stellvertreters Gottes oder eines wohlwollenden Despoten, sondern durch ihren eignen, in gemeinsam gefaßten Beschlüssen ausgesprochnen Willen. Als bloße Erzeugnisse theoretischer Betrachtung sind solche Abstraktionen nicht unnütz. Wie sich der Anatom ein Skelett, einen Muskelmann präpariert, auch das Ader- und Nervengeflecht des Menschenleibes gesondert darstellt, um jedes dieser Systeme, die zusammen den Leib ausmachen, genau kennen zu lernen und seine Wirkungsweise besser zu verstehen, so mag sich der Politiker, der Sozialpolitiker, der Nationalökonom aussinnen, wie jedes der in der Gesellschaft wirksamen Elemente für sich allein wirken müßte, um daraus Folgerungen für die Praxis zu ziehen; z. B. zu erkennen, ob bei der gegenwärtigen Lage die Freiheit zu begünstigen oder zu beschränken sei, und nach welcher Richtung hin Begünstigungen oder Beschränkungen einzuführen seien. Aber wenn man eine solche einseitige Konstruktion als Gesellschaftsideal aufstellt und sie verwirklichen will, so wird man dadurch Utopist und verfährt ähnlich, wie der Anatom verfahren würde, wenn er versuchte, einen bloß aus Adern oder aus Nerven bestehenden lebendigen Menschen zu machen.

4. Schrullenhaft sind die Pläne solcher Gesellschafts- und Weltverbesserer, die, von einem sehr beschränkten Beobachtungsgebiet ausgehend, alle Übel auf eine einzelne untergeordnete Ursache zurückführen, etwa auf die Juden, oder die Börse, oder das rö-

mische Recht, oder das Geld, oder die Währung, oder den Zwischenhandel, oder gar auf eine einzelne einflußreiche Person, etwa einen Minister, oder auf eine Verschwörung mehrerer einflußreicher Personen.

5. Da der praktische Politiker keinen Idealzustand der Menschheit oder auch nur seines eignen Volkes kennt, so kann er auch keinen erstreben. Es ist sehr möglich, sogar höchst wahrscheinlich, daß der Gesellschaftszustand der Kulturvölker noch mehrere dergleichen Umwälzungen erleben wird, wie sie sich durch den Übergang von der Natural- zur Geldwirtschaft und durch die Einführung der Dampfmaschine in die Industrie vollzogen haben; aber wir können uns von den Zuständen, die — vielleicht durch weitere Fortschritte der Technik — von der zukünftigen Entwicklung des Menschengeschlechts werden herbeigeführt werden, keine Vorstellung machen, daher ist es auch unmöglich, an ihrer Herbeiführung mit Absicht und nach einem Plane zu arbeiten. Der praktische Politiker kann daher immer nur einzelne Übel bekämpfen und einzelne in beschränktem Umfange wirksame Verbesserungen anstreben, oder mit andern Worten: beschränkten und nach den Umständen wechselnden Idealen nachstreben, nicht einem alles umfassenden Ideale.

6. Als solche vom gegenwärtigen Geschlecht und zunächst von unserm deutschen Volke zu erstrebende Ideale haben wir gefunden: gesündere Verteilung der Bevölkerung über den Boden, Vermehrung der in der Urproduktion beschäftigten Bevölkerung im Verhältnis zu der industriellen und der produktiven im Verhältnis zur unproduktiven und, wofern zu beidem der heimatliche Boden nicht hinreichen sollte, Gebietserweiterung; gesündere Vermögens- und Einkommensverteilung, größere Bewegungsfreiheit der produktiv Arbeitenden, als sie der moderne Militär-

und Polizeistaat gestattet, und sofern diesen Verbesserungen der bestehende Rechtszustand im Wege steht, Reform des Rechts, namentlich des Eigentumsrechts.

7. Da es die Volkswirtschaft, wie die Politik und die Gesellschaftswissenschaft, mit lebendigen Menschen zu thun hat, so hängt die Wirksamkeit aller Gesetze und Einrichtungen zu guter letzt von der geistigen und sittlichen Beschaffenheit der Menschen ab, von denen und für die sie gegeben und getroffen wird. Einer schlaffen, faulen, stumpfsinnigen und dummen Bevölkerung könnte die Koalitionsfreiheit so wenig etwas nützen wie die Gewerbe- und Handelsfreiheit, und wenn die Großen, denen eine patriarchalische Gewalt über die Kleinen verliehen wird, hochmütig und habgierig, oder genußsüchtig, oder hartherzig und grausam sind, so hat man von ihnen keine Förderung des Volkswohls zu erwarten. Aufgabe der Volkswirtschaftslehre ist es nicht, zu untersuchen und zu ermitteln, wie man die Menschen weiser, thatkräftiger und besser machen könnte. Wohl aber hat sie darauf zu achten, daß alle Gebiete des Menschendaseins mit einander verflochten und verwachsen sind, und hat u. a. darauf hinzuweisen, daß leibliche Verkümmerung die geistige zur Folge hat, daß sowohl die unbeschränkte Macht und der übermäßige Reichtum wie das Massenelend ihre besondern Klassenlaster erzeugen, die wiederum auf die Volkswirtschaft im schlimmen Sinne zurückwirken, und daß höhere Kultur nur auf der Grundlage eines gesunden Wirtschaftslebens wachsen und gedeihen kann.



Inhaltsverzeichnis



Namen- und Sachregister

Die Zahlen bedeuten die Seiten

